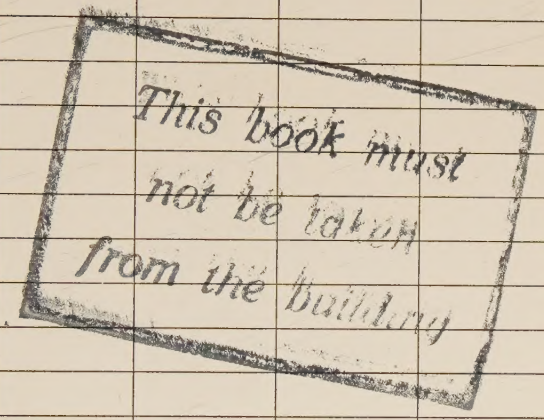
v. 34 pt. 1
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 02784692

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G37b
v.34
pt. 1

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/greatpoliticsofe0034joha

D
394
G4
v.34
pt.1

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

34. Band

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912–1913

Erste Hälfte

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

Sumner Fund
(34-39)

1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1926 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37g
v.34
pt. 1

Inhaltsübersicht des vierunddreißigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CCLXVI

Vor dem Zusammentritt der Botschafterreunion und der Friedenskonferenz. November bis Dezember 1912 1

KAPITEL CCLXVII

Die Anfänge der Botschafterreunion und der Friedenskonferenz. Die Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel. Dezember 1912 bis Januar 1913 51

KAPITEL CCLXVIII

Der Umsturz in Konstantinopel und die Antwort auf die Kollektivdemarche der Mächte. Der Abbruch der Friedenskonferenz. Drohende Aufrollung der Kleinasiatischen Frage. Kompromißversuche in der Skutari- und der Albanischen Frage 217

KAPITEL CCLXIX

Der Wiederausbruch der Feindseligkeiten. Die Mediation der Mächte zwischen der Türkei und den Alliierten. Die Mediation der Mächte zwischen Rumänien und Bulgarien. Der Streit um Dibra und Diakowa. Februar bis März 1913 303

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXIX erscheint als Band XL, ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

1925/61

Kapitel CCLXVI

Vor dem Zusammentritt der Botschafterreunion und der Friedenskonferenz

November bis Dezember 1912

Nr. 12500

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 200 Berlin, den 18. November 1912

Ew. pp. bitte ich, Sir E. Grey persönlich aufzusuchen und ihm folgendes mitzuteilen: Die Gefahr der Lage erblicke ich darin, daß bei den aus Anlaß des Friedensschlusses auf dem Balkan zu erwartenden Beratungen der Mächte von einzelnen dieser Mächte gewisse Prätentionen der Balkanstaaten unterstützt würden, die von andern als unannehmbar bezeichnet würden. Das Wesentliche zur Erhaltung des Friedens scheint mir daher zu sein, daß die Mächte vor Beginn der Verhandlungen mit den Balkanstaaten sich über ein bestimmtes Programm und insonderheit über die nach ihrer Ansicht zulässigen und nicht zulässigen Forderungen der Balkanstaaten einigten.

Zunächst käme Albanien in Betracht, wo unsere Bundesgenossen Österreich und Italien besondere Interessen geltend zu machen hätten. Die Zurückhaltung Österreichs gegenüber den direkten serbischen Provokationen verdiene Anerkennung, sie sei aber nur möglich unter der Voraussetzung, daß serbische Besatzungen keine Rechte auf Definitivum schaffen könnten. Es wäre nützlich, dies den Serben auch von andrer Seite jetzt schon klar zu machen. Wegen der anscheinend von allen Seiten gewünschten Autonomie Albaniens erschiene es nicht möglich, dies Land durch serbisches Territorium in zwei Teile zu zerschneiden, wohl aber glaubten wir eine Verständigung auf etwa folgender Basis möglich:

Es wäre gut, wenn Österreich die Konzessionen, die es an Serbien für möglich hält, möglichst eingehend präzisierte und den Mächten mitteilte, daß bei den Verhandlungen, die bei Friedensschluß zu erwarten sind, eine feste Basis vorliegt.

Wir denken uns nach dem, was wir bisher aus Wien erfahren, als Basis einer Verständigung mit Serbien Gewährung einer sicheren Schienenverbindung, die von albanesischer Territorialhoheit in gewissen Grenzen unabhängig zu einem dem serbischen Export garantierten Adriahafen ohne serbischen eigentlichen Territorialerwerb führt, gesicherter Transit für Serbien auf bosnischen Bahnen und gesicherter Transit für Österreich nach Saloniki sowohl auf serbischen Bahnen als auf eventuell zu erbauender Sandschakbahn. Rußland habe Wünsche, so viel wir wüßten, bezüglich Konstantinopels und Adrianopels sowie des Berges Athos.

Es würde nun nützlich sein, alle diese Wünsche genau zu präzisieren und sich zum voraus über ein von allen Großmächten zu unterstützendes

Programm noch vor Beginn der Verhandlungen mit den Balkanstaaten zu einigen*.

Damit würde auch der Asquithschen Idee entsprochen, keine einzelnen Fragen zuvor herauszugreifen. Österreich habe dies Serbien gegenüber befolgt, und wir nehmen an, daß dies auch seitens Rußlands Bulgarien gegenüber geschehe.

Falls Sir E. Grey diesem Gedankengang zustimmt, wäre es vielleicht nützlich, wenn er ihm in Petersburg und Paris Eingang zu verschaffen suchte, während wir ein Gleiches in Wien und Rom tun würden. Einer gefälligen Drahtmeldung über die Aufnahme, die Ihre Mitteilungen bei Sir E. Grey gefunden, sehe ich mit Interesse entgegen.

Kiderlen

Nr. 12501

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 187 London, den 20. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 200**.

Ich habe mit Sir E. Grey soeben im Sinne der mir erteilten Weisung gesprochen. Der Minister schien im allgemeinen ganz einverstanden zu

---

* Gegenüber dem französischen Botschafter Jules Cambon hat Kiderlen an dem gleichen Tage, an dem die Weisung nach London abging, bereits die einzelnen Punkte eines solchen Programms skizziert. Siehe Cambons Telegramm an Poincaré vom 18. November, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 155. Danach hätte Kiderlen betont, daß nachgerade die Zeit gekommen sei, wo die sechs großen Mächte sich über zwei Grundfragen ins Einvernehmen setzen müßten: 1. Les points de l'arrangement définitif en vue de la paix sur lesquels elles laisseront les États balkaniques s'arranger entre eux; 2. les points sur lesquels elles auront à faire prévaloir leurs volontés. Als Punkte, über die die Großmächte sich selbst die Entscheidung vorbehalten müßten, habe Kiderlen fünf genannt: 1. Albanien; 2. Adrianopel und Konstantinopel; 3. Athosberg; 4. Rektifikation der rumänischen Grenze; 5. griechische Inseln.
Da die Akten des Auswärtigen Amtes nichts über die Unterredung Kiderlens mit Cambon enthalten — bei den in dem Privatbriefe Kiderlens an Graf Pourtalès vom 18. November (siehe Bd. XXXIII, Kap. CCLXIV, Nr. 12389) erwähnten Unterredungen des Staatssekretärs mit dem französischen Botschafter hat es sich um frühere Besprechungen gehandelt —, so läßt sich nicht feststellen, warum Kiderlen bei seinem bedeutungsvollen Hervortreten vom 18. November, das den ersten Anstoß zu der späteren Londoner Botschafterreunion gab, nicht nach London und Paris ganz gleiche Mitteilungen gemacht hat. In London, wo man sofort die Differenz zwischen dem Schritte Lichnowskys und den angeblich von Kiderlen in der Unterredung mit Cambon vorgeschlagenen fünf Punkten erkannte, wünschte man das Programm für die von Kiderlen angeregten Vorbesprechungen der Mächte auf die Lösung der drei Fragen: 1. Albanien; 2. Zugang Serbiens zur Adria; 3. die griechischen Inseln, zu beschränken. Telegramme Graf Benckendorffs an Sasonow Nr. 330 und 349 vom 23. bzw. 28. November, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 599, 602. Vgl. auch Nr. 12502.

** Siehe Nr. 12500.

sein, erklärte jedoch, mir augenblicklich keine bestimmte Antwort geben zu können, da er sich die einzelnen Punkte überlegen müsse. Er bat mich, morgen nachmittag wiederzukommen, um mir dann Bescheid zu geben.

Ganz allgemein bemerkte er, daß meine Mitteilung zwei getrennte Fragen enthielte, die der Vorbesprechung zwecks Einigung über ein gemeinsames Programm und andererseits die Aufforderung, in Belgrad im Sinne der Anregung zu wirken, daß die serbischen Besetzungen kein Recht auf Definitivum schaffen könnten. Ohne sich auf diese Frage näher einzulassen, erklärte er nur, daß das Prinzip eines autonomen Albaniens bereits die Frage der Bestimmung seiner Grenzen in sich schlösse. Er schien mir auf diesem Wege der heiklen Angelegenheit der serbischen Adriawünsche ausweichen zu wollen. Im übrigen machte er sich über unseren Standpunkt Notizen, ohne etwas gegen unsere Vorschläge einzuwenden. Weiterer Drahtbericht folgt morgen*.

Lichnowsky

Nr. 12502

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 189 London, den 21. November 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 187**.

Bei meinem heutigen Besuch sagte mir Sir E. Grey, daß er der Auffassung Euerer Exzellenz von der Notwendigkeit eines frühzeitigen Meinungsaustausches zwischen den Großmächten*** durchaus zustimme.

Was die zu verhandelnden Fragen selbst betreffe, so kämen für ihn zunächst im wesentlichen drei Punkte in Betracht:

1. Die Autonomie Albaniens,
2. die Verbindung Serbiens mit der Adria und
3. die Ägäischen Inseln†.

Was Konstantinopel und Adrianopel beträfe, so schiene nach den bekannt gewordenen Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Bulgaren und Türken die Frage auszuscheiden, da die beiden kriegführenden Parteien sich hierüber einigen würden. Unter dieser Voraussetzung könnte das hiesige Kabinett ebenso unbeteiligt an der Lösung dieser Frage bleiben, wie wir es ersichtlich täten. Rußland würde sich dann wohl auch zufriedenstellen. Der Berg Athos genieße heut schon eine Sonderstellung und könnte sie auch behalten.

---

* Siehe Nr. 12502.
** Siehe Nr. 12501.
*** Vgl. Nr. 12500.
† Vgl. Nr. 12500, S. 4, Fußnote *.

Aus den ferneren Äußerungen des Ministers entnahm ich,

1. daß das Schicksal der griechischen Inseln der Regierung besonders am Herzen liegt, und

2. daß der von mir schon an anderer Stelle gekennzeichnete Gedanke, eine mögliche Lösung der serbischen Frage durch Gewährung eines schmalen Gebietsstreifens an Serbien längs der montenegrinischen Grenze zu finden, hier immer mehr Fuß gefaßt hat*. Der Minister bezeichnet zwar diese Ansicht durchaus nicht als die einzige und endgültige Form, um den serbischen Wünschen gerecht zu werden, meinte aber, daß trotz der österreichischen Bedenken, auf die ich wiederum hingewiesen, dieser Gedanke nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Meiner Frage, ob man diese Auffassung in Paris und Petersburg teile, wich er aus mit dem Bemerken, daß er glaube, daß im allgemeinen die Ansicht herrsche, daß die Besprechung dieser Lösung nicht von der Hand zu weisen sei.

Da der Minister sich anscheinend mit seinen Ententefreunden schon ins Einvernehmen gesetzt hatte und ich gestern von meinem französischen Kollegen, den ich traf, ehe ich Sir E. Grey gesprochen habe, erfuhr, daß er von unserer Anregung über Paris unterrichtet war, so glaubte ich, namentlich im Hinblick auf die abweichende Auffassung, die die hiesige Regierung in der kritischen serbischen Frage vertritt, von einer besonderen Anregung absehen zu sollen, unsere Schritte in Paris und Petersburg zu unterstützen.

Im übrigen erklärte der Minister wiederholt, daß es ihm vor allem darauf ankäme, einen Ausweg zu finden, der die Erhaltung des europäischen Friedens gewährleiste, und einen Konflikt zu vermeiden, in welchen eine oder mehrere Großmächte hineingezogen werden könnten. Seine geäußerten Auffassungen sollten daher nur als Grundlage der weiteren Besprechungen dienen.

Lichnowsky

Nr. 12503

*Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Ausfertigung

Nr. 397 Paris, den 24. November 1912

Nicht allein in der hiesigen Presse, sondern auch an Regierungsstelle wird eine Konferenz zum Abschluß der Orientkrisis immer mehr als etwas nahezu Selbstverständliches hingestellt. Ich bin wiederholt sowohl bei dem Ministerpräsidenten wie bei dem Politischen Direktor am Quai

* Vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12399. Der Gedanke, Serbien einen Ausgang zum Adriatischen Meer durch Einräumung eines schmalen Gebietstreifens längs der montenegrinischen Grenze zu gewähren, war der englischen Regierung von italienischer Seite souffliert; vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12406, Fußnote **.

** Der obige Bericht Freiherrn von Schoens ist bereits in Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12432 zum Abdruck gelangt; er wird hier wiederholt, weil er auch in diesem Zusammenhang unentbehrlich erscheint.

d'Orsay* gesprächsweisen Äußerungen begegnet, die keinen Zweifel darüber lassen, daß man hier eine Konferenz, wenn nicht sogar einen Kongreß für unumgänglich hält, um die aus dem Präliminarfrieden sich ergebende Neugestaltung der Karte Europas nachzuprüfen und die mannigfachen damit zusammenhängenden Fragen zur Lösung zu bringen. Der Hinblick auf eine Konferenz liegt auch dem von Herrn Poincaré auf diplomatischem Wege sowohl wie kürzlich bei einer Bankettrede geäußerten Wunsche zugrunde, daß keine Macht durch verhängnisvolle einseitige Entschlüsse der Regelung der Streitfrage wegen der serbischen Ansprüche vorgreifen möge. Überdies hat Herr Poincaré noch vor wenigen Tagen meinem österreichisch-ungarischen Kollegen** geäußert, seine seinerzeitige Anregung einer Konferenz sei zwar von einigen Mächten als verfrüht bezeichnet, indessen nicht förmlich abgelehnt worden; ebenso habe er sie nicht förmlich zurückgezogen, so daß er sie jederzeit wieder aufnehmen könne[1]***.

Der Gedanke einer Konferenz ist auch im Kreise meiner Kollegen vielfach in einer Weise besprochen worden, die darauf schließen läßt, daß die Regierungen, die sie vertreten, die Konferenz als unvermeidlich betrachten. Auch mein österreichisch-ungarischer Kollege glaubt, daß man um eine Versammlung um den grünen Tisch nicht herumkommen werde; die zu lösenden Fragen seien zu zahlreich und zu verwickelt, um in Erörterungen von Kabinett zu Kabinett völlig erledigt werden zu können, so sehr auch eine möglichst weitgehende vorherige Verständigung erwünscht erscheine. Auch geht die allgemeine Meinung dahin, daß die Balkanstaaten an der Konferenz teilzunehmen haben würden. Interessant ist, daß, wie ich einer vertraulichen Äußerung meines spanischen Kollegen† entnehme, auch Spanien sich um Teilnahme an der Konferenz bewerben zu

---

* M. Paléologue.

** Graf Szécsen.

*** Über die frühere Anregung des Konferenzgedankens, Mitte Oktober durch Poincaré vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXIII, Nr. 12265 ff., 12277 ff. Seit den Eröffnungen Kiderlens gegenüber Botschafter Jules Cambon vom 18. November (vgl. Nr. 12500, S. 4, Fußnote *) besorgte Poincaré, daß die beiden Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn ihm mit einer neuen Initiative zu einer Konferenz zuvorkommen könnten, und war deshalb bestrebt, eine Initiative der beiden Ententegenossen zur Abhaltung einer Konferenz in Paris in die Wege zu leiten. Ihm schwebte dabei zunächst die Abhaltung einer großen Friedenskonferenz vor, bei der sich die Großmächte mit den Balkanstaaten an einen Tisch setzen würden. Sir E. Grey gab indessen der Kiderlenschen Anregung, zunächst mittels Botschafterbesprechungen sich über ein Programm der Großmächte zu verständigen, den Vorzug. Vgl. das Telegramm Botschafter Paul Cambons an Poincaré vom 22. November, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 161 s. Da auch Sasonow dieser Auffassung beipflichtete (vgl. die von der russischen Botschaft am 26. November in Paris überreichte Note im Französischen Gelbbuch, a. a. O., I, 168), mußte Poincaré widerstrebend nachgeben, wollte jedoch in verletzter Eigenliebe nicht selbst mit dem Vorschlage hervortreten und suggerierte daher in London und Petersburg, daß England initiativ vorgehen möge, wobei er jedoch voraussetzte, daß als Ort der Vorbesprechungen Paris gewählt werde, Poincaré an Paul Cambon, 26. November, Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 168 s.

† J. Perez Caballero.

wollen scheint. Spanien, meinte Herr Perez Caballero, sei zwar nicht Kongreßmacht, würde nun aber ungern beiseite stehen wollen, da es doch Interessen nicht nur im westlichen, sondern auch im östlichen Mittelmeer habe; auch würde es als gewissermaßen neutrale Macht nützliche Vermittelungsrollen übernehmen können.

Scheint hiernach bezüglich der Konferenz an sich ziemliche Einmütigkeit zu bestehen, so gehen die Ansichten über den Ort derselben auseinander. Einige Kollegen meinen, Paris sei der gegebene Platz, schon deshalb, weil die erste Anregung von hier ausgegangen, auch Herr Poincaré verdienstvoll die Führung zur Herstellung des europäischen Konzerts übernommen hatte. Bei einzelnen Kollegen, so namentlich bei Herrn Tittoni und noch mehr bei Herrn Iswolsky, mag hierbei der eigene Wunsch mitsprechen, auf der Konferenz eine Rolle zu spielen[2]. Bei dem englischen Botschafter scheint diese Ambition nicht vorhanden zu sein. Sir Francis Bertie ist zu bequem geworden, um sich eine besondere verantwortungsvolle Arbeitslast zu wünschen, auch hat er seither nur geringes persönliches Interesse an der Balkankrisis genommen. Mein österreichisch-ungarischer Kollege würde einem neutralen Ort, in erster Linie dem Haag, den Vorzug geben, oder, wenn diese Stadt nicht in Betracht kommen könnte, weil Holland nicht teilnehmende Macht ist, London. Graf Szécsen meint, bei den Engländern könne man eines fair play, das heißt einer von Einflüsterungen und Hintertürenpolitik unabhängigen Leitung der Beratungen sicherer sein als bei den Franzosen. Herr Poincaré habe sich doch bisher wenig selbständig gegenüber russischen Einwirkungen gezeigt, auch sei seine Selbstgefälligkeit so groß, daß sie ihn nur zu leicht verleiten dürfte, anstatt dem Verdienste des ehrlichen Maklers persönlichen Erfolgen und politischen Gewinnen der Tripelentente nachzustreben.

Ich teile durchaus die Bedenken meines österreichisch-ungarischen Kollegen gegen Paris als Konferenzort. London scheint mir allerdings kaum in Frage kommen zu können, schon deshalb, weil Sir Edward Grey, der nicht französisch spricht, zum Vorsitz nicht bereit sein dürfte.

Es scheint hie und da in nichtdiplomatischen Kreisen der Gedanke befürwortet zu werden, es könnte für die deutsch-französischen Beziehungen von Vorteil sein, daß wir den Franzosen die Konferenz in Paris anbieten, um dadurch ihre freundliche Dankbarkeit zu gewinnen. Ich glaube nicht, daß diese Idee ernste Beachtung verdient. Zwischen uns und Frankreich liegen Dinge, die nicht durch Freundlichkeiten hinweggeschafft werden können. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß Liebenswürdigkeiten die Stimmung der Franzosen gegen uns nur oberflächlich und vorübergehend günstig zu beeinflussen vermögen. Herrn Poincaré zu persönlichen Erfolgen zu verhelfen, ihm die Stellung als leitender Staatsmann zu befestigen oder gar die Wege ins Elysée zu ebnen, haben wir noch weniger Anlaß. Er ist, schon als Lothringer, nicht unser Freund, und seine Politik ist nicht von dem Gedanken beseelt, die Kluft zwischen Frankreich und uns zu überbrücken, sondern eher, sie zu vertiefen[3].

Übrigens wird mir von beachtenswerter Seite versichert, Herr Poincaré selbst spreche sich in vertrautem Freundeskreise gegen Paris als Konferenzort aus. Er habe keine Neigung, die Leitung zu übernehmen, die besondere diplomatische Schulung erfordere und wenig Dank einbringen dürfte.

v. Schoen

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Hat mir Cambon wörtlich auch so gesagt.
[2] gerade deswegen können wir uns auf Paris nicht einlassen.
[3] richtig.

Nr. 12504

Aide-mémoire

Reinschrift
Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Auswärtigen Amt übersandt*

Berlin, November 29, 1912

The German Ambassador in London has impressed on Sir Edward Grey the wish of the Imperial Government for peace and their hope that His Majesty's Government will cooperate with them to preserve it**, and Sir Edward believes that the two Governments have the same feeling on the subject. Neither Government is directly interested in promoting or preventing the acquisition by Servia of a port on the Adriatic, and neither considers that this question is a sufficient reason for war between the Great Powers. If, however, two Great Powers were to go to war no one of the others could be sure of not being drawn into it, for the original cause of the war might be merely merged into and lost in other issues arising out of the complication that would ensue. This must, in Sir Edward Grey's opinion, redouble the anxiety of the two Governments to preserve peace.

The communications passing between all the Powers are, he states, still friendly but they are very vague and the military precautions adopted in Austria-Hungary and Russia*** are becoming an increasing source of anxiety.

In these circumstances, Sir Edward Grey is anxious to ascertain how the Imperial Government would view a proposal that instructions should be sent to the six Ambassadors at one of the Capitals — Sir Edward suggests Paris if that would be generally agreeable — to consult together and submit to their Governments propositions on three points:

1) To what extent are the Allies free to change the map of Europe without any stipulations being made by the Great Powers?

---

* Vgl. auch die Äußerungen Sir E. Greys zu Fürst Lichnowsky vom 26. November, die bereits auch die englische Initiative in der Konferenzfrage vorbereiteten, Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12447.
** Vgl. Nr. 12501 und 12503.
*** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV.

2) On what point must the Great Powers reserve their right to have some say in the settlement? Albania, the access of Servia to the Adriatic, and the Aegean Islands are the points of greatest importance that occur to Sir Edward Grey, assuming that the Allies do not attempt to claim the Constantinople Straits.

3) What settlement on each of these points would secure the assent and support of the six Powers?

Sir Edward Grey does not desire to make any proposal that would not be acceptable and Sir Edward Goschen has therefore been instructed to ascertain first the view of His Excellency, Herr von Kiderlen-Waechter, confidentially on this question, and, if he shares the same view, to ask whether His Excellency will sound the Austro-Hungarian Government. Sir Edward thinks that the other three will all accept.

He considers that the risk is that a Conference might bring out an irreconcilable divergency between Austria-Hungary and Russia, but that this risk would be minimized if the consultation of the Representatives of the Powers were to be as informal as possible, and that without some such consultation the views of Austria-Hungary and Russia cannot be reconciled or even definitely ascertained and there is danger that they may drift through mobilisation into an irreconcilable attitude.

Nr. 12505

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 801 Berlin, den 1. Dezember 1912

Der englische Minister des Äußern hat hier durch E. Goschen inoffiziell und vertraulich angeregt, die Botschafter der sechs Großmächte in einer der europäischen Hauptstädte, etwa Paris, zu unverbindlichen Besprechungen über einige vom internationalen Standpunkt besonders wichtige Fragen des Balkanproblems zu ermächtigen. Zugleich hat er mich bitten lassen, im Falle des Einverständnisses bei der österreichisch-ungarischen Regierung eine entsprechende Sondierung vorzunehmen. Die Einzelheiten sind aus der in Abschrift anliegenden Notiz ersichtlich, die mir Goschen überreicht hat*.

Ich habe dem Botschafter, ohne mich irgendwie festzulegen, vorläufig erwidert, ich fände die Idee seines Ministers in ihren Grundzügen beachtenswert und sei gern bereit, sie gemeinsam mit unsern Verbündeten zu prüfen. Was den Ort der Konversation anlange, so schiene mir allerdings aus verschiedenen Gründen Paris nicht in Frage zu kommen, sondern London den Vorzug zu verdienen.

* Siehe Nr. 12504.

Greys Anregung dürfte manches für sich haben. Ein Gedankenaustausch zwischen den Mächten findet so wie so bereits statt und wird auch weiter fortgeführt werden müssen. Entschließt man sich jetzt, diesen Meinungsaustausch an einem Platz zu konzentrieren, so wird dadurch eine Nachrichtenzentrale geschaffen, die den Geschäftsgang vereinfachen und beschleunigen, also vom technischen Standpunkt nicht unpraktisch sein würde. Daß zum Wächter dieser Zentrale nicht gerade Herr Iswolsky bestellt werden darf und schon aus diesem Grunde Paris als Ort der Konversation ausscheidet, liegt auf der Hand und wird auch der Wiener Auffassung entsprechen. Auf weniger kompliziertem Boden, etwa in London, könnten die Botschafter, wie uns scheint, ganz nützliche Arbeit verrichten. Sie würden unter tunlicher Vermeidung jeglichen Apparates möglichst formlos zusammentreten und sich unverbindlich darüber aussprechen, was ihre Regierungen über die einzelnen Fragen denken. Wir erhalten dadurch die Möglichkeit, Näheres über die bisher verborgenen Spezialwünsche der übrigen Mächte zu erfahren, und gewinnen so einen Maßstab, inwieweit sich etwa diese Wünsche zur Durchführung der österreichischen und italienischen Forderungen nutzbar machen lassen. Insbesondere wird es interessant sein zu sehen, wie sich England die Zukunft der ägäischen Inseln denkt, die Sir E. Grey lebhaft zu beschäftigen scheint. Selbstverständlich behalten wir völlig freie Hand, unsere Ziele durch besondere Verhandlungen neben der Botschafterbesprechung in jeder gewünschten Weise zu fördern, namentlich bliebe es Österreich-Ungarn unbenommen, seine Bemühungen zur direkten Verständigung mit Serbien fortzusetzen. Wenn wir auf die englische Anregung eingehen, dürfte sich eine sonst kaum ganz zu umgehende, spätere förmliche Konferenz leichter vermeiden lassen.

Da es sich um völlig unverbindliche Vorbesprechungen handeln würde, wären wir dafür, die Sache auch nach außen möglichst harmlos zu gestalten. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hätten wir sogar keine Bedenken, unserem Botschafter in London, der kürzlich zur Erledigung privater Angelegenheiten um Urlaub eingekommen ist, diesen Urlaub zu gewähren und den Kaiserlichen Geschäftsträger mit den Besprechungen zu betrauen.

Ew. pp. bitte ich, die Angelegenheit im vorstehenden Sinne, unter Mitteilung eines Abdruckes der Anlage, mit Graf Berchtold vertraulich zu besprechen und mir seine Auffassung telegraphisch mitzuteilen.

Kiderlen

Nr. 12506

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 158 Berlin, den 2. Dezember 1912

Graf Szögyényi teilt mit, daß Graf Berchtold unseren Standpunkt in Frage Botschafterkonferenz im allgemeinen teilt.

Wir möchten nunmehr gleiche Instruktion an unsere Botschafter in London dahin empfehlen, Sir Edward Grey mitzuteilen, daß wir seinem Vorschlag zustimmen unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß es sich nicht um formelle Konferenz handele.

Bitte Graf Berchtold entsprechend verständigen und Antwort drahten.

Kiderlen

Nr. 12507

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. auf der Fahrt von Donaueschingen nach Baden-Baden, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 17 Sonderzug, den 2. Dezember 1912

Den Inhalt der beiden Anlagen des Erlasses Nr. 25*, betreffend die englische Anregung zu einer unverbindlichen Konversation der Botschafter, habe ich Seiner Majestät dem Kaiser und Könige heute vorgetragen. Seine Majestät erklärten sich mit der Instruktion an den Kaiserlichen Botschafter in Wien einverstanden. Wenn allerhöchstdieselben sich auch nicht viel von der Besprechung versprechen, so stimmte er doch vollauf mit Euerer Exzellenz Ansicht überein, daß durch eine derartige zwanglose Unterhaltung sich eine förmliche Konferenz vielleicht vermeiden lassen werde.

Nicht einverstanden sind dagegen Seine Majestät mit der Ansicht Euerer Exzellenz, daß, falls die angeregten Besprechungen in London stattfinden, diese dem Kaiserlichen Geschäftsträger anvertraut werden könnten. Seine Majestät legt Gewicht darauf, daß auch Deutschland dabei durch seinen Botschafter vertreten sein müsse, sobald die Botschafter anderer Mächte daran teilnehmen.

Jenisch

Nr. 12508

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 297 St. Petersburg, den 2. Dezember 1912

Herr Sasonow äußerte mir heute befriedigt über das Herrn Sverwejew** ausgedrückte prinzipielle Einverständnis Kaiserlicher Regierung mit Plan Gedankenaustausches über Verschiedenheiten infolge Balkankriegs entstandener Fragen durch hierzu besonders bevollmächtigte Botschafter

* Durch Erlaß Nr. 25 vom 30. November war Freiherrn von Jenisch der Erlaß nach Wien Nr. 801 (siehe Nr. 12505), sowie das englische Aide-mémoire vom 29. November (siehe Nr. 12504) nach Donaueschingen, wo Kaiser Wilhelm II. zur Jagd weilte, mitgeteilt worden.

** Russischer Botschafter in Berlin.

in einer europäischen Hauptstadt. Bezüglich des vom Herrn Staatssekretär geäußerten Wunsches, daß London statt Paris für diese Beratungen gewählt werde, erklärte Minister, er habe an sich nichts gegen London, erblicke aber große Schwierigkeit darin, daß Sir E. Grey des Französischen nicht mächtig sei. Falls, wie er vermute, Abgeneigtheit Berliner und Wiener Kabinett gegen Paris darauf beruhe, daß Rußland dort durch Herrn Iswolsky vertreten sei, könne er aufs bestimmteste erklären, daß die an Persönlichkeit dieses Botschafters geknüpften Bedenken unbegründet seien. Er stehe dafür ein, daß Herr Iswolsky die Instruktionen, die er von hier aus erhalte, pünktlich befolgen werde*. In diesen Instruktionen will Herr Sasonow besonders hervorheben, daß dem Botschafter von seiten . . .** mit Mißtrauen begegnet werde, er daher besonderen Grund habe zu beweisen, daß dieses Mißtrauen nicht gerechtfertigt sei.

Minister hofft dringend, daß über Ort der Botschafterberatung bald Einigkeit erzielt wird, da er auf möglichst baldigen Beginn dieser Beratungen größten Wert legt.

Pourtalès

Randvermerk von Kiderlens:
Nein und wenn er alle Eide schwört, bleibt Iswolsky unzuverlässig. K.

Nr. 12509

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 Wien, den 3. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 158***.

Graf Berchtold las mir zunächst zwei Telegramme vor, die er gestern in der Sache an Graf von Szögyény gerichtet hatte. Von dem zweiten dieser Telegramme† konnten Euere Exzellenz nach Ansicht Ministers bei Abfassung der Instruktion an mich zeitlich noch nicht Kenntnis erhalten haben. Graf Berchtold würde dankbar sein, vorerst Ansicht Berliner Kabinetts über die darin enthaltenen Ausführungen zu erfahren.

---

* Auch Poincaré wollte nach einem Telegramm Freiherrn von Schoens vom 4. Dezember (Nr. 377) die Bedenken gegen die Person Iswolskys, der sich in letzter Zeit sehr ruhig und versöhnlich gezeigt habe, nicht gelten lassen. Iswolsky selbst telegraphierte am 4. Dezember an Sasonow: „Ich bin mir bewußt, daß das tiefe Mißtrauen und der Mangel jeden Wohlwollens mir gegenüber von seiten Berlins und Wiens im Falle meiner Beteiligung an der Konferenz einen ungünstigen Faktor für uns bilden würde. In London können natürlich der farblose Mensdorff und Lichnowsky, der noch keine Zeit gehabt hat, sich eine Stellung zu schaffen, dem Einfluß Cambons und Benckendorffs nicht die Wage halten." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 371. Vgl. auch R. Poincaré, Au Service de la France, II, 355, 369s.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Siehe Nr. 12506.

† Wohl identisch mit dem folgenden Schriftstück (Nr. 12510).

Bei Antwort an Sir E. Grey würde nach Meinung Ministers auch noch ausdrücklich zu sagen sein, daß wir unsere Zustimmung für London geben.

Eine weitere Frage sei die hier von Spanien angeregte, betreffend Zuziehung dieser Macht zu den Besprechungen*. Er habe den Spaniern bisher ausweichend geantwortet. Spanien führe an, wegen seiner Interessen im Mittelmeer Recht zu haben mitzureden. Gerade dieser Hinweis habe ihn aber stutzig gemacht und Zweifel erweckt, ob es für uns nützlich sein würde, die Spanier zuzulassen, denn in Mittelmeerfragen werde Spanien ohne Zweifel stets mit England und Frankreich gehen. Vorstehende Ausführungen über Spanien und dessen Haltung bat mich Graf Berchtold als geheim weiterzugeben.

Endlich handele es sich auch um Rumänien. General von Conrad habe von Bukarest** Eindruck mitgebracht, daß Rumänien noch gewillt sei, bei Dreibund zu bleiben, daß aber bei den fortgesetzten und intensiven Bemühungen unserer Gegner wir unbedingt etwas tun müßten, um zu zeigen, daß Rumäniens Interessen bei uns gut aufgehoben seien. Er, der Minister, möchte deshalb Rumänien die Teilnahme an den Beratungen der Mächte verschaffen. Sollte die Teilnahme an den jetzt ins Auge gefaßten vorläufigen Besprechungen maßgebend werden für die Zusammensetzung einer künftigen förmlichen Konferenz, so wäre er nicht abgeneigt, selbst seine Zustimmung zur Teilnahme an ersteren von der Zulassung Rumäniens dazu abhängig zu machen. Bulgarien werde nichts dagegen einwenden können, wenn Rumänien eine Stimme im Rate der Großmächte erhalte, da man in Sofia Ingerenz der Mächte zurückgewiesen und Gelegenheit hat, seine Wünsche in den direkten Verhandlungen mit Türkei zur Geltung zu bringen, während Rumänien seine Friedenspolitik gerade im Vertrauen auf die Mächte geführt habe. Er beabsichtige, diese Frage selbstverständlich im völligen Einvernehmen mit Berlin zu behandeln, und wäre dankbar für Äußerung, wie die Kaiserliche Regierung sich dazu stelle.

Tschirschky

Nr. 12510

Aide-mémoire

Reinschrift

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Szögyényi-Marich am 4. Dezember 1912 überreicht

Der k. und k. Minister des Äußern beabsichtigt, den k. und k. Botschafter in London Grafen Mensdorff anzuweisen, sich Sir Edward Grey gegen-

* Vgl. Nr. 12503.

** Über die Mission Conrad von Hötzendorfs nach Bukarest vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12444 nebst Fußnote, und Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, II, 351 ff.

über auf die von diesem angeregte Idee einer Botschafterreunion folgendermaßen auszusprechen*:

In der Anregung des englischen Ministers des Äußern, den Gedankengang zwischen den Kabinetten, betreffend die endgültige Regelung gewisser Fragen am Balkan, an einem Orte zu vereinigen, erblickt Graf Berchtold ein geeignetes Mittel zur Vereinfachung des Geschäftsganges.

Nach Erzielung einer Einigung über den Ort der Botschafterbesprechungen wäre der k. und k. Minister des Äußern bereit, den Grafen Mensdorff mit bezüglichen Instruktionen zu versehen, welche den k. und k. Botschafter ermächtigen würden, an den unverbindlichen Beratungen teilzunehmen.

Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, will Graf Berchtold jedoch schon jetzt die Aufmerksamkeit Sir Edward Greys auf den — ihm wohl bereits bekannten — Umstand lenken, daß ein bestehender österreichisch-ungarischer -italienischer Akkord die Autonomisierung Albaniens ins Auge faßt. Von dem darin aufgestellten Grundsatze ausgehend hätten Österreich-Ungarn und Italien bereits in Belgrad und Cetinje erklärt, daß ihre Regierungen eine dauernde Besitzergreifung von seiten Serbiens oder Montenegros an der albanesischen Küste nicht zulassen würden. Diesem Standpunkte entsprechend würde der k. und k. Botschafter in London dahin instruiert werden, daß er sich bezüglich des Akzesses Serbiens an die Adria nur an einem Gedankenaustausch darüber wird beteiligen können, wie für Serbien ein wirtschaftliches Débouché an die Adria sichergestellt werden könnte, während er keinesfalls an einer Diskussion werde teilnehmen können, welche die territoriale Ausbreitung des Königreiches bis an die Adria, beziehungsweise den Erwerb eines Hafens an derselben zum Gegenstande hat**.

Nach den dem Grafen Berchtold zugekommenen Informationen stünde die Annahme von Paris als Ort der Botschafterreunion nicht zu erwarten, während gegen die Wahl von London kaum ein Einspruch erhoben werden dürfte.

Einer Meldung aus Paris zufolge neige man dort der Ansicht zu, daß die Kriegführenden an den Besprechungen nicht teilzunehmen hätten. Nach Auffassung des k. und k. Ministers des Äußern hätten die Besprechun-

---

* Es geschah durch Telegramm vom 5. Dezember. Siehe den Text desselben im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 78f.

** Dieser österreichische Vorbehalt wurde mißverständlich in London und in Rom so aufgefaßt, als ob Österreich-Ungarn an der Konferenz nur unter der Bedingung teilnehmen wolle, daß die Frage eines serbischen Hafens an der Adria auf der Botschafterreunion nicht zur Diskussion gelange. Vgl. Nr. 12519 und 12522, sowie Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 6. Dezember; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 608. Sasonow seinerseits faßte die österreichische Klausel nicht minder mißverständlich dahin auf, daß das österreich-italienische Abkommen über Albanien den Ausgangspunkt für die Erörterungen der Botschafterreunion über die albanische Frage bilden solle. Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 8. Dezember; v. Siebert, a. a. O., S. 608.

gen auf die Botschafter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Österreich-Ungarns und Rußlands beschränkt zu bleiben, und sollte nur noch der Gesandte Rumäniens denselben zugezogen werden, da das Königreich infolge seiner Lage an dem zu besprechenden Gegenstande zum Teile direkt interessiert sei und durch seine während des Krieges beobachtete friedliche Haltung sich ein Anrecht erworben habe, seine Stimme im Rate der Großmächte vernehmen zu lassen. Graf Berchtold würde großen Wert darauf legen, daß die Antwort der Dreibundmächte auf den Vorschlag von Sir Edward Grey im gleichen Sinne erfolge.

Nr. 12511

Aide-mémoire

Reinschrift

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen Szögyényi-Marich am 4. Dezember 1912 überreicht*

Das Minimum der von Österreich-Ungarn als Voraussetzung der von der k. und k. Regierung zu gewährenden Zustimmung zur Neuordnung der territorialen Gestaltung des Balkans aufgestellten Forderungen besteht in folgendem:

1. Garantien, daß Serbien mit Österreich-Ungarn in Frieden und Freundschaft leben werde.

2. Ausdrücklicher Verzicht Serbiens auf Gebietserweiterung in Albanien oder an der adriatischen Küste und Anerkennung des einzuführenden Zustandes in Albanien.

3. Die freie Entwicklung Albaniens.

4. Die Befriedigung berechtigter Wünsche Rumäniens.

5. Sicherstellung der kommerziellen und verkehrspolitischen Interessen der Monarchie in Salonik.

An dem Wesen der vorstehenden Punkte hält die k. und k. Regierung unabänderlich fest und ist nur bezüglich der Form ihrer Durchführung zu einem etwa ohne Schädigung der Sache möglichen Entgegenkommen bereit; das Betreten eines Kompromißweges bezüglich dieser Angelegenheiten ist für Österreich-Ungarn ausgeschlossen.

* Dieses österreichische Memorandum, das in Berlin im Hinblick auf die bevorstehenden Botschafterbesprechungen überreicht wurde, ging mit Geheimerlaß Nr. 1350 vom 5. Dezember an den Fürsten Lichnowsky „zu Ihrer vorläufig ausschließlich persönlichen Information", ebenso durch Erlaß Nr. 811 an den Botschafter von Tschirschky. Genauere Mitteilungen über das österreichische Programm machte am 6. Dezember Graf Berchtold dem deutschen Botschafter, vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12487.

Nr. 12512

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1126 London, den 1. Dezember 1912
[pr. 4. Dezember]

Mein italienischer Kollege* suchte mich gestern auf, um nachstehendes auseinanderzusetzen.

Italien habe vielleicht noch weniger als Deutschland den Wunsch, wegen der serbischen Frage in einen Krieg verwickelt zu werden, namentlich da es sich nur um einen Handelshafen handeln soll. Man interessiere sich in Rom hauptsächlich für Valona und habe die Griechen wissen lassen, daß die Besetzung dieser Bucht nicht geduldet werden würde. Es sei daher unbedingt notwendig, daß ein Kompromiß gefunden werde zwischen dem österreichischen und dem russischen Standpunkt. Je länger man warte, um so schwieriger werde es, eine Lösung zu finden, die für keinen von beiden eine Demütigung in sich schließe, da die öffentliche Meinung in beiden Ländern schon durch die fortgesetzten Mobilmachungen** immer erregter werde und der Krieg dann immer schwerer zu vermeiden sei. Es wäre auch nach seinen Nachrichten ein bedenklicher Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß Rußland bloß mobilisiere, um zu bluffen. Die Audienz des Grafen Thurn*** sei ergebnislos verlaufen, und habe sich der Zar auf einige höfliche und freundliche Redensarten beschränkt, ohne irgend eine Zusicherung zu geben. Sasonow ebensowenig wie ein anderer russischer Minister könne es wagen, Erklärungen zu verlautbaren, die der öffentlichen Meinung, die für die Serben ausgesprochen Partei nähme, entgegen wären, er würde sonst von seinem Platze fortgefegt werden.

Mit diesen Tatsachen müßten wir rechnen, wenn wir einen Krieg vermeiden wollten, und darauf hinwirken, daß bald eine Einigung zustande käme. Nur auf diese Weise sei der allgemeine Krieg zu vermeiden. Marquis Imperiali verglich die Angelegenheit mit der in Neapel beim Feste des heiligen Gennaro üblichen Begegnung zwischen dem Kardinal und dem Sindaco. Keiner von beiden dürfe dem anderen gegenüber sich etwas vergeben, und beide müßten die gleiche Anzahl von Schritten zurücklegen, um sich in der Mitte der Kirche zu treffen.

Ehe dieses Kompromiß nicht vereinbart sei, wäre es auch bedenklich, zu der von Sir Edward Grey vorgeschlagenen Botschafterkonferenz zu schreiten, da diese dann Gefahr liefe, ergebnislos zu verlaufen. Bevor nicht Österreich sowohl wie Rußland etwas nachgegeben und Entgegenkommen gezeigt hätten, sei es zwecklos, zusammenzutreten und über Dinge zu be-

* Marquis Imperiali.
** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV.
*** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12441 nebst Fußnote auf S. 411.

raten, über die die Botschafter sich dann doch nicht würden verständigen können. In diesem Sinne hat Marquis Imperiali auch mit Sir E. Grey gesprochen und, wie er sagt, nach Rom berichtet, und ich vermute, daß seine Auffassungen sich im wesentlichen mit denen des Marquis San Giuliano decken.

Ich verfehlte nicht, meinen italienischen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es sei, daß Deutschland und Italien im Interesse des Friedens den österreichischen Standpunkt unterstützten, um nicht durch Uneinigkeit die Gegner zu ermutigen und dadurch die Kriegsgefahr zu erhöhen. Marquis Imperiali gab die Berechtigung dieses Standpunktes vollkommen zu, wiederholte aber, daß es ein Irrtum sei zu glauben, daß man in Petersburg nur bluffe. Die Lage sei äußerst ernst, und er halte den Krieg für unausbleiblich, falls Österreich nicht geneigt sei, in der Frage des serbischen Hafens etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen. Er bat mich, in diesem Sinne in Berlin zu wirken, da nur wir in der Lage wären, auf Wien einen entsprechenden Einfluß zu nehmen. Die Persönlichkeit des englischen Vertreters in Wien* sei nicht danach, daß die hiesige Regierung dort viel erreichen könnte, und Graf Mensdorff sei zwar hier gesellschaftlich sehr beliebt, habe aber weder in Wien noch hier großen Einfluß. Auch sollten wir uns nicht darüber täuschen, daß die Stimmung in Frankreich heute eine andere sei wie noch vor drei Jahren. Die bulgarischen Siege über die Türken hätten auch dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Franzosen zu erhöhen, und es sei nicht daran zu zweifeln, daß im Falle von Verwickelungen mit Rußland die Franzosen losgehen würden**. Auch sei es sicher, daß die Engländer trotz der augenblicklich besonders hervortretenden Hinneigung zu Deutschland und ihres ausgesprochenen Friedensbedürfnisses nicht würden unbeteiligt bleiben können. Wenn wir siegten, würden sie nicht dulden, daß Deutschland ein drückendes Übergewicht auf dem Kontinent erhält.

Was den Ort der Botschafterbesprechung anbelangt, so scheint, wie ich Äußerungen meines russischen und italienischen Kollegen entnehme, Sir E. Grey Paris vorzuschweben, schon weil er das Französische nicht beherrscht. Marquis Imperiali würde London für den geeigneten Ort halten und hält Paris für bedenklich wegen des Herrn Iswolsky und einen kleinen Ort wie den Haag nicht für geeignet, weil alsdann die Sache durch Entsendung besonderer Vertreter die Formen eines Kongresses annehmen und den Absichten des hiesigen Kabinetts nicht mehr entsprechen würde.

Ich möchte mich den Ausführungen meines italienischen Kollegen, denen vielleicht auch ein Auftrag aus Rom zugrunde lag, insofern anschließen, als ich glaube, daß ein von uns ausgehender Vorschlag, der London als den Ort der botschafterlichen Vorbesprechung bezeichnet, hier einen günstigen Eindruck hervorrufen und in der Öffentlichkeit als ein Beweis

* Sir F. Cartwright.

** Vgl. dazu auch Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12491 nebst Fußnoten.

unserer gefestigten Beziehungen aufgefaßt werden würde. Auch müßte die Vermittlerrolle, die Sir E. Grey alsdann zufiele, weiter dahin wirken, ihn in seiner bisherigen mehr unparteiischen Haltung zu bestärken.

Lichnowsky

Randbemerkung von Kiderlens:
Rom zur Verwertung mit dem Bemerken, daß wir uns über Imperialis Sprache wunderten, insbesondere, daß er auch Grey gegenüber über Österreichs und unsere Haltung sich Urteile anmaße. Wenn Imperiali als eitler Schwätzer auch bekannt sei, so könne seine Sprache doch zur Zuspitzung der Lage beitragen.
Abschrift an Lichnowsky, der entweder sich mit Imperiali nicht auf solche Unterhaltungen einlassen oder ihm gegenüber unsere Politik ernsthaft vertreten soll. Auch wir hätten schon an London für die Besprechung gedacht, das einzige Bedenken sei eben die Unzuverlässigkeit Imperialis und die ungenügende Stellung eines anderen Botschafters*.

Nr. 12513

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 162 Berlin, den 5. Dezember 1912

Graf Berchtolds Auffassung, wie sie sich aus Euer Exzellenz Telegramm Nr. 139** und Mitteilungen österreichisch-ungarischen Botschafters*** ergibt, wird hier durchaus geteilt. Insbesondere scheint auch uns Zuziehung Spaniens inopportun, Teilnahme Rumäniens erwünscht, gleiche Antwort Dreibundmächte geboten. Rumäniens Zulassung als Bedingung eigener Beteiligung hinzustellen erübrigt sich wohl, da auch bei Ablehnung unserer Forderung durch Westmächte† beabsichtigter Effekt in Bukarest gesichert sein dürfte.

* In diesem Sinne wurden die Botschafter in Rom und London durch Erlasse Nr. 893 bzw. 1255 vom 6. Dezember verständigt.
** Siehe Nr. 12509.
*** Vgl. Nr. 12510 und 12511.
† Wirklich war man in Paris und London zunächst wenig geneigt, die Teilnahme Rumäniens an den Beratungen der Botschafterreunion zuzugestehen. Englischerseits machte man dagegen geltend, daß es unmöglich sei, Rumänien eine derartige Begünstigung zuzugestehen, ohne Bulgarien desselben Vorteils teilhaftig werden zu lassen, während Poincaré gegen die rumänische Zulassung einwandte, daß Rumänien diese Gelegenheit benutzen werde, um den österreichischen Standpunkt in der albanischen Frage energisch zu unterstützen. Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 12. Dezember; Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 10. Dezember; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 612, 613f. Da aber Sasonow, der konsequent auf die Gewinnung Rumäniens aus war, für dessen Zulassung in allen Fällen eintrat, wo die rumänischen Interessen direkt berührt wurden (Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 9. Dezember; v. Siebert, a. a. O., S. 609), gaben England und Frankreich im wesentlichen nach.

Gemeinsame Erklärung an Sir Edward Grey würde hiernach lauten: Wir begrüßten seine Anregung als Mittel zur Vereinfachung Geschäftsgangs und würden uns gern beteiligen, sofern unverbindliche Konversation, nicht formelle Konferenz veranstaltet, als Ort London gewählt und Diskussion serbischen Gebietserwerbs an Adria ausgeschaltet wird. Da Rumänien nur im Vertrauen auf Mächte kriegerischem Eingreifen entsagt habe und lediglich deshalb jetzt bei Friedensverhandlungen trotz Gewichts seiner Stellung und Interessen als einzige Balkanmacht nicht zu Worte komme, befürworteten wir eindringlich Zuziehung rumänischen Gesandten.

Wir beabsichtigen nunmehr, zunächst telegraphisch durch Herrn von Jagow Italiens Zustimmung sicherzustellen, und bitten Wiener Kabinett, seinen Botschafter Rom* entsprechend zu instruieren.

Bitte Graf Berchtold verständigen und Antwort umgehend drahten.

Kiderlen

Nr. 12514

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 411 Wien, den 3. Dezember 1912
Vertraulich. [pr. 5. Dezember]

Mit Bezug auf Erlaß Nr. 801 vom 1. Dezember**.

Auftragsgemäß habe ich den Inhalt des nebenbezeichneten hohen Erlasses mit dem Grafen Berchtold unter Überlassung eines Abdrucks der Anlage desselben eingehend besprochen. In Ergänzung meiner anderweiten Berichterstattung zu dieser Sache*** beehre ich mich noch nachstehendes zu melden.

Der Minister teilte mir mit, daß er schon vorgestern vom Grafen Mensdorff Nachricht von dem englischen Vorschlage erhalten hätte, dem Sir Edward Grey davon gesprochen habe. Auch Sir F. Cartwright habe die Sache direkt hier zur Sprache gebracht. Er habe nach beiden Seiten hin vorläufig geantwortet, daß er nach dem ersten Eindruck sich wohl eine Vereinfachung der diplomatischen Verhandlungen von einer solchen zentralen Arbeitskommission verspreche. Er habe dabei betont, daß Paris als Ort dieser Vorbesprechungen nicht in Frage kommen könne, einerseits wegen der dortigen Anwesenheit des Herrn Iswolsky, andererseits, weil die einseitige Stellungnahme Frankreichs in letzter Zeit gegen die legitimen Interessen Österreich-Ungarns nicht dasjenige Maß objektiver Beurteilung

* von Mérey.
** Siehe Nr. 12505.
*** Vgl. Nr. 12509.

verspreche, welches ihm für den ersprießlichen Verlauf der betreffenden Unterredungen unerläßlich scheine. Er habe gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß er von vornherein die Reserve machen müsse, daß die albanische und die serbische Hafenfrage nicht Gegenstand der Diskussion bilden dürften.

Ich habe hier dem Minister gegenüber die Bemerkung gemacht, ob es nicht rätlicher sei, im jetzigen Stadium der Angelegenheit keinerlei ins Detail gehende Vorbehalte zu machen und sich unserem Vorschlag anzuschließen und zunächst generell seine Zustimmung zu den ganz unverbindlichen und nicht offiziellen Besprechungen zu geben. Dadurch, daß er jene Vorbehalte jetzt mache und damit eine Art von Programm im voraus entwickele, lege er sich in bestimmter Richtung fest, während die anderen Mächte ihre volle Freiheit in Bezug auf den Stoff, den sie vorzubringen oder nicht vorzubringen für gut halten würden, behielten. Er gebe damit auch den betreffenden Unterredungen ein größeres Gewicht und verleihe ihnen einen offizielleren Charakter, als es beabsichtigt sei. Es werde ja jeder Macht, also auch Österreich-Ungarn, jederzeit freistehen, ihre Vertreter entsprechend zu instruieren, ohne daß daraus eine Störung oder gar Sprengung der betreffenden Botschaftervereinigung entstehen könnte. Graf Berchtold gab die Richtigkeit dieser Argumentation zu, kam aber erneut darauf zurück, daß er gleich zu Anfang dem vorbeugen müsse, daß etwa die Autonomie Albaniens oder die Hafenfrage gegenüber Österreich-Ungarn als ein Objekt für Kompensationen an andere Staaten betrachtet werden dürfte. Österreich-Ungarn gewinne durch die Autonomie Albaniens garnichts, könne demnach dafür auch keinen Preis zahlen. Was die Frage der ägäischen Inseln anlange, so halte Österreich-Ungarn daran fest, daß Italien seinerzeit versprochen habe, alle Inseln wieder herauszugeben. Würde Italien eine der Inseln behalten, so würde auch Österreich-Ungarn eine solche für sich in Anspruch nehmen müssen.

Diesen Ausführungen des Ministers hielt ich entgegen, daß es nach dem Vorschlage meiner Regierung zu der übereinstimmenden Instruktion für die Zustimmungserklärung der Dreibundmächte zur Anregung Sir Edwards Greys jetzt, wie mir scheine, zunächst darauf ankomme, generell und ganz allgemein sich über einen praktischen modus procedendi für die politischen Besprechungen unter den Großmächten zu einigen. Über den materiellen Inhalt dieser zukünftigen und ganz unverbindlichen Besprechungen werde jetzt nach keiner Richtung hin entschieden oder ihm präjudiziert.

Graf Berchtold notierte sich dann unseren Vorschlag und äußerte den bereits anderweit gemeldeten Wunsch, zunächst Euerer Exzellenz Ansicht über die in seinen beiden Depeschen an Graf Szögyényi enthaltenen Darlegungen zu erfahren. Der Minister machte dann noch die Euerer Exzellenz bereits bekannten Vorbehalte betreffend Spanien und Rumänien.

von Tschirschky

Nr. 12515

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 165 Berlin, den 6. Dezember 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 162*.

Da wir hören, daß Wiener Kabinett Sir Edward Grey schon geantwortet hat**, schicken wir nunmehr auch unsere Antwort ab. Erlaß folgt.

Kiderlen

Nr. 12516

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Bückeburg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 123 Berlin, den 6. Dezember 1912

Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich nach Eingang des österreichischen und italienischen Einverständnisses Sir Edward Goschen auf die Sondierung wegen der Botschafterkonversation heute nachstehendes geantwortet habe:

„Die Kaiserliche Regierung hat von dem Vorschlage Sir E. Greys, die Botschafter der sechs Großmächte in einer der europäischen Hauptstädte zu unverbindlichen Besprechungen über mehrere vom internationalen Standpunkt besonders wichtige Fragen des Balkanproblems zu ermächtigen, mit lebhafter Genugtuung Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem vorgeschlagenen Verfahren ein geeignetes Mittel, den Geschäftsgang zu vereinfachen und zu beschleunigen, und würde es begrüßen, wenn als Ort der Konversation London gewählt wird, von wo die Anregung ausgegangen ist. Für den Fall, daß Sir E. Grey hiermit einverstanden ist, erklärt sich die Kaiserliche Regierung bereit, Fürst von Lichnowsky ohne Verzug mit den erforderlichen Instruktionen zu versehen. Sie setzt dabei voraus, daß bei der Konversation der Botschafter auch nach außen der Eindruck einer formellen Konferenz vermieden werden wird.

Da Rumänien sich in Anbetracht seiner gewichtigen Stellung und Interessen am Balkan in der gleichen Lage wie die Großmächte befindet und bei den Friedensverhandlungen der Kriegführenden als einzige Balkan-

---

* Siehe Nr. 12513.

** Vgl. Nr. 12510, S. 15, Fußnote *.

macht nicht zu Worte kommen wird, befürwortet die Kaiserliche Regierung, zu den Besprechungen der Botschafter auch den rumänischen Gesandten hinzuzuziehen“*.

Alleruntertänigst
Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Bückeburg 6. XII. 12. Einverstanden

Nr. 12517

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 168 Berlin, den 7. Dezember 1912

Der Kaiserliche Botschafter in Rom telegraphiert**: „Minister des Äußern steht bereits mit Wien in Meinungsaustausch über englische Anregung. Er hat auf Wiener Anfrage im ganzen zustimmend geantwortet, nur glaube er, daß man weniger intransigente Sprache bezüglich Gebietserwerb nördlich von Durazzo für Montenegro und südlich von Valona für Griechenland führen sollte. Auch ist er für Zulassung von Rumänien, möchte dieselbe aber nicht conditio sine qua non für Londoner Botschafterverhandlungen machen.

Vor mir war heute englischer Botschafter*** bei Minister, um mitzuteilen, Sir E. Grey glaube, daß man keine Frage bei Verhandlungen ganz ausschließen solle. Rußland habe sich bisher weder für noch gegen Serbiens territoriale oder nur kommerzielle Zulassung zur Adria festgelegt, Ausschließung der Frage aber könne Rußlands Teilnahme an Besprechungen gefährden. Minister glaubt aus Sir E. Greys Mitteilung entnehmen zu sollen, daß dieser Überzeugung oder sogar Gewißheit habe, daß Rußland auf adriatischen Gebietserwerb Serbiens nicht bestehen, sondern sich mit dessen kommerzieller Zulassung zum Meer mit einer Bahn begnügen würde und durch Besprechung der Frage nur sein Gesicht wahren wolle†.

---

* Im gleichen Sinne wurde Fürst von Lichnowsky mittels Telegramms Nr. 212 vom 5. Dezember verständigt.

** Nr. 191 vom 6. Dezember.

*** Sir J. Rennell Rodd.

† Tatsächlich hatte Sir E. Grey Sasonow durch den Botschafter in Petersburg Sir G. Buchanan ein Memorandum mit dem Vorschlage unterbreiten lassen, Rußland möge im Laufe der Pariser Vorberatungen mit einer eigenen Initiative hervortreten und Serbien und Montenegro überreden, sich mit der Aufteilung des Sandschaks zu begnügen und nicht auf einer territorialen Erwerbung an der Adria zu bestehen. Gegen diesen Vorschlag hatte Sasonow aber die entschiedensten Bedenken, die Graf Benckendorff durch ein

Minister erachtet daher, daß Österreich und Italien zwar vorher erklären sollen, Gebietserwerb an der Adria für Serbien nicht zulassen zu wollen, daß sie aber in Besprechung der Frage willigen können."

Eine Zulassung der Besprechung der albanesisch-adriatischen Frage erscheint mir um so mehr ratsam, als es sich um unverbindliche Besprechungen handelt.

Kiderlen

Nr. 12518

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200 London, den 7. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 212*.

Sir E. Grey mit London einverstanden, falls hierin in Paris keine Unfreundlichkeit erblickt werde, da dort bekannt, daß er Paris vorgeschlagen, und da von Poincaré auch erste Anregung zu einer Konferenz ausgegangen. Ich erwiderte, daß uns, soviel mir bekannt, Paris auch recht gewesen wäre, daß aber von verschiedenen Seiten, und nicht etwa bloß von uns, Bedenken gegen die Persönlichkeit des Herrn Iswolsky laut geworden wären.

Ich glaube, daß, falls es gelingt, eine Form zu finden, um die Empfindlichkeiten des Herrn Poincaré zu schonen**, man hier gern zustimmen

---

eingehendes Telegramm zu zerstreuen suchte. Sasonow an Graf Benckendorff, 30. November; Graf Benckendorff an Sasonow, 1. Dezember; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 603 ff. Am 10. Dezember präzisierte Sasonow gegenüber Graf Benckendorff die russischen Absichten bezüglich des serbischen Zugangs zur Adria dahin: „Wir sind bereit, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu unterstützen, ebenso seinen Zugang zum Adriatischen Meer durch albanisches Territorium, wobei ihm reale Garantien für die freie Durchfuhr militärischer und kaufmännischer Güter gegeben werden müssen; ebenso sind wir bereit, darauf zu bestehen, daß die Grenze Albaniens so weit wie möglich nach Westen verlegt wird; aber wir sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, für Serbien souveräne Rechte auf einen Teil der adriatischen Küste zu erlangen. Wir haben einem Meinungsaustausch der Botschafter zugestimmt mit dem Wunsche, Serbien in dem soeben geschilderten Umfange alle mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im Interesse Serbiens teilen wir dem Wiener Kabinett unser Programm nicht mit, sondern erklären nur, daß die unserem Vertreter erteilten Instruktionen versöhnlich seien und die Interessen Österreichs berücksichtigen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 382.

* Vgl. Nr. 12516, S. 23, Fußnote.

** Die Empfindlichkeit Poincarés fürchtete auch Sasonow, der am 4. Dezember an Graf Benckendorff telegraphierte: „Andererseits fürchten wir, daß die Eigenliebe

wird, da man sich den gegen Paris bestehenden Bedenken keineswegs verschließt.

Mit der Zuziehung des rumänischen Gesandten schien der Minister einverstanden, auch wiederholte er, daß jeder Anschein eines feierlichen Kongresses vermieden werden sollte, und daher auch alle Eröffnungsfeierlichkeiten wegfallen würden. Man würde sich, so drückte er sich aus, einfach um einen runden Tisch setzen.

Der Berliner Anregung entsprechend habe er die Tagesordnung für die Botschafterbesprechung dahin entworfen, daß

1) diejenigen Punkte festgestellt würden, welche auszuscheiden seien, da man sie den Kriegführenden allein überlassen wolle,

2) diejenigen, die die beim Berliner Vertrage beteiligten Mächte interessierten, und mit denen man sich daher zu befassen habe, und

3) Besprechung dieser letzteren Punkte zum Zweck, eine Einigung über dieselben zu erzielen und alsdann mit entsprechenden Vorschlägen an die vertretenen Regierungen sich zu wenden.

Einen in diesem Sinne gehaltenen Erlaß, den der Minister nach Wien gerichtet hat, gab er mir zur Einsicht. Derselbe schließt mit dem rührenden Wunsch, das kommende Weihnachtsfest möge als Ergebnis der Besprechungen der Menschheit den Frieden bringen.

Als Kuriosum erzählte er mir noch, daß die Balkanstaaten über London als Friedensort verfügt hätten, ohne hier anzufragen, und daß ihm hierüber bisher nur von der bulgarischen Regierung eine amtliche Verständigung gemacht worden sei*.

Lichnowsky

Poincarés verletzt würde, was ungünstig auf den Grad der Unterstützung zurückwirken könnte, welche wir während der Verhandlungen von unseren Bundesgenossen erwarten. — Ich bitte Sie, sich mit Grey hierüber auszusprechen, und wenn Sie bemerken, daß er persönlich Paris vorzieht, bitten Sie ihn, auf der Wahl von Paris zu bestehen, da andernfalls das Zustandekommen der Vorberatungen in Frage gestellt werden könnte." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 605 f. Tatsächlich fühlte sich Poincaré verletzt; doch gab er Iswolsky zu verstehen, daß er die Wahl Londons nicht bedauern werde, da „das Resultat der Besprechungen bestenfalls nur eine scheinbare Versöhnung sein würde." Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 4. Dezember; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Sieve, II, 372. Vgl. auch Nr. 12537.

* Über den Zusammentritt der Friedensbevollmächtigten der Türkei, Bulgariens, Serbiens und Montenegros besagte das zwischen diesen Staaten am 3. Dezember abgeschlossene Waffenstillstandsprotokoll: „Les négociations pour la conclusion de la paix commenceront le 30 novembre/13 décembre à Londres." In der Tat fanden sich am 14. Dezember die Vertreter der obigen Staaten in dem von der englischen Regierung zur Verfügung gestellten St. James Palace zusammen; auch Griechenland, das nicht am Waffenstillstand partizipierte, schickte zur formellen Eröffnung der Verhandlungen, die am 16. stattfand, den Ministerpräsidenten Veniselos. Doch trat schon am 17. Dezember eine Vertagung der Friedenskonferenz ein, da sich die türkischen Unterhändler weigerten, mit dem Vertreter des nicht am Waffenstillstand beteiligten Griechenland Verhandlungen zu pflegen.

Nr. 12519

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 171 Berlin, den 9. Dezember 1912

Fürst Lichnowsky telegraphiert 8. Dezember*:

„Sir E. Grey sagte mir, er hätte dem österreichischen Botschafter auf dessen Mitteilung, daß seine Regierung gesonnen sei, nur unter gewissen Reserven sich an den Botschafterbesprechungen zu beteiligen, erwidert, er würde eine solche bedingte Zustimmung lebhaft bedauern, da sie dem eigentlichen Zweck seiner Anregung widerspräche. Denn dasjenige, was erst gewissermaßen als Ergebnis der Unterhandlungen und in der Form eines Kompromisses zur Schonung der beiderseitigen Empfindlichkeiten erreicht werden sollte, würde durch den neuesten Standpunkt des Wiener Kabinetts gewissermaßen vorweggenommen und den Verhandlungen damit der eigentliche Boden entzogen. Auch sei zu befürchten, daß dadurch in Rußland, wo man sich bisher den serbischen Forderungen gegenüber durchaus kühl verhalten, Verstimmung erregt und das bisher Erwirkte in Frage gestellt werde.

Wie ich ferner vertraulich erfahre, ist von hier aus andauernd in friedlichem und mäßigendem Sinne auf Petersburg eingewirkt worden.

Es liegt daher Sir E. Grey besonders am Herzen, daß alles vermieden werde, was in Petersburg im Sinne einer schroffen oder herausfordernden Haltung gedeutet werden könnte."

Darnach scheint Sir Edward Grey anzunehmen, daß Österreich Zustimmung zur Botschafterkonversation von Bedingungen hinsichtlich einzelner Verhandlungsgegenstände abhängig macht. Dies dürfte nicht Intentionen dortigen Kabinetts entsprechen. Nach hier und in Petersburg abgegebenen Erklärungen lehnt österreichische Regierung nicht einmal ab, ihren Botschafter zu Besprechungen über serbischen Zugang zur Adria zu ermächtigen, solange es sich dabei um wirtschaftliches Debouché handelt. Sie kündigt lediglich an, daß Graf Mensdorff an Erörterungen nicht teilnehmen wird, wenn serbischer Territorialerwerb an Adria zur Diskussion gelangt.

Wir möchten annehmen, daß Londoner Mitteilungen österreichischen Botschafters ebenso gemeint waren und von Grey mißverstanden sind**. Baldige Aufklärung englischen Ministers wäre wohl nützlich.

Bitte vorstehendes verwerten.

Kiderlen

* Telegramm Nr. 201.

** Vgl. Nr. 12510, S. 15, Fußnote **.

Nr. 12520

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 585 Konstantinopel, den 9. Dezember 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 582*.

Trotz Warnung wird die Pforte ihren Delegierten nach London die Instruktion mitgeben, zunächst die Forderungen der Alliierten abzuwarten und sodann folgende Bedingungen zu unterbreiten: Thrazien mit Adrianopel, Kirk-Kilisse und Dedeagatsch bleiben türkisch. Mazedonien und Albanien werden autonom. Grenzberichtigungen zu Lasten Mazedoniens und Albaniens bleiben näherer Vereinbarung vorbehalten. Andere hiesige Strömung, die anscheinend von Rußland unterstützt wird, verlangt, daß die Verbündeten, abgesehen von Thrazien, in sämtlichen eroberten Gebieten ein Verwaltungs- und Okkupationsrecht unter türkischer Oberhoheit erhalten, so daß von einer Gebiets- und Hafenabtretung an Serbien vorläufig nicht die Rede sein würde.

Wangenheim

Nr. 12521

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 193 Rom, den 9. Dezember 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 191**.

Minister des Äußern sagte mir heute betreffs Antwort, wegen Londoner Botschafterbesprechungen beständen insofern zwischen Wien und Rom Meinungsverschiedenheiten, als ersteres Besprechung der serbischen Hafenfrage ganz ausschließen wolle, man diesseits aber bereit wäre, vorher zu erklären, in Gebietserwerb Serbiens an der Adria nicht willigen zu können, Besprechung der Hafenfrage aber nicht grundsätzlich ablehne. Sachlich wäre also Standpunkt der gleiche, nur in der Form abweichend. Aus Sir E. Greys Mitteilungen ging hervor, daß Rußland sachlich nachgeben würde und Besprechung verlange, um sein Gesicht zu wahren***. Marquis di San Giuliano hat heute mit Ministerpräsidenten† Konferenz, welcher der Ansicht ist, daß man Rußland nicht unnütz brüskieren dürfe, wenn man auch so seinen Zweck erreichen könne. Falls man Rußland nicht in

* Telegramm Nr. 582 Freiherrn von Wangenheims vom 5. Dezember betraf die Wahl Londons für die Zusammenkunft der Friedensdelegierten der Balkanstaaten. Vgl. dazu Nr. 12518, S. 25, Fußnote *. Nach Freiherrn von Wangenheims Meldung wäre die Wahl Londons auf bulgarische Anregung erfolgt, während die Türken eine näher gelegene kleinere Hauptstadt vorgezogen haben würden.

** Vgl. Nr. 12517, Fußnote **.

*** Vgl. Nr. 12517, Fußnote †.

† Giolitti.

der Form nachgäbe, könnte es schließlich doch zum Bruch kommen. Das sei eine Formfrage nicht wert. Hiesige öffentliche Meinung, welche wegen italienfreundlicher Haltung Rußlands während Kriegs letzterem sehr günstig gestimmt sei, würde sich über eine unnötige Brüskierung Rußlands entrüsten und eventuell der Intransigenz des Dreibunds zur Last legen. Aber auch wenn es nicht bis zum Bruch käme, würde eine Demütigung Rußlands Beziehungen der Mächte zu letzterem für die Zukunft unnütz kompromittieren. Ministerpräsident will deshalb österreichischen Standpunkt keinenfalls akzeptieren, sondern besteht darauf, daß Italien Besprechung der Frage nicht grundsätzlich ausschließt, sondern nur vorher Erklärung abgibt. Minister des Äußern bedauert, wenn Dreibundmächte nach außen nicht geschlossen zusammenstünden, und hofft, daß Berlin und Wien hiesiger Auffassung beitreten. Italien hat Antwort London noch ausgesetzt. Pansa* hat Instruktion erhalten.

Jagow

Nr. 12522

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 383 Paris, den 10. Dezember 1912

Tittoni vorstellt mir eindringlich, Verlangen Österreich-Ungarns, daß serbische Hafenfrage von Erörterung Botschafterversammlung ausgeschlossen bleiben solle, würde verhängnisvoller Fehler sein. Derartiges Veto würde Rußland brüskieren und einer Kriegserklärung gleichkommen, wohingegen von Erörterung durch Botschafter friedliche und für Österreich-Ungarn günstige Lösung sicher zu erwarten sei. Rußland würde gern diese unauffällige Gelegenheit zum Rückzug benutzen, Frankreich folge Rußland, England bemühe sich um friedliche Lösung. Für Österreich-Ungarn bestehe also keinerlei Gefahr der Majorisierung. Beharre es trotzdem auf Veto und verschärfe es damit verhängnisvolle Situation, so werde dies öffentliche Meinung überall scharf verurteilen.

Schoen

Randvermerk von Kiderlens:
Was geht das Tittoni an! K.

Nr. 12523

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 203 London, den 10. Dezember 1912

Sir E. Grey, dessen Stimmung ein sicheres Barometer für den Stand der Friedensaussichten abgibt, empfing mich heute wieder in heiterer

* Italienischer Botschafter in Berlin.

Laune. Der Minister erklärte sich mit Rücksicht auf den allgemein dahin geäußerten Wunsch damit einverstanden, daß die Botschafterbesprechungen hier stattfinden. Er hat dies auch bereits mehreren meiner Kollegen heute mitgeteilt. Sir E. Grey legt besonderen Wert darauf, daß möglichst bald damit begonnen werde, da er der Ansicht ist, daß alsdann weniger Gefahr vorliegt für unerwartete Vorfälle zwischen Österreich und Serbien. Seien einmal die Besprechungen im Gange, so sei es unwahrscheinlich, daß man sich in Österreich werde zu irgend einem gewaltsamen Schritt hinreißen lassen, durch den die Verhandlungen unterbrochen werden könnten. Die Haltung Österreichs flöße dem Minister noch immer Besorgnisse ein. Er zeigte mir ein Telegramm aus Wien, worin von neuen Truppenverschiebungen an die serbische und russische Grenze die Rede war*. Er wolle

---

* Über die militärischen Maßregeln Österreich-Ungarns vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12485, 12488. Die letzten, am 7. Dezember angeordneten Maßregeln bestanden darin, daß die Bataillone des XV. und XVI. Korps in Bosnien und der Herzegowina durch Einberufung von Reservisten auf den vollen Kriegsstand gebracht wurden. Von neuen Truppenverschiebungen an die russische Grenze war jedoch keine Rede. Auch die von Iswolsky am 9. Dezember berichtete Behauptung des französischen Kriegsministers Millerand, daß die militärischen Vorbereitungen Österreichs an der russischen Grenze die entsprechenden Vorbereitungen des Zarenreichs bei weitem überträfen (vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12491, Fußnote), mag allenfalls für Ende November zutreffen (vgl. den Bericht des Militärattachés in Wien Grafen Kageneck vom 27. November in Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12455), war aber am 9. Dezember überholt. Wie der französische Kriegsminister selbst zugab, handelte es sich dabei um „vielleicht bereits veraltete Nachrichten". Die ganz übertriebenen Besorgnisse, die Poincaré am 11. Dezember gegenüber Iswolsky „infolge der von allen Seiten und aus den ernstesten Quellen zu ihm gelangenden Nachrichten über intensive Kriegsvorbereitungen Österreichs und über dessen in allernächster Zeit bevorstehendes aktives Vorgehen gegen Serbien" äußerte, werden ad absurdum geführt durch die Telegramme des französischen Botschafters in Petersburg Louis vom 12. und 14. Dezember, die alle österreichischen Truppenverschiebungen gegen die russische Grenze in Abrede stellen, und durch ein Telegramm des Botschafters Dumaine in Wien vom 11. Dezember, in dem es über die wirkliche Ursache der österreichischen militärischen Maßregeln heißt: „La cause des armements de l'Autriche-Hongrie se précise. Des comités serbes préparent activement une insurrection en Bosnie sans qu'on puisse savoir ici si leurs efforts ont du succès." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 7 s., 9 s. Am 12. Dezember konnte auch der französische Geschäftsträger in London de Fleuriau Poincaré melden, daß Graf Berchtold tags zuvor zu dem englischen Botschafter Sir F. Cartwright gesagt habe „que le Gouvernement austro-hongrois ne prendrait aucune initiative à l'égard de la Serbie tant que dureraient les négociations de la paix turco-balkanique, mais que, cette paix une fois conclue, la situation changerait et qu'alors l'Autriche-Hongrie pourrait être amenée à agir sur la Serbie si celle-ci ne consentait à tenir compte des intérêts autrichiens". Daselbst, p. 9. Daß es Graf Berchtold mit dieser Versicherung sehr ernst war und blieb, ergibt sich aus der Antwort, die er am 9. Januar 1913 dem Generalstabschef Conrad gab, als dieser auf militärische Vorbereitungen gegen Serbien (Absendung schwerer Artillerie nach Semlin) drang: „Der Kaiser hat mich diesbezüglich gefragt, ich mußte ‚nein' sagen, weil wir uns den Serben gegenüber verpflichtet haben, in der Zeit, während welcher sie verhandeln, keine feindseligen Maßregeln zu ergreifen; es wäre also Wortbruch." Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 77. In Paris freilich erregte es die größte Bestürzung, daß der russische Alliierte sich nicht von den kriegerischen Tendenzen Österreichs über-

diesen militärischen Maßnahmen keine übertriebene Bedeutung beimessen, man könne aber nie wissen, wohin sie führten, namentlich da die Angelegenheit des mißhandelten Konsuls* noch immer nicht beigelegt wäre.

Der Minister will dem Grafen Mensdorff, der morgen früh nach Wien reist, weil Graf Berchtold ihn gerufen hat, noch besonders einprägen, daß er in Wien zur Ruhe und Mäßigung raten ließe, um zu verhindern, daß noch vor der Botschafterbesprechung sich Zwischenfälle ereigneten.

Dem serbischen Geschäftsträger**, der seinen Rat erbeten hat angesichts der Gerüchte über bevorstehende österreichische Maßnahmen, hat der Minister zur Ruhe und Vorsicht geraten, da keine der Mächte Lust habe, die friedliche Beilegung der Angelegenheit in Frage zu stellen, und sich dem Spruch der Mächte zu unterwerfen.

Über die von Wien aus gestellte Bedingung hat der Minister sich anscheinend mit Rücksicht auf die Haltung Rußlands inzwischen beruhigt. Er meinte, die Begrenzung Albaniens werde in einer der ersten Sitzungen zur Sprache kommen und eine der schwierigsten Fragen bilden. Auch möchte er, falls bis dahin alle Botschafter mit Instruktionen versehen sind und Graf Mensdorff zurück ist, am Montag beginnen.

Lichnowsky

Nr. 12524

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 590 Konstantinopel, den 10. Dezember 1912

Großwesir und Auswärtiger Minister haben heute dem österreichischen Botschafter erklärt, daß, wenn nicht schon im ersten Stadium der Londoner

---

zeugen lassen wollte und mit entsprechenden Maßregeln zurückhielt. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 14. Dezember; Brief an denselben vom 18. Dezember. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 388, 396ff. Der französische Botschafter in Petersburg Louis gab sich alle Mühe, den über die Friedensseligkeit Rußlands schwer beunruhigten Poincaré zu beschwichtigen, indem er in einem Brief an ihn vom 20. Dezember (R. Poincaré, Au Service de la France, II, 397s.) ausführte, daß bei einem österreichischen Vorgehen gegen Serbien Rußland unweigerlich aus seiner Reserve heraustreten müsse und werde: „Cependant il ne peut guère y avoir de doute sur la marche que suivraient les événements, si l'Autriche entrait dans les Balkans. Il est possible qu'au début, la Russie reste immobile et laisse sa rivale engager, de ce côté, le plus de forces possible. C'est dans ce sens qu'il faut, sans doute, comprendre ce que l'on a dit à notre attaché militaire et que je vous ai télégraphié: ‚Que l'on croit que la Russie ne ferait pas la guerre, même si l'Autriche attaquait la Serbie.' Soyons sûrs qu'en tout cas, Nicolas II ne laissera pas défaire ce qu'on fait ses prédécesseurs. La Russie déclare actuellement que sa mission est accomplie, mais elle considéreait que sa mission recommence, s'il était porté atteinte à l'indépendance des Etats balkaniques." Vgl. im übrigen auch Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12491.

* Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12390, Fußnote *.

** S. J. Gruitsch.

Verhandlungen Adrianopel und die Inseln in der Nähe der Dardanellen wie Lemnos und Mytilene der Türkei gesichert würden, die Verhandlungen sofort abgebrochen werden würden. Mit Griechenland sei die Türkei überhaupt nicht geneigt zu verhandeln, solange Waffenstillstand nicht geschlossen sei. Russischer Botschafter* habe der Pforte geraten, Albanien Autonomie zu gewähren unter der geheimen Bedingung, daß Albanien später einen Hafen an Serbien abtrete. Der Türkei sei es an sich gleichgültig, ob Serbien an die Adria gelange. Sie sei aber bereit, die antiserbische Politik Österreichs zu unterstützen, falls letzteres für türkisches Adrianopel eintrete.

Wangenheim

Nr. 12525

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 11. Dezember 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht ehrfurchtsvollst zu melden, daß der englische Botschafter im Auftrage Sir Edward Greys hier erneut auf die Frage zurückgekommen ist, wo die von England angeregte Konversation der Botschafter in Balkanfragen veranstaltet werden soll. Ohne London als Ort für die Botschafterbesprechungen geradezu abzulehnen, wies Sir E. Goschen darauf hin, daß die Wahl der englischen Hauptstadt Empfindlichkeiten bei Herrn Poincaré auslösen könnte[1], der zuerst mit der Konferenzidee hervorgetreten sei. Dies sei auch der Grund, warum der englische Minister selbst von vornherein Paris in Vorschlag gebracht habe.

Als ich erwiderte, daß wir London vorzögen, und daß die Franzosen an der Wahl dieses Platzes um so weniger Anstoß nehmen könnten, als es sich jetzt ja garnicht um eine „Konferenz" handle, fragte Sir Edward Goschen, ob wir bereit seien, für den Fall des späteren Zustandekommens einer eigentlichen Konferenz für diese Paris anzunehmen[2].

Ich habe geantwortet, darüber lasse sich später reden, wenn sich herausgestellt habe, ob eine conférence d'enregistrement überhaupt für nötig erachtet werde. Im voraus könne ich mich für einen solchen Eventualfall nicht binden.

Meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens ist Paris, wo Iswolsky intrigiert und in Poincaré ein williges Werkzeug findet, für den Dreibund jetzt nicht annehmbar[3]. Einer Verlegung der Botschafterbesprechungen nach Frankreich dürfte die Fortsetzung des Gedankenaustausches von Kabinett zu Kabinett vorzuziehen sein[4].

---

* Michael von Giers.

Euerer Majestät Botschafter in Wien und Rom sind telegraphisch beauftragt worden* festzustellen, ob vorstehende Auffassung von den dortigen Regierungen geteilt wird.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Bin nach wie vor für London wenn das nicht, dann warum nicht Berlin? Sonst direkter Verkehr von Cabinet zu Cabinet 12. XII. 1912 W,
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Also Cambon hat Grey befohlen die Sache nach Paris abzugeben!
[2] unter Keinen Umständen!
[3] bestimmt nicht
[4] richtig

Nr. 12526

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 155 Wien, den 11. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 170**.

Englische Regierung hat bisher keinen analogen Schritt hier gemacht. Graf Berchtold stimmt mit Euerer Exzellenz darin überein, daß höchstens conférence d'enregistrement für Zukunft in Frage kommen könne, und daß wir uns wegen des Orts nicht im voraus binden sollten.

Graf Berchtold hat schließlich nichts dagegen, daß Botschafterbesprechung in London tagt, hat auch Nachricht von Graf Mensdorff, daß alles darauf hindeute, daß London schließlich allseitig angenommen werden würde.

Er kam aber dann nochmals auf seine mir gegenüber gestern geäußerten Bedenken zu sprechen gegen gleichzeitige Tagung der Friedenskonferenz und der Botschafterbesprechung in London. Er habe mehr und mehr den Eindruck, als solle in London ein von den Ententemächten zuvor verabredetes Spiel aufgeführt werden***.

---

* Es geschah durch Telegramm Nr. 170 bzw. 214 vom 9. Dezember.
** Vgl. Fußnote *.
*** Vgl. dazu das Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 9. Dezember: „Wir halten es für notwendig, unverzüglich in einen Meinungsaustausch mit Paris und London einzutreten, um ein möglichst volles Einvernehmen mit ihnen über die auf der Botschafterkonferenz zu erörternden Fragen zu erzielen." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a.a.O., S. 609f. Ebendort, S. 612 und 613 die aus London und Paris einlaufenden Antworten, die freilich noch nicht ein volles Einvernehmen der Ententemächte ergaben. Am 26. Dezember forderte Sasonow dann in einer Reihe wichtiger Punkte die „entschiedene Unterstützung der Vertreter Frankreichs und Englands auf der Botschafterberatung". Diese Punkte betrafen: 1. Anerkennung des Rechtes Montenegros auf den Besitz Skutaris; 2. Festlegung der Ostgrenze Albaniens in einer den Wünschen Serbiens entsprechenden Linie; 3. Berechtigung Serbiens, zu gleichem

Minister warf Gedanken hin, ob es nicht möglich sein würde, Berlin zu wählen. Er würde gern bereit sein, von sich aus einen dahingehenden Vorschlag zu machen, vorausgesetzt natürlich, daß Kaiserliche Regierung sich zuvor damit einverstanden erkläre. Er würde jedenfalls niemand gegenüber vor Eingang der Antwort aus Berlin darüber sprechen. Sollte weder London noch Berlin zu erreichen sein, so könnte man an eine neutrale Stadt denken. Dieser Lösung stehe aber Erwägung entgegen, daß dann besondere Delegierte zu entsenden sein würden, wodurch die Reunion einen förmlichen Charakter erhalten würde.

Minister bedauerte schließlich, daß Fürst Lichnowsky auf Urlaub gehen solle. Der österreichisch-ungarische Vertreter Graf Mensdorff, der nicht gerade zu den hervorragendsten Diplomaten gehöre, würde eine wirksame Unterstützung durch den deutschen Botschafter dringend gebraucht haben.

Tschirschky

Nr. 12527

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 156 Wien, den 11. Dezember 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 171 vom 9. Dezember*.

Inhalt verwertet. Graf Berchtold hat inzwischen Telegramm des Grafen Mensdorff vom 9. d. Mts. über eine Unterredung erhalten, die der Botschafter mit Sir E. Grey auf Grund weiterer Instruktionen gehabt hat. Danach sei Sir E. Grey jetzt völlig beruhigt. Englischer Minister scheine angenommen zu haben, daß diesseits in der Öffentlichkeit ein förmlicher Vorbehalt gemacht werden würde gegen Besprechung der Hafenfrage, und sei sehr erfreut gewesen, als Graf Mensdorff ihm gesagt, daß dies nicht in der Absicht seiner Regierung gelegen sei. Außerdem habe es sehr kalmierend auf Sir E. Grey gewirkt, als er gehört habe, daß die hiesigen Reserven von Sasonow einfach zur Kenntnis genommen worden wären.

Den Passus Euerer Exzellenz obigen Telegramms, Österreich lehne nicht ab, seinen Botschafter zu Besprechung über serbischen Zugang zur Adria zu ermächtigen, solange es sich dabei um wirtschaftliches Debouché handle, und kündige lediglich an, daß Graf Mensdorff an Erörterungen

---

Recht mit den Großmächten an der Finanzierung und Kontrolle der Serbien mit dem Adriatischen Meer verbindenden Eisenbahn und des dazugehörigen Hafens teilzunehmen; 4. Unbedingte Transitfreiheit Serbiens durch albanisches Gebiet für Kriegsmaterial, nicht nur in Friedenszeiten, sondern auch in Kriegszeiten. Poincaré sagte in der Tat Sasonow die vollste Unterstützung der russischen Wünsche in diesen Punkten zu, während über Englands Haltung nichts erhellt. Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff bzw. an Iswolsky vom 26. Dezember; Telegramm Iswolskys an Graf Benckendorff vom 28. Dezember. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 407f., 409.

* Siehe Nr. 12519.

nicht teilnehmen wird, wenn serbischer Territorialerwerb an Adria zur Diskussion gelange, erklärte der Minister ausdrücklich als vollkommen richtig.

Tschirschky

Nr. 12528

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 419 Wien, den 9. Dezember 1912
[pr. 11. Dezember]

Graf Berchtold äußerte sich mir gegenüber heute einigermaßen besorgt darüber, daß die sogenannte Botschafterreunion und die türkischen Friedensverhandlungen gleichzeitig in London tagen sollen. Seinen Nachrichten zufolge scheine es, als ob Rußland sich dauernd und mit Erfolg dafür bemüht, daß der „Balkanblock" auch nach dem Abschlusse des Friedens in London beisammen bleibe. Es sei zu befürchten, daß dann dieser Block durch Vermittlung der Ententemächte einen den Interessen des Dreibunds nachteiligen Einfluß auf den Gang der Besprechungen ausüben werde. Ihm wäre jeder andere Ort lieber als London oder Paris, doch fürchtet er, daß es zu spät sei, um noch eine Änderung in dieser Beziehung zu ermöglichen.

Tschirschky

Nr. 12529

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Konzept

Nr. 174 Berlin, den 11. Dezember 1912

Wir beabsichtigen, Fürst Lichnowsky für Botschafterkonversation dahin zu instruieren, daß er in allen Fragen zunächst mit Dreibundkollegen Fühlung nehmen und tunlichst geschlossen mit ihnen vorgehen soll**.

* Der gleiche Erlaß erging unter Nr. 217 nach Rom.

** Diese Absicht erklärt sich aus dem in Berlin und Wien vorwaltenden und angesichts der von Sasonow angeregten engen Fühlungnahme der Tripelentente (vgl. Nr. 12526, nebst Fußnote ***) nicht unberechtigten Eindruck, daß Frankreich, Rußland und England in London ein abgekartetes Spiel aufführen wollten. Deutscherseits wurde die enge Fühlung der Dreibundmächte nicht so verstanden, daß sie ein Zusammengehen mit den Ententemächten von Fall zu Fall ausschließen sollte. Charakteristischerweise teilte Staatssekretär von Kiderlen dem französischen Botschafter Jules Cambon schon vor dem 14. Dezember den wesentlichen Inhalt des deutschen Programms für London mit, dabei hervorhebend, daß dem deutschen Botschafter vorgeschrieben werden solle, in den Fragen, die finanzielle und Industriekonzessionen im Orient beträfen, in Übereinstimmung mit dem französischen Botschafter zu handeln. Vgl. das

Anträge Dreibunds sollen je nach Ermessen entweder durch Graf Mensdorff als Doyen oder von Botschaftern abwechselnd vorgebracht werden.

Was Vorsitz anlangt, so ist Konversation selbstverständlich von Sir Edward Grey als Hausherrn zu leiten. Wir haben nichts dagegen, daß sich Sir Edward vertreten läßt, und zwar lieber durch Cambon als Doyen diplomatischen Korps als durch Nicolson.* Förmlicher Vorsitz erübrigt sich, da ganze Veranstaltung tunlichst formlos zu gestalten.

Besprechungen sind geheimzuhalten und zwar sowohl dritten Mächten, insbesondere Balkanstaaten, wie Presse gegenüber. Hierdurch wird größere Zwanglosigkeit erreicht und im Interesse der Verständigung Mächten ermöglicht, ursprüngliche Auffassungen und Anträge unauffällig im Verlauf Besprechungen zu modifizieren.

Dem vertraulichen und unverbindlichen Charakter der Unterhaltung entspricht es, auf Protokolle zu verzichten und keine Sekretäre zuzulassen.

Was Adriafrage anlangt, empfiehlt es sich, einer hier vorliegenden italienischen Anregung entsprechend unsere Wünsche nicht als Abwehr serbischer Inspirationen, sondern als Förderung Interessen Albaniens und Serbiens vorzubringen: Dreibund wünscht, daß autonomes Albanien lebensfähig gestaltet wird. Erste Voraussetzung hierfür ist, daß der neue Staat unbestrittener Herr ganzer Küste südlich Valona bis nördlich Durazzo ist. Abgrenzung nach Landseite muß natürlichen Grenzen vom geographischen und ethnischen Standpunkt im weitesten Maße Rechnung tragen. Sie kann eventuell internationaler Kommission anvertraut werden. Dreibund wünscht ferner Serbien vollkommene politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten. Hierzu soll ihm kommerzielles Debouché[1] mit Hafen und Eisenbahn nach Maßgabe näher festzusetzender Bedingungen gewährt werden, die freien und ungehinderten Gebrauch für alle Zeiten und Verhältnisse sicherstellen.

In Dette- und Konzessionsfragen ist mit französischem Botschafter enge Fühlung zu halten, da eine von Poincaré eingesetzte Kommission in Paris bereits Vorarbeiten hierfür geleistet hat**.

In Frage ägäischer Inseln ist abzuwarten, mit welchen Wünschen England hervortritt. Uns scheint es nicht geraten[2], daß Griechenland die Darda-

---

Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 14. Dezember. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 387f. Ein gleiches Entgegenkommen Frankreichs gegen Deutschland ist nicht zu verzeichnen. Poincaré nahm im Gegenteil, nachdem er inzwischen (durch Dechiffrierung aufgefangener Telegramme (vgl. R. Poincaré, Au Service de la France, II, 392) von der geplanten engen Fühlungnahme der Dreibundstaaten in London Kenntnis erhalten hatte, am 17. Dezember Veranlassung, dem Botschafter Paul Cambon, der gewarnt hatte „de ne pas faire apparaître trop nettement l'action commune de la Triple Entente", ein volles und enges Einvernehmen mit den Ententegenossen in allen auf der Konferenz vorzubringenden Fragen einzuschärfen. Poincaré an Paul Cambon, 17. Dezember, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 15.

* Permanenter Unterstaatssekretär in Foreign Office.

** Näheres darüber in Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, wo die Regelung der sich aus den Balkankriegen ergebenden Finanzfragen im Zusammenhang behandelt wird.

nellen und Kleinasien unmittelbar vorgelagerten Inseln durch Besetzung oder Befestigung faktisch in seine Macht bringt[3], wogegen Gewährung gewisser autonomer Rechte an einheimische Bevölkerung unbedenklich wäre.

Sir Edward Goschen hat hier 11. Dezember mitgeteilt, daß Sir Edward Grey London zwar als Ort Botschafterkonversation akzeptiere, weil Anregung hierzu unmittelbar von ihm ausgegangen und London allgemein gewünscht sei. Er hoffe aber, daß Mächte für spätere förmliche Konferenz[4] Paris wählen würden, da dort Konferenzgedanke entstanden. Vorherige Bindung für solchen Eventualfall lehnen wir ab. Fürst Lichnowsky soll, falls Gedanke vorgebracht wird, sich nicht äußern, auf direkte Frage Mangel an Instruktion vorschützen.

Anregungen über Gegenstände, die im vorstehenden nicht behandelt sind ad referendum, zu nehmen.

Bitte Entwurf vorstehender Instruktion dortiger Regierung mitteilen und etwaige Wünsche wegen Abänderung oder Ergänzung drahten.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Einverstanden 12/XII 12 W.*
Randbemerkungen des Kaisers auf der Abschrift:
[1] Aegaeisches?
[2] ?
[3] ? das wollen wir nicht sagen! Könnte in Athen sehr übel genommen werden!
[4] !

Nr. 12530

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 157 Wien, den 11. Dezember 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 173 vom 10. Dezember**.

Inhalt verwertet. Graf Berchtold meinte, es liegen Mißverständnisse vor, wenn Marquis di San Giuliano nach Meldung des Herrn von Jagow behaupte, daß Österreich Besprechung serbischer Hafenfrage ganz ausschließen wolle. Seine an Herrn von Mérey gegebenen Instruktionen hätten niemals dahin gelautet. Minister wird nunmehr anstreben, auf Grund der seinen Standpunkt genau wiedergebenden Formulierung Euerer Exzellenz, die ich ihm gestern gegeben — confer letzten Absatz meines Telegramms 156 von gestern*** —, mit Italien über diesen Punkt ins reine zu kommen.

Tschirschky

---

* Zu dem Begleitbericht des Reichskanzlers, mit dem der obige Erlaß abschriftlich vorgelegt war, bemerkte der Kaiser noch: „Einverstanden bis auf Passus Griech[ische] Inseln! da wollen wir uns ganz zurück halten, da das Thema heikel! 12. XII. 12 W."
** Durch Telegramm Nr. 173 war das Telegramm Nr. 193 aus Rom (siehe Nr. 12521) nach Wien mitgeteilt worden.
*** Siehe Nr. 12527.

Nr. 12531

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 44 Berlin, den 12. Dezember 1912

Streng vertraulich

Bei heutiger Besprechung mit Danew* habe ich letzteren auf Notwendigkeit guter Beziehungen zu Rumänien und Berücksichtigung von dessen Wünschen hingewiesen und bei ihm persönliches Verständnis dafür gefunden, um so mehr als ich ihm eventuelle Unterstützung gewisser bulgarischer Wünsche nach anderer Richtung zusagen konnte.

Ew. pp. bitte ich vorstehendes im engsten Vertrauen Majorescu** und Take Jonescu*** mitzuteilen.

Kiderlen

Nr. 12532

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 Wien, den 12. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 174†.

Graf Berchtold dankt für Mitteilung, ist im allgemeinen mit Entwurf vollkommen einverstanden. Im einzelnen machte Minister nachstehende Bemerkungen:

Geheimhaltung der Besprechungen gegenüber Presse sei sehr erwünscht. Was Geheimhaltung gegenüber Balkanstaaten anlangt, so würden Ententemächte aller Voraussicht nach eine solche nicht einhalten. Dem gegenüber müsse sich Österreich-Ungarn das Recht wahren, eventuell zum Beispiel mit Bulgarien Fühlung zu nehmen, um dessen Unterstützung zur Vertretung seiner Interessen gegenüber anderen Balkanstaaten zu gewinnen. Herr Danew, mit dem er bereits in dieser Richtung gesprochen, habe sich dazu bereit erklärt.

Bei Fixierung des dem zukünftigen Albanien zuzuweisenden Küstenstriches: südlich Valona bis nördlich Durazzo, bittet Graf Berchtold, an-

---

* Sobranjepräsident Danew, der nach vorherigem Besuch in Bukarest (vgl. dazu Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 8 s.) als bulgarischer Unterhändler zu den Londoner Friedensverhandlungen ging, sprach auf der Hinreise am 11. Dezember in Wien bei Graf Berchtold vor (vgl. Nr. 12539), dann in Berlin am 12. Dezember bei Staatssekretär von Kiderlen (vgl. Nr. 12533).

** Rumänischer Ministerpräsident und Minister des Äußern.

*** Rumänischer Minister des Innern.

† Siehe Nr. 12529.

statt „nördlich Durazzo“ zu setzen „bis inklusive den Hafen von San Giovanni di Medua“. Österreich-Ungarn lege entschieden Wert darauf, daß dieser Hafen nicht in andere Hände als in diejenigen Albaniens falle.

Zu dem Passus: „Sie (die Abgrenzung) kann eventuell internationaler Kommission anvertraut werden“, bemerkte der Minister, Österreich-Ungarn werde, was die Abgrenzung Albaniens anlange, mit einem konkreten Vorschlag hervortreten, der sich möglichst an die geographischen und ethnischen Bedingungen anschließe. Der Vorschlag sei hier im Ministerium unter Berücksichtigung aller einschlägigen Gesichtspunkte ausgearbeitet worden. Graf Berchtold hofft, daß deutsche und italienische Vertreter diesen Vorschlag seinerzeit unterstützen würden. Er lege deshalb Wert darauf, daß Abgrenzung wenigstens in großen Zügen bereits in London geregelt werde, weil sonst die Serben sich allzu häuslich in den besetzten Gebieten festsetzen würden, wo sie nach Konsulatsbericht bereits jetzt anfingen, Steuern und Rekruten auszuheben.

Fühlungnahme mit französischem Vertreter in Dette- und Konzessionsfrage stimme er bei, glaube aber, daß es zweckmäßiger wäre, alle solche Fragen, die eine langwierige fachmännische Behandlung erheischten, von den jetzigen Besprechungen in London loszulösen.

Tschirschky

Nr. 12533

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 13. Dezember 1912

Herr Danew, der gestern auf der Durchreise von Wien nach London für einige Stunden in Berlin Station machte, hat mich besucht und fast seinen ganzen hiesigen Aufenthalt bei mir zugebracht.

Der Sobranjepräsident machte den Eindruck eines klugen, maßvollen Mannes. Über die rumänische Frage äußerte er sich verständig und durchaus entgegenkommend. Er hegt die Überzeugung, daß eine Einigung zwischen Bulgarien und Rumänien unschwer zu erreichen sein wird, und ist entschlossen, an seinem Teil hierzu nach Kräften mitzuwirken[1].

Auf Adrianopel, meinte er, könne Bulgarien nicht verzichten[2]. Im eigensten Interesse der Türkei liege es, in diesem Punkte nachzugeben. Werde die Stadt bulgarisch, so sei Bulgarien saturiert, jeder Konfliktsstoff mit der Türkei beseitigt und der Weg zu einem festen Zusammenschluß der beiden Nachbarn frei. Bleibe Adrianopel türkisch, so werde der Friede nur ein Provisorium[3] und Bulgarien jede Gelegenheit benutzen, um auch diese Stadt noch zu gewinnen. In der Zwischenzeit aber werde der Nichtbesitz der Stadt auf die Bulgaren wie eine offene Wunde wirken, die ein gedeihliches Verhältnis zur Türkei unmöglich mache.

Das Gerücht, Bulgarien habe Aspirationen auf Konstantinopel genährt, bezeichnete Herr Danew als unrichtig. Bulgarien mit seiner verhältnismäßig bescheidenen Bevölkerungszahl von 4 Millionen habe kein Interesse daran, sich an der äußersten Peripherie seines Gebiets mit einer Großstadt von $^5/_4$ Millionen Einwohnern zu belasten[3]. Außerdem sei Konstantinopel ohne das gegenüberliegende kleinasiatische Küstengebiet nicht zu halten. Wollten die Bulgaren Konstantinopel nehmen, so müßten sie sich auch in Kleinasien festsetzen. Mit dem Erwerbe eines Küstenstreifens aber wäre es dann auch nicht getan. Eine derartige Schraube ohne Ende habe für die Regierung in Sofia keinen Reiz[1].

Anders liege die Sache in Salonik, auf dessen Besitz Bulgarien nicht zu verzichten gedenke. Salonik sei der Hafen von Mazedonien. Wer dieses habe, könne jenen nicht entbehren. Bulgarien würde aber bezüglich Freiheit des Handels jede Konzession machen.

In den Angelegenheiten der ottomanischen Schuldenverwaltung glaubte Herr Danew weitestes Entgegenkommen seiner Regierung in Aussicht stellen zu können. Ebenso, meinte er, würden die Rechte der Inhaber von Konzessionen gewahrt bleiben.

Auch in der albanischen Frage zeigte Herr Danew für unseren Standpunkt Verständnis. Nur äußerte er den Wunsch, daß die Großmächte ihre Wünsche möglichst bald präzisieren möchten. Je geschlossener die Mächte aufträten, um so leichter werde sich eine befriedigende Regelung erzielen lassen[4].

Nachmittags suchte mich kurz vor seiner Abreise nach London der türkische Botschafter* auf. Osman Nisami Pascha war sehr kriegerisch und führte eine entschiedene Sprache. Ich bemühte mich, mäßigend auf ihn einzuwirken, und wies unter anderem darauf hin, daß die Türken bei Abbruch der Verhandlungen und Wiederaufnahme der Feindseligkeiten als Angreifer dastehen würden[3], und daß dies ein Eingreifen Rußlands in Armenien[5] zur Folge haben könnte**. Großen Erfolg schienen meine Warnungen nicht zu haben.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift der Aufzeichnung:
Gelesen 14/XII. 12. W. sehr erfreulich.
Randbemerkungen des Kaisers auf der Abschrift:
[1] Gut
[2] ganz begreiflich
[3] richtig
[4] richtig! Wir sind ja bereit, wenn nur die anderen bald sich erklärten
[5] und sonstwo; auch event[ue]l Stambul!?***

* Botschafter Osman Nisami Pascha ging als zweiter türkischer Bevollmächtigter zu den Friedensverhandlungen nach London.

** Im gleichen Sinne wurde auch Freiherr von Wangenheim am 14. Dezember instruiert; vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXIV, Nr. 12493 nebst Fußnote * auf S. 472.

*** Außerdem bemerkte der Kaiser am Kopf des Immediatberichts, mit dem ihm eine Abschrift der Aufzeichnung unterbreitet wurde: „Gesandten Sofia mitth[eilen], daß Danew hier war, und was er vortrug, vernünftig gewesen, wir guten Eindruck gehabt und berechtigte Wünsche Bulgariens sekundieren würden! Ebenso an Lichnowsky u[nd]

Nr. 12534

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 177 Berlin, den 13. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 160*.

Zur Verwertung.

Mit Graf Berchtolds Abänderungswünschen einverstanden, nur möchten wir abraten, Dette- und Konzessionsfragen oder ähnliche mehr technische Probleme von Londoner Konversation loszulösen. Wird langwierige fachmännische Diskussion nötig, können Botschafter Unterkommissionen bilden. Erörterung verhältnismäßig harmloser Gegenstände, deren harmonische Regelung bei Gemeinsamkeit Interessen aller Beteiligten ohne Reibungen wahrscheinlich, dürfte Atmosphäre für heiklere Fragen günstig beeinflussen. Auch empfiehlt sich, schon deswegen Programm Londoner Besprechungen möglichst weit zu gestalten, weil sich so Chance vergrößert, spätere förmliche Konferenz zu vermeiden.

Kiderlen

Nr. 12535

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 304 St. Petersburg, den 13. Dezember 1912

Der von Herrn Sasonow neuerdings meinem österreichisch-ungarischen Kollegen, dem italienischen Geschäftsträger** und mir gegenüber in der Adriahafenfrage entwickelte Standpunkt ist folgender: Für das Problem eines Debouchés für serbischen Handel nach dem Meere gibt es zahlreiche Lösungen, durch welche auch ohne Erfüllung des von Serbien gewünschten territorialen Erwerbs an Adria das von dieser Macht erstrebte Ziel erreicht werden kann. Unter diesen Lösungen eine alle Teile befriedigende zu finden, wird Aufgabe der Londoner Vorbesprechungen sein.

Graf Thurn und Marquis Torretta, welche beide zur Überzeugung gelangt sind, daß russischer Botschafter in London nicht die Weisung bekommen wird, auf Erfüllung serbischer Wünsche zu bestehen, sondern sich,

---

Wien. 14. XII. 1912 W." Eine anschließende Aktennotiz des Vortragenden Rats von Rosenberg besagt: „Der allerhöchste Befehl ist durch die bereits erfolgte Mitteilung der Aufzeichnung nach Sofia, London und Wien erledigt. Aus dem Schlußabsatz der Aufzeichnung ist ersichtlich, daß wir Bulgarien durch mäßigende Einwirkung auf die Türken sekundieren. Daher zu den Akten."

* Siehe Nr. 12532.

** Marquis Torretta.

wenn irgend möglich, mit den Vertretern anderer Mächte über anderweite Lösung zu einigen, haben beide ihren Regierungen telegraphiert, daß sie unter diesen Umständen...*, Adriafrage nicht aus Botschafterbesprechungen auszuschalten. Sie glauben, daß durch eine Erörterung der Frage in London Herrn Sasonow, der offenbar nach einem Ausweg sucht, das Einlenken erleichtert werden würde. Ich kann mich dieser Auffassung nur anschließen.

Pourtalès

Nr. 12536

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 198 Rom, den 13. Dezember 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 217**.

Minister mit Instruktion im allgemeinen sehr einverstanden, macht nur folgende Bemerkungen:

Marquis Imperiali hat bereits Weisung zu enger Fühlung mit Dreibundkollegen erhalten. Die drei Botschafter müßten auch über alle Anträge sich vorher einigen, Anträge sollten dann aber nicht namens des Dreibundes gestellt werden, sondern der Antrag stellende Botschafter nur namens seiner eigenen Regierung sprechen, die anderen beiden Botschafter zustimmen. Denn ein öffentliches, geschlossenes Auftreten des Dreibunds würde notwendig auch einen engeren Zusammenschluß der Tripelentente zur Folge haben, und die beiden Mächtegruppen würden schließlich sich immer negierend gegenüberstehen. Anträge namens Dreibunds sollten nur gestellt werden, wenn auch die anderen Mächte...*** Tripelentente aufträten.

Bei Vertretung Sir E. Greys in der Leitung möchte Minister vermeiden, Sir A. Nicolson als weniger genehm zu bezeichnen, weil dies die Herren verletzen würde. Doch könnte man Sir E. Grey vielleicht suggerieren, sich durch Cambon vertreten zu lassen, um durch Wahl französischen Doyens Herrn Poincaré Genugtuung seiner Eigenliebe und Beweis zu geben, daß Abneigung gegen Paris als Ort sich nicht gegen Frankreich richtet.

Obwohl Abgrenzung Albaniens durch internationale Kommission italienischer Anregung entspricht, möchte Minister sich Frage noch überlegen und Antwort vorbehalten.

Mit Behandlung der Frage ägäischer Inseln ist Minister einverstanden. Doch bittet er, daß, wenn England mit Wünschen hervorgetreten ist, auch

---

* Zifferngruppe unverständlich.
** Siehe Nr. 12529 Fußnote *.
*** Zifferngruppe fehlt.

die Wünsche Italiens als Pfandinhabers einiger Inseln berücksichtigt werden. Über diese eventuellen Wünsche Italiens ist hier noch kein Beschluß gefaßt. Doch wurde mir ausdrücklich versichert, daß Italien besetzte Inseln nicht für sich behalten will.

Jagow

Nr. 12537

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1151

London, den 10. Dezember 1912
[pr. 13. Dezember]

Wie ich von gut unterrichteter journalistischer Seite höre, hat sich Herr Poincaré bis in die neueste Zeit energisch gesträubt, London als Ort der Botschafterkonferenz anzunehmen, weil er sich nicht entschließen konnte, auf seinen Lieblingsgedanken zu verzichten, den Glanz seiner Amtsführung am Quai d'Orsay durch eine internationale Konferenz zu erhöhen. Auf diese Weise hat der französische Minister Sir E. Grey, der die Schwäche seines französischen Kollegen kannte, die Annahme Londons als Ort der Botschafterkonferenz sehr erschwert und die Unstimmigkeiten, die zwischen ihm (Poincaré) und Herrn Cambon bestanden, nicht verringert. Herr Cambon trat von Anfang an für die Wahl Londons ein, da er die Zusammensetzung des hiesigen diplomatischen Korps einer vernünftigen Lösung für günstiger hielt, als dies in Paris der Fall gewesen wäre.

Herr Poincaré wirft dem hiesigen französischen Botschafter wohl mit Recht vor, dieser habe bis zum letzten Augenblick in seiner Berichterstattung den Ausbruch eines Balkankrieges für unwahrscheinlich erklärt und dadurch dazu beigetragen, daß die französische Politik von den Ereignissen überrascht worden sei.

Lichnowsky

Nr. 12538

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1161

London, den 13. Dezember 1912

Sir Edward Grey hat sich in den letzten Tagen eingehend mit den Fragen der bevorstehenden Botschafterbesprechung in London beschäftigt. Er will sie so weit als irgend tunlich jedes formellen Charakters entkleiden, insbesondere kein Protokoll führen lassen, sondern nur zu Aufzeichnungen

schreiten, wenn der zwanglose Gedankenaustausch in den einzelnen Fragen ein Ergebnis geliefert habe.

Nach Sir Edward Greys Absichten solle die Botschafterbesprechung, ohne sich mit Kleinigkeiten aufzuhalten, die Hauptpunkte rasch durchberaten und sich dann vertagen mit dem Vorbehalte, wieder zusammenzutreten, wenn neuer, wichtiger Beratungsstoff vorliege.

Der Minister hofft, die Hauptarbeit in vier bis fünf Sitzungen erledigen zu können und scheint an die Möglichkeit zu denken, Fragen, welche umfangreiche Einzelerörterungen nötig machen wie die der Dette Publique und der Bahnen, besonderen Kommissionen zuzuweisen.

Sir Edward Grey scheint in den letzten Tagen noch einen ausführlichen Gedankenaustausch mit dem russischen Kabinett gepflogen zu haben, über dessen Ergebnis er im Privatgespräch Befriedigung äußerte, da er jetzt ganz sicher zu sein glaubt, daß Rußland eine durchaus friedliche und versöhnliche Politik verfolgen werde.

Die Stimmung Österreich gegenüber ist in hiesigen Regierungskreisen nach wie vor günstig, die Berechtigung des österreichischen Standpunktes wird in vieler Beziehung anerkannt, dabei aber immer wieder betont, daß ein Überspannen des Bogens Serbien gegenüber die ernstesten Gefahren mit sich bringen könnte. Die fortgesetzten Rüstungen Österreichs fahren daher fort, hier lebhaft zu beunruhigen.

Von den Balkanvölkern erfreut sich hier nur Bulgarien ausgesprochener Sympathien, die Serben haben durch lärmendes Auftreten und Interviews wie die von den Friedensdelegierten* dem „Temps" gewährten hier sehr verstimmt. Sie werden voraussichtlich von Sir E. Grey eine sehr deutliche Sprache zu hören bekommen.

Lichnowsky

Nr. 12539

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 424 Wien, den 12. Dezember 1912
[pr. 14. Dezember]

Aus seinem gestrigen Gespräch mit Herrn Danew teilte mir Graf Berchtold folgendes mit:

Danew habe die bulgarischen Ansprüche auf Adrianopel und Salonik mit aller Entschiedenheit aufrechterhalten. Auf die Einwendung des Ministers, daß Griechenland, wie er wisse, ebenso fest auf dem Besitz von Salonik bestehe, habe Herr Danew geantwortet, das sei nicht dasselbe,

* Erster serbischer Vertreter war Nowakowitsch.

denn Bulgarien sei ein ernster Staat, der das durchzusetzen wisse, was er wolle.

Herr Danew habe unter anderem geäußert, es liege im Interesse Bulgariens, sehr gut mit der Türkei zu stehen, und dann noch angedeutet, daß die Türken den Bulgaren sogar eine coopération militaire angeboten hätten, welcher Gedanke bulgarischerseits sehr sympathisch aufgenommen worden sei. Graf Berchtold bemerkte hierzu, er könne sich nicht recht vorstellen, gegen wen diese militärische Operation gerichtet sein könnte, höchstens etwa gegen Griechenland.

Bei Besprechung der Inselfrage habe er, der Minister, dem Herrn Danew gesagt, daß, falls eine europäische Großmacht sich etwas aus der türkischen Erbschaft aneignen würde, Österreich-Ungarn gleichfalls mit einem Anspruch hervortreten werde.

Im übrigen habe Herr Danew die allgemeine Lage ziemlich optimistisch geschildert. Auch in betreff der bulgarisch-rumänischen Auseinandersetzungen habe er gemeint, daß alles schließlich ins reine gebracht werden würde.

von Tschirschky

Nr. 12540

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept

Nr. 217 Berlin, den 15. Dezember 1912

Ew. pp. wollen bei bevorstehender Botschafterkonversation in allen Fragen zunächst mit Dreibundkollegen Fühlung nehmen und über Anträge sich vorher mit ihnen einigen. Anträge würden dann je nach Ermessen entweder durch Graf Mensdorff als Doyen oder von Botschaftern abwechselnd vorzubringen sein. Der Antrag stellende Botschafter hätte jedoch nicht namens Dreibunds sondern nur namens seiner eigenen Regierung zu sprechen, während andere beiden Botschafter zustimmen. Geschlossenes Auftreten Dreibunds nach Außen ist zu vermeiden. Nur wenn die anderen Mächte als Tripelentente auftreten sollten, sind Anträge namens Dreibunds zu stellen.

Was Vorsitz anlangt, so ist Konversation selbstverständlich von Sir Edward Grey als Hausherrn zu leiten, während sich förmlicher Vorsitz erübrigt, da ganze Veranstaltung tunlichst formlos zu gestalten. Wir haben nichts dagegen, daß sich Sir Edward vertreten läßt, daß er dann eventuell Vorsitz an Cambon als Doyen diplomatischen Korps überträgt. Zurückweisung Nicolsons als Vorsitzenden ist natürlich nicht angängig. Doch könnte Sir E. Grey vielleicht suggeriert werden, durch Wahl französischen Doyens würde Herrn Poincaré Genugtuung seiner Eigenliebe und Beweis

gegeben, daß Abneigung gegen Paris als Ort sich nicht gegen Frankreich richtet.

Besprechungen sind geheimzuhalten, und zwar insbesondere Presse gegenüber. Hierdurch wird größere Zwanglosigkeit erreicht und im Interesse der Verständigung Mächten ermöglicht, ursprüngliche Auffassungen und Anträge unauffällig im Verlauf Besprechungen zu modifizieren.

Dem vertraulichen und unverbindlichen Charakter der Unterhaltung entspricht es, auf Protokolle zu verzichten und keine Sekretäre zuzulassen.

Was Adriafrage anlangt, empfiehlt es sich, unsere Wünsche nicht als Abwehr serbischer Aspirationen, sondern als Förderung Interessen Albaniens und Serbiens vorzubringen: Dreibund wünscht, daß autonomes Albanien lebensfähig gestaltet wird. Erste Voraussetzung hierfür ist, daß der neue Staat unbestrittener Herr ganzer Küste einschließlich Valonas und Hafens von San Giovanni di Medua ist. Abgrenzung nach Landseite muß natürlichen Grenzen vom geographischen und ethnischen Standpunkt im weitesten Maße Rechnung tragen. Österreich wird mit entsprechendem konkreten Vorschlag hervortreten, den Ew. pp. unterstützen wollen. Daß Abgrenzung wenigstens in großen Zügen bereits in London geregelt wird, ist erwünscht, weil sonst Serben sich allzu häuslich in okkupierten Gebieten festsetzen könnten, wo sie schon jetzt beginnen, Steuern und Rekruten auszuheben. Dreibund wünscht ferner, Serbien vollkommene politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewährleisten. Hierzu soll ihm kommerzielles Debouché nach Adria mit Hafen und Eisenbahn nach Maßgabe näher festzusetzender Bedingungen gewährt werden, die freien und ungehinderten Gebrauch für alle Zeiten und Verhältnisse sicherstellen.

In Dette- und Konzessionsfragen ist mit französischem Botschafter enge Fühlung zu halten, da eine von Poincaré eingesetzte Kommission in Paris bereits Vorarbeiten hierfür geleistet hat.

In Frage ägäischer Inseln ist abzuwarten, mit welchen Wünschen England hervortritt. Wir wollen uns vorläufig ganz zurückhalten und nur dafür eintreten, daß etwaige Wünsche Italiens als Pfandinhabers einiger Inseln berücksichtigt werden. Zu Ihrer lediglich persönlichen Information: Uns scheint es nicht geraten, daß Griechenland die Dardanellen und Kleinasien unmittelbar vorgelagerten Inseln durch militärische Besetzung oder Befestigung faktisch in seine Macht bringt, wogegen Gewährung gewisser autonomer Rechte an einheimische Bevölkerung unbedenklich wäre, vielleicht sogar unter einer Art griechischen Protektorats.

Sir Edward Goschen hat hier 11. Dezember mitgeteilt, daß Sir Edward Grey London zwar als Ort Botschafterkonversation akzeptiere, weil Anregung hierzu unmittelbar von ihm ausgegangen und London allgemein gewünscht sei. Er hoffe aber, daß Mächte für spätere förmliche Konferenz Paris wählen würden, da dort Konferenzgedanke entstanden. Vorherige Bindung für solchen Eventualfall lehnen wir ab. Ew. pp. wollen, falls Gedanke vorgebracht wird, sich nicht äußern, auf direkte Frage Mangel an Instruktion vorschützen.

Anregungen über Gegenstände, die im vorstehenden nicht behandelt, sind ad referendum zu nehmen. Graf Mensdorff und Marquis Imperiali erhalten von ihren Regierungen gleiche Instruktion*.

Kiderlen

Nr. 12541

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 Wien, den 16. Dezember 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 179 p. 15. Dezember.**

Graf Berchtold akzeptiert gleichfalls italienische Vorschläge. Was Abgrenzung Albaniens anlangt, so würde man hier, wie Euerer Exzellenz bekannt, ebenfalls internationale Kommission lieber vermeiden. Herzog von Avarna*** hat noch hier zur Sprache gebracht, Italien wünsche, daß der Handelshafen für Serbien am Adriatischen Meer nicht auf österreichischem Gebiet zu liegen komme, weil sonst nicht völlig wirtschaftliche Unabhängigkeit Serbiens gewährleistet sei. Graf Berchtold hat erwidert, daß sich ja wohl Bürgschaften finden ließen, um den Serben die wirtschaftliche Unabhängigkeit auch für diesen Fall zu sichern, daß ja aber für Serbien noch andere Möglichkeiten beständen, um den Handelshafen außerhalb österreichischen Gebiets zu erhalten. Über die verschiedenen Modalitäten könne man ja in London reden.

Tschirschky

Nr. 12542

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 359 St. Petersburg, den 15. Dezember 1912
[pr. 17. Dezember]

Herr Sasonow ist neuerdings wieder durch Äußerungen beunruhigt, die Graf Berchtold dem russischen Botschafter in Wien† gegenüber vor einigen Tagen getan hat. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern hat, wie mir Herr Sasonow erzählt, bemerkt, daß die österreichische öffentliche Meinung, die sich infolge der Haltung Serbiens mehr und mehr zu erregen

* Siehe den Wortlaut der österreichischen Instruktion vom 15. Dezember im Österreich-ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 87ff. Die ebenfalls vom 15. Dezember datierte französische Instruktion ist abgedruckt im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 10ss.

** Durch Telegramm 179 wai das Telegramm des Botschafter sin Rom Nr. 198 (siehe Nr. 12536) nach Wien mitgeteilt worden.

*** Italienischer Botschafter in Wien.

† Nikolaus von Giers.

beginne, nach Garantien verlange, damit sich Krisen wie die jetzige und die des Jahres 1909, die dem Lande ungeheure Summen kosten, nicht fortwährend wiederholen. Auf die Frage des Botschafters, welche Garantien Graf Berchtold meine, habe der Minister geantwortet, darüber werde man bei den Londoner Botschafterbesprechungen reden können.

Herr Sasonow findet diese Ankündigung eines neuen Programmpunktes für die Londoner Besprechungen sehr wenig glücklich und glaubt, daß die Erörterung dieses Punktes nur dazu führen könne, die Verständigung zu erschweren. Welche Garantien könne man denn von Serbien verlangen? Man könne doch unmöglich Serbien zumuten, daß es wie ein Kind, das unartig gewesen ist, um Verzeihung bittet und verspricht, die Unarten nicht wieder begehen zu wollen. Eine solche Demütigung Serbiens, wie sie dem Wiener Kabinett vorzuschweben scheine, würde gewiß der schlechteste Weg sein, um normale Beziehungen zwischen den Kabinetten von Wien und Belgrad sowie Ruhe für die Zukunft herzustellen. Möglicherweise wolle Österreich Serbien dazu zwingen, in einen Zollverein mit der Monarchie einzutreten, bei einem solchen würden aber alle Vorteile auf seiten Österreichs sein und Serbien in vollständige Abhängigkeit von der habsburgischen Monarchie geraten. Die Folge würde eine ungeheure Erregung in der ganzen slawischen Welt sein.

Nach Ansicht des Herrn Sasonow kann die Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nur allmählich erfolgen. Solche Beziehungen hätten früher bestanden und seien nur durch eine übrigens von vielen österreichischen Staatsmännern jetzt zugegebene falsche und ungeschickte Politik des Wiener Kabinetts verdorben worden. Zur Liebe zwingen könne man niemanden; die Wunden, welche Österreich-Ungarn Serbien geschlagen habe, müsse man vernarben lassen, dann würde auch wieder ein gutes Verhältnis zwischen beiden Nachbarländern, das beiden zum Vorteil gereichen werde, eintreten. Jetzt aber Garantien von Serbien verlangen zu wollen, hieße diesem Lande eine neue unerträgliche Demütigung zufügen.

Herr Sasonow erklärte, daß er die neue Forderung, die Österreich-Ungarn stellen zu wollen scheine, um so mehr bedauere, als er im übrigen, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Londoner Besprechungen die Lage „sehr optimistisch" ansehe. Er habe dem russischen Botschafter Instruktionen geschickt, die er für sehr gut halte. Dabei sei er von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß, wenn man in einem Streitfall einen Konflikt vermeiden und eine Verständigung herbeiführen wolle, man sich möglichst in die Lage des anderen Teiles versetzen, wie ein englisches Sprichwort sage, die Schuhe des anderen anziehen müsse. So sei Graf Benckendorff angewiesen, so weit als tunlich dem Standpunkt Österreich-Ungarns in der Hafenfrage Rechnung zu tragen und mit dahin zu wirken, daß eine für das Wiener Kabinett annehmbare Lösung dieser Frage gefunden werde. Eine solche Lösung müsse es geben. Jedenfalls könne man der russischen Regierung nicht den Vorwurf machen, daß sie es an Entgegenkommen habe

fehlen lassen. Wolle aber Österreich-Ungarn durchaus darauf bestehen, Serbien zu demütigen, dann werde trotz allen hier gezeigten guten Willens die Lage eine gefährliche werden.

F. Pourtalès

Nr. 12543

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 847 Berlin, den 17. Dezember 1912

Zur Verwertung. Die russische Regierung ist, wie wir erfahren, bereit, der Schaffung eines autonomen Albaniens zuzustimmen. Sie wünscht aber, daß das neugeschaffene Albanien unter türkischer Suzeränität verbleibt. In diesem Sinne soll sich insbesondere auch Herr Krupensky* in Rom ausgesprochen haben. Der russische Vorschlag, der wohl immer nur auf ein Provisorium hinauslaufen würde, scheint uns manches gegen, aber auch einiges für sich zu haben. Da die Türkei in Albanien Truppen unterhalten könnte, würde dadurch eine gewisse Garantie für Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande geschaffen, und es würde den albanischen Honoratioren auch für die Zukunft die Möglichkeit offengehalten werden, Brot und Beschäftigung im türkischen Dienste zu finden. Im übrigen sind wir an der Frage unmittelbar nicht interessiert. Wir möchten empfehlen, daß sich die dortige Regierung mit der italienischen beizeiten ins Einvernehmen setzt, und sind bereit, die gemeinsame Entschließung der beiden Kabinette zu unterstützen.

Kiderlen

Nr. 12544

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 206 London, den 16. Dezember 1912
[pr. 17. Dezember]

Sir E. Grey hat den beteiligten Botschaftern soeben vorgeschlagen, die erste Besprechung morgen um halb vier stattfinden zu lassen. Die Verhandlungen sollen geheimgehalten und kein Protokoll geführt werden. Nur wenn Beschlüsse gefaßt sind, sollen sie zu Papier gebracht werden. Der Minister will gleich mit der albanischen Frage anfangen und die Grenzen Albaniens, welches bis an Montenegro heranreichen soll, in großen Zügen festlegen. Dann will er Frage der wirtschaftlichen Verbindung Serbiens mit

* Russischer Botschafter in Rom.

der Adria ganz im Sinne der im Telegramm Nr. 217* enthaltenen Auffassung zur Sprache bringen. Die möglichst einstimmig gefaßten Beschlüsse sollen den Mächten vorgelegt werden, und hofft der Minister durch Vorwegnahme dieser beiden Punkte die gefährlichsten Fragen möglichst rasch zu erledigen.

Die innere Abgrenzung ihrer Neuerwerbungen will er den Kriegführenden überlassen und die ägäischen Inseln erst später erörtern.

Sir E. Grey, welcher bereits mit meinen Kollegen außer dem Grafen Mensdorff, der erst heute Abend zurückkehrt, gesprochen hatte, schien wieder sehr zuversichtlich zu sein und sagte, er hoffe zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Wir, Deutschland und England, hätten die ganze Zeit in der gleichen Richtung gearbeitet, und es würde ihn freuen, wenn unsere gemeinsamen Bemühungen zum Ziele führten.

Lichnowsky

* Siehe Nr. 12540.

Kapitel CCLXVII

Die Anfänge der Botschafterreunion und der Friedenskonferenz
Die Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel Dezember 1912 bis Januar 1913

Nr. 12545

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 London, den 17. Dezember 1912

Bei der heutigen ersten Botschafterbesprechung*, der Sir E. Grey persönlich vorsaß, konnte Graf Benckendorff auf seine Instruktionen eine sehr entgegenkommende Haltung einnehmen. Es wurden nachstehende Punkte einstimmig vereinbart:

Erstens. Albanie autonome et viable, garantie et contrôlée exclusivement par les puissances sous la souveraineté ou suzeraineté du Sultan[1]. Mein russischer Kollege hatte hierzu die Anregung gegeben, und sein Vorschlag wurde angenommen, nachdem der Zusatz: „Avec nombre limité des troupes ottomanes[2] dont le chiffre serait à établir ultérieurement" fallen gelassen worden war, da derselbe zu Bedenken Anlaß gab. Ebenso wurde: „Gouverneur nommé par les puissances et approuvé par le Sultan" ausgelassen; statt dessen mein österreichischer und italienischer Kollege gebeten, ihre Regierungen zu veranlassen, „leurs vues sur la base de l'organisation future de cette autonomie" auszuarbeiten und uns diese Projekte alsdann vorzulegen.

Zweitens wurde einstimmig angenommen, daß Albanien neutralisiert werden sollte. Graf Benckendorff hatte nur die Neutralisierung der Häfen und der Küste vorgeschlagen, sich aber auch mit dieser Fassung einverstanden erklärt.

Drittens gelangt zur Annahme:

„Tomber d'accord que les frontières de l'Albanie autonome et du Monténégro au nord et de la Grèce au sud seront en tout cas limitrophes." Graf Benckendorff erklärte sich mit dieser Fassung, welche serbische Hoheitsrechte an der Adria ausschließt[3], einverstanden. Schwierigkeiten entstanden nur insofern, als Graf Mensdorff die prinzipielle Festlegung heutiger Grenze Montenegros als Nordgrenze Albaniens wünschte[4], während Graf Benckendorff erklärte, daß seine Regierung in die Verhandlungen der

* Über den Verlauf der ersten Sitzung der Botschafterreunion vgl. auch das Telegramm des österreich-ungarischen Botschafters in London Grafen Mensdorff vom 17. Dezember (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 91) und den wesentlich aufschlußreicheren Bericht seines französischen Kollegen P. Cambon (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 15ss.).

Kriegführenden mit der Türkei hinsichtlich ihrer zukünftigen Grenzen sich nicht einmischen wolle, er daher nicht in der Lage sei, sich auf die jetzige Südgrenze Montenegros festzulegen. Graf Berchtold hält aber an der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien nach dem Prinzip der ethnographischen Abgrenzung[5] fest. Marquis Imperiali erklärte, ohne Instruktionen zu sein, und hat sich dieselben für morgen erbeten*. Die weitere Besprechung der albanischen Grenzen soll daher morgen stattfinden, und wird Graf Mensdorff dann weitere Vorschläge unterbreiten. Hinsichtlich der serbischen Verbindung mit der Adria wurde folgende Fassung einstimmig angenommen:

„L'accès commercial sera réservé à la Serbie par un port albanien libre et neutre desservi par le chemin de fer international sous le contrôle européen et sous la garde d'une force internationale[6] avec la liberté du transit pour toutes les marchandises y compris les munitions de guerre." Auch hier hatte ein russischer Vorschlag als Grundlage gedient, und wurde Graf Benckendorff gebeten, bei seiner Regierung über die Einzelheiten die Ausarbeitung eines Projekts anzuregen.

Geheimhaltung vereinbart, kein Protokoll. Den Vorsitz wird Sir E. Grey persönlich weiterführen.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ? !
[2] Unmöglich
[3] gut
[4] ?
[5] ? ? ! sehr schwer durchführbar
[6] ? ?

Nr. 12546

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky***

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 859

Berlin, den 18. Dezember 1912
[abgegangen am 19. Dezember]

Zur Verwertung.

Der Kaiserliche Gesandte in Athen meldet unterm 17. Dezember***:

---

* In einem Erlaß Staatssekretär von Kiderlens nach Wien vom 17. Dezember (Nr. 846), in dem mitgeteilt wurde, daß König Nikita sich der Unterstützung seines Schwiegersohns, des Königs von Italien, vergewissert haben sollte, um sich den Besitz von Skutari zu sichern, wurde der deutsche Standpunkt dahin präzisiert: „Wir sind nicht genau darüber orientiert, wie sich die dortige Regierung die Zukunft von Skutari denkt, halten es aber für nützlich, daß sich Wien tunlichst bald auch über diese Frage mit Rom einigt. Uns ist jede Lösung recht, die von unseren Verbündeten gewünscht wird."

** Der gleiche Erlaß ging unter Nr. 894 nach Rom.

*** Telegramm Graf Quadts Nr. 136.

„Äußerungen des russischen Gesandten* entnehme ich, daß Rußland Salonik eher in griechischen Händen zu sehen wünscht. Schroffere Haltung, die Kronprinz von Griechenland in Salonik gegen Bulgaren anzunehmen scheint, läßt vielleicht auf Rückendeckung durch Rußland schließen. Es finden hier fortwährend rege Verhandlungen russischer und französischer Gesandtschaft mit griechischer Regierung statt."

Bisher haben sich die Großmächte einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Teilung der Beute ausschließlich Sache der Balkanstaaten sei. Das Prinzip der Nichteinmischung in dieses Internum ist bei den gestrigen Besprechungen in London über die albanische Frage besonders entschieden gerade von Graf Benckendorff vertreten worden. Wenn Rußland jetzt zum Nachteil Bulgariens aus seiner Reserve heraustreten und dadurch auch anderen Mächten das Signal zum Mitreden geben sollte, so werden wir um so nachdrücklicher für Bulgarien einzutreten haben. Insbesondere ist dies in der Frage des künftigen Schicksals von Salonik der Fall. Wir haben kein Interesse daran, Griechenland durch Zuweisung weiterer Häfen in seinem maritimen Ehrgeiz zu bestärken, der uns im Jonischen und Adriatischen Meere eines Tages unbequem werden könnte.

Auch würde uns die Unterstützung der bulgarischen Aspirationen auf Salonik die Förderung rumänischer Wünsche in Sofia erleichtern.

Kiderlen

Nr. 12547

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 London, den 17. Dezember 1912
[pr. 18. Dezember]

Wie mir Sir E. Grey soeben mitteilt, sollen unsere Besprechungen Freitag abend** geschlossen werden, und hofft derselbe, bis dahin das bisher vorliegende Material zu erledigen. Am Sonnabend beabsichtigt der Minister gleich den meisten übrigen Mitgliedern des Kabinetts einen zehntägigen Urlaub anzutreten und erst am 30., am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments, hier einzutreffen. Nötigenfalls sollen unsere Sitzungen danach wieder aufgenommen werden.

Unter diesen Umständen und im Hinblick auf den überaus befriedigenden Verlauf der heutigen Besprechungen möchte ich bitten, mir allerhöchstenorts einen nächsten Sonnabend anzutretenden zehntägigen Weihnachtsurlaub zur Erledigung dringender Privatgeschäfte erwirken zu wollen.

Drahtantwort erbeten.

Lichnowsky

---

* E. Demidow Principe di San Donato.
** I. e.: 20. Dezember.

Nr. 12548

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 209 London, den.....
[eingetroffen am 18. Dezember 1912]

Der Führer der serbischen Abgesandten, Herr Nowakowitsch, war eben bei mir und fragte mich, ob ich glaubte ihm raten zu sollen, die Erledigung der serbischen Wünsche hinsichtlich der Adria den Mächten vertrauensvoll zu überlassen und diesen Punkt aus den Friedensverhandlungen auszuschalten. Ich bestärkte ihn in dieser Auffassung und sagte ihm, die Mächte seien Serbien gegenüber von freundschaftlichen Gesinnungen erfüllt und würden gewiß den serbischen Wünschen um so mehr Rechnung tragen, je entgegenkommender und ruhiger die Haltung der serbischen Vertreter wäre. Er beklagte sich über die Haltung der Nachbarmonarchie, welche fortführe, die serbische Bevölkerung zu beunruhigen. Auch schien er zu befürchten, daß man seinem Vaterlande überhaupt keine Gebietserweiterung gönnen würde. Ebenso wünschte er zu wissen, ob alle Mächte über die Gewährung eines wirtschaftlichen Verbindungsweges nach und eines neutralen Hafens an der Adria einig seien. Ich erklärte ihm, daß ich über unsere Verhandlungen nicht reden könnte[1], daß ich aber glaubte in der Lage zu sein, ihn hinsichtlich dieser beiden Punkte beruhigen zu können[2].

Lichnowsky

Bemerkungen von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Er soll solche Unterredungen vermeiden.
Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Richtig
[2] zu viel

Nr. 12549

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 210 London, den 18. Dezember 1912

Die heutige Sitzung eröffnete Sir E. Grey mit der Mitteilung, daß der serbische Geschäftsträger ihm mitgeteilt habe, die serbischen Delegierten seien in demselben Sinne unterrichtet worden, wie Herr Nowakowitsch es mir bereits mitteilte*. Der Geschäftsträger habe noch hinzugefügt, er

---

* Vgl. Nr. 12548.

hoffe, der Wunsch der Mächte würde ihnen in einer Form mitgeteilt werden, die es der öffentlichen Meinung in Serbien erleichtern würde nachzugeben. Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, unsere Regierungen zu befragen, ob sie im Falle der Zustimmung zu unseren gestrigen Beschlüssen damit einverstanden wären, daß diese Beschlüsse von Sir E. Grey nächsten Freitag dem serbischen Geschäftsträger mitgeteilt würden als das Ergebnis unserer Beratungen und als der einheitliche Wille der Mächte unter der Voraussetzung, daß Serbien bei dem Entschluß, auf jede Gebietserweiterung an die Adria zu verzichten, verbliebe. Hiervon erhofften wir eine Beschleunigung der Friedensverhandlungen und eine Festlegung des serbischen Standpunkts. Gleichzeitig hiermit soll am Freitag abend vor der Vertagung unserer Beratungen ein Communiqué in der hiesigen Presse erscheinen, welches als das Ergebnis der Besprechungen die albanische Autonomie und die Gewährung eines freien wirtschaftlichen Verbindungsweges an einen neutralen Hafen an der Adria für Serbien verkündet. Von dieser Veröffentlichung, zu welcher ich gleichfalls um telegraphische Zustimmung bitte, verspricht sich Sir E. Grey eine erhebliche Beruhigung der öffentlichen Meinung, die, falls nichts verlautbar würde, zu der Annahme gelangen könnte, unsere Beratungen seien gescheitert.

Die Abgrenzung Albaniens wurde bis auf Freitag vertagt, da Marquis Imperiali hinsichtlich Skutari noch ohne Unterweisungen war und Graf Mensdorff die von Wien mitgebrachte Karte, deren Vorhandensein er nur mir und meinem italienischen Kollegen bekanntgab, und auf welcher die österreichische Auffassung von den neuen Grenzen Albaniens eingezeichnet ist*, noch nicht vorlegen wollte. Prisren ist nämlich dort preisgegeben, was Graf Mensdorff erst als Zugeständnis für Skutari gelten lassen möchte. Er wurde aufgefordert, uns nächsten Freitag die Wünsche seiner Regierung vorzulegen.

Vertraulich sagte mir Sir E. Grey, daß, falls es wegen Skutari zu Schwierigkeiten käme, er außerstande sei, nochmals auf die russische Regierung einzuwirken. Letztere habe sich unter seiner und der französischen Mitwirkung bereits überaus entgegenkommend erwiesen. Nun sei es an uns, der deutschen und italienischen Regierung, auf Österreich einzuwirken für den Fall, daß Rußland, was er noch nicht wisse, auf der Abtretung von Skutari an Montenegro bestehen sollte**. Graf Benckendorff ist noch ohne Anweisungen, doch dürfte die Frage am Freitag nachmittag zur Sprache kommen. In ähnlichem Sinne hat der britische Minister auch mit meinem italienischen Kollegen gesprochen.

Es gelangten hierauf die ägäischen Inseln zur Sprache. Graf Benckendorff gab namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß sie nicht wünsche,

---

* Es handelt sich offenbar um die gleiche Karte, die Graf Mensdorff am 17. Dezember unter Einzeichnung auch der von Rußland vertretenen Grenzlinie an Graf Berchtold sandte. Sie ist reproduziert im Österreich-ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 92/93.
** Vgl. dazu Kap. CCLXVI, Nr. 12 526, Fußnote ***.

daß irgendeine Macht in den Besitz der Inseln Tenedos, Imbros, Lemnos und Samothrake gelange, denen eine Autonomie gewährt werden solle. Es gelangte hierauf der britische Antrag einstimmig zur Annahme: „quelque soit le statu futur des îles de la Mer Egée nous sommes d'avis qu'elles devraient être neutralisées sous la garantie des puissances". Über die Besitzfrage lagen keine Anträge vor, doch war die Stimmung überwiegend für eine Autonomie.

Was Kreta anlangt, so kam man dahin überein, daß, falls die Insel im Friedensschluß von der Türkei an die Griechen abgetreten würde, hiergegen keine Einwände zu erheben seien.

Mein französischer Kollege gab folgende Erklärung ab: „Le Gouvernement français est fermement attaché en ce qui concerne Constantinople au maintien du statu quo. Cette ville devra donc demeurer dans la possession de l'Empire Ottoman. La Turquie devra en outre conserver en Europe un territoire longeant la Mer de Marmara et les Dardanelles". Diese Erklärung fand allgemeine Zustimmung.

Mein österreichischer Kollege erklärte: „Nous tenons à ce que les conditions du port de Salonique et du chemin de fer y conduisant soient réglées du point de vue à garder nos intérêts commerciaux". Auch diese Auffassung erweckte keinen Widerspruch.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag. Hierauf Vertagung bis Neujahr. Sir E. Grey begibt sich auf sein Gut in Northumberland.

Lichnowsky

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Wir können wohl zu beidem zustimmen, si omnes? K.

Nr. 12550

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 221 Berlin, den 19. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 210*.

Mit beabsichtigter Mitteilung an serbischen Geschäftsträger und geplanter Veröffentlichung si omnes einverstanden.

Falls über Frage Skutari Graf Mensdorff und Marquis Imperiali nicht einig sind, bitte, zwecks Vermeidung des Hervortretens der Meinungsverschiedenheit anzuregen, daß Angelegenheit vorläufig zurückgestellt wird unter Hinweis darauf, daß sie kaum zur Entscheidung reif sei, da Skutari sich noch in türkischen Händen befinde und wohl zunächst Friedensschluß abgewartet werden müsse.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12549.

Nr. 12551

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 211 London, den 18. Dezember 1912
[pr. 19. Dezember]

Herr Danew hat hier mehreren meiner Kollegen erklärt, die Verbündeten würden mit der Türkei geschlossen verhandeln und von ihr die Abtretung ihres europäischen Besitzes westlich einer zu vereinbarenden Linie zwischen dem Ägäischen und dem Schwarzen Meer mit Einschluß von Adrianopel verlangen. Sollte die Türkei nicht nachgeben wollen, so würde Bulgarien den Krieg unweigerlich fortsetzen. Die Teilung des abgetretenen Gebiets mit Ausnahme von Albanien würden die Verbündeten alsdann untereinander vornehmen.

Lichnowsky

Nr. 12552

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 478 Rom, den 17. Dezember 1912
Vertraulich [pr. 19. Dezember]

Marquis di San Giuliano hat mir schon öfters vertraulich darüber geklagt, daß Graf Berchtold in der Frage der Abgrenzung Albaniens so häufig seine Ansichten wechsle, in letzter Zeit auch entschieden intransigenter zu werden scheine. Jetzt wolle der Graf zum Beispiel Jânnina zu Albanien schlagen, während er, San Giuliano, aus eigener Anschauung sagen müsse, daß Jânnina eigentlich ganz griechisch sei. Ferner habe der österreichisch-ungarische Minister früher keine Einwände gegen Überlassung von Skutari und San Giovanni di Medua an Montenegro gemacht, während er neuerdings hiervon nichts mehr wissen wolle. Marquis di San Giuliano gab zu, daß es zwar durchaus wünschenswert erscheine, diese Städte dem künftigen Albanien zuzuteilen, da ihre Bevölkerung albanesisch wäre. Dies sei, fügte er streng vertraulich hinzu, auch die Ansicht Seiner Majestät des Königs, welcher es sogar vom montenegrinischen Standpunkt für einen Fehler halte, sich durch diese Annexion ein albanesisches Irredentaelement einverleiben zu wollen. Aber, so meinte der Minister, wäre diese Frage es auch wert, ein sine qua non daraus zu machen? Man müsse zwischen wünschenswert und notwendig unterscheiden. Indiskutabel seien für ihn zum Beispiel Fragen, wie der adriatische Gebietserwerb Serbiens, Durazzo, Valona; aber eine kleine Gebietserweiterung von Montenegro im Norden Albaniens er-

schiene ihm nicht von solcher Wichtigkeit, um es gegebenenfalls bis zum Konflikt zu treiben und dafür den Frieden Europas auf das Spiel zu setzen. Der Preis von einigen Kilometern mehr oder weniger für Montenegro sei doch zu gering, zumal San Giovanni di Medua momentan eigentlich überhaupt nicht existiere, sondern in einer Sandbank bestände.

Jagow

Nr. 12553

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 437

Wien, den 18. Dezember 1912
[pr. 20. Dezember]

Graf Berchtold hat wiederholt die Frage wegen der Zukunft Skutaris mit Rom erörtert, von wo aus man auch hier dafür plädiert hat, daß die Stadt Montenegro zugesprochen werde. Für Österreich-Ungarn sei es beinahe eine Frage des Prestiges, daß Skutari bei Albanien bleibe, denn Skutari sei eine fast österreichische Stadt und der Sitz des österreichisch-katholischen Einflusses[1]. Die von Italien vorgebrachten Bedenken wegen Gefährdung der montenegrinischen Dynastie schlage er nicht hoch an. Er glaube nicht an eine solche Gefährdung, und wenn selbst König Nikita deswegen abdanken sollte, so habe er mehrere Söhne, die den Thron würden einnehmen können. Man könnte auch Montenegro anderweit im Osten und Südosten entschädigen.

von Tschirschky

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Das ist eben der Fehler!! Daß Österreich immer von seinem fingierten katholischen Protektorat redet. K.

Nr. 12554

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 438

Wien, den 18. Dezember 1912
[pr. 20. Dezember]

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 847 vom 17. d. Mts.*

Den Inhalt des nebenbezeichneten hohen Erlasses habe ich dem Grafen Berchtold gegenüber verwertet. Der Minister hat bisher über die Frage,

---

* Siehe Kap. CCLXVI, Nr. 12543.

ob Albanien unter der türkischen Suzeränität bleiben soll, mit Italien noch nicht gesprochen, wird dies aber nunmehr tun. Er ist dem Gedanken an sich nicht abgeneigt und würdigt die von Euerer Exzellenz dafür angeführten Momente. Nur legt er entscheidendes Gewicht darauf, daß Albanien einen christlichen Fürsten erhalte, der dann unter die türkische Oberhoheit gestellt werden könnte. Würde Albanien ohne eigenen Fürsten suzeräne türkische Provinz, so sei zu befürchten, daß der katholische Norden nach Montenegro, der Süden nach Griechenland gravitieren, Albanien damit auseinanderfallen und nur im Zentrum ein nicht lebensfähiger mohammedanischer Rest übrig bleiben werde. Deshalb sei die Einsetzung eines Fürsten, und zwar eines christlichen, notwendig, um das Land zusammenzuhalten[1].

Graf Berchtold fragte mich, ob ich nicht einen deutschen Fürsten wisse, der für den albanischen Thron geeignet wäre. Nachdem ich dies verneint und bemerkt hatte, daß ich die Intentionen meiner Regierung in dieser Beziehung nicht kenne, sagte der Minister, ein Prinz von Urach* habe sich bereit erklärt, der in vieler Beziehung wohl passen würde.

Nach einem Telegramm, das er heute über die erste Botschafterbesprechung in London erhalten, habe übrigens die albanische und damit auch die serbische Hafenfrage bereits einen großen Schritt vorwärts getan, indem Graf Benckendorff im Namen Rußlands erklärt habe, die künftigen Grenzen Albaniens würden im Norden durch Montenegro und im Süden durch Griechenland gebildet werden. Damit sei die serbische Territorialfrage bereits beseitigt. Man habe dann noch von einem port neutre et libre gesprochen. Dagegen habe er im Prinzip auch nichts einzuwenden, nur wäre es schwer, in praxi diesen Gedanken auszuführen. Dagegen könne er sich mit der weiteren in London aufgetauchten Idee, die Bahn von Serbien nach der Adria durch eine internationale Truppe bewachen zu lassen, nicht befreunden. Er glaube, eine albanesische Polizeitruppe wäre da besser am Platze.

Übrigens höre er durch Konsul Edl, der bei der Untersuchung des Falles Prochaska Gelegenheit gehabt habe, mit vielen einflußreichen Serben zu sprechen, daß man in diesen serbischen Kreisen schon anfange, das Unpraktische einer solchen kostspieligen Eisenbahn durch Albanien einzusehen. Man hat dem genannten Konsul wiederholt versichert, daß, falls Österreich Serbien dazu verhelfen würde, wirklich freie Verbindung mit Saloniki zu erhalten, man dies in Serbien der Adriabahn vorziehen würde, und man habe hinzugefügt, „si la dynastie vous gêne à Vienne nous n'y tenons pas du tout. Chez nous personne n'en parle." Der siegreiche Krieg scheine demnach der Dynastie Karageorgewitsch wenig geholfen zu haben; im Gegenteil, man scheine in vielen serbischen Kreisen bereits mit einem Regierungswechsel zu rechnen. Graf Berchtold fügte dann noch vertraulich hinzu, daß, sollte etwa die Dynastie in Belgrad fallen, sollten Unruhen aus-

---

* Fürst Karl von Urach, württembergischer Oberst à. l. s.

brechen und vielleicht eine republikanische Regierung eingesetzt werden, Österreich wohl werde dort Ordnung schaffen müssen.

von Tschirschky

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Kürzlich war er noch für den Ägypter Fuad* und hat ihn nur fallen lassen, weil er in Turin erzogen ist!!!

Nr. 12555

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 222 Berlin, den 20. Dezember 1912

Nach Ew. pp. Telegramm Nr. 207** ist türkische Souveränität oder Suzeränität über Albanien ohne weiteres angenommen worden. Wie wir anderweit hören, soll über diesen Punkt erst längere Diskussion stattgefunden haben, wobei russischer Botschafter für Oberhoheit der Pforte besonders eingetreten und durch Ew. pp. lebhaft unterstützt worden sei. Bitte Drahtbericht***.

Kiderlen

Nr. 12556

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 212 London, den 20. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 222†.

Über alle gefaßten Beschlüsse haben längere Verhandlungen stattgefunden, über die ich aber nur dann ausführlich berichtet habe, wenn sie zu Bedenken und erheblichen Abänderungen Anlaß gegeben haben. Der Vorschlag, der dem Beschluß ad 1 zu Grunde lag, war von der russischen Regierung ausgegangen, und habe ich ihn deshalb unterstützt, weil ich im Hinblick auf die so überaus entgegenkommende Haltung des Petersburger Kabinetts in der wichtigen Frage des Adriahafens es um so mehr für angezeigt hielt[1], die russischen Wünsche zu fördern, als auch Graf Mensdorff nur gegen die Anwesenheit türkischer Truppen Bedenken erhoben,

---

* Es handelt sich um den Prinzen Achmed Fuad von Ägypten, dessen Persönlichkeit bereits im Sommer 1912 anläßlich der eventuellen Errichtung eines selbständigen mohammedanischen Fürstentums in Tripolis diskutiert worden war; vgl. Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11150.
** Siehe Nr. 12545.
*** Vgl. Nr. 12556.
† Siehe Nr. 12555.

und die mir im Telegramm Nr. 217* erteilten Unterweisungen ausdrücklich von einer Autonomie Albaniens sprechen, was doch wohl die wenn auch nur nominelle Oberhoheit des Sultans voraussetzen läßt[2]. Ferner wies ich darauf hin, daß, falls Mazedonien der Türkei nicht erhalten bleibe, das davon ja völlig losgelöste Albanien dem Machtbereich der Osmanen tatsächlich entrückt sein würde.

In der Frage der türkischen Truppen vertrat ich den Standpunkt, daß es nicht so sehr auf die prinzipielle Zulassung derselben ankomme als auf ihre Zahl, die sich ja auf eine Art Leibwache des Gouverneurs beschränken ließe.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß die am Schluß meines Telegramms 207** erwähnte Anregung, die russische Regierung zur Ausarbeitung eines Projekts hinsichtlich des serbischen Verbindungsweges mit der Adria zu veranlassen, wieder fallen gelassen worden ist, und daß wir nur den österreichischen und italienischen Entwürfen für die Organisation der albanischen Autonomie entgegensehen.

Lichnowsky

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] Der Botschafter hat keine Ahnung von seinen Kompetenzen. Er hat offenbar seine Instruktion nicht gelesen. Er hat Österreich zu unterstützen und nicht seinem Vetter*** für seine „entgegenkommende Haltung" Gefälligkeiten zu erweisen. K.

[2] Wortklauberei und Trugschluß

Nr. 12557

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213 London, den 20. Dezember 1912

Die heutige Sitzung, die abermals Sir E. Grey persönlich leitete, befaßte sich zunächst mit der Feststellung des heute abend erscheinenden Communiqués und mit der Mitteilung an den serbischen Geschäftsträger. Letztere wird dem in meinem Telegramm Nr. 207† sub 1 und 3 gemeldeten Wortlaut entsprechen, den zweiten Punkt aber nicht enthalten, weil hinsichtlich der gesamten Neutralisierung Albaniens Graf Benckendorff die Zustimmung seiner Regierung noch nicht erhalten hat. Das Communiqué aber wird in abgekürzter Form erscheinen††.

---

* Siehe Kap. CCLXVI, Nr. 12540.

** Siehe Nr. 12545.

*** Graf Benckendorff. Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12438, Fußnote ***.

† Siehe Nr. 12545.

†† Das am 21. Dezember veröffentlichte Communiqué besagte: „The Ambassadors have recommended to their Governments, and the latter have accepted the principle of Albanian autonomy together with a provision guaranteeing to Servia commercial access to the Adriatic. The six Governments have agreed in principle on these two points."

Graf Benckendorff hatte vorher erklärt, daß seine Regierung den obigen Vereinbarungen zustimme unter folgender Voraussetzung: „Reconnaissance à la Serbie du choix de la direction du chemin de fer et du port terminal. Toute garantie au Gouvernement serbe pour la liberté des études nécessaires pour établir son choix et pour celles du tracé du chemin de fer contre les difficultés qui pourraient éventuellement être créées par le futur Gouvernement albanien. Le droit pour la Serbie de participer au contrôle international de la ligne et du port."

Alle Botschafter mit alleiniger Ausnahme des Grafen Mensdorff hielten diese Voraussetzungen für berechtigt und stimmten ihnen zu. Mein österreichischer Kollege erklärte jedoch, sich hierzu nicht äußern zu können, und schien die den Serben eingeräumten Vergünstigungen als zu weitgehend zu betrachten. Der Zusatz wurde daher ad referendum genommen unter der ausdrücklichen Erklärung, daß die angenommene Fassung ihn nicht ausschließe.

Hierauf legte Graf Mensdorff seine albanischen Wünsche vor, die nicht nur Skutari, sondern auch Ipek und Prisren umschließen. Graf Benckendorff bezeichnet den Drin als Ostgrenze und will bei der nächsten Sitzung eine Karte vorlegen. Vorläufig erklärte er, daß es unmöglich sei, ethnographisches Prinzip bis zum äußersten durchzuführen, da dies zu unmöglichen Gebilden führen würde. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß auf Grund der ethnographischen Verhältnisse Abrundungen und Kompromisse notwendig seien. Beschlüsse wurden nicht gefaßt und die nächste Sitzung für den zweiten Januar anberaumt.

Zum Schluß bat mich Sir E. Grey noch einmal, in Berlin dahin zu wirken, daß wir die österreichische Regierung veranlassen, in der Frage Skutari Nachgiebigkeit zu zeigen. Diese Angelegenheit ist heute nicht verhandelt worden. Sir E. Grey meinte, er habe bisher alles erreicht, was wir haben wollten, und es habe ihm nicht geringe Mühe gekostet es durchzusetzen. Sollten sich aber in diesem Falle Schwierigkeiten ergeben, so sei er außerstande, uns wieder zu helfen[1], und genötigt, sich auf die andere Seite zu stellen. Dasselbe hat er meinem italienischen Kollegen auch noch einmal gesagt.

Beim Abschied sprach der Minister mir in warmen Worten seine Freude darüber aus, daß sich unsere Besprechungen so bewähren, und daß sich die allgemeinen Beziehungen in den letzten Wochen soviel günstiger gestaltet hätten.

Lichnowsky

Randbemerkung von Kiderlens:

[1] Unser Botschafter hat sich hineinlegen lassen!

Randverfügung von Kiderlens:

Es ist Sir E. Grey bei Rückkehr des Botschafters zu sagen: Das Entgegenkommen Rußlands bezüglich Albaniens sei ganz schön, aber nicht weiter verdienstvoll, da es dort keine Interessen habe. Wir, das heißt Österreich-Ungarn und wir, müßten uns vorsehen, daß Rußland nicht sein theoretisches Entgegenkommen durch Verklausulierungen praktisch wieder zunichte mache. K.

Nr. 12558

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 423

Paris, den 19. Dezember 1912
[pr. 21. Dezember]

An seinem gestrigen Empfangstage habe ich Herrn Poincaré in der Beurteilung der internationalen Lage weniger pessimistisch gefunden wie vor einer Woche. Er steht aber noch immer mit Sorge vor der großen Frage: „Was will Österreich-Ungarn mit seinen weitgehenden Rüstungen?“* Er habe, sagte er mir, diese Frage auch soeben mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter besprochen und ihn zu überzeugen gesucht, daß für die militärischen Maßregeln der Doppelmonarchie weder in dem neueren

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12491, S. 468, Fußnote und Kap. CCLXVI, Nr. 12523, S. 29, Fußnote. Die angeblichen weitgehenden Rüstungen Österreich-Ungarns spielen in den französischen und russischen Quellen auch weiterhin eine große Rolle. Am 19. Dezember mußte Botschafter P. Cambon diese Rüstungen bei Sir E. Grey zur Sprache bringen und ihm eine — von dem englischen Staatssekretär aber (vgl. Nr. 12563) nur mit größter Behutsamkeit ausgeführte — Intervention in Wien nahelegen. Telegramm Cambons an Poincaré vom 19. Dezember, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 21s. Am gleichen Tage machte Poincaré dem österreichischen Botschafter Graf Szécsen ernstliche Vorstellungen. Telegramm Poincarés an P. Cambon vom 19. Dezember, a. a. O., p. 22 s. Am 24. Dezember regte Sasonow in London einen Druck der Kabinette auf Österreich an, damit es seine verstärkten Kriegsvorbereitungen einstelle. „Sollten aber die nachdrücklichen Vorstellungen auf Österreich keinen Eindruck machen und keine Abrüstung erfolgen, so ersteht für uns die Frage, unsere Kriegsbereitschaft und gleichzeitig unseren Druck auf die Türkei zu verstärken“. Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff und an Iswolsky vom 24. Dezember; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 402f. Zwei Tage später schlug Sasonow vor, daß die Botschafterreunion in London die Beratung der albanischen Grenzfrage zurückstellen solle, bis die Mächte sich davon überzeugt hätten, daß Österreich seine Abrüstung begonnen habe. Telegramm an Graf Benckendorff vom 26. Dezember; Stieve, a. a. O., II, 407. Mit diesem Vorschlage zeigte sich auch Poincaré vollkommen einverstanden, der Cambon instruierte, für eine Vertagung der albanischen Frage einzutreten, und zwar so, daß Österreich die wahren Gründe erkenne. Iswolsky an Sasonow, 28. Dezember; Stieve, a. a. O., II, 410f. Vgl. dazu nun auch R. Poincaré, Au Service de la France, II, 395s. Das alles läßt, da Österreich-Ungarn doch nicht unter dem Druck der Mächte seine wesentlich gegen Serbien gerichteten Maßregeln rückgängig machen konnte, kaum den Schluß auf friedliche Absichten Poincarés, Iswolskys und des von beiden fortgesetzt aufgestachelten Sasonow (vgl. Kap. CCLXVI, Nr. 12523, S. 29, Fußnote *) zu, während es in Österreich-Ungarn wesentlich nur der am 12. Dezember — vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12494, S. 473, Fußnote ** — erneut zum Chef des Generalstabes ernannte General Conrad von Hötzendorf war, der sich alsbald wieder mit aller Energie für eine kriegerische Abrechnung mit Serbien einsetzte, ohne doch bei Kaiser Franz Joseph, dem Erzherzog-Thronfolger und Graf Berchtold damit durchzudringen. Über die neue Tätigkeit General Conrads vgl. die sehr eingehenden Mitteilungen bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, II, 376ff.

Verhalten Serbiens noch in der Haltung Rußlands eine genügende Erklärung zu finden sei. Er könne bestimmt erklären, daß von russischer Seite nichts geschehen und beabsichtigt sei, was Österreich-Ungarn zu beunruhigen vermöchte [1]. Auch bei den Serben beständen neuerdings durchaus versöhnliche Dispositionen bezüglich Albaniens und der Hafenfrage.

Graf Szécsen habe ihm allerdings entgegengehalten, die neueren serbischen Entschlüsse seien dem Wiener Kabinett amtlich nicht bekannt, worauf er, Poincaré, bemerkt habe, es scheine ihm immerhin weise, wenn die österreichisch-ungarische Regierung mit dem Vorhandensein jener nachgiebigen Stimmung in Belgrad als eines bestimmten Faktors rechne.

In Wien, fuhr Herr Poincaré fort, sei man verstimmt über die französische Presse[2], die Österreich-Ungarn als den Störenfried bezeichne. Die hiesige Presse gehe darin allerdings zu weit, aber es sei verständlich, daß sie angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schädigungen, die sich aus der Ungewißheit der Lage ergeben, immer wieder die Frage aufwerfe: „Que veut l'Autriche?"[3]*

---

* Auf die inneren Gründe der auch weiterhin andauernden auffällig scharfen Stellungnahme der französischen Presse gegen Österreich, die durch die übertriebenen Besorgnisse über die österreichischen Rüstungsmaßregeln nicht hinreichend erklärt wird, wirft ein Bericht des österreichischen Militärattachés in Paris Oberst Vidalé vom 1. Februar 1913 Licht. Es heißt darin u. a.: „Die Ursachen der fortgesetzten Ausfälle gegen Österreich-Ungarn waren von Anfang an — schon seit der bosnischen Krise — das unverhüllte Bestreben, mit jedem Wort und so oft als möglich die Zugehörigkeit zu Rußland und das Einverständnis mit der russischen Politik zu betonen, einer Politik, die durch das Verhalten Österreich-Ungarns — wie man hier allgemein informiert ist — in ihren bekannten friedliebenden Zielen ungerechterweise bedroht würde, und die deutliche Unterstützung der nach Rasse, Charakter und Kultur den Franzosen so nahestehenden Slawen . . . Daß Rußland diese Auffassung selbst lanziert hat, ist begreiflich, aber es hat noch viel mehr getan. Es hat diese Auffassung pekuniär genährt und großgezogen. Die französische Presse ist russisch, d. h. arbeitet mit russischem Geld . . . Die öffentliche Meinung ist hier wie überall käuflich, und Rußland weiß, daß sein dafür angelegtes Geld — und es dürfte sehr viel Geld sein — reichliche Zinsen trägt." Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 72. Daß in der Tat die feindselige Haltung der französischen Presse gegen Österreich mit der systematischen Beeinflussung derselben durch Iswolsky eng zusammenhing, wird durch dessen Schriftwechsel voll bestätigt. Vgl. vor allem die Briefe Iswolskys an Sasonow vom 18. Dezember und 14. Februar 1913, ferner die Briefe und Telegramme des Vertreters des russischen Finanzministeriums in Paris Raffalowitsch vom 13. und 26. Dezember (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 387, 396ff., 408f.; III, 63ff.). In Iswolskys Brief vom 18. Dezember 1912 heißt es: „In dem Bestreben, unter den Mitgliedern der Regierung und in den politischen Kreisen die uns erwünschte Stimmung zu erhalten, tue ich gleichzeitig mein Möglichstes, die Presse zu beeinflussen. In dieser Beziehung sind zum Teil dank der rechtzeitig getroffenen nötigen Vorkehrungen bedeutende Ergebnisse erzielt worden. Wie Sie wissen, beteilige ich mich nicht unmittelbar an der Verteilung der Subsidien. Aber diese Verteilung, an der französische Minister sich beteiligen (der Minister des Äußern und der Finanzen), ist anscheinend durchaus zweckmäßig und hat bereits die nötige Wirkung gehabt. Meinerseits gebe ich mir ernsthaft Mühe, durch persönliche Einwirkung die bedeutendsten Pariser

Der kürzlichen Auseinandersetzung zwischen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und dem „Temps"* lege er weniger weittragende Bedeutung bei[4]. Das französische etwas temperamentvoll geleitete Blatt habe lediglich Nachrichten, allerdings fragwürdige, gebracht. „Ce ne sont que des coupures." Von einer systematischen Anfeindung Deutschlands in hiesigen ernsten Blättern könne füglich keine Rede sein, wenn auch hier und da bedauerliche Entgleisungen unterliefen.

Die Nachrichten von den ersten Besprechungen der Botschafter in London lauteten erfreulich. Wesentliche Divergenzen seien nicht hervorgetreten. Wäre nicht das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Friedensunterhändlern der Balkanstaaten und der Türkei abzuwarten, so würde man allem Anschein nach in wenigen Tagen zu einer die Lage entspannenden Verständigung unter den Großmächten gelangen können. Mit Sorge erfülle ihn aber die neuerliche Intransigenz und Kampfesstimmung der Türken, die indessen, wie er ausdrücklich betonen möchte, von keiner Großmacht mit Sympathie begrüßt, geschweige denn unterstützt werde.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Was weiß denn der Affe von dem was die Russen an der Galizischen Grenze machen!? Einbildung des eitlen Zivilisten, der über Militaria einfach zur Tagesordnung übergeht

[2] mit Recht

[3] que veut la France et la Russie?

[4] schade; könnte ein unangenehmes Erwachen geben

Schlußbemerkung des Kaisers:

Allgemeiner Quatsch! Gallisches Geträtsch!

Zeitungen zu beeinflussen, wie den ‚Temps', das ‚Journal des Débats', das ‚Echo de Paris' usw. Im allgemeinen ist der Ton der Pariser Presse gegenwärtig nicht mit dem während der Krise von 1908—1909 zu vergleichen. Besonders bemerkenswert ist die Stellungnahme des ‚Temps', der sich vor vier Jahren durch seine krasse, österreichfreundliche Gesinnung hervortat, und in dessen Spalten jetzt H. Tardieu energisch die österreichische Politik bekämpft. Schon mehrmals haben sich Graf Berchtold und der österreichische Botschafter in Paris bei H. Poincaré darüber beklagt. — In meinen Unterredungen mit den französischen Journalisten suche ich hauptsächlich diesen beizubringen, daß, wenn trotz der von Rußland bekundeten äußerst vernünftigen und nachgiebigen Haltung die Rüstungen Österreichs und die Forderungen der österreichischen Diplomatie einen europäischen Konflikt heraufbeschwören sollten, der Krieg nicht wegen Sonderinteressen Serbiens oder Rußlands ausbrechen werde, sondernwegen des Versuches Österreichs und des hinter ihm stehenden Deutschlands, ihre Oberherrschaft in Europa und auf der Balkanhalbinsel zu errichten. Gott sei Dank, dringt dieser Gedanke mehr und mehr in das Bewußtsein der französischen politischen, militärischen und gesellschaftlichen Kreise. In den letzten Tagen habe ich nicht mehr den Gedanken zu bekämpfen, daß Frankreich sich für fremde Interessen in den Krieg hineingezogen sehen könnte, sondern eher die Furcht, daß wir uns in einer Sache, die die Lage und das Prestige der ganzen Entente berühre, zu passiv verhielten."

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 17. Dezember hatte sich gegen die in der französischen Presse und namentlich im „Temps" immer wieder auftauchende, nach Ausweis der Akten ganz unbegründete Verdächtigung gewandt, als ob Deutschland (und Österreich) die Türkei in ihrem hartnäckigen Widerstand ermutigten.

Nr. 12559

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 St. Petersburg, den 21. Dezember 1912

Herr Sasonow ist darüber erstaunt, daß Fürst Lichnowsky auf der Botschafterreunion plötzlich von einer „Autonomie Mazedoniens" gesprochen habe. Der Botschafter habe, wie Graf Benckendorff meldet, diesen Gedanken allerdings gleich fallen gelassen, es sei aber gefährlich, die schon ohnehin wenig konzilianten türkischen Delegierten durch solche Ideen in ihrem Widerstand zu ermutigen. Der Minister bat mich, Euerer Exzellenz fernerhin zu melden, daß er sehr erfreut über die Instruktionen sei, welche der Herr Staatssekretär an Freiherrn von Wangenheim gegeben habe*; er habe Herrn von Giers sofort beauftragt, in Konstantinopel ebenfalls zur Mäßigung zu mahnen**. Bei der Hartnäckigkeit der tür-

* Am 14. Dezember war Freiherr von Wangenheim durch Telegramm Nr. 308 (vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12493, nebst Fußnote * auf S. 472) angewiesen worden, die Türken auf die Gefahren eines Wiederausbruches des Krieges hinzuweisen, bei dem sie als Angreifer erscheinen und infolgedessen wohl nicht die Balkanmächte als alleinige Gegner haben würden. Das Gleiche hatte Staatssekretär von Kiderlen am 12. zu dem als Friedensunterhändler nach London gehenden Botschafter Osman Nisami Pascha gesagt (vgl. Kap. CCLXVI, Nr. 12533). Am 18. Dezember hatte Freiherr von Wangenheim (Nr. 605) dann gemeldet: „Auftrag am 16. d. Mts. ausgeführt. Gestern ersuchte mich Herr Bompard, unter Berufung auf Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs an Herrn Cambon, nochmals zum Einlenken zu raten. Ich werde diesem Wunsch in geeigneter Form morgen entsprechen, damit es für den Fall, daß Londoner Verhandlungen scheitern, nicht wiederum heißt, Deutschland unterstütze den türkischen Widerstand."

** Siehe das Telegramm Sasonows an Botschafter von Giers vom 21. Dezember, gedruckt nach dem russischen Orangebuch, in Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht XXV, 141. Danach hatte der Botschafter der Pforte zu erklären, daß bei einem Wiederausbruch der Feindseligkeiten infolge der türkischen Unnachgiebigkeit auch die russische Neutralität gefährdet sein könnte. „Abgesehen davon würde die Erneuerung der Kriegsoperationen möglicherweise eine Verwicklung der inneren Lage Kleinasiens und der an uns grenzenden Provinzen hervorrufen, was uns zu entsprechenden Maßregeln zwingen würde." Den drohenden Charakter der von Botschafter Giers am 23. Dezember ausgeführten Demarche unterstrichen noch die beiden Telegramme des französischen Botschafters in Konstantinopel Bompard vom 23. und das Telegramm seines Petersburger Kollegen Louis vom 24. Dezember. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 25 ss. Danach besagte die Demarche Giers': wenn die Türkei sich weiter weigere, den Frieden zu Bedingungen abzuschließen, die die Balkanalliierten befriedigten, so könne Rußland seine Neutralität nicht aufrechthalten, sondern werde in Kars Truppen zusammenziehen! Dieses einseitige, vorher nicht mit dem französischen Alliierten verabredete Vorgehen rief in Paris große Erregung hervor. Poincaré erklärte dem russischen Botschafter geradezu, ein solcher Schritt, der die allgemeine Politik Rußlands festlege, hätte erst nach Vereinbarung mit dem verbündeten Frankreich getan werden dürfen. Telegramm Iswolskys an Graf Benckendorff vom 24. Dezember. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed.

kischen Delegierten*, welche für Friedensverhandlungen ganz ungeeignet seien, bestände die Gefahr, daß der Krieg weiterginge.

Sehr bedauerlich sei es, daß Österreich sich jetzt auf einmal weigere, Skutari an Montenegro zu überlassen, dem man doch irgendeine brauchbare Entschädigung geben müsse. Nachdem mit Serbien durch Rußlands Bemühung eine Verständigung erzielt wäre, tauche jetzt die Skutarifrage auf. Herr Sasonow hat russischen Botschafter beauftragt, Angelegenheit mit Euerer Exzellenz zu besprechen.

Minister ist im übrigen mit dem bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen zufrieden, konnte aber über die obige Bemerkung des Fürsten Lichnowsky und das unerwartete Auftreten der Skutarifrage eine entschiedene Gereiztheit nicht verbergen. Minister bat mich wiederholt, Euerer Exzellenz Meldung von der heutigen Unterhaltung zu erstatten.

Lucius

Nr. 12560

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 218 Berlin, den 22. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 311**.

Ew. pp. wollen Herrn Sasonow sofort aufsuchen und ihm sagen, daß in den Instruktionen für unsern Botschafter in London ausdrücklich jede Stellungnahme zu den unter den Kriegführenden zu treffenden Abmachungen ausgeschlossen war. Ich habe trotzdem nicht unterlassen, Fürst Lichnowsky auf seiner Durchreise hier persönlich zu fragen, und er hat positiv erklärt, daß es ihm nicht eingefallen ist, für eine mazedonische Autonomie einzutreten. Die dem russischen Minister zugegangene Nachricht kann

---

Fr. Stieve, II, 403. Die Beschwichtigungsversuche Iswolskys wollten nur wenig verfangen; vgl. das geharnischte Telegramm Poincarés an Botschafter Louis vom 25. Dezember und dessen Antwort vom 27. Dezember. Französisches Gelbbuch, a. a. O., II, 29 s., 32. Mit der Versicherung Sasonows: „Mais certainement nous ne passerons pas de la parole aux actes sans entente avec le Gouvernement français" war die Eintracht zwischen den beiden Verbündeten wiederhergestellt. Vgl. dazu auch R. Poincaré, Au Service de la France, II, 415ss.

* Es waren der Ackerbau- und Handelsminister Reschid Pascha, der Berliner Botschafter Osman Nisami Pascha und der Marineminister Salih Pascha. Über die Intransigenz Reschids und Osman Nisami Paschas vgl. auch Iswolskys Telegramm an Sasonow vom 14. Dezember. Stieve, a. a. O., II, 389f. Nach einem bei Iswolsky angezogenen Telegramm Botschafter Jules Cambons aus Berlin hatte Staatssekretär Kiderlen-Waechter sein Möglichstes getan, um Nisami Pascha zu überzeugen, daß die Türkei nicht etwa auf einen Bruch zwischen den Balkanalliierten und den Großmächten rechnen dürfe, vielmehr sich nachgiebig erweisen müsse.

** Siehe Nr. 12559.

daher nur auf einem Mißverständnis oder auf Entstellung beruhen*. Ew.pp. wollen Herrn Sasonow dabei ausdrücklich sagen, daß wir von dem von ihm ausgesprochenen Verdacht, als ob wir den türkischen Widerstand bestärkten, unangenehm berührt worden seien. Wir hätten diesen Vorwurf bisher nur in der russischen und französischen Presse gelesen, und ich sei davon, ihn aus dem Munde des Ministers zu hören, um so mehr impressioniert, als Herr Sasonow jedenfalls von den gerade unsererseits neuerdings in Konstantinopel unternommenen Schritten** um so mehr unterrichtet sein muß, als sich auf unsere Anregung hin die französische Regierung unserer Demarche in Konstantinopel angeschlossen hat.

Bezüglich Skutaris wollen Sie Herrn Sasonow darauf verweisen, daß auch bei den Londoner Botschafterbesprechungen anerkannt wurde, daß diese Frage zunächst von den Abmachungen abhängen werde, welche die Kriegführenden beim Friedensschluß unter sich getroffen haben werden.

Drahtbericht über Ihre Unterredung mit Sasonow.

Kiderlen

Randverfügung von Kiderlens:

Copia von Eingang und Ausgang nach Sofia mit Warnung vor Entstellung unserer Haltung seitens der Russen, die sich noch immer als Bulgariens Protektoren aufspielen möchten, während wir ihr Selbstbestimmungsrecht absolut anerkennen***.

Kiderlen

Nr. 12561

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1169 — London, den 20. Dezember 1912 [pr. 22. Dezember]

Beim vorläufigen Abschluß der hiesigen Botschafterbesprechungen† glaube ich hervorheben zu müssen, daß der günstige Eindruck, den ich während meiner bisherigen hiesigen Tätigkeit von der Haltung der britischen Regierung und namentlich von den Absichten Sir E. Greys gewonnen habe, durch seine Haltung als Leiter unserer Zusammenkünfte nicht unwesentlich bestärkt worden ist. Als Vater des Gedankens, durch einen mündlichen Meinungsaustausch unter persönlich befreundeten Diplo-

* Vgl. auch Nr. 12562.

** Vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12493, nebst Fußnote * auf S. 472.

*** Durch Telegramm Nr. 86 vom 23. Dezember wurde der Gesandte in Sofia von Below-Saleske entsprechend instruiert.

† Am 20. Dezember war eine Vertagung der Botschafterreunion eingetreten; der Wiederzusammentritt erfolgte am 2. Januar 1913. Vgl. Nr. 12600.

maten den bestehenden Gegensätzen ihre Schärfe zu nehmen, war er während unserer Verhandlungen sichtlich bemüht, den Eindruck einer Parteilichkeit zu vermeiden und eine vermittelnde Stellung, soweit dies nötig war, einzunehmen*.

* In seiner Denkschrift „Meine Londoner Mission 1912—1914" (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 7/8), S. 11 f. behauptet Fürst Lichnowsky, daß Sir E. Grey während der Botschafterkonferenz niemals den französischen oder russischen Standpunkt unterstützt habe, vielmehr meist für die Dreibundgruppe eingetreten sei. Das ist ebenso übertrieben wie die weitere Behauptung, daß Deutschland auf der Reunion ohne Ausnahme den Standpunkt vertreten habe, „der uns von Wien aus vorgeschrieben wurde". Für die Gesamthaltung Sir E. Greys während der Botschafterreunion vgl. vor allem das Urteil Graf Benckendorffs. In einem Telegramm an Iswolsky vom 5. Februar 1913 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 58 f.) heißt es: „Ich kann mich in keiner Weise über Greys Haltung beschweren, von der Cambons ganz zu schweigen. Die Haltung des französischen Botschafters ist Unterstützung ohne Vorbehalt. Die diplomatische Unterstützung von Grey in seinen Besprechungen mit dem deutschen Botschafter und seine Haltung gegenüber dem österreichischen Botschafter lassen nichts zu wünschen übrig." Sehr viel eingehender analysiert Graf Benckendorff das Verhalten Sir E. Greys und dessen nur scheinbares Zusammengehen mit Deutschland in seinem bedeutungsvollen Brief an Sasonow vom 25. Februar 1913 (Livre noir, II, 303 ss., Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 138ff.). In diesem Briefe charakterisiert Graf Benckendorff zunächst das Verhalten Frankreichs, speziell Paul Cambons auf der Reunion: „S'il a été entendu que l'appui anglais serait purement diplomatique sans préjudice pourtant de ce qui pourrait arriver en fin de compte, aucune réserve de ce genre n'avait été formulée de la part de la France. Si peu, il ne faut pas s'y tromper, que quelle qu'ait été la modération prudente quoique jamais énigmatique de M. Cambon en séance, — c'est en réalité sur moi qu'il se réglait plus que sur ses propres inspirations. Au contraire, en récapitulant tous ses entretiens avec moi, les paroles échangées, en y ajoutant l'attitude de M. Poincaré, — il me vient l'idée, qui ressemble à une conviction, que de toutes les Puissances c'est la France seule, qui, pour ne pas dire qu'elle veut la guerre, la verrait sans grand regret. En tout cas, rien ne m'a indiqué qu'elle contribue activement à travailler dans le sens d'un compromis. Or le compromis, c'est la paix; en dehors d'un compromis — c'est la guerre. —"
Der Kriegsneigung Frankreichs stellt Graf Benckendorff dann die entschiedene Friedensneigung Sir E. Greys gegenüber: „Le cas de l'Angleterre est le contraire: voulant la paix, mais tant que la paix sera possible, elle tend ostensiblement au compromis . . . C'est sur ce terrain de compromis qu'elle a rencontré l'Allemagne. C'est l'origine de leur coopération, à la seule différence que l'appui diplomatique anglais à été à la dernière limite de la fermeté pour que le compromis tourne en faveur de la Russie et des pays des Balkans, tandis que l'attitude allemande a été en faveur de l'Autriche dans une mesure d'ailleurs moins décisive, jusqu'ici du moins . . . L'Angleterre ne veut pas la guerre, par conséquent elle opine pour le compromis, qui assure un succès manifeste de la Russie, par conséquent de la Triple-Entente."
Eine ähnliche Auffassung wie diejenige Graf Benckendorffs, daß nämlich Sir E. Grey, bei aller betonten Neutralität, doch auf der Londoner Konferenz in erster Linie von der Rücksicht auf Rußland beeinflußt gewesen sei und danach gestrebt habe, den Verhandlungen eine Wendung zugunsten der Ententegenossen und der Balkanalliierten zu geben, wird auch in den Berichten des österreichischen Militärattachés Major Horváth (vgl. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 28ff., 136f.) vertreten.
Zu diesen verschiedenen Urteilen vgl. auch die eigene Darstellung Lord Greys: Twenty-Five Years 1892—1916, I, 266ff.

Wenn wir es seiner Friedensliebe und dem Friedensbedürfnis des britischen Volkes zu verdanken haben, daß das Gewicht der englischen Stimme in den aufregenden Wochen, die hinter uns liegen, so schwer und entscheidend zugunsten einer besonnenen und gemäßigten Haltung der politischen Freunde Englands ins Gewicht fiel, so glaube ich hieraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß wir auch für die Zukunft mit einer ähnlichen Haltung der britischen Regierung rechnen dürfen. Denn es liegt kein Grund zur Annahme vor, daß Großbritannien, falls es sich wirklich mit der Absicht trüge, gegen uns feindlich vorzugehen, eine so günstige Gelegenheit wie diese unbenutzt würde vorbeigehen lassen, oder daß es nach erfolgter Beilegung des kontinentalen Zwistes plötzlich und ohne jeden Grund Lust haben sollte, über uns herzufallen.

Im Gegenteil, die deutsch-englischen Beziehungen sind, wie auch maßgebende Mitglieder des hiesigen Kabinetts in Privatgesprächen erklärt haben, seit langem nicht so günstig gewesen wie heute, und es liegt Grund zur Annahme vor, daß die durch das Zusammenwirken in der letzten Krise gefestigte Annäherung, falls keine störenden Ereignisse dazwischen treten, sich weiter entwickeln wird. Die Haltung, die die maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten mir gegenüber ausnahmslos eingenommen haben, und die Stimmung im britischen Publikum weisen darauf hin, daß der Wunsch, mit uns in ungetrübter Harmonie zu leben, ein aufrichtiger und allgemein empfundener ist.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß die englischen Rüstungen zur See mit ihrer unausbleiblichen Agitation gegen den deutschen Feind auf eine andere Richtung der britischen Politik hinweisen, daß wieder neue Forderungen bevorstehen, und daß die Zugehörigkeit des britischen Reiches zu einer Gruppe, die uns, gering gesagt, abhold gestimmt ist, ein weniger rosiges Bild der auswärtigen Richtung der britischen Politik erkennen lassen.

Ich beabsichtige nicht, hier in alle Einzelheiten der Flottenfrage hineinzusteigen, um so mehr als dieselben ja hinlänglich bekannt und erörtert sind. Für mich aber liegt es auf der Hand, daß es für das britische Reich, das auf die ausländische Zufuhr angewiesen ist, unerläßlich erscheint, in der Lage zu sein, seine Lebensadern, das heißt seine Zufuhrwege, gegen alle Möglichkeiten zu schützen, und daß das Anwachsen der deutschen Seemacht als willkommener Anlaß benutzt wird, um Flottenforderungen zu begründen. Die Weltmachtstellung Großbritanniens steht und fällt mit seiner Übermacht zur See, und wir würden, falls wir die Verantwortung hätten für die Geschicke des britischen Reiches, diese Übermacht sicherlich mit derselben Fürsorge zu erhalten suchen, wie dies die britischen Minister anstreben[1].

Was schließlich die sogenannte Ententepolitik betrifft, so glaube ich, daß ihre Festigkeit in direkterAbhängigkeit steht von der Wärme der Beziehungen Englands zu uns, und daß das einzige Mittel, das es gibt, um diese Freundschaft zu lockern, darin besteht, daß wir den Engländern gegenüber ihre Ententefreundschaften nach Tunlichkeit ignorieren und

ferner auch alles möglichst vermeiden, was hier zu Mißtrauen und Unruhe Veranlassung geben könnte. Der Tag, an dem England sich mit Frankreich und Rußland formell entloben und uns reumütig in die Arme sinken wird, wird niemals kommen, es sei denn, daß wir geschlagen werden. Die Mächtigsten haben zu allen Zeiten in einem gewissen Gegensatz gestanden, und namentlich hat England durch den ganzen Lauf seiner Geschichte jede kontinentale Übermacht nur unwillig ertragen, bezw. dieselbe, wenn sie sich zur Alleinherrschaft auszugestalten drohte, bekämpft. Es wird daher zur Wahrung seiner Sicherheit und seines Einflusses im übrigen Europa dafür sorgen, daß ein gewisser balance of power besteht, ein Gegengewicht gegen eine bestehende Machtgruppe[2], und wird unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten. Man achtet uns hier, man schätzt, man überschätzt uns vielleicht, und aus diesem Gefühle, das man mitunter geneigt wäre, Furcht zu nennen, geht das Bestreben hervor, uns einzuengen[3], nicht aber die Lust, uns zu bekriegen. Dazu sind die gemeinsamen Interessen zu groß, die wirtschaftlichen Verbindungen zu eng und bedeutend, die materiellen Verluste selbst eines siegreichen Krieges zu empfindlich. Dazu ist man hier auch zu bequem geworden, das Volk ist friedliebend und liebt es, in seinen täglichen Gewohnheiten nicht gestört zu werden. Ein Krieg mit uns wäre daher durchaus nicht populär, er würde aber trotzdem geführt werden, um Frankreich, falls wir es bedrohten, zu schützen. Denn man glaubt hier, daß es nicht in der Lage wäre, sich ohne britische Hilfe der deutschen Übermacht zu erwehren[4].

In diesem Umstande vermag ich aber für uns eine Bedrohung um so weniger zu erblicken, als bei uns nicht die Absicht besteht, gegen die Franzosen feindlich vorzugehen[5], und die letzten Ereignisse gelehrt haben, daß auch bei ihnen wie in Rußland der Wunsch überwiegt, mit uns in Frieden zu leben. Der Schutz, den England den Franzosen gewährt, entspricht doch nur etwa demjenigen, den wir den Österreichern und Ungarn zuteil werden lassen für den Fall eines russischen Angriffs, und wir würden es auch nicht verstehen, wenn man in Rußland hierin eine Bedrohung erblicken wollte[6]. Die Beurteilung, die in Paris die deutsch-britische Annäherung der letzten Wochen gefunden hat, und die Unruhe, die sich in Blättern wie dem „Temps" zu erkennen gab, dürfte schließlich darauf hindeuten, daß dort eine vertrauensvolle Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu England als eine Lockerung der Entente empfunden wird[7].

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Mit anderen Mitteln

[2] das ist überflüßig! d[as] h[eißt] die Continentalstaaten gegeneinander ausspielen zu Englands Gunsten! Das brauchen wir nicht zu thun!

[3] laß ich mir nicht gefallen

[4] auch nicht mit Britischer Hülfe

[5] ?!

[6] geschieht aber!

[7] daher dagegen gearbeitet werden wird!

Nr. 12562

Aufzeichnung des Botschafters in London Fürsten von Lichnowsky, z. Z. in Berlin

Reinschrift

Berlin, den 22. Dezember 1912

Ich habe es mir im Verlaufe der bisherigen dreitägigen Botschafterbesprechungen besonders angelegen sein lassen, zwischen dem österreichischen und dem russischen Standpunkt zu vermitteln und den Anschein zu vermeiden, als ob Rußland etwa gedemütigt oder besiegt aus den Verhandlungen hervorgehen sollte. Als daher in der ersten Sitzung Graf Benckendorff den russischen Vorschlag hinsichtlich der Autonomie Albaniens einbrachte und hierdurch die bisherigen serbischen Wünsche nach einem Adriahafen vollkommen preisgab, glaubte ich die russischen Vorschläge für die Ausgestaltung des künftigen autonomen Albaniens unterstützen zu sollen, um gewissermaßen den Russen eine goldene Brücke zu bauen. In diesem Sinne habe ich auch versucht, auf Graf Mensdorff zu wirken. Als aber die Frage der Zulassung türkischer Truppen nach Albanien und der Ernennung des Gouverneurs zu Bedenken und weitläufigen Erörterungen führte, wies ich darauf hin, daß die türkische Oberhoheit doch jedenfalls nur eine formale sein würde, da die Voraussetzung für die Ausübung tatsächlicher Machtbefugnisse doch die Autonomie Mazedoniens sein würde. Sei einmal Mazedonien aufgeteilt, so würde Albanien doch völlig losgelöst von dem übrigen Körper des türkischen Reichs sein, es sei also nicht wahrscheinlich, daß die Souveränität des Sultans störend in die Erscheinung träte. Ich erwähnte dieses, um namentlich die Bedenken meines österreichisch-ungarischen Kollegen zu zerstreuen und den russischen Wünschen Entgegenkommen zu zeigen. Von einem Antrag meinerseits war selbstverständlich niemals die Rede, schon deshalb nicht, weil die Zukunft Mazedoniens gar nicht zu dem Programm unserer Besprechungen gehörte. Es scheint hier also ein Mißverständnis bei dem durch seine Zerstreutheit bekannten russischen Botschafter vorzuliegen, das vielleicht damit zusammenhängt, daß in London das Gerücht verbreitet war, Bulgarien wünsche Autonomie Mazedoniens, um dadurch die Griechen herauszuhalten und es später um so leichter erben zu können.

Was Skutari betrifft, so habe ich auch hier versucht, vermittelnd zu wirken, und dem Grafen Mensdorff vorgehalten, daß es sich nicht empfehlen würde, die bisherigen so überaus günstigen Ergebnisse unserer Beratungen durch ein schroffes Festhalten an diesem Punkte in Frage zu stellen, nachdem das wichtigste den österreichischen Wünschen entsprechend erreicht sei. Auch ich meine, daß es sich empfehlen würde, in dieser wie in der Frage der nördlichen und östlichen Abgrenzung Albaniens in

Wien zur Mäßigung zu raten. Sir E. Grey hat sich auf die Seite des Dreibunds in dem Streite um den serbischen Hafen gestellt. Er wird aber, wie er mir und meinem italienischen Kollegen wiederholt gesagt hat, den Wünschen Montenegros auf Skutari nicht entgegenwirken.

Lichnowsky

Nr. 12563

Aide-mémoire

Reinschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen am 22. Dezember 1912 dem Staatssekretär von Kiderlen überreicht

Sir Edward Grey has told the Austro-Hungarian Ambassador in London that he thinks that the proposed communiqué respecting the result of the conversations of the Ambassadors this week* should have a wonderfully reassuring effect on public opinion in Europe. He added that he thought it was very important, however, that the Austrian Government should take some means of showing that, in their opinion, there was an improvement in the situation. Sir Edward spoke of the anxiety caused by the constant reports of mobilisation in Austria**. All the latest reports from British Consuls respecting the movements of troops were alarming, but he (Sir Edward Grey) had made no mention of them, regarding them as precautions on which it was not for him to comment and relying on what Count Mensdorff had told him of the Austrian attitude. If, however, after the announcement of the progress made by the conversations of the Ambassadors mobilisation proceeded undiminished, Sir Edward Grey thought that public opinion would become more anxious than ever. Count Mensdorff told Sir Edward Grey that he did not like to report to his Government that he (Sir Edward) had mentioned mobilisation. Sir Edward replied that he had not mentioned it except as an illustration of public anxiety, and Count Mensdorff agreed to report that the opinion of Sir Edward Grey was that if the Austro-Hungarian Government could find some means of showing that it considered that the decisions come to by the Ambassadors had improved the situation the reassuring effect on public opinion would be completed.

Bemerkung von Rosenbergs am Kopf des Schriftstücks:
Seiner Exzellenz vom englischen Botschafter überreicht.
Der Herr Staatssekretär hat geantwortet, zunächst müsse wohl abgewartet werden, ob Serbien die von der Botschafterreunion aufgestellten Grundsätze akzeptiere.

---

* Vgl. Nr. 12557, Fußnote ††.
** Vgl. dazu Nr. 12558, Fußnote *.

Nr. 12564

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 164 Bukarest, den 18. Dezember 1912
[pr. 23. Dezember]

Als ich Herrn Majorescu heute mitteilte, daß Rußland und die Westmächte neuerdings geneigt schienen, bei den Besprechungen der Botschafter den rumänischen Gesandten wenigstens zur Erörterung derjenigen Fragen heranzuziehen, an denen Rumänien besonders interessiert wäre*, sagte der Konseilpräsident, die rumänische Regierung wünsche den seit einigen Tagen hier befindlichen rumänischen Gesandten in Konstantinopel, Herrn Misu, wegen der Verhandlungen mit Herrn Danew, den dieser gut kenne, nach London zu senden. Sie habe zu diesem Zwecke den rumänischen Gesandten in London, Herrn Manu, beurlauben und während seiner Beurlaubung Herrn Misu als Geschäftsträger nach der englischen Hauptstadt schicken wollen, ähnlich wie seinerzeit Seine Exzellenz der Herr Staatssekretär zur Vertretung des Botschafters Freiherrn Marschall von Bieberstein von hier nach Konstantinopel entsandt worden wäre**. Die englische Regierung habe jedoch gegen die Zulassung des Herrn Misu als Geschäftsträger Bedenken gehabt. Infolgedessen würde nunmehr Herr Manu als Gesandter nach Konstantinopel und Herr Misu an seiner Stelle als Gesandter nach London gehen. Die britische Regierung habe das Agrément bereits erteilt, die Abreise des Herrn Misu nach London werde morgen erfolgen***.

Die allgemeine Lage sah Herr Majorescu friedlicher an. Das beste Zeichen ihrer günstigeren Gestaltung sei, daß mein österreichischer Kollege Prinz Fürstenberg, wie derselbe ihm, dem Konseilpräsidenten, mitgeteilt habe, nunmehr in den nächsten Tagen den ihm bis jetzt immer verweigerten Urlaub zu einer Reise nach Wien zu seiner Gemahlin werde antreten können, die dort vor einigen Wochen von einer Prinzessin entbunden wurde. Auch nach anderen Nachrichten sei in Wien gegenwärtig alles ruhig.

Im Gegensatz zu Herrn Majorescu ist Herr Take Jonescu, der mich bald nach meiner Unterredung mit ersterem besuchte, wegen der Haltung Österreichs beunruhigt. Er sagte mir, überall, besonders auch in London und in Paris, sei man davon überzeugt, daß Deutschland ernstlich den Frieden wolle. Auch sei der General Conrad von Hötzendorf in Bukarest

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXVI, Nr. 12513, Fußnote †.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8660, sowie Fußnote * auf S. 251 und Kap. CXC, Nr. 8830, Fußnote *.

*** Vgl. die dem Gesandten Misu unter dem 28. Dezember erteilte eingehende Instruktion, Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912—1 Août 1913, p. 13ss.

friedlich aufgetreten.* Seit seiner Hierherkunft herrsche jedoch in Österreich eine große Unruhe und Nervosität, und das Verhalten dieses Landes sei fast provozierend. Herr Take Jonescu erwähnte dabei, daß Österreich vor einigen Tagen seine Handelsschiffe von den serbischen Donauhäfen zurückgezogen und Rumänien gebeten habe, das Gleiche zu tun, worauf dieses auch eingegangen sei. Dieses österreichische Vorgehen habe so ausgesehen, wie wenn ein Bombardement der serbischen Häfen bevorstände. Der Minister wollte dann den Grund der österreichischen Nervosität wissen. Er meinte, daß Serbien in der Frage des Hafens am Adriatischen Meere nachgegeben habe und auch die albanische Frage keinen Grund mehr zu Befürchtungen biete. Österreich müsse einen anderen Grund haben. Vielleicht handele es sich um serbische Agitationen in Bosnien und der Herzegowina.

Waldthausen

Nachschrift Bukarest, den 19. Dezember 1912

Prinz Fürstenberg ist heute vormittag auf sein amtliches Gesuch um Urlaub zu der Reise nach Wien von seiner Regierung wiederum abschlägig beschieden worden, obschon er vorher privatim die Nachricht erhalten hatte, daß dem Urlaube keine Bedenken entgegenstehen würden.

Waldthausen

Nr. 12565

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 442 Wien, den 21. Dezember 1912
[pr. 23. Dezember]

Habe Inhalt des Erlasses vom 18. Dezember Nr. 859** bei Graf Berchtold verwertet, der selbst auch Nachrichten über Rußlands Stellungnahme zugunsten Griechenlands hat. Sowohl Bulgarien als Griechenland hätten verschiedentlich versucht, ihn für ihre respektiven Ansprüche auf Salonik zu gewinnen. Österreich-Ungarns Interessen an dem Handel Saloniks und der Eisenbahnverbindung dorthin seien so bedeutend, daß es bei der endgültigen Regelung des Schicksals dieser Stadt unbedingt werde mitzureden haben. Es entspreche völlig seinem, des Ministers, Standpunkt, hierbei Bulgarien zu unterstützen, da auch ihm dies für Förderung der rumänischen Wünsche in Sofia nützlich erscheine, und da es überhaupt in Österreich-Ungarns Interesse liege, die Beziehungen zu Bulgarien möglichst freundschaftlich zu gestalten.

Prinz Stolberg

---

* Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12458 nebst Fußnote *.
** Siehe Nr. 12546.

Nr. 12566

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 443 Wien, den 22. Dezember 1912
[pr. 23. Dezember]

Die Meldung aus London, wonach die dort versammelten Botschafter die Autonomie Albaniens empfohlen hätten mit der Bestimmung, daß Serbien ein kommerzieller Zugang zum Adriatischen Meere garantiert werde, hat hier eine optimistische Auffassung der politischen Lage hervorgerufen, die unter anderem auch in einer starken Haussebewegung an der Börse ihren Ausdruck gefunden hat.

Graf Berchtold sagte mir, er verstehe eigentlich nicht ganz, wie diese Nachricht einen gar so großen Optimismus habe auslösen können, da man ja noch nicht wisse, wie dieser kommerzielle Zugang Serbiens zur Adria beschaffen sei, und ob Serbien mit der schließlichen Lösung zufrieden sein werde.

Der Minister bezeichnete den bisherigen Verlauf der Botschafterbesprechungen als nicht ungünstig, meinte aber, daß die Delimitation Albaniens noch große Schwierigkeiten machen werde. Er las mir ein soeben eingegangenes Telegramm des Grafen Mensdorff vor, aus dem hervorgeht, daß die von diesem den Botschaftern vorgelegte Karte des zukünftigen Albaniens* ziemlichen Widerspruch hervorgerufen habe. Namentlich scheine Graf Benckendorff gegen die von Österreich-Ungarn vorgeschlagene Ostgrenze Bedenken erhoben und sich für eine engere Begrenzung Albaniens nach dieser Seite hin im Interesse Serbiens ausgesprochen zu haben. Der russische Botschafter hat dem Grafen Mensdorff in Aussicht gestellt, ihm seinerseits eine Karte vorlegen zu wollen, wozu Graf Berchtold lächelnd bemerkte: „Die wird gut ausschauen."

Auch bezüglich der Zukunft Skutaris scheinen in London erhebliche Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Graf Berchtold meinte, er sehe nicht ein, warum Montenegro, das im Kriege wenig geleistet und Skutari nicht einmal habe einnehmen können, nun damit belohnt werden solle; es könne ja anderswo entschädigt werden. Der Minister betonte von neuem das große Interesse, welches Österreich-Ungarn an dieser Stadt als dem Zentrum seines Einflusses in Albanien habe, und bat mich Euerer Exzellenz nochmals zu sagen, er müsse darauf bestehen, daß Skutari bei Albanien bleibe und nicht in den Besitz Montenegros komme.

W. Prz. Stolberg

* Vgl. Nr. 12549, S. 57, Fußnote *.

Nr. 12567

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 92 Wien, den 21. Dezember 1912
[pr. 23. Dezember]

Im k. und k. Kriegsministerium und Generalstab machen sich heute die ersten Anzeichen der beginnenden Entspannung bemerkbar. Der Flügeladjutant des Kriegsministers, der täglich die Verbindung mit dem Ministerium des Äußern aufrecht erhält, sagt mir, daß die Serben in allem nachzugeben schienen, so daß ein Anlaß, die militärischen Machtmittel anzuwenden, kaum mehr vorliege. Man spricht denn auch heute schon davon, daß wohl nach etwa drei Wochen mit der Abrüstung in den auf erhöhte Stände gebrachten Korps begonnen werden könne. Bevor jedoch nicht die Friedenskonferenz in London greifbare Ergebnisse gezeitigt haben wird, dürfte der Generalstabschef die Rückziehung von Truppen, wenigstens von der serbischen Grenze, nicht befürworten.

Im Evidenzbureau höre ich, daß die russische Heeresleitung den Kommandanten freigestellt habe, mit der Entlassung von Reservisten zu beginnen.

Der König von Montenegro hat dem k. und k. Militärattaché* versichert, daß — entgegen dem Gerücht von der Verschiebung einer montenegrinischen Brigade an die dalmatinische Grenze — nicht ein Mann seiner Operationsarmee an die österreichische Grenze detachiert worden sei. Der König stelle, falls die Regierung in Wien dies wünsche, dem k. und k. Militärattaché eine Begehung der Grenze frei, um sich durch eigenen Augenschein zu überzeugen.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12568

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Belgrad, den 23. Dezember 1912

Wie ich streng vertraulich erfahre, hat serbischer Ministerrat beschlossen, Autonomie Albaniens anzuerkennen, Hafenfrage an der Adria mit politischen Erwerbungen fallen zu lassen und sich mit wirtschaftlichem Debouché zu begnügen. Beschluß wird noch geheim gehalten, um hiesige öffentliche Meinung vorzubereiten.

Österreichischerseits verlangte Satisfaktion in Fällen Prochaska und Tahy** gewährt. Bericht folgt.

Griesinger

---

* Hauptmann Hubka.

** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12399, Fußnote **.

Nr. 12569

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 314 St. Petersburg, den 23. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 218*.

Habe Sasonow weisungsgemäß Verwunderung Euerer Exzellenz nachdrücklich ausgesprochen. Sasonow ist sehr dankbar für Mitteilung, betreffend fragliche Äußerung des Fürsten Lichnowsky. Es habe ihm völlig fern gelegen, Loyalität unserer Politik irgendwie in Zweifel zu ziehen; er habe ja auch seine Genugtuung über unsere Demarche in Konstantinopel ausdrücklich hervorgehoben. Um so auffallender wäre ihm deshalb im Gegensatz hierzu die erwähnte Bemerkung des Botschafters erschienen, die vielleicht nur hingeworfen oder von Graf Benckendorff mißverstanden sei. Er habe keinerlei Vorwurf gegen unsere Politik erheben wollen, habe auch angenommen, daß es sich bloß um eine persönliche Ansicht des Botschafters gehandelt habe, die bei Bekanntwerden allerdings die Friedensverhandlungen hätte ungünstig beeinflussen können.

Die Skutarifrage sei leider von Österreich durch vorzeitige Erklärungen sowohl Graf Thurns hier wie des Grafen Mensdorff in London präjudiziert worden. Beide Botschafter hätten sich schon gegen die Überlassung Skutaris an Montenegro ausgesprochen. Die Erzielung eines Einverständnisses unter den Kriegführenden über diese Frage sei also durch Österreichs Stellungnahme erschwert.

Lucius

Randbemerkung Zimmermanns:

Ich habe Herrn Sverwejew gegenüber nachdrücklich den Standpunkt des Erlasses Nr. 218 vertreten.

Nr. 12570

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 315 St. Petersburg, den 23. Dezember 1912
[pr. 24. Dezember]

Sasonow, der durch die heftigen Angriffe der heutigen nationalistischen Presse, welche von einem Triumph der österreichischen über

* Siehe Nr. 12560.

die russische Diplomatie spricht, entschieden nervös war*, bittet mich, Euerer Exzellenz zu melden, daß er in der fortdauernden Konzentrierung österreichischer Truppen an der russischen Grenze eine ernstliche Gefahr für den Frieden erblicke.

Ich erwiderte, daß Rußland seine zurückgehaltenen Reservisten auch noch nicht entlassen habe, und daß fortgesetzt Nachrichten über Erhöhung seiner Kriegsbereitschaft einliefen. Minister antwortete, daß Österreich seine Truppen an der russischen Grenze konzentriert, während dies Rußland nicht tue. Er müsse mir offen erklären, daß ihm allmählich die Argumente, die er im Ministerrat und beim Kaiser für seine eminent friedliche Politik bisher habe vorbringen können, ausgingen. Wenn Österreich auch nur einen geringen Anfang zur Demobilisierung mache, so würde dies die öffentliche Meinung schon wesentlich beruhigen. Rußland würde gern die Reserve am 31. Dezember oder noch vorher entlassen; dies sei aber nur möglich, wenn Österreich den Anfang mache.

Ich habe Minister wiederholt zu verstehen gegeben, daß uns diese Angelegenheit nicht direkt berühre, und ihn an Graf Thurn verwiesen**. Minister bat mich aber dringend, Euerer Exzellenz Aufmerksamkeit im Interesse des Friedens auf die zweifellos bestehende Gefahr zu lenken. Russischen Botschafter in Berlin habe er dementsprechend angewiesen, Angelegenheit mit Euerer Exzellenz zu besprechen[1].

Lucius

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] Ich habe Herrn Sverwejew auf seine diesbezügliche Demarche erwidert, daß uns nicht bekannt sei, daß Serbien bereits vorbehaltlos die Londoner Formel angenommen habe. Wien dürfte vor irgendwelchen Entschließungen in der Angelegenheit wohl zunächst einer derartigen Erklärung Serbiens entgegensehen. Wien ist entsprechend verständigt***. Z. 24/12

---

* Vgl. auch das Telegramm des französischen Botschafters Louis an Poincaré vom 24. Dezember, das den stimulierenden Einfluß der russischen nationalistischen Presse auf die Politik Sasonows bestätigt. Es heißt darin unter anderem: „Le continuel reproche de faiblesse adressé à la politique russe a pu contribuer à faire adopter les deux projets dont M. Sazonoff nous a entretenus en termes plus ou moins explicites: projet de démonstration sur la frontière turque et projet de mobilisation sur la frontière autrichienne." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 28.

** Nach einem Zirkulartelegramm Poincarés vom 23. Dezember, das das Resumé eines Sasonowschen Telegramms an Iswolsky wiedergibt, hätte sich der russische Außenminister gegenüber Graf Thurn geäußert: „Si le Gouvernement austro-hongrois ne rapporte pas ses mesures de mobilisation, l'opinion russe ne manquera pas de considérer les armements de l'Autriche-Hongrie comme une menace envers la Russie. Et le Gouvernement russe serait obligé de renforcer immédiatement son armée." Französisches Gelbbuch, a. a. O., II, 25s. und R. Poincaré, Au Service de la France, II, 417s. Vgl. auch Nr. 12572.

*** Es war durch Erlaß Nr. 881 vom 24. Dezember geschehen.

Nr. 12571

Bericht des Militärattachés in Petersburg Majors von Eggeling

Abschrift

Nr. 50 St. Petersburg, den 21. Dezember 1912
[pr. 24. Dezember]

In meist unbestimmter Form verlautbart immer aufs neue, daß hier Reservisten zur Einziehung kommen. Bisher ist es mir nicht gelungen, etwas Sicheres hierüber zu erfahren.

Letzthin ist es mehrfach verschiedenen Persönlichkeiten aufgefallen, daß sich unter den noch immer eintreffenden Rekrutentransporten Leute befanden, die nach äußerer Erscheinung und Benehmen keine Rekruten zu sein schienen.

Besonders ist dies bei einem etwa 400 Mann starken Transport beobachtet worden, unter denen ein erheblicher Teil augenscheinlich älterer Leute, also vielleicht Reservisten gewesen sei.

Mein Gewährsmann hat sich dem marschierenden Trupp genähert und mit einem der Leute ein Gespräch angefangen. Dieser hat ihm eine weiße Einberufungskarte gezeigt, aus der hervorging, daß es ein Unteroffizier der Reserve war. Der Mann hat laut über seine Einberufung geschimpft.

Derselbe Gewährsmann wandte sich dann an den hinter dem Trupp marschierenden Unteroffizier mit der Frage, ob das etwa ein Reservistentransport wäre. Er erhielt die barsche Antwort: „Sehen Sie denn nicht, daß die Leute keine Mäntel haben?" Die Frage sollte also hiermit verneint werden, da im allgemeinen die Reservisten seitens der Kreistruppenchefs mit Militärmänteln ausgestattet werden.

Ich halte das aber keineswegs für ein sicheres Kennzeichen, da ich umgekehrt — wie früher berichtet — ganz junge Leute mit Militärmänteln gesehen habe, die keinesfalls Reservisten sein konnten.

Andererseits steht die erteilte Auskunft in so klarem Widerspruch mit der von dem Reserveunteroffizier vorgezeigten Karte, daß man an die Möglichkeit einer geheimen und möglichst verborgen gehaltenen Einberufung von Reservisten glauben muß.

Dahin deuten auch andere, allerdings in sehr unbestimmter Form an mich gelangte Nachrichten. Danach soll angestrebt werden, allmählich 400 Reservisten pro Regiment einzuziehen. Das würde also annähernd der Verstärkung um einen weiteren Jahrgang entsprechen und die Kompagnien der hiesigen Regimenter, die jetzt ungefähr 140 Mann (einschließlich der Rekruten) zählen müssen, auf etwa 165 Mann bringen. Das ist der Stand, auf dem sich nach der Meinung des russischen Generalstabes zurzeit die österreichischen Truppen im Grenzgebiet befinden sollen. Ausgeschlossen wäre es wohl nicht, daß man hier die allmähliche Verstärkung auf diesen Stand anstreben sollte. Dann würde man aber in erster Linie bei den Truppen des Südwestgebiets beginnen. Ehe nicht zuverlässige Nachrichten über eine solche Maßnahme in jenem Gebiet vor-

liegen, meine ich die hiesigen Nachrichten mit der größten Vorsicht aufnehmen zu sollen.

Es hat ferner verlautet, daß hier Reservisten der Gebirgsartillerie eingezogen würden, die für den Kaukasus bestimmt seien. Diese Nachricht halte ich für wahrscheinlicher, wenngleich sie auch nicht zuverlässig ist.

Wie schon früher gemeldet, wiederholen sich die Nachrichten über Truppenverstärkungen im Süden (Kaukasus). Ob es sich hierbei um Truppenverschiebungen oder Reservistentransporte handeln soll, ist nicht klar.

Meines Erachtens verdienen aber diese Nachrichten größere Beachtung als solche über Mobilmachungsmaßnahmen gegen Südwesten oder gar Westen.

Bei der politischen Tendenz der russischen Regierung wird man alles vermeiden, was die gespannte Lage noch verschärfen könnte.

Wohl aber sind militärische Maßnahmen zu weiterer Verstärkung im türkisch-asiatischen Grenzgebiet denkbar, die auf eine spätere Liquidation der Urmia- und armenischen Frage abzielen könnten.

Es ist auffallend, wie häufig in der letzten Zeit von russischer Seite dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß man im vergangenen Frühjahr diese Fragen nicht angeschnitten und entschieden habe. Damals sei Rußland so gut vorbereitet gewesen! Man hätte schon zu jener Zeit die Balkanstaaten mit fortreißen und die Türkei von zwei Seiten fassen können. Rußland hätte dann in diesem Streit die Führung gehabt, statt nun untätig bei Seite zu stehen.

Im Zusammenhang hiermit steht eine heute durch Vermittlung der k. und k. österreichischen Botschaft hierher gelangte Meldung des deutschen Konsuls aus Rostow*. Danach sollen Kosaken im Terekgebiet in größerem Umfange mobilisiert werden. Dort stehe auf jeder zweiten Station ein Militärzug. Die Gemeindevorsteher im Dongebiet hätten verschlossene Schriftstücke erhalten, die am 10./23. d. Mts. zu öffnen seien**.

Weniger glaubwürdig erscheint mir die weitere, auf Mitteilung eines höheren Offiziers an einen reisenden Kaufmann zurückgeführte Meldung des Konsuls, daß dieser Tage 50000 Mann durch Elisawetgrad an die österreichische und rumänische Grenze marschieren würden.

Bei der hiesigen Sudowa-Waggonfabrik sind 1800 Lowries für Festungsfeldbahn, ferner größere Mengen von Weichen und Schienen, angeblich für die Festungen im Westgebiet bestellt worden. Beschleunigte Lieferung ist gefordert, der Termin noch nicht festgesetzt. Angeblich soll die Bestellung vom Chef der Mobilmachungsabteilung des Generalstabs ergangen sein.

(gez.) von Eggeling
Major und Militärattaché

---

* Dolberg.

** Auch das Konsulat in Charkow meldete am 25. Dezember dem Auswärtigen Amte: „Nördliche Donkosaken und ein hiesiges Infanterieregiment sind mobilisiert und an österreichische Grenze gebracht. Neue Mobilmachungen bevorstehen. Offiziere mußten angeben, welcher Prozentsatz des Gehalts im Kriegsfall der Familie auszuzahlen ist."

Nr. 12572

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 184 Berlin, den 24. Dezember 1912

Zur Verwertung gegenüber Graf Berchtold.

Der russische Botschafter erklärte, daß seine Regierung sich in Zwangslage gegenüber den österreichisch-ungarischen Kriegsrüstungen befinde. Wien habe diese Maßnahme bisher damit begründet, daß es auf dem Prinzip der Integrität Albaniens bestehen müsse und dort territoriale Erwerbungen Serbiens nicht dulden könne. In London sei jedoch inzwischen Formel angenommen, die österreichischem Wunsch völlig Rechnung trage. Auch Zwischenfall Prochaska dürfe wohl als erledigt angesehen werden*. Unter diesen Umständen sei unverständlich, weshalb Österreich-Ungarn Mobilisation aufrechterhalte. Die russische öffentliche Meinung erblicke hierin Bedrohung Rußlands und werde Regierung zwingen, ihrerseits ernste Vorbereitungen für eigene Kriegsbereitschaft zu treffen, wenn Wien nicht demobilisiere.

Ich erwiderte Botschafter, daß man von einer Mobilisierung österreichisch-ungarischer Armee schwerlich sprechen kann. Österreich-Ungarn habe lediglich einige Kaders aufgefüllt, um vor einem coup de tête Serbiens sicher zu sein. Ob ein solcher nunmehr gänzlich ausgeschlossen, müsse dahingestellt bleiben. Uns sei jedenfalls nicht bekannt, daß Serbien die Londoner Formel vorbehaltlos angenommen habe. Ich möchte glauben, daß Wien vor jeder weiteren Entschließung zunächst einer derartigen Erklärung Serbiens entgegensehen wird.

Zimmermann

Nr. 12573

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 371 St. Petersburg, den 22. Dezember 1912
[pr. 24. Dezember]

Bei Erwähnung der Skutarifrage führte Herr Sasonow aus, daß Montenegro nicht nur durch Überlassung der felsigen, ganz wertlosen Gebiete

* Am 21. Dezember hatte der serbische Ministerpräsident Paschitsch den österreich-ungarischen Gesandten von Ugron aufgesucht und ihm das Bedauern der serbischen Regierung über die Mißgriffe einzelner serbischer militärischer Organe in der Affäre Prochaska ausgesprochen. Am 23. erklärte sich die serbische Regierung weiterhin bereit, nach der Rückkehr der österreich-ungarischen Konsuln nach Prisren und Mitrowitza und der Neuhissung der österreich-ungarischen Fahne auf den Konsulaten ihnen die üblichen Ehren erweisen zu lassen.

im Sandschak für seine militärischen Anstrengungen entschädigt werden könnte. Man müsse dem ärmlichen kleinen Reich auch etwas „low land" gönnen. Man könne über den König denken, wie man wolle, „mais enfin il est là". Die Stellung des Königs Nikolaus sei, fügte der Minister hinzu, entschieden erschüttert und würde eventuell unhaltbar werden. Im ähnlichen Sinne hat sich der Minister dem Grafen Thurn gegenüber ausgesprochen.

Lucius

Nr. 12574

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 480

Rom, den 21. Dezember 1912
[pr. 24. Dezember]

Der Minister des Äußern sagte mir heute, daß nach den bisherigen Berichten aus London die Botschafterkonversationen sich gut anließen. Es bestehe nur eine schwierige Frage, die der Zuteilung von Skutari zu Albanien oder zu Montenegro. Das Wiener Kabinett wolle entgegen seinen früheren Absichten das Gebiet von Skutari jetzt unbedingt zu Albanien schlagen. Er, San Giuliano, habe darüber eigentlich zwei Ansichten: eine technische, die den österreichischen Standpunkt als berechtigt anerkennen müsse, da Skutari tatsächlich albanesische Bevölkerung habe, und eine politische, die aus allgemeinen Gründen die andere Lösung opportun fände. Der König von Montenegro erkläre, daß, wenn er ohne den Erwerb von Skutari aus dem Krieg hervorginge, die Erregung im Lande so groß sein würde, daß mit dem Sturz der Dynastie zu rechnen sei. Der Minister hat den Gesandten in Cetinje Baron Squitti, der ein guter Kenner des Landes sei, befragt, ob eine solche Befürchtung begründet erscheine, doch ist die Antwort noch nicht eingegangen. Ein Sturz der Dynastie, meinte der Marquis, könnte zu einer ernsten Komplikation werden, da sie voraussichtlich die Vereinigung Montenegros mit Serbien zur Folge haben würde und dann das einträte, was man jetzt vermeiden wollte, nämlich das Vordringen Serbiens zur Adria. Außerdem scheine Rußland die montenegrinischen Wünsche energisch unterstützen zu wollen. Die Behandlung der Frage in London sei zunächst bis nach Weihnachten vertagt. Hoffentlich könne man bis dahin zu einer Einigung mit Österreich gelangen, etwa auf dem Wege einer Kombination, daß Skutari zwar montenegrinisch würde, aber unter der Bedingung, daß eine Veräußerung ausgeschlossen wäre, bezw. daß gegebenenfalls das fragliche Gebiet nur an Albanien abgetreten werden könnte. Er selbst wolle sich eine endgültige Stellungnahme bis zum Eintreffen des Berichts des italienischen Gesandten in Cetinje vorbehalten.

Ich habe dem Minister gesagt, daß wir kein eignes Interesse an der Frage hätten und nur wünschten, daß unsere Bundesgenossen sich darüber einig würden.

Wie ich aus vertraulichen Äußerungen meines österreichischen Kollegen entnehme, tritt derselbe sowohl hier wie in Wien sehr energisch für die Beibehaltung der albanischen Grenze nördlich von Skutari ein. Mir will es mitunter erscheinen, als ob man hierbei mit Kanonen nach Spatzen schösse.

Jagow

Nr. 12575

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Eigenhändiges Konzept

Nr. 883 Berlin, den 24. Dezember 1912

Zur Verwertung gegenüber Graf Berchtold.

Der russische Botschafter erklärte heute, daß seine Regierung wegen der Stellungnahme Österreich-Ungarns zur Skutarifrage ernste Besorgnisse hege. Gegen König Nikita herrsche in Montenegro infolge der kriegerischen Mißerfolge und des wirtschaftlichen Notstandes bereits eine tiefe Erregung. Falls man ihm Skutari vorenthalte, werde seine Stellung gänzlich erschüttert werden. Rußland müsse daher aus dynastischen Rücksichten größten Wert legen auf eine Montenegro befriedigende Lösung dieser Angelegenheit. Es rechne hierbei um so mehr auf verständnisvolles Entgegenkommen Österreich-Ungarns, als es seinerseits bisher in allen Wien interessierenden Fragen die größte Nachgiebigkeit gezeigt und dadurch die öffentliche Meinung im eigenen Lande stark gereizt habe.

Ich erwiderte dem Botschafter, daß die Skutarifrage wohl noch nicht aktuell sei. Die Stadt befinde sich in den Händen der Türken, und man werde füglich zunächst abzuwarten haben, welche Vereinbarungen die Türken darüber mit ihren Gegnern treffen. Im allgemeinen Interesse scheine es mir indes zu liegen, daß man die Skutarifrage mit großer Vorsicht und Diskretion behandele, ihre Erörterung in der Presse tunlichst vermeide und sich nicht etwa jetzt schon auf einen bestimmten Standpunkt festlege. Es dürfte vor allem zu vermeiden sein, daß diese wohl an sich durchaus harmlose Angelegenheit zu einer Prestigefrage sich auswachse und ihre Lösung dadurch erschwert werde. Der Botschafter stellte in Aussicht, diesen Standpunkt Herrn Sasonow gegenüber zu vertreten.

Zimmermann

Nr. 12576

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 426 Pera, den 21. Dezember 1912
[pr. 24. Dezember]

Von sämtlichen Botschaften ist der Pforte geraten worden, es wegen Adrianopels nicht zum Abbruch der Londoner Verhandlungen kommen zu lassen. Die schärfste Sprache haben dabei der französische* und nächst ihm der russische Botschafter geführt. Marquis Pallavicini hat, wie er mir ganz vertraulich sagte, das Gewicht seines Ratschlages durch die Bemerkung abgeschwächt, daß die Türkei ihre Entscheidung in letzter Linie wohl von militärischen Erwägungen abhängig machen werde. Meinerseits ist dem Minister des Auswärtigen** folgendes gesagt worden: Es komme für die Türkei nunmehr vor allem darauf an, für alle Zeit zu verhindern, daß sie aus Anlaß der Balkanfragen mit irgendeiner Macht in Konflikt gerate. Serbien und Montenegro seien für sie jetzt abgetan, und gegen Griechenland könne sie sich durch eine genügend starke Flotte schützen. Dagegen werde Adrianopel in türkischem Besitze immer ein Zankapfel zwischen Bulgarien und der Türkei bleiben. Nun sei es aber für letztere im höchsten Maße wichtig, mit Bulgarien zu einem dauernden Ausgleich zu kommen. Bulgarien werde in Zukunft das einzige europäische Grenzland der Türkei sein. Ein feindliches Bulgarien werde die Türkei ganz von Europa abschließen, während ein befreundetes und eventuell verbündetes Bulgarien die politische Verbindung der Türkei mit Europa darstellen würde. Die Stellung der Türkei als europäische Großmacht, auf deren Erhaltung sie ja den größten Wert lege, könne daher nur durch gute Beziehungen zu Bulgarien gesichert werden. Ein späterer Dreibund Türkei, Rumänien, Bulgarien sei nicht undenkbar, der Eintritt der Türkei in eine Allianz von Großmächten dagegen vorläufig wenigstens ausgeschlossen. Sie werde weise handeln, wenn sie auf Adrianopel nicht nur in dem Falle verzichte, daß Bulgarien davon den Friedensabschluß abhängig machen sollte, sondern auch, falls die türkischen Delegierten in London den Eindruck gewinnen sollten, daß der türkische Besitz dieser Festung die Herstellung einer dauernden Freundschaft mit Bulgarien ausschließen würde. Im übrigen seien die fremden militärischen Sachverständigen übereinstimmend der Ansicht, daß die türkische Armee zwar Tschataldja jetzt gegen

---

* Der französische Botschafter in Konstantinopel Bompard hatte am 17. Dezember von seiner Regierung den Auftrag erhalten, der Pforte zur Mäßigung zu raten. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 14. Daß er bei der Ausführung seines Auftrages schärfer aufgetreten sein sollte als sein russischer Kollege, dessen schroffes Vorgehen in Paris Bestürzung erregte (vgl. Nr. 12559, Fußnote **), ist an sich wenig wahrscheinlich.

** Gabriel Noradunghian.

die stärkste feindliche Armee erfolgreich würde verteidigen können, daß aber eine türkische Offensive, um Adrianopel zu entsetzen, fast gar keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Die Festung werde daher zweifellos über kurz oder lang fallen, was die Position der Türkei für spätere erneute Friedensverhandlungen schwächen würde. Außerdem berge die Fortdauer des Krieges die Gefahr in sich, daß in Kleinasien Unruhen ausbrechen und die Intervention fremder Mächte herbeiführen könnten.

Noradunghian erwiderte mir, daß die vorausschauende Politik, welche ich skizziert, durchaus seinen Ansichten entspreche. Er habe aber wenig Hoffnung, seine Kollegen für derartige moderne Ideen zu gewinnen. Im Ministerrat werde er damit schon deshalb kein Glück haben, weil die öffentliche türkische Meinung, namentlich aber das Offizierkorps auf der Erhaltung von Adrianopel, welches eine heilige türkische Stadt sei, und in welcher mehrere frühere Sultane begraben seien, bestehen werde. Leider verfüge die Regierung über keinerlei Machtmittel, um ihren Willen bei der Armee durchzusetzen. Er werde zunächst in London eine offizielle bulgarische Erklärung über Adrianopel provozieren und dieselbe sodann einer Versammlung von höheren türkischen Offizieren und Beamten unterbreiten, besorge aber, daß auch dieser Areopag sich gegen die Preisgabe der Festung aussprechen werde. Aus den Gesprächen mit meinen Kollegen entnehme ich, daß dieselben mit der Fortsetzung des türkischen Widerstandes rechnen. Für einen solchen Fall schlug Herr von Giers gestern einen gemeinsamen Druck aller Mächte auf die Türkei vor. Ein solcher würde nach seiner Meinung zwar eine Ungerechtigkeit gegen die Türkei bedeuten. Schließlich hätten aber die Kabinette an den Schutz ihrer eigenen Interessen und nicht an die Türkei zu denken, deren Hartnäckigkeit eine Bedrohung des allgemeinen Friedens darstelle. Vielleicht könne die Anregung zu einer Intervention der Mächte von der Botschafterkonferenz ausgehen, welcher die Türkei ja die Frage der Verproviantierung von Adrianopel unterbreiten wolle.

Soviel die Haltung der hiesigen Vertreter der Tripelentente erkennen läßt, arbeitet letztere mit äußerster Kraft daran, den slawischen Sieg über die Türkei unter Dach und Fach zu bringen. Die Behauptung der Herren Bompard und Giers, daß das Festhalten der Türkei an Adrianopel zu einem europäischen Kriege führen müsse, ist schon deshalb übertrieben, weil keine Macht für Adrianopel zum Schwerte greifen würde. Auch ihr Drohen mit Unruhen in Asien hat wohl zunächst nur die Bedeutung eines starken Druckes auf die Türkei und die übrigen Mächte. Denn derartige Unruhen würden kaum ausbrechen, wenn sie nicht von den interessierten Mächten selbst hervorgerufen werden. Was die Politik der Tripelentente bestimmt, ist offenbar die Besorgnis, daß der Krieg im weiteren Verlaufe eine der Türkei günstige Wendung namentlich zur See nehmen könnte, und daß dadurch die sämtlichen Erfolge der Alliierten in Frage gestellt werden könnten. Trotzdem kann der Türkei von ihren wirklichen Freunden nur geraten werden, sobald als möglich Frieden zu schließen. Denn bei der

Leidenschaftlichkeit, mit welcher Frankreich und Rußland für den Sieg der Balkanstaaten sich einsetzen, muß wohl mit Bestimmtheit auf eine Mobilisierung der kleinasiatischen Nationalitäten durch die genannten Länder gerechnet werden, wenn die Türkei weitere kriegerische Erfolge davontragen sollte.

Wangenheim

Nr. 12577

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 619 Pera, den 27. Dezember 1912

Kiamil Pascha sagte mir, Herr von Giers habe vor einigen Tagen Noradunghian Effendi erklärt, Rußland könne nicht neutral bleiben, wenn Krieg fortgesetzt werde*. Er — Kiamil Pascha — nehme die Drohung des Botschafters nicht ernst. Auf ein russisches Ultimatum werde er zu antworten wissen. Geheime Verhandlungen mit Bulgarien gab Kiamil Pascha zu, ohne sich über Details zu äußern. Im weiteren Verlauf Gesprächs meinte er, Bulgarien wolle sich von Rußland emanzipieren. Auf Adrianopel könne Türkei niemals verzichten, höchstens seine Schleifung zugestehen. Falls dies nicht erreichbar, werde die Türkei Krieg fortsetzen, das heißt zunächst defensiv in Tschataldja verbleiben.

Vertreter der Tripelentente sprechen sich übereinstimmend dahin aus, daß, wenn Türkei nicht nachgebe, ein europäischer Druck mittels Flottendemonstration bevorstehe.

Sawow** ist noch vorgestern Nacht nach Tschataldja zurückgekehrt. Kaltschew, Bankier aus Philippopel, Vertrauensmann des Königs Ferdinand und Danews, noch hier.

Wangenheim

Nr. 12578

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 320 Berlin, den 27. Dezember 1912

Einer der dortigen Botschafter soll Pforte Vernehmen nach geraten haben, Streitfragen, worüber sich Friedensdelegierte nicht einigen, Londoner Botschafterreunion zu unterbreiten. Bitte alles vermeiden, was Türken in dieser Idee bestärken könnte.

Zimmermann

---

* Vgl. Nr. 12559, Fußnote **.

** Generalleutnant Sawow, der bulgarische Unterhändler bei den Waffenstillstandsverhandlungen, war nach Konstantinopel zu geheimen Verhandlungen mit der Türkei gesandt worden. Vgl. auch Nr. 12639.

Nr. 12579

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 895 Berlin, den 28. Dezember 1912

Wie ich Äußerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters entnehme, trägt Graf Berchtold neuerdings Bedenken, Serbien die Benutzung des Debouchés an die Adria auch für Waffen- und Munitionstransporte in Kriegszeiten zuzugestehen.

Der nach Wien mitgeteilte Entwurf unserer Instruktion für den Fürsten Lichnowsky sah ausdrücklich vor, daß den Serben der freie und ungehinderte Gebrauch des Adriahafens und der dahin führenden Eisenbahn für alle Zeiten und Verhältnisse sichergestellt werden sollte. Graf Berchtold hat dem Entwurfe zugestimmt, ohne gegen diesen Punkt Einwendungen zu erheben, so daß wir sein Einverständnis voraussetzten und unseren Botschafter entsprechend instruierten. Ebenso ist, soweit hier bekannt, die italienische Regierung verfahren.

Eine nachträgliche Abänderung der Instruktionen würden wir nicht für unbedenklich halten. Einmal würde die Beschränkung, die Graf Berchtold Serbien auferlegen will, bei Rußland und den Westmächten voraussichtlich auf lebhaften Widerstand stoßen*. Sodann würde sie vom Standpunkte des Völkerrechts insofern ein Novum bedeuten, als die Benutzung des Landweges durch neutrale Gebiete den Kriegführenden nach allgemeinen völkerrechtlichen Regeln auch für Waffen- und Munitionstransporte nicht verwehrt ist. Die internationale Sanktionierung eines derartigen Novums könnte aber als Präzedenzfall gerade für Durchgangsländer, wie Deutschland und Österreich es sind, eines Tages gefährlich werden. Endlich fragt es sich, ob ein praktisches Bedürfnis für den gewünschten Vorbehalt besteht, da die Transporte von Kriegsmaterial, solange sie sich auf dem Meere befinden, als Konterbande der Wegnahme ausgesetzt sind, Österreich also im Falle eines Konfliktes mit Serbien in der Lage ist, sie schon vor der Ausschiffung in dem albanischen Hafen aufzugreifen.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, vorstehendes dem Grafen Berchtold gegenüber gelegentlich als Ihre persönliche Ansicht zu verwerten**.

Zimmermann

---

* In der Tat hatten sich Rußland und Frankreich erst eben geeinigt, auf der unbedingten Transitfreiheit Serbiens für Kriegsmaterial durch albanisches Gebiet auch in Kriegszeiten zu bestehen. Vgl. Kap. CCLXVI, Nr. 12526, Fußnote ***.

** Über die Ausführung des Auftrags berichtete Tschirschky am 6. Januar 1913 (Nr. 9): „Ich habe Graf Berchtold gegenüber unsere Auffassung über Waffen- und Munitionstransporte durch neutrales Gebiet in Kriegszeiten verwertet und ihm geraten, diese Frage durch seine völkerrechtlichen Experten eingehend prüfen zu lassen. Baron Macchio sagt mir nunmehr, daß diese Prüfung bereits eingeleitet ist und wir vom Ergebnis in Kenntnis gesetzt werden sollen." Über die weitere Entwicklung der Frage vgl. Nr. 12664.

Nr. 12580

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 171 Wien, den 28. Dezember 1912

Unter Bezug auf Telegramm 184 vom 24. Dezember* und unter Bezug auf Erlaß 881**.

Herr von Giers hat Angelegenheit betreffend österreichisch-ungarische Kriegsrüstungen hier ebenfalls im gleichen Sinne zur Sprache gebracht. Minister hat zunächst ganz wie Euere Exzellenz darauf hingewiesen, daß es sich dabei nur um Auffüllung der unternormalen Kompagniestände gehandelt habe, die damit erst den Bestand erreicht hätten, den die russischen Kompagnien im Frieden haben. Zudem habe seit Wochen an der russischen Grenze keine Truppenvermehrung stattgefunden. Der russische Botschafter habe dann bemerkt, es komme ihm nicht so sehr auf die Truppenzahl als darauf an, daß durch irgendeine Kundgebung oder Handlung von hier aus gezeigt werde, daß man gegen Rußland nicht rüsten wolle. Graf Berchtold hat erwidert, daß ihm selbstverständlich jede feindliche Absicht Rußland gegenüber fern liege, daß er aber außerstande sei, jetzt mitten in den Verhandlungen, und solange die Londoner Besprechungen und die Friedensverhandlungen nicht finalisiert seien, eine Maßregel zu treffen, die den Anschein erwecken würde, als ob sich die Monarchie an der Lösung der zahlreichen noch schwebenden Fragen desinteressiere. Herr von Giers habe diese seine Eröffnung verständnisvoll entgegengenommen und bemerkt, wenn es auch nicht ganz das sei, was er vielleicht erwartet hätte, so nehme er doch gern Akt von den entgegenkommenden Intentionen der k. und k. Regierung.

Es scheine hiernach, wie Graf Berchtold mir gegenüber hinzufügte, Rußland vor allem auf „un geste" von seiten Österreich-Ungarns anzukommen. Er werde sich noch heute den Kriegsminister*** kommen lassen, um mit ihm die Frage zu besprechen. Die Hauptsache sei, daß auch in Zukunft die Stände an den Grenzen nicht wieder auf das unternormale Maß herabsänken. Vielleicht sei das auf andere Weise zu erreichen als durch Heranziehung der Reservisten, die zweifellos mehr als alles andere die allgemeine Beunruhigung in die Bevölkerung getragen habe. Wenn man die Reservisten wenigstens teilweise nach Hause schicken könnte, so würde das jedenfalls allseitig beruhigend wirken.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 12572.
** Vgl. Nr. 12570, Fußnote ***.
*** von Krobatin.

Nr. 12581

Das Wolffsche Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm en clair

Berlin, den 28. Dezember 1912

London, 28/12. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die türkischen Gegenvorschläge* folgende: 1) Das Wilajet Adrianopel bleibt unter der direkten Verwaltung der Türkei. 2) Mazedonien wird in ein Fürstentum umgewandelt mit Saloniki als Hauptstadt. Es steht unter der Suzeränität des Sultans, jedoch unter einem von den Balkanverbündeten gewählten Fürsten, der vom Sultan ernannt wird. Der Fürst soll Protestant sein und aus einem neutralen Staat. 3) Albanien wird autonom unter der Souveränität des Sultans und unter einem Fürsten aus der Kaiserlichen Ottomanischen Familie, der für fünf Jahre gewählt wird mit der Möglichkeit der Wiederwahl. 4) Alle ägäischen Inseln bleiben türkisch. 5) Die kretische Frage wird von der Konferenz nicht behandelt, sondern zwischen der Türkei und den Großmächten geregelt werden[1].

Wolffbureau

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unglaublich! Die Türken leiden an Größenwahn!

Schlußbemerkung des Kaisers:

N[eues] Palais 28 XII 12

Auf diese Weise — nach dem bisherigen Verlauf zu urtheilen — wird keine Lösung erzielt werden können. Die Befürchtung muß nicht von der Hand gewiesen werden, daß, bei einem Unterbleiben der Einigung der Appell ans Schwert von neuem versucht wird. Es fehlt hier — wie bei allen Concilien — eine zwingende Gewalt. Diese ist — von außen — nöthig, um die Litiganten zu ihrem Glück zu zwingen, d[as] h[eißt] den Pakt im Frieden zu schließen. Sie möchten gern den Krieg, wohl wissend, daß die Großmächte sich dann doch an die Köpfe kriegen könnten. Rußland hat ja schon in Stambul erklärt, es werde nicht mehr neutral bleiben, beim Wiederausbruch des Krieges**. Um diesen äußeren Druck zu besorgen, müßten die beiden am wenigsten im Balkan interessierten Mächte — England u[nd] Deutschland — sich zusammenthun und gemeinsam die Herbeiführung der friedlichen Lösung besorgen. Das würde eine gute Basis geben für Vertretung gemeinsamer allgemeiner Interessen und Bau einer Brücke für bessere Beziehungen. Es ist hiernach mir möglichst schleunig ein Vorschlag für London auszuarbeiten und vorzulegen.

Wilhelm I. R.

Nr. 12582

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Belgrad, den 28. Dezember 1912

Ministerpräsident Paschitsch erbittet die wohlwollende Unterstützung der Kaiserlichen Regierung für die von dem serbischen Geschäftsträger in

---

* Über die Forderungen der Balkanstaaten vgl. Nr. 12551.

** Vgl. Nr. 12577.

Berlin vorgetragenen Wünsche dahin, daß Serbien bei Feststellung der Grenzen des autonomen Albaniens nicht allzu sehr beschränkt werde. Als wünschenswerte Grenze bezeichnete Herr Paschitsch eine Linie vom Ochridasee längs der Wasserscheide des schwarzen Drin bis zum weißen Drin.

Sollte es nicht möglich sein, innerhalb dieser Grenzen eine Befriedigung der serbischen Wünsche zu erreichen, so wäre die gegenwärtige Regierung einem schweren Ansturm der Militärpartei und auch der Bevölkerung preisgegeben, wogegen sie kaum in der Lage wäre, sich zu halten.

Einen analogen Schritt hat Herr Paschitsch beim österreichischen Gesandten unternommen.

Griesinger

Randbemerkung Zimmermanns:
Der serbische Geschäftsträger hat diesen Wunsch gestern mündlich vorgetragen. Ich habe ihm erklärt, daß uns nichts darüber bekannt sei, welche Grenzen von den Mächten für Albanien in Aussicht genommen wären. Uns interessiere die Frage nicht direkt. Ich könne indes nur empfehlen, daß Serbien nicht etwa durch übertriebene Forderungen das bei sämtlichen Mächten vorhandene Wohlwollen für seine Wünsche beeinträchtige*. Z. 29./12.

Nr. 12583

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 452 Wien, den 27. Dezember 1912
[pr. 29. Dezember]

Um sich bezüglich der in Zukunft Bulgarien gegenüber zu befolgenden Politik zu orientieren, insbesondere um festzustellen, ob es möglich sein würde, bei Festhaltung des intimen Verhältnisses zu Rumänien auch mit Bulgarien festere politische Beziehungen anzuknüpfen**, hatte Graf Berchtold den k. und k. Gesandten in Sofia*** beauftragt, bei Herrn Geschow† in dieser Richtung zu sondieren. Der bulgarische Minister habe, wie mir der Minister mitteilt, sich zunächst so lange als möglich in allgemeinen Redewendungen bewegt. Als dann aber Graf Tarnowski eindringlicher geworden sei und eine präzise Antwort verlangt habe, habe Herr Geschow geantwortet: Die Haltung Bulgariens gegenüber Österreich-Ungarn wird ganz davon abhängen, ob die Monarchie in der Differenz zwischen Bulgarien und Rumänien sich auf die rumänische oder bulgarische Seite stellen werde.

---

* Von der dem serbischen Geschäftsträger Boghitschewitsch erteilten Antwort wurden durch Zirkulartelegramm vom 1. Januar die Botschafter bzw. Gesandten bei den Großmächten bzw. bei den Balkanstaaten in Kenntnis gesetzt.
** Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 41.
*** Graf Tarnowski.
† Bulgarischer Ministerpräsident und Minister des Äußern.

Der Minister meinte, daß hiernach die bulgarisch-rumänische Streitfrage sich leider wohl nicht so glatt abwickeln werde, wie es eine Zeitlang zu hoffen gewesen wäre. Er werde seine Politik Bulgarien gegenüber nach diesem präzis ausgesprochenen Standpunkte des Herrn Geschow einrichten müssen.

Nach Ansicht des Prinzen Fürstenberg, der einige Tage hier zugebracht hatte, sei man in Bukarest fest entschlossen, auf seiten der Zentralmächte zu bleiben. Rußland habe durch seine aufdringlichen Freundschaftsbezeugungen* dort entschieden an Terrain verloren. Zudem sei man in Bukarest ungehalten darüber, daß Rußland die beiden Kriegsschiffe, die es nach Rumänien entsendet habe, nicht zurückrufe. Böses Blut habe es auch gemacht, daß die Russen von den Schiffen aus in Äroplanen rumänisches Terrain inspiziert hätten. Prinz Fürstenberg sei der Ansicht, daß, falls es den Bemühungen Rumäniens und seiner Freunde jetzt nicht gelingen sollte, die rumänischen Wünsche Bulgarien gegenüber durchzusetzen, man in Bukarest entschlossen sei, spätestens in zwei Jahren, gestützt auf eine ausgezeichnete Armee von 350000 Mann, Bulgarien den Krieg zu erklären.

von Tschirschky

Nr. 12584

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 94
Geheim

Wien, den 28. Dezember 1912
[pr. 29. Dezember]

General von Conrad ist der Ansicht, daß die Lage auf dem Balkan heute noch keineswegs so geklärt ist, daß man an eine Zurückziehung von Truppen beziehungsweise Entlassung von Reservisten hier denken kann. Solange nicht der Friedensschluß in London unterzeichnet sei, würde er niemals seine Einwilligung zu einer Abrüstung geben. Man müsse immer noch auf Rückschläge gefaßt sein**.

* Anspielung auf die Ernennung des Königs Karl zum russischen Generalfeldmarschall (Ende September) und auf die Mission des Großfürsten Nikolaus Michailowitsch nach Bukarest zum 35. Jahrestage von Plewna, mit der Rußland der Mission General Conrad von Hötzendorfs (vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12444 nebst Fußnote) ein Paroli zu bieten gesucht hatte.

** Ähnlich äußerte sich Conrad von Hötzendorf in einem Briefe an den Londoner Militärattaché vom 30. Dezember: „Einer etwaigen Forderung, daß wir unsere Standesergänzung durch Entlassungen wieder reduzieren, würde ich mich unbedingt widersetzen; es ist darauf hinzuweisen, daß unsere jetzigen Stände kaum jene Höhe erreichen, wie sie die Stände der deutschen und russischen Truppen immer aufweisen". Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, II, 413. Tatsächlich hat General Conrad, der gegenüber der politischen Leitung durchweg den kürzeren zog, der Abrüstung sich

Er werde versuchen, bei Seiner Majestät durchzusetzen, daß auch in der Zukunft einzelne Korps dauernd auf erhöhtem Friedensstand erhalten bleiben. Es kämen hierzu in Betracht: die drei galizischen Korps, I., X., XI. und die in den neuen Provinzen stehenden XV. und XVI.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12585

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 905 Berlin, den 30. Dezember 1912

Zur vertraulichen Orientierung.

Wie mir Graf Szögyényi mitteilt, trägt Graf Berchtold Bedenken, die in den letzten Wochen vorgenommene Auffüllung der unternormalen Kompagniestände in der österreichisch-ungarischen Armee rückgängig zu machen, bevor Serbien die Zurückziehung seiner Truppen von Durazzo einleitet und so durch die Tat zeigt, daß es sich in der albanischen und in der Adriafrage dem Willen der Mächte unterwirft. Vorläufig schienen die Serben hiervon weiter entfernt zu sein denn je. Nach in Wien vorliegenden Nachrichten bemühten sie sich, albanische Notable zu Kundgebungen und Bittschriften zu bewegen, worin die Forderung aufgestellt wird, Albanien dauernd unter serbischer Herrschaft zu belassen. Außerdem habe General Popowitsch, der Kommandant in Durazzo, erst vor wenigen Tagen einen Vertreter der „Bosnischen Korrespondenz" zu der formellen Erklärung ermächtigt, daß er und seine Offiziere nicht daran dächten, den Londoner Beschlüssen zu Liebe Albanien gutwillig zu räumen. Selbst wenn die Regierung in Belgrad den Rückzug befehlen sollte, würden sie die mit soviel Blut errungene Stellung nicht aufgeben.

Zimmermann

---

später doch nicht unbedingt widersetzt. In Berlin äußerte sich Unterstaatssekretär Zimmermann schon am 27. Dezember gegenüber dem französischen Geschäftsträger de Manneville in dieser Beziehung sehr optimistisch. Es heißt in dem bezüglichen Telegramm des Geschäftsträgers vom 27. (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 31): „Il affirme qu'on a exagéré les armements de l'Autriche et que cette Puissance est maintenant décidée à réduire progressivement ses effectifs en multipliant les congés individuels. Le comte Berchtold est pacifique, m'a dit M. Zimmermann, mais, a-t-il ajouté, il ne faut pas qu'on le presse trop. On ne doit pas oublier qu'il est obligé de ménager le parti militaire, dont les tendances ne sont pas les mêmes que les siennes."

* Der gleiche Erlaß ging an die Botschafter bei den europäischen Großmächten bzw. die Gesandten bei den Balkanstaaten.

Nr. 12586

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 450 Wien, den 27. Dezember 1912
[pr. 30. Dezember]

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 24. Dezember Nr. 883*.
Inhalt verwertet.

Minister läßt Euerer Exzellenz für die dem russischen Botschafter in der Skutarifrage erteilte Antwort danken, die vollkommen hiesiger Auffassung entspreche.

Die Angelegenheit ist inzwischen auch von Herrn Sasonow dem Grafen Thurn gegenüber zur Sprache gebracht worden**. Nach dem, was der russische Minister dem Botschafter gesagt hat, scheint ersterer den russischen Standpunkt inbetreff Skutaris nicht mehr so schroff hingestellt zu haben. Er habe gemeint, es handele sich in erster Linie für Montenegro darum, ein Stück fruchtbares Land in der Ebene zu erhalten, um die Ernährung des Landes in Zukunft leichter bewerkstelligen zu können. Diesen Standpunkt Rußlands finde er, der Minister, ganz einleuchtend, und es werde sich wohl ein Mittel finden lassen, um Montenegro auf einer anderen Seite der Grenze zu entschädigen. Er glaube danach annehmen zu können, daß Rußland auf diesem Punkte mit sich reden lassen werde, und er wäre Euerer Exzellenz dankbar, wenn Fürst Lichnowsky in diesem Sinne instruiert würde.

von Tschirschky

---

* Siehe Nr. 12575.

** Es war auf Grund eines vom Grafen Thurn am 25. Dezember übersandten Aide-mémoires geschehen, in dem der österreichische Standpunkt sowohl in der Frage des serbischen Zugangs zur Adria als auch in der Skutarifrage präzisiert war. Als Zweck dieses Aide-mémoires war angegeben: „Désir du Comte Berchtold de profiter de l'interruption dans la réunion de Londres pour tâcher d'arriver à une entente des Puissances neutres sur certains points qui n'ont pas été posés d'une manière assez précise et d'autres, où il y a encore divergence d'opinions." Sasonow antwortete mittels eines Aide-mémoires vom 28. Dezember, das zwar weniger in der Skutarifrage, um so mehr aber in der serbischen Frage eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte ergab; nur in der Frage der Einräumung des freien Transits Serbiens durch Albanien auch für Waffen- und Munitionstransporte in Kriegszeiten verwarf Sasonow den österreichischen Standpunkt (vgl. Nr. 12579) durchaus. Siehe die beiden Memoires, die von österreichischer Seite in Berlin nicht im Wortlaut mitgeteilt wurden, im Österreich-ungarischen Rotbuche: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. Dezember 1913, S. 105ff. Wie die in dem russischen Aide-mémoire gezeigte Nachgiebigkeit gemeint war, zeigen die Äußerungen, die Sasonow am 26. Dezember zu dem serbischen Gesandten Popowitsch tat. In einem Telegramm Popowitschs vom 27. Dezember (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 109) heißt es darüber: „Der Minister des Äußern hat mir erwidert, er hege nach den

Nr. 12587

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 483 Rom, den 26. Dezember 1912
[pr. 30. Dezember]

Während eines heutigen Gespräches hatte ich Gelegenheit, dem Minister des Äußern Euerer Exzellenz Ansichten über die eventuelle Unterstützung Bulgariens in seinen Ansprüchen auf Salonik* zu entwickeln. Der Marquis erwiderte, er sei ganz derselben Meinung. Es wäre am rationellsten, wenn Salonik, als Hafen Mazedoniens, bulgarisch würde. Auch habe er bereits vor einigen Tagen Herrn Pansa und dem Duca d'Avarna die allgemeine Instruktion gegeben, daß man so weit als möglich Bulgarien unterstützen solle, welches unter den Balkanstaaten die meisten Garantien für die Zukunft biete. Ohne im speziellen über die Unterstützung Griechenlands durch Rußland bezüglich Saloniks informiert zu sein, habe auch er bereits den Eindruck gewonnen, daß in Petersburg die Tendenz herrsche, Bulgarien nicht zu groß werden zu lassen.

Der Minister frug mich, wie Wien sich zu der Frage stelle. Wenn Salonik an Bulgarien fiele, würde es Österreich jedenfalls schwerer werden, sich eventuell dort eine Vorzugsstellung zu sichern, als dem viel schwächeren Griechenland gegenüber. Ich erwiderte, daß ich über Österreichs Haltung in dieser speziellen Frage nicht informiert sei, doch glaubte ich aus anderen Wahrnehmungen schließen zu können, daß Österreich ebenfalls Bulgarien zu stärken wünsche.

Jagow

Nr. 12588

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1176 London, den 27. Dezember 1912
[pr. 30. Dezember]

Obwohl zwischen den Forderungen der verbündeten Balkanmächte und dem von der Türkei Angebotenem** eine schier unüberbrückbare Kluft

---

großen Erfolgen Vertrauen zu unserer Kraft und glaube, daß wir Österreich-Ungarn erschüttern werden. Demgemäß sollten wir uns mit dem begnügen, was wir bekommen werden, und dies als eine Etappe betrachten; denn die Zukunft sei unser. Die Hauptsache sei, sich mit Montenegro zu vereinigen. Bulgarien indessen bringe seine ethnische Mission zum Abschluß."

* Vgl. Nr. 12546.

** Vgl. Nr. 12581.

zu bestehen scheint, hält das Foreign Office weiter an einer optimistischen Auffassung der Lage fest. Gerade der Umstand, daß beide Parteien mit einem Maximum hervorgetreten seien, das offensichtlich dazu bestimmt sei, davon abhandeln zu lassen, lasse eine Einigung wahrscheinlicher sein, als wenn die Balkanstaaten mit einem ernst gemeinten Minimum hervorgetreten wären. „Die Frage wird behandelt wie das Feilschen über einen Teppich in den Bazars von Konstantinopel", sagte mir ein englischer Politiker, und Herr Danew äußerte einem Bekannten gegenüber, man dürfe bei Beurteilung der Friedenskonferenz nicht aus dem Auge verlieren, daß Orientalen mit Orientalen verhandelten. „Denn", fügte er nicht ohne Selbstironie hinzu, „wir sind eben auch Orientalen".

Die Haupttendenz der englischen Politik ist nach wie vor darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren, einen möglichst dauerhaften Frieden zustande zu bringen und das Auftauchen von Vorfällen zu vermeiden, welche die große Frage nach der Zukunft des türkischen Reiches in Asien aufrollen könnten. Die in der französischen Presse, insbesondere im „Temps" geführte Kampagne wegen der angeblichen englischen Versuche, eine Angliederung Syriens an Ägypten vorzubereiten, hat hier mißfallen, und auch die Nervosität des Herrn Poincaré, welcher sich durch diese Treibereien sogar zu einer amtlichen Anfrage in London drängen ließ, um das Ergebnis sogleich in einer Senatsrede zu verwerten*, hat ungünstig gewirkt. Überhaupt ist das Urteil hiesiger politischer Kreise über die Diplomatie dieses Staatsmannes durchaus nicht günstig — der Directeur politique M. Paléologue erfreut sich im „Foreign Office" geringer Beliebtheit —, und wenn Herr Poincaré in seiner letzten Rede betonte, die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien niemals enger gewesen, so steht dies im Widerspruch mit der Auffassung des Herrn Paul Cambon, der vor kurzem einem befreundeten Diplomaten gegenüber äußerte, die Stellungnahme Englands seit Beginn des Balkankrieges gefalle ihm durchaus nicht, und er könne der weiteren Entwickelung des politischen Verhältnisses zwischen England und Frankreich nicht ohne Sorge entgegensehen.

---

* Über die Reden Poincarés im Senat bzw. der Kammer vom 21. Dezember heißt es in einem Bericht Freiherrn von Schoens vom 22. Dezember (Nr. 425): „Die Erklärungen, die Herr Poincaré gestern in Kammer und Senat über die äußere Lage abgab, scheinen hauptsächlich den Zweck verfolgt zu haben, die hier vielfach aufgetauchten Besorgnisse zu zerstreuen, daß die Beziehungen zwischen den Tripelententemächten in bedenklicher Weise getrübt worden seien. Mit besonderem Nachdruck betonte der Ministerpräsident, daß das Verhältnis Frankreichs zu England niemals vertrauensvoller und enger gewesen sei. Noch eindringlicher bemühte er sich, im Senat die von Clemenceau und Genossen hinter den Kulissen gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, wonach durch seine Politik die entente cordiale ernstlich erschüttert worden sei. Namentlich erklärte er die in Umlauf gesetzten Gerüchte, daß England den Interessen Frankreichs zuwiderlaufende Absichten auf Syrien hege, mit Entschiedenheit als durchaus unbegründet. Sir Edward Grey selbst habe der französischen Regierung in freundschaftlicher Weise versichert, daß England weder die Absicht habe, in Syrien und im Libanongebiet aktiv vorzugehen, noch daß es irgendwelche politischen Ziele in diesen Gegenden verfolge." Vgl. dazu auch R. Poincaré, Au Service de la France, II, 400ss.

Die in diplomatischen Kreisen verschiedentlich kundgegebene Auffassung, als bestehe vielleicht schon zwischen England, Frankreich und Rußland ein geheimes Einverständnis über die Einteilung der Interessensphären auch in der asiatischen Türkei, möchte ich nach hiesigen Beobachtungen für unbegründet halten. Dagegen spricht die starke Nervosität, welche in Pariser maßgebenden Kreisen hervorgerufen worden ist durch die gänzlich unbegründeten Gerüchte von derartigen Abmachungen zwischen uns und England. Hiesige maßgebende Kreise haben bei verschiedenen Gelegenheiten betont, daß die Aufrollung irgendwelcher mit der Zukunft der asiatischen Türkei zusammenhängenden Angelegenheiten viel schwierigere diplomatische Probleme bieten würde als die Lösung der Balkanfrage selbst, und daß eine vernünftige Stärkung der Türkei das beste Mittel scheine, um das Auftauchen solcher Fragen hintanzuhalten*. Ich glaube, daß in dem Bestreben, der Türkei nach dem Friedensschlusse so weit als möglich wieder auf die Beine zu helfen, die englische und deutsche Politik sich begegnen werden.

R. v. Kühlmann

Nr. 12589

Bericht des Militärattachés in Bukarest Majors Bronsart von Schellendorf

Abschrift

Nr. 137 Bukarest, den 27. Dezember 1912
[pr. 30. Dezember]

Mein österreichischer Kollege** ist nach seiner Rückkehr aus Wien, wohin er die Skizze des Aufmarsches der rumänischen Armee gegen Rußland überbracht hatte***, gestern von Seiner Majestät dem Könige empfangen worden. Er teilt mir über den Verlauf der Audienz nachstehendes mit:

Seine Majestät habe sofort begonnen, über die Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien zu sprechen, die ja gegenwärtig im Vordergrunde des Interesses stehen, und etwa folgendes gesagt: Er wisse sehr wohl, daß er und sein Ministerium sich mit ihrer Auffassung der Lage in einem gewissen Gegensatze zu einem großen Teile des rumänischen Volkes befänden. Er wünsche, was ja auch den deutsch-österreichischen Intentionen

---

* Auch Fürst Lichnowsky wollte nicht an Verabredungen der Tripelententemächte behufs Aufteilung der kleinasiatischen Türkei glauben. Am 7. Januar 1913 berichtete er darüber (Nr. 12): „Die Vermutung, daß zwischen England, Rußland und Frankreich über eine eventuelle Aufteilung der asiatischen Türkei in Interessensphären geheime Verabredungen bestehen, taucht in neuerer Zeit sehr häufig auf. Was man hier beobachten kann, spricht gegen eine solche Vermutung."

** Oberstleutnant von Hranilovisch.

*** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12458, Fußnote *.

entspräche, mit Bulgarien eine Versöhnungs- und Annäherungspolitik zu befolgen, während sich im Lande eine wachsende Strömung geltend mache, die hiervon nichts wissen wolle, sondern energische militärische Maßnahmen gegen die anscheinend intransigenten Bulgaren verlange. In letzter Zeit seien hochgestellte und ernsthafte Politiker bei ihm gewesen, um ihm die Notwendigkeit der sofortigen Mobilmachung der rumänischen Armee und der eventuellen Besetzung von Silistria auseinanderzusetzen. Sie sagten, Rumänien habe schon einmal die günstige Gelegenheit verpaßt, jetzt sei die zweite und wahrscheinlich letzte Gelegenheit, auf Bulgarien einen wirksamen Druck auszuüben. Wenn erst einmal der Friede zwischen der Türkei und Bulgarien geschlossen sei, würden die Bulgaren erst recht die rumänischen Forderungen ablehnen. Es müsse daher ohne Verzug gehandelt werden.

Er teile diese Ansicht nicht. Er stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Herstellung guter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien wichtiger sei als die ganze Kompensationsfrage; und wenn er trotzdem gewisse Forderungen erhebe und auch mit aller Energie deren Annahme durch die Bulgaren durchzusetzen versuchen werde, so tue er dies hauptsächlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes.

Das Geringste, was er verlangen müsse, wäre eine rumänische Verwaltung für Südalbanien und eine strategische Grenzregulierung nach den Forderungen des rumänischen Generalstabes*. Dies habe er auch Herrn

---

* Die rumänischen Forderungen und die bulgarischen Anerbietungen drehten sich vor allem um die Stadt Silistria. Rumänien verlangte die volle Abtretung dieser Stadt, während Bulgarien darauf beharrte, überhaupt kein bewohntes Gebiet abzutreten und höchstens bezüglich Silistrias die Schleifung der Festungswerke zuzugestehen, vgl. das Telegramm des französischen Gesandten in Sofia de Panafieu an Poincaré vom 26. Dezember, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 30. Die bulgarische Regierung versteifte sich, insbesondere unter dem Druck der öffentlichen Meinung, immer mehr auf die Unmöglichkeit einer Abtretung Silistrias. Telegramm de Panafieus vom 29. Dezember (a a. O., S. 32), Telegramm des österreichischen Gesandten Grafen Tarnowski vom 30. Dezember, Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. Dezember 1913, S. 103. Über die österreichische Stellungnahme zu der bulgarisch-rumänischen Differenz, die zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen noch dem ausgesprochen rumänienfreundlichen deutschen Standpunkt entsprach, orientiert ein Telegramm Graf Berchtolds an Graf Tarnowski vom 31. Dezember: „Wie Euer Hochgeboren sattsam bekannt, habe ich in Sofia gleichwie in Bukarest seit dem Beginne der jetzigen Krise darauf hingewiesen, daß eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen im ureigensten Interesse ihrer Länder gelegen ist. Auch in Zukunft müßte ich mich beschränken, für eine solche Verständigung an beiden Orten im allgemeinen einzutreten; doch kann ich nicht umhin zu bemerken, daß, wenn die bulgarische Regierung tatsächlich — wie Herr Geschow angedeutet hat — auf dem Standpunkt steht, an Rumänien weder Städte noch Dörfer, sondern nur unbewohntes Gebiet abtreten zu wollen, jede Hoffnung auf das Zustandekommen eines Akkords zwischen diesen Staaten aufgegeben werden müßte, denn es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß eine solche Lösung den rumänischen Wünschen und Interessen in keiner Weise entsprechen könnte." Österreich-Ungarisches Rotbuch, a. a. O., S. 109 f. Mit voller Klarheit ergibt auch die vielfach mit Belegen versehene Darstellung Conrad von Hötzendorfs, daß Österreichs Politik in dem Dilemma Rumänien—Bulgarien von Haus aus vorwiegend auf die rumänische Seite neigte und erst mit der Zeit durch die

Danew gesagt, als dieser mit ganz unzureichenden Vorschlägen zu ihm gekommen sei. Danew habe damals geantwortet, daß man natürlich noch über die Sache unterhandeln könne, und daß ja im übrigen Seine Majestät der König Ferdinand das letzte Wort zu sprechen habe. Er, der König, habe ihm erwidert, er solle nur den Monarchen einstweilen aus dem Spiele lassen, denn wenn der König die rumänischen Forderungen ablehne, so bedeute das den Krieg. — Seine Majestät betonten, daß er aber mit Bestimmtheit hoffe, zu einer gütlichen Einigung mit Bulgarien zu gelangen.

Zum Schluß äußerten sich Seine Majestät über die Verhandlungen in London und sagten, daß eine Fortsetzung des Balkankrieges Rumänien höchst unerwünscht sein würde. Der Feldzug habe dem rumänischen Handel bereits schwere Wunden geschlagen, es herrsche eine ernste Krise im Lande, und der Krieg müsse endlich aufhören. In diesem Sinne sei der neue rumänische Gesandte in London instruiert worden, der die besondere Mission habe, Rumäniens Interessen auf der Botschafterkonferenz zu vertreten und die Verhandlungen mit Danew weiterzuführen.

(gez.) v. Bronsart
Major im Generalstabe und Militärattaché in Bukarest

Nr. 12590

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 40 Berlin, den 30. Dezember 1912

Wie verlautet, erwägt Herr Paschitsch persönlichen Besuch in Wien zwecks Aussprache mit Graf Berchtold. Ausführung dieser Idee wäre

---

Notwendigkeit, sich für alle Fälle die Hilfe Bulgariens gegen Serbien und Rußland zu sichern, abgelenkt wurde. Noch am 13. Januar 1913 konnte Conrad an den Militärattaché in Bukarest Oberstleutnant Hranilovisch schreiben: „Ich war am 9. d. Mts. bei Graf Berchtold und habe mit ihm über die Aktion Rumäniens" — es handelt sich um das Vorgehen gegen Bulgarien — „gesprochen und meiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß wir unbedingt offen und rückhaltlos mit Rumänien gehen müssen; die gleiche Ansicht habe ich heute in einer Audienz bei Seiner Majestät vertreten; sowohl Graf Berchtold als Seine Majestät stehen auf demselben Standpunkt." Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 48. Freilich wurden schon früh Stimmen laut, die Österreich einer Parteinahme für Bulgarien ziehen; auch der deutsche Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim soll nach einem Bericht des k. und k. Militärattachés in Konstantinopel Oberst Pomiankowski vom 28. Januar 1913 (Feldmarschall Conrad, a. a. O. III, 39) sich in diesem Sinne geäußert haben. Eine grobe Übertreibung ist es jedenfalls, wenn Fürst Lichnowsky in seiner Denkschrift „Meine Londoner Mission 1912 bis 1914" (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 7/8, S. 13) behauptet: „Graf Berchtold (und natürlich wir mit ihm) war ganz auf Seiten Bulgariens, sonst wäre es wohl gelungen, den Rumänen die gewünschte Genugtuung durch einen Druck auf Herrn Danew zu verschaffen und uns Rumänien zu verpflichten." Daß Deutschland zumal es daran nicht hat fehlen lassen, ergeben die weiteren Schriftstücke.

freudig zu begrüßen, weil so am sichersten dauernde Basis für vertrauensvolles Verhältnis beider Nachbarn zu finden. Bitte daher, Minister nach Möglichkeit in Vorhaben bestärken.

Zimmermann

Nr. 12591

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 903 Berlin, den 30. Dezember 1912

Zur Information.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß seine Regierung und das Kabinett in Rom auf dem besten Wege seien, sich über ein Projekt für die Abgrenzung Albaniens zu einigen. Graf Szögyényi gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir die gemeinsamen Vorschläge der verbündeten Regierungen gegebenenfalls bei den Verhandlungen in London unterstützen würden. Dies ist dem Botschafter unverzüglich zugesagt worden.

Fürst Lichnowsky hat entsprechende Instruktionen erhalten.

Zimmermann

Nr. 12592

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 31. Dezember 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät wage ich in Ausführung des hier wiederbeigefügten allergnädigsten Befehls* nachstehende Instruktion für den Fürsten Lichnowsky in tiefster Ehrfurcht vorzuschlagen.

„Nach dem bisherigen Gange der Friedensverhandlungen zwischen den Balkanstaaten und der Pforte erscheint es zweifelhaft, ob die Parteien, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, zu einer friedlichen Einigung gelangen werden. Scheitert die Verständigung, so dürfte ein erneuter Appell an das Schwert unausbleiblich sein. Vielleicht wäre diese Lösung im Hinblick auf die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen unter den Großmächten dem einen oder dem anderen der Gegner am Balkan sogar willkommen[1].

Eine solche Entwicklung der Dinge zu verhindern, liegt nicht zuletzt im Interesse der Türkei. Die Truppen, die sie hinter der Tschataldja-

* Siehe Nr. 12581.

linie versammelt hat, mögen ausreichen, um die endgültige Liquidation des Krieges noch einige Zeit hinauszuzögern. Genügende Stoßkraft zur wirksamen Offensive und zur Vertreibung der verbündeten Streitkräfte aus den besetzten Gebieten werden sie schwerlich besitzen[2]. Ein Lebensinteresse aber für die Türkei ist es, daß sie sich ihren kleinasiatischen Besitz unangetastet erhält. Daß dieser bei einer Fortsetzung des Krieges ernsthaft gefährdet werden würde, zeigen schon die Erklärungen des Herrn von Giers in Konstantinopel, wonach Rußland bei Wiedereröffnung der Feindseligkeiten nicht neutral zu bleiben gedenkt. Sollte Rußland die Gelegenheit zur Verwirklichung seiner Aspirationen auf Armenien benutzen[3], so würde ein allgemeiner Zusammenbruch auch der asiatischen Türkei in den Bereich der Möglichkeit gerückt und die Einigkeit der Großmächte auf eine neue schwere Probe gestellt werden.

Deutschland und England, die am Balkan keinerlei eigennützige Ziele verfolgen, dürften an erster Stelle berufen sein, durch Einwirkung auf die Kriegführenden einen friedlichen Ausgang der Londoner Verhandlungen zu fördern. Eine solche Einwirkung könnte in der Weise erfolgen, daß die beiden Mächte durch eine Demarche ihrer Botschafter in Konstantinopel die Pforte nachdrücklich zur Mäßigung mahnen[4]. Daneben würde Sir Edward Grey, zugleich auch im Namen der deutschen Regierung, seinen Einfluß auf die türkischen Friedensdelegierten im gleichen Sinne geltendzumachen haben. Ein solches Zusammenwirken würde nicht nur geeignet sein, die Gefahren der gegenwärtigen Situation zu beschwören, sondern würde gleichzeitig auch eine gute Basis für eine Verbesserung unserer allgemeinen politischen Beziehungen mit England abgeben.

Euere Durchlaucht wollen durch vorsichtige Sondierung feststellen, ob Sir Edward Grey zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Deutschland im vorstehenden Sinne geneigt ist."

Für den Fall des Einverständnisses Euerer Majestät würde Fürst Lichnowsky, der sich über Berlin auf seinen Posten zurückbegibt, hier auf der Durchreise mit vorstehenden Weisungen versehen werden können.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 31 XII 12* W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Gut
[2] richtig
[3] und Frankreich auf Syrien!
[4] ja

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:
Seine Majestät hat dem Fürsten Lichnowsky die anliegende Instruktion vorgelesen.

---

* Kaiser Wilhelm II. nahm auch Veranlassung, am Neujahrstage mit dem englischen Botschafter Sir E. Goschen über die Notwendigkeit einer gemeinsamen deutsch-englischen Pression auf die Türkei zu sprechen. Eine Notiz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 8. Januar 1913 besagt darüber: „Seine Majestät hat Sir

Nr. 12593

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann

Privatbrief. Ausfertigung

Wien, den 29. Dezember 1912

Geheim [pr. 31. Dezember]

Ich möchte Ihnen einiges mitteilen, was sich besser für einen vertraulichen Brief als für die amtliche Berichterstattung eignet.

Zunächst hat, wie mir Graf Kageneck meldet, der italienische Generalstab den Chef des hiesigen Generalstabs General von Conrad schriftlich durch den hiesigen italienischen Militärattaché benachrichtigen lassen, daß Italien nicht mehr in der Lage sei, die bisher für den Aufmarsch gegen Frankreich am Rhein in Aussicht gestellten Korps abzugeben*. Als Grund dafür wird die Schwächung der italienischen Armee infolge der Besetzung von Tripolis angegeben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß unserem Generalstab die gleiche Eröffnung gemacht worden ist, wollte aber nicht verfehlen, Ihnen auch direkt diese Nachricht zukommen zu lassen. Graf Kageneck hat darüber mittels Privatbriefes an General von Moltke Meldung erstattet.

General von Conrad, der bekanntlich stets den Italienern mißtraut, sieht hierin eine Bestätigung seines Mißtrauens. Er meint, die Italiener hätten nur die Erneuerung des Dreibundes** abgewartet, um mit dieser Sache hervorzutreten***. Wir haben ja praktisch nie mit der Tatsache gerechnet, daß wirklich fünf italienische Armeekorps am Rhein erscheinen würden, aber noch im vorigen Jahre hatte der König von Italien unserem Kronprinzen, der zur Steinbockjagd bei ihm zu Gaste war, ausdrücklich

---

Edward Goschen, wie mir dieser gestern mitteilte, bei der Neujahrsgratulation von der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Druckes durch uns und England auf die Türkei gesprochen (im Anschluß an unsere durch Seine Majestät veranlaßte Instruktion an Lichnowsky). Goschen hat das nach London gemeldet und darauf das anliegend wiedergegebene Telegramm von Sir E. Grey erhalten, über dessen Inhalt er mir gestern beim Diner referiert hat. Ich habe ihn gebeten, Sir E. Grey meinen Dank auszusprechen." Das in der Notiz Bethmann Hollwegs angezogene Telegramm Sir E. Greys lautet nach der Niederschrift Sir E. Goschens: „A suggestion is being transmitted by the Ambassadors for collective representation at Constantinople in the case that the Peace Negotiations should be broken off. I have also given advice to the Turkish Delegates — the substance of which will be communicated to the German Government by Prince Lichnowsky. All this has been done to further the same object which the German Emperor has in view and I am most anxious to cooperate and fall in with any further suggestion which the Imperial Government may wish to make with a view to giving effect to His Majesty's wish. I am afraid that nothing short of very strong pressure at Constantinople will have the desired effect."

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Anhang A.

** Über die Erneuerung des Dreibundes, die am 7. Dezember erfolgt war, vgl. Bd. XXX, Kap. CCXL.

*** Vgl. dazu das Schreiben Conrads an Graf Berchtold vom 19.Dezember. A.Fr.Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 299, Fußnote 417.

versichert, daß Italien diese Korps uns senden würde. Die jetzige amtliche Mitteilung, daß Italien sein Versprechen in dieser Beziehung nicht halten könne, ist jedenfalls von Wichtigkeit. Darüber, ob die Italiener auch die an ihrer französischen Westgrenze in den Alpen getroffenen militärischen Vorbereitungen inzwischen auch zurückgezogen haben, ist hier bisher nichts bekannt geworden.

Herr Misu, ein alter Freund von mir, besuchte mich gestern. Er war ja auch bei Ihnen und hat über rumänische Verhältnisse mit Ihnen gesprochen. Aus seinen sonstigen ganz vertraulichen Mitteilungen an mich möchte ich erwähnen, daß er von London den Eindruck mitgebracht hat, England fühle sich sichtlich dadurch erleichtert, daß mit dem Zusammenbruche der Türkei ein Atout in dem Spiele des Dreibundes gegen die Entente weggefallen sei, und daß man infolgedessen jetzt Deutschland gegenüber in England sanftere Saiten aufziehe. Dabei spiele auch der Umstand mit, daß man in London anfange, das Anwachsen der Macht und des Einflusses Rußlands in Vorderasien unangenehm zu empfinden; die Beziehungen zwischen London und Petersburg hätten auch dadurch an Wärme verloren. Misu glaubt zu wissen, daß die Stellungen, die die Türken bisher auf persischem Gebiete innehatten und infolge des russischen Drucks kürzlich räumen mußten, nicht den Persern zurückgegeben worden, sondern einfach von russischen Truppen besetzt worden seien. Rußland habe sich dort also schon seinen Vorteil gesichert. Frankreich scheine in Syrien seine Interessen akzentuieren zu wollen.

Mit Bulgarien hoffe man in Bukarest auf dem Wege direkter Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Von russischer Seite sei der rumänischen Regierung nahegelegt worden, jede Einmischung der Mächte zu vermeiden und lieber direkt zu verhandeln. Das werde man in Bukarest auch tun. Er habe von seiner Regierung Maximal- und Minimalforderungen für die Verhandlungen mit Herrn Danew in London erhalten, außerdem noch mit allerlei Zwischenvarianten. Da würde sich schließlich wohl eine Einigung erzielen lassen. Man denke auch in Bukarest daran, Bulgarien ein Bündnis anzutragen, das für Bulgarien von Wert sein würde, weil es voraussichtlich mit Griechenland in Krieg geraten werde. Die Rückendeckung werde den Bulgaren sehr nützlich sein, und Rumänien werde nicht wieder in den Fehler verfallen, seine guten Dienste sich erst nachträglich mit vieler Mühe bezahlen zu lassen. Das Beste würde sein, wenn es gelänge, Bulgariens Anschluß an die Gruppe Rumänien-Zentralmächte zu erlangen. Ob das möglich sein werde, stehe dahin. Für wahrscheinlich halte er es nicht.

Ich möchte hier noch einige ganz vertrauliche Worte über den Grafen Berchtold hinzufügen. Es ist ja bekannt, daß Kaiser Franz Joseph erst den Grafen Berchtold gerufen hat, nachdem Graf Goluchowski und Graf Khuen* abgelehnt hatten, das Ministerium zu übernehmen. Der unbestrit-

---

* Graf Khuen-Hédervary, bis 17. April 1912 ungarischer Ministerpräsident.

tene Kandidat für diesen Posten war er nicht. Er ist klug, hat entschieden politisches Verständnis, aber er beherrscht das Technische seines Berufes durchaus nicht. Als Grandseigneur mißt er den demokratischen Notwendigkeiten — Presse, Parteirücksichten etc. — auch nicht genügendes Gewicht bei. Wenn Graf Aehrenthal alles allein machen wollte und die Leute in seinem Ministerium als stumme Diener unter seine Autorität gebeugt hatte, so besitzt Graf Berchtold zu wenig Autorität und steht wohl manchmal zu sehr unter dem Einfluß der Bureaux. Der freie Überblick scheint ihm manchmal zu fehlen. Von Diplomaten, die aus dem Ausland kommen, höre ich, daß man ihn dort allgemein für unfähig und faul hält. Beides ist er nicht. Aber, wie gesagt, er beherrscht nicht das große und schwierige Instrument, auf dem er zu spielen hat. Velleitäten, die führende Stellung im Dreibund an sich zu reißen, wie sie sein Vorgänger hatte, liegen ihm fern, und ich bin fest davon überzeugt, daß er wissentlich und absichtlich nie unfair uns gegenüber handeln wird. Ich habe wiederholt ihn sehr scharf angepackt darüber, daß wir solche Überraschungen, wie die Reise Schemuas nach Berlin* und dessen plötzliche Absetzung erleben müssen, und auch wegen seiner mangelnden Aufklärung über die sogenannten Garantien, die von Serbien zu verlangen sein würden, habe ich ihm energisch zugesetzt. Schemuas Reise nach Berlin ohne Avis war eine grobe Taktlosigkeit, aber irgendeine machiavellistische Tücke lag dabei auf Seite des Grafen Berchtold gewiß nicht vor. Wenn er uns nicht mit der erwünschten Klarheit über seine Pläne Serbien gegenüber Aufschluß gibt, so liegt dies daran, daß er klare Pläne nicht hat. Er behauptet, es sei unmöglich, ein festes Programm im voraus aufzustellen, weil die Gestaltung der Lage nicht allein von ihm abhinge. Darüber kann man verschiedener Meinung sein, aber ich glaube nicht, daß er uns gegenüber unaufrichtig ist. Ich habe mir sehr viel Mühe gegeben, ihn von der Nutzlosigkeit oder von der Gefährlichkeit solcher Garantien zu überzeugen, und ich glaube sagen zu können, daß ich, wenn er jetzt davon zurückgekommen ist, solche zu formulieren, daran nicht unbeteiligt bin. Auch bei General von Conrad, Marquis Bacquehem**, Herrn Sieghart***, die alle den Minister sehen, habe ich energisch in diesem den Frieden sichernden Sinne eingewirkt. Wie die Dinge allerdings auf die Länge sich im südslawischen Gebiete der Monarchie entwickeln werden, bleibt dahingestellt.

In den Delegationen hat man bisher dem Minister gegenüber die äußerste Rücksicht walten lassen, weil man ihm als Anfänger und im Hinblick auf die äußerst gespannte politische Lage keine Schwierigkeiten machen wollte. Ob das aber immer so bleiben wird, ist fraglich. Ich hatte heute ein langes vertrauliches Gespräch mit dem Referenten des auswärtigen Ausschusses der österreichischen Delegation Marquis Bacquehem.

* Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12405, 12422, 12433.
** Präsident des Verwaltungsgerichtshofs in Wien, Referent des auswärtigen Ausschusses der österreichischen Delegation.
*** Direktor der Wiener Boden-Kreditanstalt.

Dieser bestätigte mir das vorstehend Gesagte. Er wies auch darauf hin, daß es dem Grafen Berchtold nicht zu gelingen scheine, Gegenströmungen gegen seine Politik im Ministerium zu unterdrücken, denn es sei offenkundig, daß die Preßabteilung Sonderpolitik treibe. Dies habe sich besonders in der Prochaska-Affäre gezeigt, wo vom Leiter der amtlichen Presse, Herrn Kánia, zweifellos gehetzt worden sei. Die Prochaska-Sache werde wohl auch in den Delegationen noch ein unliebsames Nachspiel finden. Die Stimmung gegen Herrn von Kánia, besonders in slawischen Kreisen, sei sehr gereizt, und Herr Kramarš habe zum Beispiel gesagt: „Den Kánia zerreiße ich in der Luft, wenn er noch einmal in der Delegation erscheint." Auf meine Frage, warum Graf Berchtold sich unter diesen Umständen nicht von Herrn von Kánia trenne, entgegnete Marquis Bacquehem lächelnd: „Dazu ist er zu gutmütig." Die Preßabteilung im hiesigen Ministerium des Äußern ist von jeher sehr rührig gewesen. Graf Aehrenthal wendete sein Hauptaugenmerk auf die Presse und arbeitete von allen seinen Beamten am meisten mit Herrn von Kánia, der dadurch unter dem früheren Minister eine einflußreiche Stellung einnahm. Graf Berchtold kümmert sich wenig um die Presse und zieht Herrn von Kánia nicht mehr zu Rate. Dieser fühlt sich deshalb zurückgesetzt, und er frondiert. Ich habe manchmal Grund zu der Annahme, daß im Stillen aus dem Preßbureau des Ballplatzes mitunter Nachrichten und Stimmungsbilder, auch nach auswärts hin, verbreitet werden, die sich nicht im Einklange mit der amtlichen Politik und den Intentionen der Regierung befinden.

Es lag mir daran, Ihnen ein objektives Bild über den Grafen Berchtold mit seinen Vorzügen und Fehlern zu geben. Denn die Hauptsache ist, daß man klar sieht, mit wem man es zu tun hat. Ummodeln kann man fremde Staatsmänner und Staaten leider nicht, man muß sie nehmen, wie sie sind, und danach handeln. Österreich-Ungarn ist, besonders wegen seiner Balkaninteressen und seiner inneren Struktur, sicherlich kein bequemer Bundesgenosse für uns. Aber als Bismarck zwischen Rußland und Österreich für letzteres optierte, war er sich über die Schattenseite dieses gewählten Freundes ganz klar, wie in den „Gedanken und Erinnerungen"* zu lesen. Uns und mir insbesondere liegt die Aufgabe ob, mit Geduld, Takt und eventuell mit Nachdruck die auftauchenden Interessengegensätze auszugleichen, damit der hohe Zweck, die Sicherheit des europäischen Zentralblocks dem Drucke der Peripherie gegenüber aufrecht zu erhalten, gewahrt werde. Die Aufgabe ist nicht immer leicht. Ich werde mich aber nach wie vor bemühen, ihr mit Ruhe und Objektivität, und gestützt auf die mir zur Verfügung stehenden zahlreichen Verbindungen in diesem komplizierten Staatswesen, gerecht zu werden, und bin der festen Überzeugung, daß ein Ausgleich und eine Harmonie der großen Interessen beider Reiche stets zu finden sein werden.

von Tschirschky

---

* II, 234ff.

Nr. 12594

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 912 Berlin, den 31. Dezember 1912
[abgegangen am 1. Januar 1913]

Der türkische Geschäftsträger* hat hier im Namen seiner Regierung dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Mächte möchten die Beilegung der Differenzen mit den Balkanstaaten in die Hand nehmen und insbesondere dafür sorgen, daß Adrianopel der Türkei verbleibe.

Ich habe dem Geschäftsträger erwidert, daß wir uns vor endgültiger Stellungnahme zu dieser Anregung zunächst mit unseren Verbündeten ins Benehmen setzen müßten. Als meine persönliche Ansicht sprach ich aus, daß die Mächte sich lediglich für Albanien und die ägäischen Inseln interessierten und daher voraussichtlich wenig Neigung verspüren dürften, der Türkei die Sorge um die Zukunft Mazedoniens und Adrianopels abzunehmen. Den Mächten komme es vor allem darauf an, den Frieden Europas aufrechtzuerhalten und daher tunlichst die Erörterung von Fragen zu vermeiden, die sie nicht direkt interessieren, deren Behandlung indes Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten bieten könne. In dieser Hinsicht sei besonders bemerkenswert, daß England, Frankreich und Rußland der Pforte schon nachdrücklich den Rat erteilt hätten, die Verhandlungen in London nicht an der Frage von Adrianopel scheitern zu lassen. Ich könnte der türkischen Regierung auch nur dringend raten, bei der Formulierung der Friedensbedingungen Mäßigung walten zu lassen.

Ew. pp. bitte ich, vorstehendes bei der dortigen Regierung zu verwerten und deren Auffassung hierher mitzuteilen.

Zimmermann

Nr. 12595

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 623 Konstantinopel, den 31. Dezember 1912

Noradunghian äußerte heute, daß, wenn er auch persönlich Verzicht auf Adrianopel für unbedenklich halte, er mit dieser Ansicht gänzlich allein

* Galib Kémali Bey.

stehe. Der Sultan und die gesamte Armee hielte an Adrianopel fest*. Ähnlich so sprach sich Großwesir aus. In der letzten Woche ist Angelegenheit noch mehr wie bisher zu einer innerpolitischen Frage geworden. Keine Partei würde es dulden, daß die andere die Festung aufgäbe. Vielfach wird hier an eine bereits vollzogene geheime Verständigung zwischen Türkei und Bulgarien geglaubt.

Wangenheim

Nr. 12596

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 Sofia, den 31. Dezember 1912

Ministerpräsident Geschow sagt mir, daß, falls türkische Delegierten sich in morgiger Sitzung nicht nachgiebig zeigten, der Abbruch der Verhandlungen seitens der Alliierten wahrscheinlich beschlossen werden würde.

Bezüglich Adrianopels schien der Minister heute mehr wie sonst der schwierigen Lage Rechnung tragen zu wollen, in die die türkische Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber durch eine Preisgebung der Festung gelangen würde. Man rechnet jetzt hier damit, daß sich dieselbe nicht mehr länger wie drei Wochen wird halten können, da Überläufer über steigende Hungersnot unter der Bevölkerung berichten.

Below

Nr. 12597

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 St. Petersburg, den 2. Januar 1913

Graf Thurn hat Herrn Sasonow gestern abend im Auftrage des Grafen Berchtold ausführlich dargelegt, weswegen die erhöhten Kompagniebestände vorläufig noch nicht verringert werden könnten**. Die Verstärkungen richteten sich keineswegs gegen Rußland usw. Wenn nun Rußland glaube, im Hinblick hierauf seine Reserven auch nicht entlassen zu

---

* In demselben Sinne hatte sich Noradunghian schon am 30. Dezember gegenüber dem österreichischen und dem französischen Botschafter ausgesprochen. Telegramm Markgraf Pallavicinis an Graf Berchtold vom 30. Dezember (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 104). Telegramm Bompards an Poincaré vom gleichen Tage (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 33).

** Vgl. Nr. 12580.

können, so würde Österreich in der Zurückbehaltung der Mannschaften über den 31. Dezember (alten Stils) hinaus keinerlei gegen die Monarchie gerichtete Maßnahmen erblicken.

Herr Sasonow hat die in freundschaftlichem Ton gehaltene Mitteilung entsprechend entgegengenommen, aber dabei bemerkt, daß die russischen Reserven unter diesen Umständen wohl zurückbehalten werden würden*.

Lucius

Nr. 12598

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 London, den 2. Januar 1913

Osman Nisami Pascha suchte mich heute früh auf, um mir zu sagen, daß über alle Punkte zwischen den Türken Einigung erzielt sei bzw. eine Verständigung möglich wäre bis auf einen: Adrianopel**. Hierin nachzugeben sei für die Türkei vollkommen unmöglich, und zwar nicht nur aus militärischen Gründen, die es dringend geboten erscheinen ließen, diese Festung zu behalten, die nur etwa 300 Kilometer von Konstantinopel

---

* Näheres über die am 1. Januar stattgefundene Unterredung zwischen Sasonow und Graf Thurn nach einem Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg Louis vom 2. Januar und nach Äußerungen des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff zu seinem Kollegen P. Cambon bei R. Poincaré, Au Service de la France, III, 15ss.

** Über den Verlauf der Verhandlungen der Friedenskonferenz, die am 1. Januar unter dem Vorsitz von Veniselos stattfanden, liegt kein Bericht von großmächtlicher Seite vor, da keine der sechs Mächte an den Verhandlungen teilnahm. Näheres über das Ergebnis der Sitzung vom 1. Januar siehe in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 491. Danach unterbreitete zunächst der türkische erste Delegierte Reschid Pascha die türkischen Vorschläge in einer von den am 28. Dezember bekannt gegebenen fünf Punkten (vgl. Nr. 12581) abweichenden Form: 1. Die Türkei tritt alle Gebiete westlich des Wilajets Adrianopel ab; 2. Albanien wird autonom, die Bestimmung seiner Grenzen und seiner politischen Verfassung wird den Großmächten überlassen; 3. Bezüglich des Wilajets Adrianopel verhandelt die Türkei wegen der Festsetzung der türkisch-bulgarischen Grenze allein mit Bulgarien. Danach verlas Veniselos im Namen der Delegierten der Verbündeten folgende Antwort: „Die Verbündeten nehmen Kenntnis von der Abtretung der Gebiete westlich des Wilajets Adrianopel unter der bestimmten Bedingung, daß diese Abtretung sich nicht nur auf die okkupierten, sondern auch auf die Gebiete bezieht, die noch nicht vollständig okkupiert sind. Was Albanien betrifft, so beharren die Verbündeten auf ihren früheren Vorschlägen. Die türkischen Vorschläge über das Wilajet Adrianopel sind unannehmbar, da sie zu separaten Abkommen führen müßten, und da sie außerdem nicht das verlangte Gebiet gewähren. Die ottomanischen Vorschläge über die ägäischen Inseln und Kreta sind ebenfalls unannehmbar. Die Verbündeten halten ihre frühere Forderung auf Abtretung der Inseln und auf Verzicht aller türkischen Rechte auf Kreta aufrecht."

entfernt lag, und die Grenze nicht noch näher zu rücken. Adrianopel sei für die Osmanen etwa, was Moskau für die Russen sei, die ehemalige Residenz mit zahlreichen Heiligtümern und Moscheen, und keine Regierung könne es wagen, dieselbe preiszugeben. Auch Seine Majestät der Sultan, der sich sonst nicht in die Einzelheiten der Verhandlungen mische, sei in diesem einen Punkte unnachgiebig. Die Türkei wünscht nach dem Friedensschluß gute Beziehungen zu Bulgarien zu unterhalten, was aber unmöglich würde, wenn Adrianopel in bulgarische Hände käme, da alsdann der Wunsch, es wieder zu erobern, zu neuen Kriegen führen würde.

Falls nicht die Mächte einen Druck auf die bulgarische Regierung ausübten, der namentlich von Österreich aus sehr wirkungsvoll sein würde, sei das Scheitern der hiesigen Verhandlungen und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Bestimmtheit zu erwarten. Ich entgegnete ihm in Übereinstimmung mit den allerhöchsten Weisungen, daß wir den Türken nur zur Mäßigung raten könnten und es nicht verstehen würden, wenn die Friedensaussichten durch die Schroffheit des ottomanischen Standpunkts vernichtet werden sollten. Die Türkei würde alsdann jedenfalls von keiner Seite Unterstützung zu erwarten haben. Er erwiderte, man habe sich durch die Preisgabe der gesamten europäischen Türkei mit alleiniger Ausnahme des Gebiets um Adrianopel sehr entgegenkommend gezeigt, mehr sei von ihm nicht zu erwarten.

Lichnowsky

Nr. 12599

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 London, den 2. Januar 1913

Sir E. Grey bittet mich, heute mittag zu ihm zu kommen, um noch vor der Sitzung* mit ihm zu sprechen. Zunächst übermittelte ich ihm den Dank Euerer Exzellenz für seine Beileidskundgebung**. Er nahm hierbei Anlaß, dem verstorbenen Staatsmann noch einige warme Worte zu widmen, die sich namentlich auf seine Haltung in der letzten Krise und

---

* Am 2. Januar sollte die seit dem 20. Dezember vertagte Botschafterreunion wieder zusammentreten.

** Am 30. Dezember 1912 war Staatssekretär von Kiderlen bei einem Besuche in Stuttgart am Herzschlage gestorben. Nach den Urteilen der französischen Diplomaten Jules Cambon (Bericht vom 20. Januar; Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 49s.) und Bompa rd(Bericht vom 3. Februar, a. a. O., II, 66) bedeutete sein Tod einen Wechsel in der deutschen Balkanpolitik im Sinne einer Rückkehr zu dem System Freiherrn von Marschalls und größerer Freiheit für dessen Nachfolger und Gesinnungsgenossen Freiherrn von Wangenheim.

auf die Förderung bezogen, die Herr von Kiderlen-Waechter dem deutsch-britischen Zusammengehen habe angedeihen lassen.

Hierauf sagte er mir, daß, falls ich damit einverstanden sei, die Abgrenzung Albaniens heute nachmittag nicht verhandelt würde, da namentlich die Italiener die Besprechung der Angelegenheit noch etwas hinauszuschieben wünschten. Die Skutarifrage gibt dem Minister noch immer zu Bedenken Anlaß, doch hofft er, daß zwischen Wien und Petersburg eine direkte Verständigung sich werde erzielen lassen*.

Er schlug vor, heute nachmittag die Inseln zu besprechen, und meinte, daß hierüber zwischen Graf Benckendorff und Herrn Veniselos Verhandlungen stattfänden. Sir E. Grey sagte, daß, falls Rußland seinen ursprünglichen Standpunkt, wonach die vier die Dardanellen beherrschenden Inseln nicht an Griechenland fallen sollten, aufgebe und sich mit einer Neutralisierung begnüge, auch die britische Regierung sich mit dieser Lösung einverstanden erklären würde.

Ich entgegnete, daß wir nur in zweiter Linie an der Frage beteiligt seien und uns daher dem englischen Standpunkt anschließen würden, und werde heute nachmittag die Ansicht vertreten, daß Autonomie aller bisherigen türkischen Inseln, mit Ausnahme Kretas, etwa unter griechischem Protektorat und Neutralisierung eine annehmbare Lösung erschiene, falls sie von den übrigen Mächten gewünscht und vorgeschlagen wird.

Lichnowsky

Nr. 12600

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 London, den 2. Januar 1913

Bei Eröffnung der heutigen Sitzung** gab Sir E. Grey namens der versammelten Botschafter sowie in seinem Namen dem schmerzlichen Bedauern über das Ableben des Herrn von Kiderlen Ausdruck und bat mich, dasselbe nach Berlin zu übermitteln.

Sodann erklärte Graf Benckendorff, als die ägäischen Inseln zur Sprache kamen: „La Russie ne s'oppose pas à la réunion de toutes les îles de la mer égée à la Grèce sous la réserve de la neutralisation pour les quatre îles comportant les conditions suivantes:

1) Engagement de la part de la Grèce de raser les fortifications existantes tant militaires que navales.

---

* Über die inzwischen geführten direkten Verhandlungen Österreich-Ungarns und Rußlands vgl. Nr. 12586, Fußnote **.

** Vgl. zu der Sitzung vom 2. Januar auch den Bericht des österreichischen Militärattachés Major Horváth vom 3. Januar, Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 27f.

2) Engagement de ne jamais ériger nouvelles fortifications ou autres constructions de défense.

3) Engagement de ne pas utiliser les îles pour les opérations militaires ou dans des buts stratégiques quelque soit la puissance contre [laquelle] la Grèce serait en guerre.

4) De ne pas céder à aucune autre puissance les droits de possession d'exploitation ou d'autres droits qu'obtiendra la Grèce par le fait de la réunion des îles au royaume."

Mein österreichisch-ungarischer und italienischer Kollege erklärten, die Zustimmung ihrer Regierung zu obiger Verlautbarung einholen zu wollen, während mein französischer und englischer Regierungskollege erklärten: „qu'ils ne s'opposent pas à la réunion de toutes les îles à la Grèce sous des conditions déterminées". Ich sagte, daß wir an dem Schicksal der Inseln nicht unmittelbar interessiert seien, ich mich daher jedes Antrags enthalten wollte, auch glaubte ich sagen zu können, daß meine Regierung den Beschlüssen der anderen Mächte über das Schicksal der Inseln sich anschließen würde. Als meine rein persönliche Ansicht gab ich zu verstehen, daß die Ausdehnung der russischen Reserven hinsichtlich der vier den Dardanellen vorgelagerten Inseln auch auf die übrigen ägäischen Inseln, falls dieselben Griechenland einverleibt werden sollten, den in der Sitzung vom 18. v. Mts. (Telegramm Nr. 210*) gefaßten Beschlüssen hinsichtlich der Neutralisation der ägäischen Inseln entsprechen würde.

Mein französischer Kollege regte die Frage an, ob die Insel Thasos nicht Bulgarien einverleibt werden sollte wegen ihrer Nähe an der Küste, die nach dem Friedensschluß bulgarisch werden würde. Sir E. Grey erwiderte, daß Griechen und Bulgaren über diesen Punkt selbst zu einer Einigung kommen müßten. Mein russischer und französischer Kollege erklärten hierauf, daß ihre Regierungen nichts gegen eine Einverleibung von Thasos in Bulgarien einzuwenden hätten.

Hinsichtlich Kretas erklärte sich Sir E. Grey und mein französischer und russischer Kollege bereit, die Abtretung der Insel an Griechenland vorzuschlagen. Dem stimmte Marquis Imperiali zu mit der Reserve, daß Italien alsdann erwarte, daß Griechenland seine Ansprüche auf Südalbanien mäßige.

Schließlich wurde mit der Möglichkeit gerechnet, daß die morgige Sitzung der Friedensdelegierten ergebnislos verlaufe und dieselben sich alsdann vielleicht genötigt sähen, sich zur Vermittlung in dem Streit um Adrianopel an die Vertreter der Großmächte zu wenden. Da eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unter allen Umständen zu verhindern sei, wollten wir die Möglichkeit schaffen, ihre Wünsche zu besprechen, und es wurde die nächste Sitzung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr anberaumt. Nicht unerwähnt möchte ich noch lassen, daß beschlossen wurde, den neu ernannten rumänischen Gesandten Herrn Misu gelegentlich zur Vernehmung vorzulassen.

Lichnowsky

---

* Siehe Nr. 12549.

Nr. 12601

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 3 Berlin, den 3. Januar 1912

Antwort auf Telegramme Nr. 3, 4*.

Ew. pp. bitte ich, Sir Edward Grey im Namen des Herrn Reichskanzlers und der Kaiserlichen Regierung für die warmen Worte zu danken, die er dem Andenken des verewigten Staatssekretärs gewidmet hat. Zugleich wollen Sie den Minister bitten, diesen Dank auch der Botschafterversammlung zu übermitteln.

Mit russischen Vorschlägen wegen ägäischer Inseln einverstanden, sofern Österreich und Italien zustimmen. Ebenso mit Überlassung von Thasos an Bulgarien. Bei Konkurrenz griechischer und bulgarischer Wünsche bitte ohne auffälliges Empressement grundsätzlich für letztere eintreten.

Entscheidung Streits um Adrianopel durch Großmächte schon deswegen äußerst unerwünscht, weil dadurch Keime für künftige formelle Konferenz gelegt werden könnten. Andrerseits läßt sich zurzeit nicht übersehen, ob Ablehnung etwaiger Vermittelungsanträge tunlich. Bitte daher sich bei eventueller Besprechung streng neutral verhalten und alle Anregungen lediglich ad referendum entgegennehmen.

Zimmermann

Nr. 12602

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 13 Berlin, den 3. Januar 1913

Zu Ew. pp. gefälligen Information und zur Verwertung.

Graf Berchtolds Hoffnung, daß Rußland in der Skutarifrage mit sich reden lassen wird**, scheint uns reichlich optimistisch zu sein. Denn nach allen hier vorliegenden Nachrichten betrachtet Herr Sasonow den Erwerb von Skutari nach wie vor als eine Lebensfrage für Montenegro. Daß er sich von dieser Auffassung abbringen lassen wird, ist wohl kaum zu erwarten.

---

* Siehe Nr. 12599, 12600.

** Vgl. Nr. 12586, nebst Fußnote **.

Sir Edward Grey hat bereits erklärt, daß er den russischen Standpunkt zu unterstützen gedenkt. Auf die Unterstützung Frankreichs wird Herr Sasonow ohne weiteres zählen dürfen. Diesem geschlossenen Auftreten der Tripelentente gegenüber dürfte es schwer halten, die österreichischen Wünsche durchzusetzen. Zum mindesten wäre hierzu erforderlich, daß auch Italien für diese Wünsche eintritt. Dies scheint aber nach dem in Abschrift anliegenden Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Rom vom 26. v. Mts.* nicht der Fall zu sein.

Zimmermann

Nr. 12603

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 431 Paris, den 30. Dezember 1912
[pr. 3. Januar 1913]

Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat dieser Tage Herrn Poincaré zu bemerken gehabt, seine Regierung vermöge sich der aus den Reden des französischen Ministerpräsidenten in der Kammer und im Senat** hervorgehenden Auffassung nicht anzuschließen, als ob den Vereinbarungen der Botschafter in London die Bedeutung einer endgültigen Lösung der behandelten Fragen zukomme.

Bei dieser Gelegenheit hat Herr Poincaré wieder dem Botschafter im Tone des Bedauerns von den unausgesetzten Rüstungen der Doppelmonarchie gesprochen, die nach wie vor ein Element der Beunruhigung für ganz Europa bildeten***. Es fehle für dieselben an plausiblen Gründen, nachdem erwiesen sei, daß auf russischer Seite nichts geschehen sei, was dieselben rechtfertigen könnte, und ferner kein Zweifel bestehe, daß Serbien seine Forderung territorialer Ausdehnung bis zur Adria fallen lasse. Österreich-Ungarn habe ja in diesem Punkte in London einen diplomatischen Erfolg erreicht, der ihm die Rückkehr zu freundlicherer Auffassung der Lage ermögliche.

Graf Szécsen hat erwidert, wenn man hier immer wieder versichere, daß in Rußland keinerlei militärische Maßregel getroffen sei, welche Österreich-Ungarn zu beunruhigen geeignet wäre, so sei dem entgegenzuhalten,

---

* Siehe Nr. 12587.

** Vgl. Nr. 12588, S. 98, Fußnote.

*** Eine wesentlich abweichende Auffassung vertrat der französische Botschafter in London P. Cambon in einem Telegramm vom 3. Januar: „J'ai dit à mon collègue russe et à Sir Ed. Grey qu'à mon avis, il n'y a pas lieu de s'émouvoir des armements autrichiens." Der gleichen Ansicht huldigte nach P. Cambon auch Sir E. Grey. R. Poincaré, Au Service de la France, III, 17.

daß die russische Heeresleitung im Herbst die gedienten Mannschaften nicht entlassen habe. Das bedeute eine ungewöhnliche Verstärkung der unter den Waffen stehenden russischen Armee um rund 400000 Mann, immerhin eine so beträchtliche Kräftesteigerung, daß ihr gegenüber Österreich-Ungarn nicht gleichgültig bleiben könne. Was Serbien betreffe, so sei allerdings an der nachgiebigeren Stimmung der Belgrader Regierung nicht zu zweifeln. Die Frage bleibe aber offen, ob die Regierung in der Lage sein würde, ihre Entschlüsse zur Durchführung zu bringen. Die Vorgänge in der Sache der Konsuln hätten klar ergeben, daß die Regierungsgewalt gegenüber der Willkür der Armeeführer ohnmächtig gewesen sei. Auch jetzt wieder sollen die Führer der in Albanien bis an die Küste vorgedrungenen serbischen Truppen erklärt haben, daß sie unter keinen Umständen die besetzten Punkte wieder räumen würden*. Angesichts dieser Zustände könne die österreichisch-ungarische Staatsleitung nicht davon Abstand nehmen, für alle Eventualitäten nach wie vor bereit zu sein.

v. Schoen

Nr. 12604

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 6 Berlin, den 3. Januar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 3**.

Wie Graf Szögyényi mitteilt, hat Graf Berchtold den Grafen Mensdorff instruiert, für Bevölkerung ägäischer Inseln Garantien zwecks Besserung ihrer Lage und Einführung autonomen Regimes zu verlangen. Falls von anderer Seite weitergehende Vorschläge erfolgen, soll Botschafter Idee des Marquis di San Giuliano aufnehmen, wonach die vier Inseln an Dardanellen sowie Mytilene und Chios türkisch bleiben, alle anderen unter Bedingung griechisch werden, daß sie weder befestigt noch zur Flottenbasis gemacht werden dürfen. Als Entgelt müsse Griechenland bei Abgrenzung Albaniens entgegenkommen.

Bitte in Inselfrage im engsten Einvernehmen mit österreichischem und italienischem Kollegen vorgehen.

Zimmermann

---

* Vgl. Nr. 12585.
** Siehe Nr. 12601.

Nr. 12605

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 15 Berlin, den 3. Januar 1913

Zu Ew. pp. gefälligen Information.

Der der Person Seiner Majestät des Kaisers und Königs attachierte russische General von Tatischtschew hat am 1. Januar dem Chef des Generalstabes von Moltke und dem Generaladjutanten von Plessen gesagt, er habe aus Petersburg den Auftrag erhalten, hier mitzuteilen, daß Rußland in Wien die Demobilisierung der an der russischen Grenze aufgestellten Truppen bis zum russischen Neujahr angeregt und für den Fall, daß dieser Anregung keine Folge gegeben werde, die Mobilmachung des Militärbezirks Kiew in Aussicht genommen habe*. Als Graf** Moltke und Herr von Plessen den General darauf aufmerksam machten, daß die von Rußland geplante Maßregel einigermaßen eigentümlich berühren und die russische Regierung darauf gefaßt sein müsse, im Falle eines Konflikts mit der Doppelmonarchie Deutschland an Österreichs Seite zu finden, war Herr von Tatischtschew anscheinend bemüht, die Tragweite seiner Mitteilung abzuschwächen.

Ich habe noch am Neujahrstage den Grafen Szögyényi vom vorstehenden in Kenntnis gesetzt und ihm anheimgestellt, seine Regierung zu verständigen. Der Botschafter las mir darauf einen Erlaß vor, den Graf Berchtold in der Mobilisierungsfrage an Graf Thurn gerichtet hatte. Danach hat Österreich in Petersburg erklären lassen, daß an der Nordostgrenze der Monarchie, in Galizien, überhaupt keine Mobilisierungen stattgefunden hätten. Es seien dort lediglich die unternormalen Kompagniestände aufgefüllt und so die Versäumnisse früherer Regierungen gutgemacht worden. Die Kompagnien seien erst jetzt nach Durchführung dieser Maßregel so stark, wie sie auf Grund der Gesetze längst hätten sein sollen, und wie sie in den Armeen anderer Länder auch in den ruhigsten Zeiten jahraus jahrein erhalten werden. Die Erhöhung der Stände auf die Normalzahl sei von der gegenwärtigen politischen Konstellation völlig unabhängig, sei als dauernde Maßregel gedacht und enthalte keinerlei Spitze gegen Rußland. Glaube Rußland trotzdem, seine Reserven noch über den 31. Dezember alten Stils zurückbehalten zu müssen, so liege hierfür zwar nach Ansicht des Grafen Berchtold kein Grund vor. Eine gegen die Monarchie

---

* Die von Rußland angedrohte Mobilmachung des Militärbezirks Kiew ist — wohl infolge der deutschen Stellungnahme — unterblieben. Nachträglich wollte der russische Ministerpräsident Kokowzow überhaupt in Abrede stellen, daß sie ernstlich geplant gewesen sei. Vgl. Nr. 12619.

** Bei der Bezeichnung des Generals von Moltke als „Graf" liegt ein Versehen des Konzipienten vor.

gerichtete Maßnahme werde aber die österreichisch-ungarische Regierung in der Zurückbehaltung der russischen Mannschaften nicht erblicken. — Was die militärischen Maßregeln Österreichs an der Südgrenze, insbesondere in Bosnien und der Herzegowina anlange, so seien diese nach den Erfahrungen des Jahres 1909 und nach der Sprache, die Serbien auch in der gegenwärtigen Krisis wieder führe, leider nicht zu umgehen gewesen. Österreich wünsche selbst am lebhaftesten, sie so bald wie möglich rückgängig zu machen, und werde mit entsprechenden Schritten nicht zögern, sobald Serbiens Haltung solche zulasse.

Ich habe dem Grafen Szögyényi erwidert, daß die ausführlichen und loyalen Darlegungen seines Ministers sicherlich dazu beitragen würden, das russische Mißtrauen zu mildern. Immerhin schiene mir die Demarche des Generals von Tatischtschew ein Beweis, wie ernst Rußland die Sache auffasse. In der offenbar tiefgehenden Beunruhigung des Petersburger Kabinetts lägen Keime zu Schwierigkeiten und Konflikten. Es schiene mir daher ratsam, daß Österreich die Mobilisierungsfrage mit großer Vorsicht behandle*.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Demarche des Herrn von Tatischtschew eine Spezialbotschaft des Zaren an Seine Majestät den Kaiser und König zu Grunde liegt. Der General hat Seiner Majestät heute im Auftrage des Zaren folgende Mitteilung gemacht:

„Auf österreichischer Seite sind Truppenverstärkungen vorgenommen, welche den russischen Kaiser dazu genötigt haben, zum Zweck der Verteidigung ebenfalls Verstärkungen vorzunehmen. Es ist den Österreichern vorgeschlagen, die an der russischen Grenze angeordneten Verstärkungen zu entlassen. Sollte auf diesen Vorschlag oder Anfrage keine befriedigende Antwort erfolgen, so würde sich der Zar genötigt sehen, Kiew, aber nur den Bezirk Kiew, mit neuen Verstärkungen zu versehen."

Seine Majestät der Kaiser hat geantwortet:

„Ich danke Seiner Majestät dem Zaren für die Mitteilung, die er mir durch Sie machen läßt. Wie ich höre, finden gegenwärtig auf diplomatischem Wege freundschaftliche Besprechungen zwischen der russischen und der österreichischen Regierung über die beiderseitigen militärischen

---

* Vgl. dazu auch die Äußerungen Reichskanzler von Bethmann Hollwegs zu dem französischen Botschafter Jules Cambon, über die dieser in einem Telegramm vom 4. Januar meldet: „Parlant de l'Autriche et de la Russie, le chancelier m'a dit, qu'il avait toujours fait ses efforts pour amener une détente entre elles, qu'il avait travaillé et continuait à travailler énergiquement en ce sens à Vienne et qu'il aimait à penser que, de leur côté, les amis et alliés de la Russie donnaient aussi des conseils de prudence et de calme à Saint-Pétersbourg." R. Poincaré, Au Service de la France, III, 22. Es ist bezeichnend, daß Jules Cambon diese Mahnung des deutschen Kanzlers, wie er selbst anführt, zu Boden gleiten ließ; bezeichnender noch, daß die französische Regierung, weit entfernt, das deutsche Beispiel mäßigender Einwirkung auf den Bundesgenossen nachzuahmen, fortfuhr, Petersburg gegen Wien aufzuwiegeln. Vgl. das Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 6. Januar. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 24.

Maßnahmen statt. Ich hoffe aufrichtig, daß hierbei eine Verständigung erzielt und Komplikationen vorgebeugt wird, die nach meiner Überzeugung in den tatsächlichen Verhältnissen keinen Grund finden*."

Graf Szögyényi ist von der Mitteilung des Zaren und der Antwort Seiner Majestät unterrichtet worden.

Zimmermann

Nr. 12606

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm**

Nr. 5 Berlin, den 4. Januar 1913

Der der Person Seiner Majestät des Kaisers attachierte General Tatischtschew hat allerhöchstdemselben im Auftrage des Zaren mitgeteilt, die russische Regierung habe der österreichischen Regierung vorgeschlagen, die an der russischen Grenze angeordneten Truppenverstärkungen rückgängig zu machen. Sollte auf diesen Vorschlag keine befriedigende Antwort erfolgen, so würde sich der Zar genötigt sehen, den Militärbezirk von Kiew mit neuen Verstärkungen zu versehen.

Wie Ew. pp. und auch der englischen Regierung bekannt sein dürfte, sind die in der Einstellung von 400000 Reservisten bestehenden militärischen Maßnahmen Rußlands denjenigen Österreichs vorangegangen. Wenn Rußland jetzt, ohne eine Rückgängigmachung dieser Maßnahmen in Erwägung zu nehmen, sogar eine noch weitere Erhöhung seiner Kriegsbereitschaft in Aussicht stellt, so ist dies Vorgehen schwerlich geeignet, einem schnellen und glatten Ausgleich der noch bestehenden Gegensätze, an dem wir bisher mit England gemeinschaftlich und erfolgreich gearbeitet haben, die Wege zu ebnen.

Ew. pp. bitte ich, hiervon Sir E. Grey ganz persönlich und mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine persönliche Mitteilung des Zaren an Seine Majestät handelt, ganz vertraulich Kenntnis geben zu wollen und über die Aufnahme Ihrer Mitteilung telegraphisch zu berichten***.

---

* Vgl. auch Kaiser Wilhelms II. Brief an den Zaren vom 3. Januar (Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. W. Goetz, p. 412 f.), in dem es unter anderem heißt: „I thank you for your message Tatischeff transmitted to me, who will already have returned my answer to you. I trust that also this matter may be brought to a satisfactory issue and the difficulties which have risen overcome."

** Das Konzept trägt zahlreiche Korrekturen des Reichkanzlers Bethmann Hollweg.

*** Am 6. Januar meldete Fürst Lichnowsky (Nr. 13): „Habe Sir E. Grey heute vertraulich Mitteilung gemacht. Derselbe schien hiervon nichts zu wissen und hatte lediglich erfahren, daß österreichischerseits, wie auch die heutige ‚Times' hervorhebt, eine Verlängerung der Dienstpflicht der sonst zur Entlassung kommenden Mannschaften über den 1. Januar alten Stils hinaus nicht als eine Maßnahme aufgefaßt werden würde, die als ein Druck auf Österreich gedeutet werden könnte."

Österreich vertritt uns gegenüber den Standpunkt, daß es sich bei seinen militärischen Maßnahmen an der galizischen Grenze lediglich um die Auffüllung ganz ungenügender Friedensstände handelt, mithin um die Nachholung einer Säumnis, die Rußland und wir niemals begangen haben.

Zimmermann

Nr. 12607

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1 Wien, den 2. Januar 1913
Ganz vertraulich [pr. 4. Januar]

Graf Berchtold hat in Ergänzung der Herrn von Giers auf dessen freundschaftliche Demarche wegen der militärischen Maßnahmen an der Grenze gegebenen Antwort* an den Grafen Thurn eine sehr eingehende Instruktion gesandt als Unterlage für seine Besprechung mit Herrn Sasonow über diesen Gegenstand. Das betreffende Schriftstück hat mir Graf Berchtold heute vorgelesen. Er wird es auf meine Anregung durch Graf Szögyényi zu Euerer Exzellenz Kenntnis bringen lassen, da es zu umfangreich war, um nach einmaligem Hören den Inhalt erschöpfend wiedergeben zu können**.

Das Schriftstück ist in durchaus versöhnlichem Geiste abgefaßt. Es wird darin betont, und Graf Berchtold führte dies mir gegenüber noch besonders aus, daß die Unterhaltung über die militärischen Maßnahmen zwischen den beiden Regierungen selbstverständlich nur in unoffizieller Weise geführt werden könnte, weil ein Staat eine amtliche Kritik und Beeinflussung seiner Militärhoheit nicht zulassen könne. Es wird dann weiter unterschieden zwischen der rein militärischen und der politischen Seite der Frage und in ersterer Beziehung ausführlich dargelegt, daß die infolge der anfänglich von Rußland vorgenommenen und Beunruhigung verursachenden Probemobilisierung diesseits ergriffenen Maßnahmen nur in der Ausfüllung von Lücken, nicht aber etwa in Truppenverschiebungen bestanden hätten. Wenn übrigens Rußland der Ansicht wäre, daß es am 1. Januar russischen Stils die Reserven nicht werde entlassen können, so würde man darin hier keinerlei beunruhigendes Symptom erblicken. An der südlichen Grenze der Monarchie lägen die Dinge allerdings etwas anders. Gegenüber den Erfahrungen von 1909 und der Unberechenbar-

* Vgl. Nr. 12580.
** Das Schriftstück findet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amtes.

keit der serbischen Volksstimmung und der Ungewißheit, wie sich die Militärpartei dort nach Rückkehr der serbischen Armee in die Heimat stellen werde, sei es Pflicht der Monarchie, als einzige angrenzende Großmacht, selbst mit dem an sich wahnsinnigen Gedanken einer serbischen Aggressive zu rechnen. Außerdem müsse die Monarchie ihre Grenzländer vor politischen Treibereien schützen. Hoffentlich würden die Friedensverhandlungen und die Besprechungen in London bald beendigt werden, und dann würde der Zeitpunkt gekommen sein, um nach der serbischen Demobilisierung auch diesseits in normale Bahnen wieder einzulenken.

Graf Berchtold konnte mir auch schon Kenntnis von der Antwort des Grafen Thurn geben, die eben eingetroffen war. Danach haben die diesseitigen Eröffnungen bei Herrn Sasonow freundliche Aufnahme gefunden. Besonders die Versicherungen, daß keine Truppenverschiebungen auf österreichischer Seite erfolgt seien, und daß Österreich in der Zurückhaltung der russischen Reservisten auch über den 1. Januar hinaus nicht Beunruhigendes erblicken werde, hätten im Zusammenhang mit dem friedlichen und freundschaftlichen Geist der ganzen Demarche einen sichtlich guten Eindruck auf den russischen Minister gemacht. Graf Berchtold wird auch diese Antwort des Grafen Thurn in Berlin in extenso mitteilen lassen*. Er glaubt annehmen zu können, daß durch diese offene und eingehende Aussprache ein guter Schritt zur Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen mit Petersburg getan sei.

In einer vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit dem Minister hatte, hatte der Minister Gelegenheit genommen, mir gegenüber zu bemerken, daß er, wie er mir schon gesagt, zunächst geneigt gewesen wäre, de faire un geste zur Beruhigung der Russen. Der Kriegsminister habe aber die Ausfüllung der Lücken an der Grenze durch reguläre Truppen zurzeit für nicht tunlich erklärt. Eine entgegenkommende Haltung Österreichs über das jetzige Maß sei auch wesentlich erschwert durch die heftige Kampagne, die vor allem von Paris aus gegen Österreich und dessen vermeintliche aggressive Rüstungen geführt würde. Es habe ganz den Anschein, als ob von Frankreich aus — ob auf russischen Wunsch, wolle er nicht untersuchen — ein Druck auf Österreich beabsichtigt sei**. Es müsse aber selbst der Anschein vermieden werden, als würde Österreich einem solchen äußeren Drucke weichen, und hierin habe er vor allem seinen kaiserlichen Herrn sehr empfindlich gefunden. Die Tatsache allein, daß eine so heikle Angelegenheit offen und rückhaltslos zwischen Wien und Petersburg besprochen werde, zeige seiner Meinung nach am besten, daß von keiner der beiden Seiten irgend eine feindliche Absicht bestehe.

von Tschirschky

---

* Ebenfalls nicht bei den Akten.

** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12491, S. 468, Fußnote.

Nr. 12608

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Wien, den 4. Januar 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 13 vom 3. Januar*.

Graf Berchtold behauptete auch heute wieder, daß Herr Sasonow seinen Nachrichten zufolge in der Skutarifrage nicht intransigent sei**. Daß Sir E. Grey sich Rußland in dieser Frage gefällig zeigen wolle, bestätigte Minister.

Für Österreich-Ungarn sei Belassung Skutaris bei Albanien Prestigefrage. Es sei eine überwiegend österreichische Stadt, Kirchen, Schulen österreichisch. Es würde capitis diminutio für Österreich sein, es den Montenegrinern auszuliefern. Dies wisse man auch in Petersburg, wo man, wie bemerkt, sich bisher in dieser Frage ausweichend ihm gegenüber ausgesprochen habe. Die Übertreibungen des Königs Nikita seien nicht ernst zu nehmen. Außerdem habe sich Herr Sasonow kürzlich noch dem Grafen Thurn gegenüber geradezu wegwerfend über montenegrinisches Königshaus ausgesprochen, dessen Prinzen in Petersburg arge Börsenspekulationen betrieben.

Ich bemerkte, daß diesem Standpunkt Österreich-Ungarns gegenüber es mir notwendig erschiene, sich hier vor allem Italiens zu versichern. Ebenso würde meiner Ansicht nach es geboten sein, Sir E. Grey eingehend und eindrücklich über den hiesigen Standpunkt aufzuklären. Graf Berchtold stimmte dem zu und wird an Graf Mensdorff und nach Rom entsprechende Instruktionen senden.

Schließlich meinte Minister noch, seiner Ansicht nach wäre das Zweckmäßigste, Skutarifrage nicht zu trennen von allgemeinen Abgrenzungsfragen, sondern Albanien in den Vordergrund zu schieben. Im Rahmen dieser Behandlung würde Montenegro leicht anderweit für Skutari entschädigt werden können.

Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 12602.

** Auch der französische Botschafter in Petersburg Louis hatte den gleichen Eindruck. Nach einem Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 2. Januar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 19) hätte der russische Minister zu Louis gesagt, er lasse ein Nachgeben in dieser Frage zu und sei bereit, sich über eine Abtretung der Stadt Skutari an Albanien zu verständigen; jedoch müsse die Umgebung an Montenegro fallen. Wie Iswolsky hinzufügt, wäre Poincaré über dieses Nachgeben Sasonows einigermaßen erstaunt gewesen und hätte befürchtet, daß weitere Zugeständnisse an Österreich den übelsten Eindruck nicht nur in Frankreich machen würden. Die französische Intransigenz färbte wieder auf die russische Haltung ab, am 4. Januar erklärte Sasonow in Paris und London: „Wir legen großen Wert darauf, daß die Frage Skutari zum Vorteil Montenegros gelöst wird, weil es uns überhaupt durchaus unerwünscht ist, Österreich weitere Zugeständnisse zu machen. Es hat bereits ausreichende Genugtuung erhalten, wir wollen aber nicht die Skutarifrage unsererseits über die Grenzen

Nr. 12609

Das Wolffsche Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm en clair

Berlin, den 4. Januar 1913

London. Das Reutersche Bureau erfährt aus türkischer Quelle, daß die türkischen Delegierten entschlossen sind, eine Abtretung Adrianopels oder einer Insel des Ägäischen Meeres unbedingt abzulehnen, koste es, was es wolle. Der Abbruch der Friedensverhandlungen ist demnach sicher.

Wolffbureau

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Dem dürfte Russland nicht ferne stehen!
Wenn Russland darum gewußt hat, dann war Tatischeffs Auftrag* eine Fühlungnahme um zu konstatieren, ob wir bei Russ[ischem] Vorgehen gegen Oesterreich allein (im Süden) still sitzen bleiben würden. Da meine Betheiligung an einem event[uel]l wiederausbrechenden Kriege in Stambul angedroht ist, werden alle Meldungen über Russ[ische] Ereigniße auch an unserer** Symptomatisch und von beachtenswerthem Interesse. Wilhelm

Nr. 12610

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Berlin, den 4. Januar 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Rom meldet***:

„Minister des Äußern sagte mir, zwischen Österreich und Italien drohe eine sehr ernste Frage zu entstehen. Graf Berchtold schiene geneigt, Skutari unter der Bedingung an Montenegro zu überlassen, daß letzteres den Lovcen an Österreich abtrete. Nach albanesischem Abkommen könne Österreich in Abtrennung Skutaris von Albanien, zu dem es im Grunde gehöre, nicht ohne Zustimmung Italiens willigen und umgekehrt. Nach Artikel 7 des Dreibundvertrags durften Österreich und Italien im Balkan Gebietserwerbungen nur gegen Kompensationen machen. Erwerbung des Lovcen seitens Österreichs begründe also für Italien Recht auf Kompensation. Abgesehen davon, daß Minister keine geeignete Kompensation für Italien anzugeben wüßte, hält er es überhaupt für gefährlich, im jetzigen Moment das Gebiet der Kompensation zu betreten. Es sei für Italien un-

---

diplomatischer Einwirkung hinausführen.“ Sasonow an Iswolsky bzw. Graf Benckendorff, 4. Januar, Stieve, a. a. O., III, 23. Vgl. auch R. Poincaré, Au Service de la France, III, 13s., 17s.

* Vgl. Nr. 12606.

** Hier dürfte „Grenze“ zu ergänzen sein.

*** Nr. 2 vom 3. Januar.

möglich, in den Erwerb des Lovcens seitens Österreichs zu willigen, welcher der höchste Berg Montenegros sei und das Land beherrsche. Befände der Lovcen sich im Besitz Österreichs, höre Montenegro auf, ein unabhängiger Staat zu sein. Andererseits würde Cattaro durch den Erwerb des Berges eine sehr starke Flottenbasis für Österreich, die Italiens unbeschützte Küste bedrohe. Italien habe Österreich bisher treu unterstützt. Durch die Lovcenfrage könne es gezwungen werden, eine völlig entgegengesetzte Politik zu machen. Minister bittet Euere Exzellenz, in Wien zu vermitteln, daß Graf Berchtold Lovcenfrage nicht anrührt."

Wir halten die italienische Sorge für völlig unbegründet, da Graf Berchtold uns seinerzeit versichert hat, daß er territoriale Kompensationen für Österreich-Ungarn nicht erstrebt. Wir glauben nicht, daß der Minister diesen Standpunkt, der wohl schon im Interesse der gemeinsamen vertrauensvollen Weiterarbeit mit Italien unbedingt richtig erscheint, inzwischen geändert haben könnte.

Bitte sich demgemäß gegenüber Graf Berchtold äußern und Antwort drahten*.

Zimmermann

Nr. 12611

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 8 Berlin, den 4. Januar 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Rom telegraphiert**:

„Minister des Äußern aufsuchte mich soeben, um mitzuteilen, daß Tripelententemächte in London entgegen früheren Absichten beantragt hätten, alle ägäischen Inseln zu Griechenland zu schlagen und nur gewisse Beschränkungen für die den Dardanellen nächst gelegenen Inseln festzusetzen. Diese Schwenkung käme offenbar daher, daß Tripelententemächte mit künftiger Änderung des Status quo in asiatischer Türkei

* Am 5. Januar telegraphierte Tschirschky (Nr. 3) zurück: „Minister dankt für Euerer Exzellenz Stellungnahme gegenüber italienischer Sorge wegen Lovcen-Angelegenheit, die vollkommen den Tatsachen entspreche. Niemand denke hier an eine Zession von Skutari an Montenegro; die Frage habe daher keinerlei Aktualität. Seinen uns seinerzeit mitgeteilten Standpunkt, territoriale Kompensationen für Österreich-Ungarn jetzt nicht zu erstreben, habe er nicht geändert." Vgl. auch R. Poincaré, Au Service de la France, III, 14s.

** Telegramm Nr. 1 vom 3. Januar.

rechneten und für diesen Fall wünschten, daß Inseln griechisch würden und nicht türkisch blieben, damit keine in Hände einer Dreibundmacht fallen könnte. Letztere Möglichkeit auszuschließen, läge im Interesse der Mächte der Tripelentente, die daran zu denken schienen, sich über Einflußsphären in asiatischer Türkei unter sich zu verständigen. Das könnte eine völlige Verschiebung des Gleichgewichts im Mittelmeer herbeiführen. Minister ist der Ansicht, daß es aus diesem Grunde ein eminentes Interesse der Dreibundmächte ist, daß einige Inseln türkisch bleiben."

Ich kann mich dieser Ansicht nur anschließen und beabsichtige daher, falls Graf Berchtold dieser Auffassung zustimmt, den Fürsten Lichnowsky dahin zu instruieren, dafür einzutreten, daß bezüglich der vier den Dardanellen vorgelagerten Inseln sowie Chios und Mytilene die türkische Souveränität gewahrt bleibt, unbeschadet des dort einzuführenden autonomen Regimes*. Drahtantwort.

Zimmermann

Nr. 12612

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Konstantinopel, den 4. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 2**.

Die der Pforte von allen Mächten gegebenen Ratschläge, wegen Adrianopel nachzugeben, bleiben unbefolgt, weil die Armee die Festung nicht aufgeben will. Ein Einlenken der Regierung würde sofort zum Sturz der letzteren durch die Armee und zur Konstitutierung einer noch intransigenteren neuen Regierung führen. Falls Bulgarien nicht nachgibt — nach hiesigen Wahrnehmungen wird es daran nur durch Rußland und Frankreich gehindert*** —, so wird die Türkei trotz Geldmangel die Feindseligkeiten wieder eröffnen. Nur der Fall Adrianopels und schließlich der Hunger könnten später die Armee umstimmen.

Wangenheim

---

* Vgl. Nr. 12617.

** Durch Telegramm Nr. 2 vom 3. Januar war das Londoner Telegramm Nr. 2 (siehe Nr. 12598) nach Konstantinopel mitgeteilt worden.

*** In der Tat setzte sich namentlich Frankreich stark für Bulgarien ein. Am 4. Januar wies Poincaré die französischen Botschafter in London und Petersburg an, dort für eine „action commune simultanée ou, de préférence, collective" einzutreten, um Adrianopel für Bulgarien zu erhalten. (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 35.) Eine solche Haltung, die in Sofia nicht verborgen blieb, mußte den dortigen Staatsmännern den Rücken steifen.

Nr. 12613

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 3 Berlin, den 4. Januar 1913

Auf Telegramm Nr. 5*.

Ententemächte bemühen sich eifrig um Bulgarien. Um diese zweifellos zukunftsreichste Balkanmacht nicht direkt in Arme unserer Gegner zu treiben, können wir für türkischen Wunsch nicht offen eintreten. Der Türkei wäre nur dann zu helfen, wenn auch Ententemächte, die vor allem Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu vermeiden wünschen, die dort herrschende Situation richtig einschätzten. Dies wäre vielleicht zu erreichen, wenn Ihre Ententekollegen Euerer Exzellenz Standpunkt türkischer Intransigenz in London, Petersburg, Paris ebenfalls nachdrücklich vertreten wollten. Natürlich müßte dies ohne offensichtliches Betreiben Euerer Exzellenz spontan erfolgen.

Zimmermann

Nr. 12614

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept

Nr. 19 Berlin, den 4. Januar 1913

Graf Szögyényi hat mir einen von gestern datierten Erlaß des Grafen Berchtold vorgelesen, worin dieser seine Instruktionen an Graf Mensdorff wegen der Abgrenzung Albaniens ergänzt.

Falls die Botschafterversammlung die Entsendung einer internationalen Grenzkommission an Ort und Stelle anregt, soll Graf Mensdorff erklären, eine derartige Kommission könne bei der detaillierten Festlegung des Grenzzuges nützliche und notwendige Arbeit leisten, Österreich müsse aber darauf bestehen, daß die Botschafterreunion vorher die Grenze wenigstens in großen Linien bestimme, um so die Basis für die Detailarbeit der Kommission zu liefern. Der Abgrenzung dürften nicht neu anzufertigende Karten zugrunde gelegt werden, da sich die ethnographischen Grenzen infolge der serbischen Grausamkeiten zu Ungunsten des albanischen Elements verschoben hätten; zahlreiche Albaner seien teils geflohen, teils massakriert worden.

---

* Siehe Nr. 12612.

Ein Teil der Londoner Botschafter sei dafür eingetreten, daß auch solche Gegenden, die wie Ipek, Diakowa, Prisren und Dibra ganz oder vorwiegend von Albanern bewohnt werden, Serbien zugesprochen werden sollten. Österreich habe gegen eine derartige Auslieferung albanischer Volkselemente Bedenken, da Serbien bereits auf seinem heutigen Territorium eine rücksichtslose und unterdrückende Politik gegen die katholische Kirche und die nationalen Minoritäten verfolge und seine Gewalttätigkeiten in den neuokkupierten Gebieten die Absicht erkennen ließen, die nichtserbische Bevölkerung auch in Zukunft zu entnationalisieren und zu entrechten. Unter Hinweis auf diese Erfahrungen soll Graf Mensdorff sich dagegen aussprechen, daß zusammenhängende Massen von Albanern unter serbische Herrschaft geraten. Der österreichische Standpunkt sei keineswegs, wie hier und da behauptet werde, intransigent, denn während die Slawen und die sie protegierenden Großmächte sich dagegen wehren, daß auch nur das geringfügigste serbische Dorf zu Albanien geschlagen wird, habe Österreich-Ungarn von Anfang an keine Einwendungen dagegen erhoben, daß albanische Enklaven wie Mitrowitza, Prischtina, Üsküb, Kumanowa und Presovo den Serben überlassen werden. Sollten die Großmächte die Zuteilung solcher Enklaven an Serbien sanktionieren, so würden sie damit nach österreichischer Auffassung auch die Verpflichtung übernehmen, bei der serbischen Regierung wirksame Garantien für den Schutz der ihr anvertrauten nationalen und religiösen Minoritäten durchzusetzen.

Ew. pp. bitte ich, Ihren österreichischen Kollegen bei der Vertretung der im vorstehenden skizzierten Gesichtspunkte zu unterstützen.

Zimmermann

Nr. 12615

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 23 Berlin, den 5. Januar 1913

Der Kaiserliche Botschafter in London meldet*:

„Der rumänische Minister Take Jonescu** suchte mich auf und besprach die Frage bulgarischer Zugeständnisse an Rumänien. Seine Regie-

* Nr. 7 vom 4. Januar.

** Take Jonescu war in besonderer Mission nach London entsandt worden, um wenn möglich mit Danew zu einer Einigung über die rumänisch-bulgarische Differenz zu gelangen. Er fuhr über Paris, wo er am 1. Januar eine Unterredung mit Poincaré hatte, über die wir durch ein Geheimtelegramm Iswolskys vom 2. Januar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 20) unterrichtet sind.

rung habe leider versäumt, rechtzeitig, das heißt bei Beginn der bulgarischen Mobilisierung, bindende Abmachungen mit Bulgarien zu treffen. Man habe eben in Bukarest die Erfolge der bulgarischen Waffen nicht vorausgesehen. Herr Danew habe ihm bei der Durchreise in Bukarest viel Entgegenkommen gezeigt, hier aber, vermutlich durch die bulgarischen Erfolge bestärkt, habe er Rumänien nur eine geringfügige und völlig ungenügende Grenzberichtigung angeboten.

Herr Jonescu wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung in Rumänien dringend eine Entscheidung verlange; sonst stehe die Beliebtheit und das Ansehen des Königs Karol auf dem Spiel, der allgemein als alleiniger Leiter auswärtiger Politik gelte. Auch sei die Stimmung im Heer sehr kriegerisch, man habe gegen 200 Millionen für Rüstungen ausgegeben. Mit der Möglichkeit eines Krieges sei also zu rechnen, falls Bulgarien kein Entgegenkommen zeige. Man würde sich äußerstenfalls unter Verzicht auf Silistria mit dessen Forts begnügen mit der Abtretung desjenigen Gebiets, welches nördlich von einer unter Ausschluß von Dobrič nach Südosten bis an das Schwarze Meer zu ziehenden Linie liege.

Herr Poincaré habe ihm gegenüber den Gedanken ausgesprochen, daß sich mit einem Druck der Mächte in Konstantinopel zugunsten der Preisgabe von Adrianopel ein entsprechender Schritt bei den Bulgaren zugunsten der rumänischen Wünsche verbinden ließe*. Ich entgegnete Herrn von Jonescu, daß ich bereit sei, diesen Gedanken meiner Regierung gegenüber zu vertreten und ihn auch vielleicht, falls sich die Gelegenheit hierzu bieten sollte, bei den Botschafterberatungen zur Sprache zu bringen. Zugleich riet ich ihm, seine Wünsche auch bei meinen hiesigen Kollegen zu befürworten."

Die Behauptung des rumänischen Ministers, daß Herr Poincaré den fraglichen Gedanken geäußert hat, klingt nicht unwahrscheinlich, wenn

---

Danach erklärte Take Jonescu dem französischen Staatsmann, daß die rumänische Regierung bei Fortdauer der bulgarischen Intransigenz nicht zu halben Maßregeln, etwa einer Pfandbesetzung Silistrias greifen, sondern mobilisieren und den Krieg erklären werde. Auf den von Jonescu ausgesprochenen Wunsch, daß die Mächte der Tripelentente einen Druck auf Bulgarien ausüben möchten, antwortete Poincaré mit der bezeichnenden Gegenfrage, welche Stellung Rumänien einnehmen werde, wenn die jetzige Krise zu einem allgemeinen Kriege führe; eine Frage, die Take Jonescu dahin beantwortete, daß Rumänien im Fall eines Zusammenstoßes zwischen Österreich und Rußland nebst den Balkanstaaten nicht neutral bleiben könne, sondern genötigt sein werde, Österreich bewaffnete Hilfe zu leisten. Nach seiner eigenen Erzählung will sich Take Jonescu keineswegs so peremptorisch geäußert haben (Take Jonesco, Souvenirs, p. 5 s); jedoch nahm Poincaré Veranlassung, bei Rußland dafür einzutreten, daß man Rumänien den erbetenen Dienst nur leiste, wenn es positiv verspreche, im Kriegsfalle neutral zu bleiben. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 2. Januar, Stieve a. a. O., III, 20f. Vgl. auch R. Poincaré, Au Service de la France, III, 3ss.
* Nach Iswolsky (Stieve a. a. O., III, 20) hätte Poincaré nur geäußert, daß die Nachgiebigkeit Bulgariens wahrscheinlich von dem Umfang seiner künftigen territorialen Erwerbungen auf Kosten der Türkei abhängen werde und besonders von der Lösung der Adrianopelfrage.

man die weiteren Symptome berücksichtigt, die für die lebhaften Bemühungen der Ententemächte um Rumänien sprechen. Der Gedanke erscheint indes in jedem Falle ernster Beachtung wert und dürfte von uns unter allen Umständen aufzunehmen und tunlichst vor den Vertretern der Ententemächte in der Botschafterreunion anzuregen sein. Fürst Lichnowsky wird daher davon verständigt, daß der Poincarésche Gedanke bei erster sich bietender Gelegenheit in der Reunion von einem Vertreter des Dreibundes angeregt und von den beiden anderen Vertretern des Dreibundes unterstützt werden soll. Gleichzeitig wird der Botschafter angewiesen, sich über den modus procedendi mit Graf Mensdorff und Marquis Imperiali zu verständigen.

Ew. Exzellenz bitte ich, dies der dortigen Regierung unverzüglich mitzuteilen und auf schleunige entsprechende Weisung an ihren Londoner Vertreter hinzuwirken.

Nach Rom geht eine gleiche Instruktion.

Zimmermann

Nr. 12616

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 5. Januar 1913

Von Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in London ist folgende Meldung eingegangen*:

„Bei der heutigen Sitzung, welche von 11 bis 1 Uhr dauerte, befaßten wir uns ausschließlich mit der Frage, was zu geschehen habe, falls die heutigen Verhandlungen zwischen den Kriegführenden scheitern sollten. Von dem Wunsch beseelt, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wenn irgend möglich zu verhindern, hat Sir E. Grey Vorschläge über von allen Mächten gemeinsam zu machende Schritte in Konstantinopel unterbreitet, die für den Fall zu erfolgen hätten, falls eine Einigung über Adrianopel nicht zustande käme und der Krieg bevorstände**. Nachstehend der vereinbarte Text, der von allen Botschaftern an ihre Regierungen übermittelt wird:

„Après la séance de la conférence de paix de hier les ambassadeurs ont dû envisager la possibilité d'une rupture. Nous nous sommes demandés

---

* Telegramm Nr. 6 vom 4. Januar.

** Die Vorschläge Sir E. Greys gingen unstreitig zurück auf die Poincarésche Anregung einer Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel zwecks Abtretung Adrianopels an Bulgarien. Vgl. Nr. 12612, Fußnote ***.

si pour éviter une reprise des crises, les puissances ne devraient pas intervenir, soit qu'elles y soient invitées par les belligérants, soit qu'elles prennent l'initiative d'une médiation. Sir Edouard Grey a émis l'avis qu'on pourrait se livrer à une démarche collective auprès de la Sublime Porte en formulant les six observations suivantes: 1) Les Turcs ne tiennent pas suffisamment compte des résultats de la guerre et des futures conséquences des reprises des hostilités. 2) Dans ce dernier cas les puissances seraient obligées d'envisager la situation future de Constantinople et les développements de la guerre en Asie Mineure[1]. 3) Les puissances seront obligées d'intervenir en Turquie pour la protection de leurs intérêts financiers. 4) D'autre part la paix une fois conclue la Turquie sera en état d'obtenir des finances une assistance pour consolider la situation à Constantinople et en Asie Mineure, seule partie de son empire qui jusqu'ici n'a pas été pour elle une cause de faiblesse. 5) Quant à la cession des îles, les puissances useront de leur influence pour assurer que les îles qui seraient cédées aux alliés et qui auraient une importance stratégique soient pourvues d'une administration soumise à des conditions de neutralisation[2] telles qu'elles ne puissent constituer une menace pour la Turquie. 6) En ce qui concerne la ville d'Andrinople qui paraît devoir capituler, les puissances useront de leur influence pour que les termes de la cession définitive de la ville aux alliés soient conçues de façon à préserver les intérêts turcs relatifs aux mosquées, aux biens religieux et pour en assurer la sauvegarde."

Auf Anregung Herrn Cambons wurde noch hinzugefügt: „Les ambassadeurs pensent que les gouvernements pourront être amenés à envisager les mesures de pression pour faciliter l'adoption de leurs vues. Les mesures pourraient prendre à Constantinople la forme d'une démonstration navale[3] pour la protection de nos nations et de nos intérêts*."

Ferner nach einer Mitteilung Sir E. Greys: „D'après nos renseignements si la rupture des négotiations se produit aujourd'hui les hostilités devraient être reprises." Sir E. Grey teilte uns noch mit, daß er die Türken habe wissen lassen, daß, solange sie sich zu keinem Kompromiß hinsichtlich der Stadt Adrianopel verständen, sie nichts anderes zu erwarten hätten als Druck von Seiten der Mächte im Sinne der Nachgiebigkeit[4]. Aber wenn sie das Gebiet der Kompromisse über Adrianopel betreten wollten, würden die Mächte bereit sein, ihren Einfluß auf die Bulgaren im Sinne des Entgegenkommens auszuüben.

Vertraulich sagte mir noch Sir E. Grey, daß er nur ungern sich an einer Flottendemonstration beteiligen würde[5], daß er aber auch hierzu bereit sei, falls alle anderen mitmachten, da er vor allem eine Fortsetzung der Feindseligkeiten verhindern wolle[6]. Er glaube zwar noch nicht an den Abbruch der Verhandlungen, doch meinte er, mit dieser Tatsache

* Vgl. dazu auch Cambons Telegramm an Poincaré vom 5. Januar, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 36.

rechnen und den Kabinetten Zeit geben zu sollen, sich über etwaige Schritte zu verständigen. Ich habe mich diesen Anregungen gegenüber abwartend verhalten und sie lediglich ad referendum genommen.

Nächste Sitzung Montag Nachmittag."

Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens können wir uns mit den von Sir E. Grey für die Kollektivdemarche in Konstantinopel vorgeschlagenen sechs Punkten einverstanden erklären[7], während die von dem französischen Botschafter angeregte Drohung mit einer Flottendemonstration oder anderen Pressionsmaßregeln einstweilen verfrüht sein dürfte. Ein Eingehen auf diese französische Anregung erscheint auch deswegen nicht opportun, weil Sir E. Grey ihr abgeneigt ist[8] und, Euerer Majestät huldreichen Intentionen entsprechend, unser Bestreben darauf gerichtet sein muß, tunlichst geschlossen mit England vorzugehen[7].

Euere Majestät darf ich in tiefster Ehrfurcht um die Ermächtigung bitten, Fürst Lichnowsky dahin zu instruieren, daß er in der morgigen Sitzung der Botschafter den im vorstehenden skizzierten Standpunkt vertritt, falls sein österreichisch-ungarischer und sein italienischer Kollege gleiche Instruktionen erhalten. Der Zustimmung der Kabinette in Wien und Rom würde ich mich telegraphisch vergewissern[7], sobald Euerer Majestät Einverständnis zu obigen Vorschlägen hier vorliegt*.

In Anbetracht der Eilbedürftigkeit der Sache wage Euere Majestät ich alleruntertänigst zu bitten, mir allerhöchstdero Willensmeinung telephonisch kundtun zu wollen[7].

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Natürlich
[2] Na! Na! ?
[3] ? zu früh!
wird nicht viel Eindruck machen
[4] richtig
[5] ich auch sehr ungern!
[6] gut
[7] ja
[8] ich auch!

---

* Es geschah durch Telegramme Nr. 9 und 5 nach Wien bzw. Rom. Sowohl von Wien wie von Rom wurde sofort das Einverständnis mit dem deutschen Standpunkt gemeldet. Nach einem Telegramm Botschafter von Jagows vom 6. Januar (Nr. 6) wäre San Giuliano der Auffassung, daß schon eine diplomatische Aktion genügen werde, um die Türkei nachgiebig zu stimmen, daß daher eine Flottendemonstration außer Frage bleibe. Betreffs Österreichs Stellungnahme vgl. Nr. 12624.

Nr. 12617

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Wien, den 5. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 8 vom 4. Januar*.

Graf Berchtold sagt mir, er habe den Vorschlag der Ententemächte, alle ägäischen Inseln Griechenland zu überlassen, von Anfang an mit großem Mißtrauen aufgenommen (confer meinen Bericht Nr. 8 von gestern**, der morgen früh dort eintrifft). Er begrüßt deshalb unseren und Italiens Standpunkt zu dieser Frage und findet italienische Begründung sehr richtig. Er wird noch heute Graf Szögyényi in Ergänzung seines Telegramms an letzteren vom 3. d. Mts. — das inzwischen zu Euerer Exzellenz Kenntnis gelangt sein dürfte*** — entsprechende Instruktion senden.

Tschirschky

Nr. 12618

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Konstantinopel, den 5. Januar 1913

Herr von Giers spricht sich überall dahin aus, daß Adrianopel bulgarisch werden müsse, damit Rumänien befriedigt und Salonik wenigstens vorläufig Griechenland überlassen werden könne. Gleichzeitig sucht Herr von Giers von Herrn Bompard Unterstützung bei seinen Kollegen für eine Koerzitivaktion der Mächte Stimmung zu machen, um die Türkei zur Aufgabe Adrianopels zu bewegen. Der Türkei müsse die Zufuhr von Lebensmitteln und Munition durch die Flotten der Mächte, eventuell sogar durch ein Unterbrechen der Verbindung zwischen Asien und Europa abgeschnitten werden. Als diese Anregung gestern bei Markgraf Pallavicini besprochen wurde, äußerte ich, daß sich eine derartige Zwangsmaßregel gegenüber einem geschlagenen Staate schwer vor dem deutschen Volke werde vertreten lassen. Anders läge die Sache, wenn auf beide Parteien ein Druck ausgeübt würde. Wenn hier bekannt werde, daß Bulgarien von den Mächten veranlaßt werde, das ihm überlassene Adrianopel zu entfestigen und die Moscheen und Heiligtümer der Stadt im Privatbesitz des Sultans zu belassen, so werde vielleicht der Pforte der Verzicht auf Adrianopel erleichtert. Herr von Giers stimmte diesem Gedanken zu, den ich ausdrücklich als einen momentanen Einfall bezeichnete.

Wangenheim

---

* Siehe Nr. 12611.

** Siehe Nr. 12620.

*** Vgl. Nr. 12614.

Nr. 12619

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 6 Wien, den 4. Januar 1913
Vertraulich [pr. 6. Januar]

Zur Frage der österreichisch-russischen Besprechungen wegen der militärischen Maßnahmen an der Grenze drückte mir Graf Berchtold seine Genugtuung darüber aus, daß Seine Majestät Kaiser Wilhelm durch seine Antwort auf den Schritt des Zaren* diese Frage, wenn auch in sehr verbindlicher Form, aber doch entschieden auf den einzig richtigen Weg, nämlich denjenigen der Besprechungen zwischen den beiden Regierungen verwiesen habe.

Inzwischen hat Graf Berchtold in dieser Angelegenheit einen weiteren Bericht des Grafen Thurn erhalten über eine Unterredung mit Herrn Kokowzow, die am 3. d. Mts. stattgefunden hat. Ich darf hier bemerken, daß der österreichisch-ungarische Botschafter die nach Berlin von hier mitgeteilte Instruktion** am 1. Januar dem Herrn Sasonow gegenüber verwertet hatte.

Die Unterredung zwischen dem Grafen Thurn und dem russischen Ministerpräsidenten ist nach des ersteren Bericht sehr freundschaftlich und gut verlaufen. Herr Kokowzow habe zunächst bemerkt, er wisse wohl, daß jetzt wieder verschiedene Strömungen sich in Rußland bemerkbar machten, und daß die militärischen Kreise sich im Zustande der Aufregung befänden[1]. Er sehe aber keinen Grund, weshalb Rußland rüsten solle[2]. Die militärischen Kreise seien aber leider nicht davon zu überzeugen. Es bleibe deshalb nichts anderes übrig, als die Reservisten auch nach dem 1. Januar bei den Fahnen zu behalten[3]. Er werde aber dafür sorgen, daß der betreffende Ukas so stilisiert werde, daß keine Beunruhigung daraus entstehen könne***. Von einer weiteren Truppenvermehrung über die Zurückbehaltung der Reservisten hinaus sei absolut keine Rede†. Er sei heute

---

* Vgl. Nr. 12605, 12606.

** Vgl. Nr. 12607.

*** Vgl. das Telegramm Sasonows an Iswolsky und Graf Benckendorff vom 5. Januar: „Gleichzeitig können Sie der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, mitteilen, daß die Kaiserliche Regierung beschlossen hat, nach dem 1. Januar die Reserven im ganzen europäischen Rußland und im Kaukasus unter den Waffen zu halten. Das kann geschehen, ohne daß ein besonderer Erlaß hierüber ergeht." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 23. Im Gegensatz dazu äußerte sich Kokowzow freilich zu dem französischen Botschafter Louis: „Si l'Autriche ne se décide pas à réduire ses effectifs avant le 31. décembre russe, nous serons obligés, selon toute probabilité, de maintenir la classe au delà de cette date. Je voudrais le faire sans bruit, mais ce sera impossible. Nous ne pouvons légalement procéder que par un ukase." R. Poincaré, Au Service de la France, III, 15.

† Vgl. jedoch Nr. 12605.

früh — also am 3. d. Mts. — beim Zaren in Audienz gewesen, und es sei ihm „mit leichter Mühe" möglich gewesen, den Kaiser von der Überflüssigkeit, ja von der Inopportunität weiterer militärischer Maßnahmen zu überzeugen. Bei den unter seinem — des Ministers — Befehl stehenden Grenzwachtruppen würden die alten Mannschaften jedenfalls am 28. Dezember alten Stils in die Heimat entlassen werden.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Großfürst Nikolai
[2] hat es schon längst gethan
[3] ! !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Immer halbe — unaufrichtige Maßregeln.

Nr. 12620

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 8

Wien, den 4. Januar 1913
[pr. 6. Januar]

Mit Bezug auf Erlaß Nr. 912 vom 31. v. Mts.*

Der türkische Botschafter** hat dem Grafen Berchtold gegenüber, wie dieser mir sagt, nicht den Wunsch allgemein ausgedrückt, die Mächte möchten die Beilegung der Differenzen mit den Balkanstaaten in die Hand nehmen, sondern er hat nur von Adrianopel gesprochen.

Der Minister hat Hilmi Pascha erwidert, daß er sich in dieser Frage erst mit seinen Verbündeten ins Benehmen setzen müsse. Es scheine ihm, daß die Frage wegen Adrianopels genauer studiert werden müsse, ehe man sich darüber aussprechen könne. Vielleicht ließe sich ein Mittelweg finden, mit dem beide Teile sich zufrieden geben könnten, er denke da zum Beispiel an eine Ausnahmestellung für die Moscheen und Sultansgräber für den Fall der Zession der Stadt an Bulgarien. Er könne sich jedenfalls in dieser Frage jetzt nicht binden und rate der Türkei dringend, diese Sache nicht zum Anlaß zu nehmen für eine Wiedereröffnung der Feindseligkeiten. Schließlich habe er Hilmi Pascha noch auf die Gefahren hingewiesen, die für den asiatischen Besitz der Türkei entstehen würden, falls der Krieg am Balkan wieder begänne.

Graf Berchtold führte mir gegenüber dann noch weiter aus, daß für Rußland die Versuchung sehr nahe liege, gegen Kleinasien, das von Truppen völlig entblößt sei, etwas zu unternehmen, und zwar im Einverständnis mit Frankreich, das sich in Syrien schon rühre. Der russische Vorschlag, alle

---

* Siehe Nr. 12594.
** Hilmi Pascha.

Inseln des Ägäischen Meeres den Griechen zu überlassen, habe ihn schon stutzig gemacht. Das sehe sehr danach aus, als ob da schon für die Zukunft vorgesorgt werden solle, daß die Inseln bei Änderung des gegenwärtigen Zustandes in Kleinasien nicht etwa in die Hände einer Großmacht fallen könnten. Russen, Engländer und Franzosen schienen weitausschauende Pläne schon jetzt vorbereiten zu wollen.

Von diesem Gesichtspunkte aus glaube er, daß es doch vielleicht besser wäre, wenn alle Mächte sich um die Liquidierung des Streites zwischen der Türkei und den Balkanstaaten im allgemeinen kümmerten. Denn es liege die Gefahr vor, daß Rußland sonst allein vorgehen und mit einem entscheidenden Druck in Konstantinopel den Bulgaren Adrianopel verschaffe gegen die Zusicherung der Befriedigung der rumänischen Wünsche. Rußland würde damit zwei Fliegen auf einmal erwischen, indem es sich Bulgarien und Rumänien verpflichte; England und Frankreich würden sich schon anderweit schadlos halten. Die Staaten des Dreibundes „blieben aber völlig draußen".

von Tschirschky

Nr. 12621

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 1
Geheim

Wien, den 5. Januar 1913

Ein gestern in Wien abgehaltener gemeinsamer Ministerrat hat sich mit der Kostendeckungsfrage der infolge der Balkanwirren notwendig gewordenen Maßnahmen der k. und k. Wehrmacht beschäftigt.

Wie mir soeben der Flügeladjutant des Kriegsministers erzählt, ist sein Chef mit dem Ergebnis zufrieden. Die beiden Finanzminister haben zwar einige Abstriche vorgenommen, jedoch an Posten, die schon im vorhinein höher präliminiert waren.

Die Kosten für die in Galizien und an der Südostgrenze angeordneten höheren Stände beliefen sich von Mitte November bis Mitte Dezember auf rund 8 Millionen Kronen, von Mitte Dezember ab bis auf weiteres auf rund 15 Millionen pro Monat (infolge der Kriegsstände in Bosnien-Herzegowina-Dalmatien). Dazu kommen noch Ausgaben für Neubeschaffung von Munition und Verpflegungsartikeln, für Transporte pp. in ungefährer Höhe von 200 Millionen. Wie mir mein Gewährsmann sagt, sind darunter auch andere Materien einbegriffen, welche auf diese Weise der Ausgestaltung der Wehrmacht zugut kommen.

Der Generalstabschef, den ich gestern aufsuchte, hält nach wie vor die Lage für günstig, die vor vier Jahren Serbien gegenüber nicht benützte Gelegenheit jetzt noch einmal wahrzunehmen. Als erwünscht bezeichnet er, wenn dies geschehen könne, ohne daß Rußland eingreift. Er meint,

man könne ja Rußland in diesem Sinne die bindendsten Zusicherungen geben, daß man keinerlei aggressive Ziele gegen das Zarenreich verfolge. Die erhöhten Stände in Galizien seien ja nur eine Folge der außergewöhnlich niederen Friedensstände und blieben auch in erhöhtem Zustande immer noch hinter den russischen Infanterieständen zurück. Zurzeit könne er jedenfalls seine Zustimmung nicht dazu geben, daß von den auf erhöhten Stand gebrachten Korps ein Mann zurückgezogen werde, solange nicht die mit Serbien strittigen Fragen bereinigt seien.

Über die derzeitige Verteilung der serbischen Streitkräfte sieht man im Generalstab auch heute noch nicht ganz klar. Mit Sicherheit ist nur festgestellt die Anwesenheit der serbischen Kavalleriedivision bei Nisch. Ebenfalls dort und südlich sollen drei Infanteriedivisionen stehen. Aus dieser Zentralstellung können die serbischen Kräfte je nach den Umständen gegen Belgrad oder Valjevo oder gegen Adrianopel in Bewegung gesetzt werden.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12622

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 13 Berlin, den 6. Januar 1913

Graf Berchtold instruiert Botschafter London dahin, daß Wien an Erhaltung Skutaris für Albanien festhalte. Montenegrinischen Wünschen auf Kulturland könnte abgesehen von den anderen für Montenegro in Aussicht genommenen Gebietserweiterungen dadurch entsprochen werden, daß Bojana-Fluß reguliert und dadurch Niveau des Skutari-Sees wesentlich niedriger gelegt werde. In diesem Sinne sei Graf Thurn in Petersburg vorstellig geworden. Falls Graf Benckendorff entsprechende Instruktionen erhalten sollte, könne Graf Mensdorff ohne weiteres die übrigen im Einverständnis mit Rom für Begrenzung Montenegros in Aussicht genommenen Konzessionen bei Bestimmung der Grenzen Albaniens machen.

Zimmermann

Nr. 12623

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Rom, den 6. Januar 1913

Minister sagt mir, daß österreichischer Botschafter ihm vertraulich mitgeteilt habe, Graf Berchtold wolle in Petersburg folgenden Vorschlag

machen: Durch Regulierung von Bojana-Fluß und dadurch hervorgerufenes Sinken des Wasserspiegels des Skutari-Sees sollten größere Landstrecken gewonnen und an Montenegro gegeben werden, wofür Skutari albanisch bliebe. Marquis di San Giuliano hält das Projekt, falls es sich als ausführbar erweisen sollte, für glücklich, weil bei Verbleiben Skutaris bei Albanien auch Lovcenfrage ausgeschaltet bliebe. Zu erörtern wäre freilich vor allem, wer Kosten tragen solle.

Mein russischer Kollege sprach mir dagegen heute ziemlich erregt über Skutarifrage und sagte, in Petersburg wüchse täglich Verstimmung gegen Österreich.

Jagow

Nr. 12624

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Wien, den 6. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 9 vom 5. Januar*.

Graf Berchtold ist mit unserem Vorbehalt zu Punkt 5 einverstanden. Er hat in Telegramm an Graf von Szögyény gleichen Gedanken so formuliert, es müsse zum Ausdruck kommen, daß nicht alle Inseln zediert werden sollen.

Zu Punkt 2 möchte Graf Berchtold, daß präzisiert werde, daß die Gefahren, die der asiatischen Türkei eventuell drohen, ausschließlich von den Balkanverbündeten und nicht etwa von den Großmächten zu gewärtigen seien**.

Was die Frage der Pression anlangt, so glaubt Minister, daß Konstantinopel nicht der geeignete Ort für eine Flottendemonstration sein würde. Zur Passierung der Dardanellen müßte für die Kriegsschiffe der Mächte Iradee des Sultans eingeholt werden, und man könne kaum die mit türkischer Erlaubnis eingelaufenen Schiffe zu einer Aktion gegen die Türkei benutzen[1]. Die Besikabai oder Smyrna würden sich besser eignen[2]. Minister ist überhaupt gegen jede démonstration navale[1]***. Dagegen würde er eine gemeinsame diplomatische Pression in Konstantinopel für nützlich

---

* Vgl. Nr. 12616, S. 131, Fußnote.

** In Wirklichkeit war Graf Berchtold der Überzeugung, daß die der Türkei in Kleinasien drohenden Gefahren von den beiden Großmächten Rußland und Frankreich herrührten, vgl. Nr. 12620. Die gegenteilige Präzisierung sollte es diesen Mächten erschweren, in der Richtung einer Aufteilung Kleinasiens vorzugehen.

*** Diese Äußerung schränkte Graf Berchtold, wie Tschirschky noch gleichen Tages meldete (Nr. 7), dahin ein, daß er „im gegenwärtigen Moment" gegen jede démonstration navale sei.

halten. In Verbindung und als Ergänzung zu ihr könnte dann auch unser Antrag zu einer analogen Pression in Sofia[3] zugunsten der rumänischen Wünsche erfolgen.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:
[1] Richtig
[2] macht gar keinen Eindruck
[3] ? ? kenne ich nicht

Nr. 12625

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 St. Petersburg, den 6. Januar 1913

Herr Sasonow hat englischen Vorschlag wegen Demarche in Konstantinopel mit einer kleinen Einschränkung, betreffend die am Eingang der Dardanellen gelegenen Inseln, angenommen* und gab Hoffnung Ausdruck, daß wir uns auch anschließen würden**. Minister war sehr befriedigt über eben eingetroffene Nachricht aus Belgrad, wonach Serbien seine Truppen aus Albanien zurückzieht[1]. Österreich würde hoffentlich nun an serbischer Grenze demobilisieren[2].

Herr Sasonow war durch Erklärungen des Grafen Thurn wegen österreichischer militärischer Maßnahmen*** entschieden beruhigter und glaubt, daß jetzt Entspannung eintreten wird[3].

Lucius

* Vgl. dazu das Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg G. Louis an Poincaré vom 5. Januar. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 36s.
** Durch Telegramm Nr. 9 vom 8. Januar wurde Freiherrn von Lucius zur Verwertung bei Sasonow mitgeteilt, daß auch Deutschland dem englischen Vorschlage zugestimmt und gleichfalls nur wegen der ägäischen Inseln unerheblichen Vorbehalt gemacht habe.
*** Vgl. dazu Nr. 12607. In einem Immediatbericht des deutschen Militärbevollmächtigten am russischen Hofe Grafen zu Dohna vom 6. Januar heißt es über die Aussprache zwischen Graf Thurn und Sasonow: „Alleruntertänigst berichte ich, daß ich mit dem Kaiserlich Österreichischen Botschafter Grafen Thurn eine Unterredung hatte; wir sprachen über die — dem Botschafter schon über Wien bekannten — Äußerungen des Generals Tatischtschew, bezüglich einer eventuellen Mobilmachung des Armeekorps bei Kiew. Der Graf Thurn hat am 2. Januar, also nach der Abreise des Generals Tatischtschew, durchaus befriedigende Unterhaltungen mit den leitenden Ministern gehabt. Der Ministerpräsident habe gesagt: ‚Die russische Regierung sei davon überzeugt, daß Österreich keine aggressiven Absichten habe', der Botschafter habe die Möglichkeit einer Mobilmachung bei Kiew gestreift, und es sei erwidert worden, ‚daß daran nicht gedacht werde'. In dem Auftrage des Generals Tatischtschew ist wohl ein Einfluß der bekannten serbisch-montenegrinischen Partei bei Hofe zu erblicken. Der österreichische Botschafter sieht in dem Auftrage des Generals Tatischtschew keine Verschärfung der Lage. In der Gesellschaft und auf dem Klub scheint man augenblicklich mehr mit einer Kriegsmöglichkeit zu rechnen als vor Weihnachten."

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Und gegen Oesterreich aufmarschiren läßt!
[2] !
[3] hängt nicht von ihm ab!

Nr. 12626

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 London, den 6. Januar 1913

Sir E. Grey teilte uns soeben am Schluß der Botschafterbesprechung mit, daß, wie er eben erfahre, türkische Delegierte neue Verhandlungen auf Grundlage weiterer Zugeständnisse im Wilajet Adrianopel angeboten, ohne daß jedoch die Stadt Adrianopel dabei zur Sprache käme. Hierauf hat der Vorsitzende, Herr Nowakowitsch, die Sitzung sofort aufgehoben, ohne daß ein neuer Termin verabredet wurde. Friedensverhandlungen sind somit noch nicht endgültig abgebrochen, aber Abbruch vielleicht nahe bevorstehend[1]*.

Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hat Grey den von ihm bei den Mächten vorgeschlagenen Schritt schon gethan? Oder noch nicht? und wann beabsichtigt er ihn zu thun?

Nr. 12627

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Konstantinopel, den 6. Januar 1913

Markgraf Pallavicini hat heute nochmals im Auftrage seiner Regierung der Pforte geraten, auf Adrianopel zu verzichten. Wie vorauszusehen war, ist das österreichische Ansinnen von Gabriel Effendi kategorisch zurückgewiesen worden. Der Minister erklärte, die türkischen Delegierten seien angewiesen, falls die Verbündeten ihre Forderungen heute nicht modifiziert hätten, abzubrechen und abzureisen. Noradunghian war sehr zuversichtlicher Stimmung und bot Markgrafen Pallavicini

* Über den Verlauf der letzten Sitzung der Friedenskonferenz am 6. Januar und die in derselben verlesenen Erklärungen der türkischen bzw. der alliierten Bevollmächtigten siehe den Bericht Paul Cambons vom 6. Januar. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 38 s. Eine Wiederaufnahme der suspendierten Verhandlungen erfolgte nicht. Am 29. Januar wurden dann die Verhandlungen in aller Form abgebrochen.

eine Wette an, daß Adrianopel türkisch bleiben und Salonik bulgarisch werden würde. Wenn Österreich der Türkei so stark wegen Adrianopel zusetzte, und noch mehr, wenn es sich dem in London angeregten Exekutivverfahren gegen die Türkei anschließt, während die albanesische Frage noch in der Schwebe bleibt, so leistet es damit der Tripelentente Handlangerdienste. Letztere hat, durch die hiesigen bulgarisch-türkischen Sonderverhandlungen, bei denen Bulgarien anscheinend auf Adrianopel verzichtet hatte, Sprengung des Balkanbundes befürchtend, offenbar ihr Äußerstes daran gesetzt, um Bulgarien zum Bestehen auf Adrianopel zu veranlassen, damit Griechenland Salonik bekommen kann, und damit Rumänien aus den Händen der Tripelentente eine Gebietserweiterung erhält.

Wangenheim

Nr. 12628

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1 Cetinje, den 2. Januar 1913
[pr. 7. Januar]

Der König ist deprimierter Stimmung. Auf Grund ihm aus London zugegangener Nachrichten ist er wegen Skutaris, dessen Erwerb er als eine für Montenegro und die Dynastie vitale Frage betrachtet, sehr besorgt. Die unfreundlichen Artikel der „Neuen Freien Presse" haben hier auch sehr verstimmt, desgleichen die bündigen Erklärungen des russischen Gesandten, daß Rußland für die Durchsetzung der bekannten Wünsche der Balkanstaaten nicht zu den Waffen greifen werde*. Herr von Giers sagte auch mir sehr bestimmt, Rußland werde sich nicht zu einem Kriege fortreißen lassen, solange nicht große nationale Interessen auf dem Spiele stünden[1]. Mein österreichischer Kollege Baron Giesl, der zurzeit noch in London weilt**, wird, wie ich höre, nicht vor Mitte Februar hierher zurückkehren. Mit dem Geschäftsträger*** unterhält der König keine Beziehungen, weil er auf dessen Berichterstattung die unfreundliche Haltung am Ballplatz zurückführt. Mir gegenüber kommt Seine Majestät immer wieder darauf zurück, daß er mit der Nachbarmonarchie die besten Beziehungen unterhalten wolle, er begegne aber immer wieder dem alten, ungerechtfertigten Mißtrauen. Gegen seine Stammesgenossen (die Serben) werde er

* In dem gleichen Sinne wie der Gesandte in Cetinje A. A. v. Giers äußerte sich auch Sasonow in seinem Geheimtelegramm an Iswolsky vom 4. Januar. Vgl. Nr. 12608, Fußnote **.

** Freiherr von Giesl war als Balkankenner zur Unterstützung des österreichischen Botschafters Grafen Mensdorff nach London gesandt worden.

*** Generalkonsul Weinzetl.

nie zu den Waffen greifen, das könne man nicht von ihm verlangen. Er sei jedoch bereit, sofort eine „entente" abzuschließen, durch die er sich Österreich für jeden Kriegsfall zur Neutralität verpflichte.

Eckardt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II:
[1] Allslavische? !

Nr. 12629

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 33

Berlin, den 7. Januar 1913
[abgegangen am 9. Januar]

Zu Ew. pp. gefälligen Information und zur Verwertung.

Der englische Botschafter hat mir bei Überreichung des in Abschrift anliegenden Aide-mémoire* inoffiziell und vertraulich dargelegt, wie nützlich es nach Auffassung seines Ministers wirken würde, wenn sich die österreichisch-ungarische Regierung zu den in der Anlage angedeuteten beruhigenden Erklärungen in der Presse entschließen könnte.

Ich habe Sir Edward Goschen erwidert, daß die Ergebnisse der Londoner Botschafterbesprechungen und ihre Bedeutung für die Entspannung der Lage meines Wissens in der österreichischen Presse bereits volle Würdigung gefunden hätten. Auch könne ich ihm ohne weiteres versichern, daß in Wien eine Verschärfung der bisher getroffenen militärischen Maßregeln zurzeit nicht geplant werde. Über das Wesen und den Umfang dieser bisherigen Maßregeln schienen übrigens im Ausland stellenweise übertriebene Vorstellungen zu herrschen. Rußland habe die Reservisten zurückbehalten und hierdurch die Zahl seiner sofort verfügbaren Truppen über den Normalstand hinaus um 350 bis 400000 Mann erhöht. Im Gegensatz hierzu seien an der Nordostgrenze der Doppelmonarchie lediglich die Kompagniestände auf eine normale Höhe gebracht und so frühere Versäumnisse ausgeglichen worden. Österreichs Maßnahmen im Südosten, die nach den Erfahrungen der bosnischen Krisis und angesichts der jetzigen Haltung Serbiens nur zu begreiflich seien, gingen über das Maß notwendiger Vorsichtsmaßregeln nicht hinaus und könnten für die öffentliche Meinung Europas schwerlich Grund zur Beunruhigung bieten.

Zimmermann

* Siehe Anlage.

Anlage

Aide-mémoire

Reinschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Stellvertretenden Staatssekretär Zimmermann überreicht

Berlin, January 4, 1913

Sir E. Goschen spoke to the late Herr von Kiderlen-Waechter just before the Christmas holidays on the subject of some remarks made to Count Mensdorff by Sir E. Grey respecting the communiqué recently issued by the Ambassadors in London*, and handed to His Excellency a Memorandum containing the substance of those remarks**.

Briefly they were to the effect that it was to be expected that the communiqué in question would have a very reassuring influence upon public opinion in Europe, but that it would be still more reassuring if the Austro-Hungarian Government could take some means of showing that in their opinion there was a distinct improvement in the situation.

In informing Herr von Kiderlen-Waechter of the above, Sir E. Goschen told His Excellency that Sir E. Grey's only object was to relieve public anxiety as far as possible and to avoid everything which could possibly interfere with the continuous improvement in the diplomatic situation; that he knew what a delicate matter it was to make suggestions to any Power with regard to measures undertaken in defence of its own interests, and that therefore he would leave it to Herr von Kiderlen-Waechter to decide whether it was necessary or desirable that anything further should be said on this subject at Vienna.

Herr von Kiderlen-Waechter said to Sir E. Goschen in reply that he would have to think the matter over and consult the Austro-Hungarian Ambassador and that he would speak to him again on the subject after the holidays.

Sir E. Grey has now written a further letter to Sir E. Goschen in which he expresses the opinion that it would be sufficient if the Austro-Hungarian Government could let it be known by means of the Austrian Press that in consequence of the improvement in the diplomatic situation and of the settlement of the Prochaska affair they are not taking any further steps in the way of military preparations. As other outstanding points were settled communications of a similar reassuring character could be made and thus things would gradually return to a normal state.

---

* Vgl. Nr. 12557, Fußnote ††.
** Siehe Nr. 12563.

Nr. 12630

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 London, den 6. Januar 1913
[pr. 7. Januar]

Bei der heutigen Botschafterversammlung habe ich zunächst mitgeteilt, daß wir mit dem vorgeschlagenen Text einer démarche collective in Konstantinopel für den Fall des Scheiterns der Friedensverhandlungen einverstanden wären. Das Gleiche teilte mein italienischer Kollege mit, mit dem Hinzufügen, daß italienischer Botschafter in Konstantinopel* bereits angewiesen worden sei, sich im gedachten Sinne zu äußern, falls seine Kollegen identische Anweisung erhalten. Gleichzeitig hob Marquis Imperiali hervor, daß Punkt 5 italienischerseits nur dahin verstanden werde, daß er nicht die Zustimmung zur Abtretung sämtlicher Inseln in sich schließe und sich auch allein auf die Abtretung von Kreta bezöge; es wurde hierbei von allen Seiten hervorgehoben, daß Punkt 5 in keiner Weise eine Verpflichtung in sich schließe, alle Inseln an Griechenland abzutreten. Graf Mensdorff war ohne Instruktionen, russische Regierung hatte gleichfalls zugestimmt und noch dabei bemerkt, daß sich die Telegramm Nr. 4** gemeldeten vier Bedingungen nur auf die genannten vier Dardanelleninseln beziehen sollten, daß Griechenland aber auf das Recht verzichten müßte, die anderen etwa erworbenen Inseln an andere Mächte abzutreten.

Herr Poincaré ließ den Punkten 1, 2 und 3 zustimmen und ist einem Kollektivschritt nicht abgeneigt, auch nicht einer Unterstützung desselben durch Kriegsschiffe, aber er würde vorziehen, daß die Schritte der Mächte sich auf die folgenden zwei Punkte beschränken:

1. Abtretung Adrianopels. 2. Regelung der Abtretung der Inselfrage durch die Mächte. Vorläufig schiene es ihm nicht nützlich, über die finanzielle Frage oder die zukünftige Stellung Konstantinopels mit den Türken zu reden, noch auch über die Möglichkeit einer kriegerischen Entwickelung in Kleinasien***. Auf unsere Bemerkung, daß es sich nicht darum handele, der Türkei gegenüber Verpflichtungen einzugehen, sondern lediglich darum, den Türken den Ernst der Lage und die Vorteile einer nachgiebigen Haltung vor Augen zu führen, erklärte sich Herr Cambon bereit, in diesem Sinne befürwortend zu berichten.

---

* Marquis Garroni.
** Siehe Nr. 12600.
*** Vgl. dazu Iswolskys Geheimtelegramm an Sasonow vom 6. Januar (Nr. 492). Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 24.

Sir E. Grey will seinen Botschafter dahin unterrichten, daß er sich bereit halten soll, an der démarche collective auf Grund der Vereinbarung über diese Punkte teilzunehmen. Er solle aber von den gemeldeten Reserven des Herrn Poincaré Notiz nehmen und zusammen mit seinen Kollegen den Text mit dem französischen Botschafter vereinbaren. Zugleich teilte er uns mit, daß er für den Fall der Demarche auf alle Fälle zwei Kriegsschiffe nach der Besikabai entsenden werde.

Als lediglich persönliche Anregung und unter Betonung, daß ich nicht hierzu beauftragt sei, habe ich das Nachstehende vorgebracht, nachdem ich mich mit meinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen ins Einvernehmen gesetzt hatte:

1) Il me paraît prématuré d'envisager dès à présent une pression ou démonstration navale à Constantinople qui suivrait le cas échéant la démarche collective des puissances.

2) Il me paraît indiqué de s'associer à l'idée émise par Monsieur Poincaré vis-à-vis de Monsieur Jonescu de faire suivre la démarche collective susmentionnée par une démarche analogue à Sofia en faveur d'une attitude conciliante vis-à-vis des réclamations de la Roumanie*.

3) Il me semble que des considérations d'équité et de neutralité s'opposent à l'idée d'enlever à la Turquie et Andrinople et toutes les îles et que dans le cas où elle cède sur la question de cette ville, il faudrait lui assurer la possession des quatre îles situées près des Dardanelles ainsi que de Mythilène et de Chios ou au moins faire entrer à la Sublime Porte la possibilité d'en retenir quelques-unes.

Zu Punkt 1) wurde bemerkt, daß es sich allerdings empfehle, die Türken nicht unnötig zu brüskieren, daß man aber auf alle Fälle bereit sein müsse. Zu Punkt 2) erklärte Herr Cambon, nichts von der angeblichen Bemerkung des Herrn Poincaré zu wissen. Hierauf gelangte folgender Wortlaut zur Annahme: Après l'entretien sur l'observation de l'ambassadeur d'Allemagne la réunion s'est demandée si dans le cas où Bulgarie obtiendrait grâce aux démarches des puissances des conditions de paix conformes à ses désirs il n'y aurait pas lieu de l'engager à se montrer conciliante avec la Roumanie. Die Besprechung zu Punkt 3) wurde vertagt. Nächste Sitzung morgen Nachmittag.

Lichnowsky

---

* Vgl. dazu Nr. 12615 nebst Fußnote **, ferner Take Jonescu, Souvenirs, p. 10. Der rumänische Staatsmann erkennt an, daß Fürst Lichnowsky ihm in London große Dienste geleistet habe „allant même jusqu'à faire, dans la conférence, une proposition en notre faveur".

Nr. 12631

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 14 Berlin, den 7. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 12*.

Mit den von Ew. pp. vorgebrachten drei Punkten einverstanden, bitte jedoch bei bevorstehender Besprechung von Punkt 3) italienischer Anregung gemäß dafür eintreten, daß auch Chios und Rhodos Türkei belassen werden. Auf Beibehaltung dritten Punktes Greyscher Vorschläge legen wir größten Wert, da finanzielle Frage ernste Beachtung erheischt. Französische Einwendungen dagegen hängen offenbar mit Bestreben zusammen, diese Frage von Botschafterversammlung zu ekartieren. Wir haben Interesse daran, daß Dettefrage im Prinzip bereits in London gelöst und als Wille der Mächte den Friedensdelegierten kundgegeben wird, während Details unter Zuziehung der Finanziers später in Paris geregelt werden können**.

Zu Punkt 2 englischer Vorschläge bitte Standpunkt vertreten, daß Gefahren, die asiatischer Türkei drohen könnten, natürlich nur von Balkanverbündeten, nicht etwa von Großmächten zu gewärtigen seien***. Greysche Fassung wolle selbstverständlich nichts anderes sagen. Wir hätten aber gehört, daß Pforte aus Äußerungen russischen Botschafters in Pera entnehmen zu müssen glaube, Rußland werde bei Wiederaufnahme Feindseligkeiten nicht neutral bleiben, sondern in Asien eingreifen†. Um diesem Irrtum nicht neue Nahrung zuzuführen und türkisches Mißtrauen gegen Großmächte zu beseitigen, sei vorsichtigere Formulierung zweckmäßig.

Zimmermann

Nr. 12632

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Bukarest, den 7. Januar 1913

Nach Äußerungen Königs zum österreichischen Gesandten nehmen rumänisch-bulgarische Verhandlungen in London schlechten Verlauf. Bul-

---

* Siehe Nr. 12630.

** Vgl. dazu auch Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, Nr. 15168, S. 778 nebst Fußnote *.

*** Vgl. Nr. 12624, Fußnote **.

† Vgl. Nr. 12559, Fußnote **.

garen wollen nur eine östlich Silistria beginnende, diese Stadt Bulgarien belassende gerade Linie der Grenze entlang zum Meer ziehen, sonach nur unbedeutende Gebietsteile abtreten, doch wollte Danew neue Instruktionen erbitten. König glaubt eventuell drohende Sprache anwenden zu müssen*, verwies auf kriegerische Stimmung im Lande, sagte, die meisten rumänischen Minister seien kriegerisch gesinnt.

Waldthausen

Nr. 12633

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 London, den 7. Januar 1913

Nach meinen Eindrücken möchte ich nicht recht an die weitgehenden Vermutungen des Marquis di San Giuliano über die künftigen Absichten der Tripelentente hinsichtlich der Inseln** glauben. Die französisch-russische Haltung erklärt sich vielleicht aus dem Wunsche einer endgültigen Regelung der Inselfrage und aus dem Bestreben, sich Griechenland gefällig zu erweisen, während England, wie mir Sir E. Grey gestern vertraulich sagte, für den Fall des Verbleibens einiger Inseln im türkischen Besitz Ausschreitungen der ottomanischen Truppen befürchtet und für den Fall der Einführung eines autonomen Regimes baldige Verlegenheiten für die Mächte voraussehe, die aus der sofort zu erwartenden Anschlußerklärung an Griechenland hervorgehen würden.

Meine gestrige diesbezügliche Anregung wurde übrigens von den Ententevertretern durchaus nicht ohne weiteres zurückgewiesen. Es wurden nur Bedenken dagegen laut, und die Herren nahmen die Frage ad referendum. Vielleicht ließe sich eine Einigung auf der Grundlage erzielen, daß nur die vier Dardanelleninseln türkisch blieben, da Veniselos, der soeben bei mir war, mir erklärte, daß es Griechenland vor allem auf den Besitz von Chios und Mytilene ankäme, die die wichtigsten und entwicklungsfähigsten Inseln seien, und dann erst auf Samos, Kos und Rhodos. Sollte es die beiden erstgenannten nicht erhalten, so wolle König lieber auf alle Inseln verzichten, da die übrigen für Griechenland mehr eine Last seien und ihm bei der Aufteilung der Türkei angerechnet werden würden. Auf die drei Dardanelleninseln schien er geringeren Wert zu legen. Im

* Tatsächlich wurden bereits am 8. Januar die rumänischen Gesandten in Sofia und London davon in Kenntnis gesetzt „que si les tergiversations du Gouvernement bulgare par rapport à nos demandes continuaient, nous occuperions militairement la ligne Tourtoukaïa—Balčic". Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912—1 Août 1913, p. 23.

** Vgl. Nr. 12611.

übrigen erklärte griechischer Minister, daß die Erinnerung an die Schwierigkeiten, die die kretische Autonomie verursachte, ihn nur mit Schrecken an das Wiederaufleben ähnlicher Zustände bei den anderen Inseln denken ließe.

Ich werde zunächst die Einbringung des italienischen Vorschlags abwarten, da Marquis Imperiali gestern noch ohne Nachricht war.

Lichnowsky

Nr. 12634

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 London, den 7. Januar 1913

Bei der heutigen Botschafterberatung wurde zunächst die Frage erörtert, ob es sich empfehle, schon jetzt mit der verabredeten démarche collective in Konstantinopel...* Die Ansicht überwiege, daß der Hohen Pforte ein Gesamtschritt der Mächte nicht unwillkommen sein würde, um ihre Nachgiebigkeit unter Hinweis auf den Willen Europas begründen zu können. Auch sei es höchste Zeit, wenn überhaupt, den gedachten Schritt zu tun, da nach dem völligen Abbruch der Beziehungen** der Krieg alsbald wieder beginnen würde und es auch für die Türkei schwerer sei, alsdann einzulenken. Eine Einigung sei nun nicht mehr zu erwarten, daher Eile geboten.

Auch die Frage der Flottenkundgebung wurde erörtert, und man gelangte zur Überzeugung, daß auf alle Fälle Schiffe in Bereitschaft zu halten seien. Von Ausführung einer Kundgebung oder nur der Androhung derselben hatte ich, unterstützt von den verbündeten Kollegen, vorläufig abgeraten[1].

Es wurde hierauf auf Vorschlag Sir E. Greys der nachstehende Text vereinbart:

„La réunion est d'avis que les Ambassadeurs à Constantinople devraient recevoir l'instruction de s'entendre sur la rédaction d'une note en s'inspirant des observations des divers gouvernements et de procéder le plus tôt possible à la remise de cette note par démarche collective.

Vue la possibilité d'une reprise d'hostilités et des troubles qui pourraient en résulter à Constantinople il est nécessaire que les puissances se préparent à assurer la protection de leurs nationaux et de leurs intérêts en envoyant des bâtiments de guerre à la baie de Besica afin d'être prêtes à tout événement."

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Der volle Abbruch der Beziehungen, dem die Kündigung des Waffenstillstandes zwischen den Alliierten und der Türkei auf dem Fuße folgte, zog sich noch bis zum 29. Januar hin.

Hierauf erklärte Herr Cambon, daß Herr Poincaré etwa folgende Fassung für die Mahnung an die Türkei zum Einlenken wünsche:

„Prenez garde si vous reprenez les hostilités, c'est la question de Constantinople et peut-être celle d'Asie Mineure qui se posera[2]. Pour mettre en valeur cette partie de votre empire qui constituera désormais votre seule force vous ne pouvez compter sur l'appui financier de l'Europe si par votre résistance aux conseils des Grandes Puissances vous prolongez la guerre."

Auf diese Weise werde der Hinweis auf Konstantinopel und namentlich finanzielle Verbindlichkeit vermieden[3]. Man kam darin überein, daß die Botschafter in Konstantinopel gemeinsam den genauen identischen Text vereinbaren sollten.

Es gelangte hierauf die Inselfrage zur Besprechung. Mein österreichisch-ungarischer und mein italienischer Kollege vertraten die Ansicht, daß die den Dardanellen und der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln der Türkei verbleiben sollten. Sir E. Grey erklärte, die Frage morgen im Kabinett besprechen zu wollen. Als seine vorläufige Ansicht gab er zu erkennen, daß England nicht gewillt sei, türkische Truppen auf den Inseln wieder zuzulassen[4] und die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen.

Während der Teepause fragte ich Sir E. Grey vertraulich, weshalb wohl Frankreich für den Anschluß der Inseln an Griechenland eintrete. Er entgegnete, es sei, um den Griechen gefällig zu sein[5], und aus Angst[6], daß etwa die Italiener doch noch auf den Gedanken kommen könnten, sich auf einer derselben festzusetzen*. Es wurde auch die Anregung besprochen, den Türken den Besitz einiger Inseln im Falle der Nachgiebigkeit in Aussicht zu stellen, und man kam dahin überein, daß es unmöglich sei, sich bei der Kürze der Zeit über diese Frage zu einigen.

Von den verbündeten Kollegen wurde der Gedanke eines Druckes in Sofia zugunsten Rumäniens vorgebracht und von mir unterstützt. Der Gedanke wurde von der anderen Gruppe durchaus nicht bekämpft, aber einigermaßen lau vertreten, doch glaube ich, daß alle eintretendenfalls für freundschaftliche Vorstellungen in Sofia zu haben sein werden.

Graf Benckendorff brachte hinsichtlich Inseln noch in Ergänzung der neulichen Klausel die nachstehende Bedingung vor: de ne pas céder la souveraineté ou l'occupation à aucune autre puissance.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag.

Lichnowsky

* Das wird bestätigt durch ein Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 9. Januar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 25f.). Es heißt darin: „Paléologue hat Sewastopulo erklärt, er sei über die Inselfrage sehr beunruhigt. Er verfüge über zuverlässige Nachrichten, daß die Schwierigkeiten von Italien gemacht würden, das die Insel Rhodos für sich behalten wolle, und sei es auch vermittels der Verlängerung der Okkupation. Denselben Nachrichten zufolge ‚schwimmt Italien völlig im Fahrwasser des Dreibundes'."

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] !

[3] ! steht ja im Gegentheil gerade darinnen!!

[4] ist richtig! aber England kann den Türken gegenüber das Odium des Verbotes tragen!

[5] ?

[6] Hauptsache!

Nr. 12635

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 44 Berlin, den 8. Januar 1913

Zu Ew. pp. gefälligen Information.

Der russische Botschafter hat dem Herrn Reichskanzler erklärt, daß für Rußland die Notwendigkeit eintreten könne, Maßregeln zum Schutz der russischen Interessen für den Fall einer unerwarteten Schwenkung der österreichischen Politik zu treffen. In Anbetracht der von Serbien neuerdings beobachteten korrekten Haltung sei die drohende Haltung Österreichs nicht mehr gerechtfertigt.

Der Herr Reichskanzler hat Herrn Sverwejew erwidert, daß er einen Umschwung in der österreichischen Politik für ausgeschlossen halte. Dagegen hätten die außerordentlichen militärischen Maßnahmen Rußlands in Europa einen beunruhigenden Eindruck hervorgerufen. Als solche habe man schon die Einbehaltung der Reservisten nach dem 1. Januar angesehen, und jede neue Maßnahme könne den Ernst der Lage nur erhöhen. Der Herr Reichskanzler hat der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die in der Frage zwischen Rußland und Österreich schwebenden Verhandlungen Erfolg haben würden.

Zimmermann

Nr. 12636

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 8. Januar 1913

Der Chef des Generalstabes hat mir über die österreichischen Rüstungen heute folgendes mitgeteilt:

Die beiden Korps in Bosnien und der Herzegowina (das XIV. und XV.) seien ungefähr auf Kriegsstand gebracht.

Bei den drei Korps in Galizien seien die Etats nur verstärkt, und zwar bei der Infanterie noch nicht auf die Höhe der russischen Etats. Zusammenziehungen von Truppen hätten nicht stattgefunden, die Truppen seien vielmehr in ihren ordentlichen Garnisonorten verblieben.

Die galizischen Korps seien nicht gegen Rußland gerichtet, sondern würden bei einem Konflikt mit Serbien gegen Serbien verwendet werden, da die beiden Korps in Bosnien und der Herzegowina nicht ausreichten. Die gesamte größere Kriegsbereitschaft solle lediglich den Rückhalt für eine etwa nötige Auseinandersetzung mit Serbien bieten*.

Der General von Moltke glaubt, daß Österreich Entlassungen bei den galizischen Korps vornehmen werde, sobald es von Serbien nichts mehr zu besorgen habe.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 12637

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept.

Nr. 11 Berlin, den 8. Januar 1913

Gestrige Botschafterversammlung London hat auf englische Anregung schleunige Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel befürwortet, um Wiederaufnahme Feindseligkeiten zu verhindern. Maßgebend war Erwägung, daß Pforte Demarche nicht unwillkommen, um Nachgiebigkeit mit Hinweis auf Willen Europas begründen zu können.

Sir E. Grey hat folgende gemeinsame Erklärung der sechs Botschafter vorgeschlagen*: „1) Les Turcs ne tiennent pas suffisamment compte des résultats de la guerre et des futures conséquences des reprises des hostilités. 2) Dans ce dernier cas les puissances seraient obligées d'envisager la situation future de Constantinople et les développements de la guerre en Asie Mineure. 3) Les puissances seront obligées d'intervenir en Turquie pour la protection de leurs intérêts financiers. 4) D'autre part la paix une fois conclue la Turquie sera en état d'obtenir des finances une assistance

* Nach einer weiteren Notiz Bethmann Hollwegs vom 8. Januar hätte General von Moltke die obigen Mitteilungen auf Grund neuerer Nachrichten alsbald wieder modifiziert: „General von Moltke hat mir seine Mitteilungen von heute mittag soeben dahin berichtigt, daß die Rüstungsmaßregeln Österreichs in Galizien eine Antwort auf die russischen Rüstungen gewesen seien und daher mit einem eventuellen serbischen Konflikt doch weniger eng zusammenhingen, als er es angegeben habe. — — Stimmt dies, so könnte Österreich doch wahrhaftig eine gewisse Demobilisierung vornehmen."

* Vgl. Nr. 12616.

pour consolider sa situation à Constantinople et en Asie Mineure, seule partie de son empire qui jusqu'ici n'a pas été pour elle une cause de faiblesse. 5) Quant à la cession des îles les puissances useront de leur influence pour assurer que les îles qui seraient cédées aux alliés et qui auraient une importance stratégique soient pourvues d'une administration soumise à des conditions de neutralisation telles qu'elles ne puissent constituer une menace pour la Turquie. 6) En ce qui concerne la ville d'Andrinople qui paraît devoir capituler les puissances useront de leur influence pour que les termes de la cession définitive de la ville aux alliés soient conçues de façon à préserver les intérêts turcs relatifs aux mosquées, aux biens religieux et pour en assurer la sauvegarde."

Französischer Botschafter hat nachstehenden Zusatz angeregt:

„Les ambassadeurs pensent que les gouvernements pourront être amenés à envisager les mesures de pression pour faciliter l'adoption de leurs vues. Les mesures pourraient prendre à Constantinople la forme d'une démonstration navale pour la protection de nos nations et de nos intérêts."

Ferner hat Herr Cambon befürwortet,* Hinweis auf Schutz finanzieller Interessen fortzulassen und demgemäß statt Punkt 2, 3 und 4 Greyschen Vorschlags zu sagen:

„Prenez garde si vous reprenez les hostilités, c'est la question de Constantinople et peut-être celle d'Asie Mineure qui se posera. Pour mettre en valeur cette partie de votre empire qui constituera désormais votre seule force vous ne pouvez compter sur l'appui financier de l'Europe si par votre résistance aux conseils des Grandes Puissances vous prolongez la guerre."

Wir haben diesen Vorschlägen mit nachstehenden Einschränkungen zugestimmt:

1) Punkt 2 der Greyschen Vorschläge will selbstverständlich nur sagen, daß der Türkei bei Wiederausbruch des Krieges Gefahren in Asien von Balkanstaaten, nicht aber von Großmächten drohen. Um Pforte in unbegründeten Befürchtungen wegen Eingreifen Rußlands in Armenien nicht zu bestärken, ist vorsichtigere Formulierung erwünscht.

2) Hinweis auf Verpflichtung der Mächte zum Schutz ihrer finanziellen Interessen erscheint geboten.

3) Erwägungen der Billigkeit und Neutralität verbieten es, Pforte Aufgabe Adrianopels und sämtlicher ägäischer Inseln zuzumuten. Liefert Türkei Adrianopel aus, so sollten ihr die vier Dardanellen vorgelagerten Inseln sowie Chios, Mytilene, Kos und Rhodos erhalten bleiben. Von Grey vorgeschlagener fünfter Punkt darf daher nicht dahin interpretiert werden, daß alle Inseln zu zedieren sind.

4) Einleitung oder auch nur Androhung von Flottendemonstration oder sonstigen Zwangsmaßregeln ist vorläufig nicht angezeigt.

---

* Vgl. Nr. 12634.

Österreich und Italien vertreten gleichen Standpunkt. Unsere Wünsche in Inselfrage werden von Tripelentente bekämpft. Londoner Reunion empfahl, Botschafter Konstantinopel mit Ausarbeitung endgültigen identischen Textes zu betrauen.

Euere Exzellenz wollen bei Redaktion tunlichst geschlossen mit österreichischem und italienischem Kollegen vorgehen, auf Berücksichtigung unserer Vorbehalte dringen und vereinbarten Text zunächst hierher drahten.

Zimmermann

Nr. 12638

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 10 Berlin, den 8. Januar 1913

Gestrige Botschafterversammlung London beschloß, Vertreter in Konstantinopel unverzüglich mit Ausarbeitung und schleuniger Überreichung identischer Note nach Ergebnis bisheriger Beratungen zu beauftragen. Unsere Vorschläge in Inselfrage stießen auf Widerspruch. Anregung wegen Demarche in Sofia zugunsten Rumäniens fand nur laue Zustimmung.

Fürst Lichnowsky erhält folgende Instruktion*:

„An unserem Standpunkt in Inselfrage halten wir fest, da es unbillig wäre, Pforte, die freiwillig bereits auf große Gebiete verzichtet, durch Druck der Mächte weitere Opfer ohne jedes Zugeständnis abzunötigen. Derartige Rigorosität könnte Revolution und völligen Zusammenbruch Türkei provozieren, was zu verhüten allgemeines europäisches Interesse gebietet. Wir wollen aber durch Diskussion hierüber Demarche in Konstantinopel nicht aufhalten und ermächtigen Baron Wangenheim, bei Redaktion identischer Note mitzuwirken.

Dagegen müssen wir darauf bestehen, daß gleichzeitig mit Demarche bei Pforte, nicht nachträglich, analoger Schritt der Mächte zugunsten Rumäniens in Sofia erfolgt. Solche freundschaftliche Intervention wird dort gerade in diesem Moment am ehesten verstanden werden, da sie ebenso wie Vorgehen in Pera Abwendung Kriegsgefahr bezweckt und Bulgarien als Entgelt für erhebliche Vorteile, die ihm Mächte bei Pforte erwirken wollen, Zugeständnisse an Rumänien vor öffentlicher Meinung am leichtesten rechtfertigen kann. Ob es angezeigt ist, Demarche Sofia ausdrücklich als conditio sine qua non unserer Teilnahme an Demarche Pera

* Es geschah durch Telegramm Nr. 15 vom 8. Januar.

hinzustellen, bitte ich im Einvernehmen mit Dreibundkollegen nach eigenem Ermessen zu entscheiden*."

Baron Wangenheim wird beauftragt**, bei Redaktion der Note geschlossen mit Dreibundkollegen vorzugehen, auf Berücksichtigung unserer in London vorgebrachten Wünsche zu dringen und vereinbarten Text vor Überreichung zunächst hierher zu drahten.

Bitte dortiger Regierung entsprechende Instruktionen nach London und Konstantinopel nahelegen.

Zimmermann

Nr. 12639

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 Konstantinopel, den 8. Januar 1913

Noradunghian erzählte mir, er sei seinerzeit durch General Sawow benachrichtigt worden, daß der Vertrauensmann des Königs Ferdinand Kaltschew im Auftrage Seiner Majestät zu einer Besprechung hierher kommen werde. Auf Wunsch Sawows sei Kaltschew mittels Extrazugs in Tschataltja abgeholt worden und hier von Kiamil Pascha und ihm empfangen worden. Die Verhandlungen, bei welchen Kaltschew den bulgarischen Verzicht auf Adrianopel und ein Schutz- und Trutzbündnis gegen das Versprechen der Türkei angeboten habe, für die Einverleibung Saloniks in Bulgarien einzutreten, seien auf dem besten Wege gewesen, aber plötzlich dadurch zum Stillstand gekommen, daß die russische Botschaft erklärt habe, Kaltschew sei ohne jeden amtlichen Auftrag nach Konstantinopel

---

* Nach Poincaré, Au Service de la France, III, 6 hätte Fürst Lichnowsky tatsächlich vor der Botschafterreunion vom 9. Januar im Kreise der Kollegen erklärt: „Qu'il croyait que l'Allemagne ne pourrait s'associer à aucune démarche à Constantinople, si les puissances ne donnaient pas elles-mêmes leur assentiment à celle qu'il proposait (vgl. dazu Nr. 12650) de faire à Sofia pour recommander à la Bulgarie de céder à l'injonction de la Roumanie." Graf Benckendorff wollte sogar, wie der französische Botschafter Cambon Poincaré mitteilte, den Fürsten Lichnowsky dahin verstanden haben: „Que dans le cas d'un conflit entre la Roumanie et la Bulgarie, l'Allemagne ne pourrait pas conserver sa neutralité." Seinerseits gibt Botschafter Cambon in seinem von Poincaré mitgeteilten Telegramm vom 10. Januar zwar zu, daß es sich bei der von Graf Benckendorff mitgeteilten drohenden Äußerung Lichnowskys um ein Mißverständnis handeln möge, nichtsdestoweniger erhebt er gegen den deutschen Botschafter und die deutsche Politik den Vorwurf, Rumänien zu seiner Intransigenz aufgestachelt zu haben. Der Vorwurf, den sich Poincaré zu eigen macht, ist durchaus ungerecht; die Berichterstattung Fürst Lichnowskys (vgl. Nr. 12647, 12656) erweist klar, daß er nicht bloß auf den bulgarischen, sondern auch auf den rumänischen Vertreter in mäßigendem Sinne einzuwirken suchte und mit der vorgeschlagenen freundschaftlichen Demarche der Mächte in Sofia nur einer Anregung Poincarés (vgl. Nr. 12630) zu entsprechen glaubte. Auch in Berlin war man bestrebt, die rumänischen Forderungen an Bulgarien zu ermäßigen, vgl. Nr. 12648, S. 162, Fußnote **.

** Vgl. Nr. 12637.

gereist. Hiernach stehe für ihn außer Zweifel, daß die Tripelentente die bulgarisch-türkische Annäherung zu verhindern gewußt habe.

Gestern hat Noradunghian General Sawow in Tschataltja aufgesucht und dabei letzterem die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die Türkei unter keinen Umständen auf Adrianopel verzichten könne. Der General habe sich seinen Argumentationen nicht verschlossen und versprochen, dieselben Seiner Majestät dem Könige zu unterbreiten.

Nach einem der Pforte gestern zugegangenen Telegramm hat Sir E. Grey zur Erwägung gestellt, Adrianopel der Türkei zu überlassen, falls dieselbe gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse bezüglich dieser Stadt an Bulgarien mache. Die Pforte ist in diesem Punkte selbstverständlich zu weitestem Entgegenkommen bereit. Sie ist dankbar für das Eintreten des Dreibunds zugunsten der Türkei in der Inselfrage. Weder in dieser noch wegen Adrianopel werde sie, wie Noradunghian von neuem betonte, nachgeben, auch dann nicht, wenn seitens der Mächte ein Druck, wie zum Beispiel eine Flottendemonstration, ausgeübt würde. Falls irgendeiner seiner Kollegen sich zum Nachgeben geneigt zeigen sollte, was bis jetzt nicht der Fall sei, so werde er, Noradunghian, sein Portefeuille niederlegen.

Wangenheim

Nr. 12640

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 London, den 8. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 14*.

Halte italienischen Standpunkt in der Inselfrage für völlig aussichtslos, da hiesige Regierung entschlossen ist, in dieser Frage nicht nachzugeben und Inseln den Griechen zu überlassen. Befürchtungen des Marquis di San Giuliano erscheinen mir, wie gesagt, auch sehr übertrieben. Habe Grund zur Annahme, daß britische Regierung von uns in dieser Frage Entgegenkommen erwartet. Dafür will, wie ich vertraulich erfahre, Sir E. Grey versuchen, in Petersburg eine für Österreich annehmbare Lösung der Skutarifrage zu erreichen.

Genaue Formulierung der Note soll unter Berücksichtigung französischer Wünsche in Konstantinopel zwischen Botschaftern vereinbart werden, halte daher Wiederaufrollung der ganzen Frage in morgiger Sitzung nicht für zweckmäßig.

* Siehe Nr. 12631.

Punkt drei nach englischer Fassung sollte eine an die Türkei gerichtete Drohung enthalten, nicht aber eine grundsätzliche Regelung der Dettefrage den Balkanverbündeten gegenüber ins Auge fassen.

Herr Poincaré wollte, wie Herr Cambon wiederholt hervorgehoben, hauptsächlich den Anschein vermeiden, als wollten wir der Türkei die Aussicht auf finanzielle Unterstützung eröffnen.

Werde, falls sich Gelegenheit bietet, mich entsprechend äußern, glaube aber, daß endgültige Fassung hier nicht mehr vereinbart wird.

Lichnowsky

Nr. 12641

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 4 Berlin, den 9. Januar 1913

In Bukarest scheint einige Erregung zu herrschen, da Herr Danew, der noch bei hiesigem Besuch* volles Verständnis für rumänische Wünsche zeigte, neuerdings offenbar weniger entgegenkommende Haltung einnimmt. Für allgemeinen Frieden wäre dringend erwünscht, daß dortiges Kabinett Stimmung Rumäniens Rechnung trägt. Gegenwärtiger Zeitpunkt, wo Mächte in gemeinsamer Demarche bei Pforte zur Abwendung Kriegsgefahr erhebliche Vorteile für Bulgarien erwirken wollen, dürfte zum Einlenken besonders geeignet sein, da öffentliche Meinung Bulgariens jetzt am ehesten verstehen wird, wenn dortige Regierung zum gleichen Zweck Zugeständnisse an Rumänien macht. Auch verbietet eigenstes Interesse Bulgariens, Pforte durch Hoffnung auf rumänisch-bulgarischen Konflikt Rücken zu stärken und so Schritte der Mächte von vornherein zur Erfolglosigkeit zu verdammen.

Bitte hiernach freundschaftliche Vorstellungen erheben und dabei vorsichtig andeuten, wir hätten auf Londoner Botschafterreunion, eine Anregung des Herrn Poincaré aufnehmend**, auch anderen Mächten anheimgestellt, anläßlich der in Pera geplanten Intervention in Sofia ein gutes Wort für Rumänien einzulegen***.

Drahtbericht†.

Zimmermann

---

* Vgl. Kap. CCLXVI, Nr. 12531.
** Vgl. Nr. 12630.
*** Vgl. Nr. 12630.
† Vgl. Nr. 12660.

Nr. 12642

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Bukarest, den 8. Januar 1913
[pr. 9. Januar]

Erregung wegen Grenzfrage gestiegen. Nationale Wünsche auf Abtretung Silistrias gerichtet ....*, worauf nach Äußerungen Königs und Konseilpräsidenten Rumänien unbedingt bestehen muß. Alle Parteien mit eventuellem kriegerischen Vorgehen einverstanden. Konseilpräsident sagt mir, Stimmung sei allgemein kriegerisch. Nur König und er suchten zurückzuhalten, doch sei auch dies nicht mehr angängig, da Bulgarien durch unaufrichtige Winkelzüge Verhandlungen hinzuziehen suche. Danew, obschon nach Erklärung bulgarischer Regierung sogar zum Abschluß formell ermächtigt, habe nur wertlose gerade Grenzlinie bewilligen dürfen und nach letztem Londoner Telegramm nur brieflich neue Instruktionen erbeten. Konseilpräsident hat heute bulgarischem Gesandten** erklärt, es könne so nicht weiter gehen, Rumänien müsse dann andere Maßnahmen ergreifen. Konseilpräsident sagt mir, dies könnten Mobilisierung und Besetzung bulgarischen Gebiets sein. Rumänien sei bereit gewesen, Donauübergang und wirtschaftliche Vorteile zu gewähren, auch Bulgarien diplomatisch und militärisch zu unterstützen. Rumänischer Gesandter*** habe letzteres in Sofia erklärt, Misu und Take Jonescu hätten entsprechende Weisungen erhalten. Rußland habe Schebeko† zufolge in Sofia Erfüllung rumänischer Wünsche angeraten††. Rumänien sei jetzt auf letztem Punkt der Geduld angelangt. Ändert Bulgarien in den nächsten Tagen nicht Haltung, so kann es nach Majorescus Äußerungen zu kriegerischem Vorgehen Rumäniens kommen. Prinz von Fürstenberg hält, da Zusage diplomatischer und militärischer Unterstützung Bulgariens anscheinend wegen Drucks der Mächte in Konstantinopel wirkungslos sei und hiesige Interessen Dreibunds Erfüllung rumänischer Wünsche erfordern, Druck der Mächte auch in Sofia zugunsten Rumäniens für wünschenswert. Konseilpräsident will keinen Antrag stellen, um Take Jonescus Fäden nicht zu stören, der nach Unmöglichkeit Unterredung mit Staatssekretär in England habe wirken müssen, von wo Anregung nach Deutschland gelangen würde.

Waldthausen

---

* Zifferngruppe fehlt.
** G. Kalinkow.
*** D. Ghika.
† Russischer Gesandter in Bukarest.
†† Vgl. das von Konseilpräsident Majorescu dem Könige Karl am 5. Januar erstattete Referat. Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912—1 Août 1913, p. 19.

Nr. 12643

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 13 Berlin, den 9. Januar 1913

Dreibund tritt dafür ein, daß vier den Dardanellen vorgelagerte Inseln sowie Chios, Mytilene, Kos und Rhodos türkisch bleiben, während Tripelentente sämtliche Inseln Griechenland überlassen will. Sir Edward Grey ist nach Eindrücken Kaiserlichen Botschafters zum Festhalten seines Standpunkts entschlossen, aber geneigt, als Entgelt etwaigen Entgegenkommens Dreibunds in Petersburg für österreichische Lösung Skutarifrage zu wirken.

Rußland wollte ursprünglich Inseln vor Dardanellen Türkei belassen, und scheint auch jetzt noch in Inselfrage nicht ganz am englisch-französischen Strange zu ziehen. Dies wäre angesichts offenbarer Divergenz Interessen in Dardanellenfrage nicht verwunderlich. Denn Rußland kann nicht wünschen, daß eine von maritimem Ehrgeiz erfüllte und im englischen Schlepptau segelnde antislawische Macht durch Inselbesitz Schlüssel zu Meerengen erhält. Wir haben an Schicksal Inseln kein direktes Interesse.

Bitte vorsichtig sondieren, wie Herr Sasonow Inselproblem beurteilt, und ob in Skutarifrage Nachgeben Rußlands zu erwarten.

Drahtbericht*.

Zimmermann

Nr. 12644

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim***

Konzept

Nr. 33 Berlin, den 9. Januar 1913

Zu Ew. pp. Information. [abgegangen am 10. Januar]

Der serbische Geschäftsträger hat mir gestern im Namen seiner Regierung mitgeteilt, Serbien sei bereit, zum Beweise seines guten Willens sowie im Interesse des allgemeinen Friedens Opfer zu bringen. Es habe sich daher entschlossen, unmittelbar nach dem Friedensschluß seine Truppen von der Küste des Adriatischen Meeres zurückzuziehen. Die serbische Regierung hoffe, daß die Mächte von ihrer Mäßigung Kenntnis nehmen

* Vgl. Nr. 12655.

** Das gleiche Telegramm ging an die Botschafter bei den übrigen europäischen Großmächten und an die Gesandten bei den Balkanstaaten.

und keine weiteren Opfer verlangen würden, die außerhalb der Grenzen ihrer Macht liegen könnten.

Ich habe Herrn Boghitschewitsch erwidert, daß ich seiner Erklärung eine erhebliche Bedeutung nicht beizumessen vermöchte. Ich fände es selbstverständlich, daß Serbien sich dem Willen Europas nicht widersetze und demgemäß seine Truppen aus Albanien zurückziehe. Befriedigung würde es uns gewährt haben, wenn er in der Lage gewesen wäre, uns die sofortige Zurückziehung der Truppen anzukündigen. Eine derartige Erklärung würde sicherlich auch in Wien ihren Eindruck nicht verfehlt und der österreichisch-ungarischen Regierung die Möglichkeit gegeben haben, die Truppenbestände an der serbischen Grenze zu vermindern*.

Zimmermann

Nr. 12645

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 London, den 8. Januar 1913
[pr. 9. Januar]

Sir E. Grey hatte mich soeben zu sich gebeten und erzählte mir, er habe gerade eine längere Unterredung mit Reschid Pascha und Tewfik Pascha** gehabt. Er habe den Herren keinen Zweifel über den Ernst der Lage gelassen und ihnen vorgehalten, daß sich ihre Stellung nur verschlechtern könne, falls neue kriegerische Mißerfolge einträten.

Die türkischen Vertreter entgegneten, es sei unmöglich nachzugeben, nicht nur aus militärischen, sondern auch aus innerpolitischen Gründen. Sodann sagte er mir, Herr Babington Smith von der Nationalbank in Konstantinopel sei an ihn mit der Frage herangetreten, ob es ihm recht sei, wenn die Türkei von diesem Finanzinstitut Geld erhalte. Die ottomanische Regierung habe sich außerdem noch an die Banque Ottomane

* Die serbische Erklärung, die gleichzeitig in Form einer Note in London erfolgte (vgl. Nr. 12650) war nicht nur insofern hinterhältig, als sie die Zurückziehung der serbischen Truppen von der Adria bis zu einem vorerst gar nicht abzusehenden Termin — der Friedensschluß erfolgte erst am 30. Mai — hinausschob, sondern auch insofern, als die serbische Regierung sich vorbehielt, für die Aufgabe des Zugangs zur Adria anderweitigen Ersatz zu fordern, und zwar auf Kosten Bulgariens. Schon Mitte Dezember 1912 sagte der serbische Gesandte in Paris Nowakowitsch zu Iswolsky „qu'au cas où la Serbie se verrait refuser la possession souveraine d'un port sur l'Adriatique, elle serait obligée de chercher des compensations par delà la ligne frontière établie par le traité serbo-bulgare". Gegen ein solches Vorhaben legte Sasonow zwar in einem Telegramm an den Gesandten von Hartwig vom 16. Dezember (Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 127 s. nach dem russischen Orangebuch über die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel) Verwahrung ein, aber, wie die Ereignisse lehren sollten, ohne nachhaltigen Erfolg.

** Türkischer Botschafter in London.

und an die Deutsche Bank gewandt. Er wünschte zu wissen, welche Ratschläge wir der Deutschen Bank erteilen würden. Er habe bisher den Grundsatz verfolgt, es den britischen Finanzinstituten zu überlassen, auf eigene Gefahr vorzugehen. Sowohl bei Japankrieg wie bei jetzigem habe er sich streng hieran gehalten. Nun aber entstände die Frage, ob man vor befriedigender Erledigung des Streites um Adrianopel der Türkei Geld geben solle. Andererseits aber sei es bedenklich, durch Versagung der nötigen Mittel den Zusammenbruch der türkischen Verwaltung, des Zolldienstes pp. zu verschulden.

Dann erzählte mir der Minister, daß in der heutigen Kabinettssitzung die Stimmung noch viel energischer zugunsten einer radikalen Lösung der Inselfrage erschienen wäre, als sie schon bei ihm selbst bestand. Seine Kollegen wollten absolut nichts von einer etwaigen gewaltsamen Verhinderung des Anschlusses der autonomen Inseln an Griechenland wissen, noch weniger aber von einer Preisgebung der Bevölkerung an die türkischen Truppen; auch fürchtet man sich vor höfischen Scherereien, verursacht durch die Verwandtschaft der griechischen Königsfamilie. Das britische Kabinett wolle daher unter keinen Umständen von einer Wiederholung der Kretafrage in einer neuen Form etwas wissen.

Ich werde natürlich den Schritt meines italienischen Kollegen, der bisher immer noch ohne Weisungen war, unterstützen, halte es aber für meine Pflicht, nochmals darauf hinzuweisen, daß ich ihn für völlig aussichtslos erachte. Auch sagte Sir E. Grey, er wolle mit Marquis Imperiali sprechen bezw. durch Herrn von Rodd* mit Marquis di San Giuliano reden lassen, um die Bedenken des italienischen Kabinetts zu zerstreuen. Dieselben seien vornehmlich auf die Haltung des „Temps" und anderer französischer Blätter zurückzuführen, während man in Frankreich immer noch glaube, Italien wolle Rhodos annektieren. Er, Sir E. Grey, habe schon vor längerer Zeit Herrn Cambon erklärt, daß alle Gerüchte über angebliche Absichten Englands auf Syrien vollkommen aus der Luft gegriffen seien.

Lichnowsky

Nr. 12646

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann
an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 18 Berlin, den 9. Januar 1913

Auf Telegramm Nr. 17** zur Verwertung.

Wir halten mit Sir Edward Grey für bedenklich, der Türkei durch Versagung der Mittel die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Verwal-

* Englischer Botschafter in Rom.
** Siehe Nr. 12645.

tung zu entziehen. Die Deutsche Bank ist von unserem Standpunkt verständigt mit Hinzufügen, gegebenenfalls Vorkehr zu treffen, daß Geldmittel lediglich für angegebenen Zweck, nicht etwa zur Anschaffung von Kriegsmaterial, verwandt werden. Zusammengehen unserer Finanz mit englischer und französischer würden wir begrüßen. Anheimstelle, Gelegenheit zu benutzen, um Sir Edward Grey tunlichst für prinzipielle Regelung der Dettefrage gemäß Instruktion Telegramm 14* zu gewinnen. Baldige Regelung dieser Frage würde wesentlich zur Beruhigung türkischer Staatsgläubiger und damit zu allgemeiner Entspannung Publikums beitragen. Herr von Schwabach eintrifft dort Montag, um für Angelegenheit allgemeines Interesse zu erwecken.

Zimmermann

Nr. 12647

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 London, den 9. Januar 1913

Heute früh waren sowohl Danew als Take Jonescu bei mir. Als ich ersterem vorstellte, daß nicht nur wir, sondern auch Österreich-Ungarn und Italien den größten Wert darauf legten, daß es zwischen Rumänien und Bulgarien zu einer Verständigung käme und die Möglichkeit freundschaftlicher Vorstellungen in Sofia durchblicken ließ, entgegnete er, es sei schwer für Bulgarien, sich auf Zugeständnisse einzulassen in dem Augenblick, wo Herr Majorescu eine so drohende Sprache führe[1]. Er habe dem bulgarischen Vertreter mit militärischen Maßnahmen gedroht** und die sofortige Regelung einer Frage verlangt, die doch jedenfalls geraume Zeit in Anspruch nehmen werde[2]. Ich riet ihm, seine hiesigen Verhandlungen mit Herrn Jonescu, die zum Abbruch geführt hatten, wieder aufzunehmen, da Herr Jonescu großen Einfluß in Bukarest habe und beide am besten geeignet schienen, einen befriedigenden Ausweg zu vereinbaren. Er stimmte dem zu und versprach, mit Herrn Jonescu wieder zu verhandeln. Auf meine Bemerkung, daß Mächte berechtigt seien[3], für den bedeutenden Dienst, den sie Bulgarien erwiesen, von der Königlichen Regierung Entgegenkommen zu erwarten, entgegnete er, daß die Mächte doch nur in ihrem eigenen Interesse zur Erhaltung des Friedens, nicht aber aus Liebe[4] zu Bulgarien handelten. Ich erwiderte, daß jede politische Handlung bis zum gewissen Grade egoistische Motive[5] voraussetze, daß wir aber trotzdem damit den Bulgaren einen ungeheuren Dienst leisteten, die sich sonst

* Siehe Nr. 12631.

** Eine solche Äußerung wurde nachträglich von Majorescu bestritten, vgl. Nr. 12666.

in einer äußerst kritischen Lage befänden. Er gab dies unumwunden zu und schien sich meinen freundschaftlichen Vorstellungen nicht entziehen zu wollen.

Herr Jonescu, der bald darauf erschien, hatte gestern abend äußerst beunruhigende Nachrichten aus Bukarest erhalten, heute früh aber wieder friedlichere Meldungen. Er erklärte sich bereit, mit Herrn Danew die Verhandlungen wiederaufzunehmen, und wollte, als ich ihm den wesentlichen Inhalt meiner Besprechung mit Danew mitteilte, in diesem Sinne nach Bukarest telegraphieren.

Ich habe den Eindruck, daß es beiden Staatsmännern gelingen wird, die Verhandlungen weiterzuführen und durch ihren beiderseitigen bedeutenden Einfluß kriegerischen Verwickelungen dadurch vielleicht vorzubeugen.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der Entzifferung:

[1] Er hat sie doch nur geführt, weil die Bulgaren Rumänien en canaille behandelt haben!
genau dieselbe Lage wie zw[ischen] Petersb[ur]g u[nd] Wien! Einer würgt den Anderen, Rekriminationen setzen ein und das endigt mit Keilen und Schießen, um nichts!

[2] perche?!

[3] sehr richtig

[4] bei solcher Politik ist von Liebe nirgends die Rede!

[5] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:
Wahrscheinlich mögen sie sich persönlich nicht!
z[um] B[eispiel] Gortschakoff-Bismarck!
Dann gehen die Sachen nicht wie sie sollen

Nr. 12648

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Bukarest, den 10. Januar 1913

Österreichischer Gesandter sagt mir*, Ministerpräsident habe gestern abend ihn und russischen Gesandten kommen lassen und ihnen mitgeteilt, Verhandlungen mit Bulgarien seien auf totem Punkt angelangt, Danew erkläre, er könne sie nicht fortsetzen, werde einen anderen Delegierten erbitten[1]. Hierin erblicke Rumänien Verschleppung, besonders auch, weil Bulgarien rumänischem Antrag hinsichtlich Unterstützung gegenüber Türkei kein Gehör geschenkt habe[2]. König habe sich ent-

---

* Vgl. das Telegramm Prinz Fürstenbergs an Graf Berchtold vom 8. Januar. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. Dezember 1913, S. 123f.

schlossen, falls Bulgarien nicht in kürzester Frist Verhandlungen in London wiederaufnehme, in vier bis fünf Tagen Linie Tutakran—Balčik mit 40 bis 50000 Mann zu besetzen und als Faustpfand zu behalten, nicht dagegen zu mobilisieren[3].

Russischer Gesandter hat österreichischem Gesandten vertraulich gesagt, Danew hätte russischen Botschafter London und bulgarischer Gesandter Petersburg* Herrn Sasonow gebeten, daß Rußland auf Rumänien einwirken möge[4]**. Bulgarische Bedingungen seien: Schleifung Silistrias, Abtretung eines Streifens mit 20 Dörfern, kirchliche Autonomie Kutzowalachen und Verzicht auf rumänische Dobrudscha[5]. Majorescu hat erklärt, Bedingungen seien ungenügend, der letzte Punkt sogar beleidigend, er werde König Mitteilung machen. Österreichischem Gesandten erscheint erwünscht, daß alle Großmächte die rumänischen Wünsche durchdrücken, damit nicht Rußland allein das Verdienst zufällt[6]. Bulgarischer Gesandter hat ihm gesagt, nach seiner Meinung seien nicht sachliche, sondern persönliche Differenzen zwischen Danew und Take Jonescu Ursache des Stillstands der besonderen Verhandlungen[7].

Ministerpräsident, dem Rußlands Hineinziehung nicht angenehm, sagt mir heute, es sei nun möglich, daß Rumänien demnächst seine Forderungen den Mächten unterbreite[8] und ihnen Regelung überlasse, gleichzeitig aber sich selbst helfe durch Besetzung des gewünschten Gebiets als Faustpfand[9]. Mobilisieren oder Krieg erklären werde es nicht***.

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Weil der Bulgare schon mit den Türken wegen eines Bündnißes verhandelt

[3] halbe Maßregel! Muß er nachher doch! Dann ist es zu spät und die Bulgaren schon da!

[4] das ist das allerschlimmste!

---

* Radka Dimitriew.

** Tatsächlich machte Rußland in Bukarest einen Vermittlungsvorschlag zu Bulgariens Gunsten, der von Frankreich unterstützt wurde. Vgl. die in Paris am 10. Januar überreichte russische Note. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 40 s., sowie das von Konseilpräsident Majorescu dem Könige Karol am 8. Januar erstattete Referat. Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912—1 Août 1913, p. 23.

*** Unterstaatssekretär Zimmermann nahm noch am 10. Januar Veranlassung, auf Grund der Waldthausenschen Meldung mit dem rumänischen Gesandten Beldiman in dem Sinne zu sprechen „que de l'avis du Gouvernement Impérial, les moyens diplomatiques pour arriver à une entente avec la Bulgarie n'étaient pas encore épuisés, et qu'en ce moment les menaces rendaient plus difficiles non seulement nos propres négociations avec la Bulgarie, mais aussi la tâche des cabinets amis qui avaient entrepris action en notre faveur". Rumänisches Grünbuch, a. a. O., p. 25. Am 12. Januar sprach auch Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit Beldiman in gleichem Sinne: „Une action militaire de la Roumanie contre la Bulgarie en ce moment provoquerait des complications plus nuisibles que le profit que nous pourrions en tirer". Telegramm Beldimans an Majorescu vom 12. Januar. Rumänisches Grünbuch, a. a. O., p. 27.

[5] Quatsch!
[6] richtig
[7] na also!
[8] besser als mobilisiren!
[9] das sollte füglich besser unterbleiben!
Die Besetzung im Rücken der Bulgaren während sie vorm Feinde stehen, können letztere sich gar nicht ruhig gefallen lassen! Da gibts Krieg!

Nr. 12649

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 9 St. Petersburg, den 8. Januar 1913
[pr. 10. Januar]

Durch die in versöhnlichem Sinne gehaltenen Erklärungen des Grafen Berchtold über die „keineswegs gegen Rußland gerichteten österreichischen militärischen Maßnahmen“* ist eine entschiedene Entspannung in den Beziehungen beider Reiche eingetreten. Herr Sasonow hat mir bei der letzten Unterredung, nachdem er seine Befriedigung über die betreffenden Erklärungen des Grafen Thurn ausgesprochen und die korrekte und freundschaftliche Haltung des Botschafters während der ganzen Krise lebhaft anerkannt hatte, einen langen Überblick über die russischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn gegeben, aus dem allerdings von Anfang bis Ende mit Beziehung auf die österreichische Politik der einst von Schwarzenberg selbst ausgesprochene Satz herausklang: „nous étonnerons l'Europe par notre ingratitude.“ Der Minister sprach dann im Gegensatz hierzu sehr warm und, wie ich glaube, aufrichtig[1] über die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland[2] und betonte mit großer Bestimmtheit, daß er trotz gelegentlicher Trübungen in unseren Beziehungen, die wohl zwischen zwei großen Nachbarreichen stets einmal vorkämen, einen Krieg mit uns geradezu für unmöglich hielte[3].

Ich konnte nicht umhin, den Minister auf die doch einmal bestehenden Gruppierungen in Europa hinzuweisen. Herr Sasonow hob darauf sehr nachdrücklich hervor, daß der Schwerpunkt des Dreibundes stets in Berlin liegen müsse. Wie nötig dies sei, habe man erst jetzt wieder gesehen. Nur wenn unser Einfluß im Dreibunde ausschlaggebend bleibe, habe er keine Sorge für die Zukunft. Der Minister hat mir erst kürzlich, als ich bei seinen Klagen über Österreich-Ungarn meinerseits auf den herausfordernden Ton der Franzosen hinwies, erwidert, in Frankreich denke kein vernünftiger Mensch[4], am allerwenigsten Herr Poincaré, an einen Krieg mit Deutschland, „ces gens ne pensent qu'à leur argent“. Verschiedene An-

* Vgl. Nr. 12607, 12625, Fußnote ***.

zeichen sprechen dafür, daß Herr Sasonow, dem der hiesige französische Botschafter, Herr Georges Louis, entschieden nicht sympathisch ist, schon bei verschiedenen Gelegenheiten die Franzosen zur Ruhe verwiesen hat; andererseits glaubt der Minister sicherlich an einen beruhigenden Einfluß Deutschlands auf Österreich-Ungarn. Dieser Gedanke kam bei Herrn Sasonow mit großer Offenheit zum Ausdruck, als er mir wiederholt sein Bedauern über den Tod des Staatssekretärs in dieser kritischen Zeit ausdrückte und von seinem unbedingten Vertrauen zu Euerer Exzellenz sprach.

Wenn nun auch die hiesige Regierung allmählich weniger Mißtrauen gegen die österreichischen Absichten auf dem Balkan zu hegen scheint, so ist die Stimmung in allen übrigen Kreisen „gegen den Hauptstörenfried in Europa" nach wie vor sehr schlecht[5]. Bei Hofe und in der Gesellschaft, namentlich aber in Finanzkreisen und in der Presse, überall zeigt sich eine tiefe Verstimmung gegen Österreich-Ungarn. Die Angriffe der „Nowoje Wremja" und anderer deutschfeindlicher Blätter auf uns haben fast ganz aufgehört; die Sprache gegen Österreich-Ungarn wird aber immer feindlicher. Ein bekannter russischer Publizist und ehemaliger Diplomat, der jetzt vom Balkan hierher zurückgekehrt ist, faßte seine Eindrücke in dem Ausspruche zusammen: „Die Türkei, der kranke Mann Europas, ist gestorben, der nächste Kranke ist Österreich-Ungarn mit seinen 27 Millionen Slawen." Manche haben wohl früher an eine Verständigung Rußlands mit Österreich-Ungarn, und zwar auf unsere Kosten, geglaubt. Dieser Zeitpunkt ist jedenfalls durch die Balkankrisis sehr weit hinausgerückt.

Die Gründe für die friedliche Politik der russischen Regierung liegen zunächst in dem Wunsch, die wirtschaftliche Entwickelung des Landes und seine guten Finanzen nicht durch äußere und dann auch bestimmt eintretende innere Erschütterungen zu zerstören. Andererseits nimmt das gegenseitige Mißtrauen Rußlands und Englands wegen Persien und Armenien, wo Rußland vielleicht eine aktivere Politik jetzt betreiben will, zu[6]. Hierfür sprechen unter anderem die häufigen Besuche, die der sonst so reservierte englische Militärattaché* dem österreichischen** abstattet und ihn dabei wegen der angeblichen russischen Truppenverschiebungen im Süden auszufragen sucht. Wenn man nun noch an die durch das Mongoleiabkommen*** entstandene Verschärfung in den chinesisch-russischen Beziehungen denkt, so erscheint der aufrichtige Wunsch Rußlands, zu einer Verständigung mit Österreich-Ungarn über die Balkanfragen zu kommen und näher an Deutschland heranzurücken, durchaus verständlich.

Lucius

---

* Oberstleutnant Knox.
** Hauptmann Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg.
*** Vgl. dazu Bd. XXXII, Kap. CCLIX.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sicher nicht!
[2] die haben in Russland längst ausgespielt!
[3] d[as] h[eißt] ihr sollt stillsitzen, wenn wir mit Oesterreich fechten!
[4] aber die unvernünftigen haben dort Oberwasser
[5] !
[6] gut

Nr. 12650

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 London, den 9. Januar 1913
[pr. 10. Januar]

Bei der heutigen Botschafterbesprechung warf Herr Cambon die Frage auf, ob es sich nicht doch empfehlen würde, den Wortlaut der identischen Note für Konstantinopel hier abzufassen und den betreffenden Regierungen zu unterbreiten, da nach seiner Erfahrung ein von den dortigen Botschaftern vereinbarter Text nicht dieselbe Wirkung hervorrufen würde. Wir seien auch besser in der Lage, alle Einzelheiten festzustellen. Nach längeren Verhandlungen einigten wir uns dahin, daß Cambon gebeten wurde, einen Text zu entwerfen, den er uns morgen vorlegen wird; ich benutzte die Gelegenheit, um die im Erlaß Nr. 14* zu Punkt 2 englischer Vorschläge gemachten Bemerkungen zu verwerten.

Nun gelangte die Frage der Flottenkundgebung zur Sprache. Es wurde folgende Erklärung vereinbart:

„La réunion des ambassadeurs désire savoir quels seront les bâtiments et quel sera le nombre que les gouvernements voudront envoyer à Bésica Bay et à quelle date ils se proposent d'y arriver[1]."

England entsendet zwei Schiffe der Vordreadnoughtklasse, worunter „König Eduard VII.", sie sind aber noch nicht unterwegs. Frankreich ebenfalls zwei Schiffe, welche im Piräus oder sonstwo weiteren Befehl abwarten sollen. Österreich-Ungarn ist im Prinzip einverstanden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Ankunft in Besikabai möglichst gleichzeitig erfolge.

Hierauf gab ich die nachstehende Erklärung** ab:

„Le Gouvernement Impérial est d'avis qu'il est indispensable que la démarche des Puissances à Sofia en faveur des réclamations roumaines ne suive pas la démarche collective auprès de la Sublime Porte mais qu'elle soit simultanée. Une intervention amicale à Sofia dans cet ordre d'idée qui visât comme celle à Péra à écarter le danger de la guerre aura en ce moment un accueil d'autant plus favorable que la Bulgarie sera en état de

* Vgl. Nr. 12631.
** Vgl. dazu Nr. 12638, S. 153 Fußnote *.

justifier vis-à-vis de son opinion publique les concessions faites à la Roumanie par les avantages sérieux que les Puissances sont en train de lui procurer auprès de la Sublime Porte."

Ich wurde hierbei von den verbündeten Kollegen lebhaft unterstützt. Graf Berchtold hatte allerdings den Grafen Mensdorff nicht auf die Notwendigkeit gleichzeitigen Vorgehens hingewiesen, sondern den Zeitpunkt vorbehalten.

Graf Benckendorff erhob Bedenken. Nach seinen Nachrichten seien die Unterhandlungen zwischen dem Herrn Danew und Jonescu keineswegs an einem toten Punkt angelangt. Nach orientalischer Sitte werde auf beiden Seiten übertrieben und gelogen. Im Prinzip sei er durchaus nicht dagegen, nur erscheine ihm die gegenwärtige Phase als ungeeignet, da Bulgarien bereit sei entgegenzukommen, und Rumänien unnötigerweise mit Einmarsch drohe. Es müßten dann zum wenigsten Vorstellungen auf beiden Seiten erfolgen. Infolgedessen wurde kein Beschluß gefaßt und die Besprechung vertagt.

Mein russischer Kollege betonte noch zum Schluß, daß er nicht auf höheren Befehl gesprochen habe, aber nicht in der Lage sei, gerade jetzt seiner Regierung die Annahme des von mir gemachten Vorschlages zu empfehlen.

Hierauf verlas Sir E. Grey die nachstehende, ihm vom serbischen Geschäftsträger übergebene Erklärung:

„La Servie, désirant prouver combien elle respecte la volonté unanime de l'Europe et combien de sacrifices elle est prête à faire dans l'intérêt de la paix européenne, fait la déclaration suivante: En son temps, après la conclusion de la paix et après le règlement des questions qui s'y rattachent, la Servie se soumettra à la volonté de l'Europe et retirera des rivages serbes de l'Adriatique ses troupes qui, au prix d'efforts surhumains et d'énormes sacrifices, ont reconquis ses anciens territoires bordant sur la Mer Adriatique, territoires dont la possession lui aurait garantie des communications libres avec les autres Etats,

mais en supportant ces incalculables sacrifices représentés par tant de sang versé, par la perte de ses meilleurs fils, la Servie s'attend à ce que les Grandes Puissances estimeront à leur juste valeur l'importance de ces sacrifices — auxquels la Servie ne se résigne que dans l'intérêt de la paix européenne — et qu'elles ne permettront pas que d'autres sacrifices lui soient demandés, car après tous ceux qu'elle a déjà supportés, elle n'aura ni la possibilité ni les moyens d'en faire de nouveaux, et lui en demandant serait la forcer au désespoir et créer une situation dont les conséquences ne pourraient pas être prévues."

Hierzu wurde die folgende Antwort vereinbart, welche den serbischen Vertretern übermittelt werden soll, nachdem der Text von den Mächten gebilligt worden ist:

„Les Puissances prennent acte de cette déclaration. Elles considèrent que la Servie sera tenue d'évacuer le littoral et les territoires de l'Albanie

après sa délimitation par les Puissances dès que les dites Puissances lui auront notifié leurs décisions."[2]

Nächste Sitzung morgen, Freitag, nachmittag. Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Die ganze Geschichte wird den Türken gar nicht imponieren, ein Schlag ins Wasser sein und die Mächte der Lächerlichkeit preisgeben wie s[einer] Z[eit] Creta. Sollten die Mächte zur That schreiten, so müßten zunächst die vor Constantinopel liegenden Schiffe zurückgezogen werden, da sie den Angriffen türkischer Torpedoboote preisgegeben sind. Wo sollen sie aber hin? Durch die Dardanellen zurück mit dem ausgesprochenen Zweck „draußen" gegen die Türkei zu fechten geht nicht mehr, da sie Feuer bekommen würden; und zum Passiren ebenso eines Fermans der Regierung und Lotsen bedürfen, als die von außen kommenden Schiffe. Der Regierung kann man aber nicht zumuthen Schiffe passiren zu lassen, welche nachher womöglich die Dardanellen oder eine andere Befestigung oder Türk[ischen] Hafen beschießen sollen! Das wäre ja für den Kladderadatsch oder die Lustigen Blätter. Andererseits kann man die Schiffe vor Stambul nicht thatenlos liegen lassen, wenn wo anders „demonstrirt" wird! Zieht man jedoch die Schiffe zurück, sind die Botschaften und Colonien der Wuth der von den Tschadaldschalinien heimkehrenden Soldaten preisgegeben! Das geht gar nicht! Also müßen die Schiffe vor Stambul bleiben. Dann ist aber „wo anders" eine Flottendemonstration ein Unsinn, da sie sofort von Torpedobooten angegriffen würden! Ein glücklicher Treffer auf irgend ein Schiff und ganz Stambul würde vor Begeisterung aufflammen und das Massakre wäre da! Ich kann nur dringend von dieser Maßregel abrathen, solange man nicht entschloßen ist Stambul selbst zu bombardiren oder den Sultan abzusetzen oder so etwas! Solange wir Schiffe vor Stambul haben, geht die „Demonstration" absolut nicht, wie sie beabsichtigt ist, sie ist einfach militairischer Blödsinn. Ich habe nicht die Absicht, die „Goeben" und meine Botschaft sowie die deutsche Colonie einer solchen ungeheuerlichen Dummheit wegen aufs Spiel zu setzen. Ich mache die Demonstration so wie geplant, unter keinen Umständen mit. Das zur Nachachtung*! Wilhelm I. R.

[2] Einverstanden

Nr. 12651

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky***

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 22 Berlin, den 10. Januar 1913

Seine Majestät der Kaiser haben zu Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 20*** zu bemerken geruht, Flottenkundgebung werde Pforte nicht

* Die scharfe Stellungnahme des Kaisers gegen eine Flottendemonstration beruht offenbar auf einer Beratung mit dem Chef des Admiralstabes Vizeadmiral von Heeringen über die marinetechnische Möglichkeit der Durchführung der Demonstration. Bei den Akten liegt ein Immediatbericht von Heeringens vom 12. Januar, der sich ganz entschieden vom militärischen wie vom marinetechnischen Standpunkt gegen die Demonstration ausspricht und mit den Worten schließt: „Es wird Sache der Diplomatie sein müssen, andere Mittel zur Herbeiführung des Friedens ausfindig zu machen." Am 12. Januar äußerte sich der Kaiser übrigens auch zu dem französischen Botschafter Jules Cambon ablehnend gegen eine Flottendemonstration. R. Poincaré, Au Service de la France, III, 9s.

** Hier des Zusammenhangs wegen eingefügt.

*** Siehe Nr. 12650.

imponieren und Schlag ins Wasser sein. Überdies stehe ihrer Ausführung Anwesenheit der Kriegsschiffe vor Konstantinopel im Wege, die vorher zurückgezogen werden müßten. Man könne Türkei nicht zumuten, Lotsen und freie Passage für Schiffe zu gewähren, die nachher womöglich gegen Dardanellen oder türkischen Hafen demonstrieren sollen. Ohne freie Passage seien Kriegsschiffe Feuer der Dardanellenforts ausgesetzt. Bleiben sie aber vor Konstantinopel, so sind Kriegsschiffe türkischen Torpedos, Botschaften und Kolonien Soldateska preisgegeben. Ein glücklicher Treffer auf irgendein Schiff, und Stambul würde vor Haß und Begeisterung aufflammen.

Bitte Sir Edward Grey von allerhöchster Willensmeinung ganz persönlich und vertraulich unterrichten und in Botschafterversammlung erklären, wir machten Demonstration nicht mit, da sie zwecklos, undurchführbar und neutralitätswidrig sei*.

Zimmermann

Nr. 12652

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann
an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 21 Berlin, den 10. Januar 1913

Baron Wangenheim meldet 9. Januar**:

„Auf heutiger Botschafterkonferenz, die durchaus harmonisch verlief, wurde folgender Text verabredet:

‚Les Gouvernements d'Autriche-Hongrie, d'Angleterre, de France, de Russie, d'Allemagne et d'Italie ayant envisagé de concert les conditions dans lesquelles viennent d'être suspendues les pourparlers de paix entre la Turquie d'une part et les quatre Etats coalisés de la Bulgarie, de la Grèce, du Montenégro et de Servie d'autre part ont été unanimes d'aviser que la Sublime Porte n'avait pas suffisamment tenu compte dans ses propositions aux alliés des résultats de la guerre non plus que des conséquences que la reprise des hostilités pourraient avoir pour l'empire ottoman et sur lesquelles ils appellent sa plus sérieuse attention.

Ils sont disposés à user de leur influence pourque les îles qui seraient cédées aux alliés et qui auraient une importance stratégique soient pourvues d'une administration soumise à des conditions de neutralisation telles qu'elles ne puissent constituer une menace pour la Turquie.

* Von der Weisung an Fürst Lichnowsky wurde durch Telegramm Nr. 15 nach Wien Mitteilung mit der Bitte gemacht, die österreich-ungarische Regierung möge Graf Mensdorff im gleichen Sinne instruieren.

** Telegramm Nr. 13.

En ce qui concerne la ville d'Andrinople, ils useront également de leur influence pour que les termes de la cession définitive de cette place aux alliés soient conçus de façon à préserver les intérêts musulmans relatifs aux mosquées et aux biens réligieux ainsi qu'à en assurer la sauvegarde.'

Punkte 2 und 3 Greyschen Projekts werden fallen gelassen, um Schein einer Einschüchterung Türkei zu vermeiden. Punkt 4 fiel weg als Konsequenz der Streichung von 3. Bezüglich der Worte in 1 ‚futures conséquences' wurde gegenseitig anerkannt, daß dabei nicht an Intervention der Großmächte gedacht sei. Bezüglich Punkt 5 herrschte Einigkeit, daß Frage der Inselabtretung überhaupt und Zahl der eventuell abzutretenden Inseln offen bleibt.

Überreichung der Note in Form Kollektivdemarche beabsichtigt."

Hier würden gegen verabredeten Text keine Bedenken bestehen.

Zimmermann

Nr. 12653

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann
an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 13 Berlin, den 10. Januar 1913

Mit Euerer Exzellenz Sprache einverstanden. Gegen Text gemäß Telegramm Nr. 13* hier keine Bedenken; wir hören jedoch aus London, daß endgültige Fassung dort vereinbart werden soll.

Zimmermann

Nr. 12654

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim
an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Konstantinopel, den 10. Januar 1913

Bei gestriger Botschafterkonferenz hatte ich Eindruck, daß die Ententevertreter bereits über unsere Vorbehalte orientiert waren. Sie ließen alle heiklen Punkte von vornherein fallen und suchten jeden Konflikt mit dem Dreibund zu vermeiden. Trotzdem werden Frankreich und Rußland versuchen, unsere nichtssagende Note der Pforte als eine versteckte

* Vgl. Nr. 12652 nebst Fußnote **.

Drohung und als die Einleitung zu Koërzitivmaßregeln hinzustellen. Heute höre ich bereits, daß von russischer Seite den Türken gesagt wird, Deutschland habe sein prinzipielles Einverständnis mit einer Flottendemonstration ausgesprochen[1]. Fürst Lichnowsky habe eine dahin lautende Erklärung in London abgegeben. In türkischen Kreisen bringt diese Nachricht einen niederschmetternden Eindruck hervor. Die Türken hatten bisher zwar einiges Verständnis dafür gezeigt, daß Deutschland durch die internationale Lage gehindert sei, aktiv für die Türkei einzutreten. Daß aber das befreundete Deutschland sich bewaffnet auf die Seite der Balkanstaaten stellen würde, um zur Stärkung und Erhaltung des Österreich schwer bedrohenden Balkanbundes beizutragen, hatten sie bisher für unmöglich gehalten. Da ich aus den Instruktionen Euerer Exzellenz nicht auf die Absicht schließen kann, Deutschland an einer Flottendemonstration zu beteiligen, so bestreite ich hier energisch die angeblichen Äußerungen des Fürsten Lichnowsky*.

Die Russen verbreiten, daß die Flotten der Mächte Trapezunt und Beirut besetzen würden. Daß die Türkei infolge einer derartigen Maßnahme wegen Adrianopel einlenken würde, halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Das einzige Resultat würde sein, daß die hiesigen Christen durch die Tschataldjaarmee in Gefahr geraten. Die Stimmung in türkischen Kreisen ist desperat, aber zum äußersten entschlossen.

Wangenheim

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

[1] Schon wieder russische Treiberei. Der Vorschlag der Flottendemonstration geht doch von Frankreich und sicherlich im Einverständnis mit Rußland aus.

Nr. 12655

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 St. Petersburg, den 10. Januar 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 9** und 13***.

Habe Herrn Sasonow gestern Inhalt Telegramms Nr. 9 mitgeteilt. Minister war sehr befriedigt, daß wir englischen Vorschlag annehmen. Wegen Inseln präzisierte Minister seinen Standpunkt nachdrücklich da-

---

* Tatsächlich hatte Fürst Lichnowsky sich nie im Sinne einer prinzipiellen Zustimmung Deutschlands zu einer Flottendemonstration ausgesprochen, vielmehr unbeschadet der Zustimmung zu Kollektivvorstellungen in Konstantinopel vor Pressionsmaßregeln gewarnt. Vgl. Nr. 12616, 12630, 12634.

** Vgl. Nr. 12625, Fußnote **.

*** Siehe Nr. 12643.

hin, daß auch Chios und Mytilene an Griechenland fallen müßten, weil man keinenfalls eine Wiederholung der Kretafrage erleben dürfe. Dieser Fall würde sicherlich auch dann eintreten, wenn man auf den Inseln ein „Self-Government" einrichten würde, womit man die denkbar schlechtesten Erfahrungen in Kreta gemacht habe. Graf Benckendorff habe genaue Weisungen in diesem Sinne erhalten. Minister glaubte annehmen zu dürfen, daß wir — ebenso wie bei Kreta — für Schicksal der Inseln kein besonderes Interesse bezeigen würden.

Ich glaube bestimmt nicht, daß, nachdem englischer und französischer Botschafter in London die von Graf Benckendorff zur Neutralisierung der vier den Dardanellen vorgelagerten Inseln gemachten Vorschläge angenommen haben, noch Divergenzen bei der Tripelentente über Inselproblem bestehen. Dieser Ansicht ist auch mein italienischer Kollege*.

Dagegen wird Rußland in Skutarifrage wohl nachgeben und Einigung auf Grund der von Graf Thurn hier gemachten Vorschläge (Überlassung von Kulturland bei Skutari usw.), die von Herrn Sasonow freundlich aufgenommen wurden, erfolgen.

Lucius

Nr. 12656

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 London, den 10. Januar 1913

Gestern abend nach einem Mahle, das Herr Cambon als Doyen den Friedensabgeordneten gab, sagte mir Herr Danew nochmals, daß er bereit sei, die Unterhandlungen mit Herrn Jonescu wieder aufzunehmen, daß er aber dringend bäte, ich solle dahin wirken, daß Rumänien aufhöre, eine drohende Haltung einzunehmen. Sonst sei es für die bulgarische Regierung unmöglich, den rumänischen Wünschen entgegenzukommen.

Ich habe mich heute in diesem Sinne zu Herrn Jonescu geäußert, und versprach derselbe entsprechend nach Bukarest zu berichten. Ferner habe ich mit ihm verabredet, daß er unter keinen Umständen abreise, sondern die Eröffnungen des Herrn Danew abwarten würde. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, so wäre der Augenblick gekommen, um die Frage vor die Mächte zu bringen, und ich würde alsdann die Zulassung des rumänischen Vertreters zur Botschafterversammlung in Anregung bringen sowie auch die vorläufig vertagte Frage der gemeinsamen Vorstellungen in Sofia wiederaufnehmen.

---

* della Torretta.

Unter diesen Umständen möchte ich vorschlagen, vorläufig diese letztere Frage ruhen zu lassen und die weitere Entwickelung abzuwarten*.

Herr Jonescu sagte mir noch, daß sich Bulgarien in keiner angenehmen Lage befände, teils wegen der starken Verluste, teils weil die bulgarischen Soldaten vor Tschataldja zu desertieren anfingen. Auch drohe der Zwist nicht nur mit Griechenland wegen Salonik, sondern auch mit Serbien wegen Monastir, das Serbien beanspruche. Es habe auch bereits seine Truppen vor Adrianopel, angeblich um sich gegen Österreich zu sichern, zurückgezogen.

Lichnowsky

Nr. 12657

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 London, den 10. Januar 1913

Herr Cambon hat uns soeben den nachstehenden Text der in Konstantinopel zu übergebenden identischen Note unterbreitet, welcher einstimmig angenommen wurde zur Unterbreitung an die betreffenden Regierungen. Sir E. Grey hat diesem Wortlaut den Vorzug gegeben vor der von Herrn Lowther** gemeldeten, dort vereinbarten Abfassung***. Er wird daher seinen Vertreter beauftragen, sich an der Überreichung dieser Note zu beteiligen.

„Projet de Note Collective.

Les soussignés, Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Angleterre, de France, de Russie, d'Allemagne et d'Italie, ont été chargés par leurs gouvernements de faire à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan la communication suivante:

Désireuses de prévenir la reprise des hostilités, les dites Puissances croient devoir appeler l'attention du Gouvernement Impérial Ottoman sur la grave responsabilité qu'il assumerait si, par sa résistance à leurs conseils, il empêchait le rétablissement de la paix. Il n'aurait à s'en prendre qu'à lui-même si la prolongation de la guerre avait pour conséquence de mettre en question le sort de la capitale et peut-être d'étendre les hostilités aux provinces asiatiques de l'Empire. Dans ce cas, il ne pourra pas compter sur leur bonne volonté pour le préserver contre des

* Durch Telegramm Nr. 23 vom 10. Januar sprach das Auswärtige Amt sein Einverständnis aus. In gleichem Sinne wurde nach Bukarest (Nr. 10), Wien (Nr. 16) und Rom (Nr. 16) telegraphiert.

** Englischer Botschafter in Konstantinopel.

*** Vgl. Nr. 12652.

dangers auxquels elles l'ont déjà dissuadé . . .* et le détournent encore de s'exposer.

En tout état de cause, le Gouvernement Impérial Ottoman aura besoin, après la conclusion de la paix, de l'appui moral et matériel des Grandes Puissances Européennes pour réparer les maux de la guerre, consolider sa situation à Constantinople et mettre en valeur les vastes territoires asiatiques dont la prospérité constituera sa force la plus effective. Pour entreprendre et mener à bien cette oeuvre nécessaire, le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan ne saurait encore compter sur le bienveillant appui des Puissances qu'autant qu'il aura déféré à leurs avis, qui s'inspirent des intérêts généraux de l'Europe et de ceux de la Turquie.

Dans ces conditions, les Grandes Puissances Européennes croient devoir renouveler collectivement au Gouvernement Impérial Ottoman le conseil de consentir à la concession de la ville d'Andrinople aux alliés balkaniques et de s'en remettre à elles du soin de statuer sur le sort des îles de la Mer Egée.

En retour de ces concessions, lesdites Puissances s'emploieraient à assurer la sauvegarde des intérêts musulmans à Andrinople et le respect des mosquées, édifices ou biens religieux existant dans cette ville. Elles feraient également en sorte que la solution donnée par elles à la question des îles de l'archipel exclût toute menace pour la sécurité de la Turquie."

Lichnowsky

Nr. 12658

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 London, den 10. Januar 1913

Bei der heutigen Sitzung, welche nur etwa eine Stunde dauerte, teilte Sir E. Grey uns mit, daß die türkischen Delegierten ihm erklärt hätten, sie könnten unmöglich hinsichtlich Adrianopels nachgeben, während die bulgarischen Vertreter dabei bleiben, daß es zwecklos sei, eine neue Sitzung einzuberufen, falls die Abtretung Adrianopels, über deren Einzelheiten sich reden ließe, nicht vorher schon feststände. Unter diesen Umständen ist Sir E. Grey als Ehrenpräsident der Friedenskonferenz auch nicht in der Lage[1], mit Vorschlägen über die Anberaumung einer nächsten Sitzung hervorzutreten.

Sir E. Grey ist nach wie vor bestrebt, den völligen Abbruch zu verhindern, sieht aber die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten voraus, falls die Schritte der Mächte in Konstantinopel erfolglos bleiben[2].

---

* Zifferngruppe unverständlich.

Ferner gelangte der bulgarisch-rumänische Streit zur Sprache. Leider überwog die Ansicht, daß persönliche Reibereien zwischen den Herren Danew und Take Jonescu in Betracht kommen*, und daß es sich dringend empfehlen würde, den Rumänen zur Ruhe und Mäßigung zu raten[3]. Die Hoffnung bestand aber, daß dank meiner Vermittelung, der Sir E. Grey noch durch ähnliche Ratschläge Nachdruck verleihen wollte, die Verhandlungen doch noch ins richtige Gleis kommen würden.

Außerdem gelangte der bereits gemeldete Text der identischen Note nach den Vorschlägen des Herrn Cambon zur Annahme.

Nächste Sitzung Montag nachmittag.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Also die Balkanconferenz ist zu Ende und die Bulgaren versetzen die Mächte in die angenehme Lage die Schuld für die Zukunft Adrianopels auf sich zu laden!

[2] wie soll ihnen der Erfolg garantirt werden, wenn sie nicht entschloßen sind Waffengewalt event[uel]l eintreten zu lassen!? Und das würde jetzt heißen: die Mächte vereinigen sich um Bulgarien Adrianopel zu geben, was sie der Türkei zu dem Zweck entreißen müßen!

[3] wird der Streit nicht beglichen, dann wird König Carol das odium auf sich laden, Bulgarien um Adrianopel gebracht zu haben; das könnte unabsehbare Folgen haben für die Zukunft!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Was nutzt jetzt noch die Identische Note, wenn die Türken ihr ein kategorisches Nein entgegenstellen, und die Großmächte sich nicht klar oder einig sind wie sie dann handeln wollen!? Es dreht sich um Adrianopel! Sprechen die Mächte es Bulgarien zu, dann müßen sie mit der Türkei fechten, verbleibt es der Türkei, so ist Bulgarien der Mächte Feind, und schlägt sich aus Rache zu Rußland

---

* Vgl. dazu den Bericht des österreichischen Militärattachés in London Major Horváth vom 12. Januar, mitgeteilt bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 28f. Die Reibereien zwischen Danew und Take Jonescu, die nach allgemeiner Auffassung die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen nicht vom Fleck kommen ließen, gaben um den 20. Januar zur Rückberufung Take Jonescus Veranlassung. Vgl. den Bericht des österreichischen Militärattachés in Bukarest Oberstleutnant von Hranilovisch vom 23. Januar, Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 53ff. Nach Hranilovisch wäre Take Jonescu mit dem Eindruck heimgekehrt, daß Österreich nichts zur Unterstützung Rumäniens tue, was die Momarchie irgend in Widerspruch mit Bulgarien bringen könne, und daß es überhaupt um Rumäniens Kompensationsansprüche schlecht stehe. In dem brieflichen Situationsbericht, den Take Jonescu nach seiner Rückkehr am 22. Januar dem Konseilpräsidenten Majorescu erstattete (Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 34 s.), kommt ein besonderes Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn nicht zum Ausdruck, wohl aber die Erkenntnis, daß keine der Mächte den rumänischen Ansprüchen geneigt sei, und zwar wegen der allgemeinen Friedensliebe: „J'ai acquis la conviction absolue que toutes les Puissances, l'Allemagne et l'Angleterre en tête, sont certainement pacifiques et feront tout leur possible pour éviter une guerre générale. J'ai même la croyance que leurs efforts aboutiront. — C'est pourquoi notre action, considérée comme de nature à empêcher ou à retarder la conclusion de la paix en donnant des espoirs à la Turquie, est envisagée avec froideur."

Nr. 12659

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 24 Berlin, den 11. Januar 1913

Auf Telegramm Nr. 22*.

Mit Entwurf im wesentlichen einverstanden. Bedenken bestehen nur gegen letzten Satz der beiden Absätze 2 und 3, wo Türken nicht einmal „guter Wille" in Aussicht gestellt wird. Wir empfehlen in Absatz 2 statt „compter sur leur bonne volonté" zu sagen „compter sur le succès de leurs efforts" und entsprechenden Passus in Absatz 3 zu fassen „compter sur l'efficacité du bienveillant appui des Puissances".

Falls diesen Vorschlägen gemäß Text abgeändert wird**, sind wir mit Demarche einverstanden.

Zimmermann

Nr. 12660

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Sofia, den 10. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 4***. [pr. 11. Januar]

Auftrag im Sinne eingangs erwähnten Telegramms ausgeführt. Ministerpräsident dankte für freundschaftlichen Rat und erklärte, Bulgarien sei bereit, Rumänien weitgehende Konzessionen bezüglich Kutzowalachen zu gewähren sowie in eine Abtretung der Höhen um Silistria und Grenzregulierung zu willigen. Auch wolle Bulgarien alle Garantien für künftige Sicherstellung der Dobrudscha bieten. Dagegen seien der König und die öffentliche Meinung für eine Abtretung Silistrias keinenfalls zu haben, und die Regierung befinde sich daher bezüglich eines Ausweges in großer Schwierigkeit.

Immerhin schien Herr Geschow noch gewisse Hoffnungen auf eine günstige Wendung der in London geführten Verhandlungen zu setzen. Herr Danew habe zwar infolge von Meinungsverschiedenheiten mit Take Jonescu sein Amt als Unterhändler niederlegen wollen, sei aber energisch aufgefordert worden, dasselbe weiterzuführen.

---

* Siehe Nr. 12657.

** Dem deutschen Wunsche wurde Rechnung getragen; vgl. Nr. 12677 und R. Poincaré, Au Service de la France, III, 31.

*** Siehe Nr. 12641. Eine gleiche Demarche erfolgte seitens der übrigen Dreibundmächte; vgl. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. Dezember 1913, S. 127.

Die in hiesigen diplomatischen Kreisen eingetroffene Nachricht, wonach die militärische Besetzung Silistrias rumänischerseits unmittelbar bevorstehen soll, war Geschow anscheinend noch nicht bekannt.

Below

Nr. 12661

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Bukarest, den 10. Januar 1913
[pr. 11. Januar]

Generalstabschef Averescu hat Militärattaché* heute folgendes mitgeteilt: Regierung erwägt infolge intransigenten Verhaltens der Bulgaren Besetzung bulgarischen Gebiets[1], habe ihn angewiesen, sich auf diese Eventualität vorzubereiten, und seine Ansicht über zu ergreifende Maßnahmen eingefordert. Er habe Mobilisierung zunächst von 100000 Mann angeraten. Falls Bulgarien dann in Unnachgiebigkeit beharrt, wäre sofort auch Rest der Armee zu mobilisieren. Er halte solch Verfahren für unbedenklich angesichts günstiger strategischer Lage und sogar für zweckmäßig wegen Schwierigkeit gleichzeitiger Beförderung aller mobilen Truppen auf einziger Eisenbahnlinie. Besetzung bulgarischen Gebiets ohne Mobilmachung erachte er für militärischen Fehler, wisse jedoch aus Mund eines Ministers, daß bei Regierung gewisse Scheu vor Mobilmachung bestehe, weil man fürchte, daß dann Krieg unvermeidlich[2]. Besondere Maßnahmen bezüglich Mobilmachung seien nicht getroffen, aber alles sorgfältigst vorbereitet. Militärattaché erbittet Mitteilung an Generalstab.

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist der Krieg!
[2] durch den Schritt der Besetzung wird der Krieg entstehen.

Nr. 12662

Kaiser Wilhelm II. an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

N[eues] Palais 11./I 13

Im Anschluß an meine gestrige Verfügung betr[effend] die Flottendemonstration**, bemerke ich nochmals, daß eine solche „Demonstration"

* Major Bronsart von Schellendorff. Vgl. auch die gleichzeitige Berichterstattung des österreichischen Militärattachés Oberstleutnant von Hranilovisch bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 42ff.
** Vgl. die Randbemerkung des Kaisers zu Nr. 12650 nebst Anmerkung * auf S. 167.

die vor Stambul liegenden Schiffe gefährden würde, ebenso wie die mißglückte Seymourexpedition seinerzeit die in Peking befindlichen Gesandtschaften in große Gefahr brachte. Falls — bei einer absoluten Ablehnung seitens der Türkei auf Mächtenote — eine wirklich fühlbare, ernste Flottenaktion nöthig werden sollte, bleibt nur die Forcirung der Dardanellen und eine Beschießung Stambuls übrig. Hierbei müßten die vor Stambul zusammengezogenen Schiffe mitwirken, a) zur Oeffnung der Dardanellen von innen, b) zum Bombardement von Werken bei und um Stambul. Das ist der militairische Theil. Ob ein solches Unternehmen politisch überhaupt ausführbar ist, ist nach Lage der Dinge eine ganz andre Frage. Dardanellenfrage, Bosporus pp. dürften dabei aufgerollt und unabsehbare Consequenzen dadurch ausgelöst werden. Ebenso ist das Verhältniß der, mit muhamed[anischen] Unterthanen in ihren Colonialreichen versehenen Mächte zu diesen — i[d] e[st] zum gesammten Islam — zu bedenken. Wer in einer solchen Aktion gegen die Türkei die Führung übernimmt, bekommt es mit dem Haß der ganzen Islamit[ischen] Welt zu thun! Ich will das unter gar keinen Umständen. England muß die Führung zugeschoben werden und ihm die Vorschläge überlassen werden. Es geht hieraus hervor, welche enormen Schwierigkeiten — milit[ärische] wie diplomatische — die von Diplomaten so leichthin gebrauchte Phrase der „Flottendemonstration" in sich birgt, die genau erst überlegt und durchdacht werden müßen.

Wilhelm I. R.

Nr. 12663

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 London, den 11. Januar 1913

Habe Sir E. Grey Inhalt Telegramms Nr. 22* soeben mitgeteilt. Derselbe war weder überrascht noch verstimmt und nahm die Mitteilung lediglich zur Kenntnis**.

Er hält den Wiederausbruch der Feindseligkeiten für wahrscheinlich und schien nur wenig Hoffnung zu haben von einer befriedigenden Wirkung der gemeinsamen Schritte.

Lichnowsky

---

* Siehe Nr. 12651.

** Vgl. auch das Schreiben des französischen Botschafters in London P. Cambon an Poincaré vom 13. Januar in R. Poincaré, Au Service de la France, III, 29s.

Nr. 12664

Note

Reinschrift

Von der österreich-ungarischen Botschaft in Berlin am 11. Januar 1913 dem Auswärtigen Amt überreicht

Die Versuche des Grafen Berchtold, eine Annäherung der Standpunkte betreffend den serbischen Zutritt zur Adria im Wege direkter Verhandlungen mit der russischen Regierung anzubahnen*, haben insoferne ein positives Ergebnis geliefert, als Rußland in den meisten Punkten der Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung beipflichtet. Da Graf Berchtold somit hoffen kann, diese Angelegenheit dem Einvernehmen nähergebracht zu haben, möchte er nicht zögern, hierüber genauer formulierte Vorschläge den Kabinetten in Rom und Berlin mitzuteilen in der Absicht, nach erfolgter Zustimmung die einvernehmlich festgesetzten Prinzipien in der Botschafterreunion durchzusetzen.

Diese Vorschläge bestehen hauptsächlich in folgendem:

Abschluß eines Staatsvertrages zwischen den sechs Großmächten, Serbien und Albanien über den Bau und Betrieb einer Bahnverbindung von Serbien bis zum Adriatischen Meer.

Wesentlicher Inhalt des Vertrages:

a) Bau und Betrieb der Bahn durch eine internationale, von Albanien konzessionierte Gesellschaft.

b) Prinzip der Meistbegünstigung und Gleichberechtigung aller Reisenden und Transporte für die vertragschließenden Teile.

c) Freiheit der Feststellung der Lokaltarife für Albanien mit der Beschränkung, daß die in Durchführung der convention à quatre (9. Mai 1883, Reichsgesetzblatt Nr. 42 ex 1884) auf den Artikel 2, 3, 4 und 5 dieser Konvention genannten Linien anzuwendenden Tarifeinheitssätze nicht überschritten werden dürfen. Meistbegünstigung für die Vertragsstaaten rücksichtlich des Tarifs im internationalen Verkehr.

d) Normalspurigkeit der Bahn und der serbischen Anschlußstrecke nach Nisch. Einbeziehung beider in das Regime der convention à quatre.

e) Finanzielle Fragen: Feststellung der Bau- und Betriebskosten im Voranschlag durch eine internationale Kommission bestehend aus je einem Vertreter der Vertragsstaaten.

Beschaffung des erforderlichen Kapitals zu einem Drittel durch Prioritäten der Gesellschaft. Übernahme der Aktien zu je einem Viertel durch Österreich-Ungarn, Italien, Serbien und Albanien oder durch eine von diesen Staaten zu bezeichnende Stelle. Emission und Plazierung der Prioritäten

---

* Vgl. dazu Nr. 12586, Fußnote** und Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 104ff.

bleiben dem Ermessen der Gesellschaft überlassen. Garantie des Koupons der Prioritäten durch die sechs Großmächte zu gleichen Teilen.

f) Internationale Kontrolle durch den Verwaltungsrat der Gesellschaft, in welchen die meistinteressierten Staaten als Aktienbesitzer (Österreich-Ungarn, Italien und Serbien) und Albanien als territorialer Staat je zwei Vertreter, die übrigen Signatarmächte à conto ihrer Garantie je einen Vertreter entsenden — andrerseits mit Anlehnung an die russischerseits angerufenen Bestimmungen des Artikels 8 des Suezkanalvertrages vom 29. Oktober 1888 durch die Reunion der diplomatischen Vertreter in Albanien, welche zu diesem Zwecke mindestens einmal jährlich zusammentreten werden. Halbjährige Berichterstattung durch Albanien an die Vertragsstaaten über den Stand der Arbeiten bis zur Betriebseröffnung.

g) Verpflichtung Albaniens zur ehetunlichsten Verwendung albanesischer Staatsbürger im Bahndienste, zum Beitritt zur Berner Konvention, zu den gewünschten Bahnanschlüssen und zur Vereinbarung entsprechender Anschlußverträge.

h) Sitz der Gesellschaft in der Hauptstadt Albaniens.

i) Schiedsgericht.

j) Ausschließung der Übertragbarkeit der Konzession oder des Betriebes durch die Gesellschaft an andere ohne die Zustimmung aller Vertragsstaaten.

Bevor Graf Berchtold mit den vorstehenden Anträgen an die Londoner Reunion herantritt, ist es ihm erwünscht, die prinzipielle Zustimmung der verbündeten Regierungen zu den Grundzügen des in Aussicht genommenen Vertrages oder wenigstens die Zusicherung zu erhalten, daß dieselben sein Projekt unterstützen, wodurch jedoch die Diskussion in den Details vor der Botschafterreunion nicht ausgeschlossen werden soll.

Als wesentliche Differenz erscheint die Frage der Durchfuhr von Kriegsmaterial über den den Zutritt Serbiens zum Adriatischen Meer vermittelnden neutralen Hafen in Albanien und den beiden von demselben nach Serbien führenden Bahnen*. Diesbezüglich steht die österreichisch-ungarische Regierung bekanntlich auf dem Standpunkt, daß diese Durchfuhr nur in Friedenszeiten zulässig sein soll.

Unterdessen hat das russische Kabinett sich dahin geäußert, daß „les intérêts que le Gouvernement austro-hongrois pourrait avoir dans cette question, semblent de plus être sauvegardés par les droits qui appartiennent à toutes les Puissances belligérantes de confisquer les articles de contrebande de guerre en pleine mer".

Es müßte nun — was von wesentlichster Bedeutung für die weitere Stellungnahme zu dieser Frage ist — vor allem festgestellt werden, daß sämtliche die Neutralisierung Albaniens vereinbarenden Mächte die erwähnte russische Ansicht vollauf teilen, wonach nämlich ein kriegführender Staat, selbst wenn er Mitkontrahent der zu treffenden oberwähnten

---

* Vgl. dazu Nr. 12579.

Vereinbarung ist, an der Ausübung des Visitierungs- und Prisenrechtes auf hoher See hinsichtlich des Schiffverkehrs des besagten Hafens nicht gehindert sein solle.

Falls die russische Ansicht deutscherseits für richtig anerkannt wird, wäre Graf Berchtold sehr dankbar, wenn die Kaiserlich Deutsche Regierung dem k. und k. Kabinette eine Erklärung im obigen Sinne geben würde*.

Nr. 12665

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 Wien, den 11. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 15**.

Graf Berchtold wird den Grafen Mensdorff entsprechend instruieren.

Minister findet Gründe gegen Flottenkundgebung in Konstantinopel durchschlagend; er selbst sei ja auch von Anfang an gegen solche Aktion in Konstantinopel gewesen.

---

* Auf die österreich-ungarische Note erfolgte unter dem 15. Januar deutscherseits folgende Antwort: „Die Kaiserliche Regierung stimmt dem von der K. und K. Österreich-Ungarischen Regierung in Aussicht genommenen Staatsvertrag über den Bau und Betrieb einer Bahnverbindung von Serbien zum Adriatischen Meer im Prinzip zu und ist gern bereit, den Kaiserlichen Botschafter in London mit der Unterstützung des Projekts zu beauftragen. Sie ist durchaus damit einverstanden, daß die Erörterung der Einzelheiten der Londoner Botschafterversammlung überlassen wird, glaubt jedoch schon jetzt befürworten zu sollen, daß die Garantie des Coupons der Prioritäten der zu gründenden internationalen Bau- und Betriebsgesellschaft den nächstinteressierten Staaten vorbehalten bleibt. Ob es der Kaiserlichen Regierung möglich sein würde, sich an der Übernahme der Garantie zu beteiligen, erscheint im Hinblick auf das Fehlen eines direkten wirtschaftlichen Interesses Deutschlands zweifelhaft. Jedenfalls können Zusagen nach dieser Richtung vorläufig schon deswegen nicht erteilt werden, weil hierzu angesichts der mit der Garantie verbundenen finanziellen Verpflichtung die Genehmigung der parlamentarischen Körperschaften erforderlich wäre.
Was die von der K. und K. Österreich-Ungarischen Regierung angeregte völkerrechtliche Frage anlangt, so teilt die Kaiserliche Regierung die Ansicht des russischen Kabinetts, wonach ein kriegführender Staat durch den Umstand, daß er Mitkontrahent der Vereinbarung über die Neutralisierung Albaniens ist, an der Ausübung des Visitierungs- und Prisenrechts auf hoher See hinsichtlich des Schiffsverkehrs nach dem der Benutzung durch Serbien geöffneten neutralen Hafen, sofern nicht die Vereinbarung selbst Abweichendes bestimmt, nicht gehindert sein wird.“ In einer neuen Note vom 22. Januar sprach die österreichische Regierung erneut den Wunsch aus, Deutschland im Verwaltungsrat und bei der Kontrolle der zu bildenden internationalen Gesellschaft vertreten zu sehen, „um dadurch die Österreich-Ungarn freundlichen deutschen Stimmen zu haben“. Auch für den Fall, daß Deutschland eine Garantieleistung für sich ablehne und diese auf die nächstinteressierten Staaten beschränkt sehen möchte, wünschte die österreichische Regierung die Stellung eines deutschen Antrags in London, nach dem die Entsendung eines Vertreters in den Verwaltungsrat auch den nicht Garantie leistenden Großmächten gestattet sein sollte, damit Deutschland so die Möglichkeit gewinne, unter allen Umständen im Verwaltungsrat vertreten zu sein. Diesen österreichischen Wünschen wurde deutscherseits durch Note vom 25. Januar Erfüllung zugesagt.
** Vgl. Nr. 12651, S. 168, Fußnote *.

Sollte allerdings eine Flottendemonstration an einem anderen Orte, etwa Besikabai oder Smyrna, ins Auge gefaßt werden, so sei er dafür, daß wir uns nicht davon ausschließen*. Abgesehen davon, daß wir, falls wir nicht mitmachen, als Ermunterer der Türkei und Friedensstörer denunziert werden würden, wäre es auch nützlich, angesichts der eventuell dann in Kleinasien bevorstehenden Ereignisse an Ort und Stelle zu sein.

Tschirschky

Nr. 12666

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Bukarest, den 11. Januar 1913

Kalindero** sagte mir, nach hiesigen geheimen Berichten seien letzthin 250 000 Gewehre nach Bulgarien gelangt. Rußland hetze in Rumänien durch Spione gegen Österreich. Sasonow habe hier erklären lassen, Absicht militärischen Vorgehens habe schlechten Eindruck gemacht.

Ministerpräsident sagt mir heute, hiesige Haltung habe gute Früchte getragen, Lage sich gebessert, Verhandlungen in London seien wieder aufgenommen[1]. Bulgarischer Gesandter habe ihm erklärt, bulgarische Regierung hege heißen Wunsch, sich zu verständigen, Danew sei zu neuen Verhandlungen bevollmächtigt. Ministerpräsident fuhr fort, russische Vermittelung sei damit ausgeschaltet, was russischer Gesandter zugegeben habe[2]. Rumänische Regierung habe bisher aus Rücksicht auf Bulgarien anderen Mächten ihre Forderungen nicht mitteilen wollen, werde es aber demnächst durch Gesandtschaften tun. Es verlange Linie Tutrakan-Balčik. Vertraulich bezeichnete Ministerpräsident dies als Maximalforderung, Minimalforderung sei eine etwa 15 Kilometer westlich Silistria beginnende, dieses einschließende Linie nach Kavarna. Auf Befragen des österreichischen Gesandten, ob auf Silistria oder Kavarna mehr Gewicht gelegt werde, erklärte Ministerpräsident beide Plätze für gleichwertig; Silistria sei politisch, Kavarna praktisch wichtig. Als ich Telegramme 7***, 8† und 10†† verwertete, bestritt Ministerpräsident energisch Richtigkeit Danewscher Äußerung, daß er bulgarischem Gesandten mit militärischen

---

* Schon tags vorher (10. Januar) hatte Graf Berchtold der deutschen Regierung durch Graf Szögyényi mitteilen lassen, daß auf seine Veranlassung sich zwei österreichische Kriegsschiffe bereithielten, um erforderlichenfalls sofort nach den türkischen Gewässern gehen zu können. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 127.

** Administrator der rumänischen Krondomänen, Vertrauter König Karls.

*** Identisch mit Nr. 12647.

† Identisch mit Nr. 12650.

†† Identisch mit Nr. 12652. Die Berichte des Botschafters in London waren durch obige Telegramme nach Bukarest mitgeteilt worden.

Maßnahmen gedroht habe. Er habe nur von anderen zu ergreifenden Maßnahmen, die auch Schritte bei Mächten sein könnten, gesprochen und Gesandtem seit einer Woche gesagt, die beiden Länder würden bald mehr Freunde oder Feinde werden. Bulgarischer Gesandte bestätigt mir ebenfalls, daß Majorescu jene Äußerung nicht getan hat. Weder er noch ein anderer Minister habe ihm gedroht. Unterbrechung Verhandlungen sei erfolgt, weil Danew sich über unwahre Pressenachricht geärgert, daß er in Bukarest Verabredungen getroffen habe[3]. Ministerpräsident erklärte ferner, ausschließlich der dazu sehr geeignete Misu[4] habe amtlichen Auftrag, mit Danew zu verhandeln; Take Jonescu kenne zwar Auffassung der Regierung und spräche sich demgemäß aus, sei auch Minister, habe aber keinen amtlichen Auftrag, sei privatim London gereist wie alljährlich Weihnachten[5]. Im Kabinett soll Jonescu gegen Majorescu stark intrigieren. Dem sehr deutschfreundlichen, durch und durch deutsch gebildeten, über 70jährigen Ministerpräsidenten, der Vertrauen des Königs besitzt, habe ich auf Äußerung Schlußsatz Telegramms 6* erwidert, daß Rumänien Zuziehung Konferenz erbeten ...** Freude über Demarche geäußert, Erfolg Botschafterbeschlusses sei, Zuziehung sicher erfolgen werde. Er entgegnete, daß Rumänien Zuziehung Konferenz, nicht Botschafterkonversation erbeten, Presse unwahre, von hier dementierte Nachricht, Regierung habe Zuziehung verlangt, gebracht, beanstandete, daß offizieller Antrag ohne vorherige vertrauliche Sondierung der Entente, die nicht gewollt, gestellt sei, hervorhob Unannehmlichkeiten und innere Schwierigkeiten der Regierung durch so langes Hinziehen öffentlicher Behandlung Sache, wird sich freuen, wenn Zuziehung erfolgt, erhielt heute Photographie Kaisers Franz Joseph in kostbarem Rahmen mit eigenhändiger Unterschrift, Generalsekretär Ministeriums des Äußern*** Großkreuz Josephsordens.

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Dank Lichnowsky
[2] gut
[3] !
[4] also nicht Take Jonescu
[5] aha!!

Nr. 12667

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 2 Wien, den 11. Januar 1913

Geheim

Der k. und k. Militärattaché in Bukarest hat gestern an den Generalstabschef telegraphiert, daß Rumänien entschlossen sei, in zwei bis drei

* Vgl. Nr. 12648.
** Zifferngruppe unverständlich.
*** Cretzeanu.

Tagen in Bulgarien einzumarschieren, um die von ihm gewünschte Grenzregulierung mit Waffengewalt durchzusetzen*.

Eine heute vom Militärattaché in Sofia** eingelaufene Drahtmeldung bestätigt, „daß man in Bulgarien auf den Einmarsch rumänischer Truppen gefaßt ist. Bulgarien werde aber wohl nachgeben müssen."

Im k. und k. Generalstab rechnet man also mit einem Einmarsch rumänischer, nicht mobilisierter Truppen in Bulgarien für Sonntag, den 12. Januar.

Mein rumänischer Kollege***, den ich soeben antraf, ist der Ansicht, daß seine Regierung, wenn sie den Mobilmachungsbefehl erteilen sollte, auch gleich mit den militärischen Operationen beginnen werde, da das Land einen längeren Mobilisierungszustand ohne Ausbruch des Krieges finanziell nicht ertragen würde. Er ist auch der Meinung, daß Bulgarien zurzeit nichts dagegen tun könne, sondern in der Grenzregulierungsfrage nachgeben werde. Er glaubt unbedingt an eine Wiederaufnahme der Kriegshandlung seitens der Türken.

Der Chef des Evidenzbureaus† erzählt mir, daß König Nikita von Montenegro in letzter Zeit sehr häufig den österreichisch-ungarischen Militärattaché†† zu sich rufen lasse und um Unterstützung seitens der Donaumonarchie bitte, um seine sehr erschütterte Position im Lande zu befestigen. Er verspricht goldene Berge dafür. Hier aber weiß man, was man davon zu halten hat. Im Generalstab glaubt man immer noch an die Möglichkeit eines Putsches gegen die Dynastie Njegus und ist der Ansicht, daß die im Sandschak, südlich Skutari und bei Durazzo stehenden serbischen Divisionen die Aufgabe haben könnten, gegebenenfalls in Montenegro einzumarschieren.

Das wäre natürlich für Österreich-Ungarn ein Anlaß, gegen Serbien loszugehen.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12668

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 11 St. Petersburg, den 10. Januar 1913
[pr. 12. Januar]

Konnte gestern Herrn Sasonow unauffällig auf die von französischen Blättern und zwar, wie ich glaube, von der „Lanterne" zuerst gebrachte

* Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 46ff.
** Oberstleutnant Laxa. Ein eingehender Bericht desselben vom 20. Januar über die militärisch-politische Lage in Sofia bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 32ff.
*** Major Eremie.
† Oberst Urbanski von Ostrymiecz.
†† Hauptmann Hubka.

Nachricht wegen geheimen Abkommens Rußlands zum Schutz der kriegerischen Operationen der Balkanstaaten anreden. Minister stellte derartiges Abkommen bestimmt in Abrede, welches nicht nötig gewesen sei, da Rußland selbstverständlich Serbien vor einem „écrasement" beschützt haben würde[1]. Österreichische Blätter hätten schon vor Ausbruch des Krieges gedroht, Serbien „zerquetschen" — Minister brauchte diesen deutschen Ausdruck — zu wollen. Daher die russische erhöhte Kriegsbereitschaft[2], die übrigens im Vergleich zu der österreichischen sehr gering ist; was bedeutete denn überhaupt eine Verstärkung von 400000 Mann in der Ausdehnung von Archangelsk bis Odessa[3].

Schriftliche Abmachungen dürften nicht getroffen worden sein. Herr Sasonow legt sich nicht gern fest und handelt mehr von Fall zu Fall. Daß er bei dem doch keineswegs sicheren Ausgang des Krieges schon vorher durch ein schriftliches Abkommen und eigentlich doch ohne entsprechende Gegenleistung ein so gefährliches Engagement geschlossen habe, erscheint mir höchst unwahrscheinlich. Mündliche Versprechungen wegen eventuellen Schutzes vor Vernichtung bei unglücklichem Ausgang des Krieges werden allerdings gegeben worden sein, was von Sasonow auch nicht ganz abgeleugnet wurde.

Graf Thurn hatte ähnlichen Auftrag und glaubt auch nicht, ohne daß sich bestimmte Beweise vorläufig hierfür erbringen lassen, an schriftliche Abmachungen.

Lucius

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] So? wirklich?

[2] also doch um Serbien zu helfen!!

[3] rührende Phrase auf Civilisten berechnet

Nr. 12669

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Entzifferung. Telegramm

Nr. 15 Pera, den 12. Januar 1913

Mahmud Schewket Pascha* fragte mich vertraulich, ob der Komiteepartei geraten werden könne, sich der Regierung zu bemächtigen[1]. Die Unzufriedenheit der Armee mit Kiamil Pascha habe einen Grad erreicht, welcher einem gewaltsamen Vorgehen gegen ihn sicheren Erfolg verbürge. Ich erwiderte, daß gegenwärtig jede innere Umwälzung die Türkei in den Augen ihrer Gegner schwächen würde. Auf die weitere Frage Mahmud

---

* Mahmud Schewket Pascha, bis 10. Juli 1912 Kriegsminister im Kabinett Said Pascha, war einer der Führer der Komiteepartei, die sich mit Staatsstreichplänen trug und sie am 23. Januar verwirklichte.

Schewket Paschas, wie ich über Adrianopel denke, entgegnete ich, daß ein gutes Verhältnis zu Bulgarien der Türkei für die Zukunft nützlicher sein werde als der Besitz Adrianopels. Der Pascha erwiderte, er könne sich allerdings eine Lage denken, in welcher auf Adrianopel verzichtet werden könne. Damit hat Mahmud Schewket Pascha vermutlich die Bereitwilligkeit seiner Partei ausdrücken wollen, sich denjenigen Mächten auch in der Friedensfrage gefällig zu zeigen, auf deren Unterstützung sie später rechnen könnte[2].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das Comité! unerhört wo der Feind vor den Thoren steht

[2] Wangenheim hat richtig geantwortet!

Nr. 12670

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Konstantinopel, den 12. Januar 1913

Oberstleutnant Zeki Bey, früher Militärattaché Athen und jetzt neben Enver Bey der einflußreichste Führer der unionistischen Offiziere, suchte mich heute auf, um mir vertraulich mitzuteilen, daß seine Kameraden die unentschlossene Haltung Kiamil Paschas in der Friedensfrage verurteilten und deshalb das Kabinett stürzen wollten*, um dann den Krieg fortzusetzen. Ich habe Zeki Bey ebenso geantwortet wie gestern Mahmud Schewket. Zu dieser Haltung bestimmt mich auch die Erwägung, daß die vielleicht bald bevorstehende Wiederkehr der Unionisten und deren eventuelle Intransigenz auf meine Einwirkung zurückgeführt werden könnten.

Wangenheim

Nr. 12671

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Konstantinopel, den 12. Januar 1913

Noradunghian hat heute meinem österreichischen Kollegen gesagt, daß nach seiner persönlichen Meinung es der Pforte vielleicht möglich sein würde, die Aufgabe Adrianopels vor der öffentlichen Meinung und der

* Es geschah am 23. Januar; vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12722, Fußnote *.

Armee zu vertreten, wenn die Mächte auf die wirtschaftlichen Kapitulationen verzichteten.

Mir gegenüber äußerte sich der Minister unverändert kriegerisch und dankte für die ihm durch Galib Bey* gemeldete Haltung der Kaiserlichen Regierung in der Frage der Flottendemonstration**. Von Rumänien erwartet Noradunghian keine Hilfe.

Wangenheim

Nr. 12672

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 64 Berlin, den 13. Januar 1913

Zu Euerer Durchlaucht gefälligen Orientierung.

Der englische Botschafter hat mir im Auftrage seiner Regierung die aus dem abschriftlich anliegenden Memorandum*** ersichtlichen Mitteilungen gemacht.

Ich habe Sir E. Goschen erwidert, wir teilten durchaus die Auffassung seines Ministers, daß im Interesse des Erfolges der gemeinsamen Ratschläge bei der Pforte der Eindruck von Uneinigkeit zwischen den Mächten unter allen Umständen vermieden werden müsse, und erblickten in der Fortsetzung unserer bisherigen vertrauensvollen Aussprache mit Sir Edward Grey das am besten geeignete Mittel zur Förderung dieses Zieles.

Zimmermann

Anlage

Memorandum

Berlin, January 11, 1913

Sir Edward Grey has been informed by M. Daneff that the Balkan Allies are not prepared to discuss any proposal which excludes the cession by Turkey of the town of Adrianople but that they will be ready to enter into a discussion of the conditions on which that town should be ceded. Sir Edward Grey states that he has found M. Danew immovable on this point.

---

* Türkischer Botschaftsrat in Berlin.
** Vgl. Nr. 12637.
*** Siehe Anlage.

The above has been communicated to the Turkish Ambassador and Reshid Pasha, who stated categorically that it was useless in these circumstances for the Turkish Delegates to remain any longer in London. They added that the impression that pressure exercised by the Powers would induce Turkey to yield on this point was quite unfounded and they suggested that the Powers should speak at Sofia with a view to persuading Bulgaria to be more moderate in regard to Adrianople. They were informed in reply that there was no hope that the Powers would be prepared to speak at Sofia on that point in this sense, but that Sir Edward Grey would communicate what had passed to the Ambassadors at their next meeting to be held on the 13th instant. Sir Edward Grey has informed Sir E. Goschen that he had previously used to the Turkish Ambassador and Reshid Pasha, but only on his own account, the arguments which are proposed for the collective „démarche".

Sir Edward Grey has formed the impression that nothing will have any effect on the situation except the actual fall of Adrianople, but he considers it most desirable that united advice should be presented by the Powers to the Porte and that they should remove any impression of disunion between them; he fears that otherwise the situation may not be eased even by the fall of Adrianople.

Nr. 12673

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 21 — Wien, den 11. Januar 1913
Ganz vertraulich — [pr. 13. Januar]

Auf die Eröffnungen, die Herr Majorescu dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Gesandten in Bukarest über die beabsichtigte Besetzung bulgarischen Gebiets durch rumänische Truppen gemacht hat, hat Graf Berchtold, um ganz loyal gegenüber Rußland vorzugehen, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg beauftragt, bei Herrn Sasonow anzuregen, daß Rußland und Österreich-Ungarn gemeinsam ihre Vermittelung zwischen Rumänien und Bulgarien anbieten sollten[1]. Eine Antwort des Grafen Thurn auf diesen Schritt war dem Minister bis jetzt noch nicht zugegangen.

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut! aber die Russen werden es nicht thun?!

Nr. 12674

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 22 Wien, den 11. Januar 1913
Ganz vertraulich [pr. 13. Januar]

Graf Berchtold teilt mir ganz vertraulich nachstehendes mit:

König Karol habe ihm durch Prinz Fürstenberg zwei Fragen vorlegen lassen.

1. Ob nicht Graf Mensdorff, der gute Beziehungen zum König von Bulgarien habe, beauftragt werden könnte, bei Herrn Danew zu sondieren, weshalb man in Sofia auf das rumänische Anerbieten, eventuell Bulgarien nicht nur diplomatisch sondern auch militärisch gegen die Türkei zu unterstützen*, nicht reagiert habe. Es scheine, wie Graf Berchtold hinzufügte, daß Herr Danew dahingehende Äußerungen der rumänischen Unterhändler in London einfach ignoriert habe.

2. Wie wird sich das Wiener Kabinett verhalten für den Fall, daß Rumänien Bulgarien angreift und letzteres sich dann mit Serbien gegen Rumänien verbinden würde?

Auf letzteren Punkt gedenke er, Graf Berchtold, ungefähr folgendes zu erwidern (den Wortlaut dieser seiner Antwort wird der Minister durch Graf Szögyényi Euerer Exzellenz vorlegen lassen): Zunächst freue er sich über die in London zwischen den rumänischen und bulgarischen Vertretern im Gange befindlichen Pourparlers, von denen er sich schließlich ein gutes Ergebnis erwarte. Andernfalls müsse Rumänien bedenken, daß es durch sein eventuelles militärisches Vorgehen sich mit dem Völkerrecht in Widerspruch setzen und sich die Todfeindschaft Bulgariens zuziehen würde, das seinerseits nur auf Revanche sinnen würde.

Sollte aber trotz dieser Bedenken Rumänien den Krieg beginnen und Bulgarien und Serbien gegen sich finden, so könne der König Karol, obgleich die Monarchie nur defensiv verpflichtet sei, doch jedenfalls auf Österreich-Ungarn rechnen.

Es gäbe aber nach Ansicht des Wiener Kabinetts noch andere Mittel, um die Erfüllung der rumänischen Wünsche zu erreichen. Ein solches Mittel sei ein energischer Druck[1] der Mächte in Sofia[2]. Jedenfalls würde Rumänien „durch seinen vorschnellen Schritt" die noch stattfindenden Verhandlungen stören und sich ins Unrecht setzen[3].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die Mächte sind weder energisch, noch können sie gemeinsam „drücken"!
[2] dann macht Rußland nicht mit
[3] richtig

* Vgl. Nr. 12642, 12648.

Nr. 12675

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 57 Berlin, den 13. Januar 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Rom meldet*:

„Sir E. Grey hat Marquis Imperiali gesagt, sowohl amtlich wie auf Grund alter persönlicher Beziehungen appelliert er an Marquis di San Giuliano, damit dieser seinen Einfluß in Wien — eventuell auch über Berlin — aufbiete, um zu einer Lösung der Skutarifrage zu gelangen. Sir E. Grey habe streng vertraulich den Eindruck, als werde Rußland wegen der Stadt Skutari nachgeben. Rußland bestehe aber auf einer angemessenen Entschädigung für Montenegro. Marquis di San Giuliano teilt Ansicht Sir E. Greys. Graf Berchtold wolle zu wenig geben. Bojanaprojekt** sei allzu phantastisch, es käme auch zu wenig dabei heraus. Man solle Montenegro einen fruchtbaren Teil der Skutariebene mit einem weiteren Stück See geben. Stadt bliebe dann albanisch.

Ferner sei Rußland nach Sir E. Greys Mitteilung absolut gegen Wahl eines katholischen Fürsten für Albanien. Vertraulich bemerkte Marquis di San Giuliano, Italien sei auch dagegen. Ein Protestant wäre das richtige. Aber man solle diese Frage benutzen, um Verzicht auf Katholiken als Konzession an Rußland erscheinen zu lassen, wofür letzteres sich in Skutarifrage nachgiebiger zeigen müsse."

Durch Belassung der Stadt Skutari bei Albanien dürfte den Wünschen des Wiener Kabinetts im wesentlichen Rechnung getragen werden. Der vorstehend entwickelte Standpunkt Sir Edward Greys wird demnach wohl als geeignete Basis für weitere Behandlung und endgültige, befriedigende Regelung der heiklen Frage auch seitens des Grafen Berchtold in Betracht gezogen werden können. Im Interesse eines weiteren gedeihlichen Zusammenarbeitens mit England, namentlich aber mit unserem italienischen Bundesgenossen wäre dies sehr erwünscht. Euer Exzellenz bitte ich, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf Graf Berchtold freundschaftlich in entsprechendem Sinne einzuwirken.

Zimmermann

---

* Nr. 16 vom 13. Januar.
** Vgl. Nr. 12622.

Nr. 12676

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 28 Berlin, den 13. Januar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 22* und 24**.

So wenig wir es mit unserer Stellung als neutraler Macht für vereinbar und aus militärischen Gründen für möglich halten, an einer Flottendemonstration gegen die Türkei teilzunehmen, so wenig würden wir uns bereit finden lassen, uns an einer über die vereinbarte Demarche hinausgehenden Pression auf die Pforte zu beteiligen. Den wohl in Wien gehegten Optimismus, durch ein solches Vorgehen Bulgarien politisch an den Dreibund zu fesseln, vermögen wir uns nicht anzueignen. Auch kann es nicht die Aufgabe der Mächte sein, sich den Balkanstaaten in ihrer Auseinandersetzung mit der Türkei zu substituieren. Sollten daher die geplante Demarche in Konstantinopel sowie etwaige, an sich empfehlenswerte gemeinsame Schritte in Sofia erfolglos bleiben, so sind wir der Ansicht, daß es den unmittelbar Beteiligten zunächst wieder überlassen bleiben muß, ihre Divergenzen unter sich, sei es friedlich, sei es mit den Waffen zum Austrag zu bringen. Der Wunsch aller Großmächte, den Frieden zu erhalten, bürgt dafür, daß Europa selbst im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen den Balkanmächten nicht in einen Krieg verwickelt werden wird.

Ich würde es für wünschenswert halten, wenn es Ew. pp. gelänge, Sir Edward Grey, mit dem wir nach wie vor in vollstem Einvernehmen zu handeln wünschen, von der Richtigkeit dieser Argumentation zu überzeugen. Dagegen bitte ich, zu vermeiden, von sich aus diesen Gedanken in der Botschafterkonferenz zu äußern. Die Initiative dazu würde gegebenenfalls dem englischen Minister zu überlassen sein.

Zimmermann

---

* Siehe Nr. 12651.
** Siehe Nr. 12659.

Nr. 12677

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 London, den 13. Januar 1913

In der heutigen Sitzung brachte ich zunächst die Bemerkungen des dortseitigen Telegramms Nr. 24* zur Sprache. Dieselben wurden ad referendum genommen und begegneten keinerlei Widerspruch. Alsdann erklärte ich in Übereinstimmung mit dem dortigen Telegramm Nr. 22**, daß wir an einer Flottenkundgebung teilzunehmen nicht gewillt seien. Auf Anregung Sir E. Greys, der darauf hinwies, daß es sich empfehlen würde, trotzdem dem Gedanken der Entsendung von Schiffen[1] nach der Besikabai näher zu treten, um für den Fall des Eintritts anarchischer Zustände in Konstantinopel zum Schutze der Europäer bereit zu sein[2], wurde nachstehende Erklärung vereinbart:

„Sur les observations de l'Ambassadeur d'Allemagne visant surtout les difficultés techniques, la possibilité d'une démonstration navale collective paraît devoir être écartée***. La réunion prie les gouvernements

---

* Siehe Nr. 12659. Es handelte sich um die geringen Milderungen, die die deutsche Regierung an dem Cambonschen Entwurf für die Kollektivnote vorgenommen hatte, und die nunmehr nach dem obigen Telegramm Fürst Lichnowskys von der Botschafterreunion angenommen wurden. Von dem somit endgültig festgestellten Text der Note wurde Botschafter Freiherr von Wangenheim mittels Telegramm Nr. 24 vom 16. Januar mit der Ermächtigung, sich, si omnes, an der Überreichung der Note zu beteiligen, verständigt.

** Siehe Nr. 12651.

*** Damit war der Gedanke an die Flottendemonstration fürs erste erledigt. Zwar wurde er auch noch in den folgenden Tagen zwischen Petersburg und Paris ventiliert; aber schon am 12. sagte Paléologue zu dem russischen Geschäftsträger Sewastopulo: „Sie werden sehen, daß Sie letzten Endes diese Demonstration noch ganz allein werden machen müssen." Allenfalls wäre Frankreich nach Äußerungen Poincarés zu Sewastopulo bereit gewesen, gemeinsam mit England je ein Kriegsschiff nach der Besikabai zu entsenden, „doch nur mit dem Vorbehalt, daß dieser Schritt nicht den Charakter einer Flottendemonstration haben dürfe, die unabhängig von den Mächten des Dreibundes unternommen worden sei". Brief Sewastopulos an Sasonow vom 16. Januar. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 31f. Unter diesen Umständen fiel auch der am 16. in Paris amtlich durch Note unterbreitete russische Vorschlag, unabhängig von der Kollektivnote der Großmächte noch einen scharfen Druck der Tripelententemächte in Konstantinopel eintreten zu lassen, unter den Tisch. Siehe den Text der Note im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 43s. Auch England lehnte eine solche Sonderaktion der Tripelentente glattweg ab. Telegramm Botschafter Paul Cambons vom 17. Januar 1913, Französisches Gelbbuch, a. a. O., II, 47. Inzwischen war Rußland in Konstantinopel auf eigene Faust vorgegangen, indem Botschafter von Giers auf Grund einer Instruktion vom 15. Januar (nach dem russischen Orangebuch übersetzt in Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht, XXV, 141f.) der Pforte erklärte, daß sie bei einer Fortsetzung ihres Widerstandes speziell in der Adrianopelfrage mit dem Einschreiten Rußlands zu rechnen

de faire connaître leurs vues sur l'avis qui leur a été soumis le 7 janvier dernier au sujet de l'envoi à Besica baie des bâtiments de guerre en vue d'une possibilité de reprise d'hostilités et de troubles qui pourraient menacer la vie et les biens de leurs nationaux et compromettre les intérêts européens à Constantinople"[3]*.

Graf Benckendorff teilte mit, daß seine Regierung auf Wunsch der bulgarischen und rumänischen eine vermittelnde Tätigkeit übernommen habe[4]**.

Auch ließen Mitteilungen, die von Herren Danew und Jonescu stammten, darauf schließen, daß die Möglichkeit einer Verständigung wieder näher gerückt scheint. Herr Danew hatte außerdem Sir E. Grey mitgeteilt, daß seine Regierung bzw. die Verbündeten beabsichtigten, sofort nach Überreichung der gemeinsamen Note[5] den Waffenstillstand zu kündigen, und daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für nächsten Montag zu erwarten sei[6].

Sodann brachte ich gemäß Erlaß Nr. 50*** die Frage der türkischen Staatsgläubiger zur Sprache. Sir E. Grey erklärte sich mit meinem Vorschlage einverstanden, während meine Kollegen prinzipiell zustimmten, die drei von mir ihnen vorgelegten Punkte aber ihren Regierungen unterbreiten wollten. Ich habe auch besonders betont, daß es uns daran liegt, die Aufnahme der gedachten Vereinbarung in den Friedensvertrag zu erwirken.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Keine von uns!

[2] dafür genügen die vor Stambul liegenden Schiffe vollkommen ohne Forcierung der Dardanellen ausgeschloßen!

[3] ! d[as] h[eißt] England nimmt die Leitung eines Flottenschrittes der einen Nachdruck dem Schritt der Balkanstaaten verleiht, also quasi als Verbündeter derselben gegen die Türkei; hierdurch wird die Türkei, deren Antwort nicht mal abgewartet wird, tief verletzt, und die vor Stambul liegenden Schiffe in Gefahr gebracht! Aufmunterung für die Jungtürken zur Revolution gegen das jetzige System!

[4] also doch!?

[5] ehe die türk[ische] Antwort erfolgt!!!?

---

habe. Es hieß in dem Telegramm an Giers: „Die Erneuerung der Kriegsoperationen wird unvermeidlich zum Fall von Adrianopel führen und zu einer Erhöhung der von den Verbündeten gestellten Forderungen entsprechend den neuen Opfern, die sie bringen. Zu gleicher Zeit halten wir es für unsere Pflicht, die Türkei auf die möglichen Verwickelungen hinzuweisen, die durch einen Widerstand ihrerseits entstehen würden, und ihr begreiflich zu machen, daß die Türkei von einer Erneuerung der Kriegsoperationen nichts zu hoffen hat, und wir sogar im Falle eines teilweisen Erfolges der Türkei nicht imstande wären, bei einer Niederlage der Bulgaren gleichgültig zu bleiben."

* Vgl. dazu auch R. Poincaré, Au Service de la France, III, 30.

** Vgl. Nr. 12648, S. 162, Fußnote **.

*** Siehe Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, Nr. 15168.

[6] damit es so aussieht als handelten die Großmächte als Alliirte der Balkanstaaten! Schlußbemerkung des Kaisers:

Gradezu unglaublich! damit ist ja die ganze Mächteaktion in Stambul einfach zu einer unlauteren farce degradirt! ohne eine Antwort der Türkei abzuwarten!!! Dann hätten die Kerls ja schon seit Wochen den Krieg wiederanfangen lassen können! Und wir uns die Botschafterkonfrenz ersparen! Ich mach solche beschämende Comödien des Europ[äische.n] Conzerns — nicht Conzerts — nicht länger mit, und werde fortab meine eigenen Wege den Kämpfenden gegenüber gehen, wie sie für uns gut sind, ohne Rücksicht mehr auf andere! Wilhelm I. R.

Nr. 12678

Das Wolffsche Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II. z. Z. in Potsdam

Telegramm en clair

Berlin, den 14. Januar 1913

London. Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Chefs der Delegationen der Balkanstaaten haben heute vormittag in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Überreichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten der ottomanischen Regierung eine Note überreichen werden*, durch die sie die Friedenskonferenz aufheben. Es wurde gleichzeitig beschlossen, darauf hinzuwirken, daß Instruktionen an die Kommandanten der Heere übermittelt würden, dem Waffenstillstand ein Ende zu bereiten.

Wolffbureau

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Damit machen die Balkanstaaten den Erfolg des Schrittes der Mächte in Stambul illusorisch und zu nichte! Und das noch ehe die Türkei in der Lage ist eine Antwort auf die Mächtenote zu geben!! Eine bodenlose Unverschämtheit! Dadurch werden die Großmächte zu Complicen der Balkanstaaten degradirt und die als wohlmeinender Rathschlag seitens der Mächte an die Türkei gedachte Note, wird statt dessen zu einem Ultimatum ihrerseits umgestempelt, durch das wir quasi auf Seiten der Balkanstaaten treten. Das ist eine ungeheuerliche Schweinerei, die ich unter gar keinen Umständen mitmache! Ich halte mich von weiteren antitürkischen Mächteschritten dieser Art absolut fern!! Wilhelm I. R.

Nr. 12679

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14
Geheim

Wien, den 14. Januar 1913

Graf Berchtold bittet mich, Euere Exzellenz zu benachrichten, daß er beabsichtigt, in den allernächsten Tagen den Sektionschef Grafen

* Tatsächlich geschah es erst am 29. Januar, während die Note der Großmächte bereits am 17. in Konstantinopel überreicht wurde.

Szápáryi in geheimer Mission nach Berlin zu entsenden. Er wird den Auftrag haben, mit Euerer Exzellenz die gesamte politische Lage ganz offen und vertrauensvoll zu besprechen, insbesondere auch die rumänische und südslawische Frage eingehend zu erörtern. Minister meinte, eventuell könnte Graf Szápáryi nach Einholung Euerer Exzellenz Einverständnisses auch mit General von Moltke Rücksprache nehmen. Der Graf wird sich zunächst bei Graf von Szögyény melden, jedoch legt der Minister Wert darauf, daß Graf Szápáryi direkt mit Euerer Exzellenz und eventuell dann mit dem Herrn Unterstaatssekretär spricht.

Graf Berchtold legt besonderen Wert auf eine rückhaltlose Aussprache mit Berlin über die allgemeine Lage und deren mögliche Gestaltung in der Zukunft.

Was die eventuelle Rücksprache des Grafen Szápáryi auch mit Herrn von Moltke betrifft, so bemerke ich, daß, wie ich in einer vor einigen Tagen gehabten eingehenden Unterhaltung mit General Freiherrn von Hötzendorf* festgestellt habe, der Gedanke, sich jetzt angesichts der komplizierten Lage am Balkan vorerst rückhaltlos mit Berlin auszusprechen, zuerst von dieser Stelle ausgegangen ist, und Graf Szápáryi deshalb auch die Mission haben dürfte, zur Aufklärung des hiesigen Generalstabschefs die Auffassung des unsrigen festzustellen.

Tschirschky

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

Sollten wir nicht dem Grafen Berchtold sagen lassen, daß Jagow Anfang nächster Woche hier eintrifft, und daß es für den neuen Staatssekretär** von größtem persönlichen Wert sein würde, an der in Aussicht gestellten Darlegung der österreichischen Auffassungen durch Graf Szápáryi teilzunehmen?

Im übrigen gefällt mir diese von Hötzendorf veranlaßte außerordentliche Mission gar nicht. Will uns Berchtold besondere Mitteilungen auf einem anderen Wege als durch Tschirschky machen, so soll er den Grafen Szögyényi damit betrauen.

Ich bitte um Rücksprache. B. H. 14/1

Nr. 12680

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16
Geheim

Wien, den 14. Januar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 14 vom 14. Januar***.

Da Sektionschef Graf Szápáryi für Ende dieser Woche der Niederkunft seiner Frau entgegensieht, und Graf Berchtold angesichts der möglicher-

---

* Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 78ff. Conrad, der ausführlich über sein Gespräch mit Tschirschky (9. Januar) berichtet, bestätigt, daß er den Gedanken der Mission bei Graf Berchtold angeregt habe.

** Die Ernennung Jagows zum Nachfolger Kiderlens war am 5. Januar erfolgt.

*** Siehe Nr. 12679.

weise rasch sich verändernden politischen Lage ein Hinausschieben seiner Entsendung nach Berlin tunlichst vermeiden möchte, wird der Graf sich bereits heute abend nach Berlin begeben. Beide Herren haben mich wiederholt gebeten, Euerer Exzellenz die Versicherung zu geben, daß sie hoffen, der Besuch des Grafen werde Euerer Exzellenz nicht ungelegen kommen, und Euere Exzellenz würden die in den Familienverhältnissen des Grafen Szápáryi gelegenen besonderen Verhältnisse gütigst in Rücksicht ziehen wollen.

Tschirschky

Nr. 12681

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann
an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 31 Berlin, den 15. Januar 1913

Die rumänisch-bulgarische Streitfrage erscheint zurzeit als die einzige, die Möglichkeit einer Gefährdung des Friedens unter Großmächten in sich birgt. Angesichts der in Rumänien hervorgetretenen Volksstimmung wächst diese Gefahr mit dem Hinzögern der Verhandlungen durch Herrn Danew. Bitte in der nächsten Botschafterkonferenz sich in diesem Sinne aussprechen und anregen, die bulgarische Regierung darauf hinzuweisen, daß sie durch tunlichst umgehende Austragung ihrer Differenzen mit Rumänien dem Wunsche der Großmächte und damit auch ihren eigenen Interessen entsprechen würde.

Zimmermann

Nr. 12682

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg
an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 32 Berlin, den 15. Januar 1913
[abgegangen am 16. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 25*.

Wir begrüßen Aufgabe Gedankens an Flottendemonstration mit Befriedigung. Deutschland hätte solcher Kundgebung schon deswegen

* Siehe Nr. 12677.

fernbleiben müssen, weil Beteiligung von öffentlicher Meinung als krasser Neutralitätsbruch aufgefaßt und schlechterdings nicht verstanden wäre.

Für Bereitstellung in Besikabucht kämen unsererseits nur Kriegsschiffe in Betracht, die sich schon vor Konstantinopel befinden und nicht fortgenommen werden können, da gerade dortige Interessen am dringendsten Schutz bedürfen. Deutsche Schiffe werden daher nach Besikabucht nicht entsandt werden.

Wir empfehlen, daß Demarche Pera nunmehr erfolgt und demnächst Antwort der Pforte abgewartet wird. Letzteres gilt insbesondere auch für Balkanstaaten. Wollten diese wirklich, noch ehe türkische Antwort vorliegt, Waffenstillstand kündigen oder Friedensverhandlungen abbrechen, so würden sie den wohlmeinenden Ratschlag der Mächte über deren Kopf weg zu Ultimatum umstempeln. Außerdem würde der Pforte jede Möglichkeit Nachgebens genommen, also Erfolg unserer Demarche illusorisch gemacht. Mächte sind sich selbst und Pforte schuldig, Garantien zu schaffen, daß Verbündete vor jedweder weiteren Maßnahme das Resultat der in ihrem Interesse geplanten Aktion abwarten.

Sollte Antwort der Pforte wider Erwarten ablehnend ausfallen und auch Balkanbund nicht einlenken, so dürfte für Mächte zunächst nur übrig bleiben, die Kriegführenden sich selbst zu überlassen und zur strengsten Neutralität zurückzukehren. Mit dem bei Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen wohl zweifellos alsbald zu gewärtigenden Fall von Adrianopel würde überdies das Haupthindernis für Nachgiebigkeit der Pforte wegfallen. Der Krieg würde daher voraussichtlich von kurzer Dauer sein. Durch Beobachtung strengster Neutralität werden Großmächte am sichersten nicht nur europäischem Konflikt, sondern auch Übergreifen der kriegerischen Wirren auf Asien vorbeugen. Strikte Neutralität aller Beteiligten würde nach unserer Überzeugung insbesondere auch jegliche Gefahr von Unruhen in Armenien ausschließen. Angesichts der bedeutenden in Kleinasien engagierten deutschen Werte haben wir größtes Interesse, daß Aufrollen asiatischer Frage verhütet wird. Auch glauben wir uns in dem Wunsch nach unversehrter Erhaltung der asiatischen Türkei nicht nur mit England, sondern mit allen Mächten eins zu wissen. Haupterfordernis bleibt, daß Mächte weiter einmütig handeln und im Interesse europäischen Friedens auf Sonderaktionen verzichten.

Euere Durchlaucht wollen vorstehendes vertraulich bei Sir E. Grey verwerten und Ihre Sprache darnach regeln*.

v. Bethmann Hollweg

* Das obige Telegramm an Fürst Lichnowsky wurde durch Telegramm Nr. 21 bzw. 22 und 20 nach Wien, Rom und Petersburg mitgeteilt.

Nr. 12683

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 St. Petersburg, den 14. Januar 1913
[pr. 15. Januar]

Seine Majestät der Kaiser Nikolaus hat sich bei heutigem Neujahrsempfang dem österreichischen Botschafter gegenüber mit ungewöhnlicher Entschiedenheit für eine wahrscheinlich notwendig werdende gemeinsame Flottendemonstration, wobei Rußland „de l'autre côté" mitwirken würde, ausgesprochen. Obgleich der Botschafter Schwierigkeit einer derartigen Demonstration hervorhob, blieb Seine Majestät doch bei seiner Ansicht stehen, da es notwendig sei, weiteres Blutvergießen zu verhüten*. Der Monarch sprach lange mit türkischem Botschafter**, der nachher gedrückten Eindruck machte, ohne sich aber zu äußern.

Seine Majestät berührte im Gespräch mit mir nichts Politisches.

Lucius

Nr. 12684

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 3 Wien, den 14. Januar 1913
Geheim [pr. 15. Januar]

General der Infanterie Baron Conrad äußerte heute mir gegenüber die Meinung, daß der rumänisch-bulgarische Streitfall friedlich geschlichtet werde. Mein rumänischer Kollege dagegen, den ich im Vorzimmer des Generalstabschefs antraf, sagte, daß man in Bukarest die Antwort Bulgariens für heute erwarte. Im Evidenzbureau des Generalstabes sieht man daher je nach deren Ausfall dem Beginn einer militärischen Aktion Rumäniens eventuell für Mittwoch, den 15. Januar, entgegen.

Der Generalstabschef hat, wie er mir mitteilt, in seiner gestrigen Audienz in Schönbrunn*** auch die Frage der „Flottendemonstration" vor

---

* Auch der der Person Nikolaus' II. attachierte deutsche Militärbevollmächtigte Generalleutnant Graf zu Dohna berichtete dem Kaiser am 14. Januar, daß sich der Zar gegenüber Graf Thurn im Sinne der Notwendigkeit einer Flottendemonstration vor Konstantinopel ausgelassen habe. Dazu bemerkte Wilhelm II.: „Also die wirkliche Bestätigung meiner stets aufrecht erhaltenen Behauptung, daß Rußland die Demonstration wünscht und Frankreich nur vorgeschoben hat, um sie England mundgerechter zu machen! Daher wird England vielleicht doch darauf eingehen, damit die ‚Entente' (hol sie der Deubel) nicht Schaden leide! Neutralität und internationaler Anstand sind egal!"

** Turkhan Pascha.

*** Näheres darüber bei Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 79f.

Konstantinopel berührt und sich unbedingt dagegen ausgesprochen. Er habe seine Ansicht damit begründet, Österreich-Ungarn besitze momentan nur eine kleine Flotte im Vergleich zu den anderen Großmächten. Wenn man an einer Flottendemonstration teilnehme, könne man nicht die ältesten Schiffe entsenden, sondern mindestens zwei der modernen. Sollte aber inzwischen, was immer noch nicht ausgeschlossen, eine europäische Konflagration entstehen, so würde man die beiden Kriegsschiffe empfindlich vermissen. Diese könnten andererseits auch im Ägäischen Meer durch die Überlegenheit der Ententeflotte leicht in eine schwierige Lage kommen.

Er sei der Meinung, man müsse jetzt mehr wie je sein Pulver trocken und seine Streitkräfte zusammenhalten, da heutzutage kein Mensch wisse, wie sich die nächsten Wochen gestalten würden.

In bezug auf die Abrüstungsfrage an der galizischen Grenze habe Rußland einen Bluff inszeniert, indem von Petersburg offiziell mitgeteilt worden sei, die Mannschaften der Finanzwache seien entlassen worden. Die Summe der auf diese Weise Entlassenen belaufe sich nach hiesigen Nachrichten auf 2000 Mann!

Der Generalstabschef hat gestern Seine Majestät auf dem Punkt der „Nichtentlassung von Mannschaften" in Galizien ganz fest und entschlossen gefunden. Der Kaiser habe auch im Prinzip sein Einverständnis gegeben zu dem Plan, die zurzeit erhöhten Friedensstände in Galizien und den neuen Provinzen als eine dauernde Maßnahme beizubehalten.

Es ist anzunehmen, daß sich die im Mai (für das Budget 1914) zusammentretenden Delegationen bereits mit dieser Maßregel zu befassen haben werden. Es würde sich um eine Novelle zum neuen Wehrgesetz handeln. Die Ergebnisse der Rekrutierung auf Grund des neuen Wehrgesetzes seien so zufriedenstellende, daß man aus dem Überschuß an Nichteingestellten leicht das Plus an Mannschaften für die Korps I, X, XI, XV und XVI aufbringen könne.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12685

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 2 Rom, den 12. Januar 1913
[pr. 15. Januar]

Marquis di San Giuliano sprach mir heute lange über die Wahl eines Fürsten von Albanien. Graf Berchtold habe erst einen Mohamedaner, dann einen Protestanten gewünscht und jetzt dem Herzog von Avarna gegenüber die Wahl eines Katholiken empfohlen[1]. Einen bestimmten Kandidaten scheint Graf Berchtold dem Botschafter noch nicht genannt zu haben.

Marquis di San Giuliano sagte, je länger er sich die Sache überlege, käme er zu der Erkenntnis, daß für Italien ein katholischer Fürst nicht annehmbar sein würde. Alle Katholiken seien entweder sehr klerikal oder nahe mit dem Hause Habsburg verwandt oder hätten in Österreich gedient; sie würden immer nach Wien gravitieren. Er, San Giuliano, wolle, solange er Minister sei, das Abkommen mit Österreich loyal erfüllen und werde kein Mittel suchen, um den italienischen Einfluß in Albanien auf Kosten Österreichs auszudehnen. Dies sei auch der Wille Seiner Majestät des Königs und Herrn Giolittis. Aber Österreich müsse das Gleiche tun. Auch für Albanien selbst, in dem die katholische Bevölkerung eine kleine Minorität darstelle, sei ein Katholik nicht angezeigt, da derselbe doch unwillkürlich als Parteigänger dieser konfessionellen Minorität gelten oder sich sogar selbst als solcher fühlen würde. Die Wahl eines Protestanten[2] sei das einzig richtige. Ein solcher würde sich schließlich ebenso gut finden lassen wie ein Katholik.

Ich sagte dem Minister, daß die Wahl des Fürsten eine Detailfrage sei, an der wir nicht interessiert wären. Der Marquis erklärte, dies bis zu einem gewissen Grade verstehen zu können, aber wir hätten doch ein reales Interesse daran, daß Albanien, wie er selbst wünsche, nicht zu einem neuen Zankapfel zwischen Österreich und Italien würde, sondern daß durch eine glückliche Durchführung der jetzigen politischen Aktion die Beziehungen unter den Alliierten fester und intimer würden.

Von der Kandidatur des Prinzen Elias von Parma schien der Minister nichts zu wissen. Es ist aber nach meiner Kenntnis der hiesigen Verhältnisse gänzlich ausgeschlossen, daß dieser Prinz eines von Italien depossedierten, sehr klerikalen Hauses, der zugleich Schwager des präsumptiven österreichischen Thronfolgers ist, je die hiesige Zustimmung finden würde.

Wenn es nun, meinte der Minister weiter, einerseits im Interesse der Sache selbst läge, einen Protestanten zu nehmen, so könne man andererseits den Verzicht auf die Wahl eines Katholiken, von der Rußland absolut nichts wissen wollte, als eine Konzession letzterem gegenüber hinstellen, um dafür russischerseits ein Nachgeben in der Skutarifrage zu erhandeln[3].

Im allgemeinen, sagte der Minister, herrsche in Wien die Tendenz, unter möglichstem Ausschluß fremder Teilnahme die Regelung der Dinge in Albanien allein Österreich und Italien vorzubehalten. Der Marquis möchte dagegen der Gestaltung von Albaniens Zukunft einen mehr internationalen Charakter geben. Denn wenn Österreich und Italien sich dort allein gegenüber ständen, würden fortgesetzte Reibungen zwischen den beiden Alliierten unvermeidlich werden.

Das Bestehen obiger Tendenz in Wien wird mir auch von meinem österreichischen Kollegen bestätigt, der in diesem Punkt übrigens die Auffassung des Marquis di San Giuliano teilt.

Jagow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der weiß nicht was er will!
[2] Mohamedaner?
[3] !

Nr. 12686

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 3

Rom, den 13. Januar 1913
[pr. 15. Januar]

Der Minister des Äußern ist mit der Inselfrage sehr beschäftigt. Dieselbe, sagte er mir gestern, sei von Anfang an in London durch die Haltung der Dreibundbotschafter etwas kompromittiert, welche die letzten Zwecke, die hinter dem russischen Antrag auf Überlassung aller Inseln an Griechenland lauerten, nicht gleich durchschaut hätten.

Der Marquis bleibt bei der Ansicht, daß die Tripelentente schon jetzt mit einem künftigen Zusammenbruch auch der asiatischen Türkei rechnet und für diesen Fall durch Zuweisung der Inseln an Griechenland dieses Objekt von vornherein dem Eingreifen der Dreibundmächte entziehen möchte. Blieben aber einige der den Dardanellen und der asiatischen Küste nächstgelegenen Inseln türkisch, so hätte unsere Mächtegruppe einst eher die Möglichkeit, ihre Ansprüche praktisch geltend zu machen. Zudem würden die Inseln im Besitz der Türkei gewissermaßen als Festungsforts das kleinasiatische Festland gegen das Umsichgreifen panhellenischer und anderer Treibereien und Aspirationen verteidigen. Unser aller Interesse wäre es aber, den Zusammenbruch der Türkei in Asien, wenn man ihn nicht ganz verhindern könne, doch möglichst lange hinauszuschieben.

Der Minister erzählte mir hierbei streng vertraulich, daß man namentlich von französischer, aber auch von englischer Seite bereits an ihn mit dem Gedanken herangetreten sei, die mit Italien bestehenden Abkommen über Nordafrika zu erweitern. Es sei dabei zwar zunächst nur von Afrika die Rede gewesen, doch seien auch allgemeine Andeutungen über die Stellung im Mittelmeer gemacht worden. Der Marquis hat zunächst erwidert, daß über Nordafrika ja schon Abkommen beständen, worauf ihm entgegnet ist, man könne diese ja noch präzisieren. Auf den weiteren Einwand des Ministers, er könne zu der Sache erst Stellung nehmen, wenn man ihm bestimmte Vorschläge mache, ist mit der Frage geantwortet worden, ob er denn im Prinzip mit dem Vorschlage einverstanden sei. Darauf hat der Minister erwidert, über das „Prinzip" könne er sich nicht äußern, solange man demselben keine konkrete Form gebe. Im übrigen würde er an eine solche Frage nur herantreten, wenn er sich zuvor mit Italiens

Bundesgenossen darüber verständigt hätte. Weiter sind die Verhandlungen nicht gediehen*.

Daß Frankreich, so führte der Minister weiter aus, stark am Werke wäre, sich Syrien für die Zukunft zu sichern, sei durch die Vorgänge bei der letzten Erneuerung des Libanonstatuts** klar zutage getreten. Es würde ihm auch durch alle Berichte aus Beirut bestätigt. Schließlich könne man auch gewisse historische Ansprüche Frankreichs auf Syrien nicht bestreiten. Wenn man bei einer Aufteilung Kleinasiens Syrien Frankreich vorenthalten wollte, so würde das für letzteres ein unausweichlicher casus belli werden. Andererseits könne Italien aber nicht dulden, daß das Mittelmeer „un lac français" würde, und er, der Minister, glaube, daß auch wir, namentlich Österreich, hieran einiges Interesse hätten.

Marquis di San Giuliano sagte, für ihn fielen die Inseln in zwei Kategorien, die von Italien besetzten und die übrigen. Was die erste Gruppe anbelange, so habe Italien die Verpflichtung übernommen, sie der Türkei zurückzugeben. Letztere erfülle die von ihr betreffs Libyens übernommenen Verpflichtungen mit einer Loyalität, wie er sie sonst von Konstantinopel nicht gewohnt gewesen wäre. Italien könne daher seinerseits nicht so illoyal sein, einem Beschluß, der diese Inseln der Türkei entziehen wolle, zuzustimmen. Außerdem würde es sich selbst damit eines wichtigen Pfandobjektes begeben, denn wenn über die Inseln anderweitig disponiert würde, fiele für die Türkei jeder Grund für die weitere Räumung Libyens fort.

Was die übrigen Inseln beträfe, so schiene nach einer Äußerung Herrn Veniselos' Griechenland am meisten an Chios und Mytilene gelegen zu sein, dann käme Samos und Kos; Rhodos scheinbar erst in letzter Linie.

Nach seiner, San Giulianos, Ansicht sollten die Dreibundmächte zunächst zwar versuchen, möglichst viele der genannten Inseln für die Türkei zu retten und, wenn sie hiermit nicht durchdrängen, eventuell nur eine oder die andere Insel — etwa Chios und Mytilene — als Konzession opfern.

Jagow

---

* Späterhin wiederholten sich solche französischen Sondierungen. Vgl. dazu Bd. XXXIX, Kap. CCXCVII.

** Seit dem Frühsommer 1912 fanden zwischen Vertretern Frankreichs, Englands und Rußlands einerseits, der Türkei andererseits im Zusammenhang mit der Neuernennung eines Gouverneurs Verhandlungen über Abänderungen des Libanonstatuts von 1864 statt, bei denen die französische Regierung sich nachdrücklich in den Vordergrund stellte. Ihr besonderes Interesse an den Vorgängen in der Levante bekundete sie im Herbst 1912 durch Entsendung von fünf Kriegsschiffen dorthin, davon drei nach Beirut. Über die Gründe berichtete Anfang November 1912 die „Dépêche de Toulouse", die mit dem französischen Außenministerium nähere Fühlung hatte: „Was wollen in Beirut die drei Kriegsschiffe tun? Man hat, um diese Maßregel zu rechtfertigen, angekündigt, daß der französische Konsul von einem Komplott in Kenntnis gesetzt wäre, und daß Frankreich sich entschlossen habe, gegen diese Gefahr eine Flottendivision an die syrische Küste zu schicken. Die Erklärung ist ein wenig oberflächlich . . . Die Wahrheit ist ganz anders. Das Vorgehen Frankreichs knüpft sich an eine Gesamtheit von Auffassungen, die zwischen England und ihm für den Fall vereinbart sind, daß der Auseinanderfall des osmanischen Reiches auch seine asiatischen Gebiete erreichen sollte." Vgl. die ‚Kölnische Zeitung' vom 6. November 1912: „Französisches Desinteressement."

Nr. 12687

Das Wolffsche Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm en clair

Berlin, den 15. Januar 1913

London 15/I. Die Versammlung der Delegierten des Balkanbundes hat beschlossen, die Antwort der Pforte auf die Note der Mächte abzuwarten[1], bevor sie einen neuen Schritt unternehmen*.

Wolffbureau

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Also war es ursprünglich nicht die Absicht gewesen. W.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Eben bei der Fürstin Radziwill begegnete ich Swerbejew und fragte ihn, was eigentlich die Demarche Tatischeff** bei mir bezwecken sollte. Er machte darauf ein langes Exposé über das friedliebende harmlose Rußland und das kriegerische Österreich mit den bekannten Lügen und Entstellungen zu Ungunsten des Letzteren; neues kam nicht dabei heraus, der Grund auch nicht. Es sei eine liebenswürdige Orientirung für mich. Ich sagte ihm ferner, ich würde an der event[uel]l beabsichtigten Flottendemonstration nicht theilnehmen, that er sehr erstaunt, behauptete nie Etwas von einer Absicht einer solchen Maßregel gehört zu haben und sei ganz ohne Orientirung darüber!! Ich skizzirte ihm kurz die Entstehung und Verlauf der Angelegenheit. Ja wenn aber die Türken Nein sagen, das kann man doch nicht einstecken!? Dann wird weiter gefochten und wir Großmächte sehen wie bisher alle zu! Er: das könne lange dauern; Ich: Ist nicht unsre Sache. Wir überschreiten die Grenzen der Neutralität mit der Demonstration, und werden Alliirte der Balkanstaaten, das geht nicht an. Wenn Bulgarien Adrianopel und Türk[isches] Gebiet haben will, muß es selber es nehmen, aber wir dürfen es ihm nicht geben. — Pansa sagte mir die Demonstration betreffend „Nous avons bien coulé cette affaire! On était en train à Londres de nous établir comme comité de distribution de butin aux Etats Balkaniques, au lieu de conférence de Paix. Nous nous mêlons de beaucoup trop de choses, qui nous regardent pas, laissons tout cela aux litigents!"

Wilhelm I. R.

Nr. 12688

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 London, den 15. Januar 1913

Vor der heutigen Sitzung nahm ich Gelegenheit, Sir E. Grey von dem Inhalt des Telegramms Nr. 28*** Kenntnis zu geben. Der Minister erklärte

---

* Tatsächlich erfolgte der Abbruch der Friedensverhandlungen (29. Januar) einen Tag vor der Antwort der Türkei auf die Kollektivnote der Mächte (30. Januar).

** Vgl. Nr. 12606.

*** Siehe Nr. 12676.

sich mit unserer Auffassung vollkommen einverstanden und erklärte, den weiteren Verlauf der Ereignisse abwarten zu wollen. Vor allem müsse die Note gleich übergeben werden, damit die Türkei nicht auf die Uneinigkeit der Mächte rechnen könne.

Die Sitzung selbst eröffnete Herr Cambon mit der Mitteilung, daß er Gelegenheit genommen habe, Herrn Danew dringend abzuraten, die geplante Note über den Abbruch der Beziehungen an die türkischen Delegierten gelangen zu lassen. Erst müsse die Wirkung des vereinbarten Schrittes in Konstantinopel abgewartet werden. In ähnlichem Sinne hatten sich auch andere meiner Kollegen ihm oder anderen Balkanvertretern gegenüber ausgesprochen. Als Wirkung dieser Ratschläge konnte Sir E. Grey mitteilen, daß die gedachten Abgesandten beschlossen hatten, vorläufig wenigstens nicht abzureisen. Von anderer Seite war sogar gesagt worden, daß selbst im Falle des Abbruchs mit der Türkei die Balkanvertreter fortfahren würden, hier ihre Angelegenheiten zu erörtern.

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen sind ebenfalls nicht vorwärts gekommen. Während aber Take Jonescu, der sich wiederum entschlossen hat hierzubleiben, erklärt, noch immer ohne Nachricht von Herrn Danew zu sein, behauptet dieser, er habe bereits vor einigen Tagen Herrn Take Jonescu Vorschläge zugestellt. Vielleicht gelingt es mir morgen bei dem Mahl, das Graf Mensdorff zu Ehren der Balkanvertreter gibt, näheres über den Stand der Verhandlungen zu erfahren. Meine Anregung, Herrn Misu vorzuladen, wurde zwar grundsätzlich angenommen, Graf Benckendorff und Herr Cambon fanden es aber augenblicklich noch verfrüht. Sonst müsse man auch den bulgarischen Vertreter zu Worte kommen lassen. Das Scheitern der Verhandlungen sei wenigstens abzuwarten.

Über die Frage der Nützlichkeit einer umgehenden Abgabe der verabredeten Note in Konstantinopel herrschte Einstimmigkeit*.

Sodann wurde zur Frage des Berges Athos übergegangen, worüber ich an anderer Stelle berichte**.

---

* Hiernach ist Fürst Lichnowsky ebenso wie die Zentrale in Berlin, die in der Weisung an den Botschafter vom gleichen Tage (vgl. Nr. 12682) sich für unverzügliche Übergabe der Kollektivnote in Konstantinopel aussprach, für die Beschleunigung dieser Demarche eingetreten. Dadurch erledigen sich die von französischer und englischer Seite gegen die angebliche deutsche Verzögerungstaktik erhobenen Vorwürfe. Vgl. die Telegramme Bompards vom 15. und 17. Januar, sowie den Bericht Jules Cambons vom 20. Januar. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 43, 44, 49s.; ferner R. Poincaré, Au Service de la France, III, 31. Der wirkliche Grund der Verzögerung lag darin, daß die Abfassung der Kollektivnote erst den Botschaftern in Konstantinopel übertragen, dann aber auf französischen Vorschlag der Botschafterreunion reserviert wurde.

** Zur Athosfrage, die hier nicht näher behandelt werden kann, vgl. den Brief Sasonows an Graf Benckendorff vom 12. Dezember 1912 (Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht, XXV, 140, nach dem russischen Orangebuch), der den russischen Standpunkt darlegt; ferner die im Jahrbuch des Völkerrechts, hrsg. von Th. Niemeyer und K. Strupp, II, 48ff. zusammengestellten Schriftstücke.

Zum Schluß teilte Cambon mit, daß Poincaré im Prinzip mit unseren Wünschen hinsichtlich der Wahrung der Interessen der türkischen Staatsgläubiger einverstanden wäre, daß aber die Fassung, die ich nach Maßgabe der ersten drei Artikel der Anlage des Erlasses Nr. 50* unterbreitet hatte, einerseits den Arbeiten der Pariser Kommission vorgreife, andererseits aber ihm als zu weitläufig erscheine, um in den Friedensvertrag aufgenommen zu werden. Er werde daher bis zur nächsten Sitzung eine andere Fassung in Vorschlag bringen.

Nächste Sitzung Freitag, Mittwoch soll Albanien an die Reihe kommen.

Lichnowsky

Nr. 12689

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 St. Petersburg, den 15. Januar 1913

Herr Neratow** befürchtet ernstliche Komplikationen, wenn nicht Rumänien seine Ansprüche beträchtlich ermäßigt. Die Forderung auf Überlassung der Stadt Silistria, die ganz von Bulgaren bewohnt wäre, sei unhaltbar. Bulgarien sei sonst bereit, nach Möglichkeit den rumänischen Forderungen nachzugeben.

Der Ministergehilfe sieht in der rumänisch-bulgarischen Differenz augenblicklich die Hauptgefahr.

Herr Sasonow hat sich gestern dem österreichischen Botschafter gegenüber in demselben Sinne ausgesprochen.

Lucius

Nr. 12690

Der englische Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, January 15, 1913

I sent a telegram to Sir Edward Grey the other day giving him the substance of what Your Excellency told me the other evening.

---

* Siehe den Erlaß Nr. 50 vom 9. Januar, dem ein Entwurf der Deutschen Bank über die Fassung der in den künftigen Friedensvertrag aufzunehmenden Artikel bezüglich Wahrnehmung der Interessen der türkischen Staatsgläubiger beigefügt war, in Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, Nr. 15168.

** Gehilfe des russischen Außenministers.

I have now heard from him in reply, and as I don't wish to take up your valuable time I won't bother you with a visit, but will just put down on paper what he tells me.

He agrees that there are many difficulties of a practical nature in the way of a naval demonstration and that he has consistently pointed this out. But he thinks that it would be desirable to have ships posted in Besika Bay as, if hostilities are renewed, events may take place at Constantinople which may render protection for the Embassies absolutely necessary. The ships could, in that case, go up to Constantinople from Besika as on the former occasion.

The modifications in the draft Note desired by the Imperial Government were readily accepted at the meeting of the Ambassadors*.

Sir Edward Grey adds that amongst the Ambassadors there was a feeling that the moderating advice, which you suggested should be given at Sofia also, should not be linked with the collective démarche at Constantinople. He has, however, instructed the British Minister at Sofia** to tell the Bulgarian Government that Monsieur Daneff's very discouraging attitude in his negotiations with the Roumanian Delegates in London cannot but impair the effect of any advice given at Bucharest.

In conclusion Sir Edward Grey states that, while letting the Turks know that the Powers will not intervene to save Adrianople for Turkey, he has also informed Monsieur Daneff that he must not expect that the Powers will have recourse to a naval demonstration to make the Turks give way.

This, Sir Edward Grey points out, amounts to a strong hint to the effect that, if the combattants cannot settle matters peacefully, they will be left to fight it out amongst themselves.

W. E. Goschen

Nr. 12691

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 67 Berlin, den 16. Januar 1913

Zu Euer pp. persönlichen und ganz vertraulichen Information.

Graf Szápáryi berührte bei den gestrigen Besprechungen*** zunächst die rumänische Frage, die er als die zurzeit bedrohlichste bezeichnete. Er fragte, wie wir mit der Antwort zufrieden seien, die Graf Berchtold

---

* Vgl. Nr. 12659, 12677.
** Sir K. G. O. Bax-Ironside.
*** Vgl. Nr. 12679, 12680.

auf die jüngste Sondierung des Königs Karol erteilt habe (Bericht Nr. 22 vom 11. d. Mts.*). Dem Grafen wurde erwidert, daß wir uns mit der Antwort seines Ministers nur einverstanden erklären könnten; insbesondere hielten wir es für nützlich, daß der König dabei auf den defensiven Charakter der österreichischen Verpflichtungen hingewiesen worden sei. Es käme vor allem darauf an, Rumänien von Schritten abzuhalten, die von unseren Gegnern als Provokation ausgelegt werden könnten. Rumänien sei in dieser Beziehung in einer ähnlichen Lage wie Österreich-Ungarn bei dem Konflikt mit Serbien. Je sorgsamer sich die Regierung in Bukarest einer ruhigen Haltung befleißige, und je peinlicher sie alles vermeide, was als Herausforderung gedeutet werden könnte, desto größer seien die Chancen einer befriedigenden, den rumänischen Wünschen Rechnung tragenden Lösung. Provokationen von rumänischer Seite würden es Sir Edward Grey unmöglich machen, seine neutrale und vermittelnde Politik fortzusetzen, würden der rumänischen Sache die Sympathien Englands und der öffentlichen Meinung in Europa entfremden und Rumänien mit seinen Verbündeten isolieren. Dies durch entsprechende Einwirkung in Bukarest zu verhüten und gleichzeitig das Kabinett in Sofia von der Nützlichkeit einer Verständigung mit dem rumänischen Nachbarn zu überzeugen, müsse unser Bestreben sein.

Graf Szápáryi stellte darauf die Frage, was wir im Falle eines rumänisch-bulgarischen Konflikts, der Österreich zum Eingreifen zwinge, von Italien erwarteten. Es wurde ihm geantwortet, daß Italien hier vorliegenden vertraulichen Nachrichten zufolge wegen des Ausfalls der nach Tripolis verlegten Truppen zurzeit nicht in der Lage zu sein glaube, die linke Flanke unserer Armee in einem Kriege mit Frankreich durch mehrere über Tirol nach Norden vorzuschiebende Armeekorps zu unterstützen, wie dies bisher verabredet war**. Ein Symptom dafür, daß Italien sich seinen Bündnispflichten entziehen wolle, erblickten wir hierin nicht; immerhin glaubten wir, daß das Kabinett in Rom bei kriegerischen Verwickelungen aus Anlaß der rumänischen Ansprüche die Frage der Verpflichtung zur Waffenhilfe sehr genau prüfen würde.

Sodann kam die Frage einer Flottendemonstration gegen die Türkei zur Sprache. Graf Szápáryis Mitteilungen machten den Eindruck, daß Österreich-Ungarn in dem Wunsche, Bulgarien zu sich hinüberzuziehen, nicht ganz abgeneigt ist, den dringenden Einladungen der Tripelentente zur Beteiligung Gehör zu schenken. Wir haben ihm erklärt, daß wir an einer derartigen Kundgebung unter keinen Umständen teilzunehmen gedächten, da sie von unserer öffentlichen Meinung als krasser Neutralitätsbruch empfunden und schlechterdings nicht verstanden werden würde. Graf Szápáryi ließ darauf die Befürchtung durchblicken, daß sich die Tripelentente nunmehr zu einer einseitigen Demonstration entschließen

* Siehe Nr. 12674.
** Vgl. Nr. 12593.

könnte. Wir haben ihm gesagt, daß wir diese Sorge für unbegründet hielten. Zwar sei es möglich, daß Rußland eine gewisse Neigung verspüre, die Pforte durch Anwendung von Pressionsmitteln zu bluffen; wir könnten uns aber nicht denken, daß England dafür zu haben sein werde, sich durch Beteiligung an einem solchen Bluff in den Augen seiner muhamedanischen Untertanen zu kompromittieren*.

Weiter regte Graf Szápáryi an, ob sich nicht der Dreibund in irgendeiner Form für die unversehrte Erhaltung des asiatischen Besitzstandes der Türkei einsetzen sollte. Es wurde ihm erwidert, daß wir an der Erhaltung der asiatischen Türkei wegen der bedeutenden dort engagierten deutschen Werte das größte Interesse hätten und bei jeder sich bietenden Gelegenheit unsern Einfluß entsprechend geltend machten. Wir würden es nur mit Dank begrüßen können, wenn Österreich-Ungarn im gleichen Sinne wirkte. Als Graf Szápáryi fragte, ob es sich nicht empfehle, sich in dieser Beziehung auch Italiens zu vergewissern, wurde ihm geantwortet, wir hätten den Eindruck, daß sich Italien in der asiatischen Frage sowieso in voller Übereinstimmung mit uns befände. Die Haltung der italienischen Regierung in der Frage der ägäischen Inseln schien uns dies zu bestätigen. Im übrigen glaubten wir nicht an eine unmittelbare Bedrohung Kleinasiens. Nach unsern Nachrichten sei England der Aufrollung der asiatischen Frage schon deshalb abgeneigt, um Rußland nicht einen weiteren Vorstoß in der Richtung auf den Persischen Golf zu ermöglichen. Die Erfahrungen, die England mit dem russischen Partner in Persien gemacht habe, seien nicht derart, daß ihm eine zweite Auflage der Geschäftsgemeinschaft in Kleinasien verlockend erscheinen könnte. Graf Szápáryi deutete an, daß Österreich-Ungarn sich im Falle einer Aufteilung Kleinasiens veranlaßt sehen könnte, sich in Europa schadlos zu halten. Dieser Sondierung wurde mit einem Hinweise darauf ausgewichen, daß die Frage ja vorläufig nicht akut sei.

Endlich stellte Graf Szápáryi in Anknüpfung an einen Artikel der „Times" zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, den Balkanstaaten nahezulegen, daß sie den gesamten Komplex der Fragen ihrer künftigen Abgrenzung gegeneinander dem Forum der Großmächte unterbreiten sollten. Er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß durch ein derartiges Verfahren die Keime zu einer förmlichen Konferenz gelegt werden würden, die wir schon deswegen vermieden zu sehen wünschten, weil sie eine Quelle bedenklicher Zwistigkeiten zwischen den Großmächten bilden würde. Um nicht die Chancen einer Konferenz zu vergrößern, seien wir dafür, auch die Frage der ägäischen Inseln von dem Programm der Londoner Botschafterversammlung vorläufig wieder abzusetzen und ihre Lösung bis auf weiteres den Kriegführenden selbst zu überlassen**.

Zimmermann

---

* Die deutsche Auffassung war durchaus zutreffend; vgl. Nr. 12677, Fußnote ***.
** Nach seiner Rückkehr nach Wien suchte Graf Szápáryi sofort den General von Conrad auf, mit dem ja Graf Berchtold die Mission des Sektionschefs vereinbart hatte

Nr. 12692

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 Konstantinopel, den 16. Januar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 18*.

Noradunghian sagte mir, er werde in seiner Antwort an die nach seiner Information in der Kollektivnote vorkommende Betonung der türkenfreundlichen Dispositionen der Mächte anknüpfen und andeuten, daß der türkische Standpunkt sich vielleicht ändern könne, wenn seitens der Mächte ein praktisches Entgegenkommen bewiesen werde. Er denke dabei, wie er auch Markgrafen Pallavicini gesagt habe, an den Verzicht auf die wirtschaftlichen Kapitulationen. Von meinem österreichisch-ungarischen Kollegen erfahre ich, daß Graf Berchtold die Frage der Kapitulationen bei den Mächten angeregt hat. Seitens Italiens sei zustimmend, von England nicht ganz ablehnend geantwortet worden. Hier fange Herr Bompard an, sich mit dem Gedanken zu befreunden, ebenso der englische Botschafter, der nur gemeint habe, die Türkei müsse zunächst die Kuweitfrage mit England regeln. Gänzlich feindlich stehe der Anregung nur Herr von Giers gegenüber, der auch die englisch-französische Ablehnung als sicher ansehe.

Wangenheim

Nr. 12693

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 52 Berlin, den 17. Januar 1913

Antwort auf Telegramme Nr. 18* und 27**.

Was Noradunghian unter dem Verzicht auf die wirtschaftlichen Kapitulationen versteht, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Sollte er

(vgl. Nr. 12679, S. 194, Fußnote *), und setzte ihn über das Ergebnis seiner Reise in Kenntnis. Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 81: „Von Berlin zurückgekehrt, besuchte mich Graf Szápáryi am 17. Jänner und teilte mir mit, daß er den Eindruck gewonnen habe, weder Kaiser Wilhelm noch Herr von Bethmann seien einem Kriege geneigt. Er habe vielmehr die Tendenz gefunden, den Krieg zu vermeiden. Mit General von Moltke hätte er wohl nicht gesprochen. Ich erwiderte, daß dies zwar die Ansicht der Genannten sein möge, damit aber nicht gesagt sei, wie man in Deutschland ansonst darüber denke. Auch wir hätten im übrigen nur die Idee, Bulgarien mit Rumänien freundschaftlich auszugleichen und lediglich den Konflikt mit Serbien gewaltsam auszutragen. Greift Rußland dagegen ein, dann wird Deutschland zum Entschluß gelangen müssen."

* Siehe Nr. 12671.

** Siehe Nr. 12692.

damit die seit geraumer Zeit angestrebte Zustimmung zur Erhöhung der ursprünglich auf den Kapitulationen beruhenden türkischen Zollsätze meinen, so würde er unter den bekannten Voraussetzungen auf Deutschlands Einwilligung rechnen können. Für eine grundsätzliche Einschränkung oder gar Abschaffung der Kapitulationen werden wir dagegen angesichts der Mißstände in der türkischen Verwaltung vorläufig kaum zu haben sein.

Zimmermann

Nr. 12694

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Petersburg, den 16. Januar 1913
[pr. 17. Januar]

Höre, daß rumänisch-bulgarische Spannung nachläßt und Kompromiß beiderseitig ernstlich gesucht wird; Sasonow ist fortgesetzt eifrig bemüht zu vermitteln. Bulgarischer Gesandter* hofft, daß Verständigung auch ohne Aufgabe von Silistria möglich sein wird.

Es scheint übrigens stark daran gearbeitet zu werden, Rumänien zum Eintritt in Balkanbund zu verlocken, und sollen hierfür weitgehende handelspolitische und vermutlich auch territoriale Vorteile geboten werden.

Lucius

Nr. 12695

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Konzept

Nr. 36 Berlin, den 17. Januar 1913

Der Kaiserliche Geschäftsträger in St. Petersburg hat den Eindruck, daß zurzeit stark daran gearbeitet wird, Rumänien durch handelspolitische und vermutlich auch territoriale Anerbietungen zum Eintritt in den Balkanbund zu verlocken**. Dieser Eindruck findet eine gewisse Bestätigung in der Sprache der Pariser Presse, die sich neuerdings lebhaft be-

* Bobtschew.
** Vgl. Nr. 12694.

müht, Rumänien die Vorteile einer Verschmelzung mit den Balkanstaaten vor Augen zu führen.

Daß derartige Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden, erscheint uns vorläufig schon deshalb zweifelhaft, weil König Karol angesichts der Bedeutung seines Landes im Falle des Anschlusses an den Balkanbund dessen Führung beanspruchen müßte, Bulgarien aber im Hinblick auf seine Waffenerfolge kaum geneigt sein dürfte, diesem Anspruch zu willfahren. Immerhin bitte ich Ew. pp., der Frage Ihre Aufmerksamkeit zu schenken und über Ihre Wahrnehmungen fortlaufend zu berichten.

Zimmermann

Nr. 12696

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 25 London, den 15. Januar 1913
Streng vertraulich [pr. 17. Januar]

Graf Mensdorff bat mich gestern, zu ihm zu kommen, um mit ihm die albanische Frage zu besprechen und Kenntnis von dem ihm zur Verfügung stehenden Material zu nehmen. Er und der zu seiner Unterstützung hierher gerufene Sachverständige in Balkanangelegenheiten, der Kaiserliche und Königliche Gesandte in Cetinje Baron Giesl, erläuterten mir an der Hand einer von letzterem auf Grund persönlicher Erhebungen an Ort und Stelle entworfenen ethnographischen Karte den österreichischen Standpunkt.

Zunächst würde man in der Frage Skutaris unter allen Umständen fest bleiben. Skutari und Umgebung seien albanisch und dürften keinesfalls an Montenegro ausgeliefert werden. Man werde es in Wien lieber zum Kriege kommen lassen, als Skutari an die Montenegriner auszuliefern. Die hiesige Regierung schiene nicht mehr wie früher einen entscheidenden Wert auf die Einverleibung Skutaris in Montenegro zu legen, hingegen sei Graf Benckendorff bisher jeder Erörterung in dieser Angelegenheit ausgewichen und wünsche die albanische Frage noch nicht vor die Botschafterversammlung gebracht zu sehen, während er, Graf Mensdorff, zur Verhandlung bereit sei. Graf Mensdorff bat mich, mit Graf Benckendorff zu sprechen und ihm die Auffassung der Kaiserlichen und Königlichen Regierung zu erläutern. Ich erwiderte, daß ich mir hiervon wenig verspräche, da dem Grafen Benckendorff der österreichisch-ungarische Gesichtspunkt bekannt sei und der russische Botschafter nicht selbständig vorgehen könnte, sondern nur auf Weisungen aus Petersburg.

Graf Mensdorff hob noch besonders hervor, daß es bedenklich sei, durch den Fall Skutari der Strömung, welche in Österreich zu einem Austrag mit den Waffen dränge, einen willkommenen Vorwand zu liefern. Auf meine Entgegnung, was denn Österreich dabei zu gewinnen hätte, erwiderten beide Herren, daß man zwar keine Gebietserwerbungen anstrebe, wohl aber gewisse Grenzberichtigungen, die der Doppelmonarchie strategische Vorteile einräumen würden, außerdem einen Brückenkopf bei Belgrad und andere Sicherheitsmaßregeln. „Wenn wir dann von Rußland angegriffen werden, so ist ja der casus foederis für Deutschland gegeben."

Ich sagte meinem österreichisch-ungarischen Kollegen natürlich meine Unterstützung zu, wenn die Frage bei unseren Beratungen zur Sprache kommt, verhehlte ihm aber andererseits nicht, daß die Aussicht, wegen Skutari Krieg führen zu müssen, wohl wenig Anklang finden würde. Er stimmte dem durchaus zu, blieb aber dabei, daß der Krieg nur dann vermieden werden könne, wenn Skutari an Albanien fällt[1].

Ich bin nicht in der Lage zu beurteilen, ob es sich empfehlen würde, einen Wink nach Wien gelangen zu lassen angesichts der kriegerischen Stimmung, welche dort wohl zweifellos in gewissen Kreisen besteht, „um endlich amal a Ruh' zu haben", wie mir schon wiederholt versichert wurde. Sollte dies jedoch geschehen, so möchte ich dringend bitten, mich und meine Unterhaltung mit meinem hiesigen österreichisch-ungarischen Kollegen dabei nicht zu erwähnen, damit die Frage nicht vom sachlichen aufs persönliche Gebiet hinübergeleitet werde.

Hinsichtlich der weiteren Grenze Albaniens erklärten beide Herren, daß man bereit sei, auf Ipek und Prisren zugunsten Serbiens zu verzichten, auf Diakowa aber nicht. Des weiteren sollte die Grenze dem Höhenzuge östlich des Drin und dem Drin selbst folgen, Dibra und den See Ochrida einschließen, ebenso Koriza, und schließlich dem Laufe des Kalamas folgen, der sich gegenüber von Korfu ins Meer ergießt. Im übrigen, so erklärten beide Herren, würde man in Wien über die südliche Abgrenzung mit sich reden lassen.

Lichnowsky

Inzwischen hat sich Graf Benckendorff bereit erklärt, nächsten Mittwoch über Albanien zu verhandeln.

Lichnowsky

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

Die mangelhafte Information des Grafen Mensdorff ist doch recht bedenklich.

B. H. 17.

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] Die Londoner Vertreter Österreich-Ungarns scheinen über die uns durch Graf Szápáryi mitgeteilten guten Aussichten in der Skutarifrage nicht unterrichtet zu sein.

Nr. 12697

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky *

Eigenhändiges Konzept

Nr. 72 Berlin, den 17. Januar 1913

In der Inselfrage besteht zwischen dem Dreibund und der Tripelentente ein Gegensatz. Um diesen Gegensatz nicht zu vertiefen und in die äußere Erscheinung treten zu lassen, wird es sich empfehlen, die Inselfrage tunlichst von den Besprechungen der Botschafter in London auszuschalten. Eine Möglichkeit zu entsprechender Anregung dürfte sich bieten, sobald die Pforte, wie wohl zu erwarten steht, ein Eingehen auf die Ratschläge der Mächte ablehnt und diese daher wieder freie Hand erhalten. Für diesen Fall würden wir es für angezeigt halten, unsern Botschafter in London etwa zur Vertretung folgenden Standpunkts anzuweisen.

Die Mächte des Dreibundes sind nach wie vor der Ansicht, daß die dem asiatischen Festlande vorgelagerten Inseln der Türkei verbleiben sollten unter Vorbehalt von Garantien für die dort wohnende griechische Bevölkerung. Da die Mächte der Tripelentente diesen Standpunkt nicht teilen, so empfiehlt der Dreibund zur Verhütung eines offenen désaccord zwischen den Großmächten, daß die Inselfrage aus den weiteren Beratungen in London ausgeschaltet wird und es den Kriegführenden überlassen bleibt, sich über diese Frage ebenso wie über die Frage der Abgrenzung der festländischen Gebiete direkt zu verständigen. Die Großmächte bedingen sich lediglich aus, daß diejenigen Kleinasien vorgelagerten Inseln, die die Türkei etwa an Griechenland beim Friedensschluß abtritt, neutralisiert und denjenigen Bestimmungen unterworfen werden, die Rußland für die vier Dardanelleninseln vorgeschlagen hat. Euer Exzellenz bitte ich, sich der dortigen Regierung gegenüber in entsprechendem Sinne zu äußern und deren Antwort alsbald mitzuteilen.

Zimmermann

Nr. 12698

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 London, den 17. Januar 1913

Vor der heutigen Sitzung verständigte ich Sir E. Grey vertraulich von dem Standpunkt der Kaiserlichen Regierung gemäß Telegramm

* Ein gleicher Erlaß ging unter Nr. 73 nach Rom.

Nr. 32*. Der Minister beipflichtete unseren Auffassungen in allen Punkten und bemerkte hinsichtlich der Besikabucht, er werde es dem Ermessen des Sir Gerard Lowther anheimstellen, ob und wann es nötig sei, zum Schutz britischer Interessen Schiffe dorthin zu schicken. Sodann bedauerte er lebhaft, daß die Überreichung der identischen Note dadurch verzögert worden sei, daß der deutsche Botschafter ohne Weisungen war**. Ich konnte ihm die inzwischen erfolgte Ermächtigung mitteilen.

Bei der Sitzung teilte Cambon uns den Inhalt einer Depesche des französischen Botschafters in Konstantinopel mit, wonach türkischerseits erwogen werde, den Mächten nahezulegen, im Falle einer günstigen Aufnahme der europäischen Ratschläge der Türkei gewisse Zusicherungen zu machen hinsichtlich der Befreiung von Kriegsentschädigung, der Aufhebung der Steuerfreiheit der Ausländer, Tariferhöhungen, Anleihen usw. Sir E. Grey sprach sich im allgemeinen im Prinzip für derartige Zusicherungen aus, ohne freilich in der Lage zu sein, bindende Versprechungen ins Auge fassen zu können. Im selben Sinne redete auch die Mehrheit der Anwesenden, doch wurden Bedenken laut gegen die praktische Durchführung und die Übernahme bindender Verpflichtungen vor Abschluß der Feindseligkeiten.

Für den Fall, daß die türkische Antwort bis dahin eingegangen sein sollte, die man ausweichend und zweideutig vermutet, soll Montag die nächste Sitzung stattfinden, sonst Mittwoch, mit der Tagesordnung „Albanien".

Cambon sagte mir noch, er habe bisher hinsichtlich der Finanzfrage von Poincaré nichts erhalten, er zweifle jedoch nicht an der Annahme der von uns gewünschten Grundsätze, wenn auch vielleicht in etwas abgeänderter Form***.

Lichnowsky

Nr. 12699

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 5 Belgrad, den 15. Januar 1913
[pr. 18. Januar]

Auf den Siegesrausch Serbiens ist schon ziemliche Ernüchterung gefolgt. Die erhöhte Stimmung, mit der man hier anfänglich das Vordringen der serbischen Truppen von Stadt zu Stadt in Altserbien und Mazedonien und dann ihr kühnes Abschwenken nach der Adriaküste trotz aller Abmahnungen der Nachbarmonarchie begleitete, ist nunmehr einer gewissen Verdrossenheit, ja Bangigkeit gewichen, da man sich die Frage

* Siehe Nr. 12682.
** Vgl. Nr. 12688, S. 203, Fußnote *.
*** Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII.

vorzulegen beginnt, ob das ganze Spiel auch des Einsatzes wert war. Einerseits die zielbewußte Entschlossenheit, mit der Österreich-Ungarn die Wahrung seiner Interessen verfolgt, andererseits die in der Hafen- und albanischen Frage bewiesene Nachgiebigkeit Rußlands, auf das man hier die ausschweifendsten Hoffnungen gesetzt hatte, und nicht zuletzt die immer stärker zutage tretende Begehrlichkeit Bulgariens nach möglichst großem, ihm — angeblich vertragsmäßig von den Serben garantierten Anteil an der Beute — alles dies konnte nicht verfehlen, auf das sanguinische Temperament der Serben tiefen Eindruck zu machen und ihnen allmählich über die wahre Sachlage die Augen zu öffnen. Man sieht einen Umschwung in der öffentlichen Meinung sich vorbereiten. Am deutlichsten tritt dies in der Hafenfrage zutage. Was ist nicht alles hier vor Monaten geschrieben und gesprochen worden, um zu beweisen, daß ein serbischer Hafen an der Adria mit eigenem territorialen Besitz eine „Lebensfrage" für Serbien sei, das ohne einen solchen „nicht atmen könne und elend ersticken müsse". Jedes andere Motiv als das rein wirtschaftliche wurde mit Entrüstung geleugnet. Wiesen wohlmeinende Freunde des Landes auf das Ägäische Meer und die wundervolle Lage von Salonik hin, zu dem eine Eisenbahn nicht erst gebaut zu werden brauche, so wurden solche Ratschläge einfach mit dem Bemerken abgefertigt, daß der Weg nach Salonik 100 Kilometer länger sei als derjenige nach der Adria, und daß Transporte von Salonik nach Genua ungleich mehr Tage in Anspruch nähmen als von einem Adriahafen aus. Die Oberflächlichkeit dieser Kalkulation liegt klar zutage. Denn die Kosten eines zudem eine Reihe von Jahren erfordernden Bahnbaues durch das albanische Hochgebirge sind derartige, daß die Fracht trotz der geringen Streckenlänge unmöglich sich niedriger stellen kann als nach Salonik. Dazu kommt, daß die Bahn nach der Ägäis Durchgangsfrachten aus Österreich und weiterhin erhält und Zwischenfrachten aus dem zukunftsreichen Wardartal, das sie durchmißt. Eine serbisch-albanische Bahn kann aber auf Zwischenfrachten gar nicht und auf Durchgangsgüter nur in sehr beschränktem Umfange rechnen. Auch was die Entfernung Salonik-Genua betrifft, so ist der Unterschied im Vergleich mit einem albanischen Hafen nicht so bedeutend, weil ja auch Durazzo seine Schiffe um die ganze Fußspitze des italienischen Stiefels herumschicken muß, und wird jedenfalls mehr als aufgewogen durch die billigeren Zwischenfrachten Saloniks bei der ganzen aus dem Schwarzen Meer und aus Konstantinopel kommenden Schiffahrt nach Genua. Aber alle diese und ähnliche Argumente fanden taube Ohren. Man versteifte sich darauf, daß Serbien den eigenen Hafen unter allen Umständen haben müsse.

Als jedoch die Botschafterkonferenz und nach ihr die Großmächte ihr Veto dagegen einlegten, änderte sich die Auffassung hier dagegen sozusagen über Nacht. Man ärgerte sich wohl noch über Rußland, das wieder einmal seinen Schützling habe sitzen lassen, aber von den „Lebensinteressen Serbiens", die den eigenen Adriahafen erheischten, war weiter

keine Rede mehr. Diese ganze monatelange Diskussion war wie mit einem Zauberschlage abgeschnitten. „Wenn Lebensinteressen im Spiele sind, so gibt man sie doch nicht so leicht preis" bemerkte ein Blatt hier zutreffend. Schon daraus kann man ersehen, wie sehr diese ganze Adriahafenfrage nur eine künstliche, von außen her dem serbischen Volke suggerierte war, und daß hier, wie ich schon früher auseinanderzusetzen die Ehre hatte, ganz andere Motive als wirtschaftliche maßgebend waren. Aber der Rückschlag geht noch weiter. Jüngst wurde in der hiesigen Presse schon die Frage aufgeworfen, ob es denn überhaupt noch lohnend sei, die Adriabahn mit ungeheuren Kosten und Schwierigkeiten zu bauen, wenn man keinen eigenen Hafen bekomme? Und die oppositionelle „Srpska Sastawa" geht vollends mit der Farbe heraus, indem sie Paschitsch und sein Kabinett für Dummköpfe und Schurken erklärt, die Serbien auf eine Sandbank setzen wollten an einer Küste, die niemals Wichtigkeit für den Handel gehabt habe, noch haben werde, und die dem Lande zumuteten, ungezählte Millionen für den Bau einer unrentablen Bahn und die Ausbaggerung eines versandeten Hafens herauszuwerfen, während die Bulgaren, trotzdem sie schon Kawala besitzen, dennoch auf Salonik nicht verzichten wollen und damit ein richtiges Verständnis ihrer Handelsinteressen bekunden. Dieser Hinweis auf Salonik im Gegensatz zur „albanischen Sandbank" deutet bereits an, wohin jetzt der Wind bläst. Und dasselbe Blatt spricht es auch in einem Artikel vom 11. d. Mts., betitelt „Unsere Hafenfrage", mit klaren Worten aus, daß die serbische Regierung einen großen Fehler begangen habe, als sie ihre Truppen vor den Toren Saloniks Halt machen ließ. „Wir hätten in Salonik vor den Griechen und Bulgaren sein können. Dann ständen wir heute anders da. Aber die Pharisäer am Staatsruder haben nur schöne Worte über die Lebensbedürfnisse Serbiens, während sie ruhig zusehen, wie sich Griechen und Bulgaren um Salonik streiten, als ob das Serbien gar nichts anginge. Wenn wir schon nicht so gescheit waren, beizeiten in Salonik einzurücken, so dürfen wir wenigstens Monastir um keinen Preis aufgeben. Denn da es doch letzten Endes wahrscheinlich zu einer Neutralisierung von Salonik und Umgegend kommen wird, so müssen wir es durchaus so einrichten, daß wir an diesen neutralen Bezirk unmittelbar angrenzen, um uns so den Weg stets offen zu halten nach einem Hafen, der von unermeßlichem Handelswert ist, und auf den uns schon der Lauf des Wardarflusses unbedingt hinweist."

Was Serbien als Agrarstaat nach Friedensabschluß in erster Linie anzustreben hat, ist die Erlangung möglichst günstiger Bedingungen für seine alten Exportwege. Dies ist aber nur durch eine Verständigung mit Österreich-Ungarn möglich. Das von diesem Serbien gewährte Kontingent für Schlachtvieh ist meistens um die Jahresmitte erschöpft, und Serbien hat alles Interesse daran, es beträchtlich zu erhöhen. Die Ausfuhr von lebendem Vieh zur See hat sich nur sehr wenig rentabel gezeigt, denn erwiesenermaßen verliert zur See befördertes Vieh bedeutend an Gewicht und Wert.

Bezüglich der serbischen Einfuhr genügen die zur Verfügung stehenden Wege vollständig — und nur in Zeiten politischer Spannung ist es Serbien schwer gewesen, die Zustimmung seiner Angrenzer zur Durchführung von Kriegsmaterial, oder was als solches erklärt wurde, zu erhalten. Ob gerade das sich ändern wird, wenn der Einfuhrhafen Salonik in gegenwärtig verbündete Hände kommt, ist eine schwierige Frage; noch schwieriger wird aber die Lösung der Frage sein, ob der angestrebte Adriahafen Serbien Erleichterung in dieser Richtung bringt und der großen Opfer wert ist, welche zu diesem Zwecke Jahre lang ohne Aussicht auf praktischen Gewinn gebracht werden müßten. Jedenfalls könnten die für diesen Zweck erforderlichen Mittel in ungleich segensreicherer Weise für die wirtschaftliche Entwickelung des Landes verwendet werden.

v. Griesinger

Nr. 12700

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Konstantinopel, den 17. Januar 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 24*. Kollektivnote soeben übergeben**.

Wangenheim

---

* Vgl. Nr. 12677, Fußnote *.

** Siehe den Text der Kollektivnote unter anderem im französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 45s.; im Jahrbuch des Völkerrechts, hrsg. von Th. Niemeyer und K. Strupp, II, 1, S. 32; die deutsche Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 627f.

Kapitel CCLXVIII

Der Umsturz in Konstantinopel und die Antwort auf die Kollektivdemarche der Mächte

Der Abbruch der Friedenskonferenz

Drohende Aufrollung der Kleinasiatischen Frage

Kompromißversuche in der Skutari- und Albanischen Frage

Januar bis Februar 1913

Nr. 12701

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow, z. Z. in Rom, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Rom, den 18. Januar 1913

Graf Berchtold hat bei Herzog von Avarna angeregt, Frage der asiatischen Türkei auch zum Gegenstand von Besprechung der Botschafterkonferenz zu machen**, zumal Rußland schon armenische Frage angerührt habe***. Unter Vorbehalt näherer Prüfung ist Marquis di San Giuliano zunächst gegen Anregung Graf Berchtolds, weil Botschafterkonferenz bereits genügend andere Fragen zu behandeln habe und Dreibundmächte alles Interesse daran hätten, asiatische Türkei möglichst länger zu erhalten und an dortige Dinge nicht zu rühren. Für den Fall jedoch, daß Anschneidung dieser Frage durch andere Mächte sich nicht vermeiden ließe, müßten Dreibundmächte sich vorher über ihre diesbezüglichen Wünsche klar werden, damit Dreibund möglichst solidarisch auftreten könne.

Marquis di San Giuliano hat dem Herzog von Avarna ferner telegraphiert, daß es für eindrucksvolle Geschlossenheit auch wünschenswert sei, daß Österreich und Italien über albanische Fragen sich schnell einigten und zwar derart, daß Albanien künftig möglichst unter internationale Kontrolle gestellt wird, damit nicht Zankapfel zwischen beiden Verbündeten daraus entsteht†.

Jagow

---

* Am 14. Januar war die Ernennung Botschafter von Jagows zum Staatssekretär bekanntgegeben worden; die Abreise aus Rom erfolgte am 22.

** Die gleiche Anregung hatte Graf Berchtold auch in Berlin durch den Grafen Szápáryi (vgl. Kap. CCLXVII) vorbringen lassen; doch stellten sich die deutschen Staatsmänner auf den Standpunkt, daß die Frage vorerst nicht akut sei und deshalb besser nicht angeregt werde, auch nicht in Rom.

*** Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCLXXXIX, Nr. 15282.

† Zu dem obigen Telegramm Jagows bemerkte Reichskanzler von Bethmann Hollweg in einer Aktennotiz: „Das anliegende Telegramm Jagows beunruhigt mich wegen der neuesten Haltung des Grafen Berchtold in der Frage Kleinasiens. Müssen wir nicht in Wien warnen? Ich fürchte, sonst redet Mensdorff in London über die Sache und veranlaßt dadurch Rußland, die Frage seinerseits anzuschneiden. Daneben müßte allerdings der Dreibund klar darüber sein, wie er sich verhalten will, wenn die Frage angeschnitten wird."

Nr. 12702

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 25 Berlin, den 18. Januar 1913

Graf Berchtold scheint asiatische Frage auf Botschafterreunion anschneiden zu wollen. Wie wir Graf Szápáryi gesagt haben, teilen wir vollkommen Wunsch nach Sicherstellung asiatischer Türkei. Nachdem Sir Edward Grey entsprechenden Ausführungen unseres Botschafters (Telegramm Nr. 24)* restlos beigepflichtet hat, dürfte es sich jedoch erübrigen, Botschafterversammlung noch ausdrücklich mit dieser Frage zu belasten.

Italien ist hier für geschlossenes Vorgehen Dreibunds in albanischer Frage eingetreten. Ferner hat uns Sir Edward Grey durch hiesigen Botschafter um Einwirkung in Wien gebeten, damit nicht in Skutarifrage Gegensatz zwischen Österreich und Rußland offen zutage tritt. Wir halten für dringend geboten, daß sich Wien und Rom schnell einigen, und haben Eindruck, daß Lösung, wonach Stadt Skutari albanisch wird, während Montenegro erweiterten See- und Landbesitz erhält, in Rom und Petersburg akzeptiert werden würde. Nach Äußerungen Szápáryis scheint auch dortiges Kabinett dieser Lösung nicht abgeneigt.

Bitte im vorstehenden Sinne unverzüglich auf Graf Berchtold einwirken. Schrifterlaß folgt**.

Zimmermann

Nr. 12703

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 79 Berlin, den 19. Januar 1913

pp.*** Ew. pp. ist bekannt, daß wir den Wunsch des Grafen Berchtold nach unversehrter Erhaltung des asiatischen Besitzstandes der Türkei voll-

* Durch Telegramm Nr. 24 vom 18. Januar war das Londoner Telegramm Nr. 32 (siehe Kap. CCLXVII, Nr. 12698), nach dem Sir E. Grey den in der Instruktion für Lichnowsky vom 15. Januar (siehe Nr. 16682) dargelegten Auffassungen in allen Punkten beipflichtete, nach Wien mitgeteilt worden.

** Siehe das folgende Schriftstück.

*** Der erste Teil des Erlasses, der das Telegramm Botschafter von Jagows Nr. 22 (siehe Nr. 12701) wiedergibt, ist hier ausgelassen worden.

kommen teilen und uns in diesem Sinne kürzlich auch dem Grafen Szápáryi gegenüber ausgesprochen haben. Wir haben dem Grafen zugleich die Gründe auseinandergesetzt, warum wir an eine unmittelbare Bedrohung der asiatischen Türkei zurzeit nicht glauben. In dieser Auffassung sind wir inzwischen dadurch bestärkt worden, daß Sir Edward Grey, wie Ew. Exzellenz bereits mitgeteilt worden ist*, den eingehenden Darlegungen des Fürsten Lichnowsky über unsere Stellung zur asiatischen Frage in allen Punkten beigepflichtet hat. Wir werden bei jeder geeigneten Gelegenheit, tunlichst im Verein mit den Kabinetten in Wien und Rom, weiter für diesen Standpunkt eintreten, möchten aber aus den vom Marquis di San Giuliano hervorgehobenen Gründen davon abraten, die schon arg belastete Botschafterreunion auch noch mit dieser Frage zu befassen. Je weniger davon geredet wird, desto größer ist die Aussicht, den bestehenden Zustand aufrechtzuerhalten. Stellen wir die asiatische Frage erst zur Diskussion und geben wir damit scheinbar zu, daß es sich um ein akutes Problem handelt, so ermuntern wir Rußland und Frankreich, mit verborgenen Wünschen hervorzutreten, regen die Ententemächte zu einer entsprechenden vertraulichen Verständigung untereinander förmlich an und laufen daher Gefahr, das Gegenteil des beabsichtigten Effekts zu erreichen.

Halten wir hiernach die Erörterung der asiatischen Frage auf der Botschafterreunion für bedenklich und eine unmittelbare Bedrohung der Türkei in Asien für nicht vorliegend, so werden wir andererseits für Erhaltung ihres dortigen Besitzstandes gegebenenfalls nachdrücklich eintreten. Wir sind daher auch gern bereit, über die zu diesem Zwecke vom Dreibunde zu beobachtende Politik uns mit Wien und Rom jetzt schon zu verständigen.

Was die albanische Frage anlangt, so erscheint auch uns ein geschlossenes Vorgehen des Dreibunds unter allen Umständen geboten. Wir hatten angenommen, daß eine Einigung zwischen Wien und Rom in der Hauptsache bereits erzielt sei, und können nur dringend empfehlen, daß dies, soweit es noch nicht der Fall ist, schleunigst nachgeholt wird. Graf Berchtold wird sich selbst sagen, daß wir nur dann Aussicht haben, der Tripelentente gegenüber unseren Standpunkt wirksam zu vertreten, wenn jeder Anschein von Unstimmigkeiten im Schoße des Dreibunds vermieden wird. Insbesondere dürfte dies für die Skutarifrage gelten. Der englische Botschafter hat mir gestern bei Überreichung der in Abschrift anliegenden Notiz** die Gefahren geschildert, die nach Ansicht seines Ministers in dieser Frage enthalten sind, und hat mich im Auftrage Sir Edward Greys um Einwirkung in Wien gebeten, damit nicht der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in der Botschafterversammlung mit unheilbarer Schärfe zutage tritt. Nach den hier vorliegenden Nach-

---

* Siehe Nr. 12 702.

** Siehe das folgende Schriftstück.

richten darf gehofft werden, daß Rußland sich allenfalls zufrieden geben wird, wenn Montenegro einen Teil der Skutariebene und den Seebesitz erhält, während die Stadt selbst zu Albanien geschlagen wird. Ein derartiger Kompromiß, für den der Marquis di San Giuliano nach Meldungen aus Rom wahrscheinlich zu haben wäre, und der nach Äußerungen des Grafen Szápáryi auch von Graf Berchtold nicht von der Hand gewiesen wird, trägt den österreichischen Wünschen in allen wesentlichen Punkten Rechnung und dürfte einen geeigneten Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten darstellen. Ich möchte übrigens annehmen, daß Wien sich über diese Frage bereits mit St. Petersburg ins Benehmen gesetzt hat und eine direkte Verständigung anstrebt, was von unserem Standpunkte jedenfalls nur warm zu befürworten wäre.

Ew. pp. bitte ich, Ihren Einfluß auf Graf Berchtold im vorstehenden Sinne geltend zu machen und über den Erfolg Ihrer Schritte telegraphisch zu berichten.

Bethmann Hollweg

Nr. 12704

Aide-mémoire

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir W. E. Goschen dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 18. Januar 1913 übergeben

Berlin, January 18, 1913

Telegram from Sir Edward Grey to Sir Edward Goschen.

The meeting of Ambassadors here will begin discussion of Scutari and Albanian frontier on Wednesday. I shall endeavour to arrange that the statement of divergence of views is made on each side in such a way that it does not appear to be irreconcilable and so to prevent any risk of a deadlock at the outset. But Russian and Austro-Hungarian views are both so stiff that it will be a difficult and anxious task to secure a compromise.

The German Chancellor is of course aware how serious the difficulty is and I hope that he will use all his influence at Vienna to promote a settlement. I fear Austria-Hungary thinks that concessions of Prisrend and Ipek will settle matter. I am sure that this will not be nearly sufficient if Austria-Hungary gets her way about Scutari. On the other hand if Scutari is given to Montenegro a settlement should be easy, but this is the point of supreme difficulty with Austria-Hungary.

You should speak to the German Chancellor as soon as you can get a convenient opportunity before Wednesday.

Nr. 12705

Aide-mémoire

Der englischen Botschaft in Berlin am 18. Januar 1913 übersandt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, den 19. Januar 1913

Die Kaiserliche Regierung verschließt sich nicht den Schwierigkeiten, die aus dem russischen Gegensatz zu Österreich-Ungarn in der albanischen Frage, insbesondere wegen Skutaris, entstehen könnten, und ist gern bereit, ihren Einfluß in Wien im Sinne einer gütlichen Verständigung geltend zu machen. Sie teilt durchaus die Auffassung Sir Edward Greys, wonach es zunächst vor allem darauf ankommt zu verhindern, daß die Verschiedenheit der Auffassungen in der Botschafterversammlung mit unheilbarer Schärfe zutage tritt, und begrüßt die auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen des englischen Ministers daher mit lebhafter Befriedigung. Die Kaiserliche Regierung glaubt, daß ein zur Versöhnlichkeit mahnendes Wort Sir Edward Greys in St. Petersburg besonders wirksam zur Klärung der Situation beitragen würde, und gibt sich der Hoffnung hin, daß es dem vertrauensvollen Zusammenarbeiten Deutschlands und Englands gelingen wird, auch das vorliegende Problem einer für beide Teile annehmbaren friedlichen Lösung zuzuführen.

Nr. 12706

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Wien, den 19. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 25*.

Annahme, daß Graf Berchtold von sich aus asiatische Frage auf Botschafterreunion vorbringen wolle, muß, wie Minister mir sagt, auf irgendeinem Mißverständnis beruhen. Seine Ansicht bezüglich dieser Frage geht nun dahin, daß, falls sie von anderer Seite dort angeschnitten werden sollte, wir uns daran nicht desinteressieren sollten, das heißt also, daß wir nicht zulassen könnten, daß asiatische Frage einseitig von anderen Mächten in die Hand genommen werden dürfe. Danach decke sich seine Ansicht ganz mit der unsrigen, wie wir sie bezüglich der armenischen Frage ihm mitgeteilt hätten. Er denke nicht daran, sie von sich aus in London vorzubringen.

Mißverständnis liegt vielleicht in Rom. Wenigstens habe ich in vertraulichem Gespräch mit Herzog von Avarna gefunden, daß dieser die Idee des Grafen Berchtold, den gesamten Komplex der schwebenden

* Siehe Nr. 12702.

Fragen der Londoner Reunion zu unterbreiten, fälschlich so aufgefaßt hatte, als ob Graf Berchtold darunter auch die asiatische Frage verstehe. Ich hatte den Herzog von Avarna sofort darauf aufmerksam gemacht, daß diese Annahme irrig sei. Graf Berchtold erklärte mir heute nochmals, daß er bei diesem Gedanken — den er übrigens jetzt nicht weiter zu verfolgen scheint — natürlich nur an die zur Diskussion stehenden, also nur an die verschiedenen Balkanfragen gedacht habe.

Lösung der Skutarifrage in der Weise, daß die Stadt bei Albanien bleibt, während Montenegro anderweit auch mit fruchtbarem Lande entschädigt würde, entspreche durchaus seinem Standpunkt. Graf Berchtold bezog sich auf seine früheren Erklärungen mir gegenüber, in denen er für eine anderweite Entschädigung Montenegros für Skutari eingetreten sei*. Minister ist erstaunt, daß Sir E. Grey über hiesigen Standpunkt in Skutarifrage nicht genau orientiert scheine, nachdem Graf Mensdorff hierüber ganz präzise Instruktion erhalten habe.

Tschirschky

Nr. 12707

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 London, den 19. Januar 1913

Graf Benckendorff suchte mich soeben auf, um mir nachstehendes zu sagen: Die Lage fange an, ihn mit ernstlichen Besorgnissen zu erfüllen. Er habe in St. Petersburg immer zur Nachgiebigkeit geraten und werde deshalb von der russischen Presse als Deutscher und Katholik verschrieen und wie ein Verräter behandelt. Er habe erreicht, daß Rußland in allen bisherigen Fragen, namentlich in der serbischen, Zugeständnisse gemacht habe, der öffentlichen Meinung zum Trotz, und werde auch weiter versuchen, in der Frage Skutari in entgegenkommendem Sinne zu wirken. Aber die Grenze, bis an die die russische Regierung gehen könne, sei erreicht. Hierüber dürften wir uns keinen Zweifeln hingeben. Ganz Rußland sei über die österreichische Haltung im höchsten Grade gereizt und verstimmt. Man fände, daß trotz aller Nachgiebigkeit nicht die geringste Entspannung auf österreichischer Seite einträte, und daß Österreich-Ungarn fortfahre, eine kriegerische und intransigente Haltung einzunehmen. Der Eindruck, daß man in Wien darauf hinarbeite, den gesamten serbischen Volksstamm in Abhängigkeit zu bringen und später aus Albanien eine Art Protektorat zu machen, verstärke sich immer mehr. Der Kaiser, der bisher unbedingt friedliebend geblieben sei, sei nunmehr den Einflüssen, denen auch die St. Petersburger Gesellschaft anheimgefallen,

* Vgl. Kap. CCLXVII, Nr. 12553.

erlegen. Der Kaiser empfinde die österreichische Haltung als eine persönliche Kränkung.

Auf Grund unserer Verwandtschaft wolle er vertrauensvoll mit mir reden, wie dies sonst bei amtlichen Gesprächen nur schwer möglich sei. Er bat mich aber dafür zu sorgen, daß unsere Unterhaltung nicht nach St. Petersburg gelange, da ihm dies peinlich wäre. Er wolle bestrebt sein, dahin zu wirken, daß es wegen Skutari nicht zum Bruch käme, aber er sehe die Möglichkeit einer Verständigung und der Vermeidung eines Krieges nur unter der Bedingung, daß Montenegro nicht auf Kosten Albaniens* entschädigt werde. Zugeständnisse im Hinterland müßten natürlich auf Kosten Serbiens erfolgen, und das sei für Rußland unannehmbar. Er glaube aber, daß die Möglichkeit, Montenegro und die öffentliche Meinung Rußlands durch Abtretungen des Skutarisees und der Skutariebene oder wenigstens Teilen derselben zu befriedigen, gegeben sei.

Ferner sei es unerläßlich, daß nicht nur Ipek und Prisren, sondern auch Diakowa an Serbien fallen. Auf diesem Punkte könne und werde man in Rußland auch nicht nachgeben, da sich sonst die Regierung zu offenkundig in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung befinde. Die Duma trete demnächst zusammen, und die Regierung wäre machtlos gegen die täglich stärker werdenden serbischen Sympathien und die zunehmend antiösterreichische Stimmung. Auch sei die Frage der völligen Unabhängigkeit Serbiens auf der zu errichtenden Bahn, und zwar selbst in Kriegszeiten ein Punkt, von dem man in Rußland nicht abgehen könne.

Graf Benckendorff warnte nachdrücklich davor, die Haltung der russischen Regierung als Bluff zu bezeichnen**. Die Lage sei überaus ernst,

---

* Offenbar irrtümlich statt „Serbiens".

** Die Auffassung, daß bei den Eröffnungen des Grafen Benckendorff nur ein Bluff vorliege, wird vertreten in einem Berichte des österreichischen Militärattachés in London Major Horváth vom 23. Januar: „Im Gegensatz zu diesen Nachrichten" — es handelt sich um Informationen aus Rom, nach denen Rußland geneigt wäre, den österreichischen Standpunkt in bezug auf Skutari zu akzeptieren — „steht die Unterredung, die der deutsche Botschafter am Montag mit Graf Benckendorff hatte. Letzterer beurteilte die Lage sehr pessimistisch, sagte, daß sich in Rußland der Unwille über die Politik Sasonows immer weiterer und höherer Kreise bemächtigt, und daß selbst der Zar ungehalten sei, daß man seine friedfertige Disposition und die Nachgiebigkeit Rußlands in der serbischen Hafenfrage in Wien so wenig gewürdigt und die ganze Angelegenheit so ‚von oben herab' behandelt hat. Eine weitere Nachgiebigkeit (er meinte auch in der Skutarifrage) würde allgemeine Empörung hervorrufen; zeigt sich daher Österreich in der Grenzfrage Albaniens intransigent, so scheint ihm der Krieg unvermeidlich zu sein. Wahrscheinlich waren diese Äußerungen nur ein ‚Bluff', denn Graf Benckendorff ist ängstlich bestrebt, bei der Botschafterkonferenz irgendeinen Erfolg zu erringen, um die Angriffe, die gegen ihn in Rußland als Katholiken und Deutschen gerichtet werden, zu parieren. Nichtsdestoweniger gewann der deutsche Botschafter ein sehr düsteres Bild von der Lage und äußerte sich dem deutschen Marineattaché gegenüber dahin, daß die Krise ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint." (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 62f.). Auch in Berlin gewann man den Eindruck, als ob es sich bei den Äußerungen Graf Benckendorffs zu Fürst Lichnowsky um Bluff handele. Vgl. das folgende Schriftstück.

und die Regierung werde, falls man in Wien nicht einlenkt, zweifellos fortgerissen und in den Krieg hineingetrieben werden. Seine ganze Hoffnung setze er auf unsern Einfluß in Wien. Scheiterten die hiesigen Botschafterberatungen an der albanesischen Frage — und das sähe er voraus, falls wir nicht helfen —, so würde man in Rußland nicht anders können, als mit neuen Rüstungen zu antworten, beziehungsweise zu mobilisieren.

Mein russischer Kollege war sichtlich bewegt, als er mit mir sprach, und habe ich nicht den geringsten Grund, an der Aufrichtigkeit seiner Ausführungen zu zweifeln. Ich suchte ihn zu beruhigen und entgegnete ihm, daß ich kaum annehmen könne, daß Rußland für Fragen von so untergeordneter Bedeutung einen Weltkrieg werde heraufbeschwören wollen. Er entgegnete: Für uns sind diese Fragen von geringer Bedeutung, nicht aber für Serbien und Montenegro. Für diese Länder sind es Lebensfragen, und die öffentliche Meinung Rußlands nimmt für sie eben Partei.

Ich habe mir seit Oktober erlaubt, darauf hinzuweisen, daß, falls wir alle österreichischen Wünsche zu den unsrigen machen und in Wien nicht deutlich zu verstehen geben, daß wir nicht wegen Serbien und Albanien in einen Weltkrieg geraten wollen, wir in denselben hineintreiben können. Angesichts der Rolle, die dann zweifellos England zufiele, ist es auch heute meine Pflicht, meine früheren Ansichten zu wiederholen.

Lichnowsky

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

Wenn Benckendorff die Petersburger Stellung richtig wiedergibt, besteht de facto Einverständnis zwischen Rußland und Österreich dahin, daß Skutari zu Albanien, Ipek und Prisren zu Serbien geschlagen wird. Mit dieser Basis hat sich ja Graf Berchtold wiederholt einverstanden erklärt. Weiterhin ist Graf Berchtold im Prinzip bereit, bezüglich des Skutarisees und der Skutariebene Konzessionen an Montenegro zu machen. Die Details dieser Frage können unmöglich Schwierigkeiten machen. Wie es mit Diakowa steht, weiß ich im Moment nicht. Jedenfalls hat dieser Punkt bisher nicht im Vordergrunde der Diskussion gestanden, kann deshalb auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Hiernach muß es gelingen, eine Verständigung zu erzielen, wofern Österreich nicht wieder hin und her schwankt. Graf Berchtold sollte uns in den Stand setzen, Sir Edward Grey noch vor Mittwoch durch Lichnowsky vertraulich sagen zu lassen, daß er das Kompromiß auf der von Benckendorff skizzierten Basis zustande bringen könne. Österreich spielt dabei in keiner Weise die Rolle des Besiegten*.

v. B. H. 20./1.

---

* Auf Grund der Randbemerkung Reichskanzler von Bethmann Hollwegs wurde noch am 20. ein Erlaß nach Wien (Nr. 26) gerichtet, in dem es nach Mitteilung der wesentlichen Partien des Lichnowskyschen Telegramms hieß: „Wenn wir auch aufgeregter Sprache russischen Botschafters keine erhebliche Bedeutung beimessen, so zeigt sie doch, wie erwünscht baldige Verständigung mit Petersburg wäre. Diese herbeizuführen, dürfte Österreich umso leichter fallen, als ja mindestens in wichtigstem Punkt tatsächlich bereits Übereinstimmung erzielt. Dringt österreichischer Standpunkt hinsichtlich Skutari-Stadt durch, so kann Graf Berchtold unseres Erachtens ohne Preisgabe moralischer oder materieller Interessen in anderen Fragen der Abgrenzung Albaniens gegen Montenegro und Serbien russischer Auffassung Konzessionen machen. Jedenfalls möchten wir nach wie vor raten, keine dieser untergeordneten Fragen zu Prestigefragen auswachsen zu lassen. Für baldige präzise Mitteilung, wie sich Österreich stellt, und wieweit es Italien hinter sich hat, wären wir dankbar."

Nr. 12708

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 101 Berlin, den 20. Januar 1913

Die Darstellung des Grafen Benckendorff von der derzeitigen politischen Lage* entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Alle unsere Nachrichten stimmen darin überein, daß von einer Bewegung in weiteren Kreisen Rußlands zugunsten der Balkanstaaten keine Rede ist. Sollte eine solche Bewegung entstehen, so würde sie künstlich hervorgerufen worden sein. Daß Österreich im Prinzip bereit ist, in die Abtretung von Teilen von Skutari-See und Ebene an Montenegro zu willigen, dürfte auch in Petersburg nicht unbekannt sein. Auch hat man sich dort, wie wir bestimmt wissen, längst damit abgefunden, Skutari bei Albanien zu belassen. Ich kann daher in den Äußerungen des russischen Botschafters lediglich einen nicht einmal sehr geschickten Versuch erblicken, Ew. pp. im Hinblick auf die bevorstehende Diskussion der albanischen Frage in der Botschafterkonferenz zugunsten der weiteren Forderungen zu impressionieren, die Rußland dort bezüglich der Abgrenzung von Albanien zu erheben gedenkt. Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn Ew. pp. dem verwandtschaftlichen Vertrauen des Grafen Benckendorff mit derselben verwandtschaftlichen Offenheit begegnet wären und ihm unter diesem Deckmantel bemerkt hätten, daß nach Ansicht vieler vorurteilsfreier Kenner der russischen Verhältnisse von einem Enthusiasmus für die slawischen Brüder auf dem Balkan so wenig die Rede sein könne, daß der Versuch einer Mobilisierung der russischen Armee zu einer Revolution und in der weiteren Folge zum Zusammenbruch des russischen Reiches führen könne. Sie würden ihn darauf haben hinweisen können, daß die Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan für Österreich-Ungarn als Nachbarstaat ein reales Interesse erster Ordnung bilde im Gegensatz zu dem sentimentalen Interesse, das Rußland höchstens daran beanspruchen könne. Dieses Interesse weist unseren Bundesgenossen gebieterisch darauf hin, den Gefahren vorzubeugen, denen der Bestand der Monarchie durch das Hinneigen einer in den Anfängen bereits vorhandenen südslawischen Irredenta nach starken südslawischen Nachbarstaaten ausgesetzt sein würde. In dieser Hinsicht befindet sich Österreich-Ungarn in der Defensive. Daß es zurzeit jedenfalls nicht daran denkt, den ganzen serbischen Volksstamm und Albanien in die Hand zu bekommen, erweist schon seine Haltung in der Sandschakfrage. Die Konzession, die die österreichisch-ungarische Regierung in dieser Frage gemacht hat, scheint Graf Benckendorff völlig vergessen zu haben,

* Vgl. Nr. 12707.

ganz abgesehen davon, daß von russischen Konzessionen mangels eines unmittelbaren russischen Interesses überhaupt nicht die Rede sein kann.

Ew. pp. geben schließlich erneut der Besorgnis Ausdruck, daß wir wegen Albanien und Serbien in einen Weltkrieg hineintreiben könnten. Unsere Politik wird die österreichischen Wünsche so weit unterstützen, als dies zur Erhaltung der Machtstellung unseres Bundesgenossen erforderlich erscheint. Daß sie dabei in Gegensatz zu der russischen Politik geraten kann, ergibt sich aus dem Umstande, daß die russische Politik die Beeinträchtigung dieser Machtstellung zum Ziel hat. Ich bitte Ew. pp., diese Gesichtspunkte in den kommenden Verhandlungen stets im Auge zu behalten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 12709

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 4 Wien, den 17. Januar 1913
[pr. 20. Januar]

Ich fand heute den Generalstabschef in wenig guter Stimmung. Er eröffnete unsere Unterhaltung mit den Worten: „Die Sache verflacht."

Conrad scheint die Hoffnung, daß mit der eventuellen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten an der Tschataldjalinie sich für die Beziehungen der Monarchie zu Serbien eine neue Lage ergeben könnte, auch begraben zu haben.

Mit der in Prisren und Mitrowitza stattgehabten Ehrung der österreichisch-ungarischen Konsulatsfahnen durch serbische Truppenabteilungen* ist auch dieser Streitfall mit Serbien aus der Welt geschafft.

Der Generalstabschef, welcher von der Notwendigkeit des Krieges gegen Serbien unentwegt durchdrungen ist**, scheint in seinen Kombinationen mit einer Mitwirkung der Albaner bei einem eventuellen Krieg gegen Serbien und Montenegro stark zu rechnen. Die Bemühungen des österreichisch-ungarischen Generalstabes gehen jedenfalls darauf hinaus, die Albaner durch Waffen- und Munitionszuwendungen als eventuellen späteren Bundesgenossen zu stärken und sich zu verpflichten.

Conrad gab heute wieder seiner Hoffnung Ausdruck, daß der rumänisch-bulgarische Streit sich friedlich ausgleichen läßt. Es liege zu sehr

* Vgl. dazu Kap. CCLXVII, Nr. 12572, Fußnote.

** Vgl. dazu Conrads Denkschrift vom 20. Januar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 12ff.), die in erster Linie einen Präventivkrieg des Dreibundes gegen die Tripelentente, in zweiter die kriegerische Auseinandersetzung Österreich-Ungarns mit Serbien empfiehlt. Die Denkschrift erhielt jedoch nicht die Zustimmung der maßgebenden Stellen.

im Interesse Österreich-Ungarns, daß für den Fall eines Krieges gegen Rußland Rumänien seine gesamten Kräfte nach Nordosten einsetzen könne, ohne um seinen Rücken besorgt zu sein.

Der Generalstabschef äußerte zum Schluß, er gebe noch nicht alle Hoffnung auf, daß es diesmal zu einer endgültigen Austragung der serbischen Frage kommen werde. Seine diesbezüglichen Ansichten und Pläne begegneten allerdings dem energischen Widerstand des Kaisers, des Thronfolgers und des Grafen Berchtold. Conrad machte jedoch hierzu die Einschränkung, daß er mit dem Minister des Äußern in dem besten Einvernehmen stehe.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12710

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept

Nr. 95 Berlin, den 20. Januar 1913

Abgeordneter Bassermann hat folgende Anfrage im Reichstage angekündigt:

„Sind dem Herrn Reichskanzler Mitteilungen darüber geworden, daß zwischen England, Frankreich und Rußland Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in den armenischen, syrischen und arabischen Gebietsteilen der Türkei getroffen worden sind, und welche Stellung gedenkt der Herr Reichskanzler solchen Vereinbarungen gegenüber einzunehmen?“*

* Die Gerüchte über eine Einigung der Mächte der Tripelentente bezüglich einer Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in der asiatischen Türkei waren schon im Dezember 1912 in der französischen Presse aufgetaucht und wurden auch vielfach in diplomatischen Kreisen besprochen. In einem Berichte des Geschäftsträgers von Kühlmann-London vom 27. Dezember 1912 (siehe Kap. CCLXVII, Nr. 12588) hieß es darüber: „Die in diplomatischen Kreisen verschiedentlich kundgegebene Auffassung, als bestehe vielleicht schon zwischen England, Frankreich und Rußland ein geheimes Einverständnis über die Einteilung der Interessensphären auch in der asiatischen Türkei, möchte ich nach hiesigen Beobachtungen für unbegründet halten. Dagegen spricht die starke Nervosität, welche in Pariser maßgebenden Kreisen hervorgerufen worden ist durch die gänzlich unbegründeten Gerüchte von derartigen Abmachungen zwischen uns und England.“ Bald darauf berichtete Fürst Lichnowsky (Nr. 12 vom 7. Januar): „Die Vermutung, daß zwischen England, Rußland und Frankreich über eine eventuelle Aufteilung der asiatischen Türkei in Interessensphären geheime Verabredungen bestehen, taucht in neuerer Zeit sehr häufig auf. Was man

Wir beabsichtigen zu antworten:

„Dem Herrn Reichskanzler sind die Gerüchte bekannt, wonach sich mehrere Mächte über die Abgrenzung von Interessensphären in der asiatischen Türkei geeinigt haben sollen. Amtliche Mitteilungen, welche die Richtigkeit dieser Gerüchte bestätigen, liegen nicht vor. Gewisse Erklärungen, die gelegentlich des Meinungsaustausches zwischen den Großmächten aus Anlaß der Balkankrisis abgegeben worden sind, lassen vielmehr das Vorhandensein derartiger Vereinbarungen als ausgeschlossen erscheinen."

Der letzte Satz unserer Antwort beruht auf den vertraulichen Äußerungen, die Sir Edward Grey Euerer Durchlaucht gegenüber getan hat, und die wir nicht ohne Zustimmung des Ministers verwerten wollen.

Euere Durchlaucht bitte ich daher, Sir Edward Grey den Entwurf der Antwort vertraulich mitzuteilen und ihn zu fragen, ob er dieser Formulierung zustimmt.

Tunliche Beschleunigung der telegraphischen Rückäußerung wäre erwünscht.

Zimmermann

---

hier beobachten kann, spricht gegen eine solche Vermutung. Einer der bestunterrichteten englischen Journalisten äußerte gesprächsweise, die zwei akuten Gefahren, welche der Türkei nach dem Friedensschluß mit den Balkanvölkern drohen, seien russische Treibereien in Armenien und französische Gelüste in Syrien, deren unverhülltes Hervortreten in neuerer Zeit in England einen unangenehmen Eindruck gemacht habe. Europa werde gewisse französische Hitzköpfe scharf zu überwachen haben, damit eine Wiederholung des tripolitanischen Abenteuers unmöglich gemacht sei. In Syrien herrsche im allgemeinen Abneigung gegen die Franzosen. Die Vorliebe der wohlhabenden Araber richte sich mehr auf Ägypten." Mit den französischen Hitzköpfen war sichtlich Poincaré selbst gemeint, der in seiner Kammerrede vom 5. Dezember 1912 die französischen Ansprüche auf Syrien zum ersten Mal deutlich angemeldet hatte. Es hieß darin unter anderem: „Wir sind lebhaft darauf bedacht, mit der Türkei unsere überlieferten Beziehungen zu bewahren, und wir werden fortfahren, bei ihr in Europa und Kleinasien die großen Interessen zu verteidigen, die in unserer Obhut stehen. Wir hoffen, daß sie ohne Zögern ihre Reformen zur Ausführung bringen wird, die seit mehreren Monaten Frankreich zugunsten der Bevölkerung des Libanon verlangt hat." Von neuem kam Poincaré in seiner Senatsrede vom 22. Dezember auf Frankreichs syrische Interessen zu sprechen, indem er gleichzeitig territoriale Absichten in Abrede stellte. Mit großer Ostentation nahm der französische Ministerpräsident bei dieser Gelegenheit den englischen Ententegenossen unter Berufung auf offizielle Erklärungen Sir E. Greys gegen die Unterstellung in Schutz, eigensüchtige Ränke in Syrien zu verfolgen. Als diese Gerüchte auch nachher in der französischen Presse nicht verstummen wollten, sah sich Sir E. Grey in der zweiten Hälfte Januar 1913 nochmals veranlaßt, Verwahrung einzulegen. Am 24. überreichte er dem Fürsten Lichnowsky eine kurze Aufzeichnung über eine Unterredung, die er deswegen mit Botschafter Paul Cambon gehabt hatte. Sie lautete: „Reports having appeared in the French Press to the effect that British agents were working for the annexation of Syria either to Great Britain or to Egypt, I told Monsieur Cambon that His Majesty's Government had neither the intention of taking any action there nor any design nor political aspiration of any sort." Bericht Fürst Lichnowskys Nr. 44 vom 24. Januar.

Nr. 12711

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 30 Wien, den 19. Januar 1913
[pr. 21. Januar]

Mit Bezug auf Erlaß Nr. 72 vom 17. d. Mts.*.

Graf Berchtold hält die Inselfrage für eine der schwierigsten des gesamten Komplexes, die eine ganz besonders vorsichtige Behandlung erheische. Der Graf nahm mit besonderem Interesse von unserem eventuellen Instruktionsentwurf für den Kaiserlichen Botschafter in London Kenntnis, von dem er sich eingehende Notizen machte. Er bat mich schließlich, Euerer Exzellenz für die Mitteilung zu danken, auf die er sich ausführliche schriftliche Antwort vorbehalten wolle.

Im anschließenden vertraulichen Gespräch ließ Graf Berchtold aber keinen Zweifel darüber, daß er gegenüber unserem Standpunkt, die Inselfrage ebenso wie die Frage der Abgrenzung der festländischen Gebiete der direkten Verständigung der Balkanstaaten mit der Pforte zu überlassen, manche Bedenken hege. Der Minister meinte unter anderem, wenn zum Beispiel die Türkei — die wohl unter der Hand von den Ententemächten bearbeitet werden würde — die Inseln Kos und Rhodos den Griechen überließe, Italien, das sich nur verpflichtet habe, diese Inseln der Türkei zurückzugeben, dann einen guten Vorwand haben werde, die Inseln für sich zu behalten. Es liege vielleicht auch ein gewisser Widerspruch mit dem Inhalt der der Türkei von den Mächten übergebenen Note vor, worin die Inselfrage ausdrücklich der Regelung durch die Mächte vorbehalten werde.

Würde man weiter die Abgrenzung der festländischen Gebiete ganz allgemein der direkten Verständigung unter den Kriegführenden überlassen, so würde zum Beispiel damit jede Mitwirkung der Mächte bei Feststellung der albanesischen Grenze und bei der Regelung der Salonikfrage eliminiert werden. Auf die Lösung dieser Frage Einfluß zu nehmen, könne aber Österreich nicht verzichten.

von Tschirschky

Nr. 12712

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 London, den 21. Januar 1913

Gestern nachmittag hatten Marquis Imperiali und ich bei Graf Mensdorff eine Zusammenkunft, in welcher wir unsere gemeinsame Haltung in

* Siehe Kap. CCLXVII, Nr. 12697.

der albanischen Frage besprachen; es wurde verabredet, die Karte mit den weitgehendsten Ansprüchen einschließlich Ipek und Prisren vorzulegen und auf dieser Grundlage zu unterhandeln.

Hierbei stellte es sich heraus, daß Graf Benckendorff dem Marquis Imperiali in ähnlichem Sinne gesprochen hatte wie mir* und ihn auch davon überzeugt, daß eine schroffe Haltung Österreichs den Krieg bedeutet. Graf Mensdorff übernahm es, hierüber in dem Sinne nach Wien zu berichten, daß wir Entgegenkommen in der Frage des Sees und der Ebene von Skutari sowie in der Frage Diakowa anempfehlen, falls Rußland Skutari selbst preisgeben sollte.

Lichnowsky

Nr. 12713

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Rom, den 21. Januar 1913

Antwort auf Erlaß Nr. 73**.

Minister des Äußern glaubt, daß Euere Exzellenz Anregung Inselfrage zwar momentan aufschieben kann, daß Lösung aber, wenn sie den Kriegführenden überlassen bleibt, nur im Sinne der Tripelentente stattfinden wird.

Bei der Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, Griechen von den von ihnen besetzten Inseln zu vertreiben — besonders wenn Tripelentente sie ihnen lassen will —, glaubt Minister ferner, daß man schließlich nicht umhin können würde, in Überlassung zu willigen. Hinsichtlich der von Italien besetzten Inseln dagegen könne Italien erklären, daß es sich angesichts der der Türkei gegenüber übernommenen Verpflichtungen in keine Diskussion über deren anderweites Schicksal einlassen und vor allem auch an keinen Beschlüssen oder Schritten teilnehmen könne, die darauf hinausliefen, der Türkei die Abtretung zu raten. Auf diese Weise werde es vielleicht möglich sein, wenigstens die jetzt von Italien besetzten Inseln vorläufig für die Türkei zu retten.

Endgültige Äußerung möchte sich Minister bis nach Rücksprache mit morgen hier eintreffendem Konseilpräsidenten vorbehalten.

Jagow

---

* Vgl. Nr. 12707.
** Vgl. Kap. CCLXVII, Nr. 12697, Fußnote.

Nr. 12714

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 Wien, den 21. Januar 1913

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 79 vom 19. Januar* und im Anschluß an Telegramm Nr. 17**.

Graf Berchtold wiederholt mir seinen in asiatischer und Skutarifrage in obigem Telegramm gemeldeten Standpunkt. Minister betont ausdrücklich seine völlige Übereinstimmung mit unseren Ausführungen über die Unangebrachtheit einer Aufrollung der asiatischen Frage bei Botschafterbesprechungen und begrüßte unsere Bereitwilligkeit, schon jetzt über die in asiatischer Frage von dem Dreibund zu befolgende Politik uns zu verständigen.

Was die Frage einer internationalen Kontrolle in Albanien anlange, so meinte Graf Berchtold, eine solche würde wohl nur in bezug auf Finanz- und Justizwesen zugestanden werden können. Würden alle Mächte das Recht erlangen, auch in Verwaltungsangelegenheiten mitzusprechen, so würden niemals Ruhe und gesicherte Verhältnisse dort eintreten können, da russischer, französischer und englischer Einfluß jeden geringfügigsten Anlaß zur Einmischung benutzen können und das Adriatische Meer den ausschließlich österreichisch-italienischen Charakter verlieren würde.

In der albanischen Frage hätten schon seit geraumer Zeit Verhandlungen mit Rom stattgefunden, in denen allerdings von Rom aus niemals klar und deutlich Stellung genommen worden sei. Zudem habe es den Anschein, als treibe Marquis Imperiali manchmal Sonderpolitik, um sich Sir E. Grey gefällig zu erzeigen. Teils schütze er vor, keine Instruktionen zu haben, oder er scheine die erhaltenen nicht auszuführen. Doch habe man hier bestimmten Eindruck, daß Italien österreichischen Standpunkt, daß die Stadt Skutari bei Albanien bleiben und Montenegro anderweit auch durch ebenes Land entschädigt werden soll, akzeptiere.

Ich habe Grafen Berchtold nochmals dringend geraten, den Grafen Mensdorff anzuweisen, diesen Standpunkt seinem russischen Kollegen und Sir E. Grey gegenüber (angesichts des Telegramms Sir E. Greys an Sir E. Goschen vom 18. d. Mts.***) klar und offen zu vertreten, damit zweifellos festgestellt werde, daß hierin keinerlei ernste Differenz zwischen Wien und Petersburg bestehe.

Antwort auf Telegramm Nr. 26† folgt noch heute Abend††.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 12703.
** Siehe Nr. 12706.
*** Identisch mit Nr. 12704.
† Vgl. Nr. 12707, S. 226, Fußnote *.
†† Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 12715

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Wien, den 21. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 26*.

Auch Graf Mensdorff berichtet über Wachsen Nervosität des Grafen Benckendorff, der wohl als Katholik und Verwandter des Fürsten Lichnowsky in Rußland persönlich angegriffen werde. Graf Berchtold sagte mir, er habe bisher und werde auch ferner alles vermeiden, wodurch untergeordnete Fragen zu solchen des Prestiges werden können. Er werde Schritt für Schritt ruhig weiter verhandeln. Solche drohenden Ausfälle, wie sie Rußland oder Graf Benckendorff in seiner Unterredung mit Fürst Lichnowsky getan, erschwerten aber jedenfalls ruhigen Fortgang.

Auf meine Veranlassung hat Graf Berchtold heute zu unserer und des Fürsten Lichnowsky Orientierung die hier folgende Notiz zusammenstellen lassen, die die Stellungnahme hiesiger Regierung in der albanischen Abgrenzungsfrage nach unserem Wunsch präzisiert:

Streng vertraulich. Notiz.

Bezüglich der Abgrenzung Albaniens gegen Norden und Nordosten hat Graf Mensdorff in der Londoner Reunion auftragsgemäß jene Grenze vertreten, welche wir als die herkömmliche und natürliche ansehen. Um nun den montenegrinischen und serbischen Ansprüchen gegenüber das größtmöglichste Entgegenkommen zu bekunden, wären wir bereit, einige gemischtsprachige, wenn auch überwiegend von Albanesen bewohnte Gebiete fallen zu lassen und uns auf das rein albanische Territorium zu beschränken. Letzteres, an dessen Integrität wir unter allen Umständen als an einer unerläßlichen Lebensbedingung Albaniens festhalten müssen, umfaßt, soweit der Norden und Nordosten in Betracht kommt, die Stadt und Ebene von Skutari samt den zugehörigen Malissorenstämmen, Diakowa samt dem gleichnamigen malerischen Zia und Hassi, ferner die zu Prisren gehörige Landschaft Ljuma, endlich den ganzen Sandschak Dibra. Hingegen könnten zu Montenegro fallen die slawisch muhamedanischen Orte Gusinje und Plava, das serbisch orthodoxe Berani, ferner Trgowischte, die Stadt und Ebene von Ipek (letztere als Kompensation für die bei Albanien verbleibende Ebene von Skutari), wobei wir als spezielle Konzession an Rußland zugeben würden, daß die Grenzlinie, welche im übrigen längs des Oberlaufes des weißen Drin zu verlaufen hätte, zwischen Diakowa und Ipek so gezogen werde, daß das orthodoxe Kloster Wisokidecani, obwohl es in einer rein albanischen Gegend liegt, an Montenegro falle.

Serbien würde sich mit Montenegro in den Besitz des Sandschak Nowipasar teilen und die fruchtbare Ebene von Kossowa erhalten. Äußer-

* Vgl. Nr. 12707, S. 226, Fußnote *.

stenfalls könnten wir auch zustimmen, daß es das Gouvernement Prisren — jedoch mit Ausnahme des oben erwähnten Gebiets von Ljuma — erhalte.

Was die russischerseits unterstützten Prätentionen Montenegros auf den See und einen Teil der Ebene von Skutari betrifft, so müssen wir dieselben deshalb ablehnen, weil der Besitz der Seeniederung zu den Existenzbedingungen der Malissorenstämme gehört, welche sie für ihre Herden brauchen, und diese deshalb Albanien erhalten bleiben müssen. Dem Wunsch Montenegros nach Gewinnung neuer Kulturflächen sind wir bereit, auf anderem Wege (durch die Bojana-Regulierung und durch die Überlassung der fruchtbaren Ebene von Ipek) Rechnung zu tragen.

Diakowa gehört ethnographisch zu Albanien, und ist — nachdem wir geneigt sind, das oben erwähnte Kloster Wisokidecani auszuscheiden, — für Rußland kein plausibler Grund vorhanden, uns diesbezüglich zu opponieren.

Sämtliche hier aufgezählten Konzessionen können selbstverständlich nur für den Fall gelten, als unser Standpunkt bezüglich der Minimalgrenze Albaniens allseits akzeptiert werden sollte.

Hierzu füge ich noch nachstehende mündlichen Bemerkungen des Grafen Berchtold. — Serbien habe, soviel hier bekannt, noch niemals Anspruch auf Ipek erhoben. Dessen Zuweisung an Montenegro könne deshalb nicht eine Befriedigung Montenegros auf Kosten Serbiens bedeuten. Aufteilung des ganzen Sandschak könne direkter Verständigung Montenegros und Serbiens überlassen werden. — Ausscheidung des Bezirkes von Prischtina — in dem 200000 Albanesen wohnen — aus Albanien sei eine große Konzession an die kriegführenden vier Balkanstaaten.

Italien sei mit hiesiger Auffassung, daß Skutari bei Albanien bleiben solle, einverstanden, über den Verlauf der Nord- und Ostgrenze habe man von Rom keine präzise Erklärung erhalten können. Jedoch nehme man hier an, daß auch in Italien Diakowa für Albanien reklamiert werde.

Was die Südgrenze anlange, so sei Italien früher mit hier darin einverstanden gewesen, daß Jánnina als Hauptstadt von Südalbanien bei Albanien bleibe. Neuerdings habe Rom seine Haltung gewechselt, und man wolle jetzt, um sich Griechenland zu verpflichten, diese Stadt den Griechen zuweisen. Hierüber könne man hier allenfalls mit sich reden lassen. Jedenfalls müßten alle albanischen Abgrenzungsfragen als ein Ganzes behandelt und durch gegenseitiges Abwägen der einzelnen Fragen — mit Ausnahme der weniger grundlegenden — ein Resultat erreicht werden*.

Tschirschky

---

* Das obige Telegramm Tschirschkys wurde mittels Telegramm Nr. 38 vom 22. Januar nach London mitgeteilt. Dabei wurde dem Fürsten Lichnowsky bedeutet, daß man seine Meldungen in Wien verwertet habe und nachdrücklich in ihrem Sinne eingetreten sei.

Nr. 12716

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 39 Berlin, den 22. Januar 1913

Zur Regelung Euer Durchlaucht Sprache.

Sir Edward Grey hat durch Botschafter mitteilen lassen, daß er gegen Zahlung einer Kriegsentschädigung seitens Türkei sei, weil sie finanziellen Zusammenbruch der Türkei herbeiführen würde. Balkanstaaten sollte daher diese Idee ausgeredet werden.

Wir haben erwidert, daß wir diesen Standpunkt völlig teilen.

Zimmermann

Nr. 12717

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 London, den 22. Januar 1913

Antwort auf Erlaß Nr. 95*.

Sir E. Grey mit vorgeschlagener Fassung einverstanden. Er wiederholt, er habe Herrn Cambon auf dessen Anfrage wegen angeblicher englischer Absichten auf Syrien erwidert, daß diese Gerüchte unbegründet seien, und ihn mit Rücksicht auf Artikel des „Temps", welche französische Absichten durchblicken ließen, darauf hingewiesen, daß hierin noch keine Anerkennung französischer Ansprüche liege. Euere Exzellenz könnten vielleicht auch in Ihrer Erklärung auf bezügliche Kammeräußerungen Herrn Poincarés** hinweisen. Meinungsaustausch über Interessensphären habe überhaupt nicht stattgefunden.

Anschließend hieran erzählte der Minister, er habe Marquis Imperiali gegenseitige Verzichtserklärung auf Inselbesitz vorgeschlagen, worauf dieser Gewährleistung des türkischen Besitzstandes in Kleinasien durch Großmächte anregte. Hiergegen habe Sir E. Grey jedoch Bedenken, da derartiger Vorschlag andere Mächte verletzen könne. So habe Rußland Schwierigkeiten an persisch-türkischer Grenze. Auch könnten wir Deutsche hierin eine Beeinträchtigung unserer Interessen an der Bagdadbahn erblicken oder die Franzosen der ihrigen in Syrien. Ich entgegnete, daß wir sicherlich eine derartige Zusicherung nur begrüßen würden, da wir lediglich wirtschaftliche Interessen hätten, die den ungeschmälerten Fortbestand der asiatischen Türkei erheischten.

Lichnowsky

* Siehe Nr. 12710.

** Vgl. Nr. 12710, Fußnote.

Nr. 12718

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept

Nr. 42 Berlin, den 23. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 38*.

Mit Eurer Durchlaucht Sprache durchaus einverstanden. Sollte Sir Edward Grey auf Garantiefrage zurückkommen, bitte noch hervorzuheben, es sei nicht einzusehen, inwiefern Zumutung, die an uns wegen Inseln gestellt werde, hinsichtlich Festlandes andere Mächte verletzen könne. Derartige Differenzierung hat nur dann Sinn, wenn anderen Mächten Absichten auf asiatische Türkei zuzutrauen. Trifft dies zu, so ist Notwendigkeit Garantie gegeben. Wir sind bereit, solche auch für die Inseln zu unterschreiben, da wir hier ebensowenig wie auf dem Festland türkischen Besitzstand bedrohen. Wegen Bagdad kann uns Garantie nur erwünscht sein. Wir verfolgen dort ausschließlich wirtschaftliche Interessen, sind aber zu deren Verteidigung unter allen Umständen entschlossen. Asiatische Türkei ist uns noli me tangere.

Zimmermann

Nr. 12719

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 London, den 22. Januar 1913
[eingetroffen am 23. Januar]

Bei Eröffnung der heutigen Sitzung wurde zunächst vereinbart, daß, um auf Fragen über den Gegenstand unserer heutigen Verhandlungen ausreichende Auskunft geben zu können, es sich empfehlen würde, sich nicht auf Albanien zu beschränken. Graf Benckendorff gab folgende Erklärung ab:

„Gouvernement Russe accepte réserve formulée par Gouvernement Austro-Hongrois à condition que l'administration du Mont Athos conservera le droit d'exercer la police de ces côtes à l'aide de bâtiments légers.“**

* Siehe Nr. 12717.
** Über die Athosfrage vgl. Nr. 12688, S. 203, Fußnote **.

Graf Mensdorff teilte mit, daß seine Regierung Kenntnis nehme von den serbischen Erklärungen*, und daß dieselbe mit der Formulierung Antwort einverstanden ist.

Sodann teilte Sir E. Grey mit, er habe die bulgarische Regierung wissen lassen, daß er mit Rücksicht auf die Finanzlage der Türkei gegen jede Kriegsentschädigung sei, und habe bei den verbündeten Balkanregierungen anfragen lassen, wie sie sich zu der Frage stellten.

Ferner teilte der Minister mit, die türkischen Vertreter hätten von ihm wissen wollen, welche Vorteile der Türkei geboten werden könnten für den Fall ihrer Nachgiebigkeit. Sie hätten dabei in erster Linie auf die Kriegsentschädigung, die Inseln und finanzielle Unterstützung hingewiesen. Er habe ihnen geantwortet, sie möchten ihre Wünsche in der Antwortnote vorbringen.

Nun gelangt Albanien zur Sprache (ich lasse den ausführlich vereinbarten Bericht per Post folgen**). Mein russischer und österreichisch-ungarischer Kollege entwickelten den beiderseitigen Standpunkt und wurden dabei von den betreffenden Verbündeten unterstützt. Es wurde im allgemeinen die ethnographische Grundlage des künftigen Staates besprochen und die Frage der Stadt Skutari. Hierbei vertrat Graf Benckendorff die Ansicht, daß diese Stadt für Montenegro unerläßlich sei, da sonst die Dynastie in Gefahr wäre.

Schließlich darf ich noch erwähnen, daß Herr Cambon den nachstehenden Text, der die Ansichten des Herrn Poincaré hinsichtlich des in den Friedensvertrag aufzunehmenden Finanzparagraphen wiedergibt***, zur Kenntnis brachte:

„Toute cession de territoire stipulée par le présent Traité comportera pour l'Etat cessionnaire l'obligation de respecter les droits que le Gouvernement Impérial ou les autorités ottomanes compétentes auraient constitués au bénéfice de tiers. Le dit Etat assumera une part de l'ensemble de la dette générale de l'empire ottoman proportionnelle aux revenus du territoire cédé.

Les modes d'application et d'exécution de la disposition ci-dessus seront élaborés par une commission internationale où seront représentées les six Grandes Puissances; les procès verbaux et les protocoles de cette commission seront annexés au présent Traité."

Nächste Sitzung Sonnabend vormittag.

Lichnowsky

---

* Vgl. Kap. CCLXVII, Nr. 12650.

** Der mittels Bericht Nr. 89 vom 22. Januar eingereichte ausführliche vereinbarte Bericht, der nichts wesentlich Neues enthält, wird hier nicht abgedruckt.

*** Vgl. dazu Bd. XXXVII, Kap. CCLXXXVIII, Nr. 15175 nebst Fußnoten.

Nr. 12720

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 London, den 22. Januar 1913
[eingetroffen am 23. Januar]

In der Inselfrage sagte mir heute Sir E. Grey, er würde im Falle türkischer Nachgiebigkeit nichts gegen Verwaltung der Inseln durch Griechenland unter türkischer Flagge oder Autonomie ohne Gewährleistung durch Mächte einzuwenden haben. Letztere sei aber für die Türkei wertlos, da niemand alsdann völligen Anschluß an Griechenland verhindern werde[1]. Nachgiebigkeit der Türken scheint ihm in Inselfrage Verlegenheiten zu bereiten[2].

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das ist meiner Ansicht nach immer das Klarste und Einfachste, da lauter Griechen drauf wohnen

[2] er hat Angst vor Italien! das sich dort eine Flotte[n]station einrichten könnte!

Nr. 12721

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 43 Berlin, den 23. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 39*.

Zur Orientierung.

Wir halten an unserem Standpunkt in Inselfrage fest und haben zu voreiliger Nachgiebigkeit um so weniger Veranlassung, als Sir Edward Grey, wie Zugeständnis türkischer Scheinsuzeränität zeigt, einzulenken beginnt.

Zimmermann

---

* Siehe Nr. 12720.

Nr. 12722

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40
Geheim

Pera, den 24. Januar 1913

Mahmud Schewket Pascha* äußerte sich vertraulich dahin, daß er keineswegs für unbedingte Fortsetzung des Krieges sei. Selbst wegen Adrianopel sei er bereit, Konzessionen zu machen, zum Beispiel Neutralisation zu gewähren. Jedenfalls habe er sich an keinerlei Programm gebunden. Zunächst werde er allerdings vielleicht einige Maßnahmen ergreifen, die auf Absicht, den Krieg fortzusetzen, hindeuteten. Das geschehe, um die Alliierten nachgiebiger zu stimmen. Wegen Portefeuille des Auswärtigen verhandele . . . ** mit Osman Nisami Pascha, bitte aber, daß dies vorläufig ganz geheim bleibe. Zur Beantwortung der Note der Mächte wird sich Großwesir einige Tage Bedenkzeit erbitten.

Die festgehaltenen früheren Minister sind mit Ausnahme des Ministers des Innern*** und des Finanzministers† freigelassen.

Wangenheim

Nr. 12723

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Stellvertretenden Staatssekretärs Zimmermann

Nr. 45

Berlin, den 24. Januar 1913

Zur Regelung der Sprache.

Nachdem Jungtürken wieder ans Ruder gekommen, ist entgegenkommende Antwort der Pforte hinsichtlich Adrianopel wohl ausgeschlossen. Strikteste Neutralität der Großmächte erscheint nunmehr dringend geboten, schon um Jungtürken von unbesonnenen Schritten mit unübersehbaren Folgen abzuhalten. Zwangsmaßregeln zwecks Zession von Adrianopel sowie überhaupt jegliche Maßnahme, die über wohlmeinenden Ratschlag hinausgeht, werden umso weniger in Betracht kommen können, als dadurch Existenz auch asiatischer Türkei und damit europäischer Friede ernstlich gefährdet werden würde. Eventueller Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wird ruhig Lauf zu lassen sein, bis Fall von Adrianopel eine erneute Friedensaktion der Mächte aussichtsvoller erscheinen läßt.

v. Bethmann Hollweg

* Am 23. Januar hatten die jungtürkischen Führer unter Leitung von Enver Bey das Kabinett Kiamil Pascha gewaltsam gestürzt und ein neues Kabinett unter dem Großwesirat Mahmud Schewket Paschas gebildet.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Danisch Bey.
† Abdurrhaman Bey.

Nr. 12724

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 104 Berlin, den 25. Januar 1913

Zu Eurer Exzellenz gefälliger Information und zur Regelung Ihrer Sprache.

Unter Verwertung der von Graf Berchtold geltend gemachten Gesichtspunkte haben wir uns bei der italienischen Regierung dafür ausgesprochen, daß die internationale Kontrolle in Albanien auf das Finanz- und Justizwesen beschränkt werden möchte. Nach einer Meldung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Rom* wünscht jedoch das dortige Kabinett auch die Zivilverwaltung Albaniens der internationalen Beaufsichtigung zu unterwerfen. Marquis di San Giuliano ist der Meinung, daß ein so primitives Land wie Albanien eine möglichst einfache Verfassung brauche, und der Mangel an Einheitlichkeit zu Reibungen mit der Bevölkerung führen könnte.

Wir haben in dieser Frage nur das eine Interesse, daß sich unsere Verbündeten über deren Lösung einigen und unsere Gegner nicht den Eindruck von Unstimmigkeiten im Dreibund gewinnen. Wie die staatsrechtlichen Verhältnisse des neuen Balkanstaats im einzelnen geregelt werden, dürfte von untergeordneter Bedeutung sein. Die Hauptsache ist, die Regelung so zu gestalten, daß Albanien auch für die Zukunft kein Zankapfel zwischen Wien und Rom wird. Die Möglichkeit von Unruhen und Weiterungen, die durch Einmischung der Tripelentente in Angelegenheiten der albanischen Verwaltung entstehen könnten, würden wir lieber mit in den Kauf nehmen als die Gefahr von Friktionen zwischen unseren Verbündeten.

Jagow

Nr. 12725

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 London, den 24. Januar 1913
[pr. 25. Januar]

Sir Edward Grey besprach soeben mit mir die jüngsten Ereignisse am Bosporus** und meinte, Staatsstreich bedeute noch nicht notwendiger-

* Telegramm Nr. 25 des Botschaftsrats von Beneckendorff und von Hindenburg.
** Gemeint ist der Sturz Großwesir Kiamil Paschas durch Enver Bey und die Jungtürken (23. Januar).

weise Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Absicht der Jungtürken sei vielleicht nur gewesen, zur Herrschaft zu gelangen. Es werde für sie zwar schwer sein, nunmehr auf Adrianopel zu verzichten, aber bei Türken sei nichts unmöglich. Man müsse zunächst Antwortnote* abwarten. Dasselbe habe er auch Balkandelegierten gesagt und ihnen von Abreise abgeraten.

Ich benutzte die Gelegenheit, um Frage Kleinasien zu berühren und zu erklären, wir seien bereit, türkischen Besitzstand mit anderen Mächten zusammen zu gewährleisten, da wir keinerlei Gebietserwerbungen beabsichtigen und auch nicht wünschten, daß andere Mächte welche vornähmen. Er entgegnete, erst müsse Friedensschluß abgewartet werden, vorher sei es unmöglich, Fragen näher zu treten, da man nicht wissen könne, ob nicht Krieg nach Kleinasien übergreife. Er meinte noch, was wir wohl machen würden, falls Anarchie ausbräche und Bagdadbahn und unsere Interessen in Gefahr stünden; wir würden dann vielleicht genötigt sein, militärisch einzugreifen; unsere Lage in Mesopotamien entspräche der französischen in Syrien. Ich entgegnete, daß wir keinenfalls über Wahrung wirtschaftlicher Interessen hinausgehen würden, dasselbe aber auch von Frankreich und anderen Mächten erwarteten.

Ich habe den Eindruck, daß ihn die Frage völligen Zusammenbruchs auch asiatischer Türkei beschäftigt, und daß er mit Rücksicht auf Frankreich und Rußland nur schwer für das gedachte Übereinkommen zu haben sein wird, wenn er auch vorläufig der Einteilung in Interessensphären nicht näher treten will**.

Lichnowsky

Nr. 12726

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 26 St. Petersburg, den 23. Januar 1913
[pr. 25. Januar]

Als nach den ersten großen Erfolgen der Balkanstaaten Herr Sasonow zum ersten Male auf die Unmöglichkeit, den Status quo im nahen Orient

* Vgl. dazu Kap. CCLXVII.

** Vgl. dazu den Bericht des k. und k. Militärattachés in London Major Horváth (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 64): „Rußland scheint im Einverständnis mit England und Frankreich eine Aktion in Armenien vorzubereiten. Herr Sasonow sagte unserem Botschafter in Petersburg, daß Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht untätig zusehen könne, was in Armenien zugeht. Diesen Eindruck hat auch der hiesige deutsche Botschafter auf Grund einer Unterredung mit Sir E. Grey, bei welcher er befragt wurde, ob Deutschland zur Wahrung seiner Interessen in Kleinasien keine Schritte unternehmen wolle. Prinz Lichnowsky wies diese Idee mit dem Bemerken zurück, daß Deutschlands wirtschaftliche Interessen am besten durch strikte Neutralität gewahrt werden. Er hat das Gefühl, daß England und Frankreich gegebenenfalls in Syrien etwas unternehmen dürften."

aufrechtzuerhalten, hinwies und seine Ansichten über die von den Siegern zu erwerbenden Gebietsteile äußerte, bezeichnete er es als eine Notwendigkeit, daß die dem asiatischen Kontinent vorgelagerten ägäischen Inseln in türkischem Besitz verblieben. Noch vor wenigen Wochen hat der Minister dem italienischen Geschäftsträger gegenüber an diesem Standpunkt festgehalten. Als Marquis Torretta ihn im Auftrage der italienischen Regierung nach seiner Ansicht über die Frage der Inseln befragte, hat der Minister geantwortet, er habe sich zwar mit dieser Frage noch nicht näher beschäftigt, doch sei er sich über einen Punkt klar, daß nämlich die unmittelbar an der kleinasiatischen Küste gelegenen Inseln unter keinen Umständen von Griechenland annektiert werden dürften.

Um so auffälliger ist die vollständig veränderte Haltung des Herrn Sasonow in dieser Frage und der Eifer, mit welchem er sich jetzt dafür einsetzt, daß Griechenland in den Besitz sämtlicher Inseln gelangt. Der Minister vertrat mir gegenüber seinen neuen Standpunkt mit der größten Energie, und es war ihm offenbar nicht angenehm, daran erinnert zu werden, daß er sich noch vor nicht langer Zeit in ganz anderem Sinne geäußert hatte.

Die Gründe, welche Herr Sasonow zugunsten der Annexion anführte, gipfelten darin, daß, falls die Mächte einen Teil der Inseln der Türkei überließen, die Bewohner sich an diesen Beschluß nicht kehren, sondern selbst ihren Anschluß an Griechenland proklamieren würden. Das Ergebnis werde dann sein, daß Europa sich vor mehrere neue Kretafragen gestellt sehen würde. In diesem Falle aber, erklärte der Minister mit großem Nachdruck, werde sich Rußland unter keinen Umständen dazu hergeben, den Gendarmen der Türkei gegen die christliche Bevölkerung der Inseln zu spielen. Er habe daher nur den Grafen Benckendorff angewiesen, bei den Londoner Botschafterbesprechungen anzuregen, daß Griechenland die Verpflichtung auferlegt werde, auf den in der Nähe des Festlandes gelegenen Inseln keinerlei militärische Anlagen zu errichten. Auf diese Weise würden die türkischen Besorgnisse entkräftet, und es werde zugleich dem russischen Interesse im Hinblick auf die Nähe der Dardanellen gedient.

Dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat* gegenüber, welcher Herrn Sasonow gestern im Auftrage seines erkrankten Chefs aufsuchte, hat sich der Minister in demselben Sinne geäußert, dabei aber noch hinzugefügt, Rußland werde eintretendenfalls die Bestrebungen der Inseln, sich von der Türkei loszureißen, sogar unterstützen**.

Ich habe den Eindruck, daß Herr Sasonow entschlossen ist, an dem neuerdings in der Inselfrage eingenommenen Standpunkte hartnäckig festzuhalten. Ob irgendwelche Einflüsse etwa von seiten der anderen Tripelententemitglieder dabei eine Rolle spielen, vermag ich nicht zu beurteilen.

F. Pourtalès

---

* Graf Czernin.

** Vgl. auch das Telegramm Graf Thurns an Graf Berchtold vom 22. Januar. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 135.

Nr. 12727

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 27

St. Petersburg, den 23. Januar 1913
[pr. 25. Januar]

Im allgemeinen machte mir Herr Sasonow bei den ersten Begegnungen, die ich mit ihm nach meiner Rückkehr vom Urlaub hatte, einen weniger optimistischen Eindruck als kurz vor Weihnachten, da sich die Aussicht auf eine Lösung der Frage eines serbischen Adriahafens bot. Der Minister wies auf die verschiedenen Fragen hin, deren Lösung noch große Schwierigkeiten bereiten, und auf die Gefahren, welche entstehen könnten, wenn die Mächte über dieselben zu keiner Einigung gelangen sollten.

Nur über das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland lautete die Sprache des Herrn Sasonow entschieden optimistischer. Zwar klang aus seinen Äußerungen noch vielfach ein starkes Mißtrauen gegen die Habsburgische Monarchie heraus, ich hatte aber den Eindruck, als ob die vor kurzem zwischen Wien und St. Petersburg über die Frage der beiderseitigen Rüstungen stattgehabte Aussprache die Beziehungen zwischen beiden Kabinetten nicht nur nicht verschlechtert, sondern eher verbessert hätte.

In der Frage von Skutari würde zwar Herr Sasonow die Wünsche Montenegros gern erfüllt sehen, er bemerkte aber selbst, das Schlimme sei, daß die Montenegriner wenig Aussicht hätten, sich dieser Festung, die sie nicht ganz zernieren könnten, zu bemächtigen. Jedenfalls hatte ich nicht den Eindruck, daß der Minister aus dieser Frage einen neuen Streitfall mit Österreich-Ungarn machen will.

In der Frage der Abgrenzung von Albanien hofft Herr Sasonow, daß das Wiener Kabinett, nachdem es seinen Willen in der Frage des Adriahafens durchgesetzt habe, den Serben Entgegenkommen zeigen werde.

Wenn nun auch die Sprache des Ministers gegenüber Österreich-Ungarn eine mildere geworden ist, so ist die Stimmung der öffentlichen Meinung sowie in einem Teil der ersten Gesellschaft noch stark österreichfeindlich. Ein Vertreter eines kleinen Staates hörte neulich in einem Salon die Frage diskutieren, ob man in diesem Winter in der österreichischen Botschaft werde verkehren können. Ich glaube diese Stimmung, die übrigens in der Hofgesellschaft keineswegs allgemein verbreitet ist, hauptsächlich auf die Hetzereien der hiesigen Presse[1], besonders der „Nowoje Wremja", zurückführen zu sollen, welche die maßvolle Politik des Herrn Sasonow in der serbischen Frage als ein Zurückweichen vor Österreich-Ungarn, als ein „neues diplomatisches Tschusima" darzustellen bemüht war.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Auf Hofeinflüße zurückzuführen

Nr. 12728

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 28 St. Petersburg, den 23. Januar 1913
[pr. 25. Januar]

Unter den Fragen, welche Herrn Sasonow, wie er mir sagte, noch schwere Sorgen bereiten, nannte er als eine besonders ernste die bulgarisch-rumänischen Differenzen. Der Minister versicherte, daß er sich große Mühe gegeben habe, die Bulgaren zu den bisher gemachten Zugeständnissen zu bewegen. Er klagte zugleich über das geringe Maß von Entgegenkommen, das die Rumänen bis jetzt zeigen. Bulgarien sei auf Rußlands Rat von seinem ursprünglichen Standpunkt schon sehr weit abgewichen und habe Forderungen Rumäniens, insbesondere solche, die durch strategische Rücksichten begründet wurden, erfüllt. Es zeige sich geneigt, die Befestigungen von Silistria abzutreten, einige für Rumänien wichtige Grenzregulierungen vorzunehmen und Rumänien einen kleinen Streifen Landes bei dem Hafen Mangalia, wodurch dieser Hafen eine militärisch günstige Lage bekomme, zu überlassen. Mehr könne man billigerweise nicht verlangen. Rumänien würde daher gut tun, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Der bulgarische Charakter sei sehr rachsüchtig, und es sei für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern dringend zu wünschen, daß Rumänien jetzt nicht auf größere Opfer seitens Bulgariens bestehe.

Herr Sasonow flocht im Laufe des Gesprächs ein, daß, falls es zwischen Rumänien und Bulgarien zum Bruch kommen sollte, ein Konflikt unmittelbar an seiner Grenze Rußland nicht gleichgültig lassen könnte.

F. Pourtalès

Nr. 12729

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 St. Petersburg, den 25. Januar 1913

Ich fand Herrn Sasonow gestern äußerst beunruhigt über Vorgänge in Konstantinopel*. Minister erklärte, die Rückkehr des jungtürkischen Regimes, das sich Rußland stets feindlich gezeigt habe, schaffe bezüglich russisch-türkischer Beziehungen ernste Lage[1]. Herr Sasonow, den ich noch nie so erregt gesehen habe, schob die Schuld an den jüngsten Ereignissen auf das zögernde und schwächliche Verhalten der Mächte[2]. Hätte man

* Vgl. Nr. 12722, Fußnote *.

sich zu einer energischen Pression auf die Türkei entschlossen, wäre der Frieden wahrscheinlich jetzt schon geschlossen. Ich bemerkte, daß ich diese Ansicht keineswegs teile, ebensogut könne man behaupten, daß gerade Schritt der Mächte die Gemüter in Konstantinopel erregt und den intransigenten Elementen das Spiel erleichtert habe[3].

Jedenfalls scheine mir jetzt strengste Neutralität dringend geboten[4]. Kabinettswechsel in Konstantinopel sei interne türkische Angelegenheit, und wenn Jungtürken durchaus Krieg fortsetzen wollten, so müsse den Waffen die Entscheidung überlassen bleiben. Solange den Angehörigen fremder Staaten keine Gefahr drohte, sähe ich keinen Anlaß zu einem Einschreiten[5]. Herr Sasonow gab zu, daß für Fremde vorläufig keine Gefahr besteht. Der Gedanke einer neutralen Zurückhaltung war ihm aber augenscheinlich wenig sympathisch[6*].

Pourtalès

---

* Wie Graf Pourtalès am 26. Januar weiter meldete, hätte Sasonow am 25. dem italienischen Geschäftsträger Marquis Torretta gesagt, Rußland werde vorläufig gegenüber der neuen Regierung in der Türkei „une attitude pleine de soupçon" beobachten. Am 27. sagte Sasonow wieder zu Graf Pourtalès, laut dessen Telegramm Nr. 36, Rußland werde zunächst die Taten der wieder zur Macht gelangten Jungtürken abwarten; es bleibe auf dem Boden des Einvernehmens mit den anderen, aber auch der Kollektivdemarche wegen Adrianopel stehen. Nach einer in Paris am 27. Januar überreichten Note (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 55) hätte sich Sasonow nicht auf solche Äußerungen zu den Dreibunddiplomaten beschränkt, sondern in aller Form durch den russischen Botschafter in Berlin die Besorgnisse der russischen Regierung über kriegerische Folgen des Konstantinopeler Umsturzes zum Ausdruck bringen lassen. Tatsächlich hat sich der russische Botschafter Sverwejew dieses Auftrags am 27. Januar gegenüber Staatssekretär von Jagow entledigt; vgl. Jules Cambons Telegramm vom 29. Januar (Französisches Gelbbuch a. a., O., II, 59 s., ferner die Aufzeichnung von Jagows vom 30. Januar siehe Nr. 12762). In Paris, wo inzwischen infolge der Erwählung des Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der Republik das von ihm geleitete Kabinett dem Ministerium Briand mit Jonnart als Außenminister Platz gemacht hatte, war man über das selbständige russische Vorgehen in Berlin wenig erbaut. Botschafter Louis mußte Sasonow amtlich die einmütige Überzeugung des neuen Kabinetts ausdrücken: „que le Gouvernement russe aurait dû se concerter avec le Gouvernement de la République avant d'exprimer à la Chancellerie de Berlin ses inquiétudes sur les conséquences possibles d'une reprise des hostilités entre la Turquie et les coalisés balkaniques." Französisches Gelbbuch a. a. O., II, 57. Überhaupt besorgte man in Paris sehr, daß Rußland auf eigene Faust in Konstantinopel Schritte, analog der Demarche vom 23. Dezember 1912 (vgl. Kap. CCLXVII, Nr. 12559, Fußnote **), tun könnte, die in ihren Folgen die Bündnisverpflichtung Frankreichs ins Spiel zu bringen vermöchten. Schon am 24. Januar ließ Jonnart den russischen Außenminister durch Botschafter Louis beschwören, keinerlei militärische Demonstrationen gegen die Grenzen Armeniens vornehmen zu lassen, da ein solcher Vorstoß das englisch-russische Einvernehmen stören und unter den gefährlichsten Umständen die kleinasiatische Frage aufrollen werde. Jonnart an G. Louis, 24. Januar. Französisches Gelbbuch a. a. O., II, 52 s. Im gleichen Sinne äußerte sich Jonnart gegenüber dem russischen Geschäftsträger Sewastopulo: Rußland möge keinesfalls eine Initative ergreifen, ohne zuvor in einen Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich eingetreten zu sein. Geheimtelegramm Sewastopulos an Sasonow, 25. Januar. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 38. Vgl. R. Poincaré, Au Service de la France, III, 77 ss.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das böse Gewissen! Das kommt vom Intriguiren!

[2] dazu gehört er doch auch!
Er hat ja den Türken klargemacht daß unsre gemeinsame Note eine Drohung der Westmächte sei! Wenn wir geschossen hätten was hätte er dann gesagt?!!

[3] richtig
sogar sehr wahrscheinlich wie die Seymour Expedition in Peking!

[4] absolut

[5] richtig

[6] natürlich nicht! Er wollte per „Demonstration" in den Bosporus hinein, und dann Armenien einhandeln; das ist ihm jetzt versalzen! Er muß es jetzt fortnehmen ohne „Demonstrations- u[nd] Großmächte Mäntelchen", und das würde andren Mächten mißfallen! Und Rußland stünde als Störenfried cum odio belli vor den erstaunten Blicken seiner Ententecollegen und Europa's da!

Nr. 12730

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Wien, den 24. Januar 1913
[pr. 25. Januar]

Graf Berchtold äußerte sich heute abend mir gegenüber dahin, seiner Ansicht nach dürfe es der Dreibund nicht zulassen, daß den Mächten der Tripelentente die Initiative und die aktive Politik in der kleinasiatischen Frage überlassen würden. Es handele sich schließlich um die gesamte Küste des östlichen Mittelmeeres. Er habe heute eine eingehende Unterhaltung mit dem Herzog von Avarna über diese Frage gehabt und dabei festgestellt, daß man auch in Rom diese Ansicht vertrete.

Tschirschky

Nr. 12731

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 47 Berlin, den 25. Januar 1913

Es läßt sich nicht verkennen, daß in St. Petersburg starke Strömung dahin geht, aus bisher beobachteter Neutralität der Türkei gegenüber herauszutreten und derselben in ihrem asiatischen Teil Verlegenheiten zu bereiten. Inwieweit Herr Sasonow diesen Strömungen bereits unterlegen ist, lasse ich zunächst dahingestellt. Tatsache ist, daß Rußland stark im Kaukasus gerüstet hat und russische Agenten bereits in Armenien tätig sind. Bitte Sir E. Grey mit allem Nachdruck auf den außerordentlichen Ernst der Lage aufmerksam machen, die durch ein aktives Vorgehen Rußlands im gegenwärtigen Augenblick geschaffen werden würde.

Jagow

Nr. 12732

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Eigenhändiges Konzept

Nr. 51 Berlin, den 25. Januar 1913

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet*:

„Der sonst ruhige und verständige rumänische Militärattaché** sagte gestern Herrn von Strempel, er habe in den letzten Tagen aus bestinformierten Quellen folgende Nachrichten über die Stimmung in Rumänien erhalten: Rußland setze sich mit ganzer Kraft und über die bulgarischen Wünsche hinaus für Bulgarien ein, während die Unterstützung, welche Österreich Rumänien gewähre, nur mit einem schwankenden Rohr zu vergleichen sei, trotzdem Rumänien 20 Jahre treu zu Österreich gestanden habe. Es werde unbedingt demnächst in Bukarest eine Entscheidung fallen, entweder für den Krieg mit Bulgarien oder für eine Abschwenkung nach Rußland."

Ew. pp. bitte ich, dort nach wie vor für eine maßvolle Haltung der Regierung einzutreten.

Zimmermann

Nr. 12733

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Paris, den 25. Januar 1913

Nach Äußerung Politischen Direktors hält französische Regierung gegenüber Umschwung in Konstantinopel fest an Prinzip völliger Neutralität, Einigkeit der Mächte, Vermeidung jeglicher Initiative[1]***.

Regierung hat auch aus Petersburg beruhigende Nachrichten und beurteilt daher im Gegensatz zu Presse Lage ohne Pessimismus.

Schoen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut
sie soll nur die Russen festhalten

---

* Telegramm Nr. 42 vom 25. Januar.

** Oberstleutnant Razu.

*** Vgl. auch das französische Zirkulartelegramm vom 25. Januar (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 53), in dem es u. a. heißt: „Le Gouvernement de la République estime que l'union des six grandes Puissances est le moyen le plus efficace de maintenir l'existence nationale de la Turquie et de sauvegarder la paix générale. Il s'applique donc à faire prévaloir une politique de concert entre tous les Cabinets."

Nr. 12734

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, den 25. Januar 1913

Nach Mitteilung des österreichisch-ungarischen Botschafters hat der Herzog von Avarna dem Grafen Berchtold gesagt, Marquis di San Giuliano befürchte ein aktives Vorgehen Rußlands in der armenischen Frage. Die russische Regierung habe Vertrauensleute nach Armenien entsandt, die dort arbeiteten. In Rußland beständen zwei Strömungen. Der Gouverneur des Kaukasus Woronzow-Daschkow sei gegen ein Eingreifen, da die hiervon zu erwartende Stärkung des armenischen Elements eines Tages Rußland unbequem werden könne. Das Petersburger Auswärtige Amt sei dafür, weil die öffentliche Meinung unter dem Eindruck stehe, Rußland habe in der Balkankrise bisher zu schlecht abgeschnitten, und weil die Regierung diesen Eindruck durch irgendeinen Erfolg zu beseitigen wünsche. Die Möglichkeit zu einem solchen Erfolge hoffe das Petersburger Kabinett in Armenien oder vor den Dardanellen zu finden. Der italienische Minister erblicke hierin eine ernste Gefahr und neige dazu, dem russischen Bedürfnis nach Erfolgen durch Nachgiebigkeit auf der Botschafterkonferenz entgegenzukommen.

Graf Berchtold ist, wie Graf Szögyényi mitteilt, im letzteren Punkte anderer Meinung. Er glaubt, daß ein Einlenken in der albanischen Frage in London noch keine Garantie gegen die Geltendmachung russischer Velleitäten bezüglich Armeniens oder der Dardanellen bieten würde. Man würde eventuell in die Lage kommen, in Albanien Konzessionen gemacht zu haben und sich doch anderweitigen Forderungen Rußlands gegenüber zu sehen.

Jagow

Nr. 12735

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann

Privatbrief

Wien, den 23. Januar 1913
[pr. 25. Januar]

Es geht heute mein Bericht B 504 mit dem Militärbericht 12/13 Nr. 5, Geheim* ab. Graf Kageneck berichtet darin über Unterhaltungen mit General von Conrad, dem Kriegsminister von Krobatin und anderen

* Siehe Nr. 12736.

Militärs. Aus diesen Besprechungen geht hervor, wie dies der Militärattaché auch schon in seinem Bericht Nr. 4/13* gemeldet, daß man in diesen Kreisen noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben hat, mit Hilfe der albanischen Grenzfrage zu einem Waffengange mit Serbien zu kommen und auf diese Weise die ersehnte Abrechnung herbeiführen zu können. Daß man die Albaner als Sturmbock gegen Serbien benutzen will, höre ich auch von anderer Seite. General von Conrad hat sich nämlich sogar dem Grafen Kageneck gegenüber zu dem Ausspruch hinreißen lassen, man müsse Albanien „insurgieren". Der Graf hat auf meine Veranlassung davon Abstand genommen, diesen Ausspruch amtlich zu melden, doch möchte ich nicht unterlassen, ihn auf diesem nichtamtlichen Wege zu Ihrer Kenntnis gelangen zu lassen. Bei diesen Äußerungen des Generalstabschefs ist zu bedenken, daß er selbst hinzugefügt hat, dieser sein Plan finde beim Kaiser, beim Erzherzog-Thronfolger und bei Graf Berchtold energischen Widerstand[1]. Man hatte in militärischen Kreisen zweifellos die Absicht, den Albanern schon jetzt Waffen und Munition zu liefern**. Davon ist man jetzt wieder abgekommen, da der Kriegsminister dem Kaiser gegenüber die Verpflichtung übernommen hat, die Waffen zunächst in Triest aufzustapeln[2], um sie erst im gegebenen Momente nach Albanien zu senden.

Auch von anderer Seite, von einer führenden parlamentarischen Persönlichkeit, ist mir von diesen im militärischen Lager bestehenden Strömungen Mitteilung gemacht worden. Für die Notwendigkeit, eine gründliche Regelung der südslawischen Verhältnisse durch einen siegreichen Krieg gegen Serbien — wobei stets angenommen wird, daß Rußland nicht eingreifen würde oder anderweit[3]***, zum Beispiel in Kleinasien, beschäftigt werden könnte — herbeizuführen, wird auch in Kreisen, die dem Belvedere nahestehen, mit folgender Argumentation operiert. Der jetzige Zustand

---

* Siehe Nr. 12709.

** Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 107ff. Am 6. Februar richtete Graf Berchtold ein Schreiben an den Generalstabschef, in dem er vom Standpunkt seines Ressorts gegen die geplante und tatsächlich bereits eingeleitete Bewaffnung der albanischen Bergstämme im gegenwärtigen Zeitpunkt die schwersten Bedenken geltend machte. In seinem Antwortschreiben vom 8. Februar setzte sich General Conrad nachdrücklich für die albanische Insurrektion — er gebraucht dieses Wort auch hier — ein. Das Berchtoldsche Bedenken, daß eine solche Maßregel von den Mächten als ungerechtfertigter Neutralitätsbruch interpretiert werden könnte, sucht Conrad mit dem Hinweis darauf zu entkräften, daß namentlich Frankreich und Rußland die Neutralität auch nicht wahrten: „Was den Neutralitätsbruch anbelangt, liegen hier zahlreiche Nachrichten vor, die beweisen, wie wenig Skrupel sich in dieser Hinsicht andere Staaten, vor allem Rußland und Frankreich, auferlegen, aber auch Italien soll schon seit längerem Waffen, speziell Gewehre und Munition, und zwar das neueste italienische Ordonanzmodell, in Albanien einschmuggeln. — Speziell liegen ganz neue Nachrichten vor, daß Rußland von Odessa schweres Artilleriematerial nach Antivari dirigiert, welche Maßnahme den für die Monarchie so sehr unerwünschten Fall von Skutari herbeizuführen geeignet erscheint."

*** Vgl. dazu Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 68f.

der südslawischen Länder sei nicht haltbar. Eine Remedur sei unter den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen nicht möglich. Der Dualismus verhindere jede durchgreifende Maßnahme. Also müsse auch mit dem Dualismus gebrochen und die Gesamtmonarchie auf föderalistischer Basis neu eingerichtet werden. Ein Plan, dem bekanntlich der Erzherzog-Thronfolger nicht fern steht, dem der Dualismus vor allem ein Dorn im Auge ist. Damit werde auch der für den Bestand der Monarchie sehr gefährliche trialistische Gedanke eliminiert, der früher oder später eine Lostrennung der südslawischen Gebiete im Gefolge haben würde. Bei einer allgemein föderativen Gestaltung der Monarchie, wobei jede Nationalität ihre eigene Provinz bilden würde, würde keiner dieser vielen Provinzen eine führende Rolle zufallen, und die Zentralgewalt würde gestärkt aus diesem Umbildungsprozesse hervorgehen.

Momentan liegt wohl in der Person des Kaisers eine sichere Garantie, daß alle diese kriegerischen und staatsumwälzenden Pläne nicht zur Durchführung gelangen werden. Ich wollte aber doch Euerer Hochwohlgeboren von diesen unter der amtlichen Oberfläche bestehenden Strömungen für alle Fälle Kenntnis geben.

Es besteht für mich weiter kein Zweifel darüber, daß die albanische Frage noch in vieler Beziehung ernste Schwierigkeiten ergeben wird. Abgesehen von der Abgrenzungsfrage droht noch eine andere, nämlich die Frage der Kontrolle, gefährliche Reibungen zu ergeben. Ich weiß nicht, von wem in London die Idee dieser Kontrolle ausgegangen ist*. Bisher hatte ich nur von einer Neutralitätsgarantie der sechs Mächte gehört. Jedenfalls ist diese Kontrollfrage das geeignetste Mittel, um Wien mit Rom zu verfeinden — falls nur diese zwei die Kontrolle ausüben sollen —, und andernfalls, wenn alle sechs Großmächte in die Verwaltung des Landes hineinzureden das Recht erhalten sollten, Albanien zum Tummelplatz von

---

* Die Idee einer internationalen Kontrolle in Albanien war von russisch-französischer Seite ausgegangen; sie bezweckte, eine Präponderanz Österreich-Ungarns und Italiens in Albanien auszuschließen. Ausführlich entwickelt Sasonow in einem Schreiben an Graf Benckendorff vom 12. Dezember 1912 seine Gedanken über eine einzurichtende Kontrolle, indem er betont: „Unsere Sache ist es, dafür zu sorgen, daß die obenerwähnten Aufgaben und die mit denselben verbundenen Vorrechte in gleichem Maße zwischen den Mächten verteilt werden.“ Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht, XXV, 140, nach dem russischen Orangebuch. Deutlicher kommt die antiösterreichische Spitze bereits in der Instruktion für Cambon vom 15. Dezember 1912 (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 11) zum Vorschein, die für Albanien ein „régime de l'autonomie sous la garantie des Puissances“ verlangt, was ebenfalls eine internationale Kontrolle bedeutet: „Les préférences du Gouvernement austro-hongrois, pour autant qu'on puisse les connaître, sont pour un condominium austro-italien. Le Gouvernement de Rome, prévoyant qu'un tel état de choses risquerait de tourner à l'avantage exclusif de l'Autriche-Hongrie, se montre peu favorable à cette combinaison. D'accord, en cela, avec la Russie et l'Angleterre, nous ne sommes pas, de notre côté, disposés à accepter une solution qui équivaudrait à la main-mise de l'Autriche sur cette région: le régime de l'autonomie sous la garantie des Puissances, qui écarterait ce danger, serait accepté par nous.“

Intrigen zu machen, dem Einfluß Rußlands und seiner Freunde dort Tür und Tor zu öffnen und das Land jedenfalls niemals zur Ruhe kommen zu lassen. In Rom fühlt man diese Gefahr sehr deutlich, und um nur nicht mit Österreich in Albanien allein zu bleiben — möchte man dort die Kontrolle allen sechs Mächten übertragen. Soweit Finanz und Justiz in Frage kommen, wäre das ja nach ägyptischem und griechischem Muster durchführbar ohne imminente Gefahr. Wenn aber die Kontrolle auf die gesamte Verwaltung ausgedehnt werden sollte, so müßte das bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zur Einmischung einer oder der anderen Macht führen, und Albanien würde ein gefährlicher Herd von Unruhe werden. Der Herzog von Avarna sprach mir auch sehr besorgt über all diese Fragen[4]. Sein letztes Wort war aber immer, nur nicht allein mit Österreich in Albanien, dann lieber gar keine Kontrolle oder diejenige der sechs Mächte. Wie die Verhältnisse aber in dem einen wie in dem anderen Falle zu gestalten sein würden, konnte er mir nicht angeben.

Italien, meinte mein italienischer Kollege ganz vertraulich, habe in der albanischen Frage von vornherein den Fehler begangen, nie mit bestimmten Vorschlägen hier in Wien hervorgetreten zu sein, sondern sich einfach von Österreich ins Schlepptau haben* nehmen lassen. Er bestätigte mithin in gewisser Weise, was mir Graf Berchtold neulich sagte, daß von Rom nie eine bestimmte Stellungnahme zu erreichen gewesen wäre. Über Marquis Imperiali äußerte sich der Herzog von Avarna in wenig schmeichelhafter Weise und beklagte, daß Italien durch diesen Diplomaten jetzt in London vertreten sei, der der Lage in keiner Weise gewachsen sei, seine Instruktionen ungeschickt oder garnicht ausführe, „et qui jase".

Es wird nicht leicht sein, die albanische Angelegenheit zu einem guten Abschluß zu bringen[5], besonders wenn solche Dinge passieren, daß zum Beispiel Graf Mensdorff die Preisgabe von Diakowa und der Skutariebene empfiehlt, während Graf Berchtold gerade diese zwei Forderungen als ganz unerfüllbar erklärt.

von Tschirschky

Randbemerkungen Zimmermanns:

[1] Das ist die Hauptsache. Daß die Herren Militärs losschlagen möchten, ist natürlich.
[2] Darauf haben wir, wenigstens soweit deutsches Material in Frage kommt, bestanden.
[3] ?
[4] Genau wie Pansa.
[5] Leicht wird es wohl nicht sein, aber doch gelingen!

* sic!

Nr. 12736

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 5 Wien, den 22. Januar 1913
Geheim [pr. 25. Januar]

Der Korpskommandant in Wien* gab heute ein Militärdiner, zu dem außer den Erzherzögen Leopold und Franz Salvator die Armeeinspektoren, der Kriegsminister, Chef des Generalstabes und als Vertreter des Dreibundes mein italienischer Kollege**, der Marineattaché der Kaiserlichen Botschaft*** und ich eingeladen waren.

Von der hohen Generalität war auffallenderweise nur Armeeinspektor von Auffenberg nicht der Einladung gefolgt, trotzdem ich vormittags seine Anwesenheit in Wien durch Augenschein feststellen konnte.

Es ist nicht mehr wie begreiflich, daß sich diesen Abend die Unterhaltung zumeist um die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen in Europa drehte.

Der Kriegsminister, dessen Tischnachbar ich war, setzt seine letzte Hoffnung darauf, daß bei der Regelung der albanischen Grenzfrage die Serben einen derart intransigenten Standpunkt einnehmen werden, welcher der Monarchie einen Vorwand schaffen könnte, den serbischen Widerstand mit Waffengewalt zu brechen.

Ähnliche Hoffnungen, wie ich sie in meinem Bericht Nr. 4/13† seitens des Generalstabschefs erwähnt hatte, setzt auch Feldzeugmeister von Krobatin in die spätere Hilfe des Albanervolkes. Er betont dabei die Schwierigkeit, den richtigen Zeitpunkt für deren Bewaffnung zu erfassen. Man müsse die nötigen Waffen und Munition in Triest bereithalten und erst dann ausfolgen, wenn feststeht, daß man Serbien den Krieg erklären will. In diesem Sinne habe er auch Seiner Majestät Vortrag gehalten und dem Monarchen gegenüber die Verpflichtung übernommen, die vorerwähnte Methode strikte einzuhalten.

Der Kriegsminister bestätigte mir ebenfalls auf Grund vieler bei ihm eingelaufenen Berichte der Korpskommandanten, daß bei der Einrückung von Reservisten serbischer oder überhaupt südslawischer Nationalität keinerlei Anstände sich ergeben haben. „Noch kann man sich auf diese Leute verlassen, auf wie lange, wenn es jetzt zu nichts kommt, dafür kann kein Mensch garantieren." Dies ist die allgemeine Auffassung der k. und k. Offiziere.

---

* A. von Ziegler.
** Oberstleutnant Albricci.
*** Kapitän z. S. Graf v. Posadowsky-Wehner.
† Siehe Nr. 12709.

Wenn die Abrechnung mit Serbien der österreichisch-ungarischen Wehrkraft auch diesmal nicht beschieden sein sollte, ein Gutes hat die Spannungszeit wieder gebracht. Der Kriegsminister benützt die Gelegenheit, um manche Lücke im Heerwesen auszufüllen oder das Tempo zu beschleunigen. So werden, wie er mir sagt, jetzt im Februar noch 46 Infanterie-Maschinengewehrabteilungen aufgestellt. Die noch nicht damit beteilten Kavallerieregimenter werden ihr Material erst im Frühjahr und Sommer erhalten. Der Flugzeugpark wird um 42 Apparate vermehrt. Wie mir der Direktor der Wiener-Neustädter Daimlerwerke mitteilt, hat die Heeresverwaltung allein für dreieinhalb Millionen Kronen Lastautos und Flugzeugmotoren bei seiner Firma bestellt. Diese Lieferungen bieten ein schwaches Äquivalent für den infolge der Handelsstockung schwer fühlbaren Ausfall an Privatbestellungen.

Sehr befriedigt äußerte sich der Kriegsminister über die am Sonntag, den 20. Januar auf dem Artillerieschießplatz am Steinfeld stattgehabten Schießversuche mit dem von Skoda gefertigten 30,5 cm Mörser (von dem bisher zwölf Stück fertiggestellt sind). Es wurden auf eine Entfernung von 8000 m 160 Schuß mit voller Ekrasitladung abgegeben. Ziel: eine Granitbetoneindeckung. Diese wurde von den Granaten mit Verzögerung bis auf 1,20 m durchschlagen und die Eisenträger auseinandergebogen. Ein demnächst zu wiederholender Schießversuch soll dartun, wie die Wirkung einer in der Nähe einer solchen Eindringungsstelle einschlagenden Granate sein mag. Jedenfalls herrscht über die Wirkung des 30,5 cm Mörsers große Zufriedenheit, was mir auch heute abend der Festungsartillerieinspektor bestätigte. Die Indiskretion eines Reporters der „Zeit" ließ die in der Anlage* gehorsamst beigefügten Daten über die Schießversuche in die Öffentlichkeit dringen. Das Kriegsministerium wird die Angelegenheit noch verfolgen.

Andere hohe Generäle, wie der k. und k. Minister für Landesverteidigung** und der Generalstabschef setzen ebenfalls ihre Hoffnung auf zutage tretende Schwierigkeiten bei der albanischen Grenzregulierung. Conrad meinte zu mir: „Der Kriegsminister, der Marinekommandant***, der gemeinsame Finanzminister von Bilinski und ich geben nicht locker." Alle Generäle sind darin einig, daß eine friedliche Beilegung des rumänisch-bulgarischen Streitfalles als im Interesse der Monarchie sehr erwünscht sei. Verschiedenen Ansichten jedoch begegnet man in der Beurteilung von Rußlands Haltung im Falle eines Konfliktes der Donaumonarchie mit Serbien. General von Csicserics, der den ostasiatischen Krieg auf Seite Rußlands mitgemacht hat, neigt zu der Auffassung, daß Rußland Serbien nicht volle Unterstützung leihen werde. Er rechnet sogar in Bälde mit einem russisch-chinesischen Zusammenstoß.

---

* Nicht bei den Akten.
** General Freiherr von Georgi.
*** Graf Montecuccoli.

Einen Eindruck habe ich jedenfalls aus zwei Unterredungen mit Exzellenz von Conrad heute morgen und abend gewonnen, daß der Chef bei Besprechung der Lage sich viel ruhiger äußert wie früher und von seinem Stürmertum manches begraben hat, gewiß zum Nutzen für seine Beziehungen zum Ministerium des Äußern.

Als für die jetzige Lage bemerkenswertes Zeichen möchte ich schließlich die Tatsache anführen, daß General von Conrad am 28. Januar auf der russischen Botschaft zum Diner geladen ist, trotzdem er, wie ich heute von ihm selbst höre, bisher noch keinen Besuch dort gemacht hat.

Der russische Botschafter lud mich ebenfalls zu diesem Diner ein mit dem Hinzufügen, er sei sehr dankbar, wenn ich zusage, da auch General von Conrad erscheinen werde.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12737

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 25. Januar 1913

Ich habe die ernste Besorgnis, daß England dem Drängen Rußlands und Frankreichs, eine Liquidation der kleinasiatischen Türkei schon jetzt zum mindesten vorzubereiten, nachgeben wird. Die Depesche Lichnowskys Nr. 42* klingt verdächtig. Wenn auch Sir Edward Grey „vorläufig"

* Siehe Nr. 12725. Neben der Depesche Lichnowskys vom 24. Januar dürfte auch ein Bericht Freiherrn von Wangenheims vom 21. Januar, der am 24. in Berlin eintraf, auf die Aufzeichnung des Reichskanzlers eingewirkt haben. Dieser Bericht, der in seinem ersten Teile das Verhältnis der Mächte der Tripelentente zu dem Balkanbund und der Türkei erörterte, ging in seinem weiteren Verlauf ausführlich auf die Reformfrage (vgl. Bd. XXXVIII, Kap. CCXC, Nr. 15435, Fußnote) und die kleinasiatische Frage ein. Über letztere hieß es: „Aber auch noch aus einer anderen Erwägung, die mit dem Balkanbunde in keinerlei Zusammenhang steht, gelangt man zu dem Schlusse, daß Deutschland nach dem Friedensschlusse für die Erhaltung der asiatischen Türkei wird eintreten müssen. Wird die Türkei sich selbst überlassen, so dürfte der Zersetzungsprozeß, welcher jetzt zur Auflösung der europäischen Türkei führt, sehr bald sich auf Kleinasien übertragen. Nicht nur unter den Türken in Konstantinopel, sondern, wie zahlreiche Meldungen aus dem Innern besagen, auch unter der kleinasiatischen Bevölkerung herrscht die Überzeugung, daß die Aufteilung der asiatischen Türkei binnen weniger Jahre bevorsteht, wenn nicht an der Zentrale ein vollkommener Systemwechsel eintritt, und wenn die Armee fortfährt, sich in die innere Politik des Landes einzumischen. Rußland und Frankreich bereiten sich bereits für den wahrscheinlichen Fall vor, daß sich auch in Kleinasien die Dinge in einer Weise entwickeln, welche eine Intervention zum Schutze bedrohter russischer oder französischer Interessen als vor Europa vertretbar erscheinen lassen würde. Kleinasien gleicht schon heute in vieler

der Einteilung von Interessensphären nicht näher treten will, so wird er uns doch eines schönen Tages erklären, daß die Verhältnisse stärker gewesen seien als er, und wird uns dann vor ein fertiges Interessensphärenprogramm der Tripelentente stellen. Dabei wird sich die Tripelentente nicht damit begnügen, die Interessensphären auf dem Papier abzugrenzen, sondern die Sache wird auf Okkupationen und sehr reale Protektorate hinauslaufen. Ich halte es für ein Unheil und eine Schwächung Deutschlands, wenn wir denselben Weg beschreiten müssen. Aber wir müssen uns klar sein, worauf wir hinaus wollen. Denn wie sich auch die Sache momentan gestalten mag, so wird doch die Liquidation der kleinasiatischen Türkei unter allen Umständen die Frage der Zukunft sein, es sei denn, daß sich die Großmächte vorher in einem kontinentalen Krieg zerfleischen. Ob wir bei einer Liquidation auf dem Standpunkt stehen bleiben können, daß wir nichts anderes wollen, als unsere wirtschaftlichen Interessen in Kleinasien in derselben Weise weiter pflegen wie bisher, ist mir zweifelhaft. Wollen wir aber eintretendenfalls darüber hinausgehen, so müssen wir meines Erachtens schon jetzt England eine entsprechende Andeutung machen*.

v. Bethmann Hollweg

Hinsicht dem marokkanischen Reiche vor der Algeciraskonferenz. Rascher, als man glaubt, könnte eines Tages die Frage der Aufteilung Kleinasiens aufgerollt werden. Nun sind wir in Marokko nur mit sehr geringen Werten, in Kleinasien aber mit vielen Hunderten von Millionen und außerdem mit unserem Prestige engagiert, welches sich an die Bagdadbahn knüpft. Daß die Gebiete, welche durch deutsche Arbeit an den Weltverkehr angeschlossen worden sind, in nichtdeutsche Hände übergehen könnten, wäre dem deutschen Volksbewußtsein ein unerträglicher Gedanke. Wollen wir bei der Verteilung nicht leer ausgehen, so müßten wir uns schon jetzt mit den interessierten Mächten, namentlich aber mit England, verständigen. Nun sind ja unsere Beziehungen zu Großbritannien dank der weisen und vorsichtigen Politik Euerer Exzellenz in entschiedener Besserung begriffen, was auch hier erkennbar ist. Ob indes der Umschwung in England bereits soweit populär geworden ist, daß die englische Regierung in eine Festsetzung Deutschlands in Kleinasien und namentlich in einem Hafen der kleinasiatischen Küste unbedenklich willigen könnte, ist wohl mindestens fraglich. Ein deutsches Mersina oder Alexandrette wird dem heutigen Engländer noch unsympathischer sein als ein deutsches Agadir. Jeder vernünftige deutsche Politiker hofft, daß aus den bescheidenen Anfängen des englisch-deutschen Ausgleichs etwas Dauerhaftes herauswächst. Aber die zarte Pflanze wird viele Jahre zu ihrer Entwickelung brauchen und muß bis dahin schonend behandelt werden. Solange wird sich die kleinasiatische Türkei aber nicht halten, wenn ihr nicht von befreundeten Mächten eine energische und durchgreifende Unterstützung zuteil wird.
Zwischen meinem österreichischen und italienischen Kollegen ist die Zukunft der asiatischen Türkei in der letzten Zeit wiederholt eingehend besprochen worden. Sowohl Markgraf Pallavicini als Marquis Garroni werden ihren Regierungen nahelegen, dafür einzutreten, daß unmittelbar nach dem Friedensschluß der Türkei seitens des Dreibundes eine helfende Hand geboten werde."
* Vgl. Nr. 12744.

Nr. 12738

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 36 Berlin, den 26. Januar 1913

Der Kaiserliche Botschafter in London telegraphiert gestern*: „Bei heutiger Sitzung gelangte Skutarifrage zur Erörterung. Die russische und österreichische Auffassung standen sich unvermittelt gegenüber. Graf Mensdorff erklärte, die Gegend von Skutari sei von der Stadt unzertrennlich. Gebietsabtretungen könnten hier an Montenegro nicht gemacht werden, Graf Benckendorff wies darauf hin, daß es ungerechtfertigt sei, einseitig den ethnographischen Standpunkt für Albanien hervorzukehren und nicht auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß Serbien und Montenegro Opfer an Gut und Blut gebracht hätten und siegreich wären. Seine Weisungen wären für die Drinagrenze, doch müßten, falls russische Regierung Skutari preisgäbe, Gegenleistungen in der Ebene und am See verlangt werden. Die angebotene Regelung der Bojana genüge nicht.

Ich wies darauf hin, daß Österreich-Ungarn den Sandschak, auf den es ältere Rechte besaß, preisgegeben habe und daher in der Lage sei, Berücksichtigung seiner Wünsche auf anderen Gebieten zu verlangen.

---

* Telegramm Nr. 43 vom 25. Januar. Bei der Weitergabe nach Wien kam der Anfang des Lichnowskyschen Telegramms in Wegfall. Er lautete: „Bei heutiger Sitzung teilte Sir E. Grey zunächst mit, daß er auf Wunsch des britischen Botschafters in Konstantinopel für alle Fälle zwei Schiffe nach Besikabai senden werde, nicht im Sinne eines Druckes, sondern für die Sicherheit englischer Interessen. Dasselbe beabsichtigt nach einer Erklärung des Marquis Imperiali italienische Regierung zu tun. Ich benutzte Anlaß, um unseren Standpunkt hinsichtlich Neutralität und hinsichtlich Kleinasiens zu kennzeichnen. Sodann sagte Sir E. Grey, er hielte im gegenwärtigen Augenblick jede finanzielle Unterstützung der Türkei — auch in der Form von Vorschüssen — für unangebracht, da eine solche die Pforte nur in ihrem Widerstand bestärken würde. Es müsse alles vermieden werden, was die jetzige jungtürkische Regierung als eine Ermutigung zum Widerstand auffassen könnte. Er suchte mir gegenüber nach der Sitzung diese Auffassung besonders zur Geltung zu bringen. Hierauf erzählte Sir E. Grey, Danew sei bei ihm gewesen und habe von der Notwendigkeit gesprochen, nunmehr vorzugehen. Man erwarte die Entscheidung der Türkei spätestens Dienstag und wolle alsdann den Waffenstillstand kündigen, falls die Antwort nicht befriedigend ausfalle. Die Bulgaren hofften noch immer, daß der Fall Adrianopels die Übergabe der Stadt erleichtern werde. Die allgemeine Ansicht ginge dahin, daß die übrigen Verbündeten — namentlich die Serben — es mit der Kündigung des Waffenstillstandes weniger eilig hätten, und daß diese daher frühestens Dienstag erfolgen würde. Ich habe in Gemäßheit der mir erteilten Weisung ursprüngliche französische Formulierung der finanziellen Frage in Anregung gebracht. Herr Cambon erklärte sich mit derselben einverstanden, . . . Herr Poincaré durch ein Versehen von ihr keine Kenntnis gehabt habe. Alle anderen schienen einverstanden, wollten aber darüber berichten."

Genauerer, von Herrn Cambon verfaßter Verhandlungsbericht folgt per Post*.

Da die Angelegenheit auf diese Weise nicht vorwärts kommt, verabredete ich mit beiden Bundesgenossen, daß ich Sir E. Grey vorschlagen wolle, mit ihm — falls Euere Exzellenz mich hierzu ermächtigen — einen Mittelweg zu vereinbaren, der alsdann vertraulich nach Petersburg und Wien mitgeteilt würde, um die dortige Zustimmung zu erlangen, ehe wir das Vereinbarte der Botschafterversammlung vorlegten.

Hierzu wäre nun vor allem notwendig, daß man in Wien im Sinne einer entgegenkommenden Haltung von uns aus einwirkte und die grundsätzliche Zustimmung zu Abtretungen in den montenegrinisch-albanischen Grenzgebieten erlangt. Verharrt Wien auf seiner bisherigen unbedingt ablehnenden Haltung, so dürfte der Krieg unvermeidlich werden, da — wie mir Cambon noch vertraulich bestätigte — die russische Regierung sich in einer unmöglichen Lage befände.

Ich besprach den Plan mit Sir E. Grey nach der Sitzung, und war derselbe sehr für den Gedanken eingenommen, wollte aber vorher noch mit Graf Benckendorff sprechen. Unsere Unterhaltungen würden nicht vor Mittwoch oder Donnerstag beginnen können, da ich von Montag abend bis Mittwoch früh nach Windsor befohlen bin."

Wir stehen dem Gedanken, den Verhandlungen über den toten Punkt im Verein mit England fortzuhelfen, sympathisch gegenüber. Nach der Erklärung des Grafen Berchtold, Einzelfragen wie die vorliegende nicht zu Prestigefragen werden zu lassen**, glauben wir, daß der Minister um so mehr geneigt sein wird, zu einem Kompromiß die Hand zu bieten, als auf bedingungslose Unterstützung Italiens in der Frage nicht gerechnet werden darf. Ich glaube, daß Rußland zum Verzicht auf die Stadt Skutari bereit sein würde, falls wenigstens ein Teil des Skutarisees Montenegro unter gewissen Garantien für seine Regulierung und Trockenlegung zugesprochen wird. Die Nordgrenze Albaniens würde dann von dem betreffenden Grenzpunkt am Ostufer des Skutarisees in östlicher Richtung auf den Drin zu zu ziehen sein.

Uns erscheint tunlichstes Eingehen auf diesen Vorschlag auch mit Rücksicht auf montenegrinische Dynastie empfehlenswert. Wir hören zuverlässig, daß die aus Amerika heimgekehrten Montenegriner die Stimmung im Lande stark zu Ungunsten der Dynastie beeinflussen, und daß mit deren Sturz zu rechnen ist, falls Montenegro keinerlei Satisfaktion in Skutarifrage erhält. Beseitigung der Dynastie würde aber zweifellos zum Zusammenschluß von Montenegro und Serbien führen. Damit erhielte Serbien direkten Zugang zur Adria. Das Interesse von Wien scheint uns daher gebieterisch für ein Arrangement zu sprechen um so mehr, als Graf Berchtold schwerlich wegen Skutariseefrage die Verantwortung für europäischen Krieg auf sich zu nehmen gesonnen sein wird.

* Hier nicht abgedruckt.
** Vgl. Nr. 12715.

Bitte unter Verwertung dieser Ausführungen Graf Berchtold zu fragen, ob er zu diesen Konzessionen an den russischen Standpunkt bereit ist. Zutreffendenfalls wird Fürst Lichnowsky beauftragt werden, der Botschafterkonferenz zusammen mit Sir E. Grey einen entsprechenden Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten, nachdem der Minister die russische Bereitwilligkeit zu einer Einigung auf dieser Basis festgestellt haben wird.

Drahtantwort.

Jagow

Nr. 12739

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Wien, den 25. Januar 1913
[pr. 26. Januar]

Graf Berchtold beabsichtigt, heute nach Berlin und Rom folgenden Vorschlag zu machen, der durch die drei Botschafter der Tripelallianz in London ihren dortigen Kollegen von der Entente vertraulich mitzuteilen wäre:

„En vue des événements qui se sont produit récemment à Constantinople le Gouvernement Impérial et Royal croit qu'il serait opportun que les six Grandes Puissances primo observent une attitude de stricte neutralité, secundo qu'avant de prendre une décision quelconque elles attendent la réponse de la Sublime Porte à leur note collective, tertio qu'elles maintiennent l'union qui existe heureusement entre elles, afin d'éviter une action séparée. Il va sans dire que dans ce dernier cas chaque puissance aurait le droit de reprendre sa liberté d'action*." Gleichlautend telegraphiert Herr von Avarna nach Rom.

Tschirschky

---

* Zur Genesis des von Graf Berchtold beabsichtigten Vorschlags vgl. das Schreiben General Conrads vom 24. Januar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 37f.): „Sollte man, wenn sich die sensationellen Nachrichten aus Konstantinopel bewahrheiten, diese Gelegenheit nicht benützen, um für die Monarchie wieder volle freie Hand zu gewinnen? . . . Ich dächte, daß die neue türkische Aktion benützt werden könnte, sich von der Botschafterkonferenz zurückzuziehen, um dort nicht in Verpflichtungen verwickelt zu werden, die man später als großen Schaden empfinden würde. — So ließe sich die meiner Ansicht nach unaufschiebbare Lösung der serbischen Frage vorbereiten." Ähnlich ließ sich der Generalstabschef in einem vom 25. Januar datierten Nachtrag zu seiner Denkschrift vom 20. Januar (Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 16f.) aus: „Der plötzliche Umschwung der Lage in Konstantinopel und die dadurch voraussichtlich eintretende aktive Intervention Rußlands haben eine Situation geschaffen, welche die Monarchie aller Rücksichten und skrupulösen Verpflichtungen entbindet und derselben augenscheinlich eine neue Chance bietet, die so dringenden positiven Ziele zu verfolgen."
In Berlin war man indessen nicht geneigt, Österreich auf einen Weg zu folgen, auf

Nr. 12740

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 42
Geheim

London, den 22. Januar 1913
[pr. 26. Januar]

Euerer Exzellenz beehre ich mich den Empfang des hohen Erlasses Nr. 101* zu bestätigen.

Aus den Äußerungen des Grafen Benckendorff ging deutlich hervor, daß die russische Regierung einen Erfolg in der albanischen Grenzfrage zu haben wünscht wegen ihres Ansehens nach außen hin nicht nur, sondern auch mit Rücksicht auf orthodoxe und slawische Sympathien. Nachdem sie in der Angelegenheit des serbischen Hafens den Wünschen des Dreibundes entsprechend ihren ganzen Einfluß gegen den serbischen Standpunkt zugunsten des österreichischen eingesetzt, scheint sie nach den Mitteilungen meines russischen Kollegen nunmehr darauf zu bestehen, daß den Wünschen der beiden serbischen Königreiche jetzt Rechnung getragen wird. Seine Weisungen scheinen daher ebenso bestimmt den russischen Standpunkt zu vertreten wie die des Grafen Mensdorff den österreichischen.

Angesichts dieser Tatsache hoffte er durch die deutsche Dazwischenkunft eine Abschwächung des österreichischen Programmes nach der Richtung zu erreichen, daß für den Fall, als Rußland auf die Abtretung von Skutari an Montenegro verzichten sollte, die Ebene von Skutari und der

---

dem sich große Gefahren bieten konnten. Durch Telegramm Nr. 37 vom 26. Januar erklärte man sich zwar im Prinzip mit dem Vorschlag Graf Berchtolds einverstanden, jedoch bat man um Streichung des letzten Satzes: „Il va sans dire etc.". „Er enthält eine an sich selbstverständliche Schlußfolgerung. Ihre ausdrückliche Betonung würde der Demarche eine Schärfe geben, zu der vorläufig kein Anlaß vorliegen dürfte." Nach einem Telegramm Tschirschkys vom 27. Januar (Nr. 28) wäre Graf Berchtold über diesen Wunsch „sichtlich sehr enttäuscht", da er gerade geglaubt habe, im Sinne des Friedens zu wirken, wenn er vor einem fait accompli eine jede Drohung ausschließende Warnung an die Ententemächte richte. Deutscherseits hielt man aber das Bedenken aufrecht. In einem Telegramm an Tschirschky vom 28. Januar (Nr. 40) heißt es: „Ich würde es für einen bedauerlichen Fehler halten, wenn die österreichische Regierung den Bemühungen Rußlands, Österreich in London als den Friedensstörer hinzustellen, eine wirksame Handhabe bieten würde durch Beibehaltung des sachlich zwar bedeutungslosen, aber in der Form als eine verstärkte Drohung mühelos zu interpretierenden Satzes. Auch kann es dem Grafen Berchtold wohl nicht erwünscht sein, daß er in den Verdacht kommt, mit dem Säbel rasseln zu wollen. Wir laufen damit Gefahr, der wohlwollenden Vermittlung Sir E. Greys, die sich als so außerordentlich nützlich erwiesen hat, verlustig zu gehen und ihn wieder fester an die Entente zu ketten." Graf Berchtold ließ nach erneuten Vorstellungen Tschirschkys den Schlußsatz endlich fallen.

* Siehe Nr. 12708.

daran liegende See sowie auch noch Diakowa, an Montenegro bzw. Serbien gelangt. Ob es im russischen Interesse liegt, für Serbien und Montenegro in dieser Weise einzutreten, meinte ich dem Ermessen der russischen Regierung etwa ebenso überlassen zu sollen, wie wir es dem Grafen Berchtold anheimgeben, das Ausmaß österreichisch-ungarischer Anforderungen nach eigenem Gutdünken zu bestimmen. Ich war daher um so weniger in der Lage, den Grafen Benckendorff über die wirklichen und wahren Interessen Rußlands zu belehren, als das mir zur Verfügung stehende amtliche Material mir nicht die Möglichkeit gab, das mir durch obigen Erlaß bekanntgewordene düstere Bild von den Folgen einer russischen Mobilisierung ihm gegenüber zu verwerten. Ohne eingehende Belege für meine Ansichten mußte ich befürchten, daß verwandtschaftliche Offenheit allein nicht genügt hätte, um ihn zu überzeugen.

Daß Österreich im Prinzip bereit ist, in die Abtretung von Teilen der Skutariebene und des Sees an Montenegro zu willigen, war weder mir noch dem Grafen Benckendorff bekannt, und diese Nachricht würde sicherlich geeignet sein, die Bedenken meines russischen Kollegen zu mildern, wenn sie nicht leider im Widerspruch stünde zu den mir seither übermittelten Meldungen des Herrn von Tschirschky. Auch Graf Mensdorff und der zu seiner Bevormundung ihm beigegebene Gesandte von Giesl haben mir wiederholt erklärt, daß von einer Abtretung in dieser Richtung keine Rede sein könne, und noch gestern übergab mir mein österreichisch-ungarischer Kollege ein Schriftstück im Auftrage des Grafen Berchtold, welches entsprechend der Herrn von Tschirschky zugegangenen Notiz Abtretungen gerade in dieser Richtung ablehnt, in welcher sie von russischer Seite als unerläßlich hingestellt werden. Diakowa und die Ebene von Skutari bilden somit auch heute noch den wesentlichen Inhalt des Streites, und es dürfte zu erwägen sein, daß, falls Graf Berchtold sich nicht entschließen sollte, in diesen beiden Punkten entgegenzukommen, der Krieg mit Rußland zu befürchten steht.

Ob die Interessen Rußlands im Gegensatz zu denen Österreichs auf dem Balkan nur sentimentale sind, vermag ich nicht zu beurteilen, ebensowenig aber die Frage zu unterdrücken, ob die Erregung, die sich der Franzosen anläßlich der spanischen Kandidatur Hohenzollern bemächtigte, in das Gebiet realer oder sentimentaler Erwägungen gehört, und ob der Krieg, den Rußland für die Befreiung der bulgarischen Brüder führte, lediglich aus realen Beweggründen hervorging.

Auch mir ist es bekannt, daß Österreich-Ungarn mit einer zunehmenden nationalistischen Bewegung in den südslawischen Gebieten rechnen muß, und daß der ehemals als unüberbrückbar geltende Gegensatz der Konfession zwischen Kroaten und Serben der nationalen Idee gegenüber zurücktritt. Verschiedene Lösungen dieser immer ernster werdenden Frage schweben den serbo-kroatischen Nationalpatrioten vor: bald eine Vereinigung unter montenegrinischer oder serbischer, bald sogar eine solche in der Form des Trialismus unter habsburgischer Oberhoheit. Die vom

Fürsten Metternich und seinen Nachfolgern den italienischen Provinzen Österreichs gegenüber befolgte k. und k. Politik und ihre Ergebnisse haben jedoch gezeigt, daß geistige Strömungen und nationale Ideen sich auf die Dauer gewaltsam nicht niederhalten lassen. Ich möchte es daher bezweifeln, daß eine nach den Wünschen einflußreicher Wiener Hof- und Militärkreise, zu welch letzteren auch Baron Giesl gehört, nach Analogie italienischer Erinnerungen geleitete Politik selbst im Falle eines siegreichen Krieges den erhofften Erfolg haben würde. Auf jeden Fall aber ist es nicht unwahrscheinlich, daß das starre Festhalten an dem bisherigen Programm der Grenzen Albaniens mit dem Wunsche zusammenhängt, es unter Umständen zum Kriege kommen zu lassen; ein Gedanke, der vom österreichischen Standpunkte nur dann verständlich erscheint, wenn man dort meint, bedingungslos über unsere Heeresmacht verfügen zu können.

Daß Graf Benckendorff hier weder österreichische noch deutsche, sondern lediglich russische Interessen vertritt, will ich nicht bestreiten. Der Gegensatz, der sich hieraus zwischen uns beiden ergibt, ließ mir gerade ihm gegenüber verwandtschaftliche Offenheit in politischen Fragen für unangebracht erscheinen. Im übrigen glaube ich, daß er durch langjährigen Aufenthalt in Wien die dortigen Verhältnisse genügend übersieht, um zu wissen, daß die Preisgabe des Sandschak für die Doppelmonarchie kein Opfer bedeutete, da dasselbe militärisch unhaltbar, wirtschaftlich wegen des schwierigen Geländes wertlos und politisch überflüssig war, weil Österreich-Ungarn nie beabsichtigt hat, den billigen und bequemen Seeweg nach Saloniki durch einen Landweg durch eigenes Gebiet zu ersetzen.

Ich werde nach wie vor bestrebt sein, nach außen hin die Wiener Wünsche zu vertreten und den Grafen Mensdorff in der Botschafterversammlung zu unterstützen. Langjährige Vertrautheit mit österreichischen Verhältnissen setzt mich vielleicht in die Lage, letztere zu übersehen, und ich möchte befürchten, daß der „Insektenpulverstandpunkt", den man in Wien gewohnt ist, den serbisch-montenegrinischen Dingen gegenüber einzunehmen, zu einer Gefahr für den europäischen Frieden werden kann, wenn wir ihn bedingungslos unterstützen. Auch dürften schließlich die Ansichten des Begründers unseres Bündnisses über unsere Stellung zu Orientfragen zugunsten meiner Auffassungen sich verwerten lassen:

> „Die Vorkommnisse, welche sich auf der Balkanhalbinsel ereignen können, gehen Deutschland nichts an; berührt werden nur Rußland, Italien, Österreich und England. Es war stets meine Ansicht, daß wir davon bleiben sollen; auch haben wir in unserem Vertrag mit Österreich festgesetzt, daß uns jene Angelegenheit zu nichts verpflichtet." (Poschinger, Tischgespräche, I, 309.)

Lichnowsky

Nr. 12741

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 51 Berlin, den 26. Januar 1913

Nach vertraulicher Mitteilung des rumänischen Gesandten sind Verhandlungen mit Bulgarien infolge fortgesetzter Ausflüchte Danews erneut ins Stocken geraten. Rumänischer Ministerrat unter Vorsitz Königs hat 25. Januar beschlossen, auf Beschleunigung zu dringen und Minimalforderung Silistria Balčik unbedingt festzuhalten*. Sollte Danew, der im Widerspruch zu Versicherungen Geschows Mangel Instruktionen vorschützt, Angelegenheit weiter verschleppen, wäre sehr ernste Spannung unvermeidlich.

Bitte vorstehendes vertraulich bei Sir E. Grey verwerten und unter Hinweis auf Ernst der Situation nachdrücklich auf schleunige Verständigung dortiger Unterhändler hinwirken.

Jagow

Nr. 12742

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Eigenhändiges Konzept

Nr. 102 Berlin, den 26. Januar 1913

Zur vertraulichen Orientierung.

Der Kaiserliche Gesandte in Bukarest meldet**:

„Ministerpräsident hat mir sowie russischem und österreichischem Gesandten mitgeteilt, daß gestriger zur Besprechung Ereignisse in Kon-

---

* Vgl. dazu die Weisung Majorescus für den Gesandten Misu vom 25. Januar. Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912—1 Août 1913, p. 39. Nähere Mitteilungen über den Ministerrat vom 25. auch in dem Bericht des k. und k. Militärattachés in Bukarest Oberstleutnant Hranilovisch vom 26. Januar, Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 55f.

** Telegramm Nr. 17 vom 26. Januar. Das bei der Mitteilung nach Petersburg etwas verkürzte Telegramm enthielt nach dem zweiten Satz noch folgenden Passus: „Rumänische Maximalforderung sei Linie Tutrakan — Dobrič — Balčik, Minimalforderung Silistria — Balčik ohne Dobrič. Herr Beldiman ist entsprechend verständigt worden. Ministerpräsident erklärt, wenn Bulgarien nicht in etwa 4 bis 5 Tagen Farbe bekenne, müsse Rumänien faktisch Maßnahmen, die Mobilisierung oder Besetzung bulgarischen Gebiets sein könnten, ergreifen. Nach soeben eingegangenem Telegramm Misus scheint Danew bereit, Vorschläge zu fixieren. Bulgarische Behauptung, rumänischer Gesandter in Petersburg — C. G. Nano — habe erklärt, Rumänien lege auf Silistria keinen Wert, bestreitet letzterer durchaus.“ Das Telegramm Waldthausens wurde auch nach London unter Nr. 123, und zwar unverkürzt, in Vervollständigung des Telegramms Nr. 51 (siehe Nr. 12741) gegeben.

stantinopel* einberufener Ministerrat unter Vorsitz des Königs in Anwesenheit des Kronprinzen beschlossen hat, angesichts unbestimmter Lage der Verhandlungen mit Bulgarien und beständiger bulgarischer Ausflüchte in Sofia und London ein endgültiges Ergebnis der Verhandlungen herbeizuführen. Misu hat gestern telegraphisch Weisung erhalten, Danew zur Festlegung endgültiger Vorschläge aufzufordern und dieselben umgehend mitzuteilen. Im Gespräch mit österreichischem Gesandten hat Ministerpräsident den bloßen Gedanken, der aber keineswegs als russenfreundlich ausgelegt werden dürfe, und den Prinz Fürstenberg zu billigen schien und seiner Regierung mitteilen will, erörtert, im äußersten Notfall gewissermaßen als letzten Rettungsanker Rußland, das am ehesten Bulgarien beeinflussen könne, um Vermittlung anzugehen, um Bulgarien Nachgeben zu erleichtern."

Euere Exzellenz bitte ich, bei sich bietender erster Gelegenheit unter Hinweis auf den Ernst der Situation darauf hinzuwirken, daß Rußland sich zu Ratschlägen in Sofia im Interesse der Vermeidung eines Konflikts mit Rumänien entschließt. Dabei wird es sich empfehlen, ausdrücklich zu betonen, daß wir in diesem Sinne sowohl in Sofia wie in Bukarest tätig sind, und daß wir insbesondere in Bukarest mit allem Nachdruck gegen jede provozierende, den allgemeinen Frieden bedrohliche Haltung des rumänischen Kabinetts eintreten. Durch die ablehnende Stellungnahme des Herrn Danew gegenüber den rumänischen Wünschen werde die Geduld der rumänischen Regierung indes zweifellos auf eine harte Probe gestellt. Es sei daher fraglich, ob Rumänien unseren freundschaftlichen Vorstellungen auf die Dauer Gehör schenken werde. Seine öffentliche Meinung dränge offenbar auf eventuelle Durchsetzung seiner Wünsche mit den Waffen. Eile erscheine daher geboten.

Zimmermann

Nr. 12743

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 27. Januar 1913

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst zu melden, daß mir der französische Botschafter, nachdem er mich in „dringender" Angelegenheit um eine Unterredung gebeten hatte, gestern folgendes mitgeteilt hat.

* Vgl. Nr. 12722, Fußnote *.

Er habe seiner Regierung telegraphisch berichtet*, daß ich ihm bei meinem Antrittsbesuch den Standpunkt Euerer Majestät Regierung in der orientalischen Frage übereinstimmend mit den Erklärungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann dargelegt hätte. Insbesondere hätte ich den Wunsch nach Aufrechterhaltung der Einigkeit unter den Mächten und die Notwendigkeit betont, daß die Großmächte den Kriegführenden gegenüber strikte Neutralität beobachten und von jeder Zwangsaktion gegen die Türkei Abstand nehmen. Daraufhin habe er gestern ein Telegramm aus Paris erhalten, wonach seine Regierung bereit sei, unter Innehaltung ihrer Verpflichtungen gegen Rußland „de concert avec le Cabinet de Berlin" an einer zufriedenstellenden Lösung der Krise zu arbeiten**. Ferner sei ihm eine allgemeine Instruktion zugegangen, welche den Euerer Majestät bereits bekannten, dem Botschafter in Paris gemachten Erklärungen entspreche.

Herr Cambon sagte mir, das obenerwähnte Telegramm habe ihn besonders erfreut, denn es sei das erste Mal, daß in einer Instruktion seiner Regierung sich dieWorte „de concert avec le Cabinet de Berlin" fänden***. Ich entgegnete, unsere gleichen Interessen in der Türkei müßten uns wohl zusammenführen. Auf eine frühere Äußerung des Botschafters betreffend die öffentliche Meinung in Frankreich bezugnehmend, fügte ich hinzu, man brauche ja nicht gleich die Übereinstimmung in die Welt hinauszuposaunen, es genüge, wenn die Regierungen unter sich einig wären. Herr Cambon sagte: „Il ne faut pas qu'on le sente dans la rue, mais il faut qu'on le sente bien dans les Cabinets," dann wäre er gewiß, daß wir die Orientkrise à bon port führen würden.

Ich habe dem Botschafter für seine Mitteilungen Dank und Freude ausgesprochen, ohne jedoch ein besonderes Empressement zu zeigen, denn ich glaube, man soll nach den Worten auch noch die Taten abwarten[1].

Jagow

---

* Siehe das Telegramm Jules Cambons vom 25. Januar, in dem er über den Antrittsbesuch Staatssekretär von Jagows — dieser hatte die Amtsgeschäfte am 24. Januar übernommen — berichtet, im französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 54. Wenn Jonnart aus dem Telegramm Cambons herauslas, daß Jagow diesen gebeten habe, die französische Regierung möge es nicht ablehnen, alles auf das Schicksal der Türkei Bezügliche mit dem Berliner Kabinett zu beraten (vgl. das Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 28. Januar, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 40 f.), so läßt sich das nicht mit der obigen Darstellung Jagows vereinen, nach der vielmehr die Avancen von Cambon ausgegangen waren.

** Siehe das Telegramm des französischen Außenministers Jonnart an Botschafter Jules Cambon vom 26. Januar im Französischen Gelbbuch, a. a. O., II, 55. Es heißt darin: „Veuillez lui dire que le Gouvernement de la République, sans se départir de l'attitude que lui commande son intimité avec le Gouvernement russe, est disposé à concerter ses efforts avec toutes les Puissances pour conjurer les périls qui menacent la paix générale."

*** Tatsächlich finden sich die Worte „de concert avec le Cabinet de Berlin" nicht in der im Französischen Gelbbuch veröffentlichten Instruktion für Cambon.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 27/I 13. W.

Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja das ist absolut bei Galliern zumal erforderlich

Nr. 12744

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept

Nr. 130
Geheim

Berlin, den 27. Januar 1913

Mit der Sprache, die Euere Durchlaucht am 24. d. Mts. bei der Unterhaltung mit Sir E. Grey über die asiatische Frage geführt haben*, kann ich mich nur einverstanden erklären. Es ist richtig, daß wir in Kleinasien lediglich wirtschaftliche Interessen verfolgen und beim Ausbruch innerer Unruhen keinen Anlaß haben würden, über die Wahrung dieser wirtschaftlichen Interessen hinauszugehen, solange Frankreich und die anderen Mächte sich die gleiche Beschränkung auferlegen. Denn wir sind mit der bestehenden staatsrechtlichen Ordnung in Asien zufrieden und weit davon entfernt, die Beseitigung oder Einschränkung der türkischen Herrschaft zu wünschen. Sollte indes von dritter Seite eine Änderung der geltenden Hoheitsverhältnisse versucht und die Aufteilung der asiatischen Türkei eingeleitet werden, so würden sich unsere bisher rein wirtschaftlichen Interessen selbstverständlich alsbald in politische erster Ordnung verwandeln[1]. Wir würden gezwungen sein, gleichfalls einzugreifen und uns einen Anteil an der Erbschaft zu sichern**. Denn Deutschland ist in Kleinasien nicht nur mit Hunderten von Millionen, sondern mit seinem Prestige engagiert. Daß Gebiete, die durch deutsche Arbeit der Kultur und dem Weltverkehr erschlossen wurden, restlos in fremde Hände übergehen, würde das deutsche Volksbewußtsein nicht ertragen.

---

* Vgl. Nr. 12725.

** Ähnlich äußerte sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 28. Januar gegenüber Botschafter Jules Cambon; vgl. dessen Telegramm an Jonnart vom 29. Januar: „Faisant allusion à l'Asie Mineure dont le sort ne pourrait être mis en question sans que l'Allemagne sorte de son inaction, le Chancelier a ajouté qu'il espérait que nous chercherions à éviter que personne n'ouvre ces redoutables éventualités. ‚Si la guerre éclatait en Europe', m'a-t-il dit, elle serait un affreux désastre pour tout le monde, excepté pour le Japon et les États-Unis, et la postérité nous traiterait les uns et les autres de fous si nous ne parvenions pas à l'éviter'." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 59 s.

Eine schon jetzt einsetzende Liquidation der asiatischen Türkei wäre für Deutschland nicht erwünscht. Unsere Beziehungen zu Großbritannien sind zwar seit kurzem in der Besserung begriffen, ob indessen der Umschwung in England schon so populär geworden ist, daß die englische Regierung eine Festsetzung Deutschlands in Kleinasien und namentlich an der kleinasiatischen Küste ruhig mitansehen könnte, ist in hohem Grade fraglich. Wir würden daher bei einem Vorgehen in Kleinasien in gegenwärtigem Moment trotz der ermunternden Andeutungen Sir Edward Greys* auf Englands Widerstand gefaßt sein müssen[2]. Ferner ist zu bedenken, daß die anatolischen Provinzen, auf die Deutschland im Falle der Aufteilung sein Augenmerk zu richten haben würde, das Herz und Mark des türkischen Reiches darstellen und von den Kernstämmen des muhamedanischen Volkes bewohnt werden, die bisher am treuesten zu ihrem Sultan und Kalifen gehalten haben. Der Zersetzungsprozeß in der Türkei ist noch nicht so weit vorgeschritten, daß über diese besten Elemente des Volkes einfach zur Tagesordnung übergegangen werden könnte. Wir müßten bei dem Versuche, uns in Anatolien festzusetzen, mit erbittertem Widerstande der Bevölkerung rechnen, während England in Arabien, Rußland in Armenien, Frankreich in Syrien angesichts der seit geraumer Zeit bestehenden Unabhängigkeitsbestrebungen der dortigen Stämme erheblich leichteres Spiel haben würden. Zur Durchführung unserer Aktion würde es daher voraussichtlich der Einsetzung nicht unbedeutender Machtmittel bedürfen, und es erscheint zweifelhaft, ob sich bei der jetzigen Konstellation der Großmächte eine entsprechende Entblößung der Heimat rechtfertigen ließe.

Die vorstehenden, lediglich zu Euerer Durchlaucht persönlichen Orientierung bestimmten Ausführungen zeigen, welches vitales Interesse wir daran haben, daß die türkische Herrschaft in Asien solange wie möglich unangetastet bleibt. Ew. pp. wollen daher nach Maßgabe der Ihnen erteilten Instruktion einer Aufrollung der asiatischen Frage weiter mit allen Mitteln entgegenwirken.

Bethmann Hollweg

---

* Ob die Andeutungen Sir E. Greys vom 24. Januar (vgl. Nr. 12725) wirklich eine ermunternde Tendenz hatten, erscheint doch zweifelhaft, da die Aufrollung der kleinasiatischen Frage, die zugleich die Aufrollung der Dardanellenfrage in sich schloß, kaum den Interessen Englands entsprechen konnte. Vgl. den Bericht des österreichischen Militärattachés in Petersburg Hauptmann Prinz Hohenlohe vom 1. Februar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 65ff.), in dem die Auffassung entwickelt wird, daß der von Deutschland ausgehende Widerstand gegen die Aufrollung der kleinasiatischen Frage die „Frucht der Arbeit sei, die seitens der englischen Diplomatie in den letzten Monaten geleistet wurde". Nach Prinz Hohenlohe wäre auch in Rußland die Auffassung geltend, daß England der Anschneidung der Dardanellen- und Armenienfrage widerstrebe. Im russischen Generalstabe sagte man dem Prinzen, als dieser auf beide Fragen zu sprechen kam: „Natürlich wäre die Aufrollung der Dardanellenfrage im gegenwärtigen Augenblick ein Vitalinteresse Rußlands, mais nous ne pouvons pas nous brouiller avec nos alliés à cause de cela."

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Einverstanden!
aber ob es noch etwas hilft falls 3ple Entente auftheilen will? Wilhelm I. R.
Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf der Abschrift:
[1] Ja
[2] ?

Nr. 12745

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 39 Berlin, den 27. Januar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 36 von gestern*.

Der Kaiserliche Botschafter in London meldet**:

„Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß angesichts der Verlegenheit, in der sich Tripelentente durch schroffe Haltung Österreichs in Skutarifrage befindet, vermutlich Vorgehen Rußlands in Armenien begünstigt werden könnte. Dadurch würde Aufmerksamkeit abgelenkt und moralische Niederlage der Tripelentente oder aber Krieg gegen Dreibund, dem man hier und in Paris unter allen Umständen ausweichen möchte, vermieden werden. Tritt armenische Frage in Vordergrund, so verblaßt naturgemäß Skutarifrage, und Besetzung Armeniens wird für Rußland bequemer sein als Besetzung Galiziens.

Sir E. Grey hat mir wiederholt von Möglichkeit anarchischer Zustände in Kleinasien gesprochen und von etwaiger Notwendigkeit einzugreifen und dabei auf Mesopotamien als unser Interessengebiet hingewiesen. Ich glaube, daß beschleunigte Lösung der Skutarifrage im Sinne etwas größeren Entgegenkommens gegen die Wünsche der Tripelentente Sir E. Grey widerstandsfähiger machen würde gegen zweifellos vorhandene englisch-französische Wünsche in Kleinasien. Meine gestrige Erklärung (über unsere Stellung zu Kleinasien), die ich aber nicht in feierlicher Form abgab, um den Anschein des Mißtrauens zu vermeiden, wurde schweigend entgegengenommen. Wenn auch heute noch keine Abmachungen zwischen England, Frankreich und Rußland über Kleinasien bestehen, so könnte doch der Wunsch, die Genossen für die am Balkan erlittenen Schlappen zu entschädigen, bei Sir E. Grey schließlich die Oberhand gewinnen."

Die Ausführungen erscheinen beachtenswert. Bitte sie vertraulich gegenüber Graf Berchtold zu verwerten. Eine Besetzung Armeniens durch Rußland würde den europäischen Frieden ernstlich gefährden. Schleunige befriedigende Regelung der Skutarifrage ist auch aus diesem Grunde erwünscht.

Jagow

---

* Siehe Nr. 12738.
** Telegramm Nr. 46 vom 26. Januar.

Nr. 12746

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 Wien, den 27. Januar 1913

Telegramm Nr. 36* verwertet.

Graf Berchtold hat sich genaue Notizen gemacht in Betreff des eventuell zu stellenden Vermittelungsvorschlags. Minister schien im allgemeinen nicht abgeneigt, wegen Zession eines Teils der Skutariebene mit sich reden zu lassen. Sehr viel komme darauf an, an welche Stelle des Ostufers der Grenzpunkt gelegt werden würde. Er müsse die Sache noch an der Hand der dem Grafen Mensdorff erteilten Instruktionen prüfen. Dieser sei selbstverständlich mit allen diesseits in Reserve gehaltenen Konzessionen noch nicht hervorgetreten.

Nach Lage der Dinge, meinte Graf Berchtold im Laufe des Gesprächs, werde er sich das Recht wahren müssen, auch bei der Verteilung des Sandschak zwischen Serbien und Montenegro gehört zu werden.

Tschirschky

Nr. 12747

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 54 Berlin, den 28. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 43**.

Zur Verwertung bei Sir Edward Grey. Wir stehen dem Gedanken, den Verhandlungen in Skutarifrage im Verein mit England über den toten Punkt fortzuhelfen, durchaus sympathisch gegenüber und haben in Wien alsbald entsprechendes Mandat nachgesucht *** sowie Entgegenkommen gegenüber russischen Wünschen empfohlen. Graf Berchtold scheint dem Plan nicht abgeneigt und wird demnächst endgültig antworten.

Zu Ew. pp. ausschließlich persönlicher Information. Wir haben Wiener Kabinett als Basis für Vermittelung vorgeschlagen, Montenegro wenigstens einen Teil Skutarisees mit Garantien für seine Regulierung und Trockenlegung zuzusprechen und Nordgrenze Albaniens vom betreffenden Grenzpunkt am Ostufer in östlicher Richtung nach Drin hin zu ziehen. Graf Berchtold hat teilweise Zession Skutariebene nicht von der Hand gewiesen und nur betont, sehr viel komme darauf an, welche Stelle Ostufers Grenzpunkt bilden würde. Nach Lage der Dinge werde er sich das Recht wahren müssen, auch bei Verteilung Sandschak zwischen Serbien und Montenegro gehört zu werden.

Jagow

---

* Siehe Nr. 12738.

** Vgl. Nr. 12738, wo das Londoner Telegramm Nr. 43 inseriert ist.

*** Vgl. Nr. 12738, 12745.

Nr. 12748

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 26. Januar 1913
[pr. 28. Januar]

Aus meiner amtlichen Berichterstattung ist Ihnen alles Nähere über unsere hiesigen Verhandlungen bekannt, so daß ich nicht auf Einzelheiten einzugehen brauche. So, wie die Sachen heute stehen, erblicke ich kaum eine Möglichkeit einer friedlichen Lösung, da jede Verständigung ausgeschlossen erscheint. Die deutsch-englischen Beziehungen, auf die so vieles ankommt, sind seit Jahren nicht so freundliche gewesen wie heute, doch alles würde dahin sein von dem Augenblick an, wo wir mit Frankreich in einen Krieg geraten.

Da ich ein völliges Stocken unserer Verhandlungen voraussah, habe ich mich nach vorheriger Fühlungnahme mit Mensdorff und Imperiali auf eigene Faust entschlossen, Sir Edward Grey den Vorschlag zu machen, daß wir zu uns Zweien ein Kompromiß ausarbeiten. Auf jeden Fall ist damit etwas Zeit gewonnen und dem Wiener Kabinett, falls es nicht den Krieg im Auge hat, Gelegenheit gegeben, ihn zu vermeiden.

Rußland wird sich, da es den Krieg nicht wünscht, auch mit geringen Zugeständnissen einverstanden erklären, die Voraussetzung bleibt jedoch, daß von Österreich überhaupt Zugeständnisse gemacht werden, und daß man dort nicht bloß non possumus sagt. Die russische Regierung befindet sich, wie mir noch heute Herr Cambon auseinandersetzte, der ebenso wie wir bestrebt ist, den Krieg zu vermeiden, in einer peinlichen Zwangslage. Noch einmal wie 1908 auf der ganzen Linie nachzugeben oder wie in der Adriahafenfrage vor den Wünschen des Dreibundes sich zu verbeugen, wird für sie kaum möglich sein, ohne alles Ansehen einzubüßen. Sehr viel kommt nun in diesem Augenblick auf Ihre Haltung an. Wenn Sie Szögyényi sagen, daß wir unter keinen Umständen Krieg haben wollen, und daß man daher mich in die Lage setzen soll, mit Grey über eine Verständigung zu verhandeln und einen Ausweg zu finden, so glaube ich, daß schon außerordentlich viel gewonnen wäre. Eine so weitgehende Auslegung des Bündnisvertrages, daß er uns zu blinder Gefolgschaft verpflichtet und nicht mal das Recht gibt, in einem so ernsten Augenblick unsere Meinung in die Wagschale zu werfen, lag gewiß nicht in der Absicht des Fürsten Bismarck. Damals war auch der Krieg nach zwei Fronten noch viel näher, der Revanchegedanke lebendiger und die Haltung des Fürsten Gortschakow unfreundlicher, als es die Regierung des Herrn Sasonow gegen uns jemals sein wird. Heute aber sind fast alle Lasten auf unserer Seite.

Ich glaube, daß sich ein für beide Teile ehrenvoller Ausweg finden ließe, falls Österreich seinen bisherigen schroffen Standpunkt etwas mildert. In diesem Sinne, hoffe ich, werden Sie in der Lage sein, in Wien etwas zu erreichen, und glaube ich, daß eine Lösung, die das rechte Ufer der Bojana bis kurz vor Skutari, dann den Skutarisee und schließlich eine nach Nordosten gehende Linie, welche den Volksstamm, der den lieblichen Namen Castrati trägt, Montenegro zuweist, vielleicht für beide Teile annehmbar wäre.

Lichnowsky

Nr. 12749

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 St. Petersburg, den 27. Januar 1913
[pr. 28. Januar]

Sasonow klagte mir heute bitter über Haltung Österreich-Ungarns, welches in Frage der Abgrenzung Albaniens neuerdings „unannehmbare" Forderungen stelle. Während Graf Thurn noch vor kurzem Kompromiß für möglich erklärt habe, wonach Albanien die Stadt Skutari erhalte, Montenegro durch den See gleichen Namens entschädigt werden sollte, verlange Österreich-Ungarn jetzt in London für Albanien noch große Gebiete, von denen früher nicht die Rede gewesen sei.

Minister wies auf die von Rußland in Hafenfrage gemachten weitgehenden Konzessionen und erklärte beanspruchen zu können, daß Österreich-Ungarn jetzt seinerseits Entgegenkommen zeige und den Bogen nicht zu straff spanne. Rußland werde den neuen österreichisch-ungarischen Forderungen gegenüber nicht nachgeben können. Auch müsse es darauf bestehen, daß Diakowa, wo sich russisches Kloster befinde, den Serben nicht entrissen werde.

Pourtalès

Nr. 12750

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 London, den 27. Januar 1913
[pr. 28. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 51*.

Sir E. Grey will Gelegenheit nehmen, vertraulich mit Herrn Danew zu sprechen, er habe bisher vermieden, sich mehr als nötig einzumischen,

* Siehe Nr. 12741.

um Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, und um unerwünschten Gegenforderungen auszuweichen.

Mein österreichisch-ungarischer Kollege sagt mir soeben, er habe erfahren, daß Verständigung nicht ausgeschlossen, Rumänien verzichtet auf Silistria. Streit drehe sich nur mehr um Kavarna. Heute Abend fände eine neue Zusammenkunft zwischen Herrn Danew und Misu statt.

Sir E. Grey bestätigte mir ferner, daß Rumänien den Bulgaren zwei Armeekorps angeboten für den Fall der Befriedigung in der Grenzfrage.

Lichnowsky

Nr. 12751

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 134 Berlin, den 28. Januar 1913

Zur vertraulichen Verwertung bei Sir Edward Grey.

Wir sind andauernd bemüht, in Bukarest beruhigend zu wirken, und haben auch den jüngsten Beschluß des dortigen Ministerrats (Telegramm Nr. 51*) zum Anlaß genommen, um uns mit Nachdruck gegen jede provozierende, den allgemeinen Frieden bedrohende Haltung des rumänischen Kabinetts auszusprechen.

Herr von Waldthausen meldet darauf unterm 27. Januar**:

„Ministerpräsident ganz einverstanden, daß sich Rumänien jeder Provokation enthält; rumänische Regierung wünscht nur, daß bulgarische Regierung bezüglich ihrer Vorschläge sich entscheidet."

Jagow

Nr. 12752

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 London, den 27. Januar 1913
[pr. 28. Januar]

Sir E. Grey wiederholte mir, er habe nicht die geringste Nachricht über russische Absichten auf Armenien. Ebensowenig sei von irgendwelchen Abmachungen über Interessensphären die Rede gewesen. Er wisse nur, und das habe ihm Graf Benckendorff bestätigt, daß Rußland die türkischerseits erfolgte Besetzung von strategisch wichtigen Punkten

* Siehe Nr. 12741.
** Telegramm Nr. 19.

in der Nähe von Täbris innerhalb der strittigen persisch-türkischen Grenzzone ungern gesehen habe und Türken daraus zu verdrängen suche. Er hoffe, wir würden in diesem Sinne unseren Einfluß in Konstantinopel nach Abschluß des Friedens geltend machen. Alsdann sei er überzeugt, daß Rußland nichts gegen Türkei unternehmen werde.

Bei dieser Gelegenheit kam der Minister von selbst auf meine Anregung zurück, mit ihm ein Kompromiß in der Skutarifrage zu vereinbaren*. Er wolle nur noch mit Graf Benckendorff darüber sprechen, vertrat aber den Gedanken mit besonderer Wärme und Lebhaftigkeit und sagte, es solle ihn freuen, wenn unsere Beziehungen nach gemeinsamer erfolgreicher Arbeit und glücklicher Beilegung aller Schwierigkeiten sich nur um so inniger gestalten würden[1].

Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hoffentlich

Nr. 12753

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 57 Berlin, den 29. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 49**.

Zur Verwertung.

Wir haben von beruhigenden Erklärungen Sir Edward Greys über Rußlands Absichten in Asien mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen und sind gern bereit, nach Friedensschluß im gewünschten Sinne auf Pforte einzuwirken. Auch wir versprechen uns von Fortsetzung vertrauensvollen und erfreulichen Zusammenarbeitens mit englischem Minister nicht nur Gutes für gegenwärtige Krisis, sondern auch nützliche Wirkung für allgemeine Beziehungen zu England.

Jagow

Nr. 12754

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Konstantinopel, den 28. Januar 1913
Geheim. [pr. 29. Januar]

Der Großwesir wiederholte mir die Ansicht, daß Besitz Adrianopels keine Lebensbedingung für die Türkei sei. Durch Befestigung Rodostos

---

* Vgl. dazu Nr. 12738.
** Siehe Nr. 12752.

und Sarais sowie durch Verstärkung Tschataldjalinie könne Konstantinopel völlig uneinnehmbar gemacht werden. Als Politiker, nicht als Soldat sei er gegen Fortsetzung des Krieges. Adrianopel werde fallen, da eine türkische Offensive erst im Frühjahr möglich sei[1]. Inzwischen könnten in Kleinasien Unruhen ausbrechen und die Mächte intervenieren. Nun sei er aber vom Volke[2] und der Armee nur deshalb zur Regierung berufen[3] worden, weil man von ihm erwarte, daß er Adrianopel nicht aufgebe. Seine Regierung könne daher ebenso wenig wie jede folgende einen Verzicht auf Adrianopel zeichnen. Die Schwierigkeit sei nur durch Kompromiß[4] lösbar. Er werde in der Beantwortung der Kollektivnote Abtretung des Gebiets bis Linie Enos—Midia anbieten, aber verlangen, daß der nördlich der Mariza gelegene die Moscheen enthaltende Teil Adrianopels türkisch bleibt[5]. Der Teil südlich der Mariza solle bulgarisch werden. Äußerstenfalls könne der türkische Besitz auf die östlich der Tundja gelegenen Stadtteile nördlich der Mariza beschränkt werden. Bezüglich der Inseln werde er sich auf die Erklärung der Mächte, daß Kleinasien der Türkei erhalten bleiben solle, berufen und fordern, daß die Inseln als zu Anatolien gehörig unter türkischer Souveränität mit einer besonderen Verwaltung unter europäischer Kontrolle, etwa nach dem Vorbild der Libanonverwaltung, verbleiben. Von einem griechischen Mytilene oder Chios aus werde sofort eine panhellenische Propaganda auf dem Kontinent angezettelt werden[6] und eine neue Frage wie die mazedonische entstehen.

Mahmud Schewket bittet, daß die bulgarische Regierung durch uns auf das außerordentliche Entgegenkommen aufmerksam gemacht werde, welches die Türkei mit dem teilweisen Verzicht auf das übrigens später zu schleifende Adrianopel bekunde, und daß hinzugefügt werde, die Türkei gebe nur deshalb nach, weil sie dringend wünsche, mit Bulgarien zu einer dauernden Freundschaft und womöglich zu einem Bündnis zu gelangen*. Erklärend setzte der Großwesir hinzu, daß Bulgarien gute Beziehungen zur Türkei brauche, solange Mazedonien nicht bulgarisiert sei. Bulgarien werde wegen Mazedonien sehr bald zu Konflikt mit Serbien und Griechenland und deshalb auch mit Rußland kommen. Bulgarien müsse sich daher vorläufig an den Dreibund, in zweiter Linie an die Türkei und Rumänien halten. Von Herrn Veniselos sei ihm soeben nahegelegt worden, einen geheimen Emissär nach London zu schicken zur Verabredung eines Bündnisvertrags. Er werde dieses Ansinnen ablehnen, da er wisse, daß die Allianz mit Griechenland zur Tripelentente hinführt, die ganz offensichtlich den Untergang der gesamten Türkei anstrebe.

Wangenheim

* Auf diese Bitte des Großwesirs wurde zunächst bei Freiherrn von Wangenheim (Nr. 32) angefragt: „Hat Großwesir Wunsch, daß wir Demarche Sofia sofort oder erst nach Erteilung der Pfortenantwort auf Kollektivnote machen?“ Da die Türkei letzteres vorzog, erfolgte die erbetene Demarche erst am 31. Januar. Vgl. Nr. 12767.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift:

[1] Ist nicht möglich Unsinn!
[2] ?
[3] von Jungtürken hinein gebracht!
[4] darauf werden siegreich im Felde stehende Gegner sich schwerlich einlassen
[5] absoluter Blödsinn! Erinnert an das Angebot Wrangels an Wallenstein mit Prag Altstadt und Neustadt!
[6] Diese wird sowieso kommen wie ich die Griechen kenne!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Vorschläge zeigen die Verlegenheit in welcher sich die sinnlosen Jungtürken befinden, die unbedacht in falschem Augenblick sich zur Macht gedrängt. Auf solche dämlichen Vorschläge wird [sich] kein siegreicher Gegner einlassen. Adrianopel oder der Kampf! So lautet die Bulgarische Devise! Eine Doppelbesetzung der Stadt ist heller Unsinn! Franzosen u[nd] wir in Metz! W.

Nr. 12755

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 33 Berlin, den 29. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 45*.

Ich habe türkischem Geschäftsträger gestern gesagt, Türkei habe nach unserer Überzeugung so dringendes Interesse an schleunigem Friedensschluß, daß dieser auch mit Abtretung Adrianopels nicht zu teuer bezahlt würde. Denn Fortsetzung Krieges würde Türkei nicht nur in schlimme finanzielle Bedrängnis bringen, sondern auch sonst ernsten Gefahren aussetzen.

Euerer Exzellenz Meldung entnehme ich mit Befriedigung, daß Mahmud Schewket in Frage Adrianopel nicht intransigent. Bitte ihn hierin bestärken und weiter von Wiederaufnahme Feindseligkeiten abraten. Vielleicht würde Pforte Verzicht erleichtert, wenn Bulgarien veranlaßt werden könnte, für Adrianopel ähnlich wie Italien für Libyen Stellvertreter Sultans zuzulassen.

Jagow

Nr. 12756

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept

Nr. 144 Berlin, den 30. Januar 1913

Zu Ew. pp. Orientierung.

Der englische Botschafter hat hierher mitgeteilt, daß nach Ansicht seines Ministers alles vermieden werden müsse, was die neue türkische

* Siehe Nr. 12754.

Regierung zur Ablehnung des Ratschlags der Mächte ermutigen könne, und daß die Mächte zu diesem Zwecke insbesondere davon Abstand nehmen sollten, etwa geplante finanzielle Anerbietungen an die Pforte zu unterstützen.

Ich habe Sir Edward Goschen erwidert, daß wir den Standpunkt Sir Edward Greys völlig teilten und auf die hiesigen Finanzkreise entsprechend einwirkten.

Zimmermann

Nr. 12757

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 London, den 29. Januar 1913
[pr. 20. Januar]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 57*.

Sir E. Grey sagte mir soeben, er habe Herrn Sasonow darauf aufmerksam machen lassen, daß wir ungeschmälerten Fortbestand asiatischer Türkei für unerläßlich hielten und jeder Eingriff in denselben die ernstlichsten Folgen haben würde.

Der Minister zeigte mir die Antwort des Herrn von Buchanan. Hiernach erklärte der russische Minister keinerlei Absichten auf Armenien zu haben und ebensowenig in den Krieg eingreifen zu wollen. Letzteres wäre nur unter zwei Voraussetzungen zu gewärtigen.

1. Wenn bei Wiederaufnahme Feindseligkeiten Türkei siegreich wäre und Bulgarien zurückgeworfen.

2. Wenn jungtürkische Regierung strittige Punkte an persischer Grenze wieder besetzen wollte**.

Sir E. Grey bat mich, seinen Wunsch zu übermitteln, daß unsererseits auf jungtürkische Regierung, sowie dieselbe sich gefestigt, im Sinne vorsichtiger Haltung gewirkt werde.

Lichnowsky

---

* Siehe Nr. 12753.

** Vgl. auch das Geheimtelegramm Sasonows an Iswolsky vom 30. Januar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 47), das sich ebenso verklausuliert ausdrückt: „Was die uns zugeschriebene Absicht betrifft, kriegerische Operationen in Kleinasien zu eröffnen, so lassen wir es, wie Frankreich bekannt, nicht an Anstrengungen fehlen, um zur gegenwärtigen Zeit die Veranlassung zu einer Verschärfung der armenischen Frage zu beseitigen. Wir würden aber, falls mit Blutvergießen in der Nachbarschaft unserer Grenze begonnen werden sollte, demgegenüber nicht unbeteiligt bleiben können, da wir auf unserem Gebiet eine so bedeutende armenische Bevölkerung haben."
In einem Berichte des österreichischen Militärattachés Major Horváth vom 2. Februar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, III, 136) wird das Einlenken Ruß-

Nr. 12758

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 London, den 29. Januar 1913
[pr. 30. Januar]

In der heutigen Botschafterversammlung teilte Sir E. Grey uns zunächst den Wortlaut der Note mit, in welcher die hiesigen Vertreter der verbündeten Balkanstaaten den ottomanischen Abgesandten erklärt haben, daß sie, da sie schon drei Wochen seit Aufhebung der Sitzungen vergeblich auf eine Antwort gewartet hätten, nunmehr die am 16. Dezember begonnenen Verhandlungen endgültig für abgebrochen betrachteten.

Kündigung des Waffenstillstandes bisher nicht erfolgt, doch dürfte sie demnächst zu erwarten sein*; wie ich höre, ist dieser Schritt dem Einfluß des Herrn Danew zu verdanken, während andere Unterhändler lieber abwarten wollten, schon weil ihre Länder bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nichts mehr zu gewinnen haben. Sie befürchten aber, daß Bulgarien, falls es Adrianopel nicht erhält, versuchen werde, sich im Westen schadlos zu halten.

Sodann wurde die Frage erörtert, ob abermalige, jedoch vereinzelte freundschaftliche Vorstellungen in Konstantinopel durch Mächte ratsam wären. Ich hielt jeden weiteren Versuch, auf die Pforte zu wirken, für zwecklos. Es wurde daher beschlossen, sich damit zu begnügen, daß Sir E. Grey dem hiesigen türkischen Botschafter erklärt, die Mächte könnten Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht verhindern, es sei denn, daß Antwort auf Note vorteilhaft wäre.

Hierauf wurde eine Erklärung des Grafen Mensdorff zur Kenntnis genommen, welche sich auf eine in der letzten Sitzung gefallene Bemerkung des Grafen Benckendorff bezog, wonach es den Verbündeten überlassen werden sollte, unter sich die Abgrenzung der eroberten Gebiete festzustellen. Mein österreichischer Kollege erinnerte an eine frühere

---

lands in der armenischen Frage, das indessen nicht frei von Hintergedanken war, auf den Einfluß Englands zurückgeführt: „Über Einfluß Englands enthält sich zwar Rußland vorderhand einer isolierten Aktion, hat aber erklärt, daß es sich hiervon nicht abhalten ließe, wenn Bulgarien im Kampfe unterliegt oder Rumänien den Bulgaren in den Rücken fällt oder schließlich, wenn die Türken bei Täbris die Grenze des strittigen persischen Gebietes überschreiten würden. Im übrigen hat Rußland — laut Versicherung Sir Edward Greys — bezüglich Kleinasiens vollkommen beruhigende Äußerungen getan, so daß die Furcht vor der Aufrollung der armenischen Frage, die ich in meinem letzten Bericht erwähnt habe, und die speziell in Deutschland eine gewisse Nervosität hervorgerufen hat, bereits geschwunden ist."

* Sie erfolgte am 30. Januar.

Erklärung, wonach seine Regierung sich das Recht vorbehielte, der Gesamtheit der eingetretenen Gebietsveränderungen zuzustimmen. Mein italienischer Kollege gab eine Erklärung in gleichem Sinne ab. Schließlich wurden die österreichischen Abänderungsvorschläge zu den Finanzartikeln angenommen. Zum Artikel 2 wurde auf Wunsch des Herrn Reschid und auf Vorschlag des Grafen Mensdorff und mit Rücksicht darauf, daß eine Zweigstrecke der Bahnen nur auf Grund einer „Konvention" betrieben wird, nicht auf Grund einer „Konzession", die bisherige Fassung: des lignes dont l'exploitation leur a été concédée durch die Worte ersetzt: „des lignes exploitées par elles avant la guerre".

Nächste Sitzung voraussichtlich Montag.

Lichnowsky

Nr. 12759

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55

London, den 29. Januar 1913
[pr. 30. Januar]

Ich hatte heute vor der Sitzung eine kurze Besprechung mit Sir E. Grey über albanesisch-montenegrinische Grenzfrage, ohne daß wir jedoch bestimmte Vorschläge machen konnten, die wir Freitag nachmittag vereinbaren wollen.

Bisher verlangt Rußland Skutariebene bis an Drin. Ich erklärte ihm[1], äußersten Falls rechtes Bojanaufer befürworten zu können und etwa in der Mitte zwischen Skutari und heutiger montenegrinischer Grenze, vielleicht bei Einmündung des Flusses Banasch nach Osten oder Nordosten gehende Linie. Werde mich in diesem Sinne Freitag aussprechen, falls nicht andere Weisungen erhalte, obzwar Graf Mensdorff heute noch erklärte, von gesamtem Gebiet nördlich von Skutari nichts preisgeben zu können. Sir E. Grey hob wiederum hervor, daß russische Regierung sich in schwieriger Lage befände und für Preisgabe Skutaris auch Diakowa verlangen müsse. Werde morgen mich abermals mit Graf Mensdorff besprechen und obige Grenze erneut befürworten.

Lichnowsky

Randbemerkung von Jagows:
[1] Wem?

Nr. 12760

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 58 Berlin, den 30. Januar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 54*.

Graf Berchtold ist im Prinzip damit einverstanden, daß Euere Durchlaucht mit Sir Edward Grey Kompromiß in montenegrinischer Grenzfrage ausarbeiten, und hat folgende Basis für Ihre Besprechungen konzediert.

1. Gewinnung von Kulturland durch Bojanaregulierung.
2. Abtretung Ipekebene in früher skizziertem Ausmaß.
3. Zession rechten Bojanaufers mit Ausschluß des Tarabos.

Sollte Rußland auf weiteren Konzessionen im Norden bestehen, so müßte Österreich Kompensationen im Osten fordern und die ohnehin überwiegend albanischen Gebiete von Ipek und Prisren ganz für Albanien reklamieren.

Die von Euerer Durchlaucht nach Telegramm Nr. 55** in Aussicht gestellten Zugeständnisse gehen hiernach zu weit. Wenn auch Österreich möglicherweise noch nicht allerletztes Wort gesprochen, wollen Euere Durchlaucht doch zunächst ausschließlich auf vorstehender Basis und gemäß österreichischem Angebot in Telegramm Nr. 38*** verhandeln, ohne Möglichkeit weiterer Konzessionen anzudeuten.

Jagow

Nr. 12761

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Pera, den 29. Januar 1913
[pr. 30. Januar]

Herr von Giers sagte mir, er sei nicht sicher, ob slawischerseits die Belassung eines Teiles von Adrianopel in türkischen Händen angenommen werden würde. Ganz vertraulich fügte er hinzu, an und für sich sei es Rußland gleichgültig[1], wem die Festung gehört. Ja, man hätte sie sogar lieber der Türkei gelassen, weil Rußland wünsche, Konstantinopel gegen-

* Siehe Nr. 12747.
** Siehe Nr. 12759.
*** Vgl. Nr. 12715, S. 235, Fußnote *.

über Bulgarien so stark wie möglich zu machen. Nachdem aber Österreich durch Betonung seines Erfolges in der serbischen Hafenfrage die öffentliche Meinung in Rußland provoziert habe, müsse Rußland auf einem bulgarischen Adrianopel bestehen. Bei gänzlichem Verzicht der Türkei auf Adrianopel werde die Lösung der albanesischen und der Inselfrage keine Schwierigkeiten machen.

Interessant ist das Eingeständnis, daß es sich bei Adrianopel nur um das russische Prestige handelt. Vielleicht wäre es zwecks Erleichterung der Friedensverhandlungen angebracht, bei Preßbesprechungen der türkischen Antwort nicht nur die Unmöglichkeit für die Türkei, weitere ...*, sondern auch den slawischen Erfolg zu betonen.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Früher nicht!

Nr. 12762

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 35 Berlin, den 30. Januar 1913

Der russische Botschafter sprach mir die Besorgnis Herrn Sasonows über die Folgen aus, die die Umwälzung in Konstantinopel und die Fortsetzung des Krieges haben könnten***. Herr Sasonow hoffe, daß wir ebenso wie er von der Notwendigkeit überzeugt wären, daß die Mächte auf dem Boden der Kollektivnote einig bleiben. Ich habe Herrn Sverwejew erwidert, daß wir auf dem Boden der Kollektivnote einig bleiben wollten, jedoch zunächst die Antwort der Pforte auf die Note abwarten müßten und keine Zwangsmaßregeln ergreifen wollten. Ich habe ferner die Reserve gemacht, daß es mir bei der bestehenden Meinungsverschiedenheit in der Inselfrage zweckmäßig erscheine, die Besprechung über letztere vorläufig aufzuschieben, um so mehr als Italien nicht in der Lage sei, sich auf Verhandlungen über die von ihm besetzten Inseln einzulassen, da es die Verpflichtung übernommen habe, diese an die Türkei zurückzugeben.

Ich habe ferner dem Botschafter gesagt, daß es mir erwünscht scheine, auch bei den Verbündeten auf Nachgiebigkeit hinzuwirken, damit der

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Dasselbe Telegramm ging auch an die Botschafter in London (Nr. 59), Paris (Nr. 141), Rom (Nr. 124), Wien (Nr. 125), Konstantinopel (Nr. 89).
*** Der Schritt Sverwejews bei Jagow war bereits am 27. Januar erfolgt; vgl. Nr. 12729, S. 246, Fußnote *.

neuen Regierung in Konstantinopel der Friedensschluß ermöglicht würde*.

Vielleicht ließe sich, um die Eigenliebe der Türken zu schonen, irgendein Ausweg finden, wie zum Beispiel die Ernennung eines Sultanvertreters für Adrianopel, wie ihn der Lausanner Friede für Tripolis geschaffen hat.

Dem türkischen Geschäftsträger habe ich sehr dringend geraten, seine Regierung möge im eigenen Interesse der Türkei bald Frieden machen und in der Adrianopelfrage nachgeben.

Jagow

Nr. 12763

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Privatbrief. Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Berlin, den 30. Januar 1913

Ihren Brief vom 26. d. Mts.** habe ich erhalten. Mit den Endzielen der darin entwickelten Politik bin ich ganz einverstanden. Auch arbeite ich andauernd auf sie hin, aber vielleicht nicht so stürmisch, wie Sie es möchten. Dazu ist nach der gesamten politischen Lage kein Anlaß. Das Kriegsgespenst, das Sie andauernd vor sich sehen, ist wohl in erster Linie ein Produkt Benckendorffscher Einwirkungen. Ich bitte Sie, diesen Einwirkungen keinen zu großen Einfluß auf sich einzuräumen. Nachdem Österreich mit unserer und Italiens Hilfe in der Adriafrage obgesiegt hat, wird Skutari und Diakowa keinen Bruch herbeiführen. Unserer Vermittlerrolle aber eine Form zu geben, die Österreich verprellt, wäre ein Fehler, nicht nur wegen des persönlichen Charakters des Grafen Berchtold, sondern auch im Hinblick auf unsere eigenen politischen Interessen. Unser momentanes Zusammenwirken mit England, das nicht sorglich genug gepflegt werden kann, baut sich nicht auf senti-

---

* Die Anregung Jagows, der das eigene deutsche Vorgehen, namentlich in Sofia durchaus entsprach (vgl. Nr. 12767), fiel auf fruchtbaren Boden; bereits am 31. Januar richtete Sasonow, der bisher die bulgarische Regierung in ihrer unnachgiebigen Haltung unterstützt hatte, eine scharfe Warnung nach Sofia: „Das Kabinett in Sofia muß sich Rechenschaft darüber geben, daß wir durchaus nicht geneigt sind, die Folgen seines Entschlusses [gemeint ist der auf Initiative Bulgariens beschlossene Bruch mit der Türkei] zu tragen, und daß die Mitwirkung und Stütze, die wir die ganze Zeit über den Bulgaren bezeugt, sie nicht glauben lassen darf, daß, was auch vorfalle, wir sie aus dem Unheil befreien werden, gleichviel, wie sie sich unseren Ratschlägen gegenüber stellen.“ Telegramm Sasonows an den russischen Gesandten in Sofia Nekljudow, 31. Januar, Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht, XXV, 142.

** Siehe Nr. 12748.

mentalen Gefühlen, aber auch nicht ausschließlich auf unserem gemeinschaftlichen Bedürfnis nach Aufrechterhaltung des europäischen Friedens auf. Der Engländer, der gewohnt ist, nüchtern zu rechnen, kalkuliert gleichzeitig mit dem Machtgewicht eines einig auftretenden Dreibundes. Deshalb ist er selbst peinlich bestrebt, in dem Gebäude der Tripelentente keinen Riß entstehen zu lassen. Wir müssen auf unserer Seite das Gleiche tun. Sonst laufen wir Gefahr, daß uns England, mit dem unsere Beziehungen doch noch nicht so fest zusammengewachsen sind, schließlich unter russischem und französischem Druck sitzen läßt. Das aber wäre für unsere Zukunft das Verderblichste. Hoffentlich glückt es, die Aufwerfung der kleinasiatischen Frage jetzt noch hinauszuschieben. Aber kommen wird sie und wahrscheinlich früher, als uns lieb ist. Lösen können wir sie dann in einer für uns erträglichen Weise nur mit England, genau ebenso, wie wir bei allen unseren kolonialen Zukunftsfragen auf das Zusammenarbeiten mit England angewiesen sind.

Wenn ich unter diesen Gesichtspunkten auf den akut vorliegenden Fall zurückkomme, so liegt unsere Aufgabe klar vor uns: Lösung der Skutarifrage im Kompromißwege im Verein mit England, aber ohne daß die Festigkeit unseres Verhältnisses zu Österreich untergraben wird. Die Beachtung dieses letzteren Gesichtspunktes kann ich Ihnen nicht eindringlich genug zur Pflicht machen. Ich kann Ihnen nicht verschweigen, daß Sie ganz allgemein in der diplomatischen Welt als Gegner Österreichs gelten, und ich habe Anzeichen dafür, daß Ihre Haltung bei den Londoner Konferenzen bereits mehr als einer Stelle als eine Bestätigung dieser Annahme erschienen ist. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit in dieser Hinsicht nochmals auf die Sprache, die Graf Benckendorff unlängst Ihnen gegenüber geführt hat*. Sie läßt ganz unverkennbar das Bestreben erkennen, Sie für russische Wünsche vorzuspannen. Seine Darstellung der politischen Lage war in jeder Hinsicht unzutreffend. Wie Sie inzwischen aus der Berichterstattung von Pourtalès ersehen haben, hatte seinerzeit Graf Thurn in Petersburg tatsächlich die Möglichkeit von Konzessionen an Rußland bezüglich des Skutarisees durchblicken lassen**. Wien hatte anscheinend inzwischen seinen Standpunkt gewechselt. Das ändert nicht, daß Sie damals dem Grafen Benckendorff „aufgesessen" waren — um mich eines Ihnen gewiß geläufigen Wiener Ausdruckes zu bedienen.

Die Politik, die wir in der gegenwärtigen Krisis zu befolgen haben, ist uns klar vorgezeichnet. Sie ist bis jetzt durchaus erfolgreich gewesen. Das hindert nicht, daß ich auch abweichende Ansichten gern entgegennehme, besonders wenn sie mir, mit historisch-politischen Exkursen gewürzt, in der ansprechenden Form entgegentreten, die Sie zu bemeistern wissen. Nach außen hin aber bitte ich Sie, sich unter Zurückstellung etwaiger persönlicher Ansichten und Empfindungen und unter peinlichster

---

* Vgl. Nr. 12707.
** Vgl. Nr. 12749.

Beobachtung der Ihnen zugehenden Instruktionen die energische und rückhaltlose Vertretung der Politik angelegen sein zu lassen, die ich nach Anhörung der in erster Linie zu meiner Beratung berufenen Stellen für die richtige halte.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 12764

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 St. Petersburg, den 29. Januar 1913
Vertraulich. [pr. 30. Januar]

Sasonow teilte mir heute mit, Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph habe hier ankündigen lassen, daß er Absicht habe, in nächster Zeit Prinzen Gottfried Hohenlohe mit eigenhändigem Handschreiben an Zaren hierher zu schicken. Minister anerkannte, daß dieser Schritt Zweck verfolge, Entspannung in Beziehungen zwischen beiden Reichen herbeizuführen. Er fügte aber hinzu, daß, solange man sich in Wien nicht entschließe, mit Abrüstung der gegen Serbien mobilisierten Truppen zu beginnen, das hier gegen die Absichten Österreich-Ungarns bestehende Mißtrauen nicht leicht zu beseitigen sein werde. Er hoffe daher, daß das kaiserliche Handschreiben, über dessen Inhalt er noch nichts wisse, diesen Punkt berühren und beruhigende Erklärungen enthalten werde.

Pourtalès

Nr. 12765

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 62 Berlin, den 31. Januar 1913

Zur persönlichen Information.

In einer unserer letzten Unterredungen berührte San Giuliano die Inselfrage. Er unterschied vorbehaltlich endgültiger Entscheidung zwischen den von Griechenland okkupierten Inseln, die den Griechen äußerstenfalls verbleiben könnten, und den von Italien besetzten Inseln, die für Räumung Libyens hafteten, und zu deren Rückgabe an Türkei Italien sich feierlich verpflichtet. Italien könne sich schon aus Loyalität auf keine Diskussion über anderweites Schicksal dieses anvertrauten

* Dasselbe Telegramm ging auch an die Botschafter in Petersburg (Nr. 36), Paris (Nr. 45), Wien (Nr. 48), Rom (Nr. 40).

Pfandes einlassen und ebensowenig an Schritten teilnehmen, die der Pforte Abtretung dieser Inseln anraten.

Italienischer Botschafter sagt mir jetzt, Minister habe sich für obigen Standpunkt entschieden. Wir treten demselben hinsichtlich der von Italien besetzten Inseln bei, hoffen aber für andere Inseln wenigstens türkische Suzeränität zu retten.

Jagow

Nr. 12766

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35
Geheim

Wien, den 31. Januar 1913

Graf Berchtold suchte mich heute auf, um mir nachstehendes mitzuteilen.

Angesichts der aus Rußland teils direkt, teils von anderer Seite hierher gelangten Nachrichten über die persönliche Stellungnahme des Kaisers Nikolaus gegenüber Österreich-Ungarn und die wachsende Nervosität in Petersburger Kreisen über die angebliche den Frieden gefährdende Politik der Monarchie habe sich sein kaiserlicher Herr entschlossen, in seinen persönlichen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Kaiser Nikolaus an diesen einen eigenhändigen Brief zu schicken. Die Entsendung dieses Briefes solle keine diplomatische Aktion darstellen, sondern lediglich eine offene und freundschaftliche Aussprache von Monarch zu Monarch sein, um nach Kräften zu versuchen, die Spannung, die gegenwärtig leider bestehe, zu mildern. Es müsse einmal der Ring von Großfürsten, Großfürstinnen, Hofleuten, ...* ern durchbrochen werden, um den Kaiser über den wahren Charakter der hiesigen Politik aufzuklären. Sollte Kaiser Nikolaus noch sachlichen, in offener Freundschaft vorgebrachten Argumenten zugänglich sein[1], so könnte der Brief gute Früchte tragen im Sinne der Erhaltung Friedens. Andernfalls hätte man wenigstens alles getan, um die eigene Verantwortung zu decken.

Graf Berchtold denkt sich den Inhalt des Briefes in der Weise gefaßt, daß darin auf keinerlei Detail eingegangen wird. Es würde nur gesagt werden, daß die Monarchie bisher und in Zukunft eine Politik des Recueillement treibe und mit allen Kräften versuche, seine Lebensinteressen unter Aufrechterhaltung des Friedens zu wahren. Rußland würde aber aus eigener Erfahrung am besten verstehen, daß dies Interesse einer Großmacht, wenn an ihrer Grenze Unruhen entstehen, dadurch in Mitleidenschaft gezogen werde, und es sei nicht zu vergessen, daß Österreich-Ungarn den Ereignissen am Balkan am nächsten stehe. Schließlich würde dann die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die guten Beziehungen,

* Zifferngruppe unverständlich.

die bisher glücklicherweise zwischen beiden Staaten bestanden hätten, auch in Zukunft die gleichen blieben[2].

Graf Thurn ist schon seit Wochen an das Bett gefesselt, so daß auch in Petersburg bisher der richtige Kontakt gefehlt hat. Es wird daher Prinz Gottfried Hohenlohe nach Petersburg entsendet und mit der Überreichung dieses Briefes beauftragt werden.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Wird alles nichts nützen wenn nicht Etwas über Entlassung der Reserven darinnen steht

Nr. 12767

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske**

Telegramm. Konzept

Nr. 13 Berlin, den 31. Januar 1913

Nach Antwort auf Kollektivnote** will Pforte von Adrianopel, das geschleift werden soll, nur auf linkem Ufer Mariza gelegenen Teil behalten, wo sich Moscheen und Heiligtümer befinden.

Im einzigen Bulgarien direkt interessierenden Punkt läuft also türkische Antwort faktisch auf Annahme Kollektivnote heraus. Denn Adrianopel, dessen Besitz Bulgarien aus vorwiegend strategischen Gründen fordert, verschwindet als Festung und kommt als Stadt tatsächlich in bulgarische Gewalt. Souveränität Sultans im heiligen Stadtteil kann nach Lage künftiger Machtverhältnisse nur fiktiv sein. Praktisch bedeutungsloser Vorbehalt bezweckt lediglich Wahrung Gesichts, die der Sieger dem mit inneren Schwierigkeiten ringenden Gegner gönnen sollte***.

---

* Zur Genesis der Instruktion an den Gesandten von Below vgl. Nr. 12754 nebst Fußnote.

** Siehe den Text der am 30. Januar überreichten türkischen Antwort auf die Kollektivnote der sechs Großmächte im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 142f., im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 61 ss. und a. a. O.; in deutscher Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1913, S. 630f.

*** Bis hierher wurde die Instruktion für Below dem Fürsten Lichnowsky mittels Telegramm Nr. 60 vom 31. Januar zur schleunigen Verwertung bei Sir E. Grey mitgeteilt. Staatssekretär von Jagow bemerkte in diesem Telegramm noch: „Neutralisierung Adrianopels, die wohl schon von Sir Edward Grey als letzter Ausweg ins Auge gefaßt war, würde durch türkischen Vorschlag annähernd verwirklicht. — Kaiserlicher Gesandter Sofia wird daher beauftragt, bulgarischer Regierung freundschaftlich zu wohlwollender Aufnahme türkischen Angebots zu raten. Wir würden es lebhaft begrüßen, wenn englischer Vertreter zur Vermeidung weiteren Blutvergießens gleiche Weisung erhielte."

Wir hoffen, daß bulgarische Regierung das unerwartet weitgehende Entgegenkommen der Pforte würdigt, das um so größere Anerkennung verdient, als neue Regierung nur der Parole Rettung Adrianopels ihre Existenz verdankt. Pforte gibt offenbar lediglich nach, weil sie dauernden engen Anschluß an Bulgarien erhofft. Da Mazedonien noch nicht bulgarisiert und leicht zu Konflikten mit Nachbarn führen könnte, braucht Bulgarien gute Beziehungen zur Türkei. Im wohlverstandenen Interesse weitsichtiger bulgarischer Politik liegt es daher, günstige türkische Dispositionen für Zukunft nicht zu verderben.

Bitte unter Verwertung des Vorstehenden freundschaftlich dafür eintreten, daß dortige Regierung türkisches Angebot wohlwollend aufnimmt und dadurch Frieden ohne weiteres Blutvergießen ermöglicht.

Zu Ew. pp. ausschließlich persönlicher Information. Wir haben Grund zur Annahme, daß Pforte äußerstenfalls noch auf westlich der Tundja gelegene Stadtteile linken Marizaufers verzichten würde*. Sollte sich dortiges Kabinett mit bisherigen Zugeständnissen nicht zufrieden geben, so wollen Ew. pp. als rein persönlichen Gedanken, ohne Auftrag erkennen zu lassen, Möglichkeit derartigen Verzichts andeuten, und falls Bulgarien zum Abschluß auf solcher Grundlage bereit, entsprechende Einwirkung auf Pforte via Berlin anbieten.

Jagow

Nr. 12768

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 47 Berlin, den 31. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 27**.

Graf Szögyényi hatte für Besprechungen unseres Botschafters mit Sir Edward Grey in montenegrinischer Grenzfrage folgende Basis hierher mitgeteilt:

„1. Gewinnung von Kulturland durch Bojanaregulierung,
2. Abtretung Ipekebene in früher skizziertem Ausmaß,
3. Zession rechten Bojanaufers mit Ausschluß des Tarabos.

Sollte Rußland auf weiteren Konzessionen im Norden bestehen, so müßte Österreich Kompensationen im Osten fordern und die ohnehin überwiegend albanischen Gebiete von Ipek und Prisren ganz für Albanien reklamieren."

---

* Vgl. Nr. 12754.
** Siehe Nr. 12746.

Fürst Lichnowsky war angewiesen, auf dieser Grundlage und gemäß österreichischem Angebot in dortigem Telegramm Nr. 20* mit englischem Minister zu verhandeln. Botschafter meldete darauf gestern**:

„Verständigung auf dieser Grundlage völlig ausgeschlossen. Besser wäre, überhaupt nicht zu beginnen, um unerwünschten Mißerfolg zu vermeiden. Mindestmaß von Zugeständnissen ist ganzes rechtes Bojanaufer und Grenzlinie, die von Mitte zwischen Skutari und heutiger montenegrinischer Grenze etwa von Einmündung Flusses Banasch nach Osten oder Nordosten führt. Hierzu kommt Diakowa, auf welches russischerseits als Entschädigung für Skutari besonders Wert gelegt wird."

Bitte vorstehendes bei Graf Berchtold verwerten und auf möglichstes Entgegenkommen hinwirken. Durchsetzung österreichischen Standpunkts hinsichtlich Stadt Skutari würde weiteren eklatanten Erfolg über Rußland bedeuten, der Zugeständnisse in Nebenfragen ohne Einbuße an Prestige ermöglicht. Von Montenegro wird wegen dynastischer Sorgen nach wie vor auch die Stadt gefordert. Wird nicht nur diese albanisch, sondern auch sonst montenegrinische Hoffnung enttäuscht, so dürfte Dynastie tatsächlich in ernste Gefahr geraten. Diese Auffassung wird von allen Vertretern in Cetinje geteilt, ausgenommen allein Baron Giesl. Bericht unseres Gesandten über bedenkliche Stimmung in Montenegro folgt.

Jagow

Nr. 12769

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 43 Wien, den 30. Januar 1913
[pr. 31. Januar]

Graf Berchtold sagt mir, Herzog von Avarna habe ihm mitgeteilt, daß man in Rom Nachrichten habe, denen zufolge Rußland beabsichtige, die Dardanellenfrage anzuschneiden. Gegenüber dieser Eventualität schlage Marquis di San Giuliano vor, daß der Dreibund sich dem Wunsche Rußlands nicht entgegenstelle und seine zustimmende Haltung nur von folgenden zwei Bedingungen abhängig mache,

1. que la Russie s'abstienne de soulever la question d'Arménie
2. que la Russie s'associe à nos efforts pour maintenir la Turquie d'Asie.

Marquis di San Giuliano hoffe auch, daß Rußland bei entgegenkommender Haltung Dreibunds in Dardanellenfrage sich in serbischer Abgrenzungsfrage nachgiebig zeigen würde.

---

* Siehe Nr. 12715.
** Telegramm Nr. 57 vom 30. Januar.

Graf Berchtold will noch nicht daran glauben, daß Rußland tatsächlich jetzt Dardanellenfrage aufwirft*. Italiens Vorschlag scheine ihm jedenfalls bedenklich. Erstens komme es darauf an, w i e die Dardanellenfrage gelöst werden solle, ob nur Rußland das Recht erhalten solle zu freier Ein- und Ausfahrt, oder ob auch alle anderen Mächte dies Recht erlangen würden. Dann sei doch zu bedenken, daß Rußland 500 Millionen Rubel auf seine Schwarzmeerflotte zu verwenden im Begriff sei, daß die Dreibundmächte demnach mit einer starken russischen Flotte im Mittelmeer zu rechnen haben würden. Diese Eventualität dürfe man nicht leicht nehmen; denn es liege darin, nach Fortfall der Türkei, ein weiterer Schritt zur Einkreisung des Dreibunds und eine positive Stärkung der Entente. Der Minister fragt sich, wie diese italienische Stellungnahme, die die Verschiebung des maritimen Kräfteverhältnisses im östlichen Mittelmeer zu unserem Nachteil einfach akzeptiere, mit der Idee einer maritimen Abmachung zwischen Wien und Rom zu gemeinsamer Verteidigung der beiderseitigen Mittelmeerinteressen in Einklang zu bringen sei.

von Tschirschky

Nr. 12770

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 London, den 31. Januar 1913

Sir E. Grey teilt mit, daß Botschafterversammlung morgen zusammentritt, um türkische Antwortnote zu besprechen. Ich werde, falls ich bis dahin von Euerer Exzellenz keine anderweiten Instruktionen erhalte, dafür stimmen, daß die Großmächte aus ihrer Zurückhaltung nicht heraustreten und keinem der Kriegführenden weitere Ratschläge erteilen sollten.

Lichnowsky

* In der Tat bestand eine solche Absicht damals in Rußland nicht; man befolgte dort vielmehr während des ersten Balkankrieges eine abwartende Haltung, obwohl Graf Benckendorff aus London berichtete, daß man auf die — noch 1911 versagte — Unterstützung Englands zählen könne, sobald die Frage auf die Tagesordnung gesetzt werde. Vgl. den Geheimbrief Sasonows an Iswolsky vom 28. November 1912 und den Brief Graf Benckendorffs an Sasonow vom 2. Dezember 1912. Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 687ff. Vgl. auch Nr. 12744, S. 267, Fußnote*.

Nr. 12771

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 64 Berlin, den 31. Januar 1913

Auf Telegramm Nr. 59*.

Ausführung Ew. Durchlaucht Absicht steht unser Ratschlag in Sofia** entgegen. Bitte sich daher dahin äußern, daß in Zukunft nur solche Ratschläge in Frage kommen könnten, die, wie der obige, bei strenger Wahrung der Neutralität Friedensförderung bezwecken.

Jagow

Nr. 12772

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Konstantinopel, den 31. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 33***.

Ich habe Großwesir dringend geraten, sich im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Bulgaren wenigstens zunächst passiv zu verhalten. Mahmud Schewket Pascha erwiderte, es seien vorläufig nur rein defensive Maßnahmen beabsichtigt. Auf meine Andeutung, daß die Adrianopler Frage vielleicht durch Ernennung eines Sultanvertreters geregelt werden könne, erhielt ich die Antwort, daß schon Sir E. Grey die Neutralisierung Adrianopels unter einem türkischen Prinzen und der Garantie der Mächte angeregt habe. Eine solche Lösung sei aber unpraktisch, da sie eine neue Kretafrage schaffen werde. Eine reinliche Scheidung sei vorzuziehen. Im übrigen habe er gestern ganz offen mit Herrn von Giers gesprochen und ihm die Grenze in die Karte eingezeichnet, auf welcher die Türkei bestehen müsse. Diese laufe von Enos längs der Mariza bis Adrianopel, welches sie schneide, dann zehn Kilometer nördlich längs der Tundja, von wo sie westlich über Chasköi, Kirk-Kilisse nördlich lassend, nach Achtebol führe. Er habe Herrn von Giers auf das bestimmteste erklärt, daß dies das letzte Angebot der Türkei sei. Werde dies abgelehnt, so sei er gezwungen, den Krieg mit der äußersten Energie weiterzuführen.

Wangenheim

---

* Siehe Nr. 12770.
** Siehe Nr. 12767.
*** Siehe Nr. 12755.

Nr. 12773

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 London, den 31. Januar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 60*.

Sir E. Grey teilte ebenfalls den Eindruck, daß die türkische Antwortnote Entgegenkommen bedeute, und daß auf ihrer Grundlage Wiederaufnahme der Unterhandlungen[1] und Rückgängigmachung der Kündigung des Waffenstillstandes möglich sei[2]. In diesem Sinne will er auch Weisungen an verbündete Regierungen gelangen lassen, erst aber morgige Botschafterversammlung abwarten, um festzustellen, welche Stimmung hierfür vorhanden[3]. Sollte die Auffassung Euerer Exzellenz von der praktischen Bedeutung der türkischen Zugeständnisse mit den Erhebungen, die er noch hierüber anstellen will, übereinstimmen, so wäre er auch bereit, der unserigen entsprechende Weisung in Sofia zu erteilen. Vorläufig könne er sich namentlich im Hinblick auf die in heutiger „Times" veröffentlichte Karte von Adrianopel und Umgegend, wonach tatsächlich die ganze Stadt in Händen Türkei bliebe, noch nicht zu so weitgehendem Schritt entschließen. Auch ihm liege vor allem daran, weiteres Blutvergießen zu verhindern[4], und hoffe er hierbei mit uns Hand in Hand gehen zu können.

Herr Veniselos, den ich heute früh sah, schien nicht den Eindruck zu haben, daß Bulgarien sich mit dem türkischen Angebot begnügen werde.

Er reist Sonntag nach Athen zurück, läßt aber Herrn Sculudis hier und sagte mir, daß auf jeden Fall früher oder später Verhandlungen hier in London wieder aufgenommen werden würden.

Botschaftersitzung Sonnabend vormittag elfeinhalb.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Die werden Monate dauern

[2] ! ? !

[3] dazu hat er 2 Monate verstreichen lassen!

[4] dann nimmt er schließlich die Verantwortung für Alles was passirt auf sich! Ich bin dafür Erst fechten, dann handgreifliche klare Friedenspräliminarien auf dem Schlachtfelde, in die die Mächte eingreifen könnten. Bevor aber ein greifbares Friedensinstrument zwischen den Duellanten nicht vorliegt, ist kein Eingreifen möglich. Erst muß da einer definitiv siegen und der andre die Besiegung zugeben.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das kommt davon, wenn man einen Waffenstillstand ohne Friedenspräliminarien schließt, da wird natürlich Unsinn und Confusion daraus! Nichts ist entschieden, kein Sieger, kein Besiegter, keiner giebt nach und der eine will ebensogut behandelt werden wie der Andre! Wer jetzt den Kampf verhindert, lädt den ganzen Haß für den Friedensschluß von beiden Seiten auf sich. Da mache ich nicht mit!

Wilhelm I. R.

* Vgl. Nr. 12767, Fußnote ***.

Nr. 12774

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 40 Berlin, den 1. Februar 1913

Sir Edward Grey, dem wir Unterstützung unserer Demarche Sofia nahelegten*, scheint Tragweite türkischer Zugeständnisse skeptisch zu beurteilen. Gleiche Auffassung vorherrscht bei übrigen Großmächten, während Balkanstaaten Angebot wertlos finden.

Großwesir hatte Ew. pp. nach Telegramm Nr. 45** Bereitwilligkeit zur Abtretung westlich Tundja gelegener Stadtteile angedeutet. Bitte ihn hierin bestärken und zur Verhütung sonst wohl unvermeidlicher Wiederaufnahme Feindseligkeiten auf weitere Konzessionen hinwirken.

Jagow

Nr. 12775

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 London, den 1. Februar 1913

Die heutige Botschafterversammlung, die etwa eine Stunde dauerte, beschäftigte sich fast ausschließlich mit der türkischen Antwortnote und der Stellung der Mächte zu derselben. Allgemein überwog der Eindruck, daß das türkische Anerbieten den bulgarischen Wünschen nicht genügend entgegenkam, und daß daher mit einer glatten Annahme nicht zu rechnen sei. Immerhin aber hoffte man, daß es gelingen werde, auf ihrer Grundlage weiter zu verhandeln[1] und vielleicht auch noch die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern[2]. In diesem Sinne beabsichtige auch Sir E. Grey mit Herrn Danew zu sprechen und seinen Vertreter in Sofia anzuweisen, sich der bulgarischen Regierung gegenüber zu äußern, falls andere Mächte entsprechende Weisungen erteilen[3]***. Es wurde hierauf auf Vorschlag des Ministers der nachstehende meines Erachtens harmlose[4]† Wortlaut[5] angenommen, der dem Text der englischen Anweisung entspricht:

---

* Vgl. Nr. 12767, Fußnote *** und Nr. 12773.

** Siehe Nr. 12754.

*** Vgl. auch das Telegramm Graf Mensdorffs vom 1. Februar an Graf Berchtold (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 144), das den Wortlaut der von Sir E. Grey beabsichtigten Ansprache an Danew wiedergibt.

† Die Worte „meines Erachtens harmlose" befanden sich ursprünglich nicht in der Entzifferung des Lichnowskyschen Telegramms, wurden aber von dem Auswärtigen Amt bei Herstellung einer verkürzten Abschrift für den Kaiser eingestellt.

Il a été toujours entendu que la Bulgarie tout en réclamant la cession de la ville d'Andrinople était disposée d'accorder à la Turquie des conditions spéciales de nature à sauvegarder le prestige de la Turquie et à donner satisfaction à ses susceptibilités relativement aux tombes et aux mosquées. La réponse de la Porte aux Puissances est un pas en avant que semble fournir à la Bulgarie une occasion de déclarer à la Porte les conditions qu'elle serait prête à concéder à la Turquie pour le règlement de la question d'Andrinople.

Ich hatte mich bemüht, im Sinne des Telegramms Nr. 60* darauf hinzuweisen, daß türkisches Angebot für Bulgarien annehmbar sei, da es bulgarischen Wünschen in wesentlichen Punkten entgegenkomme, und daß es sich im Interesse des Friedens empfehlen würde, diese Ansicht gegenüber Bulgarien zu vertreten. Ich konnte aber mit dieser Auffassung nur insoweit durchdringen, als man hierin eine Basis für weitere Verhandlungen erblickte. Französischer und russischer Kollege waren ohne Weisungen, während Graf Berchtold türkische Antwort als völlig ungenügend bezeichnet hatte. Da ich aber mit Graf Mensdorff persönlich die freundschaftlichsten und geschäftlich die denkbar regsten Beziehungen unterhalte, so war er sowohl wie Marquis Imperiali vor der Sitzung bei mir gewesen, um gemeinsames Vorgehen zu verabreden. Beide Kollegen suchten daher meinen Standpunkt zu unterstützen, und abweichender österreichisch-ungarischer Standpunkt, in dem sogar von Vorstellungen in Konstantinopel die Rede war, kam nicht zur Sprache.

Ich werde auf Herrn Danew, den ich jetzt erwarte, im entgegenkommenden Sinne zu wirken suchen.

Nach der Sitzung sagte Sir E. Grey vertraulich zu mir, sein Vorschlag sei durchaus nicht im Widerspruch mit unseren Ratschlägen, denen er Rechnung tragen möchte. So könne er vorläufig noch nicht ganz so weit gehen wie wir.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten Abschrift der Entzifferung:

[1] Ich warne davor! Es ist keine Grundlage!

[2] Nein!

[3] Meine keine!

[4] ! d[as] h[eißt] für die Großmächte! Aber für die Balkanstaaten nicht gehauen, nicht gestochen!

[5] Das ist das schlim[m]ste bei diesen Mächtenoten, daß sie immer harmlos sein müßen und daher gar keinen Eindruck machen, als daß die Mächte absolut nicht wissen was sie machen sollen, und lächerlich werden!

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Quatsch der bei den Bulgaren wohl kaum verfa[n]gen wird! Ich habe genug von dem Dreck und mache solchen Unsinn nicht weiter mit! Mögen die Kerls sich keilen und die Sache erst zur Entscheidung bringen damit klare Verhältniße geschaffen werden. Ein festes Friedensinstrument vor allem!

---

* Vgl. Nr. 12767, Fußnote ***.

Nr. 12776

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Konstantinopel, den 2. Februar 1913

Daß die Türkei eventuell sich mit den Stadtteilen östlich der Tundja begnügen würde, ist sämtlichen Botschaftern bekannt*. Aus Gesprächen mit Großwesir entnehme ich ferner, daß die Türkei äußerstenfalls Ajos Stefanos anstatt Achtebol als östlichsten Grenzpunkt annehmen würde. Ich glaube indessen nicht, daß dies weitere Nachgeben irgendwelchen Eindruck auf Rußland machen würde, das auf dem bedingungslosen Verzicht auf Adrianopel besteht. Aus der versöhnlichen Haltung der Türkei scheint auf deren Schwäche geschlossen zu werden. Großwesir befürchtete das schon, als ich ihm riet, in seiner Antwort auf Kollektivnote nicht zu finessieren, sondern gleich das Maximum der ihm möglichen Zugeständnisse zu fixieren. Nach meiner Überzeugung kann und wird Mahmud Schewket Pascha wegen Adrianopel, also in der allein entscheidenden Frage, nicht nachgeben. Möglich wäre es, daß er anstatt der Teilung die Neutralisierung gemäß Vorschlag Sir E. Greys annähme. Dazu wäre aber eine Einwirkung auf die Balkanstaaten notwendig, damit zunächst einmal eine Verhandlungsbasis gewonnen wird. Nun bestärkt aber Rußland und Frankreich aus Prestigegründen den Widerstand der Balkanstaaten**,

---

* Vgl. Nr. 12754.

** Für Rußland galt das mindestens seit dem 31. Januar, wo es in Sofia dringend warnte, nicht mehr; vgl. Nr. 12762, Fußnote ***. Sir E. Grey, den Fürst Lichnowsky auf die von Wangenheim berichtete Bestärkung des Widerstands der Balkanstaaten durch Rußland und Frankreich aufmerksam machte, wollte eine solche Haltung der Ententegenossen überhaupt in Abrede stellen. Es heißt darüber in einem Telegramm Lichnowskys vom 5. Februar (Nr. 65): „Sir E. Grey stellte entschieden in Abrede, daß Rußland und Frankreich Widerstand der Balkanstaaten bestärkten. Abtretung Adrianopels sei vielmehr bei Bulgaren zur Frage des Ansehens geworden, und würden sich dieselben, sobald Feindseligkeiten wieder begonnen, auf keinerlei Verständigung einlassen, es sei denn, daß sie mit den Waffen unterliegen. In diesem Sinne habe er sich auch türkischen Vertretern gegenüber geäußert, welche sich soeben von ihm verabschiedet. Letztere hätten Dazwischenkunft der Mächte angerufen, ohne indessen in Abtretung zu willigen. Er habe ihnen erklärt, vorläufig könnten Mächte aus Zurückhaltung nicht heraustreten, es sei aber nicht ausgeschlossen, daß dies dennoch geschehe, falls zum Beispiel Konstantinopel oder Meerengen bedroht wären.“ Aber erst tags zuvor hatte Fürst Lichnowsky berichtet (Nr. 64), wohlunterrichtete englische Kreise bezweifelten nicht, daß ohne die russische Unterstützung die Bulgaren sich eher zu einem Kompromiß bezüglich Adrianopels bereitgefunden hätten. Vgl. Kap. CCLXIX, Nr. 12796. Freiherr von Wangenheim beharrte seinerseits bei der Auffassung, daß Rußland und Frankreich den Widerstand der Balkanstaaten bezüglich Adrianopels bestärkten. In einem Bericht vom 12. Februar (Nr. 44) hieß es darüber: „Der Auffassung Sir E. Greys, daß Rußland und Frankreich den Widerstand der Balkanstaaten bezüglich Adrianopels nicht bestärkten, vermag ich auf Grund meiner hiesigen Wahrnehmungen nicht beizutreten. Herr von Giers und Herr Bompard haben beide die Antwortnote der Pforte

unterstützt dabei von Österreich-Ungarn, welches, wie ich vertraulich erfahre, gleichfalls die Note der Pforte als unbefriedigend ansieht. Ich sehe daher hier keine Möglichkeit mehr, die Weiterführung des Krieges bis zum bitteren Ende zu verhindern*.

Wangenheim

Nr. 12777

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändig

Berlin, den 2. Februar 1913

Herr Cambon suchte mich heute nachmittag auf, um mir folgendes mitzuteilen: Er habe nach einem Diner beim spanischen Botschafter mit dem Herrn Reichskanzler eine Unterhaltung gehabt** und ihm von meinem Gedanken — pas une proposition, même pas une suggestion, simplement une idée — gesprochen, die Adrianopelfrage etwa in der Weise zu lösen,

---

als nicht befriedigend angesehen und wohl zweifellos in diesem Sinne ihren Regierungen berichtet. Außerdem aber hat Herr von Giers, wie ich Euerer Exzellenz seinerzeit zu melden die Ehre hatte, mir ausdrücklich gesagt, daß der Übergang von Adrianopel in bulgarischen Besitz für den Slawismus zu einer Prestigefrage geworden sei, nachdem Österreich in der Frage des serbischen Hafens einen Erfolg errungen habe."

* Im gleichen Sinne meldete Freiherr von Wangenheim am 3. Februar (Nr. 64): „Unter Verwertung der letzten Telegramme Euerer Exzellenz habe ich Großwesir soeben nochmals eindringlich zu weiterem Nachgeben geraten. Mahmud Schewket Pascha erwiderte, er sei unter seinen Parteigenossen der versöhnlichste. Schon jetzt bestünde eine bedenkliche Gärung gegen ihn, weil seine Antwort an die Mächte als zu entgegenkommend angesehen werde. Es sei gänzlich ausgeschlossen, daß er bezüglich Adrianopels noch mehr konzedieren könne. Die Mächte möchten durch zu starkes Drängen nicht nochmals den Fehler begehen, der zum Sturz Kiamil Paschas geführt habe. Falle er, so würden Leute wie Enver, Talaat und Dschawid an seine Stelle treten und den Krieg à outrance predigen. Meine erneute Frage, ob die Türkei sich nicht mit Sultansvertreter in einem bulgarischen Adrianopel abfinden könne, verneinte er wiederum. Auf meine weitere Frage, ob nicht wenigstens eine Neutralisierung Adrianopels gemäß dem englischen Vorschlag annehmbar wäre, erwiderte er nach einigem Zögern: ‚Ich würde eine derartige Anregung, wenn sie von den Mächten käme, dem Ministerrat unterbreiten. Den Bulgaren wird es aber wohl kaum konvenieren, ganz Adrianopel zu verlieren.' Ferner bemerkte Großwesir, daß die Türkei die rein muselmanische Altstadt Adrianopels nicht einem Volk überlassen dürfe, welches die Muselmanen systematisch ausrottete, wie die jüngsten Massakers bewiesen hätten."

** Das Diner bei dem spanischen Botschafter Polo de Bernabe, auf dem Cambon seine Unterredung mit dem Reichskanzler hatte, hatte schon am 28. Januar stattgefunden. Näheres über das Gespräch, bei dem Bethmann Hollweg unter anderem auch die Warnung an die französisch-russische Adresse vorbrachte, daß Deutschland einer Aufteilung Kleinasiens gegenüber nicht untätig bleiben könne (vgl. Nr. 12744, Fußnote **), im Bericht Jules Cambons vom 29. Januar. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 59 s.

daß, entsprechend der Bestimmung des Lausanner Friedens, ein „Sultansvertreter" eingesetzt würde. Der Gedanke schiene ihm berücksichtigenswert.

Auch der Herr Reichskanzler habe dem Gedanken zugestimmt und, bei Übergang des Gesprächs auf die Skutarifrage, geäußert, wir würden uns dafür bemühen, einen Ausgleich der österreichisch-russischen Gegensätze herbeizuführen*.

Er, Cambon, habe von diesem Gespräch seiner Regierung, und diese davon Mitteilung in Petersburg gemacht. Heute habe er ein Telegramm aus Paris** erhalten, wonach Herr Sasonow das Pariser Kabinett bäte, mich durch ihn, Cambon, wissen zu lassen, daß Sasonow bereit wäre, meinen Gedanken, betreffend Adrianopel und Sultansvertreter, zu akzeptieren, wenn „dafür" l'Allemagne soutiendrait la Russie dans la question de la délimitation de l'Albanie.

Ich habe Herrn Cambon erwidert, daß ich ihm eine bestimmte Antwort geben würde, nachdem ich mit dem Herrn Reichskanzler gesprochen, daß ich aber vorausschicken müßte, daß mir kein Grund vorzuliegen schiene, d'accoupler les deux questions***.

Jagow

---

* Nach dem Telegramm Cambons von 29. Januar hätte Reichskanzler von Bethmann Hollweg ihm auf der Soirée vom 28. zugesagt, ein Eintreten Rußlands für den Jagowschen Gedanken einer Lösung der Adrianopelfrage mit einem Druck auf Österreich in der Skutarifrage zu kompensieren. Aus der obigen Darstellung Jagows ist ein solcher Zusammenhang nicht ersichtlich; er ist um so weniger wahrscheinlich, als Staatssekretär von Jagow, der sicherlich in vollem Einvernehmen mit dem Reichskanzler handelte, eine Verkoppelung der beiden Fragen ausdrücklich zurückwies. Vgl. Fußnote **.

** Nicht im französischen Gelbbuch. Dagegen findet sich im Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 53 f. das voraufgehende Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 31. Januar, wonach Rußland bereit wäre, die Jagowsche Lösung der Adrianopelfrage zu akzeptieren, „in der festen Überzeugung, daß Deutschland in der Frage der Abgrenzung Albaniens Rußland tatkräftig unterstützen wird".

*** Über die Antwort, die Jagow am 3. Februar Cambon erteilte, unterrichtet eine undatierte Notiz von seiner Hand. Die Antwort besagte,

1. „daß ich mit Freude davon Kenntnis nehme, daß Sasonow den Gedanken (Adrianopel — Sultansvertreter) unterstützen will,
2. daß meine Regierung sich alle Mühe gibt, sowohl in Wien wie in London, um eine Lösung für die Abgrenzung Albaniens zu finden, die alle Mächte, und speziell Österreich und Rußland, zufriedenstellen kann,
3. daß ich glaube, daß man die beiden Fragen nicht verbinden könne, weil dies mit unsern Verpflichtungen Österreich gegenüber nicht in Einklang stehen könnte."

Eine dritte Aktennotiz Jagows vom 4. Februar geht dahin, daß der französische Botschafter die ihm am 3. gegebene Antwort in seinem, Jagows, Beisein zur Mitteilung an die französische Regierung redigiert habe. Im französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques findet sich eine dahingehende Meldung Cambons nicht. Doch sprach der französische Außenminister Jonnart am 5. Februar Freiherrn von Schoen seine große Befriedigung über die Unterredungen aus, die Cambon mit Bethmann Hollweg und Jagow gehabt habe: „Die in diesen Unterredungen zum Ausdruck gelangten, auf der Gleichartigkeit der beiderseitigen Interessen in der Türkei begründeten vertrauensvollen Beziehungen berechtigten erfreulicherweise zu ruhigem Ausblick in die Zukunft."

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:

Ich habe Herrn Cambon niemals gesagt, was er mir in den Mund legt. Als er mir von dem Gedanken des Herrn Staatssekretärs sprach, sagte ich ihm, daß auch ich ihn für sehr erwägenswert hielte und hoffte, daß er ihn sich überlegen werde, da wir alle zusammenwirken müßten, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Daß Deutschland dies tue, wisse er aus unserem gesamten Verhalten, wie wir denn auch in der Skutarifrage auf eine Ausgleichung der Gegensätze bedacht seien. Vielleicht biete sich bei dem vom Staatssekretär angeregten Gedanken nun auch für Frankreich die Gelegenheit, helfend und fördernd zu wirken. v. B. H. 4/2

Nr. 12778

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 London, den 1. Februar 1913
[pr. 2. Februar]

Danew war eben bei mir und erklärte, es sei völlig ausgeschlossen, die türkischen Vorschläge anzunehmen, da Bulgarien auf dem Besitz der Stadt Adrianopel bestehen müsse; auch sei die jungtürkische Regierung viel weniger schroff als die frühere und werde bestimmt in dieser Frage nachgeben. In demselben Sinne habe sich auch vorgestern Graf Berchtold dem bulgarischen Vertreter* gegenüber ausgesprochen und zur Ablehnung der türkischen Vorschläge ermutigt[1]. Dafür sei der Graf aber um so ent-

---

Bericht Freiherrn von Schoens Nr. 41 vom 5. Februar. Ähnlich hatte sich Jonnart schon Ende Januar bei seiner ersten Begegnung mit Freiherrn von Schoen geäußert: „Er habe festes Vertrauen in den ernsten Friedenswillen aller Großmächte und ganz besonders Deutschlands und Frankreichs. Er sehe in der jetzigen Krise nichts, was zu ernsten Meinungsverschiedenheiten, geschweige denn zu einem Konflikt zwischen uns beiden Anlaß geben könnte. Die Streitfragen um den Besitz von Skutari oder Silistria und ähnliches berührten uns kaum, und was die große Frage betrifft, die Erhaltung einer lebensfähigen Türkei, so seien die Interessen Deutschlands und Frankreichs die gleichen. Daraus ergebe sich ganz natürlich eine Annäherung dieser beiden Mächte. Sie seien dazu befähigt, innerhalb der Großmächte in der Orientfrage einen festen Kern zu bilden und die ihnen in den einzelnen Gruppen nahestehenden Mächte im Sinne des Programms günstig zu beeinflussen, das für den Augenblick sich in die einfache Formel bringen lasse: Strikte Neutralität, keinerlei Sonderaktion. Er sei sehr erfreut, aus den Unterredungen des Botschafters Jules Cambon mit dem Herrn Staatssekretär zu entnehmen, daß bezüglich dieses Programms vollständige Übereinstimmung zwischen Berlin und Paris bestehe, und verspreche sich hiervon nur Gutes, nicht nur für die Lösung der jetzigen Krisis, sondern überhaupt.“ Bericht Freiherrn von Schoens vom 30. Januar (Nr. 34). Dem russischen Botschafter Iswolsky gegenüber freilich äußerte sich Jonnart (vgl. auch Nr. 12 743, Fußnote *) in dem Sinne, als ob Staatssekretär von Jagow Frankreich nur aufs Glatteis zu führen gesucht habe. Brief Iswolskys an Sasanow vom 30. Januar, Stieve, a. a. O., III, 52.

* J. Sallabaschew.

schiedener für Rumäniens Wünsche eingetreten*, die nunmehr in Sofia weiter verhandelt würden. Bulgarien müsse auf dem früher gekennzeichneten Standpunkt verbleiben[2], auf dem er sich mit Herrn Take Jonescu schon beinahe geeinigt habe.

Herr Danew hofft, daß Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nur um so schneller zum Ziel führen würde[3], und erwartet baldige Einlenkung der Türkei. Unterhandlungen könnten auch unterdessen fortgeführt werden. Er hat in Sofia geraten, Türkei hinsichtlich Wahrung religiöser Rechte entgegenkommende Anerbietungen zu machen, um jeden Anschein völligen Abbruchs zu vermeiden.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Aha!

[2] richtig

[3] Einzig richtig

---

* Umgekehrt hatte sich Rußland in Bukarest zum Sachwalter Bulgariens gemacht und geradezu für den Fall eines rumänischen Einmarsches in Bulgarien mit Eingreifen gedroht. Vgl. das von dem russischen Gesandten in Bukarest Schebeko am 30. Januar überreichte Aide-mémoire. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 60 s; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 45f. Es hieß in dem Aide-mémoire unter anderem: „Une agression de la Roumanie ou une occupation armée, sans déclaration de guerre, d'un territoire faisant partie de la Bulgarie, alors que celle-ci n'en a pas fini avec la Turquie, provoquerait dans l'opinion publique russe, en faveur de la Bulgarie, une telle explosion de sympathies que le Gouvernement ne saurait y demeurer indifférent." Und weiter: „Le désir du Gouvernement impérial de raffermir ses liens anciens avec la Roumanie lui fait un devoir d'expliquer clairement au Cabinet de Bucarest qu'il sera impossible pour la Russie d'admettre que la Bulgarie soit dépossédée par la force d'une partie de son territoire." Das Vorgehen Rußlands, das wiederum nicht im voraus mit der französischen Regierung vereinbart war, rief in Paris eine schwere Beunruhigung und entsprechende Vorstellungen in Petersburg hervor. Vgl. das Telegramm Jonnarts an G. Louis vom 31. Januar (Französisches Gelbbuch, a. a. O., II, 64) und Iswolskys Telegramm an Sasonow vom 30. Januar (Stieve, a. a. O., III, 46f.), ferner Iswolskys Brief an Sasonow vom gleichen Tage (a. a. O., III, 49ff.) und R. Poincaré, Au Service de la France, III, 79ss. Jonnart besorgte, daß das von Rußland in Aussicht gestellte militärische Vorgehen zum Schutze Bulgariens die Einmischung Österreichs und folglich auch Deutschlands veranlassen werde, und daß so um Silistrias willen der allgemeine Krieg entbrennen könne. Nach Iswolskys Kommentar beabsichtigte die französische Regierung mit ihren Vorstellungen in Petersburg keineswegs, den russischen Alliierten seiner Handlungsfreiheit zu berauben oder seine moralischen Verpflichtungen den Balkanstaaten gegenüber in Zweifel zu ziehen. „Rußland ist daher von seiten Frankreichs nicht nur Waffenhilfe in dem vom französisch-russischen Abkommen festgesetzten Falle, sondern auch die entschiedenste und tatkräftigste Unterstützung aller Maßnahmen zugesichert, die die russische Regierung zugunsten der erwähnten Staaten unternehmen wird. Aber gerade damit Frankreich in jedem Augenblick Rußland im vollsten Maße seine Freundes- und Bundeshilfe erweisen könne, bittet uns die französische Regierung inständig, keinerlei einseitige Handlungen ohne einen vorhergehenden Meinungsaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen, denn nur unter dieser Bedingung kann die französische Regierung die öffentliche Meinung Frankreichs mit Erfolg auf die Notwendigkeit einer Teilnahme am Kriege vorbereiten." Stieve, a. a. O., III, 51.

Nr. 12779

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Sofia, den 1. Februar 1913
[pr. 2. Februar]

Antwort auf Telegramm Nr. 13*.

Habe Gedankengang des Eingangs erwähnten Telegramms beim Ministerpräsidenten verwertet, letzteren aber vollständig intransigent gefunden. Hiesige Regierung verlangt kategorisch die Abtretung von ganz Adrianopel, da Bulgarien eine türkische Enklave innerhalb seiner Grenzen nicht zulassen dürfe. Das einzige Zugeständnis, das man machen könne, sei Zulassung eines Muftis, dem die Sorge für die Heiligen Stätten überlassen bleibe.

Meinem Hinweis auf das unerwartet weitgehende Entgegenkommen der Pforte begegnete Herr Geschow mit der Erwiderung, daß auch Bulgarien sich dadurch konziliant erweise, daß es gewisse Gebiete am Marmarameer zurückzugeben bereit sei, die seine Truppen gegenwärtig noch besetzt hielten. Über das künftige nachbarliche Verhältnis zur Türkei schien sich der Minister keine Sorgen zu machen. Er sei sicher, daß es sich zu einem durchaus freundlichen gestalten werde, wenn es vielleicht auch verfrüht sei, heute schon von einer künftigen Allianz zu sprechen. Aus der Haltung des Ministers habe ich den Eindruck gewonnen, daß man hier mit der Notwendigkeit des Wiederbeginnes der Feindseligkeiten rechnet, aber im stillen hofft, daß die Pforte bezüglich Adrianopels im letzten Moment aus eigenem Antriebe oder auf Grund erneuter Pression doch noch nachgeben wird.

Mein russischer Kollege hat sich, wie ich höre, für Einsetzung eines türkischen Kommissars mit gewisser Scheinoberhoheit über die Heiligen Stätten verwendet**, ohne indes bisher in dieser Frage eine endgültige Antwort erhalten zu haben.

Below

Nr. 12780

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Wien, den 2. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 47***.

Ich habe Inhalt Telegramms eingehend mit Graf Berchtold unter Zuziehung der beiden Referenten besprochen. Dabei habe ich betont,

* Siehe Nr. 12767.

** Vgl. dazu das Telegramm Sasonows an den russischen Gesandten in Sofia vom 31. Januar (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 53), das nun auch in Sofia vor Halsstarrigkeit warnte.

*** Siehe Nr. 12768.

daß für uns, die wir in der Mitte zwischen Österreich und Rußland stehen, es vor allem darauf ankommt, die einzeln auftauchenden Differenzen so auszugleichen, daß sie nicht zum Anlaß ernstlicher Zwistigkeiten zwischen den Mächten werden, deren Nachteile nicht im Verhältnis zu den zunächst in Frage kommenden Objekten stehen würden. Die Zuerkennung der Stadt Skutari an Albanien bedeute sicherlich einen großen Erfolg Österreich-Ungarns gegenüber Rußland und rechtfertige auch gegenüber hiesiger öffentlicher Meinung Nachgiebigkeit an anderen minder wichtigen Stellen. Ich habe auch den beiden Referenten gegenüber energisch darauf hingewiesen, daß es aus Anlaß der Abgrenzungsfrage zu einem Konflikt mit Rußland nicht kommen dürfe und ein Ausweg gefunden werden müsse, schließlich ihnen auch noch die Gefahren vor Augen geführt, die ein Sturz der montenegrinischen Dynastie mit sich führen würde.

An der Hand der Karte wurde dann die von Rußland vorgeschlagene Abgrenzung Albaniens durchgesprochen. Was die Frage der Überlassung des rechten Ufers der Bojana anlangt, so ist man hier bereit dazu, macht nur Reserven wegen des Tarabos. Dies sei ein steiler Felsen, den Montenegro sicher nicht als fruchtbares Land reklamieren könne. Der Felsen dominiere die Stadt vollkommen. Skutari ohne Tarabos sei ein Wien ohne Kahlenberg. Bleibe er in Albaniens Besitz, so dominiere er jedenfalls keine montenegrinische Stadt. Wenn Rußland und Montenegro auf den Besitz des Tarabos bestehen, so zeigt das klar die Absicht, bei gelegener Zeit sich auch der Stadt Skutari bemächtigen zu wollen. Diese konstante Bedrohung der albanischen nördlichen Hauptstadt wäre ein Element stetiger Unsicherheit und eine Gefahr für den Bestand des Friedens am Balkan.

Die Bojanaregulierung werde nach genauen Berechnungen ungefähr zwei Drittel des jetzigen Seeumfangs in fruchtbares Land umwandeln, und zwar zum größten Teil auf montenegrinischer Seite.

Grenzlinie etwa von Einmündung des Flusses Banasch in Skutarisee nach Osten oder Nordosten würde gerade die rein katholischen Stämme Hoti, Kastrati dem orthodoxen Montenegro zuweisen. Es sei hier unerklärlich, warum Rußland gerade diese Gegend Montenegro zuweisen wolle, während doch die Ebene von Ipek, die Österreich-Ungarn den Montenegrinern geben wolle, von einer Bevölkerung bewohnt werde, deren Minderheit wenigstens orthodox sei.

Die Großmächte seien dahin übereingekommen, daß ein lebensfähiges Albanien geschaffen werden solle. Dazu sei aber der Besitz von Diakowa unerläßlich. Ohne die übrigens rein albanesische Stadt würde Albanien ein lang gezogenes Gebirgsland ohne jede Tiefe sein. Man verstehe hier den russischen Standpunkt, der das große russische Kloster Wisokidecani an Montenegro bringen möchte. Dieses Kloster liege auf halbem Wege zwischen Ipek und Diakowa — nicht in der Nähe letzterer Stadt —, und seiner Zuteilung an Montenegro zugleich mit Ipek und seiner Ebene liege nichts im Wege. Man hoffe hier, daß Rußland demgegen-

über auf Zuteilung der katholischen Stämme am Skutarisee an das orthodoxe Montenegro nicht bestehen werde. Montenegro würde dort ein ausgezeichnetes Gebiet erhalten und sich vortrefflich arrondieren.

Daß Österreich-Ungarn nicht intransigent sei, gehe weiter noch aus seiner Bereitwilligkeit hervor, auch Prisren und Prischtina — beide mit überwiegend albanischer Bevölkerung — von Albanien abzutrennen.

Österreich halte strikt an dem Grundsatz fest, keine Prestigepolitik zu treiben. Die Vorgänge spielten sich in seiner nächsten Nähe ab; es sei daran unendlich mehr interessiert als Rußland und die anderen Mächte. Es werde ruhig mit diesen weiter verhandeln. Seinen Vorschlägen lägen durchweg rein sachliche Motive zugrunde im Sinne einer gesunden, dauernden Frieden versprechenden Lösung. Rußland dagegen scheine sich zum Anwalt ganz vager Prätentionen von seiten Montenegros und Serbiens machen zu wollen*.

Tschirschky

Nr. 12781

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 66 Berlin, den 2. Februar 1913

Eine der heikelsten Fragen erscheint augenblicklich die der zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Differenzen, zumal dadurch Türkei

---

* Das obige Telegramm wurde am 4. Februar durch Erlaß Nr. 161 nach London gegeben. Es hieß in dem Erlaß: „Der Kaiserliche Botschafter in Wien war beauftragt worden, Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 57 (vgl. Nr. 12768, S. 287, Fußnote **) bei Graf Berchtold zu verwerten und auf möglichstes Entgegenkommen in der albanischen Abgrenzungsfrage hinzuwirken". Am 5. Februar fügte Staatssekretär von Jagow auf Grund inzwischen erfolgter Mitteilungen Botschafter Szögyényis hinzu: „Auf unser Zureden hat Österreich als weiteres äußerstes Zugeständnis seine Zustimmung zur Überlassung derjenigen Gebiete an Montenegro in Aussicht gestellt, die von den Stämmen Hoti und Gruda bewohnt werden. Wie Graf Szögyényi mitteilt, muß seine Regierung im übrigen an der von ihr angegebenen Minimalgrenze festhalten. Insbesondere könne sie weder in die Abtretung der Gebiete der Kastrati, Klementi oder Schkreli einwilligen noch hinsichtlich Diakowas über die Zession des Klosters Wisokidecani hinausgehen." Vgl. auch das Telegramm Graf Berchtolds vom 3. Februar (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 145), in dem es unter Bezugnahme auf die Kompromißbemühungen Fürst Lichnowskys und Sir E. Greys heißt: „Damit die Bemühungen des englischen Staatssekretärs und Euer Exzellenz deutschen Kollegen nicht etwa ergebnislos bleiben, ermächtige ich Euer Exzellenz, Sir E. Grey und Fürsten Lichnowsky mitzuteilen, daß wir — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß im übrigen unsere Minimalgrenze akzeptiert werde — bereit wären, der Zession an Montenegro des Gebietes der Stämme Hoti und Gruda, nicht aber jenes der Kastrati, Klementi, Schkreli usw. zuzustimmen. Hingegen liege bezüglich Diakowas für uns aus den oben erwähnten Gründen kein Anlaß vor, über die ohnehin ins Auge gefaßte Abtretung des Klosters Wisokidecani noch hinauszugehen."

** Das gleiche Telegramm ging nach Rom (Nr. 43), Petersburg (Nr. 39), Wien (Nr. 51).

in ihrem Widerstand ermutigt werden dürfte*. Wir fahren fort, in Sofia und Bukarest zum Ausgleich zu raten. Namentlich erscheinen in Sofia ernste Ratschläge zu promptem Entgegenkommen erforderlich. Wachsende Erregung der Volksstimmung in Rumänien dürfte sonst Regierung und König in Zwangslage der Intransigenz bringen und zu verhängnisvollen Schritten fortreißen.

Jagow

Nr. 12782

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 34 Berlin, den 2. Februar 1913

Habe Kaiserlichem Gesandten in Sofia folgende Weisung** erteilt:

„Durch die zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Differenzen wird Türkei in ihrem Widerstand nur ermutigt. Wachsende Erregung der Volksstimmung in Rumänien könnte rumänische Regierung und König zu verhängnisvollen Schritten zwingen.

Ew. pp. wollen — eventuell nach Fühlungnahme mit österreichischem Kollegen — dortiger Regierung freundschaftliche aber nachdrückliche Ratschläge zu promptem Entgegenkommen auf legitime rumänische Wünsche geben."

Ew. pp. wollen dortigem Minister sagen, daß wir Ausgleich rumänisch-bulgarischer Differenzen für dringend erforderlich hielten und daher bäten, auch rumänischerseits möglichstes Entgegenkommen zu zeigen.

Jagow

---

* Kurz vor dem Abbruch der Friedenskonferenz in London war es noch zum Abschluß eines Protokolls zwischen dem bulgarischen Unterhändler Danew und dem rumänischen, Misu, gekommen. Der Text des vom 29. Januar datierten Protokolls, das mehr eine Feststellung der bulgarisch-rumänischen Differenzen als eine Vereinbarung über ihre Ausgleichung vorstellt, ist abgedruckt in dem Rumänischen Grünbuch: Les Événements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912—1 Août 1913, p. 44 s. Die in dem Protokoll enthaltenen bulgarischen Vorschläge: Schleifung der Festungswerke von Silistria, Begradigung der Dobrudschagrenze befriedigten in Bukarest keineswegs. Ministerpräsident Majorescu äußerte sich darüber in einem Telegramm an den Gesandten Ghika in Sofia vom 5. Februar: „Il n'est pas satisfaisant pour nous; il faut le compléter par une considérable augmentation des offres bulgares." Rumänisches Grünbuch, a. a. O., p. 48. Die Fortsetzung der Verhandlungen, die sich in Sofia zwischen Danew und Ghika abspielte, begann so unter ungünstigen Auspizien.

** Nr. 14 vom 2. Februar.

Nr. 12783

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 67

Berlin, den 2. Februar 1913

Zur Verwertung

Denjenigen Botschaftern, welche mich über meine Ansicht betreffend der von Mächten nach türkischer Antwortnote einzunehmenden Haltung fragten, habe ich erwidert, mir schiene angezeigt, in Konstantinopel und Sofia mit Ratschlägen zu Nachgeben und Versöhnung fortzufahren. Vor allem aber sei erforderlich, daß Mächte einig und neutral blieben und bei Wiedereröffnung der Feindseligkeiten zunächst Gang der Ereignisse abwarteten.

Jagow

* Dasselbe Telegramm ging an die Botschafter in Paris (Nr. 47), Wien (Nr. 52), Rom (Nr. 44), Petersburg (Nr. 40) sowie „zur Information" an den Botschafter in Konstantinopel (Nr. 41) und den Gesandten in Sofia (Nr. 15).

Kapitel CCLXIX

Der Wiederausbruch der Feindseligkeiten
Die Mediation der Mächte zwischen der Türkei und den Allierten
Die Mediation der Mächte zwischen Rumänien und Bulgarien
Der Streit um Dibra und Diakowa
Februar bis März 1913

Nr. 12784

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 12 Cetinje, den 31. Januar 1913

Für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach Ablauf des diesseits respektierten Waffenstillstandes werden alle Vorbereitungen getroffen. Die montenegrinische Position vor dem Tarabos wurde durch 14 Schnellfeuergeschütze, welche mit serbischen Offizieren dort eintrafen, verstärkt. Der König hat sich nach Rijeka begeben und beabsichtigt, wie er mir sagte, die Truppen persönlich zu inspizieren. Wie ich höre, hat die serbische Regierung jetzt, statt der geplanten Getreidelieferung hier den Betrag von 200000 Kronen zur Verfügung gestellt, vermutlich weil aus Rußland die großen Korn- und Mehlsendungen, deren Bewilligung ich bereits melden durfte, eintreffen. Der montenegrinische Generalstab vertritt dem Könige gegenüber die Überzeugung, daß Skutari durch einen energischen Angriff erobert werden wird.

Eckardt

Nr. 12785

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Cetinje, den 3. Februar 1913

Der König ist in Rijeka und wird voraussichtlich zunächst bei der Armee vor Skutari weilen. Prinz Danilo, der sich morgen auch zur Armee begibt, bat mich zu sich und sagte mir streng vertraulich folgendes:

Wir werden jetzt Skutari angreifen. Mit Serbien haben wir eine Konvention abgeschlossen, laut der wir solidarisch auf der Abtretung von Prisren an Serbien und Skutari an Montenegro bestehen werden. Für einen gemeinsamen Kampf gegen Österreich, wenn es sich widersetzt, ist der Plan entworfen. Auf die Serben in Bosnien und der Herzegowina können wir rechnen. Dann machte der Prinz eine nicht deutliche Bemerkung des Sinnes, daß Serbien und Montenegro nur bis Ende Februar Rußland gegenüber gebunden seien, den von dort kommenden Direktiven

zu folgen. „Après nous verrons". Als ich den Prinzen auf die Tragweite seiner Mitteilungen aufmerksam machte, erwiderte er: „Nous et les Serbes sommes absolument décidés et rien ne nous fera reculer." Von vorstehendem mache ich keinem meiner Kollegen Mitteilung.

Eckardt

Nr. 12786

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Sofia, den 3. Februar 1913

Erfahre vertraulich, daß hiesige Regierung sich neuerdings an Serbien mit der Bitte um militärische Hilfe gewandt hat, und zwar soll es sich um zwei Divisionen und schweres Geschütz handeln, die vor Adrianopel und Tschataldja Verwendung finden sollen.

Serbien wäre hierzu bereit, falls ihm Bulgarien gewisse, jetzt noch von letzterem besetzte mazedonische Gebiete, innerhalb deren sich die Städte Prilep und Köprülü befinden, abtreten würde.

Das Geschäft ist, wie ich höre, noch nicht perfekt.

Below

Nr. 12787

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 34 St. Petersburg, den 1. Februar 1913
[pr. 5. Februar]

Während ich Herrn Sasonow noch vor kurzem bezüglich Österreich-Ungarns verhältnismäßig milde gefunden hatte*, ist seine Stimmung in dieser Beziehung neuerdings wieder vollständig umgeschlagen. Es macht den Eindruck, als ob der Minister in der letzten Zeit entweder durch Berichte von außerhalb oder durch hiesige Hetzereien stark beeinflußt worden wäre. Seine Sprache gegen Österreich-Ungarn nimmt einen immer leidenschaftlicheren Ton an. Er ergreift jede Gelegenheit, um gegen die österreichisch-ungarische Regierung die schwersten Anschuldigungen zu richten, und sein tiefes Mißtrauen gegen die Pläne der habsburgischen Monarchie kennt keine Grenzen.

Das Hauptgravamen des Herrn Sasonow richtet sich gegen die, wie er behauptet, durch nichts motivierte Aufrechterhaltung der österreichischen Rüstungen gegen Serbien. Diese Rüstungen trügen die Hauptschuld an der andauernd in Europa herrschenden unerträglichen Spannung.

* Vgl. dazu Kap. CCLXVIII, Nr. 12727.

Nachdem Serbien feierlich erklärt habe, daß es sofort nach dem Friedensschluß seine Truppen von der Küste des Adriatischen Meeres zurückziehen wolle, habe Österreich-Ungarn nicht mehr den geringsten Grund, dieses Land mit Waffengewalt zu bedrohen. Der Zweck der kostspieligen österreichischen Truppenkonzentrationen an der serbischen Grenze sei daher nicht erkennbar. Österreich-Ungarn sollte sich, wie der Minister immer wiederholt, davor hüten, den Bogen gegen Serbien zu straff zu spannen.

Des weiteren wirft Herr Sasonow dem Wiener Kabinett vor, in der Frage der Abgrenzung von Albanien zu wenig Entgegenkommen zu zeigen. Die österreichische Diplomatie befolge bei den Verhandlungen in dieser Frage „asiatische" Methoden, indem sie heute zurückziehe, was sie gestern konzediert habe. Herr Sasonow versichert, mein österreichisch-ungarischer Kollege habe ihm selbst vor einigen Wochen ein Kompromiß auf der Basis vorgeschlagen, daß die Stadt Skutari an Albanien, während das nördlich davon gelegene Gebiet nebst dem See an Montenegro fallen solle. Jetzt scheine die österreichisch-ungarische Regierung von einem solchen Kompromiß nichts mehr hören zu wollen, sie verlange vielmehr für Albanien nicht nur die Stadt Skutari, sondern auch das ganze Gebiet nördlich desselben, auch wolle sie nur zugeben, daß in dem See gleichen Namens Austrocknungsarbeiten von Montenegro und Albanien gemeinsam vorgenommen würden, ein Zugeständnis, welches für Montenegro ohne jeden Wert sei. Diese Frage fange an, für die Dynastie in Cetinje einen höchst bedenklichen Charakter anzunehmen. Österreich-Ungarn aber, das sonst stets auf das monarchische Prinzip hinzuweisen liebe, zeige für diese Gefahren nicht das geringste Verständnis. Herr Sasonow erwähnte, daß die Gemahlin des Großfürsten Peter Nikolajewitsch* ihn neulich zu sich habe bitten lassen, um ihn darauf hinzuweisen, daß ihr Vater große Gefahren laufe, seines Thrones verlustig zu gehen, wenn Montenegro nicht beim Friedensschluß diejenige Gebietserweiterung erhalte, auf die es nach seinen heldenmütigen Kämpfen Anspruch habe. Man kann sich des Lächelns kaum erwehren, wenn man den auswärtigen Minister desjenigen Landes, in welchem die „Marseillaise" zuerst hoffähig erklärt wurde, die heiligen monarchischen Traditionen anrufen hört, nur um für den Beherrscher der Schwarzen Berge die Erwerbung eines Streifen Landes zu erreichen.

Ein dritter Vorwurf, den Herr Sasonow gegen Österreich-Ungarn erhebt, ist der, daß dort eine von Galizien aus auf russischem Gebiet betriebene russenfeindliche Agitation nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert werde. Der Minister erzählte, daß er diese Zustände, über welche er sehr gute Informationen besitze, vor einiger Zeit durch den russischen Botschafter in Wien beim Grafen Berchtold habe zur Sprache bringen lassen. Der österreichisch-ungarische Minister habe die polnischen Um-

* Großfürstin Militza Nikolajewna, geborene Prinzessin von Montenegro.

triebe auch bis zu einem gewissen Maße zugegeben, aber hinzugefügt, daß er nicht viel dagegen tun könne. Die Antwort des Grafen Berchtold sei so matt gewesen, daß Herr von Giers den Eindruck gewonnen habe, als ob die Wiener Regierung zu den Vorgängen in Galizien die Augen absichtlich zudrücke und die polnischen Machenschaften sogar im Hinblick auf die Eventualität eines Krieges stillschweigend unterstütze.

Ich habe auf Klagen des Ministers geantwortet, daß ich die gegen Österreich-Ungarn gerichteten Vorwürfe für unberechtigt hielte. Österreich-Ungarn habe, wie niemand bestreiten könne, während der ganzen jetzigen Krisis eklatante Beweise von Mäßigung und Friedensliebe gegeben, und der ehrwürdige Kaiser Franz Joseph sowie andere einflußreiche Faktoren in der habsburgischen Monarchie seien genügende Gegengewichte gegen etwaige zu einer kriegerischen Politik treibenden Elemente.

Herr Sasonow erwiderte, Kaiser Franz Joseph sei alt, und Graf Berchtold, dessen Bestreben, eine maßvolle und verständige Politik zu führen, er gern anerkenne, sei der jetzigen Situation nicht gewachsen. Er sei nicht der Mann, Einflüssen wie denen des Generals von Hötzendorf Widerstand zu leisten. Der Minister ist auch nicht davon abzubringen, daß es im Innern der österreichisch-ungarischen Monarchie schlecht aussehe; er beruft sich dabei auf Nachrichten aus angeblich sehr guten Quellen. Die auswärtige Politik Österreich-Ungarns bezeichnet Herr Sasonow als eine Politik der Schwäche, sie sei vielleicht gerade darum besonders gefährlich.

Ich habe dem Minister sehr ernst geraten, sich in dieser Beziehung keinen Täuschungen hinzugeben. Die österreichisch-ungarische Monarchie sei keineswegs so schwach, wie er zu glauben scheine. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß man es Österreich-Ungarn, welches im Prinzip der Expansion der Balkanstaaten weitgehendes Entgegenkommen gezeigt habe, nicht verdenken könne, wenn es Anspruch darauf erhebe, den maßlosen Eroberungsgelüsten dieser Staaten Grenzen gesteckt zu sehen, wo diese Gelüste mit den Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie kollidieren. Dies sollte man in Rußland einsehen und nicht jedesmal Lärm über ungeheuerliche Prätensionen Österreichs schlagen, wenn das Wiener Kabinett in dem einen oder anderen Punkte gegen die Befriedigung serbischer oder montenegrinischer Wünsche Bedenken erhebe. Bei der bisher von Österreich-Ungarn bewiesenen Haltung sei ich überzeugt, daß es mit einigem guten Willen möglich sein müsse, Kompromisse in den verschiedenen noch schwebenden Fragen zu finden, besonders nachdem dies in der wichtigsten Frage des Adriahafens gelungen sei.

Mit seinen Klagen über Österreich-Ungarn unterläßt es Herr Sasonow in der letzten Zeit nie, eine captatio benevolentiae gegen uns zu verbinden, in dem er in den wärmsten Ausdrücken unsere Friedensliebe sowie unsere korrekte und loyale Haltung während der jetzigen Krisis preist. Es sei darum dringend zu hoffen, daß es Österreich-Ungarn nie gelingen werde, uns die führende Rolle im Dreibund zu entreißen.

F. Pourtalès

Nr. 12788

Herzog Albrecht von Württemberg, z. Z. in Wien, an den Fürsten Maximilian Egon zu Fürstenberg

Privatbrief. Abschrift. Vom Fürsten Fürstenberg dem Staatssekretär von Jagow mitgeteilt

Wien, den 2. Februar 1913
[pr. 5. Februar]

Diese Zeilen lasse ich der Sicherheit halber erst morgen vormittag nach meiner Ankunft in Stuttgart auf die Post geben. Sie sind die Antwort auf unser Gespräch von vorgestern. Um es gleich vornweg zu sagen: weder mein Schwager* noch Berchtold[1] denken an einen Krieg, im Gegenteil.

Nun will ich Dir chronologisch erzählen, was ich darüber in den letzten zwei Tagen erfahren; den Wortlaut kann ich natürlich nicht ganz exakt wiedergeben, für den Sinn aber kann ich bürgen.

Also: Vorgestern abend speiste ich bei meinem Schwager, nur sechs Personen, meine Schwiegermutter**, mein Bruder Ulrich, mein Vetter Erzherzog Eugen, mein Schwager, seine Frau*** und ich. Wegen meiner Schwiegermutter wurde nur wenig über die Lage und Politik gesprochen. Aber doch etwas. Und da bemerkte Eugen, er finde, daß ein Krieg, eine Eroberung Serbiens ein Unsinn sei, man solle doch die Balkanbrüder sich gegenseitig verhauen lassen und sich garnicht einmischen, man hätte ja nichts davon. Worauf mein Schwager: „Egi, Du triffst den Nagel auf den Kopf, das ist ganz meine Ansicht. Nehmen wir sogar den Fall, daß kein anderer uns stört, wir in aller Ruhe mit Serbien abrechnen: was hätten wir davon? Nur einen Haufen Diebe und Mörder und Hallunken mehr und ein paar Zwetschgenbäume. Also noch mehr Gesindel, den Verlust von so und soviel Soldaten, und einige Milliarden Kosten. Der günstige Fall aber, daß niemand uns hindern würde, ist mehr wie unwahrscheinlich." — Damit war das Gespräch darüber zu Ende und ich schon ziemlich orientiert.

Gestern hatte ich mit meinem Schwager ein ganz intimes von meinem Bruder Ulrich gegebenes Déjeuner, nur er und seine Frau, Heiho† und wir zwei Brüder. Da wurde bald über all diese Fragen gesprochen, Heiho verfocht die Kriegspartei, um sie kurz so zu nennen, mit allen möglichen Argumenten, wobei ich ihm bemerkte, daß bei einer solchen Eroberungspolitik der casus foederis für uns nicht gegeben sein dürfte. Darauf legte mein Schwager los, er habe lange Wochen ernst nachgedacht und sei zu dem Resultat gekommen: die einzig richtige Politik ist, die Balkanvölker untereinander ihre Sachen abmachen lassen und zusehen. Im gegebenen

* Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand.
** Erzherzogin Maria Theresia, Herzogin von Braganza.
*** Erzherzogin Sophie, Fürstin von Hohenberg.
† Major Graf Heinrich von Hoyos, Flügeladjutant Kaiser Franz Josephs.

Moment könnte man dann zum Frieden helfen. Diese Staaten hätten ja den Krieg begonnen, ohne dies den anderen mitzuteilen, jetzt müsse man ruhig zusehen und sie sich gegenseitig die Schädel verhauen lassen[2]. Eine Eroberung Serbiens sei ein Unsinn, wenn deswegen ein allgemeiner Krieg drohen würde, wäre der casus foederis für die Verbündeten nicht vorhanden. Dann wiederholte er die Argumente vom vorigen Abend, nur in größerer Ausdehnung, und endete mit: „Du weißt gar nicht, mit wieviel und was für Menschen ich deswegen zu kämpfen habe, nur Berchtold allein versteht mich, ist ganz meiner Ansicht, und das ist ein Glück." Darauf packte ich meinen Schwager allein in ein Nebenzimmer und erzählte ihm das mir von Dir mitgeteilte Gespräch Krobatins*, betonte, daß ich fest glaube, ein solches Vorgehen schaffe nicht den casus foederis, und daß ich glücklich sei, von seinem Munde zu hören, wie er über die zu befolgende Politik denke. Ich nannte ihm nicht Deinen Namen noch den von Bärnreither[3]**, sagte ihm, ich könne die Namen nennen, wenn er wolle, er verlangte es aber nicht. Nun wiederholte er seine Ausführungen, mit dem Zusatz: „Wenn man mich fragt, welchen Grund man für ein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien anführen könne, so muß ich ganz ehrlich sagen, ich weiß keinen einzigen." Und er schloß mit den Worten: „Ich bin Dir sehr dankbar für das, was Du mir gesagt, Du kannst von dem, was ich gesprochen, jeden Gebrauch machen."

Meine Ansicht nun, wie ich mir sie gebildet, ist folgende: es gibt eine Partei, die den Krieg wünscht, dazu gehört Hötzendorf***, Krobatin

---

* Betreffs der Äußerungen des Kriegsministers von Krobatin vgl. die Randbemerkung Staatsministers von Jagow Nr. 3.

** Einflußreiches Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses.

*** Über die noch Anfang Februar fortgesetzten Versuche Conrad von Hötzendorfs, ein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien, womöglich auch gegen Rußland herbeizuführen, vgl. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit III, 52f., 84ff., 106ff. Besonders charakteristisch sind die Angaben des k. und k. Generalstabschefs über seine Audienz bei Kaiser Franz Joseph vom 3. Februar: „Ich meinte, daß der Monarchie doch nichts erübrige, als jetzt gegen Serbien vorzugehen und die Führung der Südslawen in die Hand zu nehmen, ehe es zu spät wäre. Jetzt sei Italien voraussichtlich noch sicher, mit Rumänien unter König Karl könne man noch rechnen, aber die Lage würde immer zweifelhafter und schlechter, Serbien immer stärker. England dürfte es sich vielleicht überlegen, für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ein verstärktes Rußland könne ihm kaum willkommen sein. Allerdings müßten wir auch den Krieg gegen Rußland in Erwägung ziehen, und da schiene es, daß Deutschland nicht wolle. Darauf erwiderte Seine Majestät: ‚Ja, die Pflicht der Regenten ist es auch, den Frieden zu erhalten.' — Dem Grafen Berchtold schrieb Hötzendorf am 8. Februar: „Ich rechne noch immer mit dem kriegerischen Einschreiten der Monarchie gegen Serbien, weil ich in dem Großwerden dieses Staates eine entscheidende Gefahr für die Monarchie erblicke, welche Gefahr je später desto schwerer zu beseitigen ist. Ich glaube, daß schon die Frage der Abgrenzung Albaniens, will die Monarchie nicht zurückweichen, zu einem Konflikt führen wird." Sein damaliges Programm faßt Conrad von Hötzendorf in die Worte zusammen: „Aktion gegen Serbien; Zusage des Timok-Kreises an Rumänien, wenn es sich hiebei neutral verhält, im etwaigen Krieg gegen Rußland aber sofort an Seite der Monarchie in den Krieg tritt; Veranlassung Bulgariens, daß es gegen weitestgehende Befriedigung seiner Wünsche in Maze-

und wohl noch viele in der Armee, aber auch außerhalb derselben. Diese Partei bearbeitet meinen Schwager in ihrem Sinne, aber ganz umsonst[4]. Er und mit ihm Berchtold[5] sind der ebenso festen wie klaren gegenseitigen Ansicht, und nach ihrer friedlichen Ansicht wird die Politik geführt werden. Das ist ein großes Glück, und die Hauptsache, — weniger günstig, schon wegen der Beunruhigung, die dadurch verursacht wird, sind die Gespräche und Äußerungen der Kriegswütigen, weil weite Kreise über die wirklichen Ziele getäuscht werden. Mein Schwager will, wie er mir sagte, dafür sorgen, daß diese Herren ihren Gefühlen mehr Zwang anlegen*.

So, nun bin ich fertig, es erübrigt mir noch zu sagen, daß ich recht ungern den Politikus gemacht habe, ich bin Soldat und habe mich um Politik nicht zu kümmern, aber hier glaube ich nicht unrecht gehandelt zu haben, es galt ja ein Mißverständnis, das recht unheilvolle Folgen zeitigen konnte, zu zerstreuen. Verzeih die schlechte Schrift und den noch schlechteren Stil, diese Zeilen habe ich in aller Eile zusammengeschmiert, und sie sollen auch durchaus nicht den Rang eines wohldurchdachten und ausgefeilten Exposés beanspruchen, sie sind nur der formlose aber sinngetreue Niederschlag einiger Gespräche und der durch diese erzeugten Gedanken.

Durch mein heutiges Telegramm wollte ich diesen Brief ankündigen und schon früher Beruhigung bringen.

(gez.) Albrecht

Mache von diesem Geschmiere den Gebrauch, den Du für gut findest.

Randbemerkungen von Jagows:

[1] Dies scheint nach Mitteilungen des Fürsten Fürstenberg nicht so unbedingt sicher. Graf Berchtold dürfte schwanken.

[3] Bärnreither hatte dem Fürsten Fürstenberg Äußerungen des Kriegsministers mitgeteilt, nach denen letzterer in Serbien einrücken, dieses unter Österreich, Bulgarien und Rumänien zerteilen und dann auch Montenegro annektieren will!

[4] Wie lange?

[5] ?

Randbemerkungen von Moltkes**:

[2] Wenn der Erzherzog das will, dann soll er den Konfliktsstoff mit Rußland aus der Welt schaffen, d[as] h[eißt] die galizischen Korps demobilisieren. Zum Zusehen braucht man keine mobile Armee.

---

donien und Zusage des Piroter Kreises gegen Serbien eingreift, die von Rumänien geforderten Kompensationen gewährt und sich mit der Pforte ausgleicht" (a. a. O. III, 74). In diesem Sinne wandte sich Conrad immer wieder an Graf Berchtold; vgl. u. a. sein Schreiben vom 27. Januar (a. a. O. III, 52f).

* Daß Erzherzog Franz Ferdinand seinen Vorsatz ausgeführt hat, ergibt sich aus den Äußerungen seines Flügeladjutanten Oberst Bardolff zu Conrad von Hötzendorf vom 22. Februar: „Der Thronfolger hat auf der ganzen Linie abgeblasen, er will unter gar keinen Umständen den Krieg gegen Rußland, er wird ihn nicht zugeben. Er will von Serbien nicht einen Zwetschgenbaum, nicht ein Schaf, es fällt ihm nicht ein." Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 127.

** Dem Generalstabschef von Moltke war das Schreiben Herzog Albrechts von Staatssekretär von Jagow zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden. Vgl. auch das Schreiben Moltkes an Jagow vom 6. Februar in Nr. 12793.

Nr. 12789

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 38 St. Petersburg, den 3. Februar 1913
[pr. 5. Februar]

Bei allen meinen letzten Unterredungen mit Herrn Sasonow habe ich nicht unterlassen, den Minister auf den Ernst der durch den wenig befriedigenden Gang der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen hervorgerufenen Lage hinzuweisen. Ich habe dabei bemerkt, daß wir es an eindringlichen Ratschlägen sowohl in Sofia als auch in Bukarest nicht fehlen ließen*. Wir hielten es aber im Interesse des Friedens für dringend notwendig, daß auch er besonders in Sofia, wo seine Stimme gewiß Gehör finden würde, zur Nachgiebigkeit riete.

Herr Sasonow bat mich, überzeugt zu sein, daß er eifrig bemüht sei, auf die bulgarische Regierung einzuwirken, um diese zu einer entgegenkommenden Haltung zu veranlassen**. Die von Bulgarien bereits gemachten wichtigen Zugeständnisse wie die Überlassung der Forts von Silistria, die strategisch wichtigen Grenzregulierungen und die Abtretung eines Gebietsstreifens bei dem Hafen von Mangalia seien auf seine Ratschläge zurückzuführen[1].

Herr Sasonow ist zwar gern bereit, auch weiterhin in Sofia im Sinne des Friedens zu wirken, er steht aber auf dem Standpunkt, daß nach dem von der bulgarischen Regierung durch die obigen Zugeständnisse bewiesenen weitgehenden Entgegenkommen[2] es jetzt an Rumänien sei, seine Forderungen nicht zu hoch zu schrauben***. Insbesondere findet Herr Sasonow, daß die Abtretung der Stadt Silistria Bulgarien nicht gut zugemutet werden könne. Die Ansprüche Rumäniens, eine strategisch

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXVIII, Nr. 12767, 12781, 12782.

** Für diese Behauptung Sasonows bieten die deutschen Akten keine Belege; in ihnen ist oft von der russischen Forderung die Rede, daß Rumänien seine Ansprüche ermäßigen und speziell auf Silistria verzichten müsse, nicht aber von einer entsprechenden Einwirkung auf Bulgarien. Nur einmal werden in einem Berichte des Gesandten in Bukarest von Waldthausen vom 15. Januar (Nr. 13) Äußerungen seines russischen Kollegen Schebeko über eine russische Einwirkung in Sofia erwähnt, die aber von dem österreichischen Gesandten Prinz Fürstenberg entschieden in Zweifel gezogen werden. Es heißt in dem Waldthausenschen Berichte: „Prinz Fürstenberg sagt, daß die Erklärungen des Herrn Schebeko über die russischen Einwirkungen auf Bulgarien in direktem Gegensatz ständen zu der völlig abweisenden Haltung, die die russische Regierung dem Grafen Thurn gegenüber in der Frage der Ausübung eines Druckes in Sofia beobachtet habe. Er findet, daß Rußland ein Doppelspiel treibe und das immer freundliche hiesige Auftreten des Herrn Schebeko dem sonstigen russischen Verhalten widerspreche."

*** Vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12778, Seite 297, Fußnote *.

bessere Grenze gegen Bulgarien zu erhalten, seien voll berechtigt gewesen, er habe sich daher auch für die Berücksichtigung dieser Ansprüche in Sofia warm eingesetzt. Darüber hinaus aber schienen ihm die rumänischen Wünsche der Berechtigung zu entbehren. Trotzdem werde er nichts unterlassen, um das Seinige zur Herbeiführung einer Einigung zwischen beiden Parteien beizutragen. Herr Sasonow bedauerte, daß die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Rumänien in London bulgarischerseits durch Herrn Danew geführt worden seien, von dem man zugeben müsse, daß er eigensinnig „wie ein Stier" sei. Der Minister bemerkte übrigens, daß nach seinen letzten Nachrichten die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen „etwas besser" fortschritten.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn! Waren schon vorher! billige Lorbeeren
[2] !

Schlußbemerkung des Kaisers:

Also Ablehnung in Gnaden aber mit aller Form!

Nr. 12790

Der Gesandte in Bern Freiherr von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 7 Bern, den 1. Februar 1913
Vertraulich [pr. 5. Februar]

Mein österreichisch-ungarischer Kollege* hat mir von einer Unterredung ganz vertraulich Mitteilung gemacht, die der hiesige russische Militärattaché Oberst Gurko kürzlich mit einem jüngeren Mitgliede der österreichischen Gesandtschaft geführt hat. Oberst Gurko hat sich hierbei, anknüpfend an die jüngsten Ereignisse in Konstantinopel, über die Ziele der russischen Politik und insbesondere über die russisch-österreichischen Beziehungen mit einem selbst für einen russischen Militär überraschenden Freimut geäußert.

Unter anderem führte er aus, es könne vom russischen Standpunkt nur erwünscht sein, daß die Türken Konstantinopel behielten. Nach Asien zurückgedrängt, würden sie viel eher Aussicht haben, wieder zu erstarken, und könnten dann Rußland unbequem werden. Im russischen Interesse würde daher eine schnelle Beendigung des Krieges liegen. Für solche praktischen Erwägungen habe jedoch die außerordentlich erregte öffentliche Meinung in Rußland kein Verständnis. Sie wolle unter allen

---

* Freiherr von Gagern.

Umständen den Balkanslawen einen vollen Erfolg sichern und sei fest davon überzeugt, daß nur Österreich-Ungarn sich dem entgegensetze und mit seiner Mobilisation einen Angriff gegen Serbien vorbereite. Auch in der russischen Armee herrsche durchweg die gleiche Stimmung. Da eine Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn doch unausbleiblich sei, so sei der jetzige Augenblick zum Losschlagen für Rußland am günstigsten. Die Armee habe sich von dem japanischen Feldzug vollständig erholt. Ihre Artillerie sei der deutschen ebenbürtig, der österreichischen überlegen, Italien sei noch in Tripolis engagiert, Frankreich stehe auf der Höhe der Kriegsbereitschaft, und was schließlich England anbetreffe, so werde sich das Kräfteverhältnis zur See mit der Zeit nur zu seinen Ungunsten verschieben.

Begreiflicherweise haben vorstehende Eröffnungen des russischen Militärattachés, zumal sie einem Mitgliede der österreichischen Gesandtschaft gegenüber erfolgten, den Baron Gagern auf das peinlichste berührt. Er glaubt darin ein neues Glied in einer ganzen Kette von russischen Einschüchterungsversuchen erblicken zu sollen, wie sie schon an den verschiedensten Stellen beobachtet worden sind, und zu denen ja auch die Euerer Exzellenz durch Herrn von Claparède* bekannt gewordenen Äußerungen des hiesigen russischen Gesandten** gehören.

Wenn ich auch sachlich den Eröffnungen des Obersten Gurko keine größere Bedeutung beilege, so habe ich doch geglaubt, Euerer Exzellenz davon Meldung erstatten zu sollen, da sich ja immer einmal Gelegenheiten ergeben können, wo die Verwertung derartiger unvorsichtiger Redensarten russischer amtlicher Stellen nützlich erscheinen mag.

Oberst Gurko, dessen Name schon wiederholt in Spionageprozessen genannt worden ist, soll eine hervorragende Rolle im russischen Nachrichtendienst spielen.

Romberg

Nachschrift

Nachträglich höre ich, daß Oberst Gurko bei der gleichen Gelegenheit noch bemerkt hat, Rußland würde unter keinen Umständen die Festsetzung einer Macht in Salonik oder sonst im Mittelmeer zulassen können. Auf die Frage des österreichischen Diplomaten, ob er dabei an die englischen Aspirationen auf die Sudhabai denke, erwiderte der Oberst, dieser Punkt habe allerdings für Rußland kein Interesse.

Romberg

---

* Schweizerischer Gesandter in Berlin.

** von Bacheracht. Näheres über die fraglichen Äußerungen ist aus den Akten nicht ersichtlich.

Nr. 12791

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38
Geheim

Wien, den 5. Februar 1913

Über das Resultat der Mission des Prinzen Hohenlohe* teilte mir Graf Berchtold nachstehendes mit. Der Prinz ist von Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus in länger als einstündiger Audienz sehr gnädig empfangen worden. Prinz Hohenlohe hat zunächst nach Maßgabe des Inhalts des Briefes, den er zu übergeben hatte**, Österreich-Ungarns Standpunkt auseinandergesetzt. Der Zar hat aufmerksam zugehört und dann bemerkt, nun werde auch er sich erlauben, den russischen Standpunkt zu beleuchten. Der Kaiser hat, wie natürlich, alles hervorgehoben, was seiner Ansicht nach russischerseits getan worden sei, um Österreich-Ungarn entgegenzukommen, und dabei auf serbische Hafenfrage und Selbständigkeit Albaniens hingewiesen. Als Prinz Hohenlohe bei letzterer Frage bemerkte, daß man in Wien die Ansicht nicht teilen könne, daß mit dem selbständigen Albanien irgendein besonderes Entgegenkommen Österreich-Ungarn gegenüber verbunden sei, sondern die Lösung dieser Frage vielmehr im Interesse eines dauernden Friedens zum Vorteil aller Mächte gelegen sei, hat der Zar geantwortet: „Peut-être vous avez raison."

---

* Die Mission des Prinzen Gottfried Hohenlohe nach Petersburg war schon in einem früheren Stadium geplant gewesen, damals aber von deutscher Seite widerraten worden (vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12390, 12391). Jetzt hatten die deutschen Staatslenker der Ankündigung (vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12766) kein Bedenken mehr entgegengesetzt. Der Audienz Hohenlohes beim Zaren (4. Februar) soll ein scharfer Zusammenstoß des Prinzen mit Sasonow voraufgegangen sein; vgl. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus III, 242f. Auch die Telegramme Botschafter G. Louis' vom 9. und 10. Februar (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques II, 69s.), die auf Grund Sasonowscher Äußerungen eingehende Mitteilungen über die Aussprache des Ministers mit dem österreichischen Abgesandten bringen, lassen erkennen, daß durch die Mission Hohenlohe eine russisch-österreichische Annäherung nicht erzielt wurde. Im Gegenteil scheint die Mission des Prinzen eher zu einer Enttäuschung in Petersburg und so selbst zu einer Verschärfung der Kriegsstimmung geführt zu haben. Das kommt besonders deutlich zum Ausdruck in einem Berichte des k. und k. Militärattachés in Petersburg Prinz Franz Hohenlohe, eines Vetters des Prinzen Gottfried, vom 15. Februar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit III, 122ff.), der eine gesteigerte und erfolgreichere Tätigkeit der russischen Kriegspartei infolge der Mission konstatiert. Prinz Gottfried selbst äußerte sich, nach Wien zurückgekehrt, sehr gemäßigt, trat sogar auf Grund der Äußerungen des Zaren und Sasonows entschieden für eine Reduzierung der österreichischen Standeserhöhungen, und zwar um nicht weniger als 30—40 Mann pro Kompagnie, ein. Dem widersetzten sich jedoch der Kriegsminister Krobatin und vor allem Conrad von Hötzendorf, der den Moment dafür noch nicht reif erklärte, ja sogar eine weitere Erhöhung der Stände verlangte. Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 121, 125ff. Vgl. auch Nr. 12805, S. 332, Fußnote *.

** Siehe den Text des vom 1. Februar datierten Handschreibens bei Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 139f., daraus abgedruckt bei Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 121f.

Zar ist dann auch auf die dynastische Gefahr in Montenegro zu sprechen gekommen und hat vor den Folgen einer dynastischen Umwälzung in diesem Lande, die eine Verschmelzung Montenegros und Serbiens zur Folge haben könnte, gewarnt. Der Kaiser hat daran die wichtige Bemerkung geknüpft, daß Österreich-Ungarn die Vereinigung dieser beiden Staaten natürlich niemals zulassen könne. Der Kaiser hat weiter ausgeführt, daß, wenn die Balkanfragen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland diskutiert würden, darin noch kein Grund läge qu'on se chamaille. Die großen dynastischen Interessen, die die beiden Kaiserreiche zu vertreten und zu wahren hätten, wögen doch viel schwerer als alle diese minder wichtigen Fragen.

Der Kaiser wird den Prinzen Hohenlohe nochmals in Audienz empfangen, um ihm die Antwort auf das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph höchstpersönlich zu übergeben*.

Tschirschky

Nr. 12792

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Berchtold an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 5. Februar 1913

Es wird vielleicht für Euere Exzellenz von Interesse sein, über Ursache und Gegenstand der in der Presse vielfach kommentierten Entsendung des Prinzen Hohenlohe mit einem Handschreiben Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn nach St. Petersburg einige nähere Auskünfte zu erhalten. Ich erlaube mir daher im Nachstehenden auf diese Mission zu reflektieren mit der ergebenen Bitte, diese Mitteilungen — wenn es Ihnen entsprechend erscheint — zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm bringen, im übrigen aber hievon keinen Gebrauch machen zu wollen. —

Die uns von verschiedenen Seiten signalisierte persönliche Gereiztheit Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus über unsere angeblich intransigente Haltung zu allen Fragen, die der Aufteilungsprozeß am Balkan mit sich bringt, hat den Gedanken nahegelegt, durch sozusagen direkte Aussprache von Monarch zu Monarch dieser Stimmung die Schärfe zu nehmen und einer ernsten Trübung der höfischen Beziehungen vorzubeugen.

Von dieser Intention geleitet, haben Seine Majestät zu bestimmen geruht, daß Prinz Hohenlohe, welchem Kaiser Nikolaus zur Zeit seiner Verwendung als Militärattaché in St. Petersburg wiederholt Zeichen

* Über den Inhalt des Antwortschreibens vgl. das Geheimtelegramm Sasonows an Iswolsky vom 8. Februar. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve III, 59f.

persönlicher Sympathie gegeben hat, sich nach St. Petersburg begebe, um ein an den Zaren gerichtetes Handschreiben Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn zu überbringen und in Form einer mündlichen Message die friedlichen Absichten und freundschaftlichen Gefühle unseres Monarchen zu verdolmetschen.

Der Inhalt des Schreibens ist im wesentlichen folgender: Seine Majestät sprechen den Wunsch aus, in der gegenwärtigen Krise sich direkt mit Kaiser Nikolaus auszusprechen, um Mißverständnissen zu begegnen, die für unsere Wechselbeziehungen von Nachteil sein könnten. Es habe Seine Majestät unangenehm berührt, daß unsere Politik, die von Anfang an vom Gedanken inspiriert gewesen sei, in die Umsturzbewegung am Balkan keine weiteren Elemente der Unruhe zu bringen, in Rußland irrig ausgelegt worden sei. Wir hätten uns nicht nur jeden bewaffneten Eingreifens in den Konflikt enthalten, sondern auch zugestimmt, an gemeinsamer Beratung mit den Mächten von Problemen teilzunehmen, an welchen wir die Nächstinteressierten sind. Im Laufe der Beratungen hätten wir uns von konzilianter Gesinnung leiten lassen, obwohl uns die Wahrung unserer elementarsten Interessen nicht leicht gemacht werde. Dies alles könne als Beweis dienen, daß unser Bestreben dahin gehe, jede Ursache zu Mißstimmungen zwischen den beiden Kaiserreichen zu vermeiden. Seine Majestät erinnert zum Schlusse an die verantwortungsvolle Aufgabe der Monarchen, die Interessen ihrer Völker zu schützen, wenn auswärtige Ereignisse schwere Rückwirkungen auf die eigenen Länder zeitigen können, und spricht die Hoffnung aus, daß sich Kaiser Nikolaus der Bedeutung unserer versöhnlichen Politik für die Erhaltung des europäischen Friedens nicht verschließen werde. —

In ähnlichem Sinne hat sich Hohenlohe auch mündlich zu äußern. —

Es ist durch Einschlagen dieses Weges Gelegenheit gegeben, den in Rußland gangbar gewordenen, bewußt oder unbewußt wahrheitswidrigen Darstellungen über unsere Politik während der Krise entgegenzutreten und weiteren Mißdeutungen nach Tunlichkeit zuvorzukommen.

Hohenlohe ist zwar über den Gang der Londoner Verhandlungen orientiert, hat aber nicht den Auftrag, diesfalls Erörterungen vorzubringen, die den Anschein erwecken könnten, als sei mit seiner Entsendung die Absicht verbunden, einen Druck auf die russische Regierung auszuüben. Seine Aufgabe wird erfüllt sein, wenn er die maßgebendsten Faktoren in der zweifachen Richtung orientiert haben wird: 1) inbetreff der in Rußland vollkommen verkannten Bedeutung, welche die durch die Umwälzung hart an unserer Grenze aufgeworfenen Probleme für die Monarchie besitzen; 2) über das Abhandensein irgendwelcher feindseliger Tendenzen der Monarchie gegenüber dem russischen Nachbarreiche.

Wollen die leitenden Kreise in Rußland diese Sprache verstehen, wird ihnen die Möglichkeit hierzu gegeben. Wollen sie es nicht, so haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit getan und finden Trost in dem Gedanken: „In magnis voluisse sat est!“

Die eben eingelaufenen Telegramme geben ein günstiges Bild von dem Verlaufe der ersten Audienz Hohenlohes, sodaß ich die Hoffnung nicht aufgebe, daß es gelingen werde, über den toten Punkt hinwegzukommen, auf welchem sich die Londoner Botschafterreunion derzeit befindet.

Berchtold

Nr. 12793

Der Chef des Generalstabes der Armee General der Infanterie von Moltke an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, den 6. Februar 1913

Eurer Exzellenz beehre ich mich die mir gütigst zur Kenntnis gegebene Anlage* mit verbindlichstem Dank zurückzureichen. — In bezug auf die Stellung des Erzherzog-Thronfolgers zu der serbischen Frage erinnere ich mich einer Unterhaltung zwischen ihm und dem General von Conrad gelegentlich der österreichischen Manöver im Jahre 1910, denen ich in Begleitung unseres Kaisers beiwohnte. Es war unmittelbar nach der bosnischen Annektionskrisis, kann auch Herbst 1909 gewesen sein. Der General von Conrad vertrat wieder einmal sehr lebhaft seinen Standpunkt, man hätte die Gelegenheit ausnutzen sollen, um mit Serbien endgültig abzurechnen — er mag ja unter Berücksichtigung der damaligen Schwäche Rußlands wohl recht gehabt haben. Der Erzherzog äußerte sich dagegen ganz in demselben Sinne wie in der Anlage, sogar des Hinweises auf die Zwetschgenbäume bediente er sich. Ich war damals über die Verschiedenheit der Auffassungen zwischen den beiden Herren erstaunt. Denn mir war bekannt, daß der General von Conrad von dem Erzherzog in seine Stellung gebracht war, und man nahm allgemein an, daß völlige Übereinstimmung zwischen ihnen herrsche. Der General von Conrad wandte sich bei dieser Unterhaltung, die ohne weitere Zeugen stattfand, an mich mit der Frage, ob ich seine Ansichten nicht teile. Ich erwiderte, daß meine Meinung in dieser Sache, die ja abgetan sei, kaum von Interesse sein könne. Die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Herren wurde auch nicht ausgeglichen, da jeder auf seinem Standpunkt verblieb. General von Conrad war sehr ärgerlich.

Auch bei einer längeren Unterhaltung, die ich diesen Herbst gelegentlich der Hofjagd in Letzlingen** mit dem Erzherzog hatte, habe ich den

---

* Es handelt sich um den unter Nr. 12788 abgedruckten Brief des Herzogs Albrecht von Württemberg an den Fürsten von Fürstenberg.

** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12405, S. 374, Fußnote **.

Eindruck gehabt, daß er durchaus nicht für eine energische Aktion gestimmt war. An diesem Tage waren grade die ersten alarmierenden Nachrichten über russische Truppenverschiebungen an der galizischen Grenze eingelaufen, und der Erzherzog fragte mich, ob ich glaube, daß Rußland gegen Österreich vorgehen werde. Ich sagte ihm, wenn Österreich den Krieg vermeiden wolle, so wären meiner Ansicht nach zwei Dinge erforderlich. Erstens müßte Österreich den Kabinetten klipp und klar mitteilen, welche Forderungen es Serbien gegenüber stelle, denn darüber herrsche völlige Unklarheit, und wenn die sehr minimalen Wünsche Österreichs bekannt gegeben würden, werde es sicher die Sympathie der Mächte gewinnen. — Zweitens müßte der Abschluß des neuen Dreibundvertrages beschleunigt und österreichische Sonderwünsche hierbei zurückgestellt werden, und der vollzogene Vertrag müßte gleichzeitig in Wien, Rom und Berlin veröffentlicht werden. — Ich glaube, daß dies die Wirkung haben werde, daß Rußland sich zurückhaltend zeigen werde. — Der Erzherzog dankte mir sehr lebhaft für diese Binsenwahrheiten, woraus ich entnahm, daß man österreichischerseits völlig unklar über die zu verfolgenden Ziele sei. — Dasselbe scheint mir noch immer der Fall. Es ist mir unerfindlich, weswegen Österreich, wenn es ihm wirklich nur um einen modus vivendi mit Serbien zu tun ist, seit Monaten seine halbe Armee mobilisiert hält und sich finanziell ruiniert. Mit Rußland würde ein freundschaftliches Benehmen sofort zu haben sein, wenn Österreich seine galizischen Korps demobilisierte. Der General Tatischtschew sagte mir*, daß man russischerseits auf die Mobilisierung der österreichischen Korps in Bosnien und der Herzegowina gar kein Gewicht lege, sondern nur auf diejenige der galizischen Korps, die doch nur gegen Rußland bestimmt sein könnten.

Wie es auch die Anlage bestätigt, bestehen in Österreich zwei Parteien, eine Kriegs- und eine Friedenspartei, die sich gegenseitig etwa die Wage halten. Daher die Zwiespältigkeit in der Politik. Ich möchte annehmen, daß der Erzherzog sich immer der letzteren anschließen wird, er ist kein Mann der Tat. — Für uns ist es fraglos äußerst unbequem, durch unsere Verträge und durch die Notwendigkeit, Österreich zu erhalten, in eine gewisse Abhängigkeit von Wien gekommen zu sein. Die Hauptaufgabe Eurer Exzellenz dürfte sein, nach Möglichkeit österreichische Torheiten zu verhüten, keine angenehme und keine leichte Aufgabe.

Verzeihen Sie die Länge dieses Schreibens. Vielleicht ist das eine oder andere von Interesse für Sie. Über das, was Eure Exzellenz mir neulich über England sagten, würde ich gerne noch einmal mit Ihnen sprechen, vielleicht darf ich nächstens einmal anfragen, ob und wann ich Sie aufsuchen darf.

Moltke

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXVII, Nr. 12605, 12606.

Nr. 12794

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 London, den 5. Februar 1913
[pr. 6. Februar]

Bei meinem heutigen Besuch habe ich mit Sir E. Grey die Frage der Abgrenzung Albaniens besprochen*, welche auf morgiger Botschafterversammlung verhandelt werden soll. Ich habe mich hierbei genau an österreichischen Vorschlag gehalten nach vorheriger eingehender Erörterung mit Graf Mensdorff und Sektionschef Ippen. Linkes Bojanaufer bliebe albanisch, ebenso Tarabos, auch Kastrati, deren Weideplätze südlich sein sollen. Hoti käme an Montenegro, ebenso Ipek, Prisren, während Diakowa und Dibra albanisch würden. Sir E. Grey erklärte, letzten russischen Wunsch nicht zu kennen**. Von ihm dürfte ernsthafter Widerstand nicht zu erwarten sein und alles vom Maße des Entgegenkommens abhängen, das man in Petersburg österreichischen Vorschlägen entgegenbringt.

Lichnowsky

---

* Seit dem 26. Januar waren Fürst Lichnowsky und Sir E. Grey (vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12738) bestrebt gewesen, eine Kompromißlösung für die Abgrenzung Albaniens zu finden. Inzwischen aber hatte sich Österreich-Ungarn (vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12780 nebst Fußnote**) unter dem Vorgeben, damit die Versuche Fürst Lichnowskys und Sir E. Greys fördern zu wollen, auf bestimmte Vorschläge festgelegt, die in Wahrheit ein erhebliches Entgegenkommen nicht bedeuteten, auf deren Boden sich aber Fürst Lichnowsky zunächst stellen mußte.

** Im gleichen Sinne äußerte sich Sir E. Grey am 5. Februar auch zu Graf Benckendorff, der darauf umgehend an Sasonow telegraphierte: „Ich glaube, daß das einzige Mittel, zu einem für uns annehmbaren Ergebnis zu gelangen, darin besteht, daß Sie ganz vertraulich Buchanan über die für uns möglichen äußersten Grenzen unterrichten ... Die in meinen Augen so bedeutende Folge dieses Schrittes würde schlimmstenfalls darin bestehen, daß Grey trotz unserer versöhnlichen Haltung feststellen müßte, daß die Hartnäckigkeit Österreichs allein verantwortlich zu machen sei." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 58f. So versöhnlich war nun die Haltung Rußlands keineswegs. Am 4. Februar, dem Tage wo Prinz Hohenlohe dem Zaren den entgegenkommenden Brief Kaiser Franz Josephs überreichte (vgl. Nr. 12791), hatte Sasonow erst in London und Paris die Absicht ausgesprochen, in der Abgrenzungsfrage nicht weiter entgegenzukommen, und hatte um eine „tatkräftigere diplomatische Unterstützung" von seiten der beiden Ententegenossen in dieser intransigenten Haltung nachgesucht. Es hieß in dem Sasonowschen Telegramme (Stieve, a. a. O., III, 57f.): „Nach allen den von uns gemachten Zugeständnissen würde es für uns sehr schwierig sein, unsere Nachgiebigkeit fortzusetzen. Unsere öffentliche Meinung versteht nicht die Gründe, die zu allen diesen Opfern, die der Sache unserer Glaubensgenossen zugefügt sind, geführt haben. Die Kabinette von London und Paris sollten sich darüber klar sein, daß für uns die Gefahr besteht, durch unsere öffentliche Meinung in andere Bahnen gedrängt zu werden."

Nr. 12795

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 28 Sofia, den 4. Februar 1913
[pr. 7. Februar]

Eine Stunde nach Ablauf des Waffenstillstandes haben gestern abend die Feindseligkeiten mit dem Bombardement von Adrianopel wieder begonnen.

Nach den kategorischen Äußerungen der bulgarischen Staatsmänner, wonach das türkische Anerbieten als ungenügend betrachtet und bulgarischerseits der Besitz der ganzen Stadt gefordert werden müsse, konnte diese Wendung der Dinge nicht mehr überraschen, wiewohl man hier bis zum letzten Augenblick gehofft haben mag, daß die Pforte schließlich unter dem Druck der Verhältnisse doch noch nachgeben und damit das erlösende Wort sprechen würde. Da dies nicht geschehen ist, so beginnt der Kampf um die vielumstrittene Stadt von neuem.

In militärischen Kreisen ist man, wie ich höre, der Ansicht, daß sich das Schicksal von Adrianopel in wenigen Tagen entscheiden wird. Auch will man neuerdings wieder herausgerechnet haben, daß die Belagerten über Mundvorrat nur noch bis zum 7. d. Mts. verfügen.

Über die Vorgänge, die sich jetzt vor Adrianopel abspielen, wird man hier schwerlich zuverlässige Nachrichten erhalten, da Militärattachés und Korrespondenten bisher keine Erlaubnis erhalten haben, den kriegerischen Operationen zu folgen, und der bulgarische Generalstab seinerseits natürlich nur diejenigen Nachrichten herausgeben dürfte, die ihm vorteilhaft sind.

von Below

Nr. 12796

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 64 London, den 4. Februar 1913
[pr. 7. Februar]

Die russische Politik in der gegenwärtigen Balkankrisis wird in wohlunterrichteten englischen Kreisen wenig günstig beurteilt. Herr Sasonow habe sich von den Ereignissen treiben lassen und sei jetzt nur noch von dem einen Gedanken beherrscht, durch einen in die Augen

springenden Erfolg der russischen Politik seine Kritiker in Rußland und den Balkanstaaten zum Schweigen zu bringen. Im ersten Abschnitt des Feldzuges habe das Petersburger Kabinett die Bulgaren durch das unnötig scharf gehaltene Verbot, in Konstantinopel einzuziehen, verletzt, und jetzt suche man russischerseits den begangenen Fehler wieder gutzumachen, indem man selbst weitgehende bulgarische Ansprüche unbedingt vertrete. Es könne kaum zweifelhaft sein, daß ohne die russische Unterstützung Herr Danew sich eher zu einem Kompromiß über Adrianopel hätte bereit finden lassen*.

Lichnowsky

Nr. 12797

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 50 Wien, den 5. Februar 1913
Vertraulich [pr. 7. Februar]

Ich habe Gelegenheit genommen, mit Graf Berchtold im Laufe einer vertraulichen Unterhaltung und mit der Bemerkung, daß ich nicht im Auftrage meiner Regierung spräche**, freundschaftlich auf die Haltung einiger hiesiger Preßorgane aufmerksam zu machen, die durch die hetzerische Tendenz ihrer Auslassungen meiner Ansicht nach die Kreise unserer gemeinsamen Politik zu stören schienen. Dabei wies ich auf den hier gehorsamst beigefügten Artikel im letzten „Sonn- und Montagsblatt" hin, in dem der „Austriacus", der jede Woche regelmäßig über die auswärtige politische Lage schreibt, und dessen Artikeln man wegen seiner angeblich engen Beziehungen zum Preßbüro des Ballplatzes Bedeutung beimißt, in abfälliger Weise die österreichische und die deutsche Politik kritisiert***. Auch den gleichfalls hier angeschlossenen Artikel über „Die Situation" in der als offiziös geltenden „Montagsrevue", der Verdächtigungen gegenüber Rußland enthält, legte ich dem Minister vor. Ich bemerkte dazu, daß ich wohl annehmen könne, die ganze Tendenz dieser Preßäußerungen könnte in dem Augenblick kaum den Intentionen

* Vgl. auch Kap. CCLXVIII, Nr. 12776, Fußnote **.

** Immerhin war Tschirschky durch Erlaß Nr. 134 vom 1. Februar angewiesen worden, „nach Möglichkeit dahin wirken zu wollen, daß sich die dortige Presse derartiger tendenziöser und verhetzender Verlautbarungen in Zukunft enthält". Der Erlaß knüpfte an einen Artikel der Wiener „Reichspost" „Nach dem Abbruche der Londoner Verhandlungen" an, in dem das geflissentliche Streben zutage trat, Deutschland in Gegensatz zu Rußland zu bringen und ihm die Schuld für die österreichisch-russischen Mißhelligkeiten aufzuhalsen.

*** Die angeführten Artikel werden hier nicht abgedruckt.

der österreichischen Staatsleitung entsprechen, wo diese bemüht sei, ihre friedlichen Tendenzen durchzusetzen und insbesondere die Reibungsflächen mit Rußland nach Möglichkeit zu eliminieren.

Graf Berchtold, der beide Artikel nicht gelesen hatte, dankte mir für den Fingerzeig und wird der Sache nachgehen, um Abhilfe zu schaffen.

Schließlich las ich dem Minister noch einige Stellen aus dem „Nach dem Abbruche der Londoner Verhandlungen" überschriebenen Artikel aus der „Reichspost" vom 30. v. Mts. vor und lenkte seine Aufmerksamkeit auf die darin zum Ausdruck gebrachte tendenziöse Absicht, uns auf Grund angeblich authentischer Informationen, die aber teils entstellt wiedergegeben, teils frei erfunden seien, mit Rußland in Gegensatz zu bringen. Der Minister mißbilligte diese Auslassung und klagte dann im allgemeinen über die „Reichspost", auf die er vergeblich einzuwirken sich bemüht habe. Das Blatt sei eben das Sprachrohr von meist untergeordneten Militärs, die ihrer schlechten Laune über das Fehlschlagen ihrer kriegerischen Hoffnungen und über ihre Ohnmacht, dem Steuer des Staatsschiffes die von ihnen gewünschte Wendung zu geben, darin Luft machten. Gerade diese grollenden Ergüsse zeigten, daß deren Urheber keinen wirklichen Einfluß hätten. Ich bemerkte demgegenüber daß das gewiß richtig sei und er und ich und noch einige Eingeweihte das auch wüßten, daß aber damit die üblen Folgen solcher Artikel gerade in der „Reichspost" nicht behoben würden. Denn, wenn auch gewiß mit Unrecht, so bestehe doch nun einmal der Glaube, daß die „Reichspost", als das Organ des Belvedere, die dort maßgebenden Ansichten wiedergebe. Ich könnte ihm aus Unterhaltungen mit meinen Kollegen bestätigen, daß in so mancher Botschaft dieses Märchen geglaubt und die Berichterstattung danach gefärbt werde. Graf Berchtold meinte, wenn man wüßte, wie friedlich der Erzherzog Franz Ferdinand gesinnt sei*, so würden die betreffenden Herren Diplomaten erstaunen über die Verkehrtheit ihrer Anschauungen. Aber die Leute ließen es sich nun einmal nicht nehmen, einen Gegensatz zwischen Kaiser und Thronfolger zu konstruieren, und da sie die Friedensliebe des alten Herrn für gegeben annähmen, müsse deshalb der Thronfolger kriegerisch gesinnt sein.

Graf Berchtold hat übrigens, wie er mir ganz vertraulich versicherte, dieser Tage sehr ernst mit dem Kriegsminister gesprochen, der auch wieder im Bekanntenkreise ganz unverantwortlich über die Notwendigkeit, mit Serbien „abzurechnen", herumgeredet habe. Unter anderm seien diese Äußerungen des Generals von Krobatin auch dem Fürsten Fürstenberg bei dessen jüngster Anwesenheit hier hinterbracht worden**. Er habe den Fürsten, der ihm davon Mitteilung gemacht habe, noch

---

* Vgl. dazu Nr. 12788 und 12793.
** Vgl. dazu Nr. 12788.

besonders davor gewarnt, diesen Reden irgendwelche Bedeutung beizumessen.

Um auf die Kreise der „Reichspost" nach Möglichkeit einzuwirken, habe ich neulich Gelegenheit genommen, den publizistischen Wortführer der sogenannten Kriegspartei, den Baron Chlumecky, sehr eindringlich zur Ruhe zu mahnen. Ich habe ihm nochmals vorgehalten, daß Deutschland offen und rückhaltlos erklärt habe*, es werde, falls die Monarchie Lebensinteressen zu wahren haben sollte, mit aller seiner Macht hinter ihr stehen und es auch den verantwortlichen Leitern des souveränen verbündeten Reiches überlassen, darüber zu entscheiden, was als Lebensinteresse der Monarchie zu betrachten sei. Mehr könne ein Verbündeter gewiß nicht tun. Jetzt lägen die Dinge aber so, daß alle maßgebenden Faktoren hier darüber einig seien, daß keiner der zurzeit vorliegenden Fragen die Wichtigkeit eines Lebensinteresses zukomme, und wir müßten es ablehnen, für die unklaren Wünsche einer zum Kriege drängenden Militärpartei einzustehen. Die Sache sei zu ernst, um nicht sehr ernst behandelt zu werden. Jetzt, nachdem Österreich in den beiden von ihm aufgestellten Hauptfragen — der Hafen- und albanischen Frage — seinen Standpunkt durchgesetzt habe, sei es ein Wahnsinn, wegen der noch schwebenden Differenzen einen großen Krieg riskieren zu wollen. Niemand in Europa würde das verstehen. Die Abrechnung mit Serbien könnte später vielleicht notwendig werden, das müsse die Zukunft zeigen. Jetzt halte seine eigene Regierung die Zeit dazu für nicht gekommen, und demnach sei es wohl die Pflicht jedes guten Österreichers, diese Politik zu unterstützen. Baron Chlumecky warf hier noch ein, man könne sich aber doch nicht alles von Serbien gefallen lassen. Ich entgegnete, daß es wohl dem Kaiser und den verantwortlichen Stellen überlassen bleiben müsse, zu beurteilen, was und wieviel man sich gefallen lassen könne. Wir sprachen dann noch weiter über die allgemeine Lage, und ich glaube, daß dieses freundschaftliche Gespräch mit dem jungen Baron, der meine langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zu seinem Vater kennt, nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben ist. Ich habe dem Grafen Berchtold von dieser meiner Unterredung mit Baron Chlumecky heute im Anschluß an unser oben geschildertes Gespräch Mitteilung gemacht. Der Minister dankte mir dafür und sagte, es sei sehr zu begrüßen, daß der Baron gerade aus meinem Munde alles das zu hören bekommen habe, da er es ja gewesen, der seinerzeit nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er angeblich mit allerlei „einflußreichen" Leuten gesprochen habe, hier verbreitet habe, in Deutschland verstehe man nicht die „Lammsgeduld" Österreichs**.

von Tschirschky

---

* Es war das letzthin durch Bethmann Hollwegs Reichstagsrede vom 2. Dezember 1912 geschehen. Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12474, Fußnote **.
** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12494.

Nr. 12798

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 14 Rom, den 5. Februar 1913
[pr. 7. Februar]

Soeben habe ich den letzten österreichischen Vorschlag bezüglich der Abgrenzung Albaniens gegen Montenegro und Serbien* eingehend mit Marquis di San Giuliano durchgesprochen. Wie ich bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, fand der Marquis den Vorschlag wohl begründet, sowohl in geographischer als in ethnographischer Beziehung. Daß Tarabos zu Albanien gehören solle, hielt er für durchaus angemessen. Daß das rechte Bojanaufer, mit Ausnahme von Tarabos, Montenegro zufallen solle, bezeichnete er als eine bedeutende Konzession Österreichs, ebenso die Zuteilung von Ipek und seiner Ebene zu Montenegro. Er sagte dann: „Il me semble que, pour contenter la Russie on pourrait bien donner quelques coups de canif à la géographie". Als ich ihn dann aber fragte, wo?, erklärte er schließlich wieder, daß an dem österreichischen Vorschlag nichts auszusetzen sei. „C'est la vérité pure". Ich fragte ihn nun, ob er den Vorschlag in dieser Form unterstützen werde, worauf er erwiderte, selbstverständlich, zu dieser Unterstützung sei ja Italien Österreich gegenüber verpflichtet.

Der Minister sagte darauf, es müsse irgendein Mittel gefunden werden, um Rußland zufriedenzustellen. Er kam dann auf die Frage, die er bereits vor einigen Tagen mir gegenüber berührt hatte, ob es sich nicht ermöglichen ließe, Montenegro für den Verlust Skutaris finanziell zu entschädigen[1]. Graf Berchtold sei früher mit diesem Gedanken einverstanden gewesen, jetzt wolle er auf einmal nichts mehr davon wissen. Er glaube, daß eine solche eventuell von allen Großmächten zu gewährende Entschädigung eine mildernde Wirkung ausüben werde. Vielleicht könne dieses Zugeständnis als ein Erfolg Rußlands frisiert werden. Wenn Graf Berchtold behaupte, daß Montenegro das Geld für Waffen ausgeben werde, so müsse er dagegen bemerken, daß Montenegro immer Geld für Waffen haben werde, wenn ein verstimmtes Rußland hinter ihm stehe. Man könne ja auch die Entschädigung vinkulieren, zum Beispiel festsetzen, daß sie nur für die Bojanaregulierung verwendet werden dürfe, die ja auch sonst für ein Montenegro ohne Geld ein gänzlich illusorisches Unternehmen sein würde.

Der Minister bat mich, Euerer Exzellenz zu sagen, daß er, wenn er von einem verstimmten Rußland rede, dazu keineswegs durch das pessimistische Gerede Herrn Krupenskys veranlaßt sei, den auch er nicht au sérieux nehme. Er basiere sich dabei auf die Berichte Torrettas, der seit

---

* Vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12780, S. 300 nebst Fußnote *.

zehn Jahren in St. Petersburg und mit Herrn Sasonow befreundet sei. Herr della Torretta habe geschrieben, daß die russische Regierung nur unter der Bedingung die armenische Frage und die Meerengenfrage nicht anschneiden werde, wenn sie bei der Balkanverteilung keinen Mißerfolg erleide. Rußland wolle erfolgreich aus dieser Krisis hervorgehen, und er (der Minister) hoffe daher, daß Österreich, um größere Gefahren zu beschwören, Rußland so weit wie irgend möglich entgegenkommen werde.

Hindenburg

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[1] Das wäre wohl das Beste.

Nr. 12799

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 London, den 6. Februar 1913
[pr. 7. Februar]

Bei der heutigen Versammlung war ausschließlich von Albanien die Rede, und wurde der von mir Sir E. Grey übergebene österreichische Vorschlag, welcher, wie Graf Mensdorff betonte, die äußerste Grenze der Zugeständnisse darstelle, die man in Wien glaubt machen zu können, der Versammlung vorgelegt. Es wurde das nachstehende Protokoll vereinbart und angenommen: „Sir Grey informe la réunion d'une proposition qui lui a été communiquée par le Prince Lichnowsky pour la délimitation de l'Albanie au nord et l'est. La frontière à partir de l'Adriatique suivît le cours de la Boiana jusqu'à un point situé entre Ruskuli et Samrich, puis elle se dirigeât vers le lac de Skutari en laissant Farakich à l'Albanie. Traversât le lac jusqu'à la baie Licenihotis et laissât au Monténégro les Hotis et les Groudas et à l'Albanie les Castratis, les Clémentis et les Serens. Plava, Gussuie, Ipek et le Monastère de Vasoki Deceni restât en dehors de l'Albanie ainsi que Prisrend à l'exclusion du territoire de Luma. Djakova, Dibra serait à l'Albanie, la frontière passât ensuite sur la rive gauche du Drin sur une certaine longueur jusqu'au lac Ochrida; Prince Lichnowsky dit qu'il est à la connaissance de son Gouvernement qu'à Vienne comme à St. Pétersbourg les dispositions sont des plus conciliantes et qu'avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie il a étudié ce tracé à titre de compromis. Le Comte Mensdorff dit que c'est en s'inspirant du désir d'arriver à une solution transactionnelle qu'il s'est non sans peine rallié à ce projet; il rappelle ses observations que le Monténégro pourra gagner des terrains fertiles grâce aux travaux de désèchement et d'irrigation

dont il a déjà été question dans une réunion précédente. Les travaux pourraient être opérés par une société internationale. Sir E. Grey dit qu'en présence des difficultés provenantes pour certains districts de leurs diversités géographiques et ethnographiques et des usages des tribus qui les habitent, on peut douter de la possibilité d'arriver à une décision sur les points en litige sans une enquête locale confiée à une commission internationale. Cette suggestion lui semble devoir être prise en considération dans le cas où l'on reconnût l'impossibilité d'arriver à une entente par d'autres moyens."

Ich habe es mir angelegen sein lassen, den österreichischen Vorschlag lebhaft zu unterstützen, und darauf hingewiesen, daß durch Preisgeben von Ipek, das vorwiegend von Albanesen bewohnt wird, bereits weitgehendes Entgegenkommen bekundet wurde.

Graf Benckendorff vermied es, Stellung zu nehmen, sagte mir aber vertraulich, er glaube nicht, daß seine Regierung den Vorschlag annehmen könne, diese müsse vielmehr schon für die Galerie irgendeinen Erfolg haben, nachdem sie auf den serbischen Hafen und auf Skutari verzichtet; man werde daher auf Diakowa und Dibra bestehen, um irgendwo einen Erfolg verzeichnen zu können.

Ich habe den Eindruck, daß sich bei Preisgeben von Diakowa sofort Einigung erzielen ließe, daß es aber ohnedem sehr schwer sein wird.

Nach der Sitzung sagte mir noch Sir E. Grey vertraulich, seine Absicht sei, Zeit zu gewinnen, um moralische Niederlage einer der beiden Beteiligten zu vermeiden, daher habe er Kommission vorgeschlagen, welche gewissermaßen unparteiische Grundlagen liefern sollte*. Nächste Sitzung Dienstag.

Lichnowsky

---

* Nach einem Bericht des österreichischen Militärattachés in London Major Horváth vom 28. Januar wäre der Gedanke einer internationalen Grenzkommission von dem Fürsten Lichnowsky suggeriert worden: „Prinz Lichnowsky propagiert die Idee der Entsendung einer internationalen Kommission zur Feststellung der zukünftigen Grenzen Albaniens. Diese Idee, von England unterstützt, findet natürlich bei den Russen großen Anklang." Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit III, 64. Sasonow nahm in der Tat den Kommissionsvorschlag, der übrigens erst in einem späteren Stadium seine Verwirklichung fand, sehr sympathisch auf; freilich wollte er der Kommission von vornherein eine gebundene Marschroute angewiesen sehen, die den Zweck einer unparteiischen Untersuchung illusorisch gemacht hätte. Vgl. das Geheimtelegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 8. Februar. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 60. Auf österreichischer Seite hatte man zunächst erhebliche Bedenken gegen die Kommission, vgl. Nr. 12813. Überhaupt witterte man in der von Sir E. Grey selbst zugegebenen Tendenz, Zeit zu gewinnen, ein feindseliges Moment. So heißt es in einem Bericht des Militärattachés Horváth vom 12. Februar (Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 136): „Die Verschleppungstaktik Rußlands und seiner Bundesgenossen ist offenbar; man will den Fall von Skutari abwarten, um sich dann auf ein ‚fait accompli' berufen zu können." Aus gleichem Grunde beraume Sir E. Grey auch die Botschafterkonferenzen nur in großen Zwischenräumen an, um Rußland einen Dienst zu erweisen.

Nr. 12800

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Konstantinopel, den 6. Februar 1913
[pr. am 7. Februar]

Aus der lauen Unterstützung unserer Demarche in Sofia* durch Österreich und aus der Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg schließt die Pforte auf eine bevorstehende Sprengung des Dreibunds. Auch Marquis Garroni sagte mir, er habe Eindruck, daß man in Rom wegen der Haltung Österreichs beunruhigt sei und wünsche, daß letzteres von Deutschland veranlaßt werde, bei der Stange zu bleiben.

Wangenheim

Nr. 12801

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Belgrad, den 7. Februar 1913

Die serbische Regierung ist, wie mir Herr Paschitsch sagt, bereit, jede beliebige Anzahl von Truppen und ihre schweren Positionsgeschütze an Bulgarien abzugeben, sobald dies darum ersucht. Dies ist bis jetzt nicht geschehen.

Bei der neulichen Anwesenheit des serbischen Gesandten in Sofia Spalaikowitsch, wurde hier im Ministerrat über etwaige im Unterstützungsfall von Bulgarien zu fordernde territoriale Kompensationen diskutiert, aber zunächst ohne praktisches Ergebnis. Bulgarien, das hiervon weiß, wird daher nur im äußersten Notfall weitere Hilfe beanspruchen, da es nach Äußerungen meines bulgarischen Kollegen** keine Lust zu Erfüllung serbischer Wünsche hat.

Einige wenige Truppenabteilungen sind von Alessio zur Unterstützung der Montenegriner nach Skutari entsendet.

Griesinger

---

* Vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12767.
** A. Toschew.

Nr. 12802

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 115 Berlin, den 8. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 68*.

Zur Regelung der Sprache.

Daß unsere Demarche in Sofia von Österreich nur lau unterstützt worden sei, trifft nicht zu. Die Entsendung des Prinzen Hohenlohe ist nach vorherigem Einvernehmen mit uns erfolgt. Sie bezweckt, durch eine vertrauensvolle Aussprache der Monarchen die eine Zeitlang nicht unbedenkliche Spannung zwischen den beiden Reichen zu beseitigen und so der Erhaltung des europäischen Friedens zu dienen. Da dieser Zweck den von uns und Italien verfolgten Zielen durchaus entspricht, ist die Demarche hier und in Rom mit vollster Sympathie begrüßt worden. Von einer Beunruhigung der italienischen Regierung über Österreichs Haltung kann keine Rede sein. Wie sich erst neuerdings wieder in der Frage der albanischen Abgrenzung gezeigt hat, besteht zwischen unseren beiden Verbündeten das beste Einvernehmen. Wenn unsere Gegner die bevorstehende Sprengung des Dreibunds an die Wand malen, so dürfte hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Jagow

Nr. 12803

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 79 Berlin, den 8. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 68**.

Es wäre erwünscht gewesen, wenn Euere Durchlaucht sich vor Einbringung Ihres äußerste Grenze österreichischen Entgegenkommens darstellenden Vorschlags zunächst Einverständnisses Ihres russischen Kollegen versichert hätten. Nur unter Voraussetzung unveränderter Annahme hatte Österreich letztes Angebot gemacht. Dort eingeschlagenes Verfahren hat zur Folge, daß Vorschlag Charakter Kompromisses einbüßt und fälschlich Eindruck einer Konzession erweckt, die erweitert werden könnte.

Jagow

---

* Siehe Nr. 12800.

** Siehe Nr. 12799.

Nr. 12804

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 49 Berlin, den 8. Februar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 48**.

Vorschlag unseres Botschafters stellt nicht österreichische Konzession dar, die erweitert werden könnte, sondern deutschen Kompromißvorschlag, der Österreichs letztes Angebot enthält. Wir haben Wien nur durch andauernde dringende Vorstellungen zu dem darin enthaltenen weitgehenden Entgegenkommen bewegen können. Wird dieser Vorschlag nicht von allen Mächten in vollem Umfang angenommen, so wird Österreich auf ursprünglich ins Auge gefaßte Grenzen zurückgreifen. Bitte daher bei dortiger Regierung dringend auf unveränderte Annahme unseres Vorschlags hinwirken, damit endgültige Einigung schon in nächster Botschaftersitzung erfolgt und ernste Spannung tunlichst vermieden wird.

Jagow

Nr. 12805

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 6. Februar 1913
[pr. 8. Februar]

Auf Ihren mit dem gestrigen Feldjäger erhaltenen Brief vom 2. d. Mts.*** möchte ich gleich heute antworten. Ich habe in meiner Berichterstattung seit vorigem Herbst immer hervorgehoben, daß die hiesige Regierung, welche einen Krieg zweifellos nicht wünscht, zwar gegenüber den bekannten von einigen Großfürsten und Großfürstinnen sowie einzelnen Militärs unterstützten Hetzereien der Panslawisten einen schweren Stand habe, daß sie aber nach meiner Überzeugung die Bewegung in der Hand behalten könne, solange nicht Österreich eine aggressive Politik gegen Serbien einschlage. Im Falle eines österreichischen Einmarsches in Serbien, so habe ich wiederholt betont, könne man für nichts einstehen. In diesem Falle sei die größte Gefahr vorhanden, daß die Hetzer die Oberhand gewinnen.

Diese Ansichten halte ich heute in ihrem vollen Umfang aufrecht. Ich bleibe dabei, daß der Kaiser, Sasonow und Kokowzow „pour tant et tant

---

* Dasselbe Telegramm ging unter Nr. 55 nach Paris.

** Durch Telegramm Nr. 48 vom 7. Februar war das Londoner Telegramm Nr. 68 (siehe Nr. 12799) nach Petersburg mitgeteilt worden.

*** Nicht bei den Akten.

de raisons"*, wie sich Sasonow einmal vielsagend ausdrückte, den Krieg nicht wollen und alles tun werden, um ihn zu vermeiden. Ich möchte aber bestimmt annehmen und werde in dieser Annahme durch die zunehmende Nervosität Sasonows bestärkt, daß im Falle eines Vorgehens Österreichs gegen Serbien die zwar verhältnismäßig kleine, aber mächtige und sehr rührige Gruppe der panslawistischen Hetzer die ganze öffentliche Meinung mit sich fortreißen und die jetzigen Leiter der Regierung verdrängen würden, und daß dann der Krieg zum mindesten sehr wahrscheinlich werden würde. Die Frage, ob ein solcher Krieg wirklich rein russischen Interessen dienen würde, wird in diesem Falle ebensowenig erwogen werden wie die Rücksicht auf die Gefahren, denen Rußland bei einem Kriege im Innern des Reiches zweifellos entgegengehen würde. Die slawophile Gefühlspolitik würde dann einzig und allein ausschlaggebend sein und auch diejenigen Kreise ergreifen, die sich noch gestern über die übertriebenen Sympathien mit den slawischen Brüdern lustig machten. Ich möchte übrigens glauben, daß dasselbe auch der Fall sein würde, wenn etwa die Türken jetzt bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten entscheidende Siege erringen sollten, was allerdings wohl wenig wahrscheinlich ist, oder wenn Rumänien sich verleiten lassen sollte, behufs Erreichung seiner Forderungen gegen Bulgarien in den Krieg einzugreifen. In diesen drei Fällen, besonders aber im Falle eines österreichischen Vorgehens gegen Serbien, würde es wahrscheinlich ebenso kommen wie bei den letzten von Rußland geführten Kriegen. Es würde gegen den Willen des Monarchen, seiner Regierung sowie der großen Majorität des russischen Volkes zum Kriege kommen. Es würden anonyme Kräfte sein, welche den Krieg herbeiführen würden, welcher dann auch besonders gegen Österreich in weiten Kreisen populär werden würde.

Ihr Brief ist darum für mich von besonderem Interesse, weil ich daraus ersehe, daß die Besorgnisse, welche Sasonow mir gegenüber in der letzten Zeit äußert, bezüglich Österreichs nicht so ganz der Begründung entbehren. Trotzdem glaube ich richtig zu handeln, wenn ich nach wie vor dies dem Minister gegenüber nicht zugebe. Sasonow läßt übrigens keine Gelegenheit vorübergehen, wie Sie auch aus meinen letzten Berichten ersehen haben werden, ohne sich mit größter Anerkennung über unsere loyale und korrekte Politik auszusprechen. Er behauptet, sehr viel zu wissen über alles, was wir in den letzten Monaten zur Erhaltung des Friedens getan haben. Der Minister läßt dabei insbesondere auch Kiderlen, trotz einiger Verstimmung über eine etwas unsanfte Anrempelung in Berlin im vorigen Herbst**, volle Gerechtigkeit widerfahren. Er lobt seine zielbewußte, kraftvolle und dabei maßvolle Politik. Bei der Anerkennung unserer Haltung macht Sasonow nur eine Einschränkung, von der ich Ihnen um so mehr im engsten Vertrauen Kenntnis geben zu sollen glaube,

---

* Vgl. Bd. XXXIII, Kap. CCLXIII, Nr. 12255, S. 191 f.
** Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXIII, Nr. 12256.

als mich Sasonow vor einigen Tagen direkt gebeten hat, in Berlin darüber ein Wort zu sagen. Ich habe dies auch Zimmermann gegenüber neulich getan. Sasonow ist nicht davon abzubringen, daß, während von Berlin aus in Wien im Sinne des Friedens gewirkt werde, Tschirschky dort direkt zum Kriege hetze*. Der Minister beruft sich dabei auf Informationen, die er als sehr gute bezeichnet, und die er aus verschiedenen Quellen haben will. Sasonow behauptet, Tschirschky, der zum Teil aus persönlichen Gründen ein enragierter Russenfeind sei, stehe auf dem Standpunkt, daß der Krieg doch unvermeidlich sei und daher am besten im jetzigen Augenblick ausgefochten würde. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich gegen diese Insinuationen natürlich energisch protestiert habe. Sasonow erwiderte: „Nun Sie beschweren sich auch zuweilen über russische Diplomaten. Im vorliegenden Fall habe ich Grund, mich über einen deutschen Vertreter zu beklagen." Woher diese Hetzereien kommen, weiß ich nicht. Vielleicht hat Cartwright da seine Hand im Spiel.

Die Mission Gottfried Hohenlohe verläuft so, wie ich es erwartet hatte**. Viel eau bénite de cour auf beiden Seiten, aber nach meiner Ansicht ein schwacher wirklicher Erfolg. Vor dem Eintreffen Hohenlohes sagte mir Sasonow: „Wenn er uns nicht die Ankündigung der Abrüstung gegen Serbien bringt oder wirklich überzeugende Erklärungen über die Notwendigkeit der Truppenansammlungen in der Nähe der serbischen Grenze, so wird seine Mission als ein anzuerkennender Höflichkeitsakt hier aufgefaßt werden, aber die erwünschte Detente nicht bringen." Dies scheint mir der Ausdruck der im ganzen recht kühlen Stimmung, die hier gegenüber der Mission Hohenlohe herrscht, zu sein.

F. Pourtalès

---

* Aus den Akten ergibt sich keinerlei Anhaltspunkt für die Berechtigung dieser Anklage. Im Gegenteil hatte Tschirschky erst eben den publizistischen Wortführer der österreichischen Kriegspartei Baron Chlumecky eindringlich zur Ruhe gemahnt. Vgl. Nr. 12 797. Auch in dem Conradschen Werke (Aus meiner Dienstzeit) erscheint Tschirschky keineswegs als ein Gesinnungsgenosse des österreichischen Generalstabschefs.

** Schon in einem Bericht Nr. 40 vom 6. Februar hatte sich Graf Pourtalès skeptisch über die Mission Hohenlohe geäußert: „Ich kann nicht umhin, mich bezüglich des Erfolges der Mission des Prinzen Hohenlohe bis auf weiteres noch einigermaßen skeptisch zu verhalten. Die von Herrn Sasonow gewünschten Erklärungen bezüglich der österreichischen Rüstungen gegen Serbien hat das Handschreiben Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph, wie vorauszusehen war, nicht gebracht, und Prinz Hohenlohe wird auch nicht ermächtigt gewesen sein, bezüglich dieses Punktes Erklärungen zu geben, wie sie hier beruhigen würden. Wenn es daher dem Prinzen nicht gelungen ist, die hiesige Regierung davon zu überzeugen, daß den gedachten Rüstungen keine aggressiven Absichten gegen Serbien zugrunde liegen, und ich möchte dieses bezweifeln, so wird meines gehorsamsten Dafürhaltens seine Mission allenfalls den Erfolg haben, als ein Beweis der Friedensliebe des greisen Herrschers der österreichisch-ungarischen Monarchie angesehen zu werden und dadurch vielleicht eine vorübergehende Beruhigung hervorzurufen. Eine wirkliche Entspannung aber würde nach meinen in der letzten Zeit hier gewonnenen Eindrücken erst in dem Fall eintreten, wenn Österreich-Ungarn sich entschlösse, einen ersten Schritt im Sinne einer Abrüstung gegen Serbien zu tun." Vgl. auch Nr. 12 791, Fußnote *.

Nr. 12806

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 13

Belgrad, den 5. Februar 1913
[pr. 8. Februar]

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage eine mir von dem k. und k. österreichisch-ungarischen Militärattaché Major Gellinek zur Verfügung gestellte Karte, auf welcher die hier bekannt gewordene Truppenverteilung bis zum 31. Januar d. Js. dargestellt ist, vorzulegen und dazu nachstehendes gehorsamst zu bemerken.

Die Rückbeförderungen der serbischen Truppen aus dem Okkupationsgebiet in das Innere des Landes — teils per Fußmarsch, teils per Eisenbahn — dauern stetig an; der normale Zugverkehr ist aber nicht unterbrochen, und verkehren täglich etwa vier bis fünf Militärzüge über Ristowatz.

Bei den Quellen, aus denen das vorliegende Material über die Truppenverschiebungen geschöpft werden mußte, ist es schwierig, ein zuverlässiges Urteil über die Gruppierung der zurückkehrenden Truppen zu gewinnen. Denn die Aufgebote werden in den Nachrichten häufig verwechselt, einzelne Bataillone als Regimenter bezeichnet, die Ersatzbataillone nicht unterschieden, und nur selten wird das Marschziel genau angegeben. Immerhin hat es den Anschein, als ob die Truppen südlich der Linie Kragujewac-Bagrdan angesammelt werden sollen, wo verschiedenen Meldungen zufolge Feldbefestigungen errichtet werden. Offiziell wird als Grund der Rückbeförderungen die Schwierigkeit bei der Verpflegung und Unterbringung im Okkupationsgebiet angegeben.

Wie schon wiederholt berichtet, hat die Kriegsstimmung in Serbien stark abgeflaut, und die Lust, neue Truppen auf den bulgarischen Kriegsschauplatz in Thrazien zu entsenden, ist äußerst gering. Eine große Sorge bereitet den Serben allerdings die immer noch aufrechterhaltene Kriegsbereitschaft Österreich-Ungarns, wobei man infolge der rumänisch-bulgarischen Differenzen und der hier lebhaft kommentierten ungeklärten Lage zwischen Rußland und der angrenzenden Monarchie mit der Möglichkeit einer europäischen Konflagration rechnet. Diese Auffassung wird offenbar von russischer Seite genährt[1]. Denn, wie mir Major Gellinek erzählt, hat ihm sein russischer Kollege Oberst Artamonow neulich anvertraut, daß er einen europäischen Krieg — schon in einigen Wochen — für nahezu unausweichlich halte[2] (j'ai déjà arrangé mes malles). Dieser wilde Krieger, der übrigens meist nur das Sprachrohr des russischen Gesandten Herrn von Hartwig ist, hat sich mir gegenüber vor etwa Monatsfrist ähnlich geäußert und dabei die schlechte Organisation des öster-

reichisch-ungarischen Heeres, seine ungenügende Ausrüstung usw. in ganz panslawistischem Sinne kritisiert. Ob angesichts dieser Treibereien die gegenwärtigen militärischen Maßnahmen Serbiens auf der Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Österreich-Ungarn aufgebaut sind, will ich dahin gestellt sein lassen. Allein in Übereinstimmung damit würde die von dem österreichisch-ungarischen Vizekonsul Hoflehner in Nisch gemeldete Äußerung eines serbischen höheren Stabsoffiziers zu bringen sein, die etwa dahin lautet: „Rußland hat an Serbien die Frage gestellt, ob es im Falle des Nichtzustandekommens des Friedens mit der Türkei und eines Krieges zwischen Rußland und Österreich-Ungarn 150000 gut bewaffnete und ausgerüstete Mann beistellen könne, für welche Rußland Monturen und Fußbekleidung geben würde?“ Serbien soll darauf geantwortet haben, daß es nur 50000 Mann zur Verfügung stellen könne. Tatsache ist, daß am 27. v. Mts. 100000 Garnituren in Nisch aus Rußland angekommen und teilweise bereits ausgegeben sind. Die Knöpfe tragen den russischen Adler.

Wie große Aufmerksamkeit russischerseits Serbien zugewandt wird, beweist außerdem die neulich von meinem russischen Kollegen in Begleitung zweier hoher russischer Offiziere unternommene Reise nach Üsküb und Kalkandelen.

Nach Ansicht des österreichisch-ungarischen Militärattachés kann Serbien zurzeit über nicht viel mehr als 50000 Mann operativer Truppen verfügen. Die Truppen an der Adria werden vor Monatsfrist schwerlich verfügbar sein, desgleichen die beiden Divisionen vor Adrianopel. Die aus Üsküb, Köprülü, Monastir, Prisren und Mitrowitza eingehenden Nachrichten sprechen von häufigen Zusammenstößen mit Albanesen und von großer Unzufriedenheit unter der bulgarischen Bevölkerung, so daß Serbien genötigt sein wird, dort, insbesondere in den von Albanesen bewohnten Distrikten, starke Aufgebote regulärer Truppen, die insgesamt nicht unter 50 bis 60000 Mann betragen dürften, zurückzulassen.

Der Ausbruch eines größeren europäischen Krieges würde darum für Serbien ganz unerwünscht sein. Doch will man alles tun, um den Ereignissen nicht unvorbereitet und wehrlos gegenüberzustehen. Mit dieser schwierigen militärischen Lage des Landes steht zweifellos im Zusammenhang die neuliche Anwesenheit des Oberstkommandierenden Wojwoden Putnik in Belgrad und seine häufigen Beratungen mit dem König und dem Ministerpräsidenten Paschitsch. Das Ergebnis dieser Beratungen soll dahin gehen, weitere Truppen nicht nach Adrianopel zu entsenden, da die bulgarische Regierung zu territorialen Kompensationen dafür sich nicht bereit finden lasse.

v. Griesinger

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Natürlich

[2] da stecken die Hetzer!

Nr. 12807

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Konstantinopel, den 8. Februar 1913

Regierung entfaltet sowohl auf militärischem als finanziellem Gebiet ein Maß von Energie, das russischen Botschafter beunruhigt und Markgrafen Pallavicini mit einem neuen, berechtigten Optimismus erfüllt. Fortwährend verlassen Transportschiffe mit gut ausgerüsteten Truppen den hiesigen Hafen nach beiden Richtungen der Meerengen hin, ohne daß es möglich wäre, über Bestimmungsort Genaueres zu erfahren. — Enver Bey soll in Begleitung von vier deutschen Offizieren* nach Gallipoli gegangen sein. Hier hört man von Zeit zu Zeit Kanonendonner. Türken haben die bisherige bulgarische Stellung bei Tschataldja besetzt und in der letzten Nacht die Eisenbahnbrücke über den Karasu wiederhergestellt. — Aus Adrianopel lagen gestern weniger günstige Nachrichten vor. Dschawid Bey erklärte mir nachdrücklich, daß nach dem Fall von Adrianopel der Krieg erst recht mit äußerster Energie fortgesetzt werden würde.

Wangenheim

Nr. 12808

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 39 Pera, den 6. Februar 1913
[pr. 9. Februar]

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es dem Interesse der Türkei und derjenigen Mächte, welche die Türkei erhalten wollen, entsprochen hätte, wenn die Pforte auf den Wunsch der Mächte, Adrianopel den Bulgaren zu überlassen, eingegangen wäre. Adrianopel ist nach der Ansicht der einsichtsvollen türkischen Militärs keineswegs nötig, um die Verteidigung Konstantinopels gegen Norden sicherzustellen. Auch die Bedeutung Adrianopels als heilige Stadt wird übertrieben. Es gibt dort nur eine im historischen Sinne heilige Moschee und nur eine Grabstätte, welche die irdischen Reste eines Sultans birgt, noch dazu eines solchen, der niemals

* Es handelte sich um verabschiedete Offiziere. Wie ein Telegramm vom 14. Februar an den Gesandten von Below in Sofia (Nr. 24) feststellte, wäre es nach Auskunft des Kriegsministeriums und des Militärkabinetts ausgeschlossen, daß sich aktive oder zur Disposition gestellte preußische Offiziere bei Enver Bey befänden.

eine Rolle in der Geschichte gespielt hat. Kossowo, wo ein wirklich großer Sultan begraben liegt, sollte den Herzen der Osmanlis näher stehen als Adrianopel. Nur dadurch, daß letzteres von dem Slawismus mit solcher Hartnäckigkeit für Bulgarien reklamiert wird, ist sein Verbleiben in türkischem Besitze zu einer Ehrensache für die türkischen Patrioten geworden. Die Sache wird so hingestellt, als ob von dem Besitze der Festung ganz ausschließlich die Zukunft des türkischen Reiches abhänge. Die Armee will für Adrianopel bis zum letzten Manne kämpfen, und da die türkischen Regierungen lediglich Exekutivorgane der unter den Offizieren vorherrschenden Ansichten sind, so kann keine Regierung Adrianopel aufgeben, solange die Mehrzahl der Offiziere an der Stadt festhält. Hinzu kommt aber noch ein anderes Gefühl, welches gegenwärtig das türkische Volk bis in die höchsten und maßgebenden Kreise hinauf beherrscht, die Überzeugung, daß die Türkei zurzeit nicht nur um die Erhaltung ihrer Stellung in Europa, sondern um ihre Existenzberechtigung überhaupt kämpft.

Wenn die Türkei nicht mehr die Kraft habe, sich gegen die früheren Vasallen zu behaupten, so beweise dies, daß sie überhaupt nicht mehr die Lebenskraft besitze, deren ein selbständiger Staat bedürfe. Es sei dann besser, wenn die Türkei von Fremden regiert werde. Es ist nun vorauszusehen, daß, sobald weitere Niederlagen der Türkei eintreten — und solche sind leider zu befürchten —, der Krieg noch mehr den Charakter eines Verzweiflungskampfes annehmen wird, und daß man sich dann nicht scheuen wird, solche Maßnahmen zu ergreifen, die die Mächte zwingen könnten, ein für allemal über das Schicksal auch der asiatischen Türkei zu entscheiden. Es besteht die Gefahr, daß auch nach dem Falle von Adrianopel die Desperadostimmung hier andauern wird. Unser Interesse dürfte es aber erheischen, daß nach der Kapitulation der Festung dem Krieg ein Ende gemacht wird. Nun ist es allerdings zweifelhaft, ob die Bulgaren, einmal im Besitze von Adrianopel, sich für befriedigt erklären werden. Ich möchte annehmen, daß dann erst die Hauptschwierigkeiten beginnen werden. Die Balkanstaaten werden dann völlig vom Größenwahn erfaßt werden und glauben, gegen die Entente der Mächte, deren Ohnmacht sie längst erkannt haben, extravagante Forderungen durchsetzen zu können, welche die tatsächlichen Interessen der Großmächte berühren. Wird dann zum Beispiel das slawische Gefühl es zulassen, daß den Balkanstaaten von London aus verboten wird, eine Kriegsentschädigung zu verlangen? Wird die russische Regierung nicht auch in dieser Frage von der öffentlichen Meinung in Rußland ins Schlepptau genommen werden? Niemand wird auf diese Fragen heute eine bestimmte Antwort geben können. Eins aber scheint nach der gegenwärtigen Weltlage festzustehen, daß der Frieden nicht nach den Wünschen der Kriegführenden, nicht nach den Entscheidungen der Londoner Konferenz, nicht einmal nach dem Gutdünken der russischen Regierung, sondern lediglich nach der Formel geschlossen werden wird, welche die siegesbewußte russische Volksstimmung aufstellt, es sei denn, daß ein Teil der Mächte sich entschließen sollte, den

Kampf gegen den siegreich vordringenden Slawismus aufzunehmen. Unter diesen Umständen möchte ich es als ein Ziel unserer Politik bezeichnen, zu erreichen, daß die Türkei nach dem Falle von Adrianopel sich als geschlagen bekennt und die Feststellung aller Friedensbedingungen, nicht nur bezüglich der Inseln, den Mächten überläßt. Der Konfliktsstoff, der sich auf der Londoner Konferenz angesammelt hat, würde dadurch allerdings noch vermehrt werden. Andererseits würde die Türkei, wenn die Mächte das ihnen angetragene Mandat übernehmen, vielleicht noch einmal gerettet werden können.

Wangenheim

Nr. 12809

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Bukarest, den 8. Februar 1913
[pr. 9. Februar]

Ministerpräsident sagt mir, er habe sich heute mit Zustimmung des Königs und Ministerrats angesichts öffentlicher Erklärungen des Grafen Berchtold in Delegationen über Österreichs Eintreten für Rumänien* und im Hinblick auf bulgarische Ausflüchte, die Rumänien nicht länger dulden könne, und Ernst der Lage an Prinz Fürstenberg mit Bitte gewandt, Österreich möge die rumänische Forderung Silistria-Balcik, die, vertraulich gesprochen, eventuell auf Silistria-Kavarna ermäßigt werden könnte, zu der seinen machen. Ministerpräsident will auch italienischen Gesandten** verständigen, erwartet, daß Dreibund Rumänien in seiner Forderung unterstützt. König habe sich überzeugt, daß, wenn Forderung nicht erfüllt werde, die Liberalen, die unter Umständen Regierung stürzen können, Krieg oder andere Orientierung der Politik wollen. Ministerpräsident wünscht, daß Österreich jetzt für Rumänien ebenso eintritt, wie es in der Frage des adriatischen Hafens aufgetreten sei. Selbst hiesiger serbischer Gesandter*** habe gesagt, daß Rumänien bezüglich Silistria zu 90 Prozent recht habe. Herr Geschow hat Prinz Ghika mitgeteilt,

---

* Gemeint dürfte das Berchtoldsche Exposé in der österreichischen Delegationssitzung vom 6. November 1912 sein, in dem es mit Bezug auf Rumänien hieß: „Die ruhige und maßvolle Haltung des uns eng befreundeten Königreiches Rumänien war für den Verlauf der Ereignisse von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und wir hoffen, daß seine auf der geographischen Lage beruhenden namhaften Interessen entsprechende Berücksichtigung finden werden."
** Baron Ch. Fasciotti.
*** M. G. Ristitsch.

daß Herr Danew und bisheriger bulgarischer Gesandter in Konstantinopel Sarafow Verhandlungen mit Rumänien in Sofia weiterführen würden. Für Rumänien soll Prinz Ghika diese Verhandlungen führen*.

Waldthausen

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

Der General von Plessen** hat mir im Auftrage des Königs Karol gemeldet, daß dieser auf die Stadt Silistria nicht bestehe, sondern mit den von Bulgarien bereits konzedierten Höhen unmittelbar östlich der Stadt zufrieden sein werde. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung könne er sich aber nicht sofort auf dieses Minimum seiner Forderung zurückziehen.

Rücksichtlich der Delimitation am Schwarzen Meer erhalte ich noch eine schriftliche Aufzeichnung von General von Plessen.

v. B. H. 9/2

Nr. 12810

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept

Nr. 83 Berlin, den 9. Februar 1913

In Londoner Protokoll vom 29. Januar***, das bisheriges Ergebnis rumänisch-bulgarischer Verhandlungen festlegt, fordert Misu Linie Tutrakan-Balcik, während Danew nur die beiden in rumänisches Gebiet vorspringenden Dreiecke und am Schwarzen Meer fünf bis sechs Kilometer anbietet. Zwischen Forderung und Angebot besteht somit erheblicher Abstand. Bulgarien hat sich zwar zur Fortsetzung der Verhandlungen in Sofia bereit erklärt, scheint aber zu erheblichen weiteren Zugeständnissen vorläufig nicht geneigt. Andererseits nimmt kriegerische Stimmung rumänischen Volkes immer bedenklichere Formen an.

Wir haben vom Beginn der Balkankrisis ab in Bukarest unausgesetzt zur Ruhe gemahnt. Wenn diesen Mahnungen Erfolg beschieden war und Rumänien sich vom aktiven Eingreifen in den Konflikt abhalten ließ, so ist dies in erster Linie der Weisheit des greisen Königs und der Besonnenheit der zurzeit am Ruder befindlichen Regierung zu verdanken. König und Regierung haben sich dadurch ein Verdienst um Europa erworben, das angesichts der ihre Geduld auf harte Probe stellenden bulgarischen Verhandlungsmethode doppelt hoch zu veranschlagen ist. Ob König Karol bei weiterer Unnachgiebigkeit Bulgariens imstande sein würde, seiner friedlichen Politik treu zu bleiben, erscheint zweifelhaft, da die Erregung im Lande wächst, je mehr sich Bulgarien gegen die Türkei engagiert. Im parlamentarisch regierten Rumänien kann der Volkswille nicht auf

---

* Über den Stand der Verhandlungen bei Abbruch der Londoner Friedenskonferenz vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12781, S. 301, Fußnote *.

** Generaladjutant von Plessen hatte Prinz Eitel Friedrich von Preußen, der den Kaiser bei der Taufe des Prinzen Mircea in Bukarest (2. Februar) vertrat, begleitet.

*** Vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12781, S. 301, Fußnote *.

die Dauer ignoriert werden, und dieser drängt die Regierung zum energischen Handeln. Gelingt es den Liberalen, wofür ernste Anzeichen sprechen, die jetzige Regierung zu stürzen, so bedeutet dies aller Voraussicht nach Krieg und eine erneute schwere Gefährdung des allgemeinen europäischen Friedens.

Ew. pp. bitte ich, die Angelegenheit in vorstehendem Sinne mit Sir E. Grey streng vertraulich zu besprechen und ihn zu fragen, was etwa nach seiner Ansicht zur Abwendung der Gefahr geschehen könnte. Dabei wollen Ew. pp. andeuten, daß wir gern bereit wären, auch in dieser Frage gemeinsam mit ihm ein Kompromiß auszuarbeiten und diesen den streitenden Parteien zu empfehlen. Über die Aufnahme Ihrer Anregung bitte ich telegraphisch zu berichten.

Zur ausschließlich persönlichen Information: Wir haben Grund zur Annahme, daß sich Rumänien schließlich auch mit der Linie Silistria-Kavarna begnügen und sogar auf Silistria selbst verzichten würde, wenn die Festung geschleift und die Höhen unmittelbar östlich der Stadt rumänisch werden. Ew. pp. wollen Ihrerseits mit diesem äußersten Zugeständnis nicht hervortreten, vielmehr die Unterhaltung so führen, daß, wenn möglich, Sir E. Grey eine solche Lösung vorschlägt.

Jagow

Nr. 12811

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 32 Sofia, den 6. Februar 1913
[pr. 9. Februar]

Ich habe es nicht unterlassen, den mir unter dem 2. d. Mts. erteilten Weisungen entsprechend* der hiesigen Regierung ein schnelles Entgegenkommen auf die Wünsche Rumäniens anzuempfehlen, und dabei auf die wachsende Erregung der Volksstimmung dortselbst hingewiesen, ohne jedoch eine andere Antwort als wie bisher zu erhalten, nämlich, daß Bulgarien alles tue, um sich den Bukarester Forderungen anzupassen und nach wie vor von dem Wunsche beseelt sei, zu einer möglichst schleunigen Beilegung des Konflikts beizutragen. pp.**

Inzwischen ist das in London zwischen den beiden Unterhändlern ausgetauschte Protokoll hier eingegangen. Wenn man in Bukarest damit nicht zufrieden ist, so macht sich hier dafür eine gewisse Genugtuung über seinen Inhalt bemerkbar. Man scheint der merkwürdigen Ansicht

* Vgl. Kap. CCLXVIII, Nr. 12783.
** Das hier ausgelassene Stück des Berichtes enthält ein Werturteil von Belows über bulgarische Politiker, das vertraulicher Natur ist.

zu sein, daß es das Höchstmaß der von Rumänien erhobenen Ansprüche darstellt, und daß man nun, nachdem das Schriftstück von Herrn Misu gezeichnet sei, anstandshalber keine höheren Forderungen werde stellen können.

Gegenwärtig ruhen die Verhandlungen. Herr Danew wird heute hier zurückerwartet und wohl gleich vom König zum mündlichen Vortrag empfangen werden. Ich glaube kaum, daß er bereit sein wird, weiter als Unterhändler in dieser Angelegenheit tätig zu sein, und an seine Stelle dürfte wohl Herr Sarafow, der bisherige Gesandte in Konstantinopel, treten. Wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, bezw. wo, ist noch unentschieden*.

von Below

Nr. 12812

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 11 — Wien, den 8. Februar 1913
Geheim — [pr. 9. Februar]

Ein Generalstabsoffizier der Balkangruppe des Evidenzbureaus erzählt mir heute von einem Beispiel der tatkräftigen Unterstützung, welche Rußland im gegenwärtigen Balkankrieg Montenegro zukommen läßt.

Einer zuverlässigen Agentennachricht zufolge sollen kürzlich aus Odessa acht schwere Geschütze nebst mehreren tausend Schuß und zwölf Millionen Gewehrpatronen via Bulgarien nach Montenegro abgegangen sein. Wenn dazu noch die Mitwirkung der serbischen neuen Schneider-Creuzot (15 cm) Haubitzen kommt, so kann Skutari leicht in eine schwierige Lage geraten. Nach unverbürgten Nachrichten im Evidenzbureau sollen kürzlich Verhandlungen zwischen zwei montenegrinischen höheren Offizieren und dem Kommandanten von Skutari** wegen Übergabe stattgefunden haben.

Im k. und k. Generalstab verfolgt man die Ereignisse um Skutari mit besonderem Interesse. Ein Fall dieser Festung wäre für die albanische Grenzregulierungsfrage von größter Tragweite.

Der österreichisch-ungarische Militärattaché in Cetinje schildert die Lage in Montenegro als wenig zufriedenstellend. Das Land sei finanziell stark erschöpft. Der Krieg koste monatlich eine Million; die vom Balkanbund und Rußland gewährten Geldvorschüsse seien aufgebraucht, zwei Drittel der vorhandenen Munition verschossen. Man sieht daraus, welche Bedeutung

* Die Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgte am 12. Februar in Sofia zwischen Sarafow und Ghika. Über den Gang der Verhandlungen unterrichten die im Rumänischen Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913 zusammengestellten Telegramme und Berichte des rumänischen Unterhändlers. Vgl. namentlich den Bericht Ghikas vom 17. Februar, p. 57ss.

** Hassan Risa Bey.

die russische Munitionssendung für Montenegro hat. Außer der Entsendung von 15 cm Haubitzen nebst Munition nach Adrianopel und Ersatzmannschaften für die an der Belagerung teilnehmenden serbischen zwei Divisionen sind laut Meldung des k. und k. Militärattachés in Sofia noch keine serbischen Truppentransporte nach dem thrazischen Kriegsschauplatze abgegangen.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12813

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Wien, den 9. Februar 1913

Da Graf Berchtold unpäßlich, habe ich Telegramm Nr. 56* bei Baron Macchio verwertet, der dankbare Genugtuung über wertvolle Vertretung österreichischen Standpunktes durch Fürst Lichnowsky ausdrückte. Bezüglich Graf Benckendorffs Bemerkung über Diakowa und Dibra erklärte Baron Macchio, Minister stehe auf dem Standpunkt, daß die uns neulich zu unserer und des Fürsten Lichnowsky Orientierung mitgeteilten österreichischen Zugeständnisse bezüglich Abgrenzung Albaniens** das äußerste Maß dessen bezeichnen, bis wohin Österreich-Ungarn gehen könne, und nicht als Basis für weitere Kompromißverhandlungen dienen könnten. Lehne Rußland ab, hierauf einzugehen, so werde der Minister sich genötigt sehen, auf seine früher formulierten Bedingungen zurückzugehen, auf Grund deren man dann erneut verhandeln könne. Wenn Rußland die Geltendmachung eines Erfolges für sich für nötig hielte, so könne es mit gutem Grund auf die Tatsache hinweisen, daß es ihm gelungen, Ipek und Prisren, die beide an sich gewiß zu Albanien zu rechnen sind, seinen Freunden Serbien und Montenegro zugewendet zu haben.

Auf vorgeschlagene Kommission*** werde Graf Berchtold sich kaum einlassen können, weil nach seiner Ansicht bei der erregten Stimmung der einzelnen Stämme und Nationalitäten in fraglichen Gegenden ein ersprießliches Arbeiten der Kommission fast unmöglich, ihre persönliche Sicherheit sogar gefährdet sein würde, was leicht weitere bedenkliche Komplikationen zur Folge haben könnte.

Graf Mensdorff hat bereits entsprechende Instruktion erhalten.

Tschirschky

---

* Durch Telegramm Nr. 56 vom 7. Februar war das Londoner Telegramm Nr. 68 (siehe Nr. 12799) nach Wien mitgeteilt worden.
** Siehe Kap. CCLXVIII, Nr. 12780.
*** Vgl. Nr. 12799.

Nr. 12814

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Pera, den 9. Februar 1913
Ganz geheim

Der Großwesir brachte mir soeben ein Telegramm Tewfik Paschas, nach welchem letzterer ohne amtlichen Auftrag Sir A. Nicolson und durch diesen Sir E. Grey befragt hat, ob nicht die Mächte als Mandatare der Türkei auf der Basis der letzten Note der Pforte mit den Balkanstaaten die Friedensbedingungen vereinbaren könnten. Englischerseits sei zustimmend geantwortet und zur Eile geraten worden. Auch einige Botschafter, darunter Fürst Lichnowsky, ständen der Anregung sympathisch gegenüber*. Er — Mahmud Schewket Pascha — wolle den Ministerrat nicht mit der Sache befassen, bevor er meine Meinung gehört habe. Ich erwiderte, der Gedanke Tewfik Paschas erschiene mir außerordentlich glücklich. Ich selbst hätte die Absicht gehabt, nach dem Fall von Adrianopel meine Regierung auf die Opportunität einer derartigen Lösung hinzuweisen. Großwesir fragte mich darauf, ob ich für sicher halte, daß dabei Adrianopel für die Türkei gerettet werde. Wenn Adrianopel verloren gehe, sei es zwecklos zu verhandeln. Ich drang darauf in Mahmud Schewket Pascha, doch wenigstens bezüglich Grenzlinie noch einige Konzessionen zu machen, auf welche die türkenfreundlichen Mächte sich berufen könnten, wenn sie für ein türkisches Adrianopel einträten. Großwesir sagte schließlich, daß zur militärischen Verteidigung Konstantinopels äußerstenfalls eine Grenzlinie genügen würde, welche von Enos bis zur Ergenemündung und von da über Lüle-Burgas längs des Flusses Monastir bis Ajos Stephanos führe. Die Altstadt von Adrianopel müsse als türkische Enklave bestehen bleiben. Das türkische Volk würde eine derartige Modifizierung seiner bisherigen Forderungen nur dann akzeptieren, wenn der Vorschlag dazu von Deutschland ausgehe, der einzigen Großmacht, welche der Türkei treugeblieben sei. Er bitte mich, Euerer Exzellenz Weisung zu erbitten, ob Deutschland geneigt wäre, zu dem geeigneten Zeitpunkt in London mit dem gedachten Vermittlungsvorschlag hervorzutreten. Die Verabredung müsse natürlich streng geheim bleiben. Hier werde niemand, nicht einmal einer seiner

* Befragt, wie sich dies verhalte, meldete Fürst Lichnowsky am 11. Februar (Nr. 73): „Gelegentlich der letzten Cour sagte mir Tewfik Pascha, die Mächte sollten doch die Regelung des Streites in die Hand nehmen. Ich erwiderte, daß dies kaum möglich sei, solange die Frage Adrianopel nicht gelöst wäre; er drängte aber weiter, so daß es mir und einigen meiner Kollegen, denen gegenüber er sich ähnlich aussprach, beinahe schien, als wolle er über den Kopf seiner Regierung hinweg die Abtretung Adrianopels anregen. Hierauf ist bisher nichts weiter erfolgt, so daß ich annehme, er wollte nur die Vermittlung der Mächte anrufen auf Grund der letzten türkischen Note. Ermutigung hierzu ist von mir aber jedenfalls nicht ausgegangen."

Kollegen und kein anderer Botschafter etwas erfahren vom Übereinkommen. Offiziell werde er auf dem Standpunkt der türkischen Antwortnote stehen bleiben und auch in diesem Sinne noch heute mit den hiesigen Botschaftern sprechen.

Wangenheim

Nr. 12815

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 49 Berlin, den 10. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 75*.

Zunächst zur persönlichen Orientierung:

Bulgarien besteht, nachdem Feindseligkeiten wieder aufgenommen auf Besitz ganz Adrianopels und würde hiervon nur abgehen, wenn Türkei Entsetzung der Stadt gelingt, was bei mangelnder türkischer Offensivkraft ausgeschlossen erscheint. Andererseits ist zu befürchten, daß Balkanstaaten bei längerer Fortdauer Krieges Ansprüche nur noch verschärfen. Insbesondere droht Forderung Kriegsentschädigung, die von Mächten bisher mit Erfolg bekämpft wurde, deren Durchsetzung aber bei weiteren Opfern der Verbündeten schwerlich gehindert werden könnte. Vermittelungsvorschlag Großwesirs hiernach aussichtslos. Im eigensten Interesse der Türkei wäre zu wünschen, daß baldigst entweder Adrianopel fällt oder Pforte freiwillig darauf verzichtet.

Ob und inwieweit Ew. pp. vorstehendes bei Großwesir verwerten wollen, bleibt Ihrem Ermessen überlassen.

Jagow

Nr. 12816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 168 Berlin, den 10. Februar 1913

Nach den Berichten aus Rom** spricht Marquis di San Giuliano dem österreichischen Projekt der Abgrenzung Albaniens vom geographischen Standpunkt die Begründung nicht ab und ist daher in loyaler Ausführung der übernommenen Verpflichtungen bereit, dasselbe in London zu unterstützen. Freilich, hat er geäußert, müsse man der Geographie aus politischen Gründen manchmal einen coup de canif geben. Der Minister

* Siehe Nr. 12814.

** Vgl. Nr. 12798.

wünscht aber, auf einen früheren Vorschlag zurückkommend, vor allen Dingen Montenegro für Skutari eine finanzielle Entschädigung zu gewähren. Ihn dürften dabei zwei Gesichtspunkte leiten: 1. durch Befriedigung der montenegrinischen Ansprüche die Erregung der dortigen Bevölkerung zu beschwichtigen und einem Sturz der Dynastie vorzubeugen, welcher — von den verwandtschaftlichen Beziehungen völlig abgesehen — für Italien, und meines Erachtens auch für Österreich-Ungarn, von den schwerwiegendsten Folgen sein würde. Denn nach der Entthronung der Petrovitsch Njegosch dürfte eine Vereinigung Montenegros mit Serbien über kurz oder lang kaum vermeidlich sein. Daß aber bei einer Nichtbefriedigung Montenegros dort ernste Gefahren für die Dynastie bestehen, wird uns durch alle unsere Nachrichten bestätigt. (Ob nach dem Tode des Königs Nikolaus nicht doch eine Vertreibung seiner Erben stattfindet, dürfte eine cura posterior sein.) 2. würde bei einer Nichtbefriedigung der montenegrinischen Wünsche die Gärung dort andauern und bei dem kriegerischen Volk der Schwarzen Berge bald in Raubzügen in die benachbarten Gebiete Albaniens zum Ausbruch kommen. Dieses würde nicht nur für die Konsolidierung des neu zu kreierenden albanischen Staates verderblich sein, sondern auch für die Mächte zu einer Quelle immer neuer Verlegenheiten werden. Der Vorschlag des Marquis di San Giuliano betreffend eine Geldentschädigung für den Verzicht auf das heißbegehrte Skutari erscheint mir daher sehr beherzigenswert.

Bei seinem Besuche in Berlin* ist der italienische Minister für ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn gegen die serbischen Aspirationen und für die Schaffung eines unabhängigen Albaniens gewonnen worden. Da wir keinerlei eigene Interessen am Adriatischen Meere haben, haben wir uns für diese Politik lediglich im Interesse des Dreibunds eingesetzt, das heißt um durch eine neutrale Lösung der albanischen Frage die Entstehung von ernsten Reibungen und Interessengegensätzen zwischen unseren beiden Verbündeten zu vermeiden, die zu einer Sprengung des Bündnisses hätten führen können, und um das von Österreich-Ungarn nicht gewünschte Vordringen Serbiens zur Adria zu verhindern. Man kann sich aber darüber keiner Täuschung hingeben, daß die von der italienischen Regierung eingeschlagene Politik im Lande nicht populär ist. Sie war überhaupt nur möglich durch die absolute Autorität, welche Herr Giolitti zurzeit im Lande genießt. Und selbst dieser hat sich nur zögernd entschlossen, der von dem Minister des Äußern in Berlin eingegangenen Verpflichtung beizustimmen. Es bedurfte eines Machtwortes von ihm, um die Presse von ihrer anfänglichen proserbischen Haltung abzubringen. Ich glaube, daß unsere Vorstellungen nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, den Ministerpräsidenten im Interesse der Erhaltung des Dreibundes zu dieser Stellungnahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung Italiens

* Gemeint ist der Besuch, den Marquis di San Giuliano am 5./6. November in Berlin abgestattet hatte. Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXIV, Nr. 12327, S. 281, Fußnote.

vertrat den Standpunkt, daß das Visconti-Goluchowskische Abkommen nur für den Fall einer Aufteilung der türkischen Balkanländer unter Österreich und Italien geschlossen sei, sich aber nicht gegen eine serbische Besitznahme Albaniens richte. Selbst der greise Marquis Visconti hat, wie ich vertraulich gehört habe, geäußert, das Abkommen habe nur einen prophylaktischen Zweck gehabt.

Wenn nun die Politik des Zusammengehens mit Österreich-Ungarn in der albanesischen Frage nicht zur Erhaltung des Friedens, sondern zu Erschütterungen in Montenegro führen sollte, so ist es mir keine Frage, daß die Sympathien der öffentlichen Meinung Italiens für die Balkanvölker wieder die Oberhand gewinnen und die Regierung zu einer Änderung ihrer Richtlinie zwingen würden, daß also gerade das Gegenteil des Gewollten (die Festigung des Dreibunds) erreicht würde.

Dem an sich naheliegenden Bedenken, daß Montenegro die bewilligten Geldmittel zu Kriegszwecken verwenden könnte, ließe sich meines Erachtens dadurch vorbeugen, daß die finanzielle Entschädigung vinkuliert, bezw. nur für einen bestimmten Zweck, zum Beispiel die Bojanaregulierung gezahlt würde. Geldmittel zu Kriegszwecken würde Montenegro gegebenenfalls voraussichtlich auch von Rußland erhalten.

Sollte Skutari, wie es den Anschein hat, demnächst fallen und eine Entscheidung in der Botschafterkonferenz noch nicht getroffen sein, so würde sich die Lage natürlich erheblich komplizieren und die Durchsetzung der österreichischen Wünsche hinsichtlich der Stadt immer größere Schwierigkeiten bereiten.

Euere Exzellenz wollen vorstehendes dem Grafen Berchtold gegenüber verwerten und, wenn Sie es für angezeigt halten, ihm den Erlaß vorlesen oder eine Abschrift desselben überlassen.

Jagow

Nr. 12817

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 — London, den 9. Februar 1913 [pr. 10. Februar]

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 79*.

Zustimmung meines russischen Kollegen zu letztem österreichischen Vorschlag, der im wesentlichen nichts anderes enthielt, als was uns allen schon bekannt war, wäre unter keinen Umständen zu haben gewesen. Außer einigen Dörfern an der montenegrinischen Grenze ist Österreich

* Siehe Nr. 12803.

russischen Wünschen nicht weiter entgegengekommen. Graf Benckendorff erklärt, noch ohne genaue Kenntnis russischer Ansprüche zu sein, läßt aber durchblicken, daß Rußland nur dann auf Skutari verzichten könne, wenn erheblichere Berichtigungen in Ebene von Skutari gemacht und Diakowa abgetreten würde.

Daß gegenwärtiger angeblich äußerster österreichischer Vorschlag nicht genügen würde, hat auch Sir E. Grey betont, sein Vorschlag auf Entsendung einer internationalen Kommission* beruht auf dieser Erkenntnis. In der letzten Botschafterversammlung hat der Minister auch ausdrücklich gesagt, daß er sich mit diesem Kompromiß nicht identifizieren könne und es mir daher allein überlassen müsse, es zu vertreten. Graf Mensdorff erklärte auch sofort, daß mein Vorschlag die äußerste Grenze österreichischer Zugeständnisse bedeute. Auf Wunsch des Grafen Benckendorff aber, der hierin etwas Verletzendes für seine Regierung sah, wurde diese Erklärung nicht in das Protokoll aufgenommen.

Übrigens weiß man in Wien ebenso genau wie hier, daß diese Vorschläge keine Aussicht hatten zu genügen. Von ernsthafter Voraussetzung unveränderter Annahme konnte also nie die Rede sein. Eine dahingehende Behauptung beruht auf Verdrehung der Tatsachen.

Ich habe immer hervorgehoben, daß ich auf dieser Grundlage eine Einigung nicht gewärtige und ernstliche Schwierigkeiten befürchte, falls es den Russen nicht gelingt, auf einem anderen Gebiet verblüffende Erfolge zu verzeichnen.

Lichnowsky

Nr. 12818

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen von Berchtold

Privatbrief. Unsigniertes Konzept

Berlin, den 10. Februar 1913

Euere Exzellenz bitte ich, meinen verbindlichsten Dank für die überaus interessanten Aufschlüsse über die Mission des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg entgegennehmen zu wollen, die Sie die Güte hatten, mir in dem Schreiben vom 5. d. Mts.** zu geben. Seiner Majestät dem Kaiser meinem allergnädigsten Herrn habe ich entsprechende Meldung erstattet.

Daß in letzter Zeit eine gewisse Nervosität, um nicht zu sagen Gereiztheit an einflußreichen und maßgebenden Stellen Rußlands und nicht zuletzt am Hofe Platz gegriffen, haben auch wir wiederholt zu beobachten

* Vgl. Nr. 12799.
** Siehe Nr. 12792.

Gelegenheit gehabt. Ich würde es mit großer Genugtuung begrüßen, wenn die Entsendung des Prinzen Hohenlohe die Wirkung hätte, dort zu beruhigen. Indessen wird meines Erachtens nicht übersehen werden dürfen, daß, wenn es auch dem Prinzen Hohenlohe dank des persönlichen Vertrauensverhältnisses, in dem er zum Zaren steht, gelungen sein sollte, höchstdenselben zu einer ruhigeren Auffassung der Lage zu gewinnen, die Gefahren, die der gegenwärtige Moment ganz zweifellos in sich birgt, noch nicht endgültig beseitigt sind. Ich möchte daran erinnern, daß stärkere russische Herrscher als Nikolaus II. es nicht vermocht haben, den auf sie eindringenden panslawistischen Strömungen auf die Dauer Widerstand zu leisten, und es fällt mir schwer, daran zu glauben, daß die bei dieser Gelegenheit gespendete eau bénite de cour genügen sollte, um den bekannten Mangel an Willensstärke des Zaren auszugleichen.

Wie ich die Lage in Rußland auf Grund von Informationen beurteile, die ich für zuverlässig zu halten Anlaß habe, ist aber mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß die Kräfte, die hinter der panslawistischen Hetze stehen, die Oberhand gewinnen werden, wenn Österreich-Ungarn in einen Konflikt mit Serbien hineintreiben sollte. Daran würde auch ein größeres oder geringeres Verständnis für die Gesichtspunkte voraussichtlich nichts ändern, die in einem solchenFalle für das Vorgehen der k. und k. Regierung maßgebend sein würden. Auch muß man bei objektiver Prüfung zu dem Ergebnis kommen, daß es für Rußland bei seinen traditionellen Beziehungen zu den Balkanstaaten beinahe unmöglich ist, ohne einen ungeheuren Verlust an Prestige einem militärischen Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien tatenlos zuzusehen. Die Vertreter einer friedlichen Richtung, die wir in den Herren Kokowzow und Sasonow zweifellos erblicken dürfen, würden von dem Sturm der öffentlichen Meinung einfach fortgeweht werden, falls sie versuchen sollten, sich ihm entgegenzustellen. Die Folgen eines russischen Eingreifens liegen aber offen zutage. Sie würden auf einen kriegerischen Konflikt des — von Italien voraussichtlich nicht mit großem Enthusiasmus unterstützten — Dreibundes gegen die Mächte der Tripelentente hinauslaufen, bei dem Deutschland das ganze Schwergewicht des französischen und englischen Angriffs zu tragen hätte. Euere Exzellenz werden es verstehen, daß diese Perspektive es mir zur Pflicht macht, an Euere Exzellenz die Bitte zu richten, mich über die Wege gütigst unterrichten zu wollen, die die Politik der k. und k. Regierung im weiteren Verlauf dieser Krisis zu gehen beabsichtigt. Ich möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf ein Symptom hinzuweisen, das meines Dafürhaltens die allerernsteste Beachtung verdient: Ich meine die Haltung der englischen Politik in der letzten Zeit. Während der Annexionskrisis stand England als treibendes Element hinter Rußland und verfolgte eine Prestigepolitik, die einen friedlichen Ausgleich damals auf das äußerste erschwerte. Heute bildet England ein vermittelndes Element, durch welches wir immer wieder vermocht haben, einen beruhigenden und hemmenden Einfluß auf Rußland auszuüben. Ich möchte das gegenüber den Stimmen

betonen, die, wie ich weiß, laut geworden sind und unserem Streben, die enge Fühlungnahme mit England nicht zu verlieren, egoistische Motive unterschieben. Die englische Haltung gesellt sich den mancherlei Anzeichen zu, die darauf hindeuten, daß die Ententepolitik ihren Höhepunkt überschritten hat, und daß wir einer Neuorientierung der englischen Politik entgegensehen dürfen, wenn es uns gelingt, ohne Konflikte aus der gegenwärtigen Krisis herauszukommen. Es handelt sich natürlich um Entwickelungen, die sich in den ersten Anfängen befinden, und die einer gewissen Zeit bedürfen werden, um zu reifen. Eine gewaltsame Lösung aber — selbst wenn manche Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie auf eine solche hindrängen sollten — in einem Augenblick herbeizuführen, in dem sich uns eine wenn auch nur entfernte Aussicht eröffnet, den Konflikt unter für uns wesentlich günstigeren Bedingungen auszutragen, würde ich für einen Fehler von unermeßlicher Tragweite halten.

Herr von Jagow hätte sehr gewünscht, bald seinen Besuch in Wien machen und diese Fragen mit Euerer Exzellenz mündlich erörtern zu können. Die Notwendigkeit, sich in seine neuen Amtsgeschäfte einzuarbeiten, sowie parlamentarische Pflichten machen ihm aber im gegenwärtigen Augenblick eine Reise nach Wien zu seinem lebhaften Bedauern unmöglich. Er würde sich sehr freuen, wenn bei sich bietender Gelegenheit, und solange eine persönliche Zusammenkunft noch nicht ausführbar ist, in direkter Privatkorrespondenz ein Meinungsaustausch stattfinden könnte, der oft leichter zur Übereinstimmung führt als die Verdolmetschung amtlicher Erlasse durch die beiderseitigen Vertreter.

Nr. 12819

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 21 Berlin, den 10. Februar 1913

Kaiserlicher Gesandter Bukarest telegraphiert*:

„Ministerpräsident hat sich mit Zustimmung des Königs und Ministerrats angesichts bulgarischer Ausflüchte, die Rumänien nicht länger dulden könne, und Ernst der Lage an Prinz Fürstenberg mit Bitte gewandt, Österreich möge die rumänische Forderung Silistria-Baltcik, die, vertraulich gesprochen, eventuell auf Silistria-Kavarna ermäßigt werden könnte, zu der seinen machen. Ministerpräsident erwartet, daß Dreibund Rumänien in seiner Forderung unterstützt. Wenn Forderung nicht erfüllt werde, würden die Liberalen, die Krieg wünschen, unter Umständen Regierung stürzen können.

* Telegramm Nr. 32 vom 8. Februar und Telegramm Nr. 35 vom 9. Februar.

Prinz Fürstenberg hat bei Übermittlung rumänischer Bitte seiner Regierung vertraulich geraten, dahin zu wirken, daß Bulgarien alsbald Linie Silistria bis nahe Kavarna, vor oder hinter Kavarna, ohne Stadt Silistria, aber mit den umliegenden Höhen, anbietet. Er glaubt, wenn dies dieser Tage geschähe, König darauf eingehen und trotz kriegerischer und antidynastischer Strömung noch Macht genug besitzen würde, um Annahme Vorschlags durchzusetzen. Man würde dann einige Monate über König herziehen, vielleicht würde auch Herr Majorescu fallen und liberale Regierung kommen, aber man würde sich schließlich beruhigen. Ministerpräsident hat Prinzen Fürstenberg gesagt, Ersuchen an Österreich geschähe, um friedliche Lösung herbeizuführen. Verhandlungen in Sofia würden abgebrochen, falls sie nicht in kürzester Frist befriedigenden Abschluß fänden oder weitere Ausflüchte gebraucht würden. Rumänischer Gesandter Sofia ist angewiesen, schleunigst abzuschließen, jeder Tag verschlimmere Lage."

Ew. pp. wollen sich bei dortiger Regierung ebenso aussprechen wie Ihr österreichischer Kollege* und insbesondere auf Beschleunigung der Verhandlungen hinwirken.

Jagow

Nr. 12820

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 London, den 10. Februar 1913

Aus vertraulichen Äußerungen meines russischen Kollegen entnehme ich, daß seine Regierung sich, falls Österreich jede weitere Erörterung der albanischen Grenzfrage ablehnt und erklärt, keine ferneren Zugeständnisse machen zu können, in einer argen Verlegenheit befindet. Herr Sasonow möchte, wie Graf Benckendorff mir wiederholt versicherte, den Krieg — wenn irgend möglich — vermeiden, die ablehnende Haltung Österreichs bringe den Minister aber in eine höchst peinliche Lage, da er ohne demütigende Entsagung die letzten österreichischen Vorschläge nicht annehmen könne. Es sei auch bedenklich, die Angelegenheit auf das Gebiet der nationalen Würde hinüberzuspielen. Das geschehe aber, wenn man erkläre, es sei das letzte Wort gesprochen. Um Zeit zu gewinnen und vielleicht einen Ausweg zu finden, habe Sir E. Grey die internationale Unter-

* Vgl. die dem österreichischen Gesandten in Sofia Grafen Tarnowski unter dem 9. Februar erteilte Instruktion (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 150). Danach ließ Graf Berchtold der bulgarischen Regierung „tunlichste Beschleunigung der Verhandlungen" in einem den rumänischen Wünschen entgegenkommenden Sinne empfehlen.

suchungskommission vorgeschlagen. Dieser Gedanke sei zwar an und für sich wenig praktisch und aussichtsvoll, aber immerhin geeignet, über den toten Punkt hinwegzuhelfen.

Lichnowsky

Nr. 12821

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Paris, den 10. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 55.*

Trotz eindringlicher Vorstellungen konnte ich hier außer freundlicher Anerkennung unserer Bemühungen um Ausgleich bezüglich der Grenzen Albaniens noch keine bestimmte Erklärung erlangen. Paléologue sagt mir, Stellungnahme sei dadurch überaus erschwert, daß inzwischen österreichischer Botschafter hier in amtlicher Form und bestimmter Weise erklärt hat, fraglicher Vorschlag sei das letzte Wort seiner Regierung**. Hiesiges Kabinett ist hierauf mit Petersburger in Verbindung getreten, hat aber noch keine Antwort. Paléologue gibt vor, besorgt zu sein, daß nun auch Petersburger, das von Serbien heftig gedrängt wird, auf Diakowa zu bestehen, ein non possumus erklärt***, und daß alsdann Stillstand in den Londoner Verhandlungen eintritt, bis vielleicht Übergabe von Skutari neue Lage herbeiführt.

Schoen

Nr. 12822

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 87 Berlin, den 11. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 72†.

Angeblich peinliche Lage Rußlands wäre vermieden worden, wenn Ew. pp. Österreichs äußerste Zugeständnisse nicht vorzeitig vor Forum der

---

* Vgl. Nr. 12804, Fußnote *.

** Vgl. dazu das Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 10. Februar. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, III, 61.

*** Dabei war Frankreich bereits seit dem 7. Februar über die Intransigenz Serbiens bezüglich Diakowa unterrichtet. Am 8. Februar hatte Minister Jonnart den Botschafter P. Cambon angewiesen „de s'efforcer, d'accord avec ses collègues de la Triple Entente, de faire prévaloir le point de vue serbe en ce qui concerne les villes d'Ipek et de Diakova". Telegramm des französischen Gesandten in Belgrad an Jonnart, 7. Februar; Telegramm Jonnarts an P. Cambon, 8. Februar. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 68.

† Siehe Nr. 12820.

Botschafterversammlung gebracht, sondern zunächst zu internen Kompromißverhandlungen benutzt hätten. Das Vorgehen Ew. pp. hat in Wien verstimmt und die Lage erheblich verschärft. Wir können unserem Verbündeten, dessen Interessen als unmittelbarer Nachbar Montenegros und Serbiens und Anlieger der Adria offenkundig, nicht Unterordnung dieser Interessen unter Rußlands Wünsche zumuten, denen eine auf Sentimentalitäten zurückzuführende Prestigepolitik zugrunde liegt. Weiteres Zureden zur Nachgiebigkeit in Wien wäre erfolglos und ist um so mehr ausgeschlossen, als Italien, wie Ew. pp. bekannt, trotz seiner delikaten Lage gegenüber Montenegro österreichischen Standpunkt als berechtigt anerkennt und unterstützt. Das rein dilatorische Auskunftsmittel internationaler Untersuchungskommission, so gut es von Sir Edward Grey gemeint ist, dürfte schwerlich österreichische Zustimmung finden, da inzwischen Skutari fallen könnte, was Österreichs Position bedenklich verschlechtern würde.

Jagow

Nr. 12823

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 St. Petersburg, den 10. Februar 1913
[pr. 11. Februar]

Antwort auf Telegramme Nr. 48, 49*.

Herr Sasonow findet, daß deutscher Kompromißvorschlag, betreffend Abgrenzung Albaniens, in vielen Punkten Grundlage schafft, auf welcher Verständigung möglich erscheine. Minister will nächster Botschafterversammlung Gegenvorschlag vorlegen lassen. Annehmbar würde nach Ansicht des Herrn Sasonow Kompromiß für Rußland erst werden, wenn der ganze Skutarisee Montenegro, Diakowa und Dibra dagegen Serbien zugesprochen würden.

Pourtalès

Nr. 12824

Der Chef der Zentral-Abteilung des Großen Generalstabes der Armee Major von Fabeck an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Ausfertigung

Berlin, den 11. Februar 1913

Euerer Exzellenz beehre ich mich im Auftrage des Generalmajors und Oberquartiermeisters Grafen von Waldersee beifolgenden Entwurf

* Siehe Nr. 12804 nebst Fußnote **.

eines Schreibens des Herrn Chefs des Generalstabes der Armee an den Herrn Chef des k. und k. österreichisch-ungarischen Generalstabes* mit der Bitte um sehr gefällige Rücksendung ganz ergebenst zu übersenden.

von Fabeck
Major

Anlage**

Abschrift

Geheim Berlin, den 10. Februar 1913

pp. Als die ersten Spannungsmomente zwischen Österreich und Serbien eintraten, hatte die Monarchie infolge des provokatorischen Verhaltens Serbiens zweifellos die Sympathien aller Großmächte — mit Ausnahme Rußlands — auf ihrer Seite. Jedermann würde es verstanden haben, wenn Österreich die Besetzung des Sandschaks als casus belli ausgesprochen haben würde, ebenso wie jedermann es verstand, daß Österreich das Entstehen eines serbischen Kriegshafens an der Adria nicht dulden konnte ohne Preisgabe vitalster Interessen. Nachdem dann Serbien in der Hafenfrage nachgegeben und auch die Angelegenheit Prochaska in einer für die Monarchie Genugtuung bietenden Weise ausgeglichen war, befestigte sich, besonders auch in Deutschland, die Ansicht, daß die berechtigten und von Österreich selbst formulierten Forderungen und damit der österreichisch-serbische Streitpunkt erledigt seien. Man erwartete nun allgemein, daß der Vorschlag Rußlands zu gleichzeitiger Demobilisierung eine Entspannung der politischen Lage herbeiführen werde, deren schädigende Einwirkung auf das gesamte Erwerbsleben sich auch in Deutschland in empfind-

---

* Siehe Anlage.

** Der dem Staatssekretär von Jagow mitgeteilte Entwurf des Moltkeschen Schreibens ist nur ein Auszug. Der vollständige Text des Schreibens ist veröffentlicht in Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit III, 144ff. Ebendort S. 147ff. die Conradsche Antwort vom 15. Februar und ein Bericht des österreichischen Militärattachés in Berlin Majors Freiherrn von Bienerth vom 19. Februar über die Aufnahme, die das Schreiben des österreichischen Generalstabschefs bei dessen deutschen Kollegen gefunden hatte. Danach betonte General von Moltke auch gegenüber dem österreichischen Militärattaché: „Der Beginn eines Weltkrieges sei wohl zu überlegen." Die gleiche dem Kriege abgewandte Stimmung wollte Bienerth bei dem deutschen Kaiser konstatieren, der dem Grafen Szögyényi unlängst gesagt habe, es würde schwer sein, dem deutschen Volke die Notwendigkeit eines Krieges begreiflich zu machen, denn die Frage von ‚Durazzo' werde nicht verstanden werden. Wegen ein paar albanesischer Städte solle man es daher nicht zum Äußersten treiben. General Conrad vermochte angesichts dieser Nachrichten aus Berlin seine tiefe Enttäuschung nicht zu unterdrücken, noch am 10. März klagte er gegenüber dem Grafen Kageneck, Deutschland sei das retardierende Prinzip; nicht nur das Verhalten des Kaisers, sondern auch der Brief Moltkes erwecke das Gefühl, daß man der abwartende, der defensive Teil bleiben wolle. Feldmarschall Conrad, a. a. O., III, 167.

licher Weise je länger desto mehr fühlbar macht. Diese Erwartung wurde enttäuscht.

Euere Exzellenz wissen, daß ein Krieg, in dem es sich um die Existenz des Staates handelt, der opferwilligen Zustimmung und der Begeisterung des Volkes bedarf. Das Gefühl der Bundestreue Österreich gegenüber ist in Deutschland stark und lebendig, es würde zweifellos in elementarer Weise zum Ausdruck kommen, wenn die Existenz Österreichs durch einen russischen Angriff bedroht werden sollte. Es würde aber schwierig sein, eine wirkungsvolle Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke ein Verständnis nicht vorhanden wäre.

Das aus gemeinsamen Begehrlichkeitsinteressen entstandene Bündnis der Balkanstaaten trägt, wie mir scheint, den Keim der Zwietracht in sich, die ausbrechen wird, sobald der Friede mit der Türkei erzwungen ist und es an die Verteilung der Beute gehen wird. Hier scheint sich mir eine glückliche Aussicht für ein Zusammengehen Österreichs mit Bulgarien zu eröffnen. Gelingt es hier, gemeinsame Interessen wachzurufen, so würde Rußland in die Lage gebracht, zwischen Bulgarien und Serbien wählen zu müssen. Ich glaube, daß in Bulgarien starke Neigung vorhanden ist, sich aus dem Verhältnis eines russischen Satrapenstaates frei zu machen. Stehen aber Bulgarien und Serbien sich feindlich gegenüber, so würde Österreich volle Aktionsfreiheit gegen Rußland haben.

Diese Aussicht verdient meiner Meinung nach wohl die Überlegung, ob ein Vorgehen Österreichs gegen Serbien anzuraten sein würde, solange der Balkanbund noch festgeschlossen dasteht.

Sehr zu bedauern ist der Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien. Wenn dieser in einer beide Teile befriedigenden Weise beigelegt werden könnte, würde es für uns alle von Vorteil sein.

Euere Exzellenz werden diese Ausführungen mit einigem Erstaunen lesen. Sie gehören eigentlich nicht in die Korrespondenz zwischen zwei rein militärischen Stellen. Ich bin auch kein Politiker, aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Euerer Exzellenz und mir geben mir den Mut, mich Euerer Exzellenz gegenüber auch über diese Dinge vertrauensvoll und privatim auszusprechen. Politik und Kriegführung stehen doch in inniger Wechselbeziehung. Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slawen ausgehen. Wer diesen Kampf kommen sieht, der wird sich klar darüber sein, daß für ihn nötig ist: die Zusammenfassung aller Kräfte, die Ausnutzung aller Chancen, vor allem aber das volle Verständnis der Völker für die weltgeschichtliche Entscheidung.

(gez.) v. Moltke

Nr. 12825

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 London, den 11. Februar 1913
[pr. 12. Februar]

Bei der heutigen Sitzung legte Sir E. Grey uns eine Mitteilung vor, die Tewfik Pascha ihm übergeben hatte*:

„Le Conseil des Ministres approuve la suggestion de Votre Altesse. Nous la prions en conséquence de vouloir bien voir Sir Edouard Grey et lui dire que le Gouvernement Impérial désire de prouver encore une fois à l'Europe ses dispositions pacifiques ainsi que son esprit de conciliation et animé du réel désir de prévenir une nouvelle effusion de sang et dissiper toute crainte de complication, a décidé de confier aux Grandes Puissances le mandat de fixer les conditions de la paix sur la base expresse des propositions contenues dans notre note responsive“[1].

Der Minister hat dem türkischen Botschafter erwidert, daß der Schlußsatz seiner Mitteilung den übrigen Inhalt hinfällig und es ihm unmöglich mache, die gewünschten Schritte einzuleiten. Hierauf hat Tewfik Pascha eine ausweichende Antwort gegeben, aus welcher zu entnehmen war, daß er persönlich auch bereit wäre, den gedachten Hinweis fallen zu lassen, sich also auf den Boden der Note der Mächte zu stellen. Mit Rücksicht auf die Doppelzüngigkeit und die üblichen Winkelzüge der türkischen Diplomaten überwog der Eindruck, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Konstantinopel der Wunsch nach Frieden vielleicht doch alle übrigen Gesichtspunkte überwiege[2] und die Pforte bereit wäre, sich auf den Boden der Note zu stellen, falls im übrigen ihr günstige Bedingungen gemacht würden. Auf Vorschlag Sir E. Greys wurde sodann die nachstehende Antwort vereinbart, welche nach eingeholter Zustimmung der betreffenden Regierungen[3] als Antwort an Tewfik Pascha durch Vermittelung Sir E. Greys übermittelt werden sollte:

„Les Puissances ne feront rien que sur la base de leur note collective. Si la Porte accepte les avis contenus dans cette note, les Puissances se mettront en communication avec les alliés dans le but d'arriver à la paix[4].“

Ich erklärte mich bereit, diesem Wortlaut sofort zuzustimmen, da er den Auffassungen Euerer Exzellenz entspricht**, und benutzte die Gelegenheit, um für den Fall der Annahme seitens der Pforte auf Erleichterungen namentlich hinsichtlich Kriegsentschädigung hinzuweisen.

---

* Vgl. Nr. 12814.

** Durch Telegramm Nr. 92 vom 12. Februar erklärte sich Staatssekretär von Jagow mit der zustimmenden Erklärung Fürst Lichnowskys einverstanden, obwohl die kaiserlichen Randbemerkungen nicht auf eine Billigung der von den Botschaftern vereinbarten Note hinausliefen. Vgl. auch Nr. 12837.

Verhandlung über Albanien wurde auf nächste Sitzung verschoben, da Graf Benckendorff, welcher inzwischen Weisungen erhalten hatte, dieselben erst mit Sir E. Grey besprechen wollte.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag. Sir E. Grey verreist nachher bis 20. und wiederum vom 22. bis 2.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unter keinen Umständen! alles was passirt und nicht gefällt wird uns in die Schuhe geschoben! Erst mit Bulgarien feste Abmachungen machen!

[2] ?

[3] ich bin nicht gefragt worden!

[4] mit anderen Worten, in den Augen der Türken nehmen wir ihnen Adrianopel das sie gehalten haben und geben es den Bulgaren, die es nicht haben erobern können. Werden uns die Türken niemals verzeihen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die feige Türk[ische] Regierung will ja nur die Schuld für den Verlust von Adrianopel und die schlechten Bedingungen auf die Großmächte abwälzen. Ich warne davor, sich schon jetzt auf sowas einzulassen, ehe nicht die beiden Paukanten untereinander zum Abschluß gekommen sind! Ich bin gegen diesen Schritt!

Nr. 12826

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 London, den 11. Februar 1913
[pr. 12. Februar]

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 87*.

Ich kann nur wiederholen, daß ich nichts vorgebracht habe, was nicht im wesentlichen schon längst als der österreichische Standpunkt bekannt und wiederholt von Sir E. Grey und Graf Benckendorff als ungenügend bezeichnet gewesen wäre. Im übrigen bin ich im engsten Einvernehmen mit Graf Mensdorff vorgegangen, an dem es doch in erster Linie gewesen wäre, gegen angeblich vorzeitige Einbringung vor das Forum der Botschafterversammlung Einspruch zu erheben. Das hat derselbe mit keinem Wort getan. Man erwartet demnach von mir, daß ich österreichischer bin wie der österreichische Vertreter. Das Bestreben, aus mir den Sündenbock zu machen, ist um so bemerkenswerter, als nach Telegramm Nr. 84** Baron Macchio Herrn von Tschirschky gegenüber seine Genugtuung zu erkennen gab über Vertretung österreichischen Standpunkts durch Fürst

---

* Siehe Nr. 12822.

** Durch Telegramm Nr. 84 vom 10. Februar war das Wiener Telegramm Nr. 41 (siehe Nr. 12813) nach London mitgeteilt worden.

Lichnowsky und Graf Mensdorff mir noch am Abend der Sitzung erklärte, er habe in Wien besonders auf die Wärme hingewiesen, mit der ich die österreichischen Interessen vertreten hätte, „damit man dort nicht auf Dich schimpfe," wie er hinzufügte.

Was den italienischen Standpunkt betrifft, so hat mir Marquis Imperiali, der vertrauliche Beziehungen zu Marquis di San Giuliano zu unterhalten scheint, wiederholt erklärt, daß letzterer zwar die Berechtigung österreichischer Ansprüche anerkenne, aber mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß es sich nicht lohne, einen Krieg wegen Diakowa zu führen.

Lichnowsky

Nr. 12827

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 54 Berlin, den 12. Februar 1913

Zur Information.

Sir Edward Grey hat gestriger Botschafterversammlung mitgeteilt, daß Pforte durch Tewfik Pascha angeregt habe, Großmächte sollten Friedensbedingungen auf Basis türkischer Antwortnote feststellen*. Auf Greys Antwort, daß Einleitung gewünschter Schritte auf dieser Grundlage unmöglich, habe türkischer Botschafter angedeutet, er persönlich sei auch bereit, sich auf Boden Kollektivnote zu stellen. Botschafterversammlung hat nachstehende Antwort beschlossen, der wir zustimmen:

„Les Puissances ne feront rien que sur la base de leur note collective. Si la Porte accepte les avis contenus dans cette note, les Puissances se mettront en communication avec les alliés dans le but d'arriver à la paix."

Jagow

Nr. 12828

Der Gesandte in Athen Graf von Quadt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 29 Athen, den 7. Februar 1913
[pr. 12. Februar]

pp.** Herr Koromilas kam im Laufe unserer Unterredung auch wieder darauf zu sprechen, daß mit Rücksicht auf das Nationalitätenprinzip

* Vgl. Nr. 12814, 12825.

** Die hier ausgelassenen Teile des Quadtschen Berichts geben Äußerungen des griechischen Außenministers Koromilas zu der Frage wieder, ob und welche Verhandlungen zwischen Griechenland und Bulgarien vor dem Wiederausbruch der Feindseligkeiten stattgefunden hätten.

die ägäischen Inseln unbedingt an Griechenland fallen müßten. Ich erwiderte dem Minister, nach meiner persönlichen Auffassung hielte ich die Anwendung des Nationalitätenprinzips für sehr gefährlich. Bekanntlich sei beinahe die ganze kleinasiatische Küste von Griechen bewohnt, und fange man erst mit der Anwendung des Nationalitätenprinzipes an, so könne man nicht wissen, wo dasselbe aufhören würde. Der Minister sagte, nicht nur die kleinasiatische Küste sei von Griechen bewohnt, sondern bis auf 100 km ins Innere Kleinasiens hinein sei alles griechisch. Es wäre aber im Interesse aller gelegen, daß auch alle diese Länderstrecken mit der Zeit griechisch würden. Auf meinen Einwurf, wohin sich denn dann die Türken zurückziehen sollten, erwiderte Herr Koromilas, er sehe nicht die Notwendigkeit ein, daß die Türken überhaupt weiter existierten. Der Gedanke, daß Griechenland sein Augenmerk auf die Erwerbung Kleinasiens nach dem Kriege richten müsse, ist, wie ich bereits die Ehre zu melden hatte, schon vor längerer Zeit in der hiesigen Presse aufgetaucht. Es war damals gesagt worden, wie dieser Krieg beendigt sei, müsse Griechenland alle jene Gebiete in Kleinasien in seinen Besitz zu bringen bedacht sein, welche von Griechen bewohnt würden.

A. Quadt

Nr. 12829

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Bukarest, den 11. Februar 1913
Geheim [pr. 12. Februar]

Ministerpräsident hat österreichischem Gesandten gestern erklärt, König lasse bitten, Ratifikation Geheimvertrages* aufzuschieben, da Ministerkrise in Aussicht und er nicht wünsche, daß Verträge von verschiedenen Ministern unterschrieben würden. Chef der Liberalen Bratianu würde sein Nachfolger werden. Prinz Fürstenberg sagt, nachdem Ministerpräsident früher erklärt, daß Bratianu andere Orientierung auswärtiger Politik verfolge, müsse geschlossen werden, daß dies erster Schritt zur Rückgängigmachung Vertrags sei. Er hat Ministerpräsident geantwortet, seine Erklärung würde in Wien traurigsten Eindruck machen, der für Rumänien nachteiligste Folgen haben könnte; hat sich geweigert, Sache zu akzeptieren, und Audienz verlangt, um aus Mund Königs selbst Erklärungen zu erhalten. Audienz heute abend. Ministerpräsident be-

* Am 5. Februar war der Vertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien über die Erneuerung des Bündnisses vom Jahre 1892 abgeschlossen worden. Die Akzession Deutschlands erfolgte am 26. Februar, diejenige Italiens am 5. März. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Anhang B, sowie A. Fr. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 107ff.

gründete Ministerkrise mit Stärkerwerden Kriegspartei, hat auf Frage, was man eigentlich bezwecke, geantwortet, Österreich-Ungarn solle sich schriftlich verpflichten, keine definitive Regelung Balkanfrage anzunehmen, ohne daß Silistria-Kavarna oder doch Silistria-Kali-Akra rumänisch werde.*

Waldthausen

Nr. 12830

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 Bukarest, den 11. Februar 1913
[pr. 12. Februar]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 37**.

Herr Carp, früherer Chef konservativer Partei, redet offen für Krieg, hat Grafen Waldburg gesagt, wenn Österreich Rumänien nicht unterstütze, müsse letzteres Anschluß an Rußland suchen, und könnte statt Dobrudscha Kompensation in Siebenbürgen in Frage kommen. Vorgestern kriegerische Volksversammlung der Kulturliga mit kriegerischer Demonstration vor königlichem Palais.

In Erwiderung auf Ersuchen, rumänische Forderung zu seiniger zu machen, hat Wien geraten zu temporisieren, nicht zu überstürzen, da jetziger Moment der ungünstigste zur Intervention in Bulgarien sei, doch würde Österreich von neuem auf Silistria bestehen.

Herr Bratianu, welchen ich heute sprach, sieht Lage sehr ernst an, erklärt, es handele sich nicht um Silistria oder seine Höhen, sondern um

* Vgl. auch das Schreiben des Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf an Graf Berchtold vom 14. Februar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit III, 140f.): „Meine Informationen über Rumänien ergeben, daß dort die auf gänzliche Befriedigung der seitens Rumäniens an Bulgarien gestellten Forderungen, also auch auf Abtretung der Stadt Silistria abzielende Richtung auch den König ergriffen hat, der nun unbedingt auf deren Realisierung besteht und von uns erwartet, daß wir klipp und klar aussprechen, eine Neuregelung der Machtverhältnisse auf dem Balkan solange nicht anzuerkennen, bis die Kompensationswünsche Rumäniens in toto befriedigt sind; das heißt: wir sollen die rumänische Angelegenheit mit der gleichen Schärfe (ich setze dieselbe nämlich als zweifellos voraus), wie wir die serbischen Aspirationen auf die Adria bekämpft haben, vertreten. — Würde die Monarchie diese Haltung nicht einnehmen, dann ist die Verlängerung des bestehenden Vertrages mit Rumänien in Frage gestellt; was dies aber für das Kräfteverhältnis im Falle einer Komplikation mit Rußland, die uns trotz aller unserer Friedensliebe und Nachgiebigkeit schließlich doch aufgezwängt werden kann, bedeutet, habe ich mir schon des öfteren darzulegen erlaubt. — Ich bin daher der Ansicht, daß wir klar und offen rückhaltlos auf der Seite Rumäniens stehen und dies entschieden deklarieren und dokumentieren müssen, sonst wird schließlich niemand unseren Freundschaftsversicherungen glauben."

** Siehe Nr. 12829.

Prestige Rumäniens. Österreich müsse rumänische Forderung zur seinigen machen und auftreten wie bei Frage adriatischen Hafens und Annexion Bosniens und der Herzegowina*. Deutschland müsse Österreich dazu veranlassen, ferner müsse erst Rumänien freundlich und dann Dreibund in Petersburg sprechen. Man müsse nie Anschein erwecken, als ob man Krieg fürchte. Rußland, das kein zu starkes Bulgarien wünsche und innere Schwierigkeiten habe, würde nicht zum Kriege schreiten, England wegen seiner Muhamedaner, des Wachstums der Slawen und seiner inneren Verhältnisse keinen Krieg wünschen. Werde Rumäniens Prestige jetzt nicht mit Hilfe Dreibunds gewahrt, so wäre Ansehen Dreibunds im Orient erschüttert und würde in Rumänien andere Orientierung Politik verlangt werden.

Waldthausen

Nr. 12831

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 40 Berlin, den 12. Februar 1913

Antwort auf Telegramme Nr. 37 und 38**.

Rußland umwirbt Rumänien, weil und solange es zu Zentralmächten hält, wird aber keinen Finger für dortige Interessen rühren, sobald sein Ziel, die Sprengung des Vierbunds, erreicht ist. Was Rußland am Herzen liegt, ist nicht das Wohl des ihm nicht rasseverwandten rumänischen

---

* Vgl. dazu das Schreiben Graf Berchtolds an General von Conrad vom 8. Februar (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit III, 113ff.), in dem er seinen Standpunkt zu der Frage eines aktiven und eventuell kriegerischen Eintretens Österreich-Ungarns für Rumäniens Forderungen eingehend begründet: „Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage und üben unseren ganzen Einfluß zugunsten Rumäniens aus. Es ist dementsprechend zu hoffen, daß diese Frage eine billige Lösung finden wird. — Den rumänischen Standpunkt manu militari durchzusetzen, erschiene für uns indessen, wie dies bezüglich des bulgarischen Standpunktes für Rußland der Fall sein dürfte, als eine Aufgabe, bei der das Ziel in keinem Verhältnisse zu den Kosten steht." Graf Berchtold wollte sich also nur diplomatisch für Rumänien einsetzen, nicht militärisch. Auch den Conradschen Gedanken, beide streitende Parteien auf serbische Kosten zu versöhnen, wies Graf Berchtold zurück, da er sich klar darüber war, daß ein Eingreifen Österreichs in Serbien zu dem Zweck, um serbische Gebietsteile zur Verteilung an Rumänien und Bulgarien zu erwerben, Rußland auf den Kampfplatz führen würde. Das Schreiben schloß mit dem Fazit, „daß die Monarchie weder in der serbischen noch in der rumänischen Frage ein Interesse daran haben kann, es auf einen Krieg mit Rußland ankommen zu lassen, und daß sie bestrebt sein muß, die zweite Frage in einem günstigeren Moment, wo ihr der Angriff Rußlands nicht droht, zu lösen".

** Siehe Nr. 12829 und 12830.

Nachbarn sondern die Zukunft des slawischen Balkans unter russischer Ägide. Die territorialen Verschiebungen am Balkan werden, wie die Unstimmigkeiten im Balkanbund ahnen lassen, mit Beendigung des gegenwärtigen Krieges nicht abgeschlossen sein. Darum versucht Rußland, Rumänien vom Dreibund zu isolieren und zu einer Enklave im slawischen Block herabzudrücken, die bei der endgültigen Auseinandersetzung zwischen den Verbündeten ignoriert werden kann. Förderung rumänischer Interessen würde sich Rußland schon deswegen versagen müssen, weil sonst Bulgarien, dessen durch Waffenerfolge gesteigertes Selbstbewußtsein zu Emanzipation von russischer Vormundschaft drängt, in Arme Dreibunds getrieben würde.

Angesichts dieser klar auf der Hand liegenden Situation halten wir es für ausgeschlossen, daß Rumänien ernsthaft Abkehr von seinen Freunden zugunsten Rußlands erwägt. Andererseits können wir nicht Befremden verhehlen, daß dortige Staatsmänner uns gegenüber an Chantage grenzende Andeutungen angemessen finden und hierzu gerade gegenwärtigen Zeitpunkt wählen, wo sie vom Dreibund insbesondere Deutschland tatkräftigen Beistand verlangen und erhalten. Wir sind für rumänische Wünsche nicht nur in Petersburg und Sofia sondern auch bei Westmächten unausgesetzt und nachdrücklich eingetreten. Wir werden hierin trotz kränkenden rumänischen Verhaltens fortfahren und erhoffen bestimmt befriedigende Lösung, wenn Rumänien sich weiter auf ruhiges Verhandeln beschränkt und jede Provokation vermeidet. Als aufrichtige Freunde Rumäniens und im Hinblick auf künftige Entwicklungsmöglichkeiten am Balkan können wir aber nicht dringend genug raten, Prestige beiseite zu lassen und nur solchen Gewinn anzustreben, der für Rumänien realen Wert hat und von Bulgarien konzediert werden kann, ohne daß dort dauernde, späteres Zusammenwirken hindernde Verstimmung zurückbleibt.

Ew. pp. wollen sich, falls noch nicht geschehen, mit Nachdruck im vorstehenden Sinne aussprechen.

Jagow

Nr. 12832

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 52 Berlin, den 12. Februar 1913

In rumänisch-bulgarischem Streit haben wir bisher in Bukarest und Sofia stets zu Mäßigung und Entgegenkommen geraten. Nachrichten aus Bukarest lassen Volkserregung und Kriegsstimmung dort täglich im Wachsen erscheinen, so daß sie über gemäßigte Ansichten des greisen Königs

Oberhand zu gewinnen drohen. Wie Herrn Danews Auftreten bereits in London wesentlich beigetragen hat, Einigung zu verhindern und Streit zu verschärfen, scheint auch jetzt in Sofia wenig Neigung zur Nachgiebigkeit zu bestehen. Ausbruch eines Krieges zwischen beiden Ländern würde Balkanwirren heillos komplizieren und könnte schließlich auch europäischen Frieden bedrohen. Bitte Herrn Sasonow fragen, ob er im allgemeinen Interesse nicht in Sofia ebenfalls energisch zu weiterer Nachgiebigkeit raten will*.

Jagow

Nr. 12833

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 43 St. Petersburg, den 10. Februar 1913
[pr. 12. Februar]

Ich habe soeben im Sinne der mir erteilten hohen Weisungen eingehend mit Herrn Sasonow über den vom Kaiserlichen Botschafter in London der Botschafterversammlung unterbreiteten Vorschlag betreffend die Abgrenzung Albaniens gesprochen**. Dabei habe ich die unveränderte Annahme dieses Vorschlags dringend empfohlen, da sonst Gefahr bestehe, daß Österreich-Ungarn auf die ursprünglich ins Auge gefaßten Grenzen zurückgreife.

Der Minister erkannte an, daß der Vorschlag in verschiedenen Punkten eine Grundlage für eine Verständigung biete. Was insbesondere die Abgrenzung Albaniens im Norden betreffe, so würde er den Vorschlag für annehmbar halten, wenn von der Linie, die den Skutarisee durchschneide, Abstand genommen und der ganze Wasserspiegel des Sees Montenegro zuerkannt würde. Natürlich müßte in diesem Fall Montenegro auch die nötigen Garantien erhalten, damit es die zur Austrocknung des Sees nötigen Arbeiten vornehmen und dadurch fruchtbares Land gewinnen könne. Was die Stadt Skutari betreffe, so erinnerte der Minister daran, daß Rußland bereits im Prinzip sein Einverständnis mit dem Verbleiben dieser Stadt bei Albanien erklärt habe. Dabei wolle er auch bleiben. Wenn allerdings, so fügte Herr Sasonow hinzu, Skutari in

* Auch nach London wurde durch Telegramm Nr. 94 mitgeteilt, wie kritisch die Sachlage in Bukarest stehe. Fürst Lichnowsky erhielt Anweisung, Sir E. Grey darauf aufmerksam zu machen, daß man auf ernste Ereignisse gefaßt sein müsse, wenn sich die Mächte nicht noch in letzter Stunde zu nachdrücklicher Mahnung in Sofia entschlössen.

** Vgl. Nr. 12799.

der nächsten Zeit fallen sollte, dann würde die Lage eine ganz veränderte werden und Rußland in diesem Fall unmöglich die Hand dazu bieten können, daß die Stadt den Montenegrinern wieder entrissen werde.

Was die anderen Punkte unseres Vorschlages betrifft, so glaubt der Minister, daß auch die vorgeschlagene Grenze im Südosten von Rußland werde angenommen werden können. Dagegen werde Österreich-Ungarn bezüglich der östlichen Grenze noch einige Konzessionen machen müssen und zugeben, daß die Grenze, wenn auch nicht so weit, wie es die Serben verlangt hätten, aber doch etwas weiter wie in unserem Vorschlage nach Westen gerückt werde.

Insbesondere betont Herr Sasonow, daß Dibra und Diakowa unbedingt serbisch werden müßten. Dibra, weil es der Sitz eines Bischofes, und zwar eines Bischofs des Exarchats sei, Diakowa, weil sich der dortige Handel ganz in den Händen der Serben befände.

Würde Österreich-Ungarn bezüglich des Sees von Skutari sowie bezüglich Diakowas und Dibras nachgeben, so würde man, wie der Minister meint, rasch zu einer Verständigung gelangen. Herr Sasonow bat, daß wir in diesem Sinne unsere Vermittelung eintreten lassen möchten.

Der Minister hob ferner hervor, daß der Standpunkt Rußlands in der ganzen Frage ein äußerst versöhnlicher und entgegenkommender sei. Er wies dabei auf die russischerseits bereits gemachten Konzessionen hin und wiederholte den Vorwurf gegen Österreich-Ungarn, daß dieses immer nur Zugeständnisse von Rußland verlange und selbst keine solchen mache. So habe Österreich-Ungarn, als die Verhandlungen über die Hafenfrage schwebten, immer erklärt, daß, wenn auf seine Wünsche in dieser Frage Rücksicht genommen würde, es sich bezüglich der Grenzen von Albanien sehr kulant zeigen werde. Von diesem kulanten Verhalten sei jetzt wenig zu merken. Mit der Forderung, daß Skutari durchaus bei Albanien verbleiben müsse, sei zum Beispiel Österreich-Ungarn erst sehr spät hervorgetreten.

Der Minister wies dann auf das Interesse hin, welches Rußland daran habe, daß Montenegro, welches schließlich von Rußland unterhalten werde, in den Stand gesetzt werde, sich selbst zu ernähren. Rußland habe in den letzten Monaten wieder 700000 Rubel für die Ernährung montenegrinischer Frauen, deren Männer draußen im Felde standen, und deren Kinder zahlen müssen.

Der Minister will der nächsten Botschafterkonferenz einen Gegenvorschlag unterbreiten, in dem die oben angedeuteten Abänderungen des von Fürst Lichnowsky vorgelegten Vorschlags enthalten sein werden. Vorläufig hat der Minister dem russischen Botschafter telegraphisch die Grundsätze mitgeteilt, nach denen sich nach seiner Ansicht die Abgrenzung Albaniens richten müsse. Diese Grundsätze müßten sein: erstens ethnographische, zweitens ökonomische und drittens kulturelle. Dem wirtschaftlichen Prinzip wünscht Herr Sasonow dadurch Rechnung getragen zu sehen, daß die Orte, deren Handel hauptsächlich in den

Händen der Slawen ist, Montenegro und Serbien zuerkannt werden. Das kulturelle Prinzip würde nach seiner Ansicht darin zum Ausdruck kommen, daß die Orte mit einem Bischof oder mit orthodoxen Schulen ebenfalls aus Albanien auszuscheiden wären.

Unsere Unterredung schloß damit, daß der Minister sehr warm an unseren Einfluß in Wien appellierte, dem es gewiß gelingen werde, Österreich-Ungarn noch zu einigen Konzessionen im Sinne seiner Wünsche zu bewegen. Ich erwiderte, daß das bisherige weitgehende Entgegenkommen des Wiener Kabinetts unseren Vorstellungen zu verdanken sei, und daß es mir fraglich scheine, ob man in Wien noch weiter auf die russischen Wünsche werde eingehen wollen.

F. Pourtalès

Nr. 12834

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändig

Berlin, den 12. Februar 1913

Der serbische Geschäftsträger war bei mir, um mir zu sagen, seine Regierung bäte aus geographischen und ethnographischen Gründen darum, daß Diakowa und Dibra, welche „einige Mächte" auf der Botschafterkonferenz zu Albanien schlagen wollten, serbisch würden. Wir möchten diesen serbischen Wunsch unterstützen*. Ich habe erwidert, daß die genannten Städte meines Wissens größtenteils albanische Bevölkerung hätten, daß Albanien, um lebensfähig zu werden, nicht zu sehr beschnitten werden dürfte, und daß wir — selbst an der Abgrenzung Albaniens weniger interessiert — in diesen Fragen die Wünsche unserer Verbündeten unterstützten.

Jagow

---

* Um die gleiche Zeit sprach der serbische Gesandte in Paris Wesnitsch am Quai d'Orsay vor und verlas dort eine Erklärung der serbischen Regierung fast drohenden Inhalts. Nach einem Telegramm Botschafter Paul Cambons an Außenminister Jonnart vom 12. Februar (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques II, 73) hätte die serbische Erklärung den Zweck verfolgt, „de signaler au Gouvernement de la République les exigences de l'opinion publique serbe et de lui laisser prévoir l'obligation, où peut se trouver le Cabinet de Belgrade, soit d'obéir aux injonctions de l'opinion, soit de céder la place à un Gouvernement plus docile." Eine ähnliche Sprache führte der serbische Ministerpräsident Paschitsch gegenüber dem englischen Geschäftsträger in Belgrad; indessen ließ Sir E. Grey die serbische Regierung nachdrücklichst zur Ruhe mahnen. Im gleichen Sinne äußerten sich Graf Benckendorff und Paul Cambon zu dem ihre Unterstützung nachsuchenden Wesnitsch; Paul Cambon nannte die serbische, in Paris verlesene Erklärung, deren kriegerische Bedeutung er vollkommen durchschaute, gerade heraus „un acte de folie".

Nr. 12835

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39
Geheim

Bukarest, den 12. Februar 1913

Prinz Fürstenberg hat König schlecht, sehr aufgeregt und ganz unter Einfluß Kriegspartei stehend gefunden, die wahrscheinlich Drohungen angewendet habe. Auf Silistria beharrt König absolut. Wenn Österreich nicht Garantie gäbe, daß Stadt rumänisch würde, und ihm dadurch Handhabe gegen Kriegspartei böte, könne er neuen Vertrag* nicht unterschreiben. Ohne Silistria müsse Kabinett zurücktreten und er die Liberalen berufen. König hat schließlich zugesichert, daß er alten Vertrag nicht bis Juli kündigen werde, sodaß dieser drei Jahre weiterlaufen wird.

Nach Audienz hat Prinz Fürstenberg Ratifikationsurkunde erhalten und Ministerpräsidenten gesagt, wenn Ratifikation seitens Königs nicht folge und Sache in Zusammenhang mit Silistria gebracht werde, würde dies in Wien als Art Erpressung aufgefaßt werden und gegenteiligen Erfolg haben als beabsichtigt. Rumänien werde dann Sympathien Österreichs einbüßen und in schlechterer Lage sein als früher. Kein europäisches Kabinett werde verstehen, daß Silistria plötzlich Lebensfrage werde, während noch vor einiger Zeit König und Generalstabschef erklärt hätten, daß Stadt, sobald man Höhen habe, von keinem Belang sei. Silistria sei eine Parteifrage geworden, für die sich Österreich nicht einsetzen könne. Ministerpräsident hat zugegeben, daß offenbar kranker, an Schlaflosigkeit leidender König sich von Kriegspartei habe überwältigen lassen und körperlich ganz widerstandslos sei, will König nochmals bitten um Ratifikationsunterbreitung**. Prinz Fürstenberg und er müßten zusammenwirken, um gegen Kriegspartei aufzutreten.

Nach österreichischem Gesandten ist Bulgarien bereit, Höhen um Silistria und Küste bis nach Kali-Akra gemeinsam zuzugestehen.

Waldthausen

Nr. 12836

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40
Geheim

Bukarest, den 13. Februar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 39***.

König hat Ratifikationsurkunde unterzeichnet, nachdem Ministerpräsident in langer Audienz Seiner Majestät Notwendigkeit dargelegt,

* Vgl. Nr. 12829 nebst Fußnote *.

** Die Ratifizierung des Vertrags über die Bündniserneuerung, die von Kaiser Franz Joseph bereits am 9. Februar vollzogen war, erfolgte noch am 12. Februar.

*** Siehe Nr. 12835.

Kriegspartei nicht nachzugeben. Frage der Garantie Österreichs ist Prinz Fürstenberg gegenüber nicht mehr berührt worden. Plan besteht jetzt, daß Rumänien bei Verhandlungen in Sofia möglichst viel zu erhalten sucht, und wenn es Stadt Silistria nicht erlangt, sich entweder an Botschafterreunion wendet oder Bulgarien Schiedsgericht vorschlägt, wobei für Rumänien Italien, für Bulgarien Rußland Schiedsrichter sein und beide Länder Superarbiter wählen könnten. Hierfür sollen zunächst Minister konservativer Partei gewonnen, nötigenfalls würden kriegerische Minister Filipescu und Marghiloman ersetzt, dann soll Sache in Kammer und Senat dargelegt werden. Sollte darüber Kabinett fallen und liberale Regierung kommen, so würde Herr Majorescu ganze Schuld auf sich nehmen, um seinem Nachfolger friedliche Politik zu ermöglichen. Bin mit Prinz Fürstenberg der Ansicht, wir sollten gerade jetzt nochmals mit größtem Nachdruck in Sofia darauf hinwirken, daß Bulgarien wenigstens an Küste möglichst viel zugesteht, Kavarna oder jedenfalls Kaliaken, damit den friedlichen Elementen, dem König und Ministerpräsidenten, Rücken gestärkt [wird] und letzterer mit mehr in Händen vor Parlament treten kann*. Desgleichen größte Beschleunigung Hierhersendung Schriftstücke notwendig.

Waldthausen

Nr. 12837

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 99 Berlin, den 13. Februar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 92**.

Seine Majestät haben zu Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 77*** zu bemerken geruht, die im Entwurf für Antwort an Tewfik enthaltene Zusage neuer Aktion der Mächte habe selbstverständlich zur Voraussetzung, daß es Mächten zuvor gelingt, Balkanstaaten auf Basis Kollektivnote gleichfalls festzulegen. Allerhöchste Anregung erscheint im Hinblick auf Schicksal früherer Aktion durchaus zweckmäßig und erheischt um so größere Beachtung, als Mächte damit rechnen müssen, daß Bulgarien wegen neuer Opfer verschärfte Forderungen stellt, die Friedensschluß auf Grundlage Kollektivnote vereiteln. Die von Sir E. Grey vorgeschlagene Antwort an Tewfik dürfte daher zweckmäßig erst dann zu erteilen sein, wenn fragliche Voraussetzung erfüllt ist.

Jagow

---

* Von dieser Auffassung Waldthausens wurde durch Telegramm Nr. 23 vom 13. Februar der Gesandte von Below in Sofia in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig erhielt er nochmals Anweisung, nachdrücklich für Beschleunigung und möglichstes Entgegenkommen einzutreten.

** Vgl. Nr. 12825, Fußnote **.

*** Siehe Nr. 12825.

Nr. 12838

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 London, den 12. Februar 1913
[pr. 13. Februar]

Bei meinem heutigen Besuch kam Sir E. Grey von selbst auf albanesische Grenzfrage zu sprechen. Graf Benckendorff habe nunmehr seine Weisungen bekommen und werde sie Freitag vorlegen. Es sei gut, daß auf diese Weise es klar ersichtlich würde, wo die strittigen Punkte lägen, und ob ein Ausgleich möglich sei. In Rußland habe man eben das Gefühl, schon in der Hafenfrage, um die sich vor wenigen Wochen noch Krieg und Frieden zu drehen schien, weitergehendes Entgegenkommen bewiesen zu haben. Nun wolle man auch noch auf Skutari verzichten, könne nun aber nicht auch noch Diakowa und Dibra preisgeben. Ich benutzte den Anlaß, um abermals darauf hinzuweisen, daß immer übersehen werde, daß Österreich den Sandschak freigegeben, auf den es früher Rechte besessen hätte, und jetzt auch bereit sei, auf Ipek und Prisren zu verzichten, dafür aber auf den letzteren Vorschlägen um so mehr bestehen müsse. Der Minister vermied es, persönlich zum Streit Stellung zu nehmen, wobei ich den Eindruck hatte, daß es ihm eigentlich gleichgültig ist, wem die betreffenden Orte gehören, daß er aber besorgt ist um die Stellung des Herrn Sasonow, falls sich dieser zu nachgiebig erweisen sollte. Er kam bei dieser Gelegenheit wiederum auf seinen Lieblingsgedanken, die Entsendung einer Kommission, zurück. Ich erklärte den Gedanken für ganz eindrucksvoll, nur leider würden die praktischen Schwierigkeiten so groß sein, daß ein brauchbares Ergebnis sich kaum werde erreichen lassen. In gemischtsprachigen Gegenden sei es überaus schwer, eine zuverlässige Statistik festzustellen, das sähe man schon in Österreich und in unseren Ostprovinzen. Im Orient wären aber noch dazu Gewalttaten zu befürchten.

Streng vertraulich sagte er mir mit der Bitte, davon keinen Gebrauch zu machen, Sasonow schiene sich auf Grund von Äußerungen österreichischer Diplomaten auf größere Zugeständnisse bei Skutari gefaßt gemacht zu haben. Im allgemeinen schien Sir E. Grey keine übermäßig tragische Auffassung von der ganzen Frage zu besitzen.

Lichnowsky

Nr. 12839

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Wien, den 13. Februar 1913

Baron Macchio sagt mir, nach Ansicht hiesiger Militärs scheine Einnahme von Skutari in einigen Tagen zu erwarten, da völlige Zernierung

bereits durchgeführt. Durch Fall der Festung werde Lage zweifellos sehr kompliziert, und es werde nicht leicht sein, die Montenegriner zur Räumung der Stadt zu bewegen. Dies brauche natürlich nicht sofort zu geschehen, sondern werde erst bei der definitiven Regelung der Verhältnisse am Balkan nach Friedensschluß von aktueller Bedeutung.

Tschirschky

Nr. 12840

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 65 Berlin, den 13. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 44*. Zur Verwertung. Wir sind uns längst klar, welche ernsten Komplikationen der Fall von Skutari zur Folge hätte, und haben gerade darum auf schleunigen Abschluß der Abgrenzungsverhandlungen gedrängt. Letzterer dürfte auch jetzt noch möglich sein, wenn Österreich ganzen Skutarisee und Diakowa opfert, dessen Handel sowieso nach Serbien gravitiert. Entschließt sich Österreich hierzu schnell, so läßt sich Dibra voraussichtlich retten. Kommt Skutari vorher zu Fall, so dürfte Rußland nicht nur das mühsam erreichte Zugeständnis hinsichtlich dieser Stadt zurückziehen sondern auch in sonstigen Abgrenzungsfragen völlig untraitabel werden.

Jagow

Nr. 12841

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Konstantinopel, den 13. Februar 1913

Antwort auf Telegramme Nr. 54** und 55.

Großwesir ist unzufrieden mit Tewfik Pascha, der einerseits fälschlich berichtet habe, daß Sir E. Grey die Antwort der Pforte als Basis akzeptiere***, andrerseits in London einen unrichtigen Eindruck über die Absichten der türkischen Regierung hervorgerufen habe. Tewfik Pascha wisse, daß das jetzige Kabinett auf Grund der Kollektivnote nicht verhandeln könne, weil es durch eine Bewegung gegen die bedingungslose Annahme dieser Note zur Regierung gelangt sei. Der Standpunkt der Regierung werde sich auch nach dem Fall von Adrianopel nicht ändern. Man werde dann sich zunächst auf die Verteidigung von Tschataldja

* Siehe Nr. 12839.
** Siehe Nr. 12827.
*** Vgl. Nr. 12814.

und Gallipoli beschränken und Vorkehrungen treffen gegen die von den Verbündeten geplante Landung zwischen Dardanellen und Smyrna, wo bereits griechische Banden aufgetaucht seien. Durch direkte Verhandlungen zwischen den Verbündeten und der Türkei werde der Frieden niemals zustandekommen. Der Anlaß, an die letzte türkische Note anzuknüpfen, sei den Mächten schon dadurch gegeben, daß diese Note ja eine Antwort nicht gerade erheische, aber doch als natürlich erscheinen lasse. Wenn die neue Note der Mächte der Türkei auch nur die geringste Hoffnung übrig lasse, daß ein Teil Adrianopels unter türkischer Herrschaft verbleiben werde, so könne er weiter verhandeln. Das türkische Volk sei bereit, den Bulgaren tausend von Quadratkilometern mehr zu überlassen, um einige Quadratkilometer Adrianopels zu retten.

Wangenheim

Nr. 12842

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Sofia, den 13. Februar 1913

Habe im Sinne der mir erteilten Weisung* nachdrücklich mit Ministerpräsidenten gesprochen und alle Mittel erschöpft, um hiesige Regierung zu einem schnellen Eingehen auf legitime rumänische Wünsche zu bewegen.

Nach gewonnenen Eindrücken halte Abtretung der Stadt Silistria für ausgeschlossen. Im allerbesten Falle wäre vielleicht Linie Silistria-Kavarna zu erreichen, was mir indessen auch noch problematisch erscheint.

Prinz Ghika hofft erbetene Antwort der hiesigen Regierung morgen zu erhalten, rechnet aber mit weiteren Ausflüchten und sieht Lage pessimistisch an.

Herr Danew wird morgen zurückerwartet.

Below

Nr. 12843

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Konstantinopel, den 14. Februar 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 54**.

Herr Bompard glaubt nach Rücksprache mit Großwesir, daß die von den Botschaftern beschlossene Antwort jede Weiterverhandlung mit

* Vgl. Nr. 12836, S. 365, Fußnote *.
** Siehe Nr. 12827.

der Pforte ausschließt. Er wird in diesem Sinne nach Paris telegraphieren, damit die Antwort nicht ratifiziert werde.

Ich teile seine Auffassung und empfehle entsprechende Haltung unsererseits.

Wangenheim

Nr. 12844

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46
Geheim

Wien, den 14. Februar 1913

Baron Macchio sagt mir im strengsten Vertrauen, Graf Berchtold beabsichtige, um äußerstes Entgegenkommen zu zeigen, eventuell noch einen der Malissia-Stämme Montenegro zu opfern. Baron Macchio bat aber dringend, diese Absicht der Gegenpartei gegenüber noch geheim zu halten, einmal, da Graf Berchtold noch nicht fest entschlossen sei, dann aber auch, weil Serbien beziehungsweise Rußland in dieser Konzession Österreich-Ungarns Grund zu weiteren Forderungen erblicken würde.

Tschirschky

Nr. 12845

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86

London, den 14. Februar 1913

Vor der heutigen Botschafterberatung hatte Sir E. Grey mich zu sich gebeten, um mit mir die rumänische Angelegenheit zu besprechen. Zunächst teilte er mir zwei Telegramme mit, die er nach Bukarest und Sofia gerichtet hatte.

Nach Bukarest hatte der Minister den Inhalt seiner Unterhaltung mit Herrn Misu wiedergegeben, dem er sein Erstaunen ausgesprochen über die angebliche Mindestforderung, die Silistria und Balcik einschließe. Er glaube nicht, daß Bulgarien diese Städte aufgeben könne[1]. Eine unmittelbare Schlichtung des Streits zwischen beiden Regierungen schiene ihm die beste Lösung, doch, falls dies nicht zu erreichen wäre, sei es besser, die Vermittelung der Großmächte anzurufen oder wenigstens von einigen von ihnen, als zum Kriege zu schreiten, dessen Folgen unberechenbar seien[1]. Denn würde eine Großmacht hereingezogen, so würde der kleine Staat notwendigerweise den Schaden zu tragen haben[2].

Nach Sofia hat Sir E. Grey den Inhalt seiner Unterhaltung mit Herrn Madjarow* mitgeteilt, dem er über die Vermittelung der Großmächte sich ähnlich ausgesprochen hat wie an Herrn Misu. Der bulgarische Vertreter hätte der Frage der Vermittelung nicht sympathisch gegenübergestanden und auf die Angebote des Herrn Danew in London verwiesen. Hierauf habe er, der Minister, geantwortet, Vermittelung sei noch keine Einmischung[3], die Angebote des Herrn Danew könnten aber auch ohne Silistria erweitert werden, und er hoffe, daß die bulgarische Regierung im Interesse des Friedens das weiteste Entgegenkommen zeigen werde. Herr Madjarow habe schließlich darauf hingewiesen, daß weitere Zugeständnisse auf keinen Fall die Sicherheit des Hafens von Varna in Frage stellen dürften.

Mit einem positiven Vorschlage ist der Minister mir gegenüber nicht hervorgetreten; er meinte, es würde schwer sein, ihn so zu fassen, daß er beiden Parteien annehmbar würde. Ich habe mich erhaltener Weisung gemäß auch zurückgehalten, bin aber in der Überzeugung, daß sich auf der Grundlage der Linie Silistria—Kap Kali-Akra eine Einigung finden ließe, sowohl durch das dortseitige Telegramm Nr. 101** bestärkt worden als durch eine Mitteilung meines italienischen Kollegen, der aus Bukarest erfahren hatte, daß Herr Majorescu bereit sei, einen dahingehenden Vorschlag, falls er ihm gemacht würde, in Erwägung zu ziehen[4]. Über die Frage Silistria solle ein internationales Schiedsgericht entscheiden.

Während der Sitzung gelangt der Beschluß zur Annahme:

„La réunion considère que vu la gravité de la situation il serait urgent que tous les gouvernements fassent parvenir à leurs représentants auprès des cabinets roumain et bulgare des instructions dans le même sens que celles du gouvernement britannique"[2].

Allgemein wurde die Notwendigkeit anerkannt, schleunigst vorzugehen, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern[2]***.

Lichnowsky

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Einverstanden
15/II 13 W

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Richtig
[2] ja
[3] ?
[4] ?!!

---

* Bulgarischer Gesandter in London.

** Durch Telegramm Nr. 101 vom 14. Februar war das Sofioter Telegramm Nr. 34 — siehe Nr. 12 842 — nach London mitgeteilt worden.

*** Das obige Telegramm Fürst Lichnowskys wurde am 15. Februar den Gesandten in Bukarest und Sofia mit der Weisung mitgeteilt, „sich im Sinne der aus Vorstehendem ersichtlichen englischen Instruktion nach Bukarest bzw. Sofia dort gleichfalls auszusprechen".

Nr. 12846

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 London, den 14. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

Bei der heutigen Botschafterberatung brachte ich den gemäß Telegramm Nr. 99* in Aussicht genommenen Vorbehalt zur Sprache. Da nach dem Wortlaut der Kollektivnote weder Kriegsentschädigung noch andere der Türkei zu machende Zusicherungen erwähnt werden, kommen nur die im letzten Abschnitt in Aussicht gestellten religiösen Vorrechte in den mohammedanischen Kultusstätten Adrianopels in Betracht.

Es wurde hierüber das nachstehende Protokoll aufgenommen:

„D'après les instructions de son gouvernement le prince Lichnowsky fait observer qu'avant de remettre à Tevfik Pascha la réponse conforme au dit projet de Sir E. Grey, il convînt de s'assurer que les alliés ne se refuseront pas à la médiation des puissances sur les bases de la note collective. La réunion se demande quelles objections pourraient formuler les alliés. Ce ne peut être que sur les questions de la sauvegarde des intérêts musulmans à Andrinople. Or on sait par les déclarations de Danew lui-même avant son séjour à Londres que le gouvernement bulgare est prêt à donner aux intérêts musulmans toutes ces garanties désirables si la ville d'Andrinople lui est cédée. Il paraît certain que des deux côtés il y a en ce moment le désir de voir les hostilités prendre fin. Il est donc utile de se hâter. Dans ces conditions la réunion considère la remise immédiate à Tevfik Pascha de la réponse proposée par Sir E. Grey et approuvée précédemment comme des plus désirables. Cette remise aura lieu dès que l'ambassadeur d'Allemagne aura reçu la réponse de son gouvernement."

Ich möchte unverzügliche Zusage dringend empfehlen. Über anderweitige Friedensbedingungen zugunsten der Türkei ließe sich nach Ansicht aller Anwesenden erst nach Annahme der grundlegenden Kollektivnote durch die Hohe Pforte mit Balkanstaaten verhandeln.

Lichnowsky

---

* Siehe Nr. 12837.

Nr. 12847

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 103 Berlin, den 15. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 87*.

Nach Meldungen aus Konstantinopel hat Großwesir Tewfik Pascha vollständig desavouiert und erklärt, daß Türkei nicht auf Grund der Kollektivnote der Mächte verhandeln könne. Vergleiche Telegramm Nr. 102**. Unter diesen Umständen scheint Vermittlung der Mächte nicht mehr in Frage zu kommen.

Erbitte Aufklärung.

Jagow

Nr. 12848

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 47 Wien, den 14. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

Antwort auf Telegramm Nr. 65***.

Habe Inhalt bei Baron Macchio verwertet und ihn erneut darauf hingewiesen, es könne wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß es über doch verhältnismäßig sekundäre und nicht geradezu vitale Fragen unter keinen Umständen zu Konflikten kommen dürfe. Er stimmte dem vollkommen zu und fügte hinzu folgendes: Rußland scheine jetzt einen etwas weniger intransigenten Standpunkt einzunehmen und in diesem Sinne mit Serbien direkt zu verhandeln. Jeder geringste Versuch Rußlands, Serbien zu entgegenkommenderer Haltung Österreich-Ungarn gegenüber zu bewegen, auslöse aber in Belgrad lautes Entrüstungsgeschrei, was dann wieder bereitwilliges Ohr in Petersburg finde. Dort wolle man eben unbedingt Paschitsch am Ruder erhalten, da er der Mann Rußlands sei und man nicht wisse, ob nach seinem Sturz und eventuellem Sieg der Militärpartei Serbien auch weiter so sicher in russischer Gefolgschaft bleiben werde. Hieraus erkläre sich wohl großenteils Rußlands starre Haltung in Abgrenzungsfrage, von der es doch selbst nicht direkt berührt würde. Unverständlich sei auch das Festhalten an dem absolut albanischen Diakowa, nachdem man hier bereits auf Ipek, Prisren und das Kloster Wisokidecani

---

* Siehe Nr. 12846.

** Durch Telegramm Nr. 102 vom 15. Februar war das Konstantinopler Telegramm Nr. 88 — siehe Nr. 12841 — nach London mitgeteilt worden.

*** Siehe Nr. 12840.

verzichtet habe. Aber jede diesseitige Konzession ziehe neue russische Forderung nach sich.

In heutiger Botschaftersitzung London werde Graf Benckendorff zum ersten Male mit positiven Vorschlägen hervortreten, und Graf Mensdorff sei angewiesen, nachdem die neulich von Fürst Lichnowsky vertretenen österreichischen Wünsche* nicht angenommen, also als Grundlage für weitere Besprechungen nicht mehr in Betracht kämen, auf der von Rußland vorzubringenden Basis zu verhandeln. Man sehe daher hier Ergebnis heutiger Sitzung mit besonderem Interesse entgegen.

Nach neuesten Nachrichten scheine es übrigens, als könne sich Skutari doch länger halten.

Tschirschky

Nr. 12849

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 13 Cetinje, den 10. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

Der Angriff auf Skutari hat vor drei Tagen begonnen. Außer den bereits vorhandenen 8000 Mann Serben sind von Alessio und Durazzo noch zirka 4000 Serben zur montenegrinischen Armee gestoßen. Gestern wurden unter großen Verlusten die strategisch wichtigen Verschanzungen des Bardanjolt genommen; die Türken leisteten tapfersten Widerstand. Jetzt handelt es sich um die Eroberung der feindlichen Positionen von Tarabos und Brditza, die stündlich erwartet wird. Der König und die Prinzen befinden sich bei der Armee vor Skutari.

Eckardt

Nr. 12850

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 45 St. Petersburg, den 13. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

Obgleich in der letzten Zeit in der hiesigen Presse wieder öfters von den Meerengen die Rede ist, glaube ich nicht, daß die hiesige Regierung die Absicht hat, diese Frage demnächst aufzurollen. Ich zweifle haupt-

* Vgl. Nr. 12799.

sächlich deswegen an dieser Absicht, weil, wie ich glaube, Herr Sasonow den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachtet, um die Frage in dem für Rußland wünschenswerten Sinne lösen zu können. Der Minister hat mir wiederholt auf das bestimmteste erklärt, daß er[1] nicht daran denke, jetzt an dem bestehenden Zustand bezüglich der Meerengen zu rühren, schon weil dieser Zustand relativ für Rußland der günstigste sei. Die ganze Frage habe für Rußland eine solche Bedeutung, daß Rußland nur dann an ihre anderweitige Regelung denken könne, wenn es sicher sei, seine Wünsche und Interessen in vollem Maße gewahrt zu sehen. An der Öffnung der Meerengen für die Kriegsschiffe aller Nationen liegt Rußland garnichts, die einzige seinen Wünschen entsprechende Lösung der Frage würde vielmehr die sein, daß die Durchfahrt durch die Meerengen nur den Kriegsschiffen der Uferstaaten des Schwarzen Meeres frei stände[2].

Ich habe beobachten können, daß der italienische Geschäftsträger Marquis Torretta der Frage neuerdings erhöhtes Interesse entgegenbringt. Vor einigen Wochen schien er zu dem Glauben zu neigen, daß Rußland vielleicht jetzt irgendwelche Pläne bezüglich der Meerengen im Schilde führen könnte. Mißtrauen erregten bei dem Geschäftsträger die auch von mir Euerer Exzellenz gemeldeten plötzlich hier auftretenden Besorgnisse wegen Unruhen in Armenien, die Rußland veranlassen könnten, dort einzumarschieren. Da Rußland jederzeit in der Lage ist, wenn es will, vom Kaukasus aus in Armenien Unruhen anzustiften[3], um auf diese Weise einen Vorwand zum Eingreifen zu haben, war das plötzlich zutage tretende erhöhte Interesse für das Los der in der Türkei lebenden Armenier in der Tat geeignet, bezüglich irgendwelcher Pläne Rußlands in Kleinasien Mißtrauen zu erwecken. Es wäre sehr wohl denkbar, daß man hier daran dächte, sich allmählich in den Besitz des Ostufers des Schwarzen Meeres zu setzen und auf diesem Wege bis an den Bosporus zu gelangen.

Bezüglich Armeniens ist es nun in der letzten Zeit wieder still geworden, ob infolge von Einwirkungen seitens der anderen Tripelententemächte[4] oder infolge der von mir ebenfalls gemeldeten Bedenken des Statthalters des Kaukasus*, vermag ich nicht zu beurteilen. Trotzdem fehlt es nicht an Stimmen, welche fortfahren, das Anschneiden der Meerengenfrage auch jetzt noch zu befürworten. Diese Stimmen kommen hauptsächlich aus dem Lager derjenigen, welche mit dem Lauf der Dinge nach den Siegen der Balkanslawen nicht zufrieden sind und finden, daß Rußland, welches bis jetzt bei der Neuregelung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel in ihren Augen nichts als diplomatische Niederlagen erlitten hat, bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen einen Vorteil herausschlagen müsse. Diese Stimmen sind gewiß zahlreich und, wie ich glauben möchte, in einflußreichen Kreisen, insbesondere auch im Ministerium des Äußern vertreten. Dessenungeachtet möchte ich vor der

---

* Vgl. dazu Bd. XXXVIII, Kap. CCLXXXIX, Nr. 15284.

Hand nicht glauben, daß es diesen Kreisen gelingen wird, die Regierung von ihrer bisher in der Meerengenfrage beobachteten Zurückhaltung abzubringen.

Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß der weitere Gang der Ereignisse im Balkankrieg, falls der Friede nicht bald zustande kommt, Rußland zu einer veränderten Haltung auch in dieser Frage veranlaßt[3]. Diese Möglichkeit könnte vielleicht in folgenden Fällen eintreten: erstens, wenn es Bulgarien gelingen sollte, bis Konstantinopel vorzudringen, und es gar Miene machen sollte, sich dort festzusetzen, was Rußland nach meiner Überzeugung nie dulden würde; zweitens, wenn wirklich ernste Unruhen in Kleinasien entstehen sollten, und endlich, wenn es den chauvinistischen Hetzern gelingen sollte, die jetzige Regierung zu beseitigen und die russische Politik in aggressive Bahnen zu leiten.

Wenn Herr Sasonow am Ruder bleibt, und es liegt für den Augenblick kein Grund vor, daran zu zweifeln, wird er es, wie ich glauben möchte, wenn er irgend kann, zu vermeiden suchen, die Meerengenfrage jetzt in Fluß zu bringen.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aber andere?
[2] geht nicht!
[3] richtig!
[4] London

Schlußbemerkung des Kaisers:
Kann sein, kann sein auch nicht!

Nr. 12851

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 46 St. Petersburg, den 13. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Stimmung hier von Tag zu Tag eine schlechtere wird. Infolge der Hetzereien der slawophilen Kreise gewinnt die Auffassung immer mehr an Boden, daß Österreich-Ungarn, nur um Rußland zu demütigen, bestrebt ist, Serben und Montenegriner um die Früchte ihrer Siege zu bringen, und daß die russische Diplomatie Schritt für Schritt vor den maßlosen Forderungen des Wiener Kabinetts zurückweicht.

Zugleich mit der wachsenden Animosität gegen Österreich-Ungarn äußert sich neuerdings auch wieder eine starke deutschfeindliche Stimmung, von welcher in den ersten Monaten des Balkankrieges wenig zu

merken war. Selbst in der ersten Gesellschaft kommt diese Stimmung vielfach zum Ausdruck. Mehrere Häuser, in denen die Mitglieder der Kaiserlichen Botschaft in den letzten Jahren zu verkehren pflegten, verschließen den Deutschen und Österreichern in diesem Winter ihre Türen.

Da man hier im allgemeinen eine sehr geringe Meinung von Österreichs Machtmitteln, insbesondere auch von seiner Armee hat und bestimmt daran glaubt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie unmittelbar vor einem vollständigen finanziellen Zusammenbruch steht, setzt sich die Überzeugung immer mehr fest, daß das Wiener Kabinett seine jetzige Politik nicht führen könnte, wenn nicht Deutschland hinter ihm stehen und es zu dieser Politik drängen würde. Obgleich Herrn Sasonow immer mit Worten warmer Anerkennung von unserer die Sache des Friedens fördernden loyalen Haltung spricht, so weist er doch auch immer darauf hin, daß Österreich-Ungarn eine Politik führe, die in schreiendem Mißverhältnis zu seinen Machtmitteln stehe. Als ich ihm neulich sagte, der letzte vom Kaiserlichen Botschafter in London der Botschafterversammlung vorgelegte Kompromißvorschlag sei die äußerste Grenze, bis zu welcher Österreich-Ungarn auf unsere Vorstellungen hin gehen zu können erklärt habe, erwiderte er: „Deutschland kann von Österreich-Ungarn erreichen, was es will. Was ist denn überhaupt Österreich-Ungarn ohne Deutschland!“ Ich gab Herrn Sasonow zu verstehen, daß es trotz unseres aufrichtig gemeinten Wunsches, in den noch schwebenden Streitfragen vermittelnd zu wirken, auch für uns Grenzen gebe, über welche hinaus wir nicht würden gehen wollen. Mit unseren Verbündeten hielten wir es aus Gründen der allgemeinen Politik, um künftigen Konfliktsmöglichkeiten tunlichst vorzubeugen, für dringend erforderlich, daß ein lebensfähiges Albanien geschaffen werde.

Auf diesen Einwand pflegt Herr Sasonow immer zu antworten, er habe sich selbst mit der Errichtung eines autonomen Albaniens einverstanden erklärt, obgleich er für diese Idee im Grunde keine große Sympathie habe; bei der Abgrenzung dieses Landes müsse aber durchaus auf die wirtschaftlichen und kulturellen serbischen Interessen Rücksicht genommen werden. Die ganze öffentliche Meinung Rußlands trete für diese Interessen ein, und nachdem die russische Regierung, um den Frieden nicht zu gefährden, Österreich-Ungarn bereits so viele und große Zugeständnisse gemacht habe, könne sie nicht anders, als der Stimmung der hiesigen öffentlichen Meinung auch einigermaßen Rechnung zu tragen.

Daß wirkliche russische Interessen bei den Fragen, deren leidenschaftliche Erörterung in der hiesigen Presse allmählich eine geradezu kriegerische Stimmung erzeugt hat, nicht auf dem Spiele stehen, gibt Herr Sasonow ohne weiteres zu, er ist aber selbst zu sehr Slawe, um mit den Gefühlen, die einen großen Teil der hiesigen Intelligenz jetzt bewegen, nicht im Grunde seines Herzens zu sympathisieren. Herr Sasonow ist gewiß von dem redlichen Wunsche beseelt, mit Österreich zu einer friedlichen Auseinandersetzung zu gelangen, er wird aber für jeden Fuß slawischen Bodens, den

es gilt, den slawischen Brüdern zu sichern, eintreten, als ob es sich dabei um ein hochwichtiges russisches Lebensinteresse handelte.

Man wird gerechterweise anerkennen müssen, daß die Regierung gegenüber der in einflußreichen Kreisen herrschenden Stimmung keinen leichten Stand hat. Die schwierige Stellung der Regierung kommt in ihrer inkonsequenten Haltung der slawophilen Agitation gegenüber so recht zum Ausdruck. Nachdem erst vor acht Tagen ein slawophiles Bankett verboten worden war, hat die durch diese Maßnahme hervorgerufene Entrüstung zur Folge gehabt, daß das Verbot zurückgezogen wurde und das Bankett nicht nur stattgefunden hat, sondern ein von den Veranstaltern an den Zaren gerichtetes Begrüßungstelegramm einer äußerst gnädigen Antwort gewürdigt worden ist.

F. Pourtalès

Nr. 12852

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 47 St. Petersburg, den 13. Februar 1913
[pr. 15. Februar]

Herr Sasonow, den ich gestern bei einer Abendgesellschaft auf den Stand der Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien und auf die erregte Stimmung in Bukarest anredete, sagte mir, daß auch er keine guten Nachrichten von dort habe. Einerseits sei Herr Danew kein geschickter Unterhändler „c'est un homme insupportable", andererseits schraubten die Rumänen ihre Forderungen so hoch, daß man noch weit von einer Verständigung zu sein scheine. Auf meine Bemerkung, daß wir sowohl in Sofia als in Bukarest eindringlich zum Entgegenkommen rieten und ein Einwirken Rußlands in Sofia im Interesse des Friedens für dringend wünschenswert hielten, erwiderte der Minister, daß er es an guten Ratschlägen bei der bulgarischen Regierung nicht fehlen lasse. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß selbst, wenn die bulgarischen Unterhändler jetzt nachgeben würden, die große Sobranje, welche, wenn es sich um Abtretung von Land handele, berufen werden müsse, zum Beispiel einer Abtretung der Stadt Silistria oder eines Dreiecks bis Balcik nie zustimmen würde. Die Rumänen müßten daher, wenn es ihnen mit dem Wunsche, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, ernst sei, durchaus mit ihren Forderungen heruntergehen.

Herr Sasonow vertritt die Ansicht, daß Rumänien eine falsche Politik treibe, indem es den Bogen Bulgarien gegenüber zu sehr anspanne. Wenn jetzt Bulgarien Opfer bringen würde, gegen die sich seine nationale Eigen-

liebe sträube, so ist der Minister überzeugt, daß in spätestens fünf Jahren ein bulgarisch-rumänischer Krieg ausbrechen würde, bei welchem Rumänien Gefahr laufe, die ganze Dobrudscha zu verlieren[1].

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 12853

Notiz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 15. Februar 1913

Der türkische Botschafter hat mir unter Betonung, daß er keinen Auftrag habe, als seine rein persönliche Ansicht folgendes gesagt:

Der Friede kann nur zustande kommen, wenn bei der Regelung der Frage Adrianopel die Mächte der Türkei in folgenden Punkten Sicherheit gewähren:

1.) daß keine Kriegsentschädigung verlangt wird;
2.) daß die Grenze bei Adrianopel im allgemeinen festgelegt wird;
3.) daß Kapitulationsfrage nicht angeschnitten wird;
4.) daß gleichzeitig Staatsschuld und Eisenbahnfrage geordnet wird.

Sollten diese Punkte bei Regelung der Frage Adrianopel nicht gleichzeitig geordnet werden, so würde Türkei bei direkten Verhandlungen mit Bulgarien Gefahr laufen, daß Bulgarien diese Fragen einzeln und nacheinander zu verhandeln suchte und jede Differenz zur Stellung eines neuen Ultimatums benutzt.

Es müßte ferner zur Erleichterung der Annahme aller dieser Punkte die der Türkei in der Note versprochene Hilfe präzisiert werden (vier Prozent Zölle und Aufhebung der Gewerbe- und Einkommensteuerfreiheit für Fremde).

Endlich wäre es zweckmäßig, die Inselfrage einstweilen zu ajournieren. Hier würde sich vielleicht ein modus vivendi finden lassen.

Bethmann Hollweg

Nr. 12854

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 15. Februar 1913

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, in der Anlage* die allergnädigst angeordnete Instruktion an Graf Pourtalès ehrfurchtsvollst zu unterbreiten.

Euerer Majestät Botschafter in Wien und London werden entsprechend unterrichtet.

Jagow

---

* Siehe Anlage.

Anlage

Sichere Nachrichten aus Bukarest lassen dortige Lage äußerst kritisch erscheinen. Der greise König dürfte nicht mehr Herr der Situation sein und seine Friedenspolitik gegenüber Volksstimmung und Kriegspartei kaum noch durchsetzen können. Wir wissen, daß Rußland in Bukarest vertraulich mitgeteilt hat, daß es in rumänisch-bulgarischem Kriege Bulgarien unterstützen müsse. Aus alter politischer Freundschaft und dynastischen Beziehungen könnten wir Rumänien in diesem Falle nicht im Stich lassen. Unsere Politik ist aber absolut für Erhaltung des Friedens in Europa. Ein europäischer Krieg um bulgarisch-rumänische Händel würde uns unverantwortlich erscheinen. Bitte Herrn Sasonow vertraulich und freundschaftlich unter Verwertung des Vorstehenden vorzuschlagen, daß, falls bulgarisch-rumänischer Krieg sich in letzter Stunde nicht doch noch vermeiden lassen sollte, europäische Großmächte sich zu strengster Neutralität verpflichten. Bei Friedensschluß würde es uns immer möglich bleiben, für beiderseitige Freunde vermittelnd zu wirken. Gleichwohl setzen wir unsere Bemühungen in Bukarest und Sofia zur friedlichen Beilegung des Konflikts fort. Gleiche Mitteilung geht nach Wien.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Einverstanden 16/II 13*
habe in gleichem Sinne mit Lord Granville** gestern Abend gesprochen und um Englands Mitwirkung in Petersburg gebeten, die er sofort bereitwilligst in Aussicht stellte, da diese Auffassung sich ganz mit der Engl[ands] decke.

W.

Nr. 12855

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 Bukarest, den 15. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 40***.

Sprach im Sinne der Weisung mit Konseilpräsident, Finanzminister Marghiloman und hatte Audienz bei Seiner Majestät. Auf Chef liberaler Opposition Bratianu haben ähnliche lange Ausführungen des Prinzen Fürstenberg keinen Eindruck gemacht. Gefahr liegt darin, daß Liberale und kriegerischer Teil der Konservativen leidenden König unter Ausnutzung öffentlicher Stimmung für Krieg und gegen Dynastie zu kriegerischem Vorgehen zu bestimmen suchen. Konseilpräsident zustimmt

---

* Nach Genehmigung der Instruktion durch Kaiser Wilhelm II. ging sie als Geheimtelegramm Nr. 56 noch am 15. Februar nach Petersburg.
** Botschaftsrat bei der englischen Botschaft in Berlin.
*** Siehe Nr. 12831.

völlig Ausführungen über russische Politik, bezeichnet sich als Friedensminister, der aber auf erregte Öffentlichkeit Rücksicht nehmen müsse, will eventuell Italien und Rußland als Schiedsrichter, die Oberschiedsrichter wählen könnten, vorschlagen, was vielleicht zur Teilung Silistrias führen könne, sprach auch von möglicher Verstärkung Friedensstandes wie in Österreich. Finanzminister ist durchaus gegen andere Orientierung Politik, erklärt, zum Schutz Dobrudscha seien außer Höhen auch Stadt Silistria jedenfalls zur Hälfte nebst Donaubrücke und befestigter Punkt bei Kali-Akra nötig. Beständige Verschleppung Verhandlungen sei für Rumänien erniedrigend. Bulgarien werde nicht ohne militärische Aktion, zum Beispiel Verstärkung Friedensstandes nachgeben. Dies solle Sache bloß zwischen Rumänien und Bulgarien sein. Rußland werde trotz gegenteiliger Erklärungen nicht einschreiten, weil Rumänien nur Schutz der Grenze, nicht Eroberung weiteren bulgarischen Gebiets wolle. Er wolle Silistria, die Liberalen Silistria oder andere Orientierung Politik. Gegen König herrsche allgemeine Erregung. Seine Majestät sieht Lage außerordentlich ernst an, leidet offenbar sehr unter Sorgen und Schlaflosigkeit. Er stehe zwischen sehr ernster äußerer und schwerer innerer Krise, rechnet mit möglichem Fall aus friedlichen und kriegerischen Elementen bestehenden Kabinetts und Notwendigkeit Berufung liberaler Regierung, die Ultimatum an Bulgarien würde stellen wollen. Will alles mögliche versuchen zwecks friedlicher Lösung, muß festhalten an Silistria, das Schlagwort geworden, vielleicht geteilt oder gemeinsam verwaltet werden könne, glaubt, Bulgarien, dem militärische und finanzielle Unterstützung erfolglos angeboten sei, werde nachgeben, wenn sämtliche Mächte im Interesse des Friedens unter Hinweis auf rumänische Kriegsgefahr in Sofia Druck ausübten, bittet uns, in diesem Sinne zu wirken. Montag soll Regierung erneut interpelliert werden, ob sie eventuell bereit, kriegerisch vorzugehen.

Waldthausen

Nr. 12856

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Konzept

Nr. 238 Berlin, den 16. Februar 1913

Die durch die Vorgänge am Balkan geschaffene Lage spitzt sich in bedenklicher Weise zu. Das albanische Problem harrt seiner Erledigung. Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen sind auf dem toten Punkt angelangt. Immer schwieriger wird die Aufgabe, einen finanziellen Zu-

sammenbruch der Türkei zu verhüten und ihre Gläubiger vor Schaden zu bewahren.

Ein baldiger Friedensschluß scheint mir im Interesse sowohl der Türkei wie der Balkanstaaten zu liegen und von beiden Teilen dringend gewünscht zu werden. Er würde auch die allgemeine Lage wesentlich klären und daher im Interesse Europas zu begrüßen sein. Selbstverständlich ist er, solange keine entscheidende Wendung des Kriegsglücks eintritt, nur auf der Grundlage der Kollektivnote vom 17. Januar möglich. Die Pforte müßte also auf Adrianopel verzichten. Daß sich auch die gegenwärtige türkische Regierung in diesem Punkte keinen Illusionen hingibt, möchte ich ohne weiteres annehmen. Sie stellt sich auf den ablehnenden Standpunkt wohl nur äußerlich, und um ihr „Gesicht zu wahren". Zu letzterem Zwecke dürfte ihr eine Brücke zu bauen und der Verzicht auf Adrianopel etwa dadurch zu erleichtern sein, daß sich die Mächte zur genaueren Präzisierung der in ihrer Note zugunsten der Türkei gemachten Zusicherungen entschlössen. Hierbei kämen wohl außer den in Aussicht gestellten Garantien für die muhamedanischen Interessen und Heiligtümer in Adrianopel etwa folgende Punkte in Betracht:

1. Die Mächte garantieren der Pforte, daß sie keine Kriegsentschädigung zu zahlen hat.

2. Sie leisten Sicherheit dafür, daß die Frage der Staatsschulden, Konzessionen und Eisenbahnen in einer für die Türkei befriedigenden Weise geordnet wird.

3. Sie übernehmen die Garantie, daß die neue türkisch-bulgarische Grenze dicht an Adrianopel vorbeigeführt wird, und machen sich anheischig, diese Grenze in großen Zügen festzulegen.

4. Die Mächte präzisieren die der Pforte versprochene finanzielle Hilfe und erklären ihre Zustimmung zur vierprozentigen Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle.

5. Sie sorgen dafür, daß die Balkanstaaten in den der Türkei verbleibenden Gebieten keine ihnen nicht bereits zustehenden kapitulationsrechtlichen Vergünstigungen in Anspruch nehmen.

Bevor die Mächte mit einem derartigen Angebot an die Türkei herantreten, müßten sie sich des grundsätzlichen Einverständnisses der verbündeten Balkanstaaten vergewissern. Andernfalls würden wir die Pforte der Gefahr aussetzen, daß sie erst die ihr von den Mächten nahegelegten Zugeständnisse macht und sich nachher mit taktisch verschlechterter Position neuen Forderungen der Verbündeten gegenübersieht. Eine Möglichkeit, die Balkanstaaten auf der zwischen den Mächten und der Pforte vereinbarten, von der Gegenpartei nicht im voraus genehmigten Basis zum Abschluß zu zwingen, wäre nicht vorhanden.

Euer pp. bitte ich, vorstehende Anregung freundschaftlich mit Sir E. Grey zu besprechen und darauf hinzuwirken, daß er sie eventuell zur Beschlußfassung der Botschafterversammlung unterbreitet.

Jagow

Nr. 12857

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 London, den 15. Februar 1913
[pr. 16. Februar]

Nach der gestrigen Botschafterberatung lud Sir E. Grey mich und meinen österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen ein, ihn in sein Zimmer zu begleiten, wo er uns den russischen Gegenvorschlag für die Abgrenzung Albaniens unterbreitete. Er hatte diesen mehr vertraulichen Charakter gewählt, um der Möglichkeit schroffer Erklärungen, die für beide Teile verletzend sein könnten, vorzubeugen. Der Minister betonte uns gegenüber, daß der russische Vorschlag zwar das Äußerste darstelle, was Rußland zu bieten in der Lage sei, daß er sich aber nicht zum Träger einer Erklärung hätte machen lassen, die das letzte Wort bedeute. Er ließ durchblicken, ohne es direkt zu sagen, daß Rußland über einzelnes würde mit sich reden lassen, erklärte aber mit großer Bestimmtheit, daß es für Rußland unmöglich sei, sowohl für Skutari als für Diakowa und Dibra nachzugeben, namentlich nachdem es in der serbischen Hafenfrage entgegen den Wünschen der gesamten slawischen Welt den österreichischen Ansprüchen Rechnung getragen habe.

Die uns vorgelegte russische Karte Albaniens zieht die Grenze von der Adria an südlich der Bojana statt nach unserem Entwurf im Flußbett derselben. Sie läuft sodann hart an Skutari vorbei, welches bei Albanien bleibt, nach der Bucht Liceni Hotti wie auf unserer Karte, nur daß der Tarabos und der gesamte Skutarisee an Montenegro fällt. Letzterem soll es auch freistehen, den See nach Belieben zu entwässern.

Von Liceni Hotti bis Diakowa soll unser Vorschlag durch eine Kommission untersucht werden. Diakowa jedoch soll außerhalb Albaniens bleiben. Von hier soll die Grenze entlang dem weißen Drin laufen, genau wie bei uns bis zu seiner Vereinigung mit dem schwarzen Drin, dann aber, statt östlich über das Gebirge zu gehen, dem Lauf des schwarzen Drin folgen bis zu dem Punkt, wo bei uns die vorgeschlagene Grenze den Drin kreuzt im Norden des Sees von Ochrida. Auf diese Weise würde sowohl Ljuma wie Dibra ausgeschlossen.

Wir erklärten sofort, daß diese Vorschläge für uns völlig unannehmbar seien, da sie wichtige Bestandteile Albaniens von dem zu bildenden Staat trennten. Graf Mensdorff wollte über die Angelegenheit berichten, und dürfte Sir E. Grey, der heute auf einige Tage verreist, die Frage nicht eher vor die Botschafterversammlung bringen, als bis Aussicht auf Einigung vorhanden.

Meine persönliche Auffassung geht dahin, daß, falls Österreich nach längerem Hin und Her in einem Punkt nachgibt, also etwa in Diakowa,

wo der Gebietsunterschied nicht sehr erheblich ist, eine Einigung zustande kommen könnte, daß aber, falls wir nichts ...*, Sir E. Grey mit um so stärkerem Nachdruck seinen Kommissionsvorschlag vertreten wird.

Lichnowsky

Nr. 12858

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 London, den 15. Februar 1913
[pr. 16. Februar]

In Abwesenheit Sir E. Greys sagte mir soeben Sir A. Nicolson, daß der Minister die Überzeugung gewonnen, Türkei sei zum Nachgeben bereit, wenn annehmbare Form gefunden. Vor allem wünsche das türkische Kabinett, daß in Antwort nicht auf Kollektivnote Bezug genommen werde, da Erwiderung letzterer Sturz früherer Regierung herbeigeführt. Sir E. Grey schlage daher nachstehende Antwort vor anstatt bisherigen Textes. Es käme darauf an, möglichst bald Tewfik Pascha Bescheid zu geben und dadurch raschen Friedensschluß herbeizuführen:

„Les puissances ne peuvent rien faire sur la base de la note responsive de la Porte. Si elle se montre disposée à accepter leurs avis les puissances se mettront en communication avec les alliés dans le but d'arriver à la paix**."[1]

Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Einverstanden! W.

Nr. 12859

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 68 Berlin, den 16. Februar 1913

Englischer Botschafter hat mir heute unter Mitteilung russischer Abgrenzungsvorschläge für Albanien gesagt, daß nach Sir Edward Greys

---

* Zifferngruppe unverständlich.
** Nach einem Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London de Fleuriau vom 15. Februar (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques II, 81) wäre diese Fassung dem englischen Unterstaatssekretär durch die französische Botschaft suggeriert worden.

Ansicht russische Regierung und Zar durch Preisgabe von Skutari öffentlicher Meinung gegenüber in unmögliche Lage käme, falls außerdem Dibra und Diakowa für Serbien verloren gingen. Russische Grenzlinie näherte sich bei genannten Städten so sehr der österreichischen, daß Streitfrage sich nicht mehr um größere Territorien, sondern nur um die Städte selbst drehe. Letztere könnten kaum von ausschlaggebender Bedeutung für Österreich bezw. Albanien sein. Nach Nachgeben in serbischer Hafenfrage und bei Preisgabe von Skutari müsse Rußland ein Zugeständnis erringen. Sir Edward Grey hat Eindruck, daß Rußland wegen Tarabos und Ljumaebene noch nachgeben werde, wenn Diakowa und Dibra zediert würden, und hofft, daß Einigung auf dieser Basis möglich. Andernfalls erblickt er Ausweg nur in internationaler Commission d'Enquête.

Jagow

Nr. 12860

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 St. Petersburg, den 16. Februar 1913

Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 56*.

Herr Sasonow ist im Prinzip mit Vorschlag einverstanden, daß Großmächte im Falle rumänisch-bulgarischen Kriegs neutral bleiben[1]. Auch er wünscht in erster Linie Erhaltung Friedens in Europa. Der Minister erklärte, daß Rußland nicht „verpflichtet" sei[1], Bulgarien beizustehen, und daß er eintretenden Falles an Neutralitätspolitik festhalten werde, „so lange es ihm menschenmöglich sei"[2]. Allerdings könne er mir schwierige Lage nicht verhehlen, in der sich russische Regierung im Falle bewaffneten rumänisch-bulgarischen Konflikts befinden werde. Erregung hiesiger öffentlicher Meinung gegen Rumänien nehme bedenklich zu und erfasse auch solche Kreise, die sich in österreichisch-serbischer Frage ruhig verhalten hätten[3].

Minister wies ferner auf das Interesse hin, welches Rußland als Nachbar von Rumänien und Uferstaat Schwarzen Meeres an Besitzverhältnissen an diesem Meer habe. Jedenfalls werde Rußland Vergewaltigung Bulgariens durch Rumänien nie zugeben können. Äußerste Grenze, bis zu der Rußland auf Bulgarien im Sinne Nachgebens einwirken könne, sei Linie von Forts von Silistria bis Sabla am Schwarzen Meer.

Sasonow ist der Ansicht, daß Großmächte jetzt alles aufbieten müssen, um rumänisch-bulgarischen Krieg zu verhindern[4]. In diesem Sinne

* Identisch mit Nr. 12854, Anlage.

begrüßt er den von Sir E. Grey infolge einer Anregung des italienischen Botschafters in London formulierten Vorschlag einer Mediation der Großmächte und hat entsprechende Weisungen an russische Vertreter bei den Großmächten erteilt*. Minister meint, es sollte tunlichst bald energischer Kollektivschritt der Großmächte[5] in Sofia und Bukarest erfolgen. Vielleicht würde solcher Schritt jetzt noch Erfolg haben. Allerdings lauteten seine Nachrichten aus Bukarest ebenfalls sehr ungünstig. Der König sei „débordé", ebenso die versöhnlichen Elemente. Gänzlich verfahrene Lage sei Folge der Intrigen der liberalen Partei[4], die durchaus ans Ruder wolle.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der Entzifferung:
[1] Gut
[2] ahem!
[3] Zum Donnerwetter energisch entgegentreten!
[4] richtig
[5] auf die der König sich seinen Drängern gegenüber berufen kann!

Nr. 12861

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 57 Berlin, den 17. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 53**.

Bitte Herrn Sasonow für seine Erklärung zu danken und ihm zu sagen, daß wir allerorts, namentlich auch Bukarest, bemüht sind, für Erhaltung Friedens zu wirken.

Jagow

---

* Tatsächlich hatte Sasonow zunächst nicht eine Mediation der sämtlichen Großmächte, sondern eine Mediation der Tripelententemächte im Auge gehabt. Am 15. Februar überreichte Iswolsky am Quai d'Orsay eine russische Erklärung, die eine Einwirkung vor allem Rußlands und Englands in Bukarest und Sofia vorsah, und zwar sollte diese Einwirkung in Bukarest den Charakter einer „action énergique", in Sofia den eines „conseil pressant" tragen. Zirkulardepesche Jonnarts vom 15. Februar, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques II, 79. Erst am 17. Februar eignete sich Sasonow den Gedanken einer Kollektivdemarche der sechs Mächte an. Als jedoch an diesem Tage die Gesandten der Dreibundmächte den Vorschlag Englands (vgl. Nr. 12845) unterstützten, war der russische Gesandte noch ohne Instruktion; auch der französische Gesandte scheint sich erst nachträglich dem Schritt seiner Kollegen angeschlossen zu haben. Zirkulartelegramm Jonnarts vom 17. Februar, Telegramme des französischen Gesandten in Bukarest Blondel vom 17. und vom 19. Februar. Französisches Gelbbuch, a. a. O. II, 83, 85 s. Da Rumänien sich beeilte, den englischen Vorschlag einer Vermittlung der Mächte pure anzunehmen (22. Februar, vgl. Nr. 12882), so ist es zu einer Kollektivdemarche der Mächte in Bukarest zunächst garnicht gekommen. Wohl aber hat eine solche am 23. in Sofia stattgefunden, nachdem auch hier in den vorhergehenden Tagen die Gesandten der Mächte schon einzeln vorstellig geworden waren. Vgl. Nr. 12870.

** Siehe Nr. 12860.

Nr. 12862

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 210 Berlin, den 17. Februar 1913

Zu Ew. pp. gefälliger Information und zur Verwertung.

Der englische Botschafter hat mir im Anschluß an unsere gestrige Unterredung das abschriftlich anliegende Telegramm* mitgeteilt, worin Sir Edward Grey seinen Standpunkt zu den österreichisch-russischen Differenzen in der albanischen Abgrenzungsfrage darlegt.

Der Standpunkt Sir E. Greys erscheint sehr beachtenswert. Eine zu intransigente Haltung Wiens würde den englischen Minister zweifellos enttäuschen und ihm die Durchführung seiner im Interesse des Dreibundes erfreulichen Vermittelungspolitik erschweren. Sehr zu begrüßen wäre es daher, wenn Graf Berchtold sich äußerstenfalls zur Zuteilung Dibras an Serbien entschließen könnte.

Jagow

Anlage

Berlin, February 15, 1913

In regard to the question of Albania Sir Edward Grey has communicated to the German, Austro-Hungarian and Italian Ambassadors, privately, the lines that the Russian Government are prepared to accept. The Austro-Hungarian Ambassador expressed great disappointment** and called special attention to the fact that the lines proposed by Russia excluded from Albania Tarabosh, the plain of Luma and both Dibra and Djakova.

Sir Edward Grey points out that it must, on the other hand, be borne in mind that for the first time the Russian proposal does admit the inclusion of Scutari in Albania; that when this becomes known it is certain to cause an outcry in Russia and to evoke severe criticism of the Russian Government and even of the Emperor; and that the situation of Russia will be impossible, if, in addition, Servia loses both Dibra and Djakova.

Sir Edward Grey observes that the Russian line comes very close to that of Austria both at Dibra and at Djakova so that the question at issue is merely one of towns and not of any great extent of territory. The difficulty consists in the fact that the towns have become centres

---

* Siehe die Anlage.

** Nach Fürst Lichnowskys Telegramm Nr. 88 (siehe Nr. 12857) galt das gleiche von ihm und seinem italienischen Kollegen.

of controversy, whatever their intrinsic value may be, and that, since Russia is known to have accepted the Austrian solution of the Adriatic port question and has now to face the abandonment of Scutari, she must obtain some concession on the other points at issue. He is under the impression that Russia might be induced to give way in regard to Tarabosh and the plain of Luma if the towns of Djakova and Dibra could be conceded.

Sir Edward Grey is impressing on the Russian Government that there must be no delay in concluding the negotiations as soon as the Austrian criticism on the Russian line are received. He still enter tains the hope that an agreement may be reached on the lines above indicated, but if not he can see no alternative except the appointment of an international „Commission d'Enquête" to report on the ethnographical and geographical facts etc., of the points in dispute.

The more Sir Edward Grey sees of this controversy the more difficult it appears to him to say, without expert and local information, what would be the best frontier for Albania, on the merits; but he also feels the more that it would be both unreasonable and intolerable that any of the Great Powers, even those concerned most directly, should become involved in a war over the points in dispute.

Sir Edward Grey admits that some important strategical considerations were involved for Austria in the Adriatic Port question and that the town of Scutari is perhaps essential for an autonomous Albania; he cannot however believe that the same importance attaches to the towns of Dibra and Djakova.

He adds that the most difficult point of the negotiations has not been reached, but that it comprises the only remaining difficulties in regard to Albania which are likely to be critical; he therefore considers that it is worth while to make every effort with a view to discovering a solution and for this purpose he is especially anxious to maintain friendly cooperation with Germany.

Nr. 12863

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky**

Telegramm. Konzept

Nr. 114 Berlin, den 18. Februar 1913

Dem Beispiel Sir E. Greys und der Anregung der Botschafterversammlung vom 14. Februar folgend**, haben wir in Bukarest und Sofia

* Die Botschafter in Wien, Rom, Paris und Petersburg erhielten gleichzeitig Kenntnis von diesem Erlaß mit dem Ersuchen, sich bei den dortigen Regierungen um deren Zustimmung bzw. Unterstützung der in Rede stehenden Anregung zu bemühen.
** Vgl. Nr. 12845.

erneut zur Versöhnlichkeit geraten und beiden Parteien nahegelegt, beim Scheitern direkter Verständigung die Vermittelung der Großmächte anzurufen. Herr Majorescu will nicht nur die Vermittelung, sondern sogar die Entscheidung der Mächte annehmen, sofern Bulgarien gleichfalls zustimmt. Herr Geschow hat Vermittelungsgedanken nicht abgelehnt, endgültige Entschließung aber vorbehalten.

Die Mächte sind einig in dem Wunsch, dem Konflikt möglichst schnell aus dem akuten Stadium herauszuhelfen und der drohenden kriegerischen Lösung vorzubeugen. Wie die verschiedensten, hier vorliegenden Nachrichten zeigen, befestigt sich bei allen Kabinetten die Überzeugung, daß es zur Erreichung dieses Zieles nützlich wäre, auf dem von Sir E. Grey gewiesenen Wege einen Schritt weiterzugehen und den Parteien nunmehr mittelst Kollektivdemarche die Anrufung eines Schiedsgerichts anzuraten. Wir teilen diese Überzeugung und würden für die in Bukarest und Sofia abzugebende gemeinsame Erklärung etwa folgende Fassung vorschlagen:

„Die Großmächte sind der Ansicht, daß die Differenzen zwischen Rumänien und Bulgarien zu geringfügig sind, um ihre kriegerische Austragung zu rechtfertigen. Sie sind überzeugt, daß die Schlichtung des Streits durch versöhnliche unmittelbare Verhandlungen den Interessen beider Länder am meisten entsprechen würde. Sollte eine Lösung auf diesem Wege nicht zu erzielen sein, so raten sie, die verbleibenden Differenzpunkte der Entscheidung eines Schiedsgerichts anzuvertrauen."

Euer pp. wollen diesen Gedanken, falls nicht durch Ereignisse überholt, mit Sir E. Grey besprechen und, wenn er einverstanden, darauf hinwirken, daß er entsprechende Anregung der Botschafterversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet.

Jagow

Nr. 12864

Bericht des Militärattachés in Bukarest Majors Bronsart von Schellendorff

Abschrift

Nr. 27 Bukarest, den 15. Februar 1913
[pr. 18. Februar]

Der Ministerpräsident, Herr Majorescu, hat hiesigen Gesandten gegenüber erklärt, daß die Regierung vielleicht zu einer Erhöhung der Friedensstände der Armee schreiten werde. Ähnlich hat sich Seine Majestät der König gestern zum österreichischen Militärattaché geäußert, indem er sagte, er fasse die Eventualität ins Auge, als äußerstes Pressionsmittel gegen Bulgarien die Einziehung von Reservisten anzuordnen.

Eine derartige Maßnahme würde im direkten Gegensatze stehen zu den

bisher vom Chef des Generalstabs vertretenen Ideen, wie er solche während der Anwesenheit Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Eitel Friedrich* auch Seiner Exzellenz dem Generalobersten von Plessen dargelegt hat. Auf mein Befragen gab mir General Averescu heute folgende Auskunft: Vor einigen Wochen habe die Regierung von ihm verlangt, sich über eine eventuelle Erhöhung der Friedensstände der Armee zu äußern. Er habe sich damals dagegen ausgesprochen. Vor wenigen Tagen habe man ihm von neuem seine Ansicht abverlangt, und er habe den Gedanken wiederum mit Entschiedenheit verworfen. Als Vorbereitung für eine spätere Mobilmachung habe die Maßnahme seines Erachtens keinen großen Wert, denn die Mobilmachung würde dadurch nur unwesentlich beschleunigt. Und wenn man beabsichtige, damit die Bulgaren zu impressionieren, so sei er erst recht dagegen, denn er sei ein Feind jeden Bluffs und halte es für einen verhängnisvollen Irrtum zu glauben, daß die Bulgaren sich durch derartige Dinge einschüchtern ließen. Er habe heute Morgen mit dem Kriegsminister über die Angelegenheit gesprochen. General Hêrjeu habe ihm gesagt, er wisse nichts von dem erwähnten Plan, im Ministerium sei die Frage bisher nicht erörtert worden. Er teile aber völlig seine Meinung und werde gegebenen Falles von einer Erhöhung des Friedensstandes abraten. Einem Regierungsbeschlusse müsse er sich indessen natürlich unterordnen.

Bei dieser Gelegenheit bekannte sich General Averescu — und das war interessant, denn es beweist, daß er seinen bisherigen Standpunkt doch recht erheblich geändert hat — als ein entschiedener Anhänger des sofortigen Losschlagens gegen Bulgarien. Die kriegerische Stimmung im Lande sei allgemein. Silistria habe zwar keine große Bedeutung, aber das bilde auch heute nur noch den Vorwand. Rumänien müsse und wolle mit Bulgarien ein für allemal abrechnen. „Ich fände es schade", so sagte er wörtlich, „wenn es erst nach dem türkisch-bulgarischen Friedensschlusse zum Kriege käme. Wir sollten uns mit den Türken verbünden und die Bulgaren zwischen zwei Feuer nehmen. Wir hätten es längst tun sollen, aber noch ist es Zeit. Neulich berichtete mir der rumänische Militärattaché in Wien, daß die österreichische Regierung es gern sehen würde, wenn wir uns mit den Bulgaren friedlich einigten, damit die ganze rumänische Armee gegen Rußland verfügbar bleibe. Ich habe antworten lassen, ich verstände nicht, wie Österreich noch jetzt mit der ganzen rumänischen Armee rechnen könne. So wie gegenwärtig die Verhältnisse lägen, müsse ein großer Teil der Armee an der Dobrudschagrenze gegen Bulgarien stehen bleiben, mindestens das V. Armeekorps und starke Reserveformationen, vielleicht noch mehr. Viel besser sei es, zunächst die Bulgaren gründlich zu schlagen, dann hätte Rumänien für 30 Jahre Ruhe und könne ohne Gefahr für seine südliche Grenze bei einem Kriege gegen Rußland die ganze Armee im Nordosten des Landes versammeln."

---

* Vgl. Nr. 12809, S. 338, Fußnote **

Schließlich teilte mir General Averescu mit, daß er soeben Telegramme erhalten habe, die besagten, daß eine 5. bulgarische Armee von 50000 Mann unter General Paprikow in Varna gebildet würde, und daß die Serben den Bulgaren Hilfskräfte bis zur Höhe von 100000 Mann zugesagt hätten.

Ferner habe der österreichische Militärattaché in Sofia nach Wien gemeldet, daß in Varna Quartier für 40000 Serben bestellt werde.

Die Bildung einer so starken Armee in Varna könne natürlich nur gegen Rumänien gerichtet sein. Er halte diese Nachrichten aber in der vorliegenden Form für nicht richtig. Er frage sich vergeblich, weshalb die Bulgaren die Armee, die gegen Rumänien verwendet werden solle, an einem strategisch so ungünstigen Punkte wie Varna versammelten, es sei denn, um den Anschein zu erwecken, daß dieselbe gegen türkische Landungsversuche dienen solle. Er wisse auch nicht, wo die Bulgaren Kaders und Mannschaften hernehmen wollten für diese neue Armee. Die österreichische Meldung erscheine ihm noch weniger glaubwürdig, denn eine in der Hauptsache aus Serben zusammengesetzte Armee werde sicherlich nicht einem bulgarischen General unterstellt werden. Aber zweifellos bereite Bulgarien sich auf die Möglichkeit eines Krieges mit Rumänien vor. In diesem Sinne deute er auch den Rückzug der Bulgaren von Tschataldja. Es komme für Rumänien darauf an, keine Zeit mehr zu verlieren, sondern die noch immer günstige strategische Lage auszunützen.

Vorstehende Äußerungen des Chefs des rumänischen Generalstabs sind deshalb von so großem Interesse, weil General Averescu bis vor kurzem durchaus nicht zur „Kriegspartei" zählte. Man ersieht hieraus, welche Fortschritte die kriegerische Stimmung des Landes in den letzten Wochen gemacht hat.

(gez.) Bronsart
Major im Generalstabe

Nr. 12865

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Wien, den 18. Februar 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 66* vom 15. Februar.

Graf Berchtold schickt mir auf mein Ersuchen nachstehende Notiz über seine infolge meiner Mitteilung obigen Telegramms an Graf Thurn

* Durch Telegramm Nr. 66 war das Telegramm nach Petersburg Nr. 56 (siehe Nr. 12854, Anlage) nach Wien mitgeteilt worden.

erteilte Instruktion: Graf Thurn wurde von dem Inhalt dessen, was Herr von Tschirschky hier am 16. d. Mts. mitgeteilt hat, telegraphisch unterrichtet und beauftragt, sobald Graf Pourtalès seine Weisung bei Sasonow ausgeführt haben wird, den Minister des Äußern gleichfalls aufzusuchen und sich ihm gegenüber folgendermaßen auszusprechen:

Die der deutschen Regierung vorliegenden ungünstigen Nachrichten über den Stand der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen und die Stimmung in Bukarest stimmen mit unsern Informationen überein.

Unter den vom Grafen Pourtalès angeführten Voraussetzungen könnten wir in dieselbe Zwangslage wie Deutschland geraten.

Da wir den Ausbruch eines europäischen Krieges wegen der bulgarisch-rumänischen Differenzen natürlich nicht wünschen können, seien wir bemüht, einen Krieg zwischen Rumänien und Bulgarien hintanzuhalten.

Bekanntlich habe Sir E. Grey in dieser Richtung die Initiative ergriffen, indem er den Gesandten der beiden Staaten den Rat erteilt hat, die Mediation der Mächte anzurufen, und an die britischen Vertreter in Sofia und in Bukarest in diesem Sinne Instruktionen ergehen ließ. Wir hätten uns, einer Anregung der Londoner Botschafterreunion folgend, beeilt, sowohl Prinz Fürstenberg wie Graf Tarnowski zu beauftragen, sich im Sinne der Ratschläge Sir E. Greys auszusprechen, sobald die Vertreter der anderen Mächte den gleichen Auftrag erhalten hätten.

Wir hielten an der Hoffnung fest, ein von allen Mächten ausgehendes Mediationsanerbieten werde angenommen und der Konflikt auf diese Art vermieden werden.

Sollte aber trotz aller Bemühungen der Krieg zwischen Rumänien und Bulgarien unabwendbar sein, so wäre es unserer Ansicht nach die Aufgabe der befreundeten Großmächte, ihm durch freundschaftliche, friedliche Mittel möglichst rasch ein Ende zu machen und ein Übergreifen auf andere Staaten zu verhindern. Sofort bei dem eventuellen Ausbruch des Krieges sollten die Großmächte daher in einen Gedankenaustausch darüber eintreten, in welcher Weise sie vermittelnd eingreifen könnten[1].

Schließlich wurde dem Grafen Thurn empfohlen, bei seiner Aussprache mit Sasonow keineswegs den Eindruck einer Drohung zu erwecken, sondern anzudeuten, daß die Mitteilungen, zu denen er beauftragt sei, durch die ernsten Besorgnisse veranlaßt wurden, welche uns die eventuellen Folgen eines rumänisch-bulgarischen Konflikts einflößen.

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Kann schon vorher geschehen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Oesterreich soll nun endlich anfangen seine Reserven einzuziehen

Nr. 12866

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Wien, den 19. Februar 1913

Vertraulich

Ich konnte den Grafen Berchtold, der von neuem das Bett hütet, heute nicht sehen. Aus Äußerungen des Sektionschefs Grafen Szápáryi entnehme ich, daß man hier eventuell geneigt ist, von den bisher für die Abgrenzung Albaniens aufgestellten Forderungen noch etwas sich abhandeln zu lassen und Dibra schließlich preiszugeben.

In der rumänischen Frage ist man hier der bestimmten Ansicht, daß deren Regelung auf friedlichem Wege möglich sein wird. Von hier aus ist Prinz Fürstenberg nochmals beauftragt worden, der rumänischen Regierung sehr nachdrücklich die ernsten Folgen auch eines siegreichen Krieges gegen Bulgarien für die Interessen Rumäniens vor Augen zu führen. Man wird hier alles tun, damit diese Frage der Vermittlung der Großmächte überlassen werde[1].

Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut

Nr. 12867

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 217 Berlin, den 19. Februar 1913
[abgegangen am 20. Februar]

Der hiesige serbische Geschäftsträger hat hier namens seiner Regierung Vorstellungen gegen das Projekt Sir Edward Greys betreffend die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Abgrenzung Albaniens erhoben. Der Verdacht liegt nahe, daß die Gegnerschaft Serbiens gegen das Projekt in der Befürchtung zu suchen ist, daß eine mit Untersuchung der Verhältnisse betraute Kommission sich an Ort und Stelle von der ethnographisch und geographisch mangelhaften Berechtigung der serbischen Prätensionen überzeugen könnte. Aus demselben Grunde ist anzunehmen, daß auch Rußland gegen die Einsetzung einer Kommission sein dürfte**.

---

* Von dem obigen Erlaß wurde dem Botschafter in Rom mit der Weisung Kenntnis gegeben, in gleichem Sinne mit Marquis di San Giuliano zu sprechen.
** Vgl. dazu Nr. 12799, S. 327, Fußnote *.

Ich gebe vollständig zu, daß die Einwendungen des Grafen Berchtold gegen das Greysche Projekt* — die Schwierigkeiten, die sich der Arbeit einer Kommission praktisch in dem wilden, jetzt auch durch den Kriegszustand erregten Lande entgegenstellen würden — vollständig begründet sind. Andrerseits aber würde Österreich-Ungarn durch ein Eingehen auf den Kommissionsgedanken zeigen, daß es von einer sachlichen Prüfung seiner Abgrenzungspläne für diese nichts zu befürchten hat; Rußland dagegen würde sich durch die voraussichtliche Ablehnung der Kommission ins Unrecht setzen. Taktische Gründe scheinen mir daher für ein Eingehen auf den Greyschen Gedanken oder wenigstens eine Nichtablehnung desselben zu sprechen.

Euere Exzellenz bitte ich obiges vertraulich mit Graf Berchtold zu besprechen und ihn nach seiner Auffassung zu befragen.

Jagow

Nr. 12868

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 94 London, den 19. Februar 1913
[pr. 20. Februar]

Hakki Pascha besuchte mich heute und hat mir nachstehendes auseinandergesetzt:

Die Türkei möchte, um zu Frieden zu gelangen, ihr Schicksal in die Hände der Mächte legen und es ihnen überlassen, die Friedensbedingungen festzustellen[1]. Auf meine Frage, ob seine Regierung sich auf den Boden der Gesamtnote stelle oder auf den der Antwort, entgegnete er ausweichend[2] und erklärte, es sei für die Türkei unmöglich, Adrianopel bedingungslos preiszugeben[3]. Noch kenne man keine der übrigen Forderungen der Bulgaren, man müsse also befürchten, daß die Verbündeten selbst nach Verzicht auf Adrianopel mit unerfüllbaren Wünschen kämen. In Betracht kommen in erster Linie die neuen Grenzen, welche nicht so nahe an Konstantinopel herangerückt werden dürfen, daß letzteres dadurch bedroht sei, ferner die Inselfrage, die Kriegsentschädigung, Kapitulationen. An Europa sei es, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und die Vorteile der Türkei namhaft zu machen, die es in der Lage sei, ihr zu bieten, falls sie sich zu weiteren Zugeständnissen versteht[4].

Er vermied es, die Möglichkeit der Abtretung Adrianopels direkt auszusprechen, ließ aber durchblicken, daß seine Regierung vielleicht unter

* Vgl. dazu Nr. 12813.

gewissen Umständen hierzu bereit sein würde, nicht aber wünsche, sich den Verbündeten gegenüber allein zu befinden.

Ich riet ihm, Sir E. Grey, der morgen — Donnerstag früh — zurückkehrt, seinen Standpunkt mitzuteilen, und versprach, die Angelegenheit auf der Botschafterversammlung zu besprechen.

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Damit wir nachher damit belastet werden können

[2] immer das alte Lied

[3] !

[4] unglaubliche Unverschämtheit

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der thut so als ob er noch Bedingungen stellen könnte! Uebergiebt die Türkei es an Europa, so muß es ohne Hintergedanken auf Gnade und Ungnade sein, mit der Absicht zu pariren. Ebenso die anderen belligerenten!

Nr. 12869

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 68

Wien, den 19. Februar 1913
[pr. 20. Februar]

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 207*.

Wie mir Baron Macchio sagt, hat Graf Berchtold, der von Graf Mensdorff gleiche Nachricht erhalten hat, dem österreichischen Botschafter in London Weisung erteilt, zunächst nochmals eingehend mit Sir E. Grey zu sprechen. Der Botschafter soll dabei darauf hinweisen, daß Österreich-Ungarn nach wie vor gewillt sei, im Interesse des Friedens den russischen Wünschen so weit als irgend möglich entgegenzukommen, und deshalb eventuell bereit wäre, noch eine Konzession an der Ostgrenze Albaniens zu machen. Voraussetzung dabei sei aber, daß das dann vereinbarte Ergebnis in einem bindenden Beschluß der Mächte festgelegt werde, zugleich dahin zu lauten hätte, daß die Balkanstaaten die ihnen nicht zugesprochenen Territorien zu räumen haben würden.

Graf Berchtold ist in dieser seiner Instruktion auch nochmals auf die Idee der Einsetzung einer lokalen Kommission zurückgekommen und hat die Bedenken und Gefahren hervorgehoben, die damit verbunden seien.

Wegen der eventuell von Österreich-Ungarn noch zu gewährenden Konzession, so sagte mir Baron Macchio in Bestätigung der gestrigen

---

* Durch Erlaß Nr. 207 vom 17. Februar war das Londoner Telegramm Nr. 88 (siehe Nr. 12857) nach Wien mitgeteilt worden.

Äußerung des Grafen Szápáryi an der Hand der Karte, daß es sich um Dibra handeln würde.

Hilmi Pascha*, der mich soeben aufsuchte, erwähnte im Laufe unserer Unterhaltung, daß in Diakowa 60000 Albanesen wohnten und der Ort höchstens 100 bis 150 serbisch-orthodoxe Häuser habe.

von Tschirschky

Nr. 12870

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Sofia, den 20. Februar 1913

Mein englischer, russischer, französischer und italienischer Kollege haben Weisung, hiesiger Regierung vorzuschlagen, falls eine direkte Verständigung mit Rumänien nicht gelingen sollte, an die Entscheidung, nicht an bloße Vermittelung der Großmächte zu appellieren.

Erbitte Instruktion, ob ich mich ebenfalls in diesem Sinne aussprechen soll.

Below

Nr. 12871

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 29 Berlin, den 21. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 41**.

Bitte ebenfalls Appell an Entscheidung der Mächte raten, Botschafterkonferenz London wird voraussichtlich heute über Frage beraten.

Jagow

Nr. 12872

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 London, den 20. Februar 1913
[pr. 21. Februar]

Sir E. Grey hat die für heute angesetzte Botschafterversammlung auf morgen verschoben, um dadurch Zeit zu gewinnen zu Vorbesprechungen über einen ihm soeben durch Graf Mensdorff übermittelten letzten österreichischen Verständigungsvorschlag hinsichtlich Albaniens.

---

* Türkischer Botschafter in Wien.
** Siehe Nr. 12870.

Graf Mensdorff war bei mir, um mich davon zu unterrichten, daß Graf Berchtold bereit sei, auch noch auf Dibra und das Tal des Radika zu verzichten, falls er alsdann auf die ungeschmälerte Annahme seiner übrigen Bedingungen rechnen dürfte. Dieser letzte Vermittelungsvorschlag solle aber nicht direkt vor die Botschafterversammlung gelangen, sondern zu vertraulichen Besprechungen zwischen Sir E. Grey und meinem russischen und französischen Kollegen vorläufig verwertet werden. Erst wenn Zustimmung Rußlands erreicht sei, sollen die Botschafter damit befaßt und die albanische Streitfrage formell beglichen werden.

Sir E. Grey sagte mir soeben, er lege großen Wert auf eine baldige Austragung der Angelegenheit, da der König am 10. März bei Wiederzusammentritt des Parlaments genötigt sein werde, in der Thronrede die auswärtige Politik zu berühren. Hierbei werde sich nicht vermeiden lassen, auch auf das albanische Problem einzugehen, und es würde ihm erwünscht sein, dann nicht die Ergebnislosigkeit der Botschafterberatungen eingestehen zu müssen. Ich erwiderte, daß das Wiener Kabinett durch dieses neue Zugeständnis seinen guten Willen gezeigt, und daß es unbillig wäre, nun noch mehr von ihm zu erwarten. Ich hoffte vielmehr, daß es ihm gelingen werde, die russische Regierung zur Annahme des österreichischen Angebots zu überreden. Der Minister wollte gleich darauf mit Graf Benckendorff und Herrn Cambon verhandeln und abwarten, was man in Petersburg dazu sagen würde.

Auf der morgigen Sitzung wird der Gegenstand noch nicht zur Sprache kommen.

Lichnowsky

Nr. 12873

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 49

Pera, den 18. Februar 1913
[pr. 21. Februar]

Nachdem die Türkei sich bereit erklärt hat, einige hunderttausend Quadratkilometer ihres Territoriums an die Balkanstaaten abzutreten, wird einer der entsetzlichsten Kriege aller Zeiten in einer den Weltfrieden mehr und mehr bedrohenden Weise fortgesetzt, weil die Bulgaren einige Quadratkilometer einer rein türkischen Stadt, die sie noch garnicht erobert haben, den Türken nicht belassen wollen. Was heute zwischen Bulgarien und der Türkei ausgetragen wird, ist nicht mehr ein Krieg, sondern ein Ehrenhandel. Den Mächten fällt dabei die Rolle der Unparteiischen zu. In Wirklichkeit verdient aber die Mehrzahl der Mächte diese Bezeichnung nicht. Denn sie steht auf der Seite der Balkanländer und fällt der

Türkei in die Arme, welche mit einem Heroismus und einer Zähigkeit, von denen die Geschichte nur wenige Beispiele kennt, für ihre nationale Ehre und für ein Ideal kämpft.

Die Begriffe von Ideal und Ehre waren dem türkischen Volksbewußtsein noch vor wenigen Jahren fremd. Der Koran schreibt den Muselmanen vor, ihren Beleidigern zu verzeihen. Spricht man heftig zu einem Alttürken, so sieht man seinem Gesichte an, daß er im geheimen Allah bittet, er möge dem Fremden sein unhöfliches Benehmen verzeihen. Beleidigungen gegenüber haben die Türken der alten Zeiten noch heute ein besonderes Verfahren. Sie antworten auf die Insulte: „Ich nehme nicht an", womit die Sache erledigt ist. Der Ehrbegriff ist erst aus Europa in die Türkei importiert worden und speziell aus der deutschen Armee in die Kreise derjenigen türkischen Offiziere, welche ihre Ausbildung in Deutschland oder durch deutsche Offiziere erhalten haben. Diese kleine Gruppe von Offizieren und ihre Auffassung über nationale und militärische Ehre regiert heute die Türkei. Es ist das deutsche Ehrgefühl, welches die tapferen Paschas in Adrianopel, Skutari und Jannina und die Führer der türkischen Tschataldjaarmee beseelt. Es wird kaum möglich sein, dieses Ehrgefühl, das ein schweres Hemmnis aller Friedensverhandlungen darstellt, erfolgreich zu bekämpfen, bevor nicht Adrianopel gefallen ist. Über die Lage, die dann eintritt, hatte ich gestern ein längeres Gespräch mit den jungtürkischen Führern Halil Bey und Talaat Bey. Diese behaupten, daß der Fall der Festung die Situation nicht ändern könne. Mahmud Schewket müsse unter allen Umständen bessere Friedensbedingungen durchsetzen als diejenigen, unter welchen Kiamil hätte Frieden schließen wollen. Ich wendete ein, daß Kiamil eine noch nicht eroberte Stadt hätte aufgeben wollen, während die jetzige Regierung auf eine nach heldenmütigem Widerstand gefallene Festung verzichten würde, ein Opfer, das auch Deutschland in unglücklichen Kriegen wiederholt hätte bringen müssen. Die Beys erwiderten, das intelligente deutsche Volk könne so etwas verstehen, nicht aber das primitive türkische. —

Talaat und Halil gehören zu dem radikalen Flügel der Komiteepartei. Der gemäßigte und versöhnliche Mahmud Schewket hat die beiden Fanatiker nicht in sein Kabinett aufgenommen und wird von ihnen schon jetzt wegen seiner Nachgiebigkeit bekämpft. Im Interesse des Friedens ist es aber wünschenswert, daß Mahmud Schewket am Ruder bleibt. Derselbe besitzt Autorität gegenüber den maßgebenden unionistischen Offizieren in der Front, von denen allein die Entscheidung über die Fortsetzung oder Beendigung des Krieges gefällt werden wird. Auch bei der türkischen Bevölkerung steht der Großwesir gegenwärtig in hohem Ansehen, weil man ihn für einen Freund Deutschlands hält, das der Türkei in ihrer Not größere Sympathien entgegengebracht hat als alle anderen Nationen. Wenn Mahmud Schewket für den Frieden eintritt, so wird man annehmen, daß er dabei deutschen Ratschlägen nachgibt, und daß diese Ratschläge wohlgemeint sind. Aber

nicht nur im Hinblick auf den Friedensschluß sollten wir Mahmud Schewket stützen, sondern auch deswegen, weil die Komiteepartei, welcher er angehört, die einzige ist, auf welche wir zählen könnten, wenn wir nach dem Friedensschluß unsere Stellung in Kleinasien wirtschaftlich und politisch verstärken wollen, um uns bodenständige Rechte zu schaffen zur Begründung unserer Ansprüche, wenn einmal über das Schicksal Kleinasiens entschieden wird. Versagen wir jetzt gegenüber den Jungtürken, so verderben wir es mit der einzig möglichen Stütze deutscher Zukunftspläne in Kleinasien.

Damit sich die derzeitige Regierung halten kann, braucht sie vor allen Dingen Geld. Solches ist ihr von der europäischen Finanz bisher versagt worden, weil in Europa die Ansicht besteht, daß die Türkei durch finanziellen Boykott zur Kapitulation gezwungen werden könnte. Diese gänzlich irrtümliche Auffassung wird hauptsächlich von Rußland und Frankreich vertreten, die sehr wohl wissen, daß die Türken, bis zum äußersten getrieben, nicht etwa Frieden schließen, sondern die verpfändeten Einnahmequellen angreifen würden, was ihren Gegnern den Vorwand zu einer gewaltsamen Intervention bieten würde. Als weiteren Grund gegen die Gewährung von Darlehen wird das Interesse an der Aufrechterhaltung der Harmonie unter den Mächten angeführt. Aber dieser Harmonie liegt ja doch auch nur der Gedanke zugrunde, vorläufig wenigstens den slawischen und deshalb türkenfeindlichen Bestrebungen keine wesentlichen Hindernisse entgegenzustellen. Mahmud Schewket hat vor einigen Tagen einem Bekannten gesagt, daß er niemals das Großwesirat übernommen haben würde, wenn ihm vorher bekannt gewesen wäre, daß er auf eine finanzielle Unterstützung Deutschlands nicht rechnen könne. Mir sagte Mahmud Schewket gestern, daß er nicht verstehe, inwiefern Deutschland durch Neutralitätsrücksichten verhindert sei, der Türkei Vorschuß zu geben. Es handle sich doch nicht um Subsidien, sondern um Privatgeschäfte deutscher Banken, die völkerrechtlich erlaubt seien, wofür Deutschland ja auch früher immer eingetreten sei. Ein Staat, der seine Banken hindere, einem kriegführenden Lande Vorschüsse zu gewähren, entferne sich dadurch von den völkerrechtlich feststehenden Prinzipien der absoluten Neutralität.

Meines unmaßgeblichen Erachtens führt der Weg zum Frieden über Mahmud Schewket. Dieser kann sich nur halten, wenn ihm die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die administrative Maschine in Gang zu erhalten, ohne auf die verpfändeten Einnahmen zurückgreifen zu müssen, und wenn es ihm gelingt, bessere Friedensbedingungen zu erhalten als die Kiamilschen. Wenn irgendein Türke nach dem Falle Adrianopels auf diese Festung verzichten kann, so ist dies der jetzige Großwesir. Ich persönlich glaube nicht, daß die Kapitulation Adrianopels die Lage wesentlich verändern wird. Dies ist aber cura posterior. Vorläufig wird sich der Platz noch für längere Zeit halten.

Wangenheim

Nr. 12874

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 69 Wien, den 19. Februar 1913
[pr. 21. Februar]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 49 vom 18. Februar*.

Über die Unterredung, die Graf Thurn bei Ausführung dieser seiner Instruktionen mit Herrn Sasonow gehabt hat, berichtet der Botschafter nachstehendes

Der Minister habe mit Genugtuung auch schon aus einer Meldung des Herrn von Giers entnommen, daß man in Wien der Idee einer Mediation der Mächte in der rumänisch-bulgarischen Frage sympathisch gegenüberstehe. Er, der Minister, wisse, daß Bulgarien die Mediation angenommen habe, und aus Bukarest höre er, daß Herr Majorescu erklärt habe, so lange als irgendmöglich einen irreparablen Schritt vermeiden zu wollen. Rußland werde fortfahren, alles zu tun, um einen Konflikt zu vermeiden und einen Gedankenaustausch unter den Mächten fortzuführen. Sollte es dennoch zu kriegerischen Verwickelungen zwischen Bulgarien und Rumänien kommen, so werde es allerdings für Rußland unmöglich sein, de rester indifférent, da Rußland als Uferstaat des Schwarzen Meeres dort Interessen wahrzunehmen hätte, die bei einer Kräfteverschiebung in Mitleidenschaft gezogen werden würden.

Graf Thurn fügt als Gesamteindruck aus der Unterredung mit Herrn Sasonow die Bemerkung hinzu, daß, wenn der Minister auch nichts von Neutralität gesagt habe, er, Graf Thurn, doch glaube, daß der russische Minister alles tun werde, was in seiner Macht stehe, um nicht eingreifen zu müssen. Herr Sasonow habe aber wiederholt auf die unberechenbare Macht der Stimmung der panslawistischen Kreise hingewiesen.

von Tschirschky

Nr. 12875

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky***

Konzept

Nr. 273 Berlin, den 21. Februar 1913
[abgegangen am 22. Februar]

Zur gelegentlichen Verwertung und Regelung Ew. pp. Sprache:

Von der griechischen Presse ist mehrfach gefordert worden, daß Griechenland nach Beendigung des jetzigen Krieges an den Erwerb der

* Siehe Nr. 12865.

** Der Erlaß wurde auch an die Botschafter in Paris, Petersburg, Wien und Rom gerichtet.

von Griechen bewohnten Länderstrecken Asiens denken müsse. Zwar soll Herr Veniselos kürzlich dem Grafen Berchtold versichert haben, daß die Regierung in Athen nur die Inseln im Ägäischen Meere in ihren Besitz zu bringen wünsche und an weitere Eroberungen in Kleinasien nicht denke. Wie Euer pp. dem in Abschrift ergebenst beigefügten Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Athen vom 7. d. Mts.* entnehmen wollen, hat sich indes der Minister des Äußern Herr Koromilas wesentlich anders geäußert und der griechischen Begehrlichkeit auf weite Länderstrecken Kleinasiens ziemlich unverblümten Ausdruck verliehen.

Herr Veniselos, der zu klug ist, um der Besitzfrage der Inseln im Ägäischen Meere durch vorzeitige Preisgabe seiner auf das asiatische Festland gerichteten Pläne zu präjudizieren, mag mit seiner Versicherung formell und für den Augenblick recht haben. Gleichwohl ist mit Sicherheit zu erwarten, daß von dem Augenblick an, wo die Griechen sich im Besitz der Inseln sehen, eine zielbewußte Propaganda einsetzen wird, um nunmehr auch „die bedrückten Brüder" in Asien von dem türkischen Joche zu befreien. Die griechische Regierung dürfte, selbst wenn sie es wollte, dem Druck der öffentlichen Meinung auf die Dauer schwerlich widerstehen können. Die Großmächte aber würden eine solche Propaganda geradezu herausfordern und ihr von vornherein die Wege ebnen, wenn sie sich jetzt verleiten ließen, Griechenland die Inseln auf Grund des Nationalitätenprinzips zuzusprechen.

Jagow

Nr. 12876

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 65

Paris, den 20. Februar 1913
[pr. 21. Februar]

Meine wiederholten Unterredungen mit Herrn Jonnart und mit dem Politischen Direktor über das Problem der Grenzen Albaniens haben mir keinen Zweifel gelassen, daß Frankreich auch in dieser Frage weder die Kraft noch den Willen fühlt, aus der Abhängigkeit von Rußland herauszukommen. Meinen eingehenden Darlegungen der Gründe, die zugunsten der österreichisch-ungarischen Vorschläge sprechen, und meinem Hinweis, daß letztere auf unser Zureden bereits bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens ermäßigt seien, wußte man immer nur Argumente entgegenzusetzen, die ersichtlich von russischer Seite souffliert waren. Das Wesentlichste darunter war das, man könne die Serben nicht um die Früchte ihrer Siege bringen; Diakowa werde hartnäckig von den Serben bean-

* Siehe Nr. 12828.

sprucht und es sei nicht zu verkennen, daß diese Stadt nach Lage und ethnographischen Verhältnissen mehr serbisch wie albanisch sei*.

Von Dibra wurde französischerseits so gut wie nicht gesprochen, ein Umstand, der vielleicht darauf schließen läßt, daß man hier einen Kompromiß zwischen den sich gegenüberstehenden Vorschlägen in der Weise für möglich hält, daß Österreich-Ungarn nicht auf Diakowa, Rußland nicht auf Dibra besteht**. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß Frankreich sich besondere Mühe geben wird, die Vermittlerrolle zu spielen, wenigstens nicht offen.

v. Schoen

Nr. 12877

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wilhelm von Stumm

Eigenhändig

Berlin, den 21. Februar 1913

Der serbische Geschäftsträger gab namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß Serbien weder auf Dibra noch auf Diakowa verzichten könne. Es sei das ein Punkt, in dem keine serbische Regierung werde nachgeben können.

Stumm

---

* In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der neuerwählte Präsident der Republik Poincaré zu Freiherrn von Schoen. Nach einem Berichte des Botschafters vom 22. Februar (Nr. 71) ließ sich Poincaré unter anderem dahin aus: „Die Lösung des albanischen Problems sei leider noch nicht ganz erreicht. Ihm scheine, daß von den Opfern, die bisher von beiden sich gegenüberstehenden Seiten gebracht, dasjenige auf Durazzo und Skutari mehr ins Gewicht falle als der Verzicht auf Ipek und Prisren. Er meine daher, daß Österreich-Ungarn nun noch den Verzicht auf Diakowa in die Wagschale legen könnte; dann wäre wohl der Ausgleich gesichert. Frankreich habe zwar, so äußerte der Präsident auf eine Zwischenbemerkung von mir, keine direkten Interessen an Prisren oder Diakowa; aber es könne sich, nachdem die ganze Frage zu einer politischen geworden, schwer von seinem Verbündeten trennen, der wegen seiner öffentlichen Meinung die Slawenstaaten unterstützen müsse. Auch wir ständen unter den obwaltenden Umständen auf Seite unseres Verbündeten, erwiderte ich, aber wir hätten uns gleichwohl, um einen Ausgleich zu ermöglichen, bemüht, unseren Verbündeten zu weitgehendem Entgegenkommen zu bewegen, und zwar mit dem bekannten Erfolg. Auch Frankreich habe vielfach und erfolgreich mäßigend auf Rußland eingewirkt, bemerkte Herr Poincaré, könnte ihm aber nicht noch weiteres Zurückweichen zumuten.“ Siehe den vollen Wortlaut des Berichtes in Bd. XXXIX, Kap. CCXCIV, Nr. 15627.

** Mit dieser Vermutung irrte Freiherr von Schoen; Poincaré ermunterte im Gegenteil die russische Regierung, nicht nur auf Diakowa, sondern auch auf Dibra zu bestehen. Vgl. den Brief Iswolskys an Sasonow vom 27. Februar: „Was die Ereignisse auf dem Balkan anbetrifft, so drückte mir H. Poincaré nochmals seine Bereitwilligkeit aus, uns die vollste und wirksamste Unterstützung zu gewähren. Bezüglich der Grenzen Albaniens äußerte er mir gegenüber unter anderem, es sei sehr wünschenswert, darauf zu dringen, daß nicht nur Dibra, sondern auch Diakowa außerhalb dieser Grenzen bleibe, besonders falls Skutari an Albanien kommt“. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve III, 76.

Nr. 12878

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 London, den 21. Februar 1913

Bei der heutigen Sitzung brachte ich den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 238* zur Sprache. Der Vorschlag, zuerst an die Verbündeten heranzutreten und mit ihnen über die Friedensbedingungen zu unterhandeln, erregte Bedenken, weil man voraussah, daß solche Besprechungen entweder sehr in die Länge gezogen oder aber die gewünschten Bedingungen sofort abgelehnt werden würden. Nach eingehenden Erörterungen, in denen ich den Standpunkt zu vertreten suchte, daß es für die Türkei leichter sein würde nachzugeben, wenn wir vorher in der Lage wären, die wichtigsten Fragen festzulegen, wurde nachstehende Fassung angenommen:

„La réunion estime qu'il n'y a pas lieu de formuler dès à présent les conditions de la paix ou les garanties à donner à la Sublime Porte.

Ce serait s'exposer à une discussion qui risquerait de rendre la médiation impossible.

On est donc d'avis qu'il y a lieu d'attendre la réponse de la Sublime Porte à la communication de Sir E. Grey, c'est à dire de savoir si le gouvernement ottoman s'en remet aux puissances du soin d'établir les conditions de la paix et s'engage à accepter leurs décisions.

Cette déclaration une fois obtenue les puissances pourront s'adresser aux alliés et leur demander s'ils acceptent leur médiation dans les mêmes conditions.

La réunion considère dès à présent les propositions du Prince Lichnowsky comme devant être acceptées le moment venu en supprimant l'article 4 qui vise l'augmentation de 4 pour-cent des droits de douane laquelle ne concerne pas les alliés et ne peut être mentionnée dans le futur traité de paix."

Lichnowsky

Nr. 12879

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 London, den 21. Februar 1913

Bei der heutigen Sitzung brachte ich ebenfalls dortseitiges Telegramm Nr. 114** zur Sprache. Es wurde allgemein hierzu bemerkt, daß der bereits

* Siehe Nr. 12856.
** Siehe Nr. 12863.

erfolgte Vermittelungsvorschlag dasselbe bedeute, da „Mediation“ bereits Entscheidung durch Mächte bedeute; in diesem Sinne seien schon bisherige Anträge aufzufassen, auch der von Rußland ausgegangene Vorschlag. Auch erklärte mein italienischer Kollege, daß man in Rom ein besonderes italienisch-russisches Schiedsgericht nicht wünsche, sondern die Entscheidung allen Mächten anvertrauen wolle. Es wurde nachstehende Fassung angenommen:

„La réunion trouve la proposition allemande entièrement d'accord avec des instructions déjà adressées aux représentants des puissances à Bucarest et à Sofia, lesquelles leur prescrivent d'obtenir que les gouvernements roumain et bulgare remettent la solution de leurs différends à la décision des puissances. La réunion pense que cette décision doit appartenir aux six puissances. Elle considère comme très désirable que la déclaration collective soit faite d'urgence, si elle n'a pas déjà été faite*.“

Nächste Sitzung Donnerstag.

Lichnowsky

Nr. 12880

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 53 St. Petersburg, den 19. Februar 1913
[pr. 22. Februar]

Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat auf Weisung seiner Regierung in der Angelegenheit der rumänisch-bulgarischen Differenz gestern bei Herrn Sasonow einen ähnlichen Schritt getan wie den, zu welchem ich vor einigen Tagen beauftragt war**. Graf Thurn hat wie ich seiner Unterredung mit dem Minister einen durchaus freundschaftlichen Charakter gegeben und alles dabei vermieden, was einer Drohung ähnlich sehen könnte. Die dem Botschafter von Herrn Sasonow erteilte Antwort lautete im allgemeinen befriedigend, obwohl der Minister nicht wie zu mir die

* Der Beschluß der Botschafterreunion, wonach die Gesandten der sechs Mächte in Bukarest und in Sofia empfehlen sollten, daß Rumänien und Bulgarien die Lösung ihrer Differenzen den Großmächten überlassen möchten, wurde mittels Telegramm Nr. 48 bzw. 31 den Gesandten in Bukarest bzw. Sofia mit der Weisung mitgeteilt, zusammen mit ihren Kollegen die vorgesehene Erklärung abzugeben. In Sofia erfolgte die gemeinsame Demarche der Gesandten am 23. Februar, worauf der bulgarische Ministerpräsident am 24. unter der Voraussetzung der rumänischen Zustimmung den Vorschlag der Mächte akzeptierte. In Bukarest gelangte die Demarche der sechs Mächte nicht zur Ausführung, weil Rumänien inzwischen bereits den englischen Vorschlag einer Vermittelung der Großmächte angenommen hatte. Vgl. Nr. 12860, S. 385, Fußnote *, Nr. 12882, 12889.

** Vgl. Nr. 12860.

Äußerung getan hat, daß er eintretendenfalls solange als irgend möglich an einer Neutralitätspolitik festhalten werde. Der Minister ist dem Grafen Thurn gegenüber besonders auf den Gedanken eingegangen, daß die Großmächte alles tun müßten, um den Konflikt zu verhindern, und hat darauf hingewiesen, daß, was an den Ufern des Schwarzen Meeres vor sich gehe, Rußland nicht gleichgültig lassen könnte. Er hat dabei zu verstehen gegeben, daß bei einem rumänisch-bulgarischen Kriege, der sich in der unmittelbaren Nähe der russischen Grenze abspielen würde, Umstände eintreten könnten, bei welchen Rußland gezwungen werden würde, selbst auf die Gefahr einer allgemeinen Konflagration hin einzugreifen.

Bezüglich der Unterredung, welche ich in der gleichen Angelegenheit vorigen Sonntag mit Herrn Sasonow hatte, und über die ich anderweitig berichtet habe, gestatte ich mir noch zu erwähnen, daß meine Eröffnungen, obgleich ich dieselben auftragsgemäß in sehr freundschaftlichem Tone gehalten hatte, dennoch auf Herrn Sasonow offenbar einen starken Eindruck gemacht haben. Mein englischer Kollege, welcher zufällig den Minister unmittelbar nach mir sah, erzählte nachher einem Mitglied der Kaiserlichen Botschaft, Herr Sasonow habe sehr unter dem Eindruck der Unterredung gestanden, die er eben mit mir gehabt habe.

Wie ich Euerer Exzellenz schon zu melden die Ehre hatte, betonte Herr Sasonow auch mir gegenüber sehr stark die Interessen Rußlands bei der Regelung des rumänisch-bulgarischen Konflikts. Der Minister wies ferner darauf hin, daß es ihn viel Mühe gekostet habe, Bulgarien zu den bereits gemachten Konzessionen, nämlich Gebietsabtretung bis zur Linie Medschidje-Tabia—Sabla, zu bewegen. Er sei dabei von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß der Wunsch Rumäniens, eine strategisch bessere Grenze zu erhalten, berechtigt sei. Er könne aber unmöglich seine Mitwirkung dafür eintreten lassen, daß nunmehr die Verhältnisse umgekehrte würden und Bulgarien eine militärisch schlechte Grenze gegen Rumänien erhalte. Er sei der Ansicht, daß, wenn die Rumänen die Küste bis Sabla erhielten, dies ihnen für ihre Pläne, in Mangalia einen Kriegshafen zu errichten, genügen müsse. Balcik könnten die Bulgaren unmöglich abtreten, weil dieser Hafenort eine Bedrohung für Varna werden würde.

Ich habe aus den Äußerungen des Herrn Sasonow im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß, wenn er auch versuchen würde, im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten zwischen Bulgarien und Rumänien zunächst eine Neutralitätspolitik zu führen, es ihm doch sehr schwer sein dürfte, an einer solchen Politik festzuhalten. Interessant sind in dieser Beziehung die dem Militärattaché der Kaiserlichen Botschaft im hiesigen Generalstab gemachten Mitteilungen, über welche Major von Eggeling heute berichtet. Danach würde Rußland die Besetzung eines Teiles des bulgarischen Gebietes durch Rumänien zulassen, aber im Falle einer allgemeinen Mobilmachung Rumäniens gegen Bulgarien letzterem zu Hilfe kommen.

Bei meinem heutigen Besuch fand ich Herrn Sasonow sichtlich erleichtert. Auf meine Bemerkung, daß sich die drohenden Wolken zu zerstreuen schienen, erwiderte der Minister: „Gewiß, die Lage zwischen Rumänien und Bulgarien hat sich seit zwei Tagen sehr im günstigen Sinne geändert." Herr Sasonow hatte ebenfalls die Nachricht erhalten, daß Rumänien die Mediation der Mächte annehmen wolle und sogar geneigt sei, die Angelegenheit der Entscheidung der Mächte zu überlassen. Bezüglich Bulgariens erklärte der Minister unbesorgt zu sein, die bulgarische Regierung, welche zwar noch keinen definitiven Beschluß gefaßt habe, werde die Mediation ebenfalls annehmen. Man sei daher, wie er glaube, schon jetzt berechtigt zu sagen, daß die Frage ihren gefährlichen Charakter verloren habe. Den Gedanken, den streitenden Parteien die Anrufung eines Schiedsgerichts zu empfehlen, begrüßte der Minister sehr warm und war mit der von Euerer Exzellenz in Aussicht genommenen Fassung einer in Bukarest und Sofia abzugebenden gemeinsamen Erklärung vollkommen einverstanden.

F. Pourtalès

Nr. 12881

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 56 St. Petersburg, den 20. Februar 1913
[pr. 22. Februar]

Von einer sehr gut unterrichteten Seite höre ich, daß man in hiesigen Regierungskreisen anfängt, die Notwendigkeit, die Reservisten noch länger bei der Fahne zu behalten, äußerst unangenehm zu empfinden[1]. Die Stimmung unter den Reservisten scheint immer schlechter zu werden, und es kommen immer mehr Fälle von Insubordination vor. Die höheren Militärs sehnen das Ende des jetzigen Zustandes dringend herbei. Sie wünschen, daß es entweder bald zum Kriege komme oder man sich entschließe, die Reservisten, die einen verderblichen Einfluß auf die Disziplin in der Truppe ausüben, zu entlassen.

Auch in Kreisen des Finanzministeriums wird über die durch die Zurückbehaltung der Reservisten hervorgerufenen schweren finanziellen Lasten sehr geklagt[2].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Tant mieux

[2] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Nun soll doch Oesterreich sich entschließen, ein Datum für die Entlassung vorzuschlagen die Russen werden es mit Freuden annehmen.

Nr. 12882

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Bukarest, den 22. Februar 1913

Konseilpräsident erklärt mir, die rumänische Regierung nehme den von uns unterstützten englischen Vorschlag einer Vermittlung aller sechs Großmächte ohne weitere Bedingung an, bäte bloß darum, daß diese Mächte selbst den Ort, wo sie die Verhandlungen führen wollten, sowie eine möglichst kurze Zeit bestimmten, innerhalb der sie das Ergebnis ihrer Vermittlung der rumänischen Regierung mitteilen würden. Die kurze Zeitbestimmung sei wegen der hiesigen öffentlichen Meinung erforderlich, die anderen hiesigen Vertreter der Großmächte erhalten entsprechende Mitteilung.

Waldthausen

Nr. 12883

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 London, den 22. Februar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 95*.

Bei der gestrigen Botschafterversammlung gelangte die albanesische Frage nicht zur Beratung, da von russischer Seite die Abtretung von Dibra als nicht genügend bezeichnet worden war, und man noch auf Diakowa besteht. Graf Benckendorff sagte mir in der Pause, es wäre doch höchst bedauerlich, wenn wegen dieses unbedeutenden Nestes eine ernste Verstimmung zwischen beiden Ländern zurückbleibe, die er voraussehe, wenn es auch nicht zum Krieg käme. Ich entgegnete, daß ein weiteres Nachgeben Österreichs nicht zu erwarten sei, und habe mich auch Sir E. Grey gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen.

Letzterer erwähnte in der Versammlung, eine Fortsetzung der Botschafterberatung scheine ihm nicht angebracht, solange keine Einigung in der albanesischen Frage zu erwarten stehe. Auch höre ich, daß er durch Herrn Cartwright in Wien im Sinne weiterer Nachgiebigkeit hat wirken lassen. Auf allgemeinen Wunsch aber und zur Besprechung anderer Fragen wurde die nächste Versammlung auf Donnerstag anberaumt, bei der in Abwesenheit des Ministers Sir A. Nicolson erscheinen, den Vorsitz aber voraussichtlich Herr Cambon führen wird.

Lichnowsky

* Siehe Nr. 12872.

Nr. 12884

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 121 Pera, den 22. Februar 1913
Geheim

Der Großwesir sagte mir, Tewfik Pascha und Hakki Pascha hätten berichtet, über Adrianopel sei mit den Herren des Foreign Office und den Botschaftern nicht zu sprechen. Dagegen hätten sie aus den Gesprächen mit den Genannten den Eindruck gewonnen, daß, wenn die Türkei auf Adrianopel verzichte, die Mächte der Türkei anstatt der von ihnen in Aussicht genommenen Grenzlinie Enos—Ergenefluß—Midia die Linie Enos—Kulelü-Burgas—Agios—Stefano sichern und auch in den übrigen Fragen für die Türkei eintreten würden. „Damit, meinte der Großwesir, kann ich nichts anfangen. Wenn ich auf Adrianopel verzichte, werde ich gestürzt." Ich erwiderte, es erschiene mir doch sehr fraglich, ob nicht unter geschickter Handhabung der Presse dem türkischen Volk die Überzeugung beigebracht werden könne, daß es für die Türkei einen Gewinn und einen Erfolg bedeute, wenn sie anstatt der wenigen Quadratkilometer von Adrianopel etwa 1000 Quadratkilometer Territorium mehr erhalte, als sie nach den bisherigen Dispositionen der Mächte habe erwarten können. Schon jetzt verlangten die Bulgaren Rodosto. Nach dem Fall Adrianopels, der unvermeidlich sei, würden die bulgarischen Forderungen noch weiter gehen und sich vielleicht sogar auf Kriegsentschädigung erstrecken.

Großwesir versprach mir, diese Erwägungen als seinige der heutigen Ministerkonferenz zu unterbreiten und mich von dem Resultat zu unterrichten. Er bitte mich aber schon jetzt um absolute Diskretion.

Wangenheim

Nr. 12885

Der Geschäftsträger in Rom von Beneckendorff und von Hindenburg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 20 Rom, den 21. Februar 1913
[pr. 23. Februar]

Marquis di San Giuliano war angenehm berührt, als ich ihm auftragsgemäß mitteilen konnte, daß der Kaiserliche Botschafter in Wien freundschaftlich im Sinne eines Nachgebens Österreichs in der albanischen Abgrenzungsfrage auf Graf Berchtold einwirke. Er betonte, daß er selbst

seit Wochen in Wien zu größerer Nachgiebigkeit geraten habe, leider aber bis jetzt ohne Erfolg. Zur Sache meinte er, daß der Tarabos notwendig zu Skutari gehöre, etwa wie der Monte Mario zu Rom. Wenn Österreich Dibra Serbien überlasse, so sei das zweifellos ein großes Zugeständnis. Er fürchte aber, daß Rußland die Überlassung von Dibra nicht als genügenden Erfolg ansehen und auf der Preisgabe von Diakowa bestehen werde. Gewiß sei Diakowa eine rein albanische Stadt, er bleibe aber bei der Ansicht, daß man nicht zögern sollte, Diakowa zu opfern, wenn dadurch eine genügende Genugtuung für Rußland geschaffen und so die gefährliche Differenz zwischen Österreich und Rußland überbrückt werden könnte.

Hindenburg

Nr. 12886

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 300

Berlin, den 24. Februar 1913*
[abgegangen am 25. Februar]

Sir E. Goschen übergab mir anliegendes Aide-mémoire**, wonach Rußland auf der Zession von Dibra und Diakowa besteht.

Ich habe Sir E. Goschen erwidert und ihn gebeten, dies auch Sir E. Grey mitzuteilen, daß meiner Ansicht nach Österreich jetzt sehr weitgehende Nachgiebigkeit gezeigt und ich in Wien nicht weitere Konzessionen anraten könne, denn man müsse auch daran denken, Albanien einigermaßen lebensfähig zu machen. Es sei jetzt an Rußland nachzugeben.

Ich habe den Botschafter auch auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, wenn Skutari fallen würde.

Jagow

Anlage

Aide-mémoire

Berlin, February 22, 1913

Sir Edward Grey has informed the Russian Government of the concession in regard to Dibra which, as stated by the Austro-Hungarian Ambassador, the Austro-Hungarian Government are prepared to make on

* Das Konzept war bereits am 22. Februar aufgesetzt, wurde aber erst am 24. Februar vollzogen.
** Siehe Anlage.

condition that it should secure a settlement. Sir Edward Grey put this concession in the most favourable light he could.

He states however that the View held by the Russian Government is that they cannot consent to the exclusion of Diakowa and Dibra from Servian territory. It is practically certain, he says, that if Austria would give way on both these points a complete settlement of the Albanian frontier question would be reached; Russia would then give way in regard to Scutari, Tarabosch and Luma and no other real points of dispute would remain. Failing this Sir Edward Grey fears that a deadlock may ensue and the meetings of the Ambassadors may have to be discontinued.

If the Powers so decide, the meetings of the Ambassadors would no doubt continue to provide useful machinery for dealing with the terms of peace between Turkey and the Allies and other developments, but it would, in Sir Edward Grey's opinion, be misleading and undignified to continue them indefinitely for this purpose if they are unable to deal satisfactorily with the question of the Albanian frontier, which is, he considers, the greatest difficulty between the Great Powers.

Nr. 12887

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändig

Berlin, den 23. Februar 1913

Einliegende Depesche* hat mir Sir E. Goschen heute zu vertraulicher Kenntnis gegeben. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich den Inhalt (nicht den Text, was er nicht wünschte) nach Wien mitteilen würde**, daß ich aber glaubte, daß man dort am Ende der Konzessionen sei, und ich fürchtete, daß man nun wirklich am „deadlock" sei, da Rußland garnicht nachgeben wolle.

Jagow

Anlage

Berlin, February 23, 1913

The following telegram has been received from Sir Edward Grey: —

"I have communicated to the Russian Government the last proposal of the Austro-Hungarian Government respecting Dibra, and in doing so I not only put it in the most favourable light possible but also embodied

* Siehe Anlage.
** Vgl. Nr. 12888.

in my communication to the Russian Minister for Foreign Affairs the grave statements on which Count Mensdorff laid stress in submitting the proposal to me.

The Russian Minister for Foreign Affairs has now replied to my communication. His Excellency says that the Russian Government cannot consent to the towns of Dibra and Djakova, where there are Slav Religious Institutions, being handed over to a Mussulman Albania. Monsieur Sazonow adds that Servia would not withdraw her troops from those towns, and that an attempt to expel them by force could not be regarded with indifference by Russia.

I understand that Djakova is a town of only 6000 inhabitants. It is not a large extent of territory which is in dispute, but only the town: and its future is the one outstanding point on which the whole diplomatic settlement will be made or wrecked. It appears to be both intolerable and unreasonable that this one outstanding point should be permitted to cause serious trouble between the Great Powers. Unfortunately, however, the matter involves a question of prestige.

Personally I cannot believe that to allow Dibra or Diakova to fall to Servia would be regarded as entailing any loss of prestige to Austria-Hungary when the Albanian settlement came to be reviewed as a whole: for Austria has obtained her settlement as regards the Adriatic Port, and will also obtain Scutari for Albania, a town larger and of vastly more importance than Djakova or Dibra or, indeed, both put together.

On the other hand the abandonment by Russia of Servia's claim to a territorial port has already exposed her to considerable criticism, and the Russian Government and even the Czar are sure to be attacked for refusing to support Montenegro as regards Scutari and for agreeing that she should not be permitted either to acquire or retain that town. The position of the Russian Government may become impossible if in addition to the above concessions they give way on the question of Djakova and become consenting parties to Servia being evicted from it by force.

I cannot, for these reasons, and in view of their concessions as regards Scutari and the Adriatic Port, press the Russian Government to yield on the question of Djakova. I could only suggest that the outstanding points in dispute should be referred to an International Commission who could report on local conditions, but I understand that the Austro-Hungarian Government would not regard such a suggestion with favour.

In his communications on the subject of Djakova the Austro-Hungarian Minister for Foreign Affairs has been very firm, but in them he has adopted so friendly a tone as regards myself that I am very reluctant to make any appeal to him with regard to this point which he might resent.

I have, however, nearly exhausted all my efforts to bring about a settlement and it is necessary that the Minister for Foreign Affairs should clearly understand the question.

I have reached a settlement so nearly and yet it becomes impossible unless Djakova is conceded to Servia.

As far as I can see there is no danger of the question becoming acute until an attempt is made to expel Servia by force; but when Parliament opens on March 10th I cannot well avoid making a statement either in debate or in the King's Speech. If on that occasion we have to admit that there is a diplomatic deadlock it will make an exceedingly bad impression. There will, on the other hand, be enormous relief if during the next fortnight we register an Agreement on the Albanian frontier at the meetings of Ambassadors. But if the question were brought before the meetings of Ambassadors whilst Russia and Austria-Hungary are still irreconcilable on the subject of Djakova a deadlock would be precipitated, emphasis would be given to their disagreement and it would be made to appear as if the Powers were divided into two opposite camps according to the support which they might give to Austria or Russia at the meetings of the Ambassadors.

These meetings have hitherto happily been free from such a division."

Nr. 12888

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept

Nr. 247

Berlin, den 24. Februar 1913
[abgegangen am 25. Februar]

Der englische Botschafter hat mir gestern vertraulich von einem Telegramm seiner Regierung Kenntnis gegeben, das sich mit der albanischen Frage beschäftigt*. Sir E. Grey teilt darin mit, daß er den letzten österreichischen Vorschlag wegen Dibras der russischen Regierung unterbreitet und dabei nicht nur das Angebot selbst in das günstigste Licht gesetzt, sondern auch den Kommentar verwertet habe, mit dem der Vorschlag von Graf Mensdorff begleitet worden sei. Herr Sasonow habe in seiner Antwort erklärt, Rußland könne nicht darin willigen, daß Dibra oder Diakowa, wo sich religiöse Einrichtungen des Slawentums befänden, dem mohamedanischen Albanien ausgeliefert werde. Die Serben würden ihre Truppen aus diesen Städten freiwillig nicht zurückziehen, und ein Versuch, sie mit Gewalt zu vertreiben, würde von Rußland nicht gleichgültig mitangesehen werden können.

Nach Sir E. Greys Informationen zähle Diakowa 6000 Einwohner. Nicht um größere Landgebiete, sondern allein um diese verhältnismäßig unbedeutende Stadt drehe sich der Streit, und von ihrem Schicksal hänge

* Siehe Nr. 12887, Anlage.

es ab, ob das diplomatische Einigungswerk gelingen oder scheitern werde. Daß der noch übrige letzte Differenzpunkt zu ernstem Zerwürfnis zwischen den Großmächten führen sollte, sei vernunftwidrig und unannehmbar. Er könne sich nicht denken, daß Österreich-Ungarn, wenn es das Arrangement über Albanien als Ganzes betrachte, die Überlassung Dibras und Diakowas an Serbien als unvereinbar mit dem österreichischen Prestige ansehen werde. Denn Österreich setze in der Hafenfrage seinen Willen durch und rette die Stadt Skutari für Albanien, die größer und bedeutender sei als Diakowa und Dibra zusammen. Die russische Regierung sehe sich schon wegen ihres bisherigen Entgegenkommens heftigen Angriffen ausgesetzt und werde in eine vollends unmögliche Lage geraten, wenn nun auch noch das Schicksal Diakowas im österreichischen Sinne entschieden würde. Aus diesen Erwägungen könne Sir E. Grey Rußland nicht zur Nachgiebigkeit wegen Diakowas drängen, sondern höchstens anregen, daß der Streitpunkt einer an Ort und Stelle zu entsendenden internationalen Kommission unterbreitet werde. Er befürchte indessen, daß Österreich-Ungarn eine derartige Anregung nicht sympathisch aufnehmen werde, und angesichts der ungemein freundlichen Haltung, die Graf Berchtold bei aller Festigkeit in der Sache selbst ihm gegenüber einnehme, widerstehe es ihm, dem österreichisch-ungarischen Minister mit Vorschlägen zu kommen, die ihm nicht genehm seien.

Bei Eröffnung des Parlaments am 10. März werde er sich über die Lage aussprechen müssen. Das Eingeständnis, daß die Verhandlungen auf den toten Punkt geraten seien, würde einen trostlosen Eindruck hervorrufen, während die Feststellung einer Einigung der Botschafterversammlung in der albanischen Grenzfrage eine außerordentliche Beruhigung zur Folge haben würde. Die ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Herbeiführung einer Einigung seien allerdings so gut wie erschöpft. Solange Rußland und Österreich im Punkte Diakowa sich nicht verständigten, trage er Bedenken, die Botschafterreunion von neuem mit der albanischen Frage zu befassen. Denn dadurch würde der „deadlock" endgültig besiegelt und der Eindruck erweckt werden, als sei das bisher so erfreuliche Konzert der Mächte gesprengt.

Ich habe Sir Edward Goschen erwidert, ich würde den Inhalt der ihm zugegangenen Instruktion nach Wien mitteilen, glaubte aber, daß man dort am Ende der Konzessionen sei. Meiner Ansicht nach habe Österreich jetzt sehr weitgehende Nachgiebigkeit gezeigt. Ich könne daher in Wien nicht weitere Zugeständnisse anraten, sei vielmehr der Meinung, daß es jetzt an Rußland sei nachzugeben, wenn überhaupt noch ein einigermaßen lebensfähiges Albanien zustande kommen solle. Lehne man in Petersburg jedes Entgegenkommen ab, so befürchtete ich allerdings, daß wir am „deadlock" angelangt seien.

Ew. pp. bitte ich, vorstehendes bei Graf Berchtold vertraulich zu verwerten.

Jagow

Nr. 12889

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Bukarest, den 23. Februar 1913
[pr. 24. Februar]

Ministerpräsident übergab mir längere schriftliche Erklärung rumänischer Regierung vom 22. Februar über Annahme englischen Vorschlags einer Vermittelung der Großmächte*. Übrige Vertreter erhielten entsprechende Erklärung. Ministerpräsident bezeichnete mir als praktisch, Petersburg als Ort der Verhandlungen zu wählen, weil dort größte Sachkenntnis vorhanden wäre. In der Erklärung, welche heute per Post absandte, wird Bezug genommen auf in Artikel 3 bis 7 Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 behandelte Vermittelung sowie zur Unterstützung des Wunsches wegen Zeitbestimmung auf Artikel 8, worin unter anderer Voraussetzung ebenfalls Zeitraum festgesetzt sei.

Annahme englischen Vorschlags wurde den 21. Februar vom Ministerrat einstimmig beschlossen und vom König genehmigt. Domänenminister Filipescu wurde nur durch Hinweis auf Haager Konvention bewogen zuzustimmen. Im Einverständnis mit österreichischem und italienischem Kollegen, welche in gleichem Sinne ihren Regierungen telegraphieren, werde bis Eintreffen etwaiger neuer Weisung von Ausführung Telegramms Nr. 48** vorläufig absehen, weil rumänische Regierung bereits englischen Vorschlag angenommen hat und wegen öffentlicher Stimmung nicht wünscht, daß Entscheidung der Mächte für sie bindend sei. Derartige Kollektivdemarche würde Schwierigkeiten der friedlichen Elemente nur vermehren.

Ministerpräsident hat Prinz Fürstenberg gegenüber durchblicken lassen, daß Rumänien, um Silistria zu erhalten, das es unbedingt haben müsse, auf alles übrige verzichten und noch 50 Millionen teils zum Ankauf von Grundstücken und Häusern, teils als Anleihe hinzuzahlen würde.

Waldthausen

---

* Siehe die Erklärung, die in gleicher Form den Gesandten der übrigen Großmächte übergeben wurde, im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 157f.; ferner im Rumänischen Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 65s.

** Vgl. Nr. 12879, S. 403, Fußnote *.

Nr. 12890

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 72 Paris, den 23. Februar 1913
[pr. 24. Februar]

Am Quai d'Orsay beginnt man sich recht abfällig über die Botschafterreunion von London auszusprechen. Sie habe bisher wenig Ersprießliches geleistet und bleibe ersichtlich hinter den Erwartungen zurück. Es fehle in ihr der Geist der Initiative und das Bewußtsein, daß sie an dem Ausgleich der Gegensätze arbeiten sollte. Einzelne Mitglieder schienen ihre Aufgabe nicht mit dem erforderlichen Ernst und mit genügender Sachkenntnis aufzufassen. Einer der Botschafter verursache häufig Stockungen, weil seine Instruktionen angeblich zu eingehender Erörterung einzelner Punkte nicht ausreichten, oder weil er sie weder im Kopfe noch in der Tasche habe (offenbar Graf Benckendorff). Auch ein zweites Mitglied (Graf Mensdorff) scheine die Materie nicht zu beherrschen. Am meisten habe Sir Edward Grey enttäuscht, der den auftauchenden Gegensätzen hilflos gegenüberstehe und kein anderes Mittel zur Überwindung von Schwierigkeiten zu kennen scheine, als ihnen durch ein verlängertes week-end auszuweichen*.

Die hiesige abfällige Kritik dürfte wohl ihren Ursprung noch in dem Unmut darüber haben, daß Paris um die Ehre einer Konferenz gekommen ist. Im übrigen wird sie wohl auf den Schilderungen des in diesen Tagen hier weilenden Herrn Paul Cambon beruhen, der sich seinen Kollegen weit überlegen dünkt.

v. Schoen

Nr. 12891

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 24. Februar 1913

Graf Szögyényi hat heute im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß an den k. und k. Botschafter in St. Petersburg folgende geheime Instruktion ergangen sei.

* Vgl. dazu Viscount Grey of Fallodon, Twenty-Five Years 1892—1916, I, 268. Nach eigener Angabe des ehemaligen Staatssekretärs hätte er auf dem toten Punkt, an dem damals vor allen Dingen die albanische Grenzfrage angelangt war, im Zeitgewinn das einzige Rettungsmittel gesehen: „There was deadlock. Nothing more could be done till either Mensdorff or Benckendorff could get instructions that would ease the situation. The Conference ceased to work on the Albanian frontier; the diplomatic safety-valve, for to this the Conference might be compared, was for the time shut down. Days, even a week or two I think, passed: we could do nothing, and we knew that pressure might be rising all the time."

Die Mission Hohenlohe* habe das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen in Wien und St. Petersburg durch die Umwälzungen am Balkan nicht berührt worden seien, und daß auf beiden Seiten der Wunsch nach Fortsetzung eines direkten vertrauensvollen Meinungsaustausches unverändert fortbestehe. Die österreichisch-ungarischen Truppenverstärkungen an der galizischen Grenze hätten keinerlei feindlichen Charakter gegen Rußland, sie dienten vielmehr lediglich dem Zwecke, die Inferiorität der dortigen Friedensbestände auszugleichen. Irrigerweise habe Rußland in dieser Maßnahme eine Spitze gefunden und sich zu der unerwünschten Notwendigkeit veranlaßt gefühlt, nur gegen die fragliche Maßnahme eigene Verstärkungen aufrecht zu erhalten.

Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph habe gestern den mündlichen Vortrag des Prinzen Hohenlohe über die Ausführung seiner Mission entgegengenommen und auf Grund dieses Vortrages seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, eine Reduzierung der Truppenbestände in Galizien zu verfügen, vorausgesetzt, daß russischerseits die Zusicherung gegeben werde, die an der galizischen Grenze getroffenen Sicherheitsmaßregeln rückgängig zu machen.

Graf Thurn wird ersucht, sich in diesem Sinne, aber nicht in offizieller Weise Herrn Sasonow gegenüber auszusprechen und es dabei als erwünscht zu bezeichnen, daß das skizzierte Ergebnis als Folge des direkten Gedankenaustausches zwischen beiden Monarchen hingestellt werde, was mit Rücksicht auf die eminente Bedeutung der in Rede stehenden Vorkehrungen für den europäischen Frieden in den Augen der Öffentlichkeit von großem Wert für die monarchische Idee sein könnte[1].

Ein im beiderseitigen Einverständnis abgefaßtes Communiqué solle die Grundlinien der Verständigung veröffentlichen.

Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Sehr gut!
hätte ebensogut im Briefe** besorgt werden können
25/II 13 W.

Randbemerkung des Kaisers:
[1] Gut***

---

* Vgl. dazu Nr. 12791, 12792.

** Gemeint ist der Brief Kaiser Franz Josephs an Kaiser Nikolaus, mit dem Prinz Hohenlohe nach Petersburg gegangen war.

*** Wie sehr die von Österreich angeregte österreichisch-russische Abrüstung den Wünschen Kaiser Wilhelms II. entsprach, ergibt sich aus einem Briefe, den er am 24. Februar an den Erzherzog-Thronfolger auf Grund eines im Auswärtigen Amt hergestellten Entwurfes richtete. Es hieß darin unter anderem: „Ich frage mich manchmal, ob die Dinge, um die es sich handelt, wirklich bedeutungsvoll genug sind, um es zu rechtfertigen, daß Ihr und Rußland Euch noch immer halb gerüstet gegenübersteht. Denn die militärischen Maßnahmen, die Österreich-Ungarn und Rußland getroffen haben, sind es schließlich doch hauptsächlich, die keine Beruhigung aufkommen lassen. Ich möchte

Nr. 12892

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 23. Februar 1913
[pr. 25. Februar]

pp.* Hier ist man weiter bemüht, in friedlichem Sinne an der Lösung der verschiedenen Fragen weiter zu arbeiten. Graf Berchtold liegt noch immer zu Bett, so daß ich jetzt öfters mit Baron Macchio gesprochen habe, der über die Lage sehr ruhig und besonnen denkt. Die wachsende antiösterreichische Stimmung in Rußland und die Prestigepolitik, die man von Petersburg aus in der albanischen Angelegenheit macht, werden aber natürlich hier unangenehm empfunden. Die Kriegshetzer wie Baron Chlumecki** finden aber so gut wie keine Resonanz im Publikum. Alle Leute sind überzeugt davon, daß, wenn man überhaupt aktive Balkanpolitik hätte machen wollen, dies in den allerersten Anfängen des Krieges hätte geschehen müssen. Jetzt sei der Zeitpunkt jedenfalls verpaßt. Ich benutze jede Gelegenheit, die sich mir bietet, und ich sehe fast täglich maßgebende Leute, um ihnen die Vorteile einer friedlichen Politik vom österreichischen Standpunkt aus vor Augen zu führen. Ich variiere dabei das Thema, daß die Idee der famosen „Abrechnung" mit Serbien lediglich ein Ausfluß unbestimmter Gefühle sei, daß man aber auf solche Gefühle eine gesunde Politik nicht gründen könne. Daß diese Gefühle sich aber zu ernsten Plänen zur Verfolgung von Lebensinteressen des Staates verdichtet hätten, hätte ich nirgends und bei keiner einzigen Persönlichkeit wahrnehmen können.

---

glauben, daß Ihr die allmähliche Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen unbedenklich ins Auge fassen könntet, natürlich unter der Voraussetzung, daß Rußland dasselbe tut. Das würde aber nach meinen Nachrichten zweifellos auch eintreten. Vielleicht hat die Mission von Hohenlohe in dieser Hinsicht schon die Wege geebnet. Ich würde das sehr begrüßen. Österreich-Ungarn würde dadurch der Welt beweisen, daß es nicht nervös ist, und zugleich die Sympathien Aller auf seine Seite ziehen." Über die vielleicht schon durch dieses Schreiben beeinflußte Haltung des Erzherzog-Thronfolgers vgl. Nr. 12905. Sicherlich ist auf den Brief des Kaisers ein Immediatbericht des Militärattachés Grafen Kageneck vom 27. Februar zurückzuführen, der Äußerungen des Erzherzogs Franz Ferdinand wiedergibt: „Der Erzherzog stellte seinen Betrachtungen über die derzeitige Lage voran, welch hohe Befriedigung ihm die Erkenntnis gewährt habe, daß er sich mit seinen Ansichten über die Führung der äußeren Politik in vollster Übereinstimmung mit Eurer Majestät befunden habe. In dieser Hinsicht seien ihm die eingehenden Besprechungen mit Euerer Majestät, dem Reichskanzler und Generalstabschef in Springe (vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCLXV, Nr. 12405, S. 374, Fußnote **) von höchstem Wert gewesen. — Der Erzherzog bekannte sich auch gestern wieder zu seinem politischen Glaubensbekenntnis: „Erneuerung des Dreikaiserbündnisses unter möglichem Anschluß Englands."

* Der hier nicht wiedergegebene Anfang des Briefes betrifft die Verleihung des Exzellenztitels an den Gesandten a. D. von Winckler.

** Vgl. über Chlumecki Nr. 12797.

Wie übrigens Kaiser Franz Joseph selbst bedacht ist, jede unnütze Beunruhigung zu vermeiden, zeigt folgender Vorgang. Es ist in Berlin bekannt, daß Fürst Fürstenberg nach seinem letzten Aufenthalt hier dort erzählt hat, der Kriegsminister, General von Krobatin, habe sich ihm und Bekannten von ihm gegenüber sehr kriegerisch geäußert*. Die Sache scheint nun durch einen der vielen zwischen Berlin und Wien bestehenden Kanäle hierher zurückgekommen und bis an den Kaiser gelangt zu sein. Denn bei der vorgestrigen Audienz des Generals von Krobatin hat Seine Majestät den General beiseite genommen, um ihm, zwar in gnädigem Tone, aber doch sehr bestimmt zu sagen, er solle es unterlassen, eine so kriegerische Sprache vor Nichtmilitärs zu führen. Als der General bei dieser Reprimande einen roten Kopf bekam, hätte Seine Majestät geäußert, er brauche nicht rot zu werden. Als Militär verstehe er ja diese Auffassung. Aber der Krieg sei eine so ernste Sache, er hinge ja auch nicht von ihnen beiden ab; man müsse der Vorsehung nicht vorgreifen. „Meinen Verwandten habe ich auch schon dasselbe gesagt", hat Seine Majestät hinzugefügt. Der Kaiser hat damit den Erzherzog Leopold Salvator gemeint, der auch gern in kriegerischen Reden sich ergeht. Die friedliche Politik des Grafen Berchtold findet somit an der obersten Stelle und ebenso beim Thronfolger zurzeit noch volle Billigung, und es sind keine Anzeichen zu entdecken, daß darin eine Wandlung bevorstehen könnte. Natürlich gibt es Frondeurs, die auch gegen Berchtold hetzen und sein Unwohlsein gegen ihn ausnutzen. Aber ich glaube nicht, daß diesen Elementen Bedeutung beizumessen ist. Ich verfolge natürlich alle diese Symptome aufmerksam.

Werden Sie nicht bald einmal nach Wien kommen? Ich glaube, es würde hier einen guten Eindruck machen, da Sie aus Rom kommen, um sich bei dem anderen Bundesgenossen vorzustellen. Gegebenenfalls darf ich Sie bitten, mich einige Zeit vorher zu avisieren, da jetzt ziemlich viel Geselligkeit ist und das Programm vorher eingerichtet werden müßte. Ich hoffe, daß Graf Berchtold demnächst wieder völlig hergestellt sein wird.

von Tschirschky

Nr. 12893

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Pera, den 24. Februar 1913
[pr. 25. Februar]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 121**.

Großwesir sagte mir, er habe Ministerrat fragliche Angelegenheit vorgetragen. Es sei beschlossen worden, daß dem Verzicht auf Adrianopel

* Vgl. Nr. 12788.
** Siehe Nr. 12884.

nur dann näher getreten werden könne, wenn der Türkei bindende Zugeständnisse gemacht würden, welche die Abtretung der Festung in den Augen der Armee und der Bevölkerung zu kompensieren geeignet wären.

Hakki Pascha und Tewfik Pascha seien demgemäß vertraulich instruiert. Sie sollen zunächst keinerlei Zusagen wegen Adrianopel machen, die, sobald sie hier bekannt würden, unfehlbar den Sturz der Regierung zur Folge haben würden.

Die heutigen Blätter, namentlich der unionistische „Tanin", beurteilen die Londoner Äußerungen Hakki Paschas abfällig.

Wangenheim

Nr. 12894

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 London, den 25. Februar 1913

Sir A. Nicolson berief die Botschafter heute in Abwesenheit Sir E. Greys, um ihnen nachstehendes mitzuteilen.

Vermittelungsvorschlag der Mächte, nach diesseitigem Telegramm 103*, der Entscheidung in die Hände derselben legt, sei in Sofia mitgeteilt und angenommen worden. In Bukarest aber ist nur erste Fassung entsprechend englischer Note übergeben worden. Diese wird von rumänischer Regierung dahin aufgefaßt, daß dieselbe sich endgültige Entscheidung selbst vorbehält. Um gleiche Voraussetzungen zu schaffen, wurde nachstehender Beschluß von uns angenommen:

„Il semble qu'il s'est produit un malentendu dans l'esprit des représentants des puissances à Bucarest.

Ils avaient, ceux accrédités à Sofia, l'instruction de faire une démarche collective pour obtenir que les Gouvernements Roumain et Bulgare remettent la solution de leur différend à la décision des puissances.

Cette démarche a été faite à Sofia, et le Gouvernement Bulgare a adhéré à la proposition des puissances.

A Bucarest, nos représentants ayant déjà parlé individuellement de médiation et ayant reçu la réponse que le Gouvernement Roumain l'accepte mais sans engager de se soumettre à la décision des puissances hésitent à faire la démarche collective qui leur a été prescrite.

Il est cependant indispensable de faire à Bucarest une démarche identique à celle qui a été faite à Sofia et d'insister collectivement sur la nécessité d'une adhésion préalable à la décision des puissances.

La réunion est d'avis que des instructions dans ce sens devraient être adressées d'urgence aux représentants des puissances à Bucarest."

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag, für welche ich Antwort erbitte.

Lichnowsky

---

* Siehe Nr. 12879.

Nr. 12895

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 125 Berlin, den 26. Februar 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 106*.

Nachträgliches Insistieren auf Unterwerfung unter Entscheidung der Mächte hat nach hier vorliegenden Nachrichten nur Aussicht auf Erfolg, wenn Rumänien Silistria Stadt zugesichert wird. Ohne solche Zusicherung würde Demarche lediglich Schwierigkeiten friedlicher Elemente vermehren. Da vorherige Zusagen aus Gründen der Unparteilichkeit kaum angängig, würden wir vorziehen, daß Kollektivschritt unterbleibt und unverbindliche Mediation eintritt, womit bulgarische Regierung, die sogar Entscheidung hinnehmen will, ohne weiteres einverstanden sein dürfte. Im Interesse der Einigkeit der Mächte wollen wir uns indessen nicht ausschließen, wenn Demarche von Tripelentente einstimmig gewünscht und von unseren Verbündeten akzeptiert wird. Euere Durchlaucht wollen in diesem Falle gleichfalls zustimmen.

Jagow

Nr. 12896

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 128 Berlin, den 26. Februar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 125**.

Da ich annehme, daß erneute Demarche in Bukarest einstimmig beschlossen werden wird, halte ich es, wie ich heute Herrn Cambon sagte, für wünschenswert, daß sich die Mächte, bevor sie zur Entscheidung schreiten, zunächst unter der Hand über deren Inhalt einigen, um nach außen jeden Anschein Desakkords zu vermeiden, der die Wirkung des Spruchs bei streitenden Parteien abschwächen würde.

Bitte morgen entsprechende Anregung vorzubringen.

Zu Euerer Durchlaucht persönlicher Information.

Wir werden dafür eintreten, daß Rumänien jedenfalls Silistria Stadt erhält***.

Jagow

---

* Siehe Nr. 12894.

** Siehe Nr. 12895.

*** In diesem Sinne äußerte sich Staatssekretär von Jagow am 26. Februar auch zu dem rumänischen Gesandten Beldiman. Siehe das Telegramm Beldimans an Majorescu von diesem Tage, Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 66s.

Nr. 12897

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 London, den 25. Februar 1913
[pr. 26. Februar]

Sir A. Nicolson teilte uns soeben mit, daß Hakki Pascha ihm ein langes Promemoria über die türkischen Wünsche übergeben habe, welches, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch seiner Fassung nach die Abtretung Adrianopels ins Auge faßt*. Die Türkei verlangt Befreiung von Kriegsentschädigung, Regelung der Inselfrage durch die Mächte, Grenze von Kap Stephanos bis zur Mariza usw. Donnerstag will er uns den genauen Wortlaut mitteilen, da er das Schriftstück an Sir E. Grey gesandt hat. Sir A. Nicolson hat den türkischen Staatsmann gefragt, ob denn die Türkei bereit sei, sich den Mächten anzuvertrauen auf Grundlage der letzten Antwort Sir E. Greys an Tewfik Pascha (diesseitiges Telegramm 89**). Hakki Pascha wollte nach Hause telegraphieren[1] und wird morgen voraussichtlich Antwort bringen.

Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hinschleppen!!

Nr. 12898

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Konstantinopel, den 26. Februar 1913

Herr von Giers sagte mir als seine persönliche Meinung, die friedfertige Stimmung Mahmud Schewket Paschas müsse unbedingt ausgenutzt werden. Die Mächte sollten sich nicht an der Formalität stoßen, daß die Türkei nicht offiziell ihr Los den Mächten anvertraut hätte, was bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage ausgeschlossen wäre. Alle Regierungen kennten die der Türkei möglichen Zugeständnisse und Wünsche aus den Berichten ihrer hiesigen Botschafter. Wichtig sei, daß eine Friedensbasis vor dem Falle Adrianopels gewonnen werde, damit die russische Regierung ihrer öffentlichen Meinung gegenüber vertreten könne, daß Rußland den Bulgaren die Festung verschafft habe. Den Fall Adrianopels

---

* Vgl. Nr. 12903.
** Siehe Nr. 12858.

würden die Bulgaren als ihren eigenen Erfolg betrachten und noch intransigenter werden. Rußland könne sich dann nicht mehr an einer eventuell nötig werdenden Zwangsaktion gegen die Alliierten beteiligen. Eine kleine Indemnität, zum Beispiel für einen Invalidenfonds werde die Türkei wohl leisten müssen. Rußlands Friedensaktion würde durch eine Verständigung über Albanien bedeutend erleichtert werden.

Wangenheim

Nr. 12899

Bericht des Militärattachés in Petersburg Majors von Eggeling

Abschrift

Nr. 10 St. Petersburg, den 19. Februar 1913
[pr. 27. Februar]

Über die augenblickliche, durch den rumänisch-bulgarischen Konflikt geschaffene Lage hat man mir heute im hiesigen Generalstabe folgende Auffassung ausgedrückt:

Es ist damit zu rechnen, daß Rumänien nach dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen seine Ansprüche an Bulgarien durch militärische Maßnahmen durchzusetzen versucht. Dazu würde eine Besetzung des strittigen Gebiets genügen und bei der augenblicklichen Entblößung von bulgarischen Truppen ein leichtes sein. Diese Besetzung kann durch immobile Truppen oder unter Vornahme einer Teilmobilisierung geringen Umfangs erfolgen. Hierin würde zunächst keinerlei Beunruhigung anderer Mächte liegen, und der Streitfall könnte lokal erledigt werden.

Sollte aber Rumänien seine ganze Armee mobilisieren, so wäre darin eine ernste Provokation Rußlands zu erblicken, die sofortige entsprechende Gegenmaßregeln zur Folge haben müsse.

Rumänien bewiese mit solcher Maßnahme, daß es ihm nicht auf die ursprünglich vereinbarte Grenzregulierung, sondern auf eine empfindliche Schädigung Bulgariens und einen erheblichen Machtzuwachs auf dessen Kosten ankomme.

Dieses aber könne Rußland unter keinen Umständen zulassen, denn es bedeute einen „Machtzuwachs des Dreibunds" und — in der Zukunft — eine schwere Bedrohung der russischen Macht auf dem Schwarzen Meere.

Mit voller Offenheit wurde eingeräumt, daß es sich hierbei für Rußland keineswegs mehr um die Interessenvertretung der Balkanstaaten handele. Das seien alles Redensarten. Jetzt gehe es lediglich um die eigenen Interessen.

Auch könne kein Zweifel sein, daß Rumänien bei einem derartigen Vorgehen im Einverständnis mit Österreich handle, das gleichzeitig zur endgültigen Erledigung aller noch schwebenden Balkanfragen in Serbien einrücken würde.

Das voraussichtliche Verhalten Deutschlands wurde bei diesem Gespräch nicht berührt.

Im Sinne dieser Ausführungen bereitet man sich schon vor, dem bedrängten Bulgarien beizuspringen. Aus völlig sicherer Quelle erfahre ich, daß augenblicklich der Dampfer „Cherson" der russischen Freiwilligenflotte (6 bis 8000 t) in Odessa mit reichem Kriegsmaterial ausgerüstet wird, um demnächst nach Varna abzugehen. Diese Angelegenheit wird mit größter Geheimhaltung behandelt. Indiskretionen beteiligter Angestellter sind mit Todesstrafe bedroht.

(gez.) von Eggeling

Nr. 12900

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 St. Petersburg, den 26. Februar 1913
[pr. 27. Februar]

Wie mir Herr Sasonow mitteilt, hat Graf Thurn ihm auf Weisung aus Wien eröffnet, daß seine Regierung nunmehr bereit sei, eine Verminderung der in Galizien aufgestellten Truppen eintreten zu lassen. Der Botschafter hat dabei Hoffnung ausgesprochen, daß dieser Schritt die Entlassung der zurückgehaltenen russischen Reservisten zur Folge haben werde. Minister hat Angelegenheit gestern dem Zaren vorgetragen, höchstwelcher befohlen hat, daß erwogen wird, inwieweit österreichischem Wunsch Entgegenkommen gezeigt werden kann.

Zu diesem Zweck findet morgen eine Beratung zwischen Herrn Sasonow, Herrn Kokowzow und Kriegsminister statt.

Ich habe Eindruck, daß hier Neigung besteht, österreichischem Wunsch zu entsprechen. Die Animosität gegen Österreich hat seit etwa acht Tagen merklich nachgelassen.

Pourtalès

Nr. 12901

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 St. Petersburg, den 26. Februar 1913
[pr. 27. Februar]

Rumänische Regierung hat gebeten, daß Rußland mit den fünf anderen Großmächten Vermittelung in Differenz mit Bulgarien übernehme, zu-

gleich aber Bedingung gestellt, daß Silistria auf jeden Fall von Bulgarien abgetreten werde. Herr Sasonow findet es nicht angängig, Vermittelung von derartiger Bedingung abhängig zu machen, und hat dies in Bukarest mitteilen lassen. Minister äußerte Hoffnung, daß Euere Exzellenz diese Ansicht teilen würden. Rumänischerseits ist zugleich gebeten worden, daß Verhandlungen der sechs Großmächte in Vermittelungsfrage hier stattfinden*. Herr Sasonow hat hiergegen keine Bedenken.

Pourtalès

Nr. 12902

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 67 Berlin, den 27. Februar 1913

Auf Telegramm Nr. 64**.

Halte es ebenfalls prinzipiell für unangängig, Vermittlung von Bedingung, betreffend Entscheidung, abhängig zu machen***. Andrerseits glaube ich nach meinen Nachrichten aus Bukarest, daß bei Schwäche dortiger Regierung und fortdauernder Erregung der Volksstimmung eine Entscheidung, die Silistria Bulgarien beläßt, nur Schlag ins Wasser bedeuten und Gefahr eines rumänisch-bulgarischen Konflikts nicht beseitigen würde. So ungerechtfertigt an sich rumänische Forderung auf Stadt Silistria sein mag, dürfte sie doch zu Stichwort geworden sein, von dem für Rumänien Krieg und Friede abhängt. Mächte sollten sich, um nach außen jeden Anschein eines Desakkord zu vermeiden, vor Fällung der Entscheidung unter sich über deren Ausfall einigen und dabei erwägen, ob es möglich ist, Silistria Rumänien zuzusprechen. Bitte hierüber vertraulich Herrn Sasonows Ansicht sondieren. Gegen Petersburg als Verhandlungsort diesseits nichts einzuwenden.

Zu Euerer Exzellenz persönlicher Orientierung:

Wir müssen für Zuteilung Silistrias an Rumänien unbedingt eintreten.

Jagow

---

* Tatsächlich hatte Ministerpräsident Majorescu bereits am 24. Februar dem rumänischen Gesandten in Petersburg Nano telegraphiert: „Dites au Ministre des Affaires Etrangères que nous proposons St. Pétersbourg comme lieu des délibérations.“ Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 66.

** Siehe Nr. 12901.

*** Im gleichen Sinne äußerte sich Jagow am 27. Februar zu dem rumänischen Gesandten Beldiman. Auch Botschafter von Tschirschky in Wien wurde durch Telegramm Nr. 79 vom 28. Februar von dieser Stellungnahme benachrichtigt. Nach letzterem Telegramm glaubte Jagow, daß auch in Petersburg Neigung bestehe, einen Ausweg zu suchen, durch den Rumänien Silistria erhalte.

Nr. 12903

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 110

London, den 26. Februar 1913
[pr. 27. Februar]

Tewfik Pascha besuchte mich eben und übergab mir Abschrift des Sir A. Nicolson gestern eingehändigten Aide-mémoire:

„Très confidentiel.

Aide-mémoire

La défense de la capitale ne pouvant être assurée qu'à la condition que la nouvelle frontière parte du cap de San Stefano (sur la Mer Noire) et aille à la rivière Maritza de façon à assurer à la Turquie la possession de Ineada, Lule-Bourgas et Baba-Eski, le Gouvernement Impérial aime à espérer qu'il peut compter sur ce point sur l'appui et le consentement des Grandes Puissances.

Les mausolées, mosquées et tombeaux ainsi que les autres monuments et souvenirs tant religieux qu'historiques situés dans la ville d'Andrinople et ses alentours, bénéficieront du principe de l'exterritorialité.

La solution de la question des îles est laissée aux Grandes Puissances à la condition toutefois que cette solution soit conforme aux vues et légitimes considérations exposées dans la note responsive de la Sublime Porte.

Le Gouvernement Impérial, devant les immenses sacrifices territoriaux consentis, ne peut envisager même la question d'une indemnité de guerre, et se croit en droit d'exiger en toute justice que les Etats Balkaniques assument une part proportionnelle de la dette publique ottomane.

Toujours en vue d'assurer la sécurité de la capitale il est nécessaire que les Grandes Puissances obtiennent le démentèlement des fortifications d'Andrinople et de Kirk-Kilisse avec l'assurance que la Bulgarie ne les fortifiera pas dans l'avenir.

Si une entente s'établit, il importe que la ville d'Andrinople soit ou ravitaillée ou bien à ce qu'il soit permis à la garnison de quitter la ville en emportant tous les canons, fusils, munitions de guerre et autres . . . *, et que les canons et matériaux de guerre qui ne pourront être transportés immédiatement continueront toutefois à demeurer la possession de l'armée impériale qui les retirera aussitôt qu'elle pourra disposer des moyens de transport nécessaires.

---

* Zifferngruppe fehlt.

La garnison ottomane devra recevoir tous les honneurs militaires et les habitants d'Andrinople ainsi que les réfugiés jouiront de la liberté dans le cas où ils voudraient quitter la ville."

Da die Pforte sich hiernach den Wünschen der Mächte fügt, werde ich morgen für die Gewährung der von ihr gewünschten Vergünstigungen eintreten.

Lichnowsky

Nr. 12904

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 262 Berlin, den 27. Februar 1913

Der russische Botschafter suchte mich gestern auf, um im Auftrage Herrn Sasonows mich zu bitten, unsern Einfluß in Wien dahin geltend zu machen, daß Österreich-Ungarn noch in die Zession von Diakowa an Serbien willigte. Der Fall von Skutari würde ernste Komplikationen herbeiführen, und es sei daher wichtig, vorher zu einer Einigung in London zu gelangen. Diakowa bilde jetzt noch den einzigen Differenzpunkt. In der Stadt befänden sich 87 serbisch-orthodoxe Häuser, 30 Zigeuner- und rund 60 katholische Häuser, der Rest der Bevölkerung setze sich fast ganz aus ursprünglich serbischen, nur mit Gewalt zum Islam convertierten Elementen zusammen. Das orthodox-serbische Kloster Dedjani besitze bedeutende Ländereien in und um Diakowa und eine Sukkursale (Metochia) in der Stadt selbst. Es sei für Rußland deshalb unmöglich, eine Zuteilung Diakowas zu Albanien zuzugestehen. Auch würde es unmöglich sein, die Serben, welche Diakowa besetzt hätten, von dort wieder zu entfernen, und ihr Abzug würde ein Massaker der Christen seitens der Muhamedaner zu Folge haben. Wollte die Regierung in Belgrad die Räumung der Stadt befehlen, so würde sie von der Militärpartei gestürzt werden; der Sturz Herrn Paschitschs, der weitaus noch die meiste Autorität im Lande besitze, würde aber für die Ruhe in Serbien verhängnisvoll werden.

Ich habe dem Botschafter nach längerer Diskussion, in der ich die von Österreich bereits bewilligten Zugeständnisse geltend machte, schließlich erwidert, daß ich seine Ausführungen zwar in Wien mitteilen wollte, aber außerstande wäre, nach allem bereits Erreichten daselbst noch weiter auf Nachgiebigkeit zu drängen. Eure Exzellenz wollen obiges vertraulich zur Kenntnis des Grafen Berchtold bringen.

Die Nationalitäten- und Religionsverhältnisse in Diakowa sind diesseits zu wenig bekannt, um beurteilen zu können, ob die russischen Angaben den Tatsachen entsprechen und eine Überlassung der Stadt an Serbien rationell erscheinen ließen. Sollte Österreich-Ungarn doch noch

in diese letzte Konzession zu willigen bereit sein, so würde dies im Interesse der Beendigung der albanischen Grenzstreitigkeiten namentlich im Hinblick auf den Fall von Skutari und die daraus sich ergebenden neuen Schwierigkeiten die Situation natürlich wesentlich klären und erleichtern.

Auf meine Frage, was Rußland denn im Fall der Einnahme von Skutari tun würde, blieb mir Herr Sverwejew die Antwort schuldig.

Jagow

Nr. 12905

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 17
Geheim

Wien, den 26. Februar 1913
[pr. 27. Februar]

Seine k. und k. Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand geruhte mich soeben in Audienz zu empfangen, um den Bericht über die deutschen Kaisermanöver 1912 entgegenzunehmen.

Dem hohen Herrn sieht man die überstandene Erkältung an der blassen Gesichtsfarbe noch etwas an. Er meinte hierzu: „So krank, wie die französischen Zeitungen behauptet haben, bin ich allerdings nicht gewesen. Aber ich sehne mich nach Sonne." Während der halbstündigen Unterredung hat der Erzherzog nicht einmal gehustet.

Seine k. und k. Hoheit ging sofort auf die allgemeine Weltlage ein. Mit lebhafter Befriedigung begrüßt er die beginnende Entspannung mit Rußland. Er hoffe, in der nächsten Woche könne man mit der Entlassung des ältesten Reservistenjahrgangs in Galizien und später auch in Bosnien-Herzegowina-Dalmatien anfangen. Glücklicherweise sei jetzt auch die Zusage aus Petersburg eingetroffen, auf russischem Grenzgebiet ebenfalls Reservisten zu entlassen. Die Mission des Prinzen Hohenlohe, an deren Entstehung er auch Anteil habe, sei von vollstem Erfolg begleitet gewesen. Der Zar habe dem Prinzen die bindendsten Friedenszusicherungen gegeben. Ein Krieg gegen Rußland sei ja überhaupt ein Unding. Zwischen beiden Reichen liege nicht der geringste Grund dafür vor. Es bestehe auch kein Siegespreis, der des hohen Einsatzes wert sei. Auch gegen Serbien liege keine Veranlassung vor, mit militärischen Machtmitteln vorzugehen. Im Auslande gelte er, der Erzherzog, immer als der Störenfried, welcher, an der Spitze der Kriegspartei stehend, am liebsten einen Krieg provozieren möchte. Der Zar habe den Prinzen Hohenlohe ins Gesicht gefragt, „ob es denn wahr sei, daß der Erzherzog Franz Ferdinand seinen Traum verwirklichen wolle, an der Spitze österreichischer Truppen in Moskau einzuziehen*".

* Diese Frage des Zaren gab dem Erzherzog-Thronfolger Veranlassung, an denselben ein Telegramm zu richten, in dem er dagegen Verwahrung einlegte, daß man ihm unbegründeterweise kriegerische Absichten zuschreibe. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 1. März, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve III, 79.

Er sei immer ein Gegner gewesen einer Politik, die zu einem Konflikt gegen Rußland und Serbien geführt hätte*. Zwar habe ihn Rußlands und Serbiens provokatorisches Verhalten stark verstimmt. Vom monarchischen Prinzip aus sei es doch Torheit, wenn der Kaiser von Österreich den russischen Zaren vom Throne stoßen wolle. Österreich habe bisher stets den Fehler begangen, Kriege gegen zwei Fronten zu führen. Aufgabe der Diplomatie sei es, solche Lagen zu verhindern. Vor allem aber müsse erst im Innern der Doppelmonarchie Ordnung geschaffen werden. Erst dann könne man starke Außenpolitik machen.

Die Armee habe ja durch die jetzt verausgabten Millionen ihren Ausbau sehr vervollkommnet, aber auch an Qualität gewonnen, indem ganze Reservistenjahrgänge intensiv ausgebildet worden sind.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12906

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Wien, den 27. Februar 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 74 und 77**.

Graf Berchtold ist persönlich gleichfalls ganz gegen die Idee, durch eine nachträgliche Kollektivdemarche in Bukarest auf Notwendigkeit einer vorgängigen Annahme der Entscheidung der Mächte zu drücken. Er hat nur widerwillig und auf Drängen seiner Referenten den Grafen Mensdorff ermächtigt, der Demarche zuzustimmen, si omnes. Graf Mensdorff soll deshalb zunächst gegen die Demarche sich aussprechen und anregen, ob es nicht nützlicher sei, die Harmonie zwischen dem Standpunkt in Bukarest und demjenigen in Sofia auf die Weise herzustellen, daß man auch in Sofia die Mediation auf Grund des Haager Schlußprotokolls akzeptiert. Es würde, sollte er meinen, nicht schwer fallen, die bulgarische

* Den gleichen Standpunkt nahm Erzherzog Franz Ferdinand am 26. und 27. Februar bei Unterredungen mit General Conrad von Hötzendorf ein. In seinem Erinnerungsbuche (Aus meiner Dienstzeit III, 155f.) erzählt der General darüber: „Das Resumé der Besprechungen war, daß der Erzherzog absolut Frieden mit Rußland haben wolle, und auch dermalen gegen Serbien nichts zu geschehen hätte, sondern nur auf diplomatischem Wege zu versuchen wäre, das zu erreichen, was wir anstreben." Mit Nachdruck berief sich der Erzherzog auf einen Brief Kaiser Wilhelms II., in dem der gleiche Standpunkt vertreten und es gänzlich abgelehnt wäre, wegen der „elenden Ziegenweiden" Albaniens Krieg zu führen.

** Durch Telegramm Nr. 74 vom 26. Februar war das Londoner Telegramm Nr. 106 (siehe Nr. 12894), durch Telegramm Nr. 77 das Telegramm nach London Nr. 128 (siehe Nr. 12896) nach Wien mitgeteilt worden.

Regierung zur Annahme des Minus zu bewegen, nachdem sie das Plus, das heißt die Entscheidung, bereits akzeptiert habe.

Sollte aber dennoch die Kollektivdemarche, bei der er Österreich-Ungarn und Deutschland angesichts ihrer besonderen Beziehungen zu Rumänien nur sehr ungern dabei sehe, doch beschlossen werden, so teile er für diesen Fall vollkommen Euerer Exzellenz Ansicht, daß es zweckmäßig sein würde, sich zunächst unter der Hand über den Inhalt der zu treffenden Entscheidung zu einigen. Er werde dabei selbstverständlich dafür eintreten, daß die Stadt Silistria an Rumänien falle.

Tschirschky

Nr. 12907

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 74 Berlin, den 28. Februar 1913

Zur vertraulichen Information.

Hakki Pascha hatte Sir A. Nicolson 25. Februar Aide-mémoire* übergeben, worin stillschweigend auf Adrianopel verzichtet und folgendes gefordert wird:

1. Grenze Marizalauf—San Stefano;
2. Exterritorialität für religiöse und historische Gedenkstätten in und um Adrianopel;
3. Regelung der Inselfrage durch Mächte unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte türkischer Antwort auf Kollektivnote;
4. keine Kriegsentschädigung, teilweise Übernahme Staatsschuld durch Balkanstaaten;
5. Schleifung von Adrianopel und Kirk-Kilisse, bulgarischer Verzicht auf Wiederbefestigung;
6. sobald Verständigung erzielt, Verproviantierung Adrianopels oder freier Abzug der Garnison, Kriegsmaterial bleibt türkisches Eigentum;
7. militärische Ehren für Garnison, freier Abzug für Einwohner und Flüchtlinge.

Fürst Lichnowsky meldet hierzu 27. Februar**:

„Habe in heutiger Botschafterversammlung Ansicht vertreten, daß türkisches Aide-mémoire Grundlage bietet, um Verhandlungen mit Verbündeten zu beginnen; allgemeine Ansicht überwog aber, daß, solange Türkei sich nicht bedingungslos in Hand der Mächte gegeben, es unmög-

* Siehe Nr. 12903.
** Telegramm Nr. 111.

lich sei, an Verbündete heranzutreten, da diese alsdann auch Forderungen stellen würden.

Ich hob hervor, daß Forderung wegen Übergabe Adrianopels erfüllt sei, während Mehrheit sich auf Standpunkt stellte, Türkei müsse sich überhaupt unseren Ratschlägen fügen."

Jagow

Nr. 12908

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 18 Cetinje, den 23. Februar 1913
[pr. 28. Februar]

Während der ersten Hälfte des Waffenstillstandes vertrat die hiesige russische Gesandtschaft bezüglich Skutaris den vom Grafen Benckendorff in London eingenommenen Standpunkt. Seit einiger Zeit führen Herr von Giers und der erste Sekretär Herr Obnorsky in Gesprächen mit den Kollegen aus, daß Skutari zweifellos zu Albanien gehöre, und daß abgesehen hiervon die Stadt auch deshalb nicht montenegrinisch werden könne, weil Montenegro außerstande sei, dort eine geordnete Verwaltung einzuführen. Daß Serbien sich für Montenegro einsetzen werde, sei nicht zu befürchten, denn daraus könne ein Krieg Österreichs gegen Serbien und Montenegro entstehen, und dann müsse Rußland gegen Österreich zu den Waffen greifen. Da es dies nicht wolle, müßten Montenegro und Serbien sich dem österreichischen Willen fügen.

Aus dieser Haltung muß ich darauf schließen, daß Rußland nicht gewillt ist, weiterhin für ein montenegrinisches Skutari einzutreten. Ich habe auch den Eindruck, daß in St. Petersburg das Interesse für Montenegro und die Dynastie im Schwinden begriffen ist, ja daß man beider Zukunft mit serbischen Augen sieht. Sollte in Wien auch dieser Eindruck bestehen, so rechnet man dort vermutlich damit, daß Montenegro und sein Herrscher sich bemühen werden, eine österreichische Lebensversicherung selbst gegen eine hohe Prämie zu erwerben. „Sie müssen uns doch kommen", sagt man sich vielleicht am Ballplatz und hält irgendwelche Schonung für überflüssig.

Herr von Giers sagte mir, bezüglich der künftig hier zu verfolgenden Politik seien — wie dies ja auch nicht anders zu erwarten ist — noch keine Beschlüsse gefaßt worden, insbesondere auch nicht darüber, ob die russischen Offiziere hier belassen und die Armeesubsidien weiter bezahlt werden sollen. Der Chef der russischen Instruktionsoffiziere General Potapow ist vor kurzem in St. Petersburg gewesen und von Seiner Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen worden. Er wird, wie er mir sagte, demnächst nach Rußland zurückkehren und eine Brigade übernehmen.

Eckardt

Nr. 12909

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 132 Berlin, den 28. Februar 1913

Graf Mensdorff erhält Weisung zu folgendem Antrag: Sobald Einigung über Feststellung der Nord- und Ostgrenze Albaniens in London erzielt ist, soll den Regierungen in Belgrad und Cetinje namens der Mächte der bezügliche Beschluß mit dem Bemerken notifiziert werden, daß Mächte auf dessen Durchführung bestehen werden. Hieran ist Aufforderung zu knüpfen, die Albanien zugesprochenen Gebiete zu räumen.

Bitte österreichischen Antrag unterstützen.

Jagow

Nr. 12910

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 137 Berlin, den 28. Februar 1913

Im Anschluß an Erlaß Nr. 300*.

Wir haben Sir Edward Greys Bemerkungen zur Frage Diakowa in Wien verwertet. Herr von Tschirschky meldet darauf unterm 28. Februar**:

„Graf Berchtold läßt für Mitteilung danken.

Der Minister erklärte auf meine Frage, wie er sich die schließliche Lösung der Streitfrage bezüglich Diakowa denke, daß er bereit sei, dem dort befindlichen russischen Kloster eine besondere Stellung einzuräumen. Wie mir mein russischer Kollege soeben mitteilt, hofft auch er, daß auf dieser Basis eine Einigung erzielt werden könne."

Bitte vorstehendes bei Sir Edward Grey verwerten, sobald Graf Mensdorff ermächtigt ist, mit entsprechender Konzession hervorzutreten. Ew. pp. wollen dabei Hoffnung aussprechen, daß österreichisches Zugeständnis beim englischen Minister und in Petersburg gebührende Würdigung finden und nunmehr Rußland auch Österreichs Standpunkt entgegenkommen wird. Auf weitere Nachgiebigkeit Wiener Kabinetts, dessen neue Konzession hauptsächlich auf Courtoisie gegenüber Sir Edward Grey zurückzuführen sein dürfte, ist keinenfalls zu rechnen.

Jagow

---

* Siehe Nr. 12886.

** Telegramm Nr. 56.

Nr. 12911

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 75 Berlin, den 28. Februar 1913

Im Anschluß an Telegramm Nr. 74*.

Zur Information. Osman Nisami Pascha teilte mir soeben mit, daß Pforte sich bedingungslos Mächten anvertraue. Zugleich bat er, Deutschland möchte bei Verhandlungen für türkische Interessen eintreten. Ich habe ihm letzteres streng vertraulich zugesagt. Eure Exzellenz wollen diese Zusage gleichfalls vertraulich behandeln, da Bekanntwerden derselben uns vor anderen Mächten als parteiisch erscheinen ließe und unsere Aktion für die Türkei nur erschweren würde.

Jagow

Nr. 12912

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 53 Berlin, den 1. März 1913

Gestrige Botschafterversammlung London beschloß, Mächte sollten rumänische Regierung von bulgarischer Antwort** unterrichten und fragen, ob sie bereit sei, Streitfall den Mächten unter denselben Bedingungen wie Bulgarien zu übertragen.

Ew. pp. sind zu entsprechender Demarche ermächtigt, sobald Ihre Kollegen gleiche Instruktion haben. Möglichst sofort wollen Ew. pp. Herrn Majorescu vertraulich avertieren und folgendes hinzufügen:

Mehrzahl der Mächte hielt Übernahme unverbindlicher Vermittelung für bedenklich, weil sie sich nicht Eventualität einer Ablehnung ihres Spruches aussetzen wollte. Wir konnten uns Wunsch der Mehrheit um so weniger entziehen, als Herr Majorescu sich seinerzeit selbst nicht nur für Vermittelung, sondern für Entscheidung der Mächte ausgesprochen hatte. Will Ministerpräsident bevorstehende Demarche vermeiden, so tut er gut, Prävenire zu spielen und spontan zu erklären, daß er Vermittelung unter gleichen Bedingungen wie Bulgarien annimmt. Vorherige Zusicherungen wegen Ausfalls der Entscheidung sind schon aus Gründen Un-

* Siehe Nr. 12907.

** Vgl. Nr. 12879, S. 403, Fußnote *.

parteilichkeit nicht angängig. Ich habe jedoch Herrn Beldiman vertraulich gesagt und stelle Euerer Exzellenz anheim, es Herrn Majorescu im strengsten Vertrauen zu wiederholen, daß wir für rumänische Lösung Silistriafrage alles aufbieten werden*.

Jagow

Nr. 12913

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 London, den 28. Februar 1913
[pr. 1. März]

Sir A. Nicolson berief uns heute zu sich und übergab uns nachstehende Mitteilung von Tewfik Pascha:

„Le Gouvernement Impérial Ottoman accepte la médiation des Grandes Puissances dans le but d'arriver à la paix."

Hierauf wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

„La réunion pense qu'il y a lieu de faire connaître la communication de Tevfik Pacha aux Gouvernements alliés en leur demandant s'ils acceptent la médiation des puissances dans les mêmes termes."

Die hiesige Regierung hat hierauf an ihre Vertretungen bei den Verbündeten Telegramme gerichtet, worin sie beauftragt werden, der betreffenden Regierung, sowie ihre Kollegen ähnliche Weisungen erhalten, die türkische Annahme mitzuteilen und zu fragen, ob sie bereit wären, die Vermittelung der Mächte unter denselben Bedingungen anzunehmen**.

Lichnowsky

Nr. 12914

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 83 Wien, den 27. Februar 1913
[pr. 1. März]

Graf Berchtold, der in seinem Arbeitszimmer zwar noch immer auf der Chaiselongue lag, aber sich wesentlich besser fühlte, sagte mir im

* Vgl. das Telegramm Beldimans an Majorescu vom 28. Februar. Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 76.
** Zu gleichem Vorgehen wurden die deutschen Vertreter in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje durch Zirkulartelegramm vom 1. März angewiesen. Über die Ausführung der Demarche vgl. Nr. 12932.

Laufe unserer Unterhaltung noch einiges über die Verhandlungen mit Petersburg in betreff der Reduzierung der Truppen an der galizischen Grenze.

Die Zeitungen seien ihm leider durchgegangen[1], indem sie schon jetzt und seit einigen Tagen von der vollzogenen Verständigung und der daraus resultierenden Entspannung gesprochen hätten. Die Andeutung, die Graf Stürgkh neulich, übrigens mit seinem vollen Einverständnisse, über eine nahe bevorstehende allgemeine Entspannung gemacht habe, sei wohl der Anlaß zu den allzu optimistischen Preßäußerungen gewesen. Er hätte beabsichtigt, in einem von Petersburg und von Wien aus zu erlassenden Communiqué die Tatsache der Truppenreduzierung zu veröffentlichen, die, aus der Initiative der beiden Souveräne hervorgegangen, einen deutlichen Beweis für die Friedensliebe der Herrscher ablege. Nun sei ihm das Konzept verdorben worden[2]. Glücklicherweise sei dies aber nur ein äußerlicher Schönheitsfehler; die Tatsache an sich sei die Hauptsache und sehr erfreulich.

Er habe jetzt Nachricht aus Petersburg, daß auch Kaiser Nikolaus mit Freuden auf den Gedanken eingegangen sei. Gestern sollten noch Detailbesprechungen zwischen den maßgebenden militärischen Stellen in Petersburg und heute dann die endgültige Besprechung zwischen Herrn Sasonow und dem Grafen Thurn stattfinden*.

Graf Berchtold bemerkte dann noch, einer der Gründe, die ihn zu der Anregung einer beiderseitigen teilweisen Abrüstung geleitet hätten, sei der, daß er geglaubt habe, Verhandlungen mit Rußland würden jedenfalls glatter verlaufen und leichter von statten gehen, wenn man die Rüstung auf beiden Seiten erleichtert hätte. Auch sei zu beobachten gewesen, daß allein schon die Nachricht von dem Handschreiben des Kaisers auf die Serben und Montenegriner ernüchternd gewirkt habe. Diese anfänglich gute Wirkung sei allerdings — mit der Annahme, daß kein greifbares Ergebnis mit dem Schritt des Handschreibens erreicht worden sei — bereits wieder im Schwinden begriffen. Die Reduzierung der Grenztruppen werde aber hoffentlich wieder auf die Gemüter in Belgrad und Cetinje einen kalmierenden Einfluß ausüben.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das kommt davon wenn man zu umständlich und weitschweifig wochenlang eine große Aktion vorbereitet, von der alles darauf ankommt, daß sie durch Überraschung wirkt! Zu viele Leute wissen darum, sind indiskret, geschickte Combinationsgabe kommt dazu! Indiskretionen erfolgen doch und dann ist die Wirkung hin! Man muß rasch und energisch handeln, aber nicht Monatelang verhandeln, und glauben, daß niemand Etwas davon erfährt!

[2] mit seinem Einverständniß

---

* Über die weitere Entwicklung der Reduktionsfrage vgl. Kap. CCLXX.

Nr. 12915

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 281 Berlin, den 1. März 1913

Sir Edward Goschen hat mir heute die aus der Anlage* ersichtlichen Mitteilungen zur Diakowafrage gemacht. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich den Standpunkt Sir E. Greys zwar zur Kenntnis des Grafen Berchtold bringen werde, wir es uns aber nach wie vor versagen müßten, in dieser Angelegenheit auf die Entschließungen des Wiener Kabinetts einzuwirken.

Euere Exzellenz bitte ich, Graf Berchtold hiervon vertraulich unterrichten zu wollen.

Jagow

Anlage

Aide-mémoire

Berlin, February 28, 1913

Sir Edward Grey has informed Sir Edward Goschen that he quite understands the position of Herr von Jagow in regard to Austria-Hungary, as explained by His Excellency on the 23rd instant**, and that the corresponding difficulty of the position of His Majesty's Government as regards Russia makes him not only understand but also sympathise. He points out that if Austria-Hungary were to give way about Djakova as well as about Dibra, and Russia were thereupon to agree to the remainder of the last line proposed by Austria-Hungary, Russia would in consequence become a party to agreeing that Montenegro should be prevented from either obtaining or retaining Scutari and that town would cease to constitute a danger to the peace of Europe. By such an arrangement Russia must also become a party to seeing that Servia should withdraw from all places situated within the line adopted as the frontier for Albania. Sir Edward Grey thinks that it is hardly realised by Herr von Jagow how difficult it would be for Russia to become a party to an agreement which would require her to compel both Servia to withdraw from Djakova and Montenegro to withdraw from Scutari. In his opinion Russia might agree to do one or the other but not both, and he states that as Scutari is far more important to Albania than Djakova, it would presumably be preferable that Djakova should be given to Servia rather than Scutari to Montenegro.

He adds that there is some hope that it might be possible to devise certain commercial arrangements as regards Djakova which would make it of less intrinsic importance to Albania that she should gain possession of that town.

---

* Siehe Anlage.

** Vgl. Nr. 12887, Anlage.

Nr. 12916

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Konstantinopel, den 1. März 1913

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 75*.

Als ich Großwesir heute zu dem Entschluß der Pforte gratulierte, sich bedingungslos den Mächten anzuvertrauen, erwiderte er: „Um Gottes Willen! Wer hat das gesagt? Davon ist gar keine Rede. Wenn so etwas hier verlautet, bin ich verloren." Mahmud Schewket Pascha ließ sodann die Akten kommen, aus denen folgendes hervorgeht: Hakki Pascha hat unter dem 25. Februar berichtet, Sir E. Grey habe ihm gesagt, die Pforte möge die Mediation der Mächte anrufen. Letztere, denen die türkischen Wünsche ja bekannt seien, würden dann die Alliierten zur Mitteilung ihrer Forderungen veranlassen und zwischen den beiderseitigen Standpunkten vermitteln. Sir E. Grey versprach, daß die Vermittelungsvorschläge der Türkei mitgeteilt werden sollten, bevor sie den Verbündeten bekanntgegeben würden, und daß im Falle der Ablehnung der Türkei auf letztere kein Zwang ausgeübt werden sollte. Fürst Lichnowsky und Herr Cambon hätten außerdem zugesagt, auf der Botschafterkonferenz für die Forderungen der Pforte einzutreten. Daraufhin hat am 26. Februar ein Ministerrat stattgefunden, der den Beschluß gefaßt hat: „La Porte pour faire la paix demande la médiation des Puissances." Dieser Beschluß sollte zunächst nur den Dreibundmächten mit der Bitte notifiziert werden, das Weitere zu veranlassen und bei den Verhandlungen für die türkischen Interessen einzutreten. Der Auswärtige Minister** hat sich indessen nicht an den Ministerratsbeschluß gehalten, sondern die für die Dreibundmächte bestimmte Mitteilung auch den Ententemächten gemacht.

Mahmud Schewket Pascha bat mich, den Sachverhalt so schnell wie möglich Euerer Exzellenz gegenüber aufzuklären. Osman Nisami Pascha sei nicht ermächtigt gewesen, von einer bedingungslosen Unterwerfung zu sprechen. Es handle sich um eine Mediation und nicht um einen Schiedsspruch.

Wangenheim

Nr. 12917

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 Konstantinopel, den 1. März 1913

Mahmud Schewket ließ heute nachmittag, nachdem er den russischen Botschafter empfangen, Markgrafen Pallavicini bitten, sich für ein Nach-

* Siehe Nr. 12911.

** Prinz Said Halim Pascha.

geben seiner Regierung in der albanesischen Frage zu verwenden. Er wisse aus bestimmtester Quelle, daß eine österreichisch-russische Verständigung, namentlich bezüglich Diakowas den Friedensschluß mit den Alliierten so gut wie sicher stellen würde[1].

Markgraf Pallavicini hat entsprechend telegraphiert. Er ist mit mir der Meinung, daß die albanesisch-serbische Grenze nicht mit Londoner Tinte, sondern erst viel später mit serbischem und albanesischem Blute gezeichnet werden wird[2].

Wangenheim

Randbemerkungen von Jagows:
[1] ?
[2] Ja

Nr. 12918

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 65 St. Petersburg, den 28. Februar 1913
[pr. 2. März]

Ich hatte gestern abend Gelegenheit, mit Herrn Sasonow vertraulich über die Frage von Silistria zu sprechen und ihn auf die Fortdauer der Erregung in Rumänien hinzuweisen, welche befürchten lasse, daß, falls bei der von den Mächten zu treffenden Entscheidung Silistria Rumänien nicht zugesprochen wird, die Gefahr eines bewaffneten Konflikts zwischen Rumänien und Bulgarien wieder erheblich näher rückt. Herr Sasonow war von dem Standpunkt nicht abzubringen, daß eine Abtretung der Stadt Silistria der Eigenliebe Bulgariens nicht zugemutet werden könne. Noch eher würde es möglich sein, Rumänien in den Besitz einiger weiterer Kilometer am Schwarzen Meer gelangen zu lassen. Selbst der ernste Hinweis darauf, daß die Frage der Abtretung Silistrias unter Umständen eine Frage von Krieg und Frieden werden könnte, schien auf den Minister keinen besonderen Eindruck zu machen. Er hatte darauf die Antwort, daß nach seiner Ansicht die Gefahr eines Krieges nicht geringer sein würde, wenn die Entscheidung der Mächte zugunsten einer Abtretung der Stadt Silistria an Rumänien ausfallen sollte. Möglicherweise würde sich Bulgarien zunächst fügen, es würde aber dann zweifellos, vielleicht schon in einem oder anderthalb Jahren über Rumänien herfallen, um ihm das jetzt abgetretene Gebiet wieder zu entreißen.

F. Pourtalès

Nr. 12919

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 67 St. Petersburg, den 28. Februar 1913
[pr. 2. März]

Im Verlauf der jetzigen Krisis konnte wiederholt beobachtet werden, wie hier der Einfluß der zum Kriege treibenden Elemente und derjenigen Kreise, welche an der Erhaltung des Friedens arbeiten, miteinander rangen und abwechselnd die Oberhand gewannen. Kurz vor der Rückkehr des Zaren aus Spala, als Seine Kaiserliche Hoheit der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch zum Besuche am Kaiserlichen Hoflager weilte, wurde die Stimmung hier plötzlich kriegerisch. Herr Sasonow, der bis dahin sehr ruhig gewesen war, fing an, sich pessimistisch zu äußern und darauf hinzuweisen, daß ein Krieg unvermeidlich sein würde, falls Österreich-Ungarn seine Forderungen gegen Serbien mit Gewalt würde durchsetzen wollen. Herr Kokowzow sagte damals ganz offen zum österreichisch-ungarischen Botschafter, er freue sich, daß der Kaiser bald nach Zarskoje Selo zurückkehre, weil Seine Majestät dann wieder regelmäßig seine Minister sehen und weniger unverantwortliche Ratgeber hören werde. In der Tat machte sich mit der Rückkehr des Zaren sehr bald ein deutlicher Umschwung geltend. Die Regierung trat schärfer gegen die panslawistische Propaganda auf, die Sprache der Herren Kokowzow und Sasonow wurde wieder zuversichtlicher und friedlicher, es machten sich deutliche Anzeichen der Entspannung fühlbar.

Seit dieser Zeit waren noch mehrere Male Schwankungen wahrzunehmen. Zeitweise wurde die Haltung der Presse sowie der von den panslawistischen Hetzern in Versammlungen angeschlagene Ton selbstbewußter und herausfordernder, die Stimmung in den leitenden Kreisen dementsprechend gedrückt und pessimistisch. Dann folgten wieder Wochen, in denen man wahrnehmen konnte daß die Stimme der Vernunft sich in erhöhtem Maße Geltung verschaffte.

Vor etwa vierzehn Tagen war wieder ein kritischer Augenblick, in welchem man es der besorgten Stimmung des Herrn Sasonow deutlich anmerken konnte, daß die hetzenden Einflüsse hier an Boden gewannen. Den Höhepunkt erreichte diese Spannung, als das slawische Bankett, welches ursprünglich von der Regierung verboten worden war, dennoch stattfand und ein von den Teilnehmern an den Zaren gerichtetes Telegramm zum Jubel der Panslawisten im kaiserlichen Auftrage einer sehr gnädigen Erwiderung gewürdigt wurde[1]*. Diese kaiserliche Kundgebung gegenüber einer Versammlung, die eine gegen Österreich-Ungarn gerichtete scharfe

---

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1913, S. 611.

Resolution gefaßt hatte, schien darauf hinzudeuten, daß wenigstens vorübergehend die gegen Österreich-Ungarn hetzenden Kreise auch beim Kaiser erhöhten Einfluß gewonnen hatten. Es scheint aber, als ob in jenem Augenblick die Kriegshetzer den Bogen etwas überspannt hätten, und als ob der mit dem erwähnten Antworttelegramm des Zaren getriebene Mißbrauch den besonnenen Elementen Veranlassung gegeben hätte, der zum Kriege hetzenden Strömung stärker entgegenzutreten. Jedenfalls erfolgten wenige Tage nach der kaiserlichen Antwort auf die Begrüßung durch das Slawenbankett verschiedene offiziöse Kundgebungen, die offenbar den Zweck verfolgten abzuwiegeln. Ein starkes Abflauen der kriegerischen Stimmung ist seitdem deutlich wahrzunehmen.

Wie ich von verschiedenen Seiten erfahre, ist Herr Sasonow durch das Antworttelegramm an das Slawenbankett, wegen dessen er nicht befragt worden war, sehr unangenehm berührt gewesen[1]. In der Gesellschaft hörte ich vielfach das gedachte Telegramm als einen großen Fehler bezeichnen, welcher nicht vorgekommen wäre, wenn nicht der Minister des Kaiserlichen Hauses Baron Fredericks zufällig jetzt gerade beurlaubt gewesen wäre[1].

Darüber, daß, wie schon früher, auch bei dem letzten Anschwellen der kriegerischen Woge Seine Kaiserliche Hoheit der Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch und seine Umgebung eine Rolle gespielt haben, dürfte kein Zweifel bestehen. Herr Sasonow, dem gegenüber ich vor einigen Tagen in vertraulichem Gespräche diese Verhältnisse berührte, stellte nicht in Abrede, daß der Hof des genannten Großfürsten einen Mittelpunkt der Kriegspartei bilde. Er meinte aber, daß der Großfürst zu unbedeutend sei, um einen wirklichen Einfluß zu üben. Jedenfalls sei dieser Einfluß viel weniger gefährlich wie der seiner Schwägerin, der Großfürstin Militza, der klugen und sehr fanatischen Gemahlin des Großfürsten Peter Nikolajewitsch. Genau in demselben Sinne sprach sich Herr Kokowzow zu mir aus, mit dem ich heute Gelegenheit hatte, über die Treibereien gewisser, dem Großfürsten Nikolaus nahestehender Kreise vertraulich zu sprechen. Der Ministerpräsident stellte ebenfalls nicht in Abrede, daß in diesen Kreisen, besonders von der weiblichen Seite, stark gehetzt werde, erklärte aber auf das bestimmteste, es bestehe keine Gefahr, daß diese Hetzereien der Regierung über den Kopf wachsen.

Sowohl Herrn Kokowzow als auch Herr Sasonow äußern sich neuerdings in ausgesprochen optimistischem Sinne. Herr Sasonow sagte mir vor einigen Tagen: „Je crois vraiment que maintenant nous avons doublé le cap."

Herr Kokowzow sagte mir, er habe erst heute mit Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus über die allgemeine Lage gesprochen, dabei die Besserung derselben konstatiert und Seine Majestät besonders auf die Verdienste hingewiesen, die sich Deutschland während der ganzen Krisis um die Sache des Friedens erworben habe. Seine Majestät der Kaiser habe erwidert, er erkenne dies dankbar an.

Aus Äußerungen der Herren Kokowzow und Sasonow entnehme ich, daß eine Vereinbarung mit Österreich-Ungarn über Verminderung der an den beiderseitigen Grenzen aufgestellten Truppen, und zwar russischerseits durch Entlassung der zurückbehaltenen Reservisten unmittelbar bevorsteht. Auf meine Bemerkung, daß diese Maßnahme jedenfalls eine sehr beruhigende Wirkung ausüben werde, erwiderte Herr Kokowzow lachend: „Aber nicht auf die Panslawisten. Diese werden um so stärker schreien und Sasonow und mich des Hochverrats anklagen. Das ist uns aber ganz gleichgültig[2]."

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Hauptsache!

Nr. 12920

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 Wien, den 1. März 1913

Unter Bezugnahme auf Schlußsatz Telegramms Nr. 79 vom 28. Februar*.

Hiesige Nachrichten stimmen, wie mir Graf Berchtold sagt, nicht darin mit unseren überein, daß in Rußland Neigung bestehe, Silistria an Rumänien zu bringen. Hier hört man im Gegenteil, daß Rußland versuche, Italien dahin zu bringen, sich in dieser Frage von seinen Alliierten zu trennen.

Beiläufig bemerkte der Minister zu einer Stelle aus einem Bericht des Grafen Szögyényi, den er mir vorlas, die Idee, die Frage der Zukunft Salonikis den Balkanstaaten ganz zu überlassen, könne er nicht teilen. Österreich-Ungarn müsse sich vorbehalten, bei dieser Frage mitzusprechen.

Tschirschky

Nr. 12921

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 Wien, den 1. März 1913
[pr. 2. März]

Nach einer schriftlichen Mitteilung des Generalstabschefs an Graf Berchtold ist die Nachricht bestätigt, daß Serben den Montenegrinern Hilfstruppen für Skutari senden. Ein Teil soll zu Lande, der andere auf

* Vgl. Nr. 12902, Fußnote ***.

dem Seewege dorthin gesandt werden, im Ganzen an 8000 Mann mit schweren Geschützen. Die Einschiffung in Salonik verzögere sich, weil man eine Gefährdung des Transports durch den türkischen Kreuzer fürchte, der die dortigen Gewässer unsicher mache!

Der Minister meinte zu dieser Nachricht, es sei eigentlich entwürdigend für die Großmächte, daß sie mit verschränkten Armen zusehen müßten, wie die Balkanstaaten, ohne sich um die Absichten Europas im geringsten zu kümmern, offen alles täten, um ein fait accompli zu schaffen, das, wie sie wohl wüßten, direkt den friedlichen Intentionen der Mächte widerspräche. Er frage sich, ob Österreich-Ungarn als zunächst interessierte Macht nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen sollte, diesem gefährlichen Experiment der Balkanstaaten Einhalt zu tun, eventuell durch Wegnahme der Truppentransportschiffe. Ich wies den Minister darauf hin, daß ein solches Vorgehen ein direktes Heraustreten aus der Neutralität bedeuten und jedenfalls nicht ohne vorherige Fühlungnahme zunächst mit den Verbündeten anzuraten sein würde.

Ein Bericht des österreichischen Konsuls aus Skutari* lautet recht pessimistisch. Zahlreiche Bomben schlügen jetzt mitten in die Stadt ein und hätten schon unter den Mitgliedern der fremden Kolonien verschiedene Opfer gefordert. Man spreche in der Stadt von Plänen zur Ermordung der fremden Konsuln.

Tschirschky

Nr. 12922

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64

Bukarest, den 2. März 1913
[pr. 3. März]

Antwort auf Telegramm Nr. 53**.

Ministerpräsident, dem ich befohlene Mitteilung machte, erklärte mir, die von Rumänien angenommene Vermittelung sei vom englischen Gesandten auf Grund einer Depesche des Sir E. Grey vorgeschlagen, welche ausdrücklich und ausschließlich von Vermittelung spreche. Dafür, daß Mächte in Sofia einen anderen Vorschlag gemacht hätten, sei nicht Rumänien verantwortlich. Es sei nicht gerecht, aus solcher Schwierigkeit der Form hier eine neue Komplikation zu erzeugen, statt die friedlichen Bemühungen zu stärken. Dagegen sei es recht und billig, daß die Bulgaren den Mächten gegenüber nicht mehr verpflichtet seien als Rumänien. Das Bedenken der Mehrzahl derselben halte er nicht für gerechtfertigt, weil

* Zambaur.
** Siehe Nr. 12912.

die Bulgaren sich schon gefügt hätten und er, wie er mir ganz vertraulich mitteile, der Überzeugung sei, daß Rumänien sich dem Spruch der Mächte fügen werde. Das Verlangen der neuen öffentlichen Erklärung werde er wegen der Schwierigkeiten, die sonst seitens der kriegerischen Elemente zu gewärtigen sein würden, ablehnen. Praktisch wäre es, schnell die Konferenz einzuberufen, die Formsache zu entscheiden und den Spruch herbeizuführen. Durch Verzögerung würde Rumänien gegenüber Bulgarien in Inferiorität gesetzt, weil dieses nach dem Frieden stärker sein würde.

Die Kollektivdemarche der sechs Gesandten bei dem Ministerpräsidenten hat heute stattgefunden*. Das Ergebnis gebe ich nachstehend in französischer Sprache wieder: Monsieur Maioresco nous a répondu que le Gouvernement Roumain ne pouvait revenir sur la détermination qu'il nous a notifiée le vingt-deux février; que ce serait mettre au péril les intérêts de la paix que nous envisagions, car le Gouvernement en présence d'une nouvelle décision telle que celle que nous sollicitions serait très probablement renversé et le cabinet qui viendrait au pouvoir serait certainement plus belliqueux que le cabinet actuel; qu'à son avis il vaudrait mieux que la réunion des ambassadeurs qui sera plus tard chargée de préparer la transaction à recommander à la Roumanie et à la Bulgarie fût dès maintenant appelée à mettre d'accord les réponses bulgares et roumaines; qu'il se portait garant que la proposition formulée par les puissances serait telle qu'elle soit respectée par la Roumanie et que s'il était sûr que le secret fût gardé à Sofia, il n'hésiterait pas à nous confirmer formellement cette opinion.

Cette combinaison, nous a-t-il dit en terminant permettrait aux Bulgares d'aller devant la réunion des ambassadeurs en n'invoquant qu'une médiation qu'il saurait être l'équivalent d'un arbitrage et qui n'obligerait pas le Gouvernement Roumain à avouer publiquement qu'il a au préalable accepté la décision des puissances.

Monsieur Majoresco a insisté pour que le plus grand secret soit gardé sur notre démarche.

Waldthausen

Nr. 12923

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 89 Wien, den 1. März 1913
[pr. 5. März]

Ich habe den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 262** heute vertraulich zur Kenntnis des Grafen Berchtold gebracht. Dabei habe ich im Laufe

* Vgl. das Immediatreferat Majorescus vom 2. März. Rumänisches Grünbuch: Les Evénements de la Péninsule Balkanique. 20 Septembre 1912 — 1 Août 1913, p. 77 s.
** Siehe Nr. 12904.

unserer Unterhaltung unter Hervorhebung der dem russischen Botschafter von Euerer Exzellenz gegebenen kategorischen Antwort, die jedes Drängen auf Nachgiebigkeit hier in Wien von der Hand weise, dem Minister doch nochmals vor Augen geführt, wie wichtig und wünschenswert es wäre — namentlich im Hinblick auf den möglichen Fall von Skutari —, ohne Verzug zu einer Einigung über die albanische Grenzfrage zu gelangen.

Ich fand den Minister, der immer noch leidend ist, heute sichtlich etwas deprimiert darüber, daß diese Frage nicht vom Flecke komme. Er beteuerte, daß er nach Preisgabe von Ipek, Prisren, Dibra nicht auch Diakowa opfern könne; der Eindruck in der Monarchie würde zu deplorabel sein. Rußland gehe sichtlich darauf aus, alle Städte im Osten Albaniens von diesem Lande loszutrennen, um ihm jede Lebensfähigkeit und jede Entwicklungsmöglichkeit zu nehmen. Mit der gewiß großen Konzession von Dibra habe er bei Rußland garnichts erreicht. Die Russen hätten sie einfach eingesteckt, ohne ein Wort des Dankes und ohne jedes Zeichen des Entgegenkommens.

Ich regte dann den Gedanken an, ob es nicht möglich sei, die Verhandlungen über die albanische Grenzfrage wieder auf breitere Basis zu stellen und zu versuchen, durch anderweite Transaktionen einen Ausweg aus der Sackgasse, in die die Frage der Stadt Diakowa die Verhandlungen geführt hätte, zu finden. Graf Berchtold meinte, dieser Gedanke sei gewiß beherzigenswert. Er habe auch schon daran gedacht, Dibra wieder für Albanien zu reklamieren und dafür Diakowa preiszugeben. Nur spreche dagegen, daß letztere Stadt ganz albanisch sei und um Dibra herum mehr Serben wohnten. Die russischen Angaben über die Anzahl der [den] Orthodoxen, Katholischen und den Zigeunern gehörigen Häuser in Diakowa seien wohl zutreffend. Aber „der Rest der Bevölkerung", von dem Herr Sverwejew gesprochen habe, bilde eben die große Majorität der Bevölkerung und sei albanesisch und seit undenklichen Zeiten mohammedanisch.

Ein anderer Gedanke sei der, ob man nicht von hier aus Rußland noch eine Konzession machen könne, gegen die formelle Erklärung einer Garantie seitens Rußlands, daß Skutari unter allen Umständen bei Albanien bleiben solle. Dem stehe aber die Erwägung entgegen, daß es sehr zweifelhaft bleibe, ob Rußland trotz dieser Erklärung des jetzigen Ministers Sasonow imstande sein werde, eintretendenfalls der öffentlichen Meinung gegenüber seine Zusicherung zu halten. Ich bemerkte dazu, daß, wenn wirklich Rußland nicht sein Wort würde einlösen können, damit selbstverständlich auch alle von hier aus unter dieser Bedingung gemachten Konzessionen hinfällig werden würden.

von Tschirschky

Nr. 12924

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Sofia, den 3. März 1913

Herr Spalaikowitsch hat Major Massow gegenüber vertraulich seinem Unmut über die Begehrlichkeit und Arroganz Bulgariens Luft gemacht, das auf Kosten seiner Alliierten die Vorherrschaft auf dem Balkan erstrebt. Serbien müsse sich rechtzeitig dagegen schützen und habe daher bereits bindende Verabredungen mit Griechenland getroffen. Er denke auch nach dem Friedensschluß an ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Türkei[1], das um so leichter zu erreichen wäre, als zwischen ihr und Serbien ein tiefer gehender Antagonismus niemals bestanden habe.

In der weiteren Unterhaltung machte Herr Spalaikowitsch Andeutungen, als ob Serbien demnächst auch näheren Anschluß an Rumänien[1] suche.

Das Ganze sieht wie eine beabsichtigte Einkreisung Bulgariens aus[2], das es von jeher verstanden hat, sich unbeliebt zu machen und von allen näher Beteiligten heute mit Recht als der künftige Störenfried auf dem Balkan betrachtet wird.

Wie weit die Belgrader Regierung die Ansichten ihres Gesandten teilt, lasse ich dahingestellt.

Below

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] was sagt Rußland dazu? Steckt das dahinter? Ist Ferdinand ihm zu groß und unabhängig geworden?

Nr. 12925

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 182 Berlin, den 4. März 1913
[abgegangen am 5. März]

Zur Information.

Der serbische Geschäftsträger teilte mir heute im Auftrage seiner Regierung mit, daß letztere bei der Abgrenzung Albaniens weder auf Ipek

---

* Der gleiche Erlaß ging an die übrigen Botschafter bei den europäischen Großmächten sowie an die Gesandten bei den Balkanstaaten.

und das Drintal, noch auf Dibra, noch auf Diakowa verzichten könne, und daß Serbien, wenn die Mächte anders entschieden, sich an deren Beschlüsse nicht halten würde*.

Ich habe den Geschäftsträger gebeten, seiner Regierung zu erwidern, daß obige Mitteilung für mich in keiner Weise maßgebend sein könne; ich wüßte nicht, wie die Beschlüsse der Mächte schließlich ausfallen würden, Serbien werde dieselben aber zu respektieren und widrigenfalls die Folgen zu tragen haben. Ich habe dem Geschäftsträger deutlich zu verstehen gegeben, daß eine derartige Intimation eines Kleinstaates wie Serbien den Mächten gegenüber durchaus unangemessen sei.

Jagow

Nr. 12926

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 283

Berlin, den 3. März 1913
[abgegangen am 4. März]

Graf Szögyényi hatte vor einigen Tagen im Auftrage des Grafen Berchtold angeregt, den Bulgaren, um ihnen den Verzicht auf Silistria zu erleichtern, Salonik zu versprechen. Ich habe aus Gründen, die unten ausgeführt werden, diesem Vorschlag nicht nähertreten zu können geglaubt.

Graf Berchtold hat darauf zu Euerer Exzellenz bemerkt, Österreich könne die Zukunft Saloniks den Balkanstaaten nicht ganz überlassen, sondern müsse sich vorbehalten, bei dieser Frage mitzusprechen**.

Wir sind weit entfernt davon, Österreich-Ungarn das Recht bestreiten zu wollen, an der Bestimmung des künftigen Schicksals von Salonik, in welchem die Doppelmonarchie ein wichtiges Handels-

* Eine ähnliche Erklärung gab der serbische Gesandte in Paris Wesnitsch am 3. März am Quai d'Orsay ab. Nach einem Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow von diesem Tage (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve III, 80) lief sie sogar in die Drohung aus, daß Serbien, wie auch die Entscheidung der Mächte ausfallen werde, sich aus den beanspruchten Tälern von Dibra und Bielagodrina mit den Städten Ipek und Diakowa nur vor der Waffengewalt zurückziehen werde. Von einer Zurückweisung dieser Drohung, wie sie in Berlin erfolgte, berichtet Iswolsky nichts, dafür meldete der französische Konsul in Üsküb Carlier am 4. März eine bezeichnende Äußerung des serbischen Kronprinzen: „La France a presque plus fait pour nous que la Russie et cela, nous ne l'oublierons jamais." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 94. In Rußland, wo man von dem wiederholt ausgesprochenen Willen der Serben, sich auch der Entscheidung der Mächte nicht fügen zu wollen, längst unterrichtet war, scheint man diese Haltung eher noch ermutigt zu haben, erklärte doch Sasonow kurz vor dem 23. Februar in London, daß Rußland einem Versuch, die Serben mit Gewalt aus den beanspruchten Gebieten zu treiben, nicht gleichgültig gegenüberstehen werde. Vgl. Nr. 12887, Anlage.

** Vgl. Nr. 12920.

debouché erblickt, mitzuwirken. Alle Großmächte haben sich übrigens das Recht vorbehalten, die einstige Abgrenzung der Balkanstaaten zu sanktionieren, ein Vorbehalt, an dem auch wir festhalten.

Anders verhält es sich aber mit einem in voraus einzugehenden Engagement, Salonik diesem oder jenem Balkanstaat zuzuwenden, um dadurch die Lösung der Silistriafrage zu erleichtern. Abgesehen davon, daß es mir fraglich erscheint, ob Bulgarien sich auf dies hypothetische Geschäft einlassen würde, bin ich keineswegs sicher, ob Rußland nicht beabsichtigt, sich dafür einzusetzen, daß Salonik an Griechenland fällt. Manche Anzeichen sprechen dafür. Wir hätten dann statt einer Silistriafrage nur eine Salonikfrage. Während wir aber wegen unserer Beziehungen zu Rumänien mehr oder weniger gezwungen sind, in ersterer für Rumäniens Wünsche Stellung zu nehmen, würden wir bei dem Streit um Salonik uns für eine Frage engagieren, an der wir, id est Deutschland, kein wesentliches Interesse haben. Wir können es meiner Ansicht nach ruhig mit ansehen, wie Bulgarien und Griechenland sich über den Erwerb von Salonik auseinandersetzen, bezw. in Streit geraten. Der Besitz von Salonik wird einer der vielen Zankäpfel sein, die die schon jetzt latente Uneinigkeit und Rivalität im Balkanbund zum Ausbruch bringen oder wenigstens starke Verstimmungen und spätere Reibungen unter den Mitgliedern desselben hervorrufen müssen. Es scheint mir nicht unsere Aufgabe zu sein, in diesen Fragen die Vorsehung zu spielen und das Odium enttäuschter Hoffnungen eines der Balkanstaaten auf uns zu nehmen. Griechenland wird offenbar mit allen Mitteln danach streben, Salonik zu behalten; nachdem der König dort bereits sein Hauptquartier genommen, könnte sein erzwungener Abzug sogar zu einer Katastrophe in Athen führen. Inwieweit Griechenland in diesen Aspirationen von den Mächten der Tripelentente unterstützt werden wird, wissen wir aber nicht. Will Rußland, daß Salonik griechisch wird, so würde sein Druck in Sofia voraussichtlich Bulgarien zum Nachgeben in diesem Punkte bewegen, gleichzeitig aber daselbst eine ernste Verstimmung gegen den gebieterischen Freund zurücklassen. Wir dagegen könnten uns durch ein an Bulgarien gegebenes Versprechen vor einen neuen europäischen Konflikt wegen einer Frage gestellt sehen, die uns in keiner Weise berührt. Zudem haben wir meines Erachtens keinerlei Grund, uns für ein Interesse Bulgariens besonders einzusetzen, welches, solange König Ferdinand und seine Leute dort am Ruder sind, zwar Wohltaten des Dreibunds gelegentlich gern annehmen wird, aber durch finanzielle Bande viel zu fest an Frankreich und Rußland gefesselt ist und durch die Silistriafrage auch zu sehr von Rumänien entfremdet wird, um je ein zuverlässiger Faktor für den Dreibund zu werden.

Ich kann mich daher nicht dazu verstehen, irgendein vorzeitiges Engagement wegen Saloniks Bulgarien gegenüber einzugehen. Die Haltung, die bei der schließlichen Zustimmung zu der Neuformierung der Balkanländer einzunehmen ist, wird wesentlich von taktischen Gründen abhängen.

Euere Exzellenz bitte ich, sich nach Maßgabe der vorstehenden Gesichtspunkte dem Grafen Berchtold gegenüber aussprechen zu wollen.

Zu Euerer Exzellenz persönlicher Orientierung füge ich hinzu, daß eine Annäherung Rumäniens an Serbien mir viel mehr geeignet erscheint, — unter Mitwirkung der Türkei — das allzu mächtig werdende Bulgarien in Schach zu halten und eine Spannung unter den Staaten des jetzigen Balkanbundes hervorzurufen.

Von der künftigen Stellung Österreich-Ungarns zu Serbien wird es wesentlich abhängen, ob wir den Einfluß des Dreibunds mit demjenigen Rußlands im Balkan balancieren, beziehungsweise die Wagschale sogar zu unseren Gunsten zum Sinken bringen können.

Ob Euere Exzellenz auch diesen Gedanken bei dem Grafen Berchtold in vorsichtiger Weise anregen wollen, muß ich Ihrer Beurteilung der derzeitigen Wiener Dispositionen Serbien gegenüber überlassen. Wenn ich über letztere richtig informiert bin, scheint mir alles, was Serbien betrifft, derzeit in Wien wie ein rotes Tuch zu wirken, und gebietet es vielleicht die Vorsicht, vorderhand die österreichische Empfindlichkeit mit derartigen Zukunftsgedanken zu verschonen.

Jagow

Nr. 12927

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120

London, den 3. März 1913
[pr. 4. März]

Bei der heutigen Sitzung teilte Sir E. Grey uns die hier eingegangene Antwort der rumänischen Regierung auf den letzten Gesamtschritt der Mächte mit. Da aus derselben hervorgeht, daß rumänische Regierung sich Urteil der Mächte unterwerfen will, es aber nicht auszusprechen wagt und wünscht, daß die mit Beilegung des Streits endgültig befaßte Botschafterversammlung auch Übereinkommen zwischen beiden Regierungen über bisher noch abweichende Voraussetzungen herbeiführt, sprach ich mich dagegen aus, daß auf unsere Veranlassung bulgarische Regierung von bedingtem Einverständnisse Rumäniens in Kenntnis gesetzt und von ihrer bedingungslosen Zusage entbunden werde.

Es wurde hierauf nachstehender Beschluß gefaßt, der noch Möglichkeit offen läßt, die Antwort Rumäniens als bindend zu betrachten oder auch entsprechenden Druck auf Rumänien seitens betreffender Regierung auszuüben, an deren Sitz Entscheidung stattfinden wird.

„Sir E. Grey a reçu du représentant Britannique à Bukarest un télégramme du 2 mars relatant un entretien avec M. Majoresco, lequel a

déclaré sous le sceau du secret qu'il se portait garantir que la proposition formulée par les puissances serait, quelle qu'elle fût, respectée par la Roumanie et qu'il conviendrait d'appeler dès maintenant à chercher un accord entre les réponses roumaines et bulgares la réunion des ambassadeurs qui sera chargée de préparer la transaction sur le différend actuel.

Vu cette déclaration, la réunion pense qu'il importe de prescrire aux représentants des puissances à Bukarest et à Sofia de s'enquérir auprès des Gouvernements Roumain et Bulgare de leurs préférences au sujet de la capitale où devra s'exercer la méditation et de charger les ambassadeurs réunis dans cette capitale de proposer les communications à adresser aux deux partis."

Die Frage, ob bulgarische Regierung von Standpunkt Rumäniens in Kenntnis gesetzt werden soll, bleibt somit offen.

Lichnowsky

Nr. 12928

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 32

Belgrad, den 1. März 1913
[pr. 4. März]

Das serbische Oberkommando ist in den letzten Tagen von Üsküb wieder nach Nisch zurückverlegt worden, wo es zu Beginn des Krieges seinen Sitz hatte. Da Serbien seine militärischen Aufgaben im wesentlichen gelöst hat, so ist das Bedürfnis für die Erhaltung des Kommandos auf einem vorgeschobenen Posten weggefallen, und durch die größere Nähe Belgrads ist die Möglichkeit einer rascheren Abwickelung vieler administrativer Angelegenheiten gegeben. Es steht somit zu hoffen, daß auch die zahlreichen durch den Krieg veranlaßten Reklamationen deutscher Firmen, welche von den hiesigen Zentralbehörden immer erst nach Üsküb gesandt wurden, um dem Oberkommando vorgelegt zu werden, nunmehr rascher als bisher zur Erledigung gelangen.

Soweit noch operative Fragen für Serbien in Betracht kommen, konzentriert sich jetzt das Interesse auf Skutari. Aus mancherlei Anzeichen geht hervor, daß man hier fest entschlossen ist, den Fall der Festung um jeden Preis herbeizuführen, und zu diesem Zwecke weder Mannschaft noch Material sparen will. Zu den bereits entsandten schweren Geschützbatterien sollen weitere Sendungen aus Nisch — Schnellfeuerhaubitzen, die jüngst aus Frankreich eingetroffen sind — treten. Als Route ist be-

zeichnet Saloniki—Durazzo. Wie man in hiesigen militärischen Kreisen annimmt, werden diese Geschütze kaum vor drei Wochen vor Skutari eintreffen können. Man neigt hier daher der Auffassung zu, daß die Operationen dort und vor Adrianopel möglicherweise noch zwei Monate andauern[1].

Vieles spricht dafür, daß das nunmehrige energische Vorgehen Serbiens gegen Skutari auf das Betreiben Rußlands zurückzuführen ist, das überhaupt hier mit Hochdruck arbeitet, wenn auch sein offizieller Vertreter in Belgrad in letzter Zeit weniger hervortritt. In dieses Kapitel gehören auch die häufigen Reisen höherer russischer Militärs im Okkupationsgebiete. So meldet das gestrige offiziöse Blatt, daß jetzt der General Tripkow Neuserbien bereist. Natürlich unter der Maske eines Präsidenten des russischen Roten Kreuzes. So sind kürzlich ein russischer General und Oberst in Prisren aufgetaucht als Delegierte einer russischen Wohltätigkeitsgesellschaft. Es liegt auf der Hand, daß das Wohltätigkeitsinteresse nur der Deckmantel ist, unter dem von Sachverständigen eingehende Erkundigungen über die militärische und politische Lage des Landes eingezogen werden.

v. Griesinger

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unmöglich!

Nr. 12929

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 122 London, den 4. März 1913

Die albanesische Frage ist bei der gestrigen Beratung nicht zur Sprache gekommen, auch hatte Graf Mensdorff noch keine Weisung im Sinne dortseitigen Telegramms Nr. 137* erhalten. Wie ich vertraulich erfahre, besteht Rußland nach wie vor auf Abtretung Diakowas, und ist daher Gedanke Sir E. Greys, eine Kommission zur Feststellung nationaler Verhältnisse[1] dorthin zu senden, wieder lebendig geworden. Der Minister, der gestern zurückgekehrt ist, hat nächste Sitzung für Donnerstag nachmittag anberaumt, ohne albanische Frage auf Tagesordnung zu setzen. Soeben waren Vertreter provisorischer albanischer Regierung bei mir und baten um Fürsprache bei Griechenland wegen verzweifelter Lage Einwohner von Valona. Letzteres sei durch griechische Blockade von aller

---

* Siehe Nr. 12910.

Zufuhr abgeschnitten, während auf Landseite serbische Truppen und türkische plündernde Soldaten Versorgung verhinderten. Bevölkerung sei am Verhungern, falls nicht Griechenland Verpflegung zuließe.

Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Die braucht Monatelange Zeit und würde wohl bald mit der Regelung noch anderer Fragen bedacht werden.

Nr. 12930

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 123 London, den 4. März 1913

Sir E. Grey bat mich, ihn zu besuchen, und teilte mir die Unterredung mit, die Sir E. Goschen mit dem Herrn Staatssekretär über Albanien gehabt hatte. Hiernach soll Herr von Jagow gesagt haben, daß, selbst wenn Österreich über Diakowa nachgäbe, es noch immer keine Gewißheit dafür haben würde, daß alsdann auch Rußland seinen Einfluß bei Montenegro bestimmt zugunsten der österreichischen Wünsche betreffs Skutari einsetzen würde.

Hierzu bemerkte Sir E. Grey, dem gegenüber ich bei dieser Gelegenheit den Inhalt des Telegramms Nr. 144* verwertete, daß Rußland, solange die albanesische Grenzfrage nicht erledigt sei, sich außerstande sehe, gegen Montenegro vorzugehen, daß aber, sowie eine Einigung erzielt sei, es in Übereinstimmung mit den übrigen Mächten für die Achtung unserer Beschlüsse eintreten müsse[1]. Zwischen Diakowa und Skutari bestehe somit ein Zusammenhang, der es geboten erscheinen ließe, in ersterer Frage den russischen Ansprüchen entgegenzukommen.

Ich entgegnete, daß ich nicht glaubte, daß Österreich noch zu weiterem Entgegenkommen zu bewegen sein würde, um so mehr als nationale und ethische Gründe für die Zugehörigkeit Diakowas zu Albanien sprächen. Ich verwertete hierbei die Nachrichten von serbischen Greueltaten der albanesischen Bevölkerung gegenüber, welche sichtlich Eindruck auf Sir E. Grey machten. Außerdem bliebe immer noch die Frage offen, wer sich schließlich dazu hergeben sollte, die Montenegriner wieder aus Skutari zu entfernen, falls sie sich einmal da festgesetzt hätten[2].

Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?? Kein Mensch muß müssen!

[2] richtig

* Durch Telegramm Nr. 144 vom 3. März war das Wiener Telegramm Nr. 59 (siehe Nr. 12921) nach London mitgeteilt worden.

Nr. 12931

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 148 Berlin, den 5. März 1913

Antwort auf Telegramm Nr. 122 und 123*.

Welche Haltung Balkanstaaten Beschlüssen der Mächte gegenüber einnehmen, beweist Erklärung serbischen Geschäftsträgers (Erlaß Nr. 349**) der mir auftragsgemäß mitteilte, Serbien bestehe auf sämtlichen Grenzforderungen und werde sich an Entscheidungen der Mächte nicht kehren. Ferner hat nach Communiqué aus Cetinje vom 4. März König Nikolaus den Kriegskorrespondenten erklärt, Entschluß Skutari zu nehmen, würde durch Beschlüsse der Mächte nicht geändert, Geduld Montenegros sei erschöpft.

Bitte dies auf Konferenz verwerten und betonen, daß Großmächte ihrer Würde schuldig seien, derartigen Provokationen energisch entgegenzutreten. Balkanstaaten spekulierten offenbar immer noch auf Schutz mächtiger Freunde. Dieser Irrtum müsse endgültig zerstört werden.

Vielleicht ist es ferner zweckmäßig, auf Konferenz Lage von Valona und griechische Blockade albanischer Küste bis Durazzo sowie außer serbischen Greueltaten auch die von Presse gemeldeten montenegrinischen Grausamkeiten gegen türkische Gefangene zur Sprache zu bringen.

Jagow

Nr. 12932

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Belgrad, den 4. März 1913
[pr. 5. März]

Die Demarche, betreffend Mediation, wurde heute nachmittag von sämtlichen hiesigen Vertretern der Großmächte gemacht***. Herr Paschitsch bat mich, der Kaiserlichen Regierung seinen Dank für das Anerbieten zu übermitteln und ihr zu versichern, daß die serbische Regierung von bestem Friedenswillen erfüllt sei[1]. Er werde mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen treten und hoffe, binnen kurzem eine zustim-

* Siehe Nr. 12929 und 12930.
** Identisch mit Nr. 12925.
*** Vgl. dazu Nr. 12913.

mende Antwort geben zu können*. Nach seiner persönlichen Ansicht komme es jetzt im wesentlichen darauf an, daß man sich nicht ein zweites Mal den Gefahren eines Scheiterns der Verhandlungen aussetze, und daß deshalb eine gewisse Gewähr für eine möglichste Annäherung der türkischen Konzessionen an die Forderungen der Verbündeten schon vor Eintritt in die Verhandlungen[2] gewonnen werden sollte. Herr Paschitsch glaubt, dies werde sich am besten durch sofortige Aufstellung eines genau umrissenen Programms der Forderungen der Verbündeten[3] erreichen lassen, und scheint in dieser Richtung bei den anderen Verbündeten wirken zu wollen.

Griesinger

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Es muß eben zwischen Türkei und Kriegführenden ein Präliminarfrieden geschlossen werden. Die Präliminarien werden die Grundlage für das Handeln der Mächte abgeben! Deren Note vom Anfang Februar am Besten als Grundlage zu wählen ist.

[3] dazu haben sie 3 Monate Zeit gehabt!

---

* Eine ähnliche provisorische Antwort wurde den Gesandten der Großmächte in Athen, Cetinje und Sofia erteilt, wo die Kollektivdemarche ebenfalls am 4. bzw. 5. März zur Ausführung gelangte. Vgl. dazu Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, II, 94 ss. Die definitive Antwort der Balkanstaaten erfolgte erst am 14. März; vgl. Kap. CCLXX, Nr. 12967.